Redebuch

2011

Initiative Bremer Montagsdemo: Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

Grundsätze
310. 311. 312. 313. 314.
315. 316. 317. 318.
319. 320. 321. 322.
323. 324. 325.
326. 327. 328. 329. 330.
331. 332. 333.
334. 335. 336. 337.
338. 339. 340. 341. 342.
343. 344. 345. 346.
347. 348. 349. 350.
351. 352. 353. 354.
355. 356. 357.
Kontakt Flugblatt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern
der 26. Bremer Montagsdemo

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

310. Bremer Montagsdemo am 03. 01. 2011

Es gab kaum Anlass, die Jahreswende groß zu feiern

Am Silvesterabend wurden bundesweit über 100 Millionen Euro verballert. Aber eigentlich gab es für zu viele Menschern kaum Anlass, die Jahreswende groß zu feiern! Mit Ausnahme der Ackermänner dieser Republik und deren Vasallen in den Regierungsparteien gab es fürs Volk und erst recht für die in die Armut getriebenen Menschen nur Katastrophen. Auch die SPD, der wir letztlich die neoliberale Kahlschlagspolitik zu verdanken haben, hat sich in Sachen Rückbesinnung auf „sozialdemokratische Grundwerte“ weiß Gott nicht mit Ruhm bekleckert.

Noch mehr Grundrechte wurden abgebaut, die AKW-Laufzeiten unerträglich verlängert, der Überwachungsstaat ausgebaut, der Krieg am Hindukusch ausgeweitet und weiter verschärft. Nachvollziehbare Abzugsperspektive: Fehlanzeige! Die Armen wurden immer ärmer, Elend und Drangsal immer größer, die Hetze zunehmend unverschämter, und schon manch ein Mensch sah als einzigen Fluchtweg aus dieser Vorhölle nur den Weg in den Tod!

In der Charta der Menschenrechte von 1948 steht geschrieben, dass alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind, dass Sklaverei, Folter und erniedrigende Strafen verboten sind, und dass Anspruch auf Schutz des Privatlebens sowie Recht auf Freizügigkeit bestehen. Die Bundesregierung tritt all dies mit Füßen! Für sie ist die Charta das Papier nicht wert, auf dem sie steht. Nichts deutet darauf hin, dass in diesem Jahr etwas besser werden könnte – ganz im Gegenteil.

Es geht nicht nur um die miese, heuchlerische Fünf-Euro-Regelsatzerhöhung und die Farce des Kinder-„Bildungspakets“. Es geht auch um die damit einher schleichenden neuen Schikanen und Demütigungen gegen die Hartz-IV-Betroffenen, was von den Mainstream-Medien geflissentlich falsch dargestellt oder totgeschwiegen wird. Letztlich geht es um die restlose und endgültige Zerstörung unserer demokratischen und sozialen Wertesysteme, wobei ein Großteil

der etablierten Medien untertänigst Schützenhilfe leistet! Auf den Montagsdemos haben wir im letzten Jahr auf all das kommende Unheil bereits hingewiesen.

Apropos Montagsdemo: Wir werden auch weiterhin dem zynischen Treiben der Herrschenden nicht tatenlos zusehen und hoffen, dass sich immer mehr Menschen den kommenden Protestaktionen anschließen. Wir werden unseren Widerstand noch weiter verstärken und um neue wirkungsvolle Varianten bereichern. Ein Beispiel ist die geplante Massenklage gegen die unsäglichen Hartz IV-Regelsätze. Wir werden uns nicht unterkriegen lassen! Für uns, für die Friedens- und Anti-Atom- sowie für die Stuttgarter Anti-„S21"-Bewegung gilt jetzt erst recht: „Oben bleiben! Proteste verstärken! Widerstand verbreitern!"

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

Danke für die Eingangsbestätigung: Aber fünf Euro Nachzahlung machen noch keine verfassungsgemäße Regelsatzhöhe *(„Jobcenter Bremen")*

Schottern und Kies gewinnen!

Die besten Wünsche für 2011! War das nicht ein herrliches Winterwetter – mit Schnee zu Weihnachten? Doch nun zum Alltag: Die gesetzliche Grundlage für die Regelsatzhöhe ist seit dem 1. Januar 2011 außer Kraft. Die Politik hat bisher keine verfassungsgemäße Regelsatzhöhe ermittelt. Die angebotenen fünf Euro wurden zurechtgeschummelt und ergeben bestimmt nicht die verfassungsgemäße Regelsatzhöhe! Daher die Anträge „Hiermit beantrage ich die Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe" runterladen und ausgefüllt – auch mit dieser langen Namensnennung – gegen Stempel abgeben (siehe Gerolfs Beiträge auf den vorherigen Bremer Montagsdemos).

Die Langsamkeit der Politik hat auch einen Vorteil: Die geplanten Verschlechterungen im Kleingedruckten sind noch nicht in Kraft und auch noch nicht verabschiedet. Der Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X kann somit zurzeit noch vier Jahre rückwirkend gestellt werden, bis zum 1. Januar 2007, somit für ein Jahr weniger als noch vor einer Woche. Die Gründe und die Anleitung stehen auf den vorherigen Bremer Montagsdemos. Lesen und nachdenken! Es werden dort bereits viele Gründe genannt, aber die Aufzählung ist nicht vollständig!

Zum Jahresausklang wurde vom Bundessozialgericht die Praxis der pauschalen Berechnung für die Warmwasserkosten und die damit verbundene Kürzung

rückwirkend verworfen und die Kürzung bei stationärem Klinikaufenthalt für unrechtmäßig erklärt. Der von einigen Krankenkassen erhobene Zusatzbeitrag ist von den Jobcentern zu übernehmen, wenn kein weiteres Einkommen erzielt wird. Dies ändert sich mit den geplanten Änderungen eventuell ebenfalls.

Ein Antrag auf Überprüfung kann nicht zu einer Leistungskürzung führen; auch dies wird mit den geplanten Änderungen erwogen. Nicht einmal für ihre eigenen Fehler wollen und sollen die Jobcenter einstehen! Geplant ist auch eine erweiterte Antragspflicht für die Zahlung von Leistungen. So sollen die Teilhabeleistungen bei Hartz IV für Kinder *nur* aufgrund eines Extraantrags gezahlt werden. Zusätzlich ist geplant, diese Leistungen anteilig monatlich verfallen zu lassen, falls ein solcher Antrag nicht vorliegt.

Die Extraleistungen für Kinder sind eine Begründung zur Beibehaltung der bisherigen Regelsatzhöhen für sie. Daher sind diese Leistungen rückwirkend ab 1. Januar 2011 zu zahlen. Mit einer Einigung rechne ich nicht vor dem März, einer Auszahlung somit nicht vor Mai. Sie sollte eigentlich rückwirkend erfolgen, nur mangelt es eventuell an der Antragstellung. Daher Antrag stellen: „Hiermit beantrage ich die zusätzlichen Leistungen zur Teilhabe und Bildung sowie für eine Klassenfahrt und andere Schulveranstaltungen und Sonderbedarfe für die Kinder meiner Bedarfsgemeinschaft.“

So weit ein möglicher Text. Falls bereits eine Mitgliedschaft in einem Verein besteht, Nachhilfeunterricht oder Klassenfahrt oder anderes bereits gezahlt wird oder kurz bevorsteht, so beantragt diese Ausgabe. Wie dies geht? Wir gehen mit! Zum Schottern und Kies gewinnen einfach den Kugelschreiber zücken und machen! Bis zum nächsten Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Ersatzdebatte: Wie viel Kommunismus ist in der Linkspartei? *(„Spiegel-Online“)*

Sollen sich ALG-II-Bezieher nicht mehr gegen das ihnen angetane Unrecht zur Wehr setzen können?

1. Nun gehen wir mit frischem Elan ins neue Jahr! Während der „Aufschwung“ Bourgeoisie und Bundesregierung erreichte, werden die lohnabhängigen Bürger im kommenden Jahr weniger im Portemonnaie haben, und Hartz-IV-Beziehende mussten bereits zum sechsten Mal ein Weihnachtsfest in absoluter Bescheidenheit verbringen, da solche Anlässe im **Regelsatz** nicht vorgesehen sind. Martin

Behrsing, der Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, brachte es auf den Punkt: „Während Erwachsene sich eventuell damit arrangieren können, wird den Kindern aus Hartz-IV-Haushalten besonders drastisch gezeigt, dass sie unserem Staat nichts wert sind.“ Die siebenfache Mutter, Bundesarbeitsministerin von der Leyen, die es eigentlich besser wissen müsste, erdreistete sich Ende September zu der Behauptung, es gebe für Kinder keinen Cent mehr, weil ihr Eckregelsatz eigentlich „viel zu hoch“ sei. Schlimmer geht Verhöhnung nimmer!

Natürlich durften auch Kinder von Hartz-IV-Beziehern über den Weihnachtsmarkt in ihrer Stadt gehen und sich vom Duft gebrannter Mandeln locken, von den Karussells zum Mitfahren anziehen und an den Buden von Spielzeug reizen lassen. Aber mehr als gucken und schnuppern war für sie sicher nicht drin! Dennoch wünscht sich Ursula von der Leyen, dass alle Kinder „mit Musik aufwachsen“ mögen. Sie will zwar nicht mit der SPD um eine Erhöhung des Satzes „um fünf Euro feilschen“, doch will sie mit ihrem unsäglichen „Bildungspaket“ den Kindern sowohl „Lernförderung“ in der Schule als auch „Teilhabe“ im Alltage ermöglichen. Das „Bildungspaket“ ist im Schnitt 320 Euro pro Kind und Jahr wert. Darin enthalten sein sollen Mitgliedschaft in Sportvereinen wie dem Schwimmklub, Teilnahme an Musikunterricht, Nachhilfe und *last not least* noch das Mittagessen an der Schule. Die Chipkarte lenkt ganz nebenbei davon ab, dass die Bundesregierung die Kinder im Stich lässt. Sie werden mit Sachleistungen stigmatisiert, wenn einzig und allein eine billige Lösung „nach Kassenlage“ gesucht wird.

Mit der Debatte um Geld- und Sachleistungen drückt sich von der Leyen um die Frage, wie hoch die Regelsätze tatsächlich liegen sollen. Es ist wirklich herzallerliebst anrührend, wenn die Supermutterpowerfrau findet, dass alle Kinder „mit Musik aufwachsen“ sollten, mit Sport und Gemeinschaftserfahrung, aber sie kann doch nicht ernsthaft annehmen, dass dies alles für 320 Euro im Jahr, also für 26,66 Euro pro Monat je Kind zu haben sei! Wenn Klein-Elise Hunger hat, bekommt sie dann einfach einen Gutschein, eine halbe Stunde auf dem Klavier „Für Elise“ zu spielen? Danach ist sie bestimmt pappsatt! Mir fehlt auch eine vernünftige Erklärung, wie davon der Musikunterricht, der Sportverein, das Instrument, die Sportbekleidung, die Fahrkarten und die Begleitung durch einen Elternteil finanziert werden können. Das ist selbstverständlich alles im eigentlich zu hohen Eckregelsatz für Kinder enthalten! Ich kann verstehen, dass Frau von der Leyen gern zum Mond fliegen möchte und würde es ihr sogar von Herzen gönnen, wenn sie es sich dort oben ein bisschen gemütlich machte!

2. Als ob es nicht wesentlich wichtigere Probleme zu lösen gäbe, beschäftigten sich der Vize-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Björn Jotzo (FDP), und die Bundestagsabgeordnete Cornelia Seibeld (CDU) mit der elementar wichtigen Frage, ob ein Hartz-IV-Bezieher Böller kaufen dürfe. Nach Ansicht dieser beiden Politiker sollten Hartz-IV-Bezieher auf den Kauf von Böllern verzichten. Den Politkern sei es angeblich von Händlern zugetragen worden, manche Transferleistungsbezieher gäben an die 150 Euro für **Feuerwerkskörper** aus. Haben die beiden Politiker Informanten in der Silvester-Böller-Szene? Woher wissen diese „Händler", ob jemand Grundsicherung bezieht? Dürfen sie neuerdings auch den Personalausweis nebst einer Verdienstbescheinigung verlangen? Sollen Hartz-IV-Bezieher einer besonderen äußerlichen Kennzeichnungspflicht unterliegen?

Vor der Forderung eines Verkaufsverbotes von Böllern für Hartz-IV-Bezieher schreckten die beiden Politiker dann aber doch zurück. Seibeld fand, dass ein solches Verbot nicht umsetzbar und der bürokratische Aufwand zu groß sei. Aber sonst wäre sie nicht abgeneigt? Was soll die Bevölkerung daraus lernen? Wenn Hartz-IV-Bezieher keine Böller für 150 Euro kaufen und auch nicht noch so viel Geld verrauchen und versaufen würden, dann reichten 359 Euro monatlich selbstverständlich zum Leben vollkommen aus! Neben den Chips und dem Sekt auf dem Wohnzimmertisch macht sich – nicht nur zu Silvester – auch eine „Packung Volksverhetzung" ganz gut, gesalzen oder gepfeffert!

3. In Bremen sind 4.000 Menschen auf ergänzendes ALG II angewiesen, obwohl sie einer Vollzeitarbeit nachgehen. Die Tatsache, dass jeder vierte Hartz-IV-Bezieher arbeiten geht, widerlegt eindeutig das medial hochgezüchtete Vorurteil, dass die Leistungsbezieher nicht „arbeitswillig" seien, denn von ihrem Zuverdienst bleibt den Betroffenen nur wenig. Erst wenn eine alleinstehende Person bei einer 35-Stunden-Woche auf einen Brutto-Monatslohn von 1.265 Euro kommt, hat sie keinen Anspruch mehr auf ergänzende Sozialleistungen. Ihnen bleiben nach Abzug von 50 Euro Steuern und den Sozialversicherungsbeiträgen im Schnitt 950 Euro netto übrig, also ein verdammt mieser Hungerlohn. Die Behauptung, dass die niedrigen Löhne oder auch Teilzeitjobs für Menschen, die länger arbeitslos sind, den „Einstieg" in einen richtigen Job bedeuten könnten, wird von den Zahlen der „Arbeitnehmerkammer" nicht bestätigt, weil für mehr als die Hälfte von ihnen dieser Zustand schon mehr als zwei Jahre anhält. Im Durchschnitt müssen Bund und Kommunen 500 Euro im Monat für jeden „draufzahlen", der in seinem Job entweder nicht genug Lohn erhält oder zu wenig Stunden arbeiten kann. Fast die Hälfte davon zahlen die Kommunen.

Immer handelt es sich dabei um eben die enorme Summe, die Firmen ihren Angestellten zu wenig als Lohn auszahlen. Hierbei steht Bremen im Städtevergleich ganz weit oben. Arbeit, Arbeit über alles – auf den Lohn für die Erwerbstätigen kommt es dabei offenbar nicht so an. Dabei ist es keineswegs egal, woher der Lohn kommt, denn die Arbeitnehmer zweiter Klasse, die „Aufstocker", müssen stundenlang bei der Bundesagentur für Arbeit Schlange stehen, Kontoaus-

züge vorlegen und sich durch die Verfolgungsbetreuung gängeln lassen, also etwa Ortabwesenheit beantragen. In Branchen wie der Gastronomie tauchen besonders viele prekäre Jobs und entsprechend viele „**Aufstocker**“ auf. Zeitarbeiter haben das Problem, dass sie für gleiche Arbeit meist nicht den gleichen Lohn bekommen. Schlimm dran sind auch diejenigen Hartz-IV-Bezieher, die sich einen 400-Euro-Job „an Land gezogen“ haben, weil sie von dem verdienten Geld nur schlappe 140 Euro behalten dürfen: 260 Euro werden wieder abgezogen! Von den 18.000 „Aufstockern“ im Land Bremen sind 8.560 Mini-Jobber, 2.900 Menschen haben einen Teilzeitjob, 4.000 arbeiten Vollzeit, und 1.400 sind „Selbständige“.

4. Eine Studie der Landesbausparkasse Bremen und des „Deutschen Kinderschutzbundes“ ging der Frage nach, „wie gerne“ Kinder in Bremen leben. Dazu wurden 1.079 Kinder von neun bis 14 Jahren in vier strukturell unterschiedlichen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven befragt. Untersucht wurden Schwachhausen, Sebaldsbrück, Gröpelingen sowie Geste-Münde. Es verwundert nicht, wenn aus den Ergebnissen hervorgeht, dass Kinder, die in Einfamilienhäusern leben, ein besseres Wohlbefinden in der Wohnung hätten als Kinder aus Mehrfamilienhäusern oder Hochhäusern. Je größer die Wohnung sei, desto wohler fühlten sich die Kinder. Außerdem zeigte die Studie, dass Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder Alleinerziehender und Kinder, deren Eltern arbeitslos sind, ihre Wohnungen deutlich als zu klein empfänden. Das werden sie mit Sicherheit sein, denn für die zustehende Quadratmeterzahl können die Betroffenen keinen als angemessen angesehen **Wohnraum** anmieten. Dafür braucht doch niemand eine Studie! Dazu muss sich jemand bloß mal über die Bedingungen schlau machen, unter denen die genannten Ausgegrenzten vegetieren müssen. Mit dem Geld für diese Studie hätte sich in den vier Stadtteilen bestimmt ein tolles Kinderfest veranstalten lassen, und ich bin mir sicher, dass es besser angelegt gewesen wäre („Weser Kurier“ vom 2. Januar 2011).

5. Sozialexperten prognostizieren, dass sich bis 2025 die Zahl der älteren Menschen, die von staatlicher Grundsicherung leben, auf zehn Prozent vervierfachen wird. Die Kommunen warnen vor einem „finanziellen Sprengsatz“. Unterbrochene Erwerbsbiografien, mehr Teilzeit- und Niedriglohnjobs, rückläufiges **Rentenniveau** und steigende Lebenserwartung – alle diese Faktoren werden die Zahl der armen Senioren in den kommenden Jahrzehnten in die Höhe treiben. Der Ökonom Rürup forderte die Regierung auf, eine „Aufstockrente“ einzuführen. „Geringverdiener, die ihr Leben lang gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt haben, sollten eine Rente knapp oberhalb der Grundsicherung bekommen“, sagte Rürup. Die Aufstockrente habe die CDU auf ihrem letzten Bundesparteitag bereits beschlossen, „jetzt muss sie die auch in die Tat umsetzen“. Eigentlich dachte ich mal, dass ein Staat dazu da sein soll, Gesetze für seine Bürger und einen Rahmen zu bilden, innerhalb dessen *alle* Bürger leben können. Offenbar denke ich da falsch, wenn ich immer mehr mitbekomme, dass der Staat nur diejenigen

gut versorgt, die das gar nicht nötig haben. Wir brauchen vernünftige Arbeitsplätze für die jungen Menschen und ausreichende Renten für die Alten! Aufgrund unterschiedlicher Erwerbsbiografien müsste es endlich unterschiedliche Rentenberechnungen für Männer und Frauen geben, für die Mütter oder manchmal auch Väter, die wegen der Kinder zu Hause geblieben sind, dazu ein Kindersplitting für Alleinerziehende oder ein bedingungsloses Grundkommen als Basis.

6. Ist es mal wieder so weit? Diesmal fordert der brandenburgische CDU-Politiker Danny Eichelbaum die Einführung einer pauschalen „sozialverträglichen" **Gerichtsgebühr**? Seiner Meinung nach gebe es viele „unbegründete Klagen" von ALG-II-Beziehern. Gerichtsgebühren würden die „Hemmschwelle absenken", die Sozialgerichte mit der Einreichung „erfolgloser" Klagen zu überschwemmen. Offenbar hat er vor lauter Übereifer, Hartz-IV-Beziehern auch mal etwas senken zu können, das logische Denken vergessen, denn sicherlich meinte er, dass die Hemmschwelle *erhöht* werden müsse. Für eine steigende „Hemmschwelle" wären 75 Euro ein „angemessener" Betrag! Eigentlich ist es eine Frechheit, Erwerbslose für das völlige Versagen von Politikern und das Erstellen chronisch falscher Bescheide von den argen Argen büßen lassen zu wollen. Offenbar soll verhindert werden, dass sich ALG-II-Bezieher gegen das ihnen angetane Unrecht zur Wehr setzen können! Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, so dachte ich einmal. Aber manche sind eben ein bisschen gleicher – und das sind wie immer jene, die eine gut bezahlte Arbeit oder ein Erbe haben und es sich finanziell leisten können, Recht zu bekommen. Gerechtigkeit sieht anders aus!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke"

Danke fürs Wort zum Sonntag: Wer sich am Hartz-IV-Billigfraß
mit Dioxin vergiftet, hat selber Schuld *(„Bild"-Zeitung)*

Wer soll das Land vom Schnee befreien?

1. Mein Freund Peter äußert sich manchmal raubeinig, vertritt aber immer eindeutig die Interessen der Lohnarbeitslosen. Da „aus dem Heißen Herbst nichts geworden" sei, sollten sie den Frühling dazu machen, indem sie Gewerkschaftsversammlungen besuchen und die Forderung nach zehn Euro Mindestlohn „mitbringen". Sie sollten unbedingt auch zu Streiks hingehen und mitstreiken. *So* werde die Solidarität belebt und die Auseinandersetzung gefördert – nicht aber, indem hingegangen werde mit der Haltung „uns vom Elend der Welt Betroffenen muss geholfen werden". Ich kann daran leider nichts Falsches erkennen. Der Berliner

CDU-Innenexperte Peter Trapp machte nun den Vorschlag, Hartz-IV-Empfänger gegen „Lohn“ zum Schneeschieben einzusetzen. Nach einer Umfrage seien 57 Prozent der Befragten dafür, dass Hartz-IV-Bezieher dazu verpflichtet werden.

Peter meint: „Es sind Politiker und viele Menschen aus der sogenannten Mittelschicht, die diese Forderungen stellen. Warum sollten wir Hartz-IV-Empfänger(innen) eigentlich nicht darauf eingehen? Wir sollten zu den Argen und Arbeitsämtern gehen und dort Hartz-IV-Empfänger ansprechen. Dann sollten wir möglichst zu Hunderten gemeinsam vor die Rathäuser, Gemeindebüros und Landratsämter ziehen und dort das einzige verkaufen, was wir zum Verkaufen besitzen, nämlich unsere Arbeitskraft. Das geht den Menschen aus der Mittelschicht nicht anders. Dort sollten unsere Forderungen von jedem Lohnarbeitslosen schriftlich den Bürgermeistern, Gemeindevorstehern oder Landräten übergeben werden: zehn Euro-Mindestlohn, 30-Stunden-Woche, Rente mit 60, bedingungsloses Einheitsgrundeinkommen!

Für die sofortige Arbeit an der Schippe sind warme Winterstiefel, Winterbekleidung, Schaufeln und Schneeschieber zur Verfügung zu stellen. Aufwärmräume und Möglichkeiten für den Toilettengang sind zu benennen, und schon kann es losgehen mit Schneeschaufeln! Genau das muss man auch fordern. Spieglein, Spieglein an der Wand, was wäre dann los in diesem Land? Ist das nicht, was die Mittelschicht von ihren Mitmenschen erwartet? So wie Dieter Bohlen im Fernsehen verlauten lässt, dass er Menschen bewundert, die ihr Leben wieder selbst in die Hand nehmen und für ihr Geld arbeiten wollen. Wird das nicht schon von den Kindern der Menschen aus der Mittelschicht erwartet, die behaupten, Orangensaft der Marke „Valensina“ werde ihren auf Hartz IV angewiesenen Mitschüler(inne)n von den arbeitenden Eltern bezahlt? Dass diese Eltern für den Profit ihrer Arbeitgeber arbeiten, scheinen Gymnasiasten noch nie gehört zu haben!

Muss man jetzt nicht wirklich solche Aktionen starten und mit Forderungen nach einem zum Leben ausreichenden Lohn allen Menschen wie Politikern und diesem deutschen Mittelstand einen Spiegel vorhalten, indem man die Unfähigkeit der Politik und der Behörden beweist, dass sie selbst für die Organisation solcher Tätigkeiten nicht in der Lage und kaum gewillt sind, das eine, was Hartz-IV-Empfänger garantiert noch besitzen, nämlich ihre Arbeitskraft, auch angemessen zu bezahlen? Lohnarbeitslose, Erwerbslose, junge Leute von 16 bis 50 Jahren und 50- bis 67-Jährige sollten sich einer solchen Aktion anschließen. Meiner Meinung nach kann man so am Besten dieser Zweidrittelgesellschaft mit ihren Vordenkern und Politikern vorhalten: „Spieglein, Spieglein an der Wand, wer sind die Unfähigsten im Land?“ Man kann nur hoffen, dass sich möglichst viele Erwerbslose diesen Vorstellungen von Aktionen zum Protest anschließen und so etwas in ihren Wohnorten mitorganisieren. Stigmatisierung ade könnte es gleichzeitig hei-

ßen! Vielleicht würden dann selbst Politiker die Forderung der Arbeitslosen übernehmen: Weg mit Hartz IV!

Es wäre deshalb schade, wenn hier nicht auch eine andere Meinung zum Schneeschippen, der Gurkenernte oder dem Spargelstechen öffentlich gemacht werden dürfte. Ich finde vollkommen richtig, was Peter herüberbringen will: Es ist wirklich so, dass die offiziellen Stellen oder die bürgerlichen Politiker immer gleich mit dem Widerstand der Lohnarbeitslosen hierzu rechnen. Prompt passiert das dann auch so, wie Elisabeth mit ihrem Beitrag über die Forderung nach zum Leben ausreichender Bezahlung beweist. Die Idee von Peter ist, dass man eine Aktion daraus macht, zum Beispiel vor die Argen zieht und versucht, Arbeitslose „einzusammeln“ und sich beispielsweise zum Schneeschippen meldet. Damit nimmt man der Mittelschicht den Wind aus den Segeln mit der Behauptung vom „faulen Arbeitslosen“. Peter geht berechtigterweise davon aus, dass die Behörden gar nicht dazu in der Lage sein werden, solche Einsätze zu organisieren.

Das wäre mal eine vollkommen andere Aktion, mit der weder Politiker noch die Arbeitsverwaltung oder die kommunalen Behörden rechnen. Auch diese Vorstellungen gehören auf eine Seite der Arbeitslosenbewegung, denn sie wären in meinen Augen ein geeignetes Kampfmittel. Ob die Demonstranten der Bremer Montagsdemo nach jeder Teilnahme zufrieden nach Hause gehen, möchte ich mir nicht zu beurteilen erlauben. Auch bei uns neigen Teilnehmer(innen) gelegentlich zur Resignation mit anschließender Depression, selbst wenn sie sich aus dieser fast immer selbst wieder herausziehen können. Man muss zusätzlich auch andere richtige Wege zulassen. Ich will hiermit keinesfalls zur Teilnahme an der Zwangsarbeit aufrufen, was sich auch ausschließen würde, da man nur Freiwillige an der Aktion gewinnen will. Ich finde die Idee sehr gut.

Man stelle sich einmal vor, die Bremer Montagsdemo sammelt vor dem Jobcenter einige Hundert Arbeitslose, drückt allen ein Flugblatt in die Hand mit der Forderung nach Einheitsgrundeinkommen und zehn Euro Mindestlohn, zieht dann vor die Bürgerschaft und fordert Schaufeln und Schippen, um Schnee zu räumen! Dann kommen sie alle ins Rotieren. Praktizierte die bundesweite Montagsdemo das gleichzeitig in allen Orten, wäre mal richtig was los! – Peter ist arbeitsloser Hartz-IV-Empfänger, er kann nicht aus seiner Haut und muss handeln, wie er handelt. Das wird gerade bei dieser Idee und diesem Vorschlag nicht falsch sein. Genauso wie ich mich euch gegenüber solidarisch verhalte, auch wenn ich mich manchmal kritisch zum Beispiel gegenüber der „Linken“ äußere, so verhalte ich mich auch absolut solidarisch zu Peter. Jeder muss das Recht bekommen, sich zu äußern, außer Faschisten, so steht es in den Grundsätzen der bundesweiten Montagsdemobewegung. Nur diesen Prinzipien sehe ich mich auch verpflichtet.

2. Im Aufruf zur Teilnahme an der **Demonstration** „Wir haben es satt“ von Landwirten, Umweltschützern und Verbrauchern am **22. Januar 2011** in **Berlin** ist mir eines unverständlich: Wieso fordert man „Mindestlöhne“ und nicht *einen* Mindestlohn, und wieso wird diese Forderung, die vom „Aktionsbündnis Sozialproteste“

schon lange mit zehn Euro in der Stunde beziffert wird, in diesem Aufruf nicht eindeutig gefordert? Will man einen Gang zurück einlegen, um mit dem Mindestlohnvorschlag der SPD in Höhe von 8,50 Euro die Stunde in Einklang zu kommen? In meinen Augen muss man, wenn man schon die notwendige radikale Verkürzung der Lohnarbeit in diesem Aufruf wieder einmal nicht erwähnt, zumindest ganz eindeutig einen einheitlichen Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde fordern! Ansonsten verliert dieser Aufruf für Erwerbslose und Niedriglohnbeschäftigte an Wert, und sie dürften kaum daran interessiert sein, sich solchen windelweichen eigenen Forderungen durch eine aktive Teilnahme anzuschließen. Deshalb nicht „Mindestlöhne“, sondern zehn Euro Mindestlohn pro Stunde!

Es ist schön, dass dieses Bündnis die Idee zur Mitfinanzierung der Busse aufgenommen hat. So könnte es jetzt eigentlich solidarisch gegen Berlin gehen. Schade nur, dass wieder einmal die wichtigsten Forderungen für alle Arbeitnehmer(innen) und Erwerbslosen in diesem Aufruf nicht auftauchen, beispielsweise zehn Euro Mindestlohn pro Stunde, 500 Euro Regelsatz als Sofortforderung und radikale Verkürzungen der Lohnarbeitszeit. Ansonsten erinnert dieser Aufruf eher an einen der Ur-Grünen, welcher zwar richtig ist, aber nur im Einklang mit richtigen Forderungen aller Arbeitnehmer(innen) und der Erwerbslosen. Daran mangelt es in meinen Augen in diesem Aufruf. Die Arbeitslosen und Arbeitnehmer(innen) müssen genau hierzu Nachbesserungen von diesem Bündnis und auch weiterhin „Weg mit Hartz IV!“ fordern.

Derweil setzt Herr Alt anscheinend mal wieder ein altes Gerücht als neu in die Welt. Welches Unternehmen dürfte noch Interesse an Schwarzarbeitern haben, wenn es doch Arbeiter(innen) für einen Stundenlohn von ungefähr drei Euro auch schon so bekommen kann? Gerade Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur, war es doch, der die Argen anwies, erst bei Löhnen von deutlich unter drei Euro gegen diese Firmen beziehungsweise ihr Lohndumping einzuschreiten. Herrn Alt sollte man schnell seine Entlassungsurkunde aushändigen! Fraglich wäre natürlich, ob auch er dann einer solchen „Trainingsmaßnahme“ ausgesetzt würde, wie er sie jetzt anstelle von Ein-Euro-Jobs erwägt. Vielleicht sollte man eine Jobbörse im Internet einrichten, in der sich melden kann, wer einen Job mit einem Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde vergeben will oder einen solchen Job sucht? Man würde sich vor Nachfragen von Jobsuchenden nicht retten können! Eigentlich müsste dies doch die Vorgehensweise der Bundesagentur werden, um die Menschen von Hartz IV unabhängig werden zu lassen. Alles andere ist lediglich ein Schmierentheater!

Hier noch ein wichtiger Punkt für den Vermittlungsausschuss: Das „Essen auf Rädern“ dürfte für Personen, die auf SGB II angewiesen sind, unbezahlbar sein, mit durchschnittlichen Kosten von ungefähr 180 Euro im Monat allein für das Mittagessen. Doch wozu muss man „Essen auf Rädern“ hinzurechnen: Ist es „häusliche“ Ernährung oder „außerhäusliche“? In letzterem Fall wird es zumindest von der „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ nicht erfasst, in ersterem ist hiermit bewiesen, dass der Punkt Ernährung um mindestens 120 Eu-

ro erhöht werden müsste. In meinen Augen kann die EVS überhaupt nicht geeignet sein, menschenwürdige Bedarfe festzulegen! Selbst Nichtgehbehinderte haben bei den derzeitigen Witterungsverhältnissen Probleme mit dem Laufen. Sollen alle Personen verhungern, die aufgrund ihrer Angewiesenheit auf Gehhilfe oder Rollstuhl nicht mehr einkaufen können oder auch sonst nicht dazu in der Lage sind, sich selbst warmes Essen zuzubereiten? Oder sollen sie alle ins Heim? Das dürfte dann aber noch wesentlich teurer werden.

Wenn Brigitte Vallenthin, die ja selbst von Hartz IV betroffen ist oder zumindest war und die ebenfalls gegen die Höhe der Regelsätze klagte oder klagt, zum Jahreswechsel „die sich überschlagenden Massenklage-Aufrufe“ als „sinnlosen Aktionismus“ bewertet, dann ist diese Bezeichnung zumindest unverständlich, und ich finde sie auch überhaupt nicht hilfreich. Schon vor Jahren gab mir ein Richter am Verwaltungsgericht Oldenburg den Rat, prinzipiell gegen *jeden* Bescheid einer Behörde zumindest deshalb immer einen Widerspruch zu schreiben, um die Fristen zu wahren. Wer jetzt den Eindruck erwecken will, es werde schon einige ganz clevere Leute geben, die alles für die anderen armen Hartz-IV-Empfänger tun, der streut den betroffenen Menschen einfach nur Sand in die Augen.

Nicht nur die Regelsätze ganz allgemein sind verfassungswidrig, sondern auch die speziellen Hilfen für verschiedene Altersgruppen, die eigentlich in rechtmäßiger Höhe erforderlich wären. Zu berücksichtigen sind beispielsweise Klein- und Schulkinder, Auszubildende, Aufstocker(innen), Grundsicherungsrentner(innen) oder Asylbewerber(innen) mit unterschiedlichsten berechtigten Forderungen. Es dürfte kaum eine Person in Deutschland geben, die ganz genau wissen kann, was die oder der Einzelne an dieser asozialen Gesetzgebung Hartz IV für verfassungswidrig hält und warum diese Person dagegen klagen will. Auch Brigitte Vallenthin kann das wohl kaum von sich behaupten. „Ich bin dann mal Hartz IV“: Diese Aussage sollte in Deutschland so schnell wie möglich niemand mehr treffen müssen, auch wenn derzeit wohl einige Personen, Organisationen oder vielleicht auch Parteien davon profitieren!

Auf der Internetseite der Partei, die sich „Die Linke“ nennt, findet man Angaben beispielsweise zu Dagmar Enkelmann, Diplom-Historikerin, Parlamentarische Geschäftsführerin und Sicherheitsbeauftragte der Fraktion. Eigentlich sollte jede Wählerin und jeder Wähler der „Linken“ davon ausgehen dürfen, dass diese Partei ihre Experten zum Thema Sozialpolitik in den Vermittlungsausschuss schickt. Aber anscheinend weit gefehlt: Ausgewählt wird ihre „Sicherheitsbeauftragte“! Die Fragen, die sich jedes Mitglied und jede(r) Wähler(in) stellen sollte, lauten: Warum? Welcher Logik entspringen solche Handlungsweisen? Um welche „Sicherheit“ soll es hier gehen: die Sicherheit, koalitionsfähig zu bleiben oder zu werden, oder die Sicherheit der Partei? Um die Lebenssicherheit der betroffenen Hartz-IV-Empfänger geht es, wie aus der Beschlusslage der Partei zu folgern ist, wohl eher nicht! Jedem Betroffenen dürfte klar sein: Je niedriger die Anfangsforderungen sind, umso geringer fällt auch der Abschluss aus. Wenn man

sich dann über die Expertenmeinungen hinwegsetzt, kann wohl kaum noch von einer „Politik im Interesse der Betroffenen“ gesprochen werden!

Sollte sich der gesamte Bundesvorstand über die geltenden Beschlüsse der Partei hinwegsetzen, so sollte man in meinen Augen alle Mitglieder des Vorstandes, die diese Positionen der Frau Enkelmann mit vertreten, vor das Bundesschiedsgericht bringen. Mit den Zielen eines demokratischen Sozialismus dürften solche Handlungsweisen kaum noch begründbar sein. Eher dürfte es sich um Vorgaben eines Politkaders handeln, die sich einen *Scheiß* um die Vorgaben der Mitglieder und die Interessen ihrer Wähler(innen) kümmern. Sollte „Die Linke“ wirklich im Vermittlungsausschuss die 420 Euro Regelsatz fordern, die sie bereits 2005 forderte, dann hat diese Partei, zumindest ihr Bundesvorstand, diese letzte Nagelprobe nicht bestanden! Möglichst viele Mitglieder sollten dann auch ausdrückliche Konsequenzen fordern, beispielsweise sofortige Rücktritte.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik, derzeit Kläger gegen Hartz IV beim Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen)

Neulich bei der Arbeitslustprüfung: Manche Leute müssen ihren Schnabel in alles reinstecken *(„Ehapa“)*

Schluss mit Arbeitslosenbeschimpfung!

Allen anwesenden wie auch nicht anwesenden Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten und Sympathisanten ein frohes und kämpferisches neues Jahr! Frau von der Leyen wollte ja die Hartz-IV-Betroffenen noch mit einem „Heiermann“ zu Neujahr beglücken, sich aber den „Christtag“ nicht verderben lassen. Welch Heuchelei! Das ganze Jahr herumeiern, wie die Statistik nur gegen die Arbeits- und Erwerbslosen manipuliert werden kann - und dann Krokodilstränen vergießen, wenn der Bundesrat nicht mitspielt!

Im sogenannten Vermittlungsausschuss wird nichts Gutes rauskommen, das ist schon mal klar. Aber gut ist, dass die Forderung auch im neuen Jahr auf der Tagesordnung bleibt: Hartz IV muss weg! Hartz IV macht arm und krank. Wichtig sind daher die Frage vom Mindestlohn und die Einschränkung der Tagelöhnerei zugunsten fester sozialversicherungs-

pflichtiger Arbeitsplätze. Das wird auch in den Wahlkampf führen! Merkel und von der Leyen flöten schon mal, dass sie das Thema Arbeitslosenförderung „ganz neu angehen“ wollen. Aber auf eines können wir uns gefasst machen: Die niedrigen Löhne sollen bleiben und noch mehr Zwang zur Arbeit kommen.Aber nicht mit uns!

Die Montagsdemobewegung wird aufklären und sich einmischen in die verschiedenen Wahlkämpfe der Parteien und Volksbetrüger. Wir fordern die vollständige Rücknahme der unsozialen Gesetze und die Weiterentwicklung alternativer Forderungen. Zu diesen gehören die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Zahlung von Arbeitslosengeld und anderen Sozialgeldern, solange den Arbeitssuchenden keine angemessene Arbeit angeboten wird. Mit der Beschimpfung der Erwerbslosen muss Schluss sein!

Ohne von unserem Kampf auf der Straße abzulassen, unterstützen wir die Bewegung für Massenklagen gegen die neuen Regelsatzfestlegungen, aber der politische Kampf ist die Hauptseite. Die Montagsdemo verbindet sich auch 2011 immer wieder mit anderen Bewegungen – sei es gegen den Krieg in Afghanistan, die AKW-Laufzeiten, das Durchdrücken von Endlagerfestlegungen in Gorleben oder den Stopp der Kohlendioxid-Emissionen – und thematisiert viele andere Fragen.

Zum 8. März, dem internationalen Frauentag, geht es um die Unterstützung für die Weltfrauenkonferenz in Venezuela, wo sich aus der ganzen Welt Frauen von der Basis treffen wollen, um losgelöst von Vorgaben der jeweiligen Regierungen Forderungen und ihre Umsetzung zu beraten. Dass muss und kann auch hier anfangen: In Bremen hat sich ein Kreis gebildet, der die konkrete Förderung und Unterstützung der Aufgaben begonnen hat. Darüber werden wir auch auf der Montagsdemo sprechen.

Das neue Jahr ist an jedem Tag voller Aufgaben und Anspannungen. Das ist manchmal nicht ganz leicht. Aber die Montagsdemonstranten feiern auch und unterstützen sich gegenseitig. Das gibt jedem Kraft und spornt neu an. Die Jahresabschlussfeier am Montag vor Weihnachten im „Naturfreundejugendhaus“ ist wieder ein Beleg dafür. Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir! Wir werden oben bleiben beim Kampf gegen das Lügenpack! Wir bleiben laut, solange man uns, ob alt oder jung, die Zukunft klaut.

Jobst Roselius

Solidarität mit Peter Rosenbaum

Lieber Peter Rosenbaum, wir protestieren aufs Schärfste gegen deine Verurteilung zu 20.000 Euro durch das Braunschweiger Amtsgericht wegen angeblicher Verstöße gegen das Demonstrationsrecht und sichern dir unsere Solidarität und

Unterstützung zu. Nutzung eines Megafons bei weniger als 50 Teilnehmern, Demo auf der Straße statt auf dem Gehweg, Blockade einer Straße, „Hausfriedensbruch“ im Wald: Wenn das verboten sein soll, dann gibt es kein Demonstrationsrecht mehr! Dieses Urteil steht in einer Reihe von Angriffen auf demokratische Rechte und Freiheiten. Das ist die Begleitmusik zur offenen Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der breiten Bevölkerung zugunsten der Großkonzerne. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen! Es wird den Herrschenden nicht gelingen, den erstarkten Widerstand gegen Umweltzerstörung, Atomkraftwerke oder „Stuttgart 21 “ mit solchen Maßnahmen zu brechen. Mit solidarischen Grüßen!

Initiative Bremer Montagsdemo

Falsche Veranstaltung: Sarrazin-Lesung mit Polizeihundertschaften und Ablenkungsmanövern durchgesetzt *(„Business on“)*

Einen Zahn zulegen im Kampf gegen Hartz IV

Uns allen ein frohes Neues Jahr – und dass wir dieses Jahr einen Zahn zulegen im Kampf gegen Hartz IV und alle anderen Hartz-Gesetze! Frau Merkel behauptet in ihrer Neujahrsansprache, Deutschland gehe „gestärkt aus der Krise“ hervor. Was meint sie damit? Durch die AKW-Laufzeitverlängerung macht RWE Zusatzprofite von 17 Milliarden Euro – und das, nachdem 2010 die vier großen Strommonopole bereits 30 Milliarden Reingewinn eingesackt haben und lustig die Strompreise weiter erhöhen! Die deutschen Banken profitieren weltweit am meisten von der Verschuldungskrise bis hin zum drohenden Staatsbankrott.

Griechen müssen 5,8 Prozent für ihre „Rettung“ zahlen, Iren 5,6 Prozent – und die deutschen Banken nehmen das Geld für unter drei Prozent auf. Das ist wie eine Lizenz zum Gelddrucken, aber auch ein Spiel mit dem Feuer. Nach wie vor droht der Staatsbankrott in immer mehr Ländern, mit unübersehbaren Folgen für den Euro, für Europa und für das Wachstum. Weltweit nehmen die Kämpfe zu, mit Generalstreiks wie in Frankreich, Portugal, Spanien und Griechenland. Aber auch hierzulande nehmen die Kämpfe zu, vor allem gegen Atomkraft, „S21“ und Bildungsabbau. Nicht akzeptiert wird auch die Hartz- „Reform“, denn sie ist eine weitere Verschlimmerung für alle Arbeitslosen und ihre Familien.

Ein Beispiel: 15,55 Euro sind im Regelsatz für Gesundheitsleistungen vorgesehen. Der Eintritt beim Arzt beträgt schon mal zehn Euro. Die Antibabypille kostet pro Monat circa 16 Euro, also mehr als der ganze Regelsatzanteil. Sie wird seit Einführung von Hartz IV für Arbeitslose nicht mehr kostenlos verschrieben. Waren es 2005 noch zwei Drittel aller betroffenen Frauen, die mit der „Pille“ verhüteten, sank deren Anteil seither auf unter ein Drittel. Die Folge ist ein starker Anstieg ungewollter Schwangerschaften. Nach der neuen Steuergesetzvorlage der Bundesregierung sind die Kosten für Kinderbetreuung nicht mehr als Werbungskosten absetzbar. Auf dem Papier steigt dadurch das theoretische Einkommen – mit der Folge steigender Beiträge für Kita und Krippen. Pro Jahr werden 500 bis 1.000 Euro mehr fällig! Das ist die „familienfreundliche“ Bundesregierung.

Vor diesem Hintergrund gibt es dauerhafte Änderungen im Denken der Menschen, eine immer stärkere Ablehnung des ganzen kapitalistischen Systems, eine immer größere Suche nach gesellschaftlicher Alternative. Da kam kurz vor Weihnachten die ICOR-Gründung gerade recht: Seit Jahrzehnten gibt es nun zum ersten Mal wieder eine Weltorganisation, die die internationale Revolution vorbereitet. Als Mitglied in der MLPD bin ich jetzt auch Mitglied der ICOR. Darauf bin ich richtig stolz! Es herrschen gute Bedingungen, um weltweit den Kampf aufnehmen gegen die Abwälzung der Krisenlasten, gegen die Zerstörung unserer Umwelt und für ein System ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen!

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

311. Bremer Montagsdemo am 10. 01. 2011

Die Debatte um Hartz IV wieder in Gang bringen!

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat tagt, doch ob ein Ergebnis zum von-der-Leyen'schen „Heiermann", der Regelsatzerhöhung um fünf Euro, vor dem 11. Februar herauskommt, steht dahin. Senatorin Linnert als Grünen-Vertreterin wurde zitiert, dass die bisherige Berechnung wohl nicht den Forderungen des Bundesverfassungsgerichtes entspreche. Hoffen wir, dass Hartnäckigkeit an dieser Stelle die Position von Frau von der Leyen ins Wanken bringt. Zusammen mit den Forderungen nach Mindestlohn kann das die Debatte um Hartz IV wieder in Gang bringen! Nur mit kleinen Verhandlungsergebnissen wollen wir uns nicht abspeisen lassen: „Weg mit Hartz IV" bleibt daher für uns die aktuelle Forderung! Die kapitalistische Praxis im Umgang mit den Forderungen und Rechten der Menschen führt in die Barbarei.

Nun wurde das dioxinverseuchte Tierfutter zum heißen Thema in der kalten Woche. Leidtragende sind Bauern, die ihre Produkte auf dem Hof halten müssen, und Menschen, die für Bioprodukte mehr zahlen müssen, als sie vielleicht können. Woher das Dioxin gekommen sein mag, ist noch nicht endgültig geklärt, aber die skrupellose Verwendung ungeeigneter Industriefette im Lebensmittelzyklus ist das Übel! Dazu kommt, dass es ein Kontrollsystem gibt, aber keine Kontrolleure. Einerseits heißt es Abbau von ethischen Normen zugunsten von Profitmacherei auf Teufel komm raus, anderseits laxeste Handhabung seitens der Politik, wenn es um Kontrollen geht. Da zeigt sich immer wieder: Das kapitalistische Denken verdirbt die Sitten! Die bürokratische Politik spielt den Gegenpart dazu und zerstört die Lebensgrundlagen der Menschen.

Bei der Deutschen Bahn ist es nun heraus: 500 Millionen Dividende will Frau Merkel haben für ihren verlogenen Haushalt und die FDP für ihre Klientel. Darum wurde technisches Material bei der Bahn nicht erneuert oder korrekt gewar-

tet, das Wagenmaterial kurz gehalten und die Personalstärke weiter gedrückt. Vor Jahren noch hat man von oben herab auf die Engländer geblickt, die uns die Privatisierung ihrer Bahn zum „Vorbild“ gemacht haben, mit eben diesen Ergebnissen. Einerseits soll mit Wahnsinnsprojekten wie „Stuttgart 21“ das „Modernste“ vorgezeigt werden, andererseits ist Verkommenheit und Flickschusterei das Alltägliche. Wir brauchen keine Anteile an der Bahn von Bahrain, in den USA oder sonst wo, sondern eine solide Leistung in Alltagsfragen, die es vor der Unterordnung unter Kapitalverwertungsinteressen gegeben hat. Wenn wir die ganze Welt anschauen, gibt es Myriaden von Euro und Dollar, die keine Anlage finden, weil es nicht genug Rendite gibt, aber die Natur und die Menschen gehen kaputt. Diesen Widerspruch kann nur die Überwindung des Kapitalismus lösen!

In der Frage von Massenklagen gegen die zukünftige Regelsatzfestlegung gibt es einige neue Entwicklungen. Was dazu an Positionen und Wegen vorliegt, die beschritten werden könnten, vorliegt, weiß vielleicht noch nicht jede(r). Ich möchte deshalb vorschlagen, dass wir uns beim nächsten Mal wieder zu einer Nachbesprechung im „Seemannsheim“ treffen und uns dort informieren und beraten. Ich schlage zwei Punkte zur Beratung vor: Einmal die Massenklagen gegen den Regelsatz mit Information für alle und Abstimmung über das örtliche Vorgehen, zum Anderen die Vorbereitung eines Treffens der norddeutschen Montagsdemos, das vielleicht im März stattfinden könnte.

Jobst Roselius

Grundgesetz erlaubt kein Sparen am Existenzminimum: Das Vertrauen in den Bundesgesetzgeber und die Jobcenter ist tiefgreifend erschüttert *(„Berlin“)*

Welcher Erwerbslose übersteht drei Monate ohne Leistungsbezug?

1. Frisch im „Weser-Kurier“ und doch ein alter Hut: „Solidarität? Ein Hirngespinst“, lautet die Überschrift eines Kommentars zur Abschaffung der Beitragsteilung in der gesetzlichen **Krankenkasse**. Bisher und auch diesmal trägt der Arbeitgeber 50 Prozent des Beitrags. Künftige Erhöhungen gehen voll zulasten der Arbeitnehmer. Für Arbeitgeber ist der Beitrag eingefroren. Dies ist – wenn auch schon länger geplant – eine Neuigkeit. Ergänzend ist anzumerken, dass jeglicher Zu-

satzbeitrag zur gesetzlichen Krankenkasse allein vom Arbeitnehmer zu tragen ist. Bereits vorher war die „solidarische Lastenverteilung“ der Sozialversicherungsbeiträge Geschichte, weil der Arbeitnehmer Beitragsanteile allein zu tragen hatte. Diese Vorgehensweise ist in der Agenda 2010 entsprechend der Lissabonner Strategie festgelegt und im Lissabonner Vertrag festgeschrieben.

Nun zur Schlussfolgerung in diesem Kommentar: „Bei der – gerne als „solidarisch“ bezeichneten – Aufteilung der Versicherungsbeiträge auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber erleiden zwar die meisten Arbeitnehmer geringere Einkommensverluste, aber gleichzeitig büßen etliche Arbeitnehmer ihr Einkommen vollständig ein, weil ihr Arbeitsplatz wegrationalisiert wird.“ Dies ist aus meiner Sicht ein sehr alter Hut! Der Verzicht auf Lohn – und nichts anderes ist es – hat eine Senkung der Kaufkraft zur Folge und damit eine Schwächung der Nachfrage. Die These: „Die Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen“ stimmt nicht mehr: Die Gewinne von heute sind die *Spekulationsblase* von morgen!

2. Die letzten Rekruten wurden zur **Bundeswehr**. Künftig werden nur noch Freiwillige ihren Dienst in der Bundeswehr antreten. Das klingt schön, aber leider sind auch bisher die Freiwilligen nicht unbedingt freiwillig zur Bundeswehr gegangen. Die Fallmanager haben oftmals nachgeholfen: entweder 100 Prozent Sanktion für drei Monate oder zur Bundeswehr! Die wenigsten Erwerbslosen können sich drei Monate ohne Leistungsbezug leisten. Dass es zumindest Lebensmittelgutscheine gibt, wird gerne verschwiegen. Wenn wir nachgefragt haben, war dies ein „Irrtum“, ein „Missverständnis“. Selbstverständlich ist die Bundeswehr mit Verpflichtung zum Auslandseinsatz keine zumutbare Arbeitsmöglichkeit! Darum kämpft um eure Gesundheit! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Der Druck auf die jungen Leute wird auch durch das Zusammentreffen von zwei Abiturjahrgängen in Bremen und Niedersachsen zunehmen. Der Ausbau der Studienplätze und der Ausbildungsstellen hat nur eingeschränkt geklappt. Daher: Ihr müsst nicht allein zum Amt. Mit Begleitung wird das Gesprochene transparent, und es gibt Sicherheit. Gerne reden wir darüber, wie dies geht! Wir gehen mit! Eine weitere Druckerhöhung ist die Zielsetzung der Jobcenter, die Vermittlungszahlen drastisch zu erhöhen. Wer eine 100-Prozent-Sanktion erhalten hat, findet sich in der Statistik unter dem Eintrag „die Hilfebedürftigkeit konnten beenden“ wieder.“ Eine Sanktionierung mit 100 Prozent wirkt statistisch wie eine Arbeitsaufnahme, die Vermittlung zur Bundeswehr ebenfalls. Dabei werden auch in die Rente Geflohene und eben auch aus dem Leistungsbezug Gekickte mitgezählt. Jeder verringert schließlich die Erwerbslosigkeit laut Statistik!

Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz. Auf dem Sofa sitzen und andere machen lassen ist wie Warmduschen! Und nicht vergessen: Den Antrag auf Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen, ebenso bei Kürzungen jeder Art in der Vergangenheit den Antrag

auf Überprüfung nach § 44 SGB X (noch geht es rückwirkend bis zum 1. Januar 2007). Wer davor „über den Tisch gezogen “ wurde, frage vor dem Antrag bei uns nach, weil der Platz hierfür nicht ausreicht. Wir gehen mit! Wir klären das!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben

4.000 Menschen verdienen im Land Bremen trotz eines Vollzeit-Jobs so wenig, dass sie auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Eine neue Studie der „Arbeitnehmerkammer Bremen“ kommt zu dem Ergebnis, dass bereits 23.000 Hartz-IV-Empfänger (inklusive der Ein-Euro-Jobber) sogenannte „Aufstocker“ sind. Von den 70.000 Hartz-IV- Empfängern geht jeder dritte einer Beschäftigung nach. „Dabei sind die finanziellen Anreize gering. Nur 100 Euro sind anrechnungsfrei. Alles was darüber hinausgeht, wird zu 80 bis 100 Prozent mit dem Hartz- IV-Anspruch verrechnet. Wer trotz bleibender Bedürftigkeit bis zu 40 Stunden die Woche arbeitet, der braucht schon eine hohe Motivation“ („Weser-Kurier“ vom 23. Dezember 2010). Dieser Bewertung des Hauptgeschäftführers der „Arbeitnehmerkammer“, Herrn Schierenbeck, kann man vollkommen zustimmen. Diese Studie bestätigt, dass es einfach ein Klischee ist, dass sich Hartz-IV-Empfänger „in der Hängematte ausruhen“.

Die Zahl der „Aufstocker“ erhöht sich ständig. Waren es 2007 noch 14.920, so sind es 2010 fast 23.000 Menschen, die trotz Arbeit ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Das hat vor allem zwei Gründe: In keinem anderen Industrieland sind die Löhne in den vergangenen zehn Jahren so stark gesunken wie in Deutschland. Weltweit stiegen die Reallöhne um ein knappes Viertel, so die Uno- Arbeitsorganisation ILO im „Global Wage Report 2010/2011“. „In Deutschland sind die Reallöhne dagegen um mindestens 4,5 Prozent gesunken.“ In ihrem Bericht nennt die ILO als zweiten Grund die massive Ausweitung des Niedriglohnsektors durch die Zunahme von Leiharbeit und 400-Euro-Jobs:„Menschen in diesen Beschäftigungsverhältnissen verdienen rund ein Drittel weniger pro Stunde als ein ‚normaler‘ Beschäftigter.“

Längst ist es in vielen Firmen Praxis, dass vor allem bei Neueinstellung von Jugendlichen auf 400-Euro-Basis die Personalabteilung gleich den Hartz-IV-Antrag mit ausfüllt. Inzwischen werden die Betroffenen in den Personalbüros bereits als „von-der-Leyen-Arbeiter“ bezeichnet. Das alles zielt darauf, den Niedriglohnsek-

tor zu festigen und auszubauen. Mit mehr als elf Milliarden Euro Steuergeldern jährlich für „Aufstocker“ finanziert der Staat die Ausbeutung im Niedriglohnsektor bereits. 45 Millionen Euro werden im Land Bremen jährlich an „Aufstocker“ bezahlt. Diese Ausgaben sind eigentlich völlig überflüssig, wenn es einen Mindestlohn gäbe, von dem jede(r) leben kann. Deshalb setzt sich die Montagsdemo seit sechs Jahren dafür ein, zehn Euro pro Stunde Mindestlohn gesetzlich festzulegen! Wir unterstützen auch das Anliegen der Beschäftigten in den Betrieben, sich für kräftige Lohnerhöhungen und eine Lohnnachschlag einzusetzen. Und gemeinsam müssen Arbeitslose und Arbeitende die Hartz-IV-Gesetze zu Fall bringen, die uns Armut in einem der reichten Länder der Welt „beschert“ haben!

Harald Braun

Mit Niedriglohn und Arbeitslosigkeit in Resignation geführt

1. Ausgerechnet eine Studie der „Bertelsmann-Stiftung“ bemängelt, es gehe in Deutschland deutlich ungerechter zu als in vielen anderen Industrieländern. Besorgniserregend sei vor allem die **Kinderarmut** in Deutschland, weil hierzulande 10,8 Prozent der Kinder unterhalb der Armutsgrenze vegetieren müssen. Trotz verbesserter „Pisa“-Ergebnisse sehen die Forscher Nachholbedarf im Bereich Bildung, da der Erfolg von Schülerinnen und Schülern hierzulande weiterhin stark davon abhängt, über wie viel Geld die Eltern verfügen. Die Studie bemängelt, dass die Chancen auf sozialen Aufstieg durch eine bessere Ausbildung in Deutschland weiter deutlich geringer seien als in vielen anderen OECD-Staaten. Die Stiftung sieht außerdem erhebliche Defizite bei der Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit, wo Deutschland sogar auf dem vorletzten Platz liegt. Deutschland sticht noch in einem Punkt unangenehm schrill hervor: In kaum einem anderen OECD-Mitgliedsland habe die Ungleichverteilung der Einkommen innerhalb der vergangenen zwei Jahrzehnte so stark zugenommen wie bei uns. Am gerechtesten geht es in den nordeuropäischen Staaten Island, Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland zu. Am schlechtesten schnitt die Türkei ab.

2. Immer wieder taucht die Frage auf, warum Hartz-IV-Bezieher nicht massenhaft auf die Straße gehen und wegen ihrer unwürdigen Behandlung zu „Wutbürgern“ werden. Nach dem Armutsforscher Wilhelm Heitmeyer reagieren viele Menschen auf die Krise, indem sie eine pessimistische Erwartungshaltung gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung einnehmen und zugleich auf der Vorstellung eines vermeintlich intakten privaten Umfelds beharren. Die Betroffenen gingen nicht mehr auf die Straße, weil sie resigniert hätten, sich schämten und ausgegrenzt fühlten. Ihrer Erfahrung zufolge habe sich, selbst wenn sie mal aktiv wurden, für sie nichts verändert. Ihr Protest sei durch Parteien für ihre Zwecke oft instrumentalisiert und missbraucht worden, siehe die Regelsatzklage von Thomas Kallay vor dem Bundesverfassungsgericht: Das Urteil habe jede Partei für sich ausgeschlachtet, um sich zu profilieren. Nicht zu vergessen ist natürlich auch der Umstand, dass wer sich von den mageren 359 Euro monatlichem Regelsatz keine Fahrkarten für die nötigsten privaten Fahrten leisten könne, kaum in der Lage ist, für 20 Euro eine Rückfahrkarte zu kaufen, selbst wenn eine Großdemo einmal nur 50 Kilometer vor der eigenen Haustür entfernt läge.

Eher werde die Überlegung angestellt, was die Teilnahme für einen persönlich bringe, wenn dafür beispielsweise auf die eigentlich dringend notwendigen Turnschuhe verzichtet werden muss. Oder es muss in den kostenlosen Bussen der Pseudo-Gewerkschaften mitgefahren werden, wo als Gegenleistung erwartet wird, ihr Banner medienwirksam in jede Kamera zu halten. Die Verarmung und Verelendung in unserer Gesellschaft geht einher mit einem innerlichen Rückzug aus dieser sowie einer Vereinzelung und Vereinsamung der Betroffenen. Das spielt dem schwarz-gelben Gruselkabinett in Berlin nur in die Arme: Wie praktisch ist doch eine wachsende Schicht von armen Menschen, die nicht gesehen werden muss! Soweit nichts Neues, das ist alles bekannt. Da könnte auch einfach mal zum Klassiker der empirischen Sozialforschung gegriffen werden, der „ Marienthal-Studie“ aus den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Die Studie zeigte die sozi-psychologischen Wirkungen von Arbeitslosigkeit auf und machte deutlich, dass **Langzeitarbeitslosigkeit** nicht – wie vielfach angenommen – zu Revolte, sondern zu passiver Resignation führt. Die Menschen, die trotz Vollzeitarbeit mit Niedriglohn immer noch bettelarm bleiben, haben ähnlich den Langzeitarbeitslosen kaum Gelegenheit zu demonstrieren, wenn sie den ganzen Tag arbeiten und anschließend ausgepowert sind. Dennoch gibt es in Deutschland eine Protestkultur, wenn ich an die Demonstrationen gegen „Stuttgart 21“ oder gegen die Castor-Transporte denke.

Augenscheinlich verbindet die soziale Frage die verschiedenen Bewegungen nicht. Die erfolgreichen Proteste werden eher von der bürgerlichen Mittelschicht getragen und haben keineswegs eine linke Perspektive, sondern sind allenfalls radikal-demokratisch. Auch eine Betrachtung der Protestbewegungen und Bürgerinitiativen seit den 70er Jahren zeigt immer wieder auf: Erfolgreicher Protest fand nur statt, wenn sich die bürgerliche Mitte beteiligte und die soziale Frage nicht im Vordergrund stand. Möglicherweise ist das Auslassen der sozialen Fra-

ge eine psychologische Abwehrhaltung, um der Angst gegen den Verlust der eigenen Klasse zu begegnen. Es scheint also darauf anzukommen, Vertreter der „ bürgerlichen Mitte“ für das Anliegen der „Deklassierten“ zu gewinnen, ohne sich jedoch von ihnen vereinnahmen zu lassen. Ein paar Ausnahmen gibt es bei den Erwerbslosen aber doch, die nicht resignieren, sondern ihre Empörung nach außen richten: das sind Angehörige der Montagsdemos in ganz Deutschland! Von hier aus lässt es sich gestärkt hach Hause und mit Unterstützung zu den argen Argen gehen.

3. In der entscheidenden Arbeitsgruppe im Bundestag zur **Hartz-IV-Reform** waren alle Parteien vertreten – nur „Die Linke“ nicht. Sie war darüber zu Recht so verärgert, dass sie ihre Beteiligung über eine einstweilige Verfügung beim Bundesverfassungsgericht erzwingen wollte. Wie verfassungswidrig die Sache war, steht auf einem ganz anderen Blatt. Bisher waren in der achtköpfigen Arbeitsgruppe, die über Neuregelungen für Hartz-IV-Bezieher beriet, nur Abgeordnete von Union, SPD, FDP und Grünen vertreten, also von den Parteien, die die Hartz-Gesetze verbrochen haben. Damit wurde der Anschein erweckt, die Debatte um wirkliche Alternativen zur Hartz-IV-Reform zu unterbinden. Sieh an, nun durfte „Die Linke“ doch an der Sitzung der Arbeitsgruppe zur Hartz-IV-Reform am Freitag teilnehmen und einen Vertreter in die informelle Arbeitsgruppe schicken! Hoffentlich nutzt es etwas, wird sich nicht auf einen faulen Kompromiss zulasten der Hartz-IV-Bezieher geeinigt!

4. Zum Jahresbeginn kam es erneut zu massiven Problemen bei einer Softwareumstellung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg für die Hartz-IV-Leistungen. Während bei der Behörde alle Dienststellen und Jobcenter für Hartz IV auf die **Software** von SAP umgestellt wurden, teilten verschiedene Betroffene in den vergangenen Tagen dem „Erwerbslosenforum Deutschland“ mit, dass sie ohne Leistungen dastünden. Laut internen Informationen von Mitarbeitern aus Jobcentern im Ruhgebiet, die dem „Erwerbslosenforum Deutschland“ zugetragen wurden, sollen bundesweit davon angeblich circa 60.000 Bedarfsgemeinschaften betroffen sein. Das „Erwerbslosenforum“ übte scharfe Kritik an der Informationspolitik der Bundesagentur und hat keinerlei Verständnis dafür, dass die Behörde nicht selbst an die Öffentlichkeit geht. Leider sei es inzwischen offenbar an der Tagesordnung, dass Betroffene zunächst damit vertröstet werden, ihr Geld sei angeblich unterwegs, oder dass sie tagelang auf einen Vorschuss warten müssen. Deshalb sollten alle Betroffenen, die keine Leistungen erhielten, sich umgehend eine Barauszahlung bei den Jobcentern abzuholen.

5. Im kommenden Mai sollen 80.000 Fragesteller in ganz Deutschland ausschwärmen und zehn Prozent aller Haushalte einen Besuch abstatten. Im Rahmen der Volkszählung sollen sie grundlegende Daten über Familienstand, Wohnverhältnis, Religion, Ausbildung und Arbeitssituation von Millionen Bundesbürgern erfassen.

Weil die Volkszählung für die Behörden in den Bundesländern eine große logistische Herausforderung ist, sind sie auf Helfer angewiesen und suchen noch viele Freiwillige. Die NPD wittert darin offenbar eine Chance und ruft ihre Mitglieder und Sympathisanten im Internet dazu auf, sich bei einer der 39 Erhebungsstellen in Sachsen zu melden und bei der Befragung mitzuhelfen. Der „besondere Reiz“ scheint darin zu bestehen, „Eindrücke von den persönlichen Lebensverhältnissen des einen oder anderen ‚Antifaschisten‘ bekommen“ zu können. Nett: außerdem wolle die NPD „nationaldemokratische ‚Marktforschung‘ zur idealen Wähleransprache“ betreiben.

Beim Statistischen Landesamt in Sachsen ist der Aufruf der NPD bekannt. Die 39 im Land verteilten Erhebungsstellen würden bei der Auswahl der Freiwilligen auf Zuverlässigkeit und Auftreten achten. Es gebe aber „keinen Anlass, einem NPD-Mitglied die Tätigkeit als Interviewer zu verwehren“. Wenn einer der Freiwilligen seine Tätigkeit für politische Arbeit oder auch für Verkaufsgespräche missbrauche und Informationen weiterreiche, habe das rechtliche Konsequenzen. Da lachen ja die Hühner! Wie sollte das bewiesen werden können? „Keinen Anlass“ sehen bei einer rechtsextremistischen Partei! Ist das hier genau wie beim Verfassungsschutz, der ja auch gern mit **Faschisten** zusammenarbeitet, angeblich um sie auszuspionieren? Wie wird mir da schlecht! Ich finde es unglaublich, dass sich eine Landesregierung nicht ganz scharf von den Faschisten abgrenzt, sondern ernsthaft ihre „Hilfe“ anzunehmen gedenkt! Sollte bei mir jemand unangemeldet vor der Tür stehen, wenn ich zum Beispiel gerade eine Henna-Packung auf dem Kopf hätte, dann würde ich ihm durch meine Sprechanlage sagen, dass er mir die Unterlagen in den Briefkasten werfen könnte und ich dann die Antworten per Post zurückschicken wollte. Es kann mich niemand dazu zwingen, mit „Klein-Adolf“ an der Tür zu sprechen!

6. Julia Klöckner, CDU-Kandidatin für die rheinland-pfälzische Landtagswahl 2011, macht wahrscheinlich aus wahltaktischen Gründen von sich reden, damit ihr Name überhaupt einmal öffentlich erklingt. Sie fordert mehr Hilfen für **Familien** – von der verstärkten Berücksichtigung in Gesetzen über Helfer bei Behördengängen bis zur „Vorfahrt“ bei Seminarbelegung und Job-Vergabe. Sie schmiert allgemein Honig um den Bart, wenn sie verlangt, dass politische Entscheidungen stärker aus dem Blickwinkel von Familien getroffen werden müssten und von daher neue Gesetze auf „Familientauglichkeit“ hin überprüfen will. Sie verlangte außerdem, dass junge Eltern bevorzugt eingestellt werden und dass Studium und Kindererziehung miteinander vereinbar sein müssten. Klöckner hält es für „unklug“, die Familiengründung so weit aufzuschieben, bis frau „mitten im Berufsleben auf der Überholspur“ sei. Viele junge Frauen wollten „keine alten Mütter sein“. Familien sollten in der Krankenversicherung auch geringere Beitragserhöhungen zahlen als Kinderlose.

Salbader, Salbader, was palavert die Dame da eigentlich? Es ist Mumpitz, grundgesetzwidrig, kann doch nur negativ beschieden werden, weil niemand al-

lein nur deshalb bevorzugt werden darf, nur weil er einen Ehepartner oder Kinder hat! Ist das sogenannte Privilegieren, das Frau Klöckner da den Familien mit Kindern angedeihen lassen will, nicht eher eine nette Umschreibung dafür, den Druck ganz besonders auf leistungsberechtigte Familien zu erhöhen – im Sinne der üblichen Verfolgungsbetreuung? Die rheinland-pfälzische Familienministerin Malu Dreyer (SPD) kritisierte den Vorstoß, weil Frau Klöckner für Rheinland-Pfalz „Eulen nach Athen“ trage. Auch müsse Klöckner erklären, wie sie die von ihr vorgeschlagene Doppelstruktur von „Bürgerbüros“ und „Familienlotsen“ finanzieren wolle. Es sei unglaubwürdig, wenn die CDU-Spitzenkandidatin andererseits auf Bundesebene die familienfeindliche Politik der schwarz-gelben Bundesregierung unterstütze, also die Streichung des Elterngeldes oder die Kürzung der Heizkostenzulage zulasten armer Familien mittrage.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Ich werde in Oldenburg zur Kommunalwahl kandidieren

Die Damen und Herren des Rates der Stadt Oldenburg habe ich schriftlich gebeten, mir mitzuteilen, wie viele Bürger(innen) der Stadt auf Grundsicherung im Alter oder wegen Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit betroffen sind. Welche Regelung gibt dafür, dass diesen Personen die außerhäusliche Verpflegung oder die Teilnahme am „Essen auf Rädern“ ermöglicht wird, wenn sie darauf angewiesen sein sollten? Nach den Bestimmungen von SGB II und SGB XII stehen für außerhäusliche Verpflegung nur circa 7,50 Euro im Monat zur Verfügung. Vergleicht man diesen Betrag mit den Preisen der Anbieter für „Essen auf Rädern“, dann dürfte dieser nur für etwa anderthalb Tage im Monat ausreichen. Auch wenn man einen anteiligen Betrag beispielsweise für das Mittagessen aus der häuslichen Verpflegung anrechnet, dürften die Kosten für ein kalendertägliches Mittagessen „auf Rädern“ für diesen Personenkreis nicht abgedeckt sein.

Meiner Kenntnis nach gibt es hierfür in anderen Städten bereits Zuschüsse. Wie ist es derzeit in Oldenburg geregelt? Die Preise kann man beispielsweise den Preislisten des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Oldenburg-Ammerland“ entnehmen. Demnach würden allein für die Mittagsverpflegung von Personen, die täglich darauf angewiesen sind, monatliche Kosten von rund 180 Euro entstehen. Bei eventueller Nichtbeantwortung bis Ende des Monats durch eine der betei-

ligten Ratsfraktionen werde ich diese Fragen im Rahmen einer Einwohnerfragestunde an den Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg richten. Gerade komme ich aus der Stadt zurück, mit den Formularen für die Unterstützerunterschriften zur Niedersächsischen Kommunalwahl. Ich werde in Oldenburg im Wahlbereich III (Nordwest) antreten und hoffe doch, dass ich die erforderlichen Unterschriften zusammenbekomme! Ich werde Klientelpolitik betreiben: Meine Klientel sind alle finanziell Benachteiligten dieser Hartz-Gesetzgebung.

Übrigens habe ich meine Klage gegen die Regelsatzhöhe nach dem SGB und gegen die Anrechnung des Kindergeldes, welche ich im Jahr 2007 auf Vorschlag des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen ruhend stellen ließ, wieder aufleben lassen. Ich hatte mich 2007 nur deshalb damit einverstanden erklärt, da angeblich andere Kläger(innen) mit ähnlichen Klagepunkten bereits bis vor das Bundessozialgericht vorgedrungen waren. Jetzt kann es eventuell ein Vorteil sein, dass ich das so gemacht habe. Ich habe Antrag auf Prozesskostenhilfe gestellt, da ich hoffe, dass mich eine Anwältin aus Bremen vertritt. Ich glaube, gute Argumente dafür zu haben, dass auch die bisherige Anrechnung des Kindergeldes sowie die Regierungs-Blendgranaten wie der „Bildungschip“ verfassungswidrig sind. Mal sehen, ob sich SPD, Grüne und Linkspartei an dieser derzeitigen Vernebelungsaktion beteiligen!

In der Beantwortung der Frage, ob das „Reich der Freiheit“ in einem „gezähmten Kapitalismus“, in dem zum Beispiel die Arbeitswelt „humanisiert“ wurde, beginnen könne, liegt der Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Sozialismus, schreibt Kornelia Möller. Meiner Meinung nach muss kein Linker mehr nach Beantwortung obiger Frage suchen, ansonsten kann er nur ein Sozialdemokrat sein. Die Antwort darf nur Nein lauten! Gegenwärtig wird doch ersichtlich, dass den Kapitalisten nur eines interessiert, nämlich ihre Produktion und ihre damit verbundenen Profite. Alle Kosten für die Reproduktion schmälern aber den Mehrwert. Wenn sie die Reproduktionskosten wirklich angemessen bezahlten, würde das die Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen erheblich gefährden. Es kann in einem kapitalistischen System letztlich immer nur ganz wenige Gewinner geben. Nur Sozialdemokraten schaffen es anscheinend, sich über diese Logik hinwegzusetzen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik, derzeit Kläger gegen Hartz IV beim Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen)

Wir haben eine Welt zu gewinnen!

Am vergangenen Sonntag war die Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Demo in Berlin, wie jedes Jahr am zweiten Sonntag im Jahr. Zu Ehren der Ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und des Gründers des ersten sozialistischen Staates Wladimir Iljitsch Lenin kamen Zehntausende aus ganz Europa. Seit jahren ist

dies die größte Demonstration in Europa für den Sozialismus, für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Ich und einige andere aus Bremen waren auch dabei. Linke aus allen Parteien und Organisationen sorgten für ein Meer von roten Fahnen und Blumen sowie für zahlreiche Kulturbeiträge. Ein Thema war die Solidarität mit der Linkspartei-Vorsitzenden Gesine Lötzsch, die es „gewagt“ hatte, im Interview mit der „Jungen Welt“ das Wort Kommunismus in den Mund zu nehmen. Dagegen erhob sich ein Aufschrei in sämtlichen Medien. Die CSU will die Linkspartei verbieten. Geifernd, Schaum vor dem Mund, wird der Kommunismus gleichgesetzt mit Verbrechen während der Stalinzeit und mit Mauer und Stasi. Was für ein billiges Ablenkungsmanöver!

Denn was ist denn hier im Land los? Beim Dioxinskandal wird inzwischen ein extremes Ausmaß erkennbar: Über 3.000 Schweinemastbetriebe wurden geschlossen, die Dioxinwerte sind 78 Mal höher als erlaubt. Dabei dürfte gar kein Dioxin erlaubt sein, weil es sich im Körper anreichert und extrem krebserregend ist! Aber die Agrar- und Lebensmittelindustrie geht über Leichen: 1.000 Euro kostet eine Tonne Tierfutterfett, 500 Euro die gleiche Menge Industriefett. Dabei ans Mischen zu denken, ist Kapitalismus pur! Und während die Deutsche Bank die größten Gewinne aller Zeiten erwartet, werden ganze Völker ausgesaugt und Menschen um jegliche Chancen gebracht. Alle drei Sekunden verhungert ein Kind auf der Welt, obwohl es für alle genug zu essen gäbe. Dieses barbarische System, der weltweite Kapitalismus, ist das Verbrechen!

Nur der Profit zählt, und die Finanzhaie und ihre willfährigen Regierungen tun alles dafür – egal, ob die Menschheit in der globalen Umweltkatastrophe versinkt, im atomaren Knall verglüht oder verhungert. Hunderte Millionen arbeitslos, wie auf den Müll geworfen oder wie in Deutschland mit 359 Euro notdürftigst am Leben gehalten. Kommunismus dagegen heißt klassenlose Gesellschaft, Ende von Ausbeutung und Unterdrückung. Darüber soll man noch nicht einmal nachdenken dürfen? Kritikwürdig an den Aussagen von Gesine Lötzsch ist nicht, dass sie über Wege zum Kommunismus nachdenkt, sondern allenfalls, dass sie die Illusion verbreitet, dieser könne über Wahlen und schrittweise Regierungsbeteiligung erreicht werden. Schon Marx und Engels spotteten im „Kommunistischen Manifest“ über die panische Angst der alten Mächte vor dem „Gespenst des Kommunismus“: „Mögen die herrschenden Klassen vor der kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“ Das gilt gerade auch heute!

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

312. Bremer Montagsdemo am 17. 01. 2011

Hartz-IV-Kinder schon vor der Geburt sanktioniert

1. Regierung und Opposition verhandeln angeblich über bessere Bildungschancen für bedürftige Kinder und lassen dabei keine Gelegenheit ungenutzt, hervorzuheben, dass mehr Geld aber nicht helfe, wenn die Eltern „versagten“. Offenbar muss mal wieder eine Runde gehetzt werden, um „objektive Gründe“ aufzufahren, weshalb eben der **Kinderregelsatz** nicht erhöht werden soll! Bei allem Gezänk über die „Neujustierung“ von Hartz IV herrscht zwischen Regierung und Opposition große Eintracht darüber, dass arme Kinder die Schwächsten der Schwachen seien und damit mehr als jeder andere der staatlichen Fürsorge bedürften, weswegen mehr Geld „ins System“ müsse. Da es dem Nachwuchs des „abgehängten Prekariats“ vor allem an Bildungschancen mangele, setzt Ursula von der Leyen auf Gutscheine, mit denen die Hartz-IV-Kinder je nach Bedarf kostenlos Mathe-Nachhilfe, Geigenunterricht oder Schulessen erhalten sollen. SPD und Grüne wollen an jeder Schule Sozialarbeiter einstellen, um vor Ort umfassende Lebenshilfe leisten zu können. Mit der Arroganz der Satten sind sich beide Lager darin einig, dass die zusätzlichen Millionen Euro nicht in die Hände der langzeitarbeitslosen Eltern gehören, weil diese „große Schwierigkeiten“ hätten, ihre Sprösslinge gut zu versorgen, was aber keineswegs am Geldmangel liege.

Das Handicap, unter dem Hartz-IV-Kinder litten, sei immaterieller Natur, da ihre Mütter und Väter oft nicht in der Lage seien, ihr eigenes Leben „in den Griff“ zu bekommen und in einem „Meer von Freizeit“ versänken. Grundlegende Werte des gesellschaftlichen Zusammenlebens – wie Pünktlichkeit oder Fleiß – würden von den Erwachsenen den Kindern nicht vorgelebt und somit auch nicht an die Heranwachsenden vermittelt, wodurch es den Kindern häufig nicht nur an Deutschkenntnissen oder mathematischen Fähigkeiten, sondern auch an Disziplin und Leistungsbereitschaft fehle.

Wenn Kinder morgens gar nicht erst zur Schule kämen, weil sie von den Eltern nicht geweckt und zum Unterricht geschickt würden, könne auch keine staatlich bezahlte Nachhilfe die Bildungschancen spürbar verbessern. – Absichtlich böswillige Unterstellungen werden als Tatsachen hingestellt, und es wird weiterhin so getan, als ob nicht Millionen von Arbeitsplätzen fehlten und Hunderttausende mit einem Hungerlohn abgespeist würden, weshalb sie sich zusätzlich vom Staat alimentieren lassen müssen. Wer nun also dazu aufruft, Teilen der Bevölkerung „ein Leben ohne Arbeit unmöglich“ zu machen, obwohl es eine Tatsache ist, dass es nicht genügend Arbeit für alle gibt – ist der nun ein Journalist oder Hetzer? Kinder von ALG-II-Beziehern bekommen nicht ein „Meer von Freizeit“ vorgelebt, sondern bibbern von klein auf im Eismeer der Ausgrenzung, in einer eigentlich reichen, aber entsolidarisierten Ellenbogengesellschaft!

2. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ wirft dem Braunschweiger Jobcenter vor, unmenschliche Entscheidungen zu treffen und dabei gesundheitliche Folgen für eine junge Schwangere und ihren Ungeborenen billigend in Kauf zunehmen. Einer 22-jährigen Frau, die im vierten Monat schwanger ist, wurden die Hartz-IV-Leistungen auf Null gekürzt, weil sie sich weigerte, einen Ein-Euro-Job aufzunehmen, der ihrer Ansicht nach wegen der Schwangerschaft und ihres gesundheitlichen Zustands nicht zumutbar sei. Das Jobcenter kürzte ihr die Bezüge nicht nur für drei Monate zu 100 Prozent, sondern strich darüber hinaus auch noch den Zuschlag für den Mehrbedarf bei Schwangerschaft ab dem 1. Januar. Nach Ansicht des „Erwerbslosenforums Deutschland“ war bereits die Art und das Zustandekommen des Ein-Euro-Jobs – unabhängig von der folgenden Kürzung – rechtswidrig. Obwohl die zuständigen Mitarbeiter des Jobcenters selbst bei einem Anhörungstermin erlebten, dass sich die werdende Mutter in keinem guten Gesundheitszustand befindet, schlossen sie eine Verkürzung des Sanktionszeitraums „im Interesse der Allgemeinheit“ kategorisch aus. Es lässt sich kaum deutlicher zeigen, welchen Stellenwert der Nachwuchs von Hartz-IV-Bezieherinnen hat: Das arme Kind ist noch nicht mal geboren und wird schon bestraft!

Der jungen Frau wurden vom Jobcenter zwar Lebensmittelgutscheine zugebilligt, die sie wöchentlich abholen sollte, doch schon beim ersten Termin lehnte es die Übernahme von Fahrtkosten mit der „Begründung“ ab, dass es ihr zuzumuten sei, die Strecke von zehn Kilometern zu Fuß zurückzulegen. Ebenso wurden ihr das Geld für die Arztpraxisgebühr und die Zuzahlung ihrer dringend benötigten Medikamente verweigert – weil diese ja im Regelsatz enthalten seien! Sollte es dem Jobcenter entgangen sein, dass die junge Frau überhaupt kein Geld mehr bekommt, oder handelt es sich nur um eine besonders perfide Form von Verfolgungsbetreuung? Die Verantwortlichen sollten sich schämen, sie müssten öffentlich an den Pranger gestellt werden! Auch kann die die psychische Belastung der werdenden Mutter unvorhersehbare Folgen für das ungeborene Kind haben. Handelt es sich hier nicht um eine Straftat – Körperverletzung, Amtsmissbrauch oder gar unterlassene Hilfeleistung – an der werdenden Mutter und ih-

rem ungeborenen Kind? Forumssprecher Martin Behrsing forderte das Jobcenter auf, die **Sanktionen** zurückzunehmen. Die Verantwortlichen in der Politik sollten, statt die Sanktionen im Zuge der angestrebten Hartz-IV-Reformen noch weiter verschärfen zu wollen, endlich einem Sanktionsmoratorium zustimmen! In keinem Strafverfahren wird eine Sanktion vor Abschluss der gerichtlichen Verfahren verhängt. Nicht so bei Hartz IV: Da wird erst bestraft und dann geschaut, ob die Strafe überhaupt berechtigt war.

Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ besorgte der Frau anwaltliche Hilfe. Zwei Tage später schienen die Sanktionen gegen die kranke Schwangere nun doch nicht mehr „im Interesse der Allgemeinheit“ zu stehen, denn das Braunschweiger Jobcenter nahm die Kürzung der Hartz-IV-Leistungen zurück. Das zuständige Sozialgericht, bei dem der Anwalt diese Woche einen Eilantrag einreichte, riet dem Jobcenter zur Anerkennung der Ansprüche, da schon die Art und Weise des Zustandekommens des Ein-Euro-Jobs rechtswidrig war. Die junge Frau zeigte sich erleichtert. Die letzten Tage seien für sie eine große Belastung gewesen. Sie hätte sich wie eine Verbrecherin behandelt gefühlt. Leider handelt sich dieser menschenverachtende Umgang mit einer Schwangeren nicht um einen Einzelfall! Schon am Sonntagabend wandten sich die Eltern einer jungen Schwangeren aus Süddeutschland, die ähnlich herz- und skrupellos von ihrer argen Arge die Transferleistungen komplett gestrichen bekam, an das Erwerbslosenforum. Sarrazin, Westerwelle, Heinsohn, Röwekamp und Konsorten haben in Deutschland ein Klima moralischer Verrohung gegenüber finanziell Schwachen wenn nicht geschaffen, so doch gewissenlos begünstigt! Ich will nichts gleichsetzen, aber ich fühle mich daran erinnert, wie kranke Kinder im „Dritten Reich“ umgebracht und politisch oder ethnisch unliebsame Menschen zwangssterilisiert wurden. Offenbar reicht es noch nicht aus, die Kinderregelsätze unverantwortlich niedrig zu halten und den ALG-II-Beziehern das Elterngeld zu streichen!

3. Mit christlicher Wohlfahrt kann es nicht viel zu tun haben, wenn Diakonie-Heime in „Schlecker-Manier“ Zehntausende von Mitarbeitern als **Zeitarbeiter** beschäftigen und so die Lohnkosten drücken. Dazu nutzen Diakonie-Heime die unternehmenseigene Leiharbeitsfirma „Dia Logistik“, um neue Mitarbeiter zu niedrigen Zeitarbeitstarifen einzustellen. Sie sparen dabei vor allem kräftig bei qualifiziertem Personal. Während eine ausgebildete Altenpflegerin mit zwei Jahren Berufserfahrung bei der Diakonie pro Stunde 14,28 Euro verdient, erhält sie bei der Leiharbeitsfirma nur 10,16 Euro und kommt damit monatlich auf ein Minus von 640 Euro. Außerdem sollen Geschäftsführer diakonischer Einrichtungen zwei GmbHs gegründet haben, um gekündigte Beschäftigte zu schlechteren Konditionen wieder neu einzustellen. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Nikolaus Schneider, räumte zwar ein, dass es unter diesen Beschäftigten Probleme mit der Lohnhöhe gebe, doch der „Bundesverband des Diakonischen Werks“ wies Anschuldigungen des Lohndumpings zurück und behauptete, dass alle diakonischen Einrichtungen den „Spagat zwischen Wirtschaftlichkeit

und Nächstenliebe“ aushalten müssten. Es gelte ein Appell an die Heime, nicht mehr als fünf Prozent der eigenen Belegschaft in Zweitfirmen mit niedrigeren Löhnen zu beschäftigen. Laut Nikolaus Schneider seien acht Prozent der Diakonie-Beschäftigten ausgelagert worden, was 35.000 Mitarbeiter entspreche. Der Sprecher der diakonischen Mitarbeitervertreter, Michael Heinrich, geht dagegen von 75.000 Beschäftigten aus, die bei der Diakonie unter Lohndumping leiden. Ein Diakonie-Sprecher teilte mit, dass er sich zu den unterschiedlichen Zahlen nicht äußern könne, weil die Zahl der Zeit- und Leiharbeiter nirgends statistisch erfasst werde. Wie praktisch! Ob hier wohl vor lauter Raffgier der Spagat zwischen Wirtschaftlichkeit und Nächstenliebe ein ganz klein bisschen auseinander gegrätscht ist?

4. Der zweite Strafsenat des Oberlandesgerichts Naumburg setzte ein deutliches Zeichen: Arbeitgeber, die **Mindestlöhne** unterschreiten, sind Straftäter und werden auch so behandelt. Während ähnliche Vergehen bislang als Ordnungswidrigkeit behandelt wurden, sah nun erstmals ein Gericht den Straftatbestand erfüllt. Damit ist der Unternehmer jetzt ein offiziell vorbestrafter Straftäter. In Zukunft werden sich einige Firmeninhaber bestimmt überlegen, ob sie dieses Risiko wirklich eingehen wollen. So wurde die Revision eines Unternehmers abgeschmettert, der wegen Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt in 18 Fällen vom Amtsgericht Magdeburg verurteilt worden war und dagegen vorgehen wollte. Laut Urteil umging der Unternehmer bewusst tarifliche Mindestlohnregelungen und hat nach dem Tariflohn geschuldete Sozialabgaben nicht entrichtet, um sein eigenes Einkommen auf Kosten der von ihm angeblich nur geringfügig beschäftigten Reinigungskräfte zu erhöhen. Dabei bediente sich der Firmeninhaber eines gemeinen Tricks, indem er seine Mitarbeiter nur für die tatsächlichen Putzarbeiten entlohnte, nicht aber für die Zeit, in der sie die Objekte beaufsichtigten und vor Ort sein mussten. Hat er sich das bei Ryanair abgeguckt? Aufgrund dieser unfairen Berechnung erdreistete er sich, seine Mitarbeiter als „Mini-Jobber“ anzumelden, die zwischen 60 und 170 Euro „Lohn“ und damit 1,79 Euro pro Stunde erhielten. Mit einem Mindestlohn von 7,68 Euro wären die Mitarbeiter auf einen Anspruch von 1.290 Euro gekommen (Aktenzeichen 2 Ss 141/10).

5. Ja, das kann ich mir gut vorstellen, wie die Diakonie die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Hamm zum **Streikrecht** in kirchlichen Einrichtungen bedauert! Letzte Woche kippte das Gericht das Streikverbot in der Evangelischen Kirche und ihren diakonischen Einrichtungen, da es unverhältnismäßig sei. Wenn Beschäftigte in der Evangelischen Kirche und der Diakonie auch in Bereichen wie Reinigungsdienst und Krankenhausküchen tätig seien, dann zählten diese Dienste nicht zum in christlicher Überzeugung geleisteten „Dienst am Nächsten“ (Aktenzeichen 8 SA 788/10). Erstaunlicherweise stehen nach Überzeugung der Diakonie Streik und Aussperrung im Widerspruch zum kirchlich-diakonischen Selbstverständnis. Aber Auslagerung in Zeitarbeitsfirmen und Ein-Euro-Jobs gehören

zum Selbstverständnis? Eine Frechheit sondergleichen, dass die Kirche sich immer noch auf Privilegien berufen kann! Wenn der „Bundesverband der Diakonie“ die Revision beim Bundesarbeitsgericht empfiehlt, so hoffe ich, dass er damit voll auf die Nase fallen wird. Was steckt denn für eine Vorstellung von Arbeitsmoral dahinter? Sollen Arbeitnehmer an einer „christlichen“ Arbeitsstelle sich alles gefallen lassen müssen, sich jegliches arbeitsrechtliche Zurwehrsetzen versagen und stattdessen lieber im Sinne von „ora et labora“ ganz auf den mickrigen Lohn verzichten? Klar, streiken ist Sünde, und die darf ja nicht über die Kirchen daselbst hereinbrechen, nachdem schon überall die Ein-Euro-Arbeitssklaven, äh: -Jobber, wegfallen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Es macht uns das Geschwätz nicht satt

Jammern und Zetern und auch das Beschwören moralischer Prinzipien, gewandt an einzelne, anscheinend abgehobene Vertreter(innen) der Linksfraktion, im Moment besonders die Person Dagmar Enkelmann, werden kaum die Lebensbedingungen aller finanziell benachteiligten Menschen in diesem Land verbessern. Es ist die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, die ihre Bundestagsabgeordnete Enkelmann als Vertreterin für den Vermittlungsausschuss zum Thema Hartz IV berufen hat. Es wird aber zurzeit durch viele Beiträge in „Scharf links“ der Eindruck erweckt, Frau Enkelmann wäre die alleinige Verantwortliche für ihre derzeitigen Ergüsse.

Das Sein trübt das Bewusstsein, genau das scheint sich im Moment wieder einmal zu bestätigen! Sollte dies nicht der Grund sein, kann es sich nur um Verrat an den Interessen aller Menschen im unteren Einkommensbereich handeln, die diese Partei gewählt haben, um wirkliche Verbesserungen zu erreichen. Um so etwas zu verhindern, dürften Leserbriefe und Artikel gegen eine vermeintlich allein verantwortliche Person aus der Partei, die sich „Die Linke“ nennt, aber kaum ausreichen. Es macht uns ein Geschwätz nicht satt, das schafft kein Essen her!

Ich bin kein Experte im Wissen zu den formalen Möglichkeiten einer Partei, irgendwelche Absichten unterbinden zu lassen, aber eine Partei, die sich „Die Linke“ nennt und angeblich für einen demokratischen Sozialismus kämpft, sollte bestimmt Möglichkeiten haben, zum Beispiel außerordentliche Einberufungen ihres

Bundesvorstandes und ihrer Bundestagsfraktion vorzunehmen, um hierdurch einzelne Vertreter(innen) auf den richtigen und notwendigen Weg zurückzuholen.

Die Ankündigung der Frau Enkelmann, sich für die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, auf Regelsätze einzulassen, die aber auch gar nicht mit einer wirklichen Verbesserung der Lebenswirklichkeit von Millionen betroffenen Menschen in Einklang zu bringen sind, dürfte kaum ein Beitrag zum Weg für einen angeblich geforderten demokratischen Sozialismus sein – sondern eher ein Beitrag der Partei, die sich „Die Linke“ nennt, genau dazu, dass wieder einmal ein politisch festgesetzter Betrag die zukünftige Regelsatzhöhe bestimmen soll. Wenn das wirklich so der Fall werden sollte, dann darf sich eigentlich kein Mitglied der Partei, die sich „Die Linke“ nennt, zukünftig überhaupt noch auf Forderungen des Bundesverfassungsgerichts berufen und wohl auch nicht mehr auf einen demokratischen Sozialismus, den man ja angeblich fordert.

33 Euro mehr, das ist eine realistische Forderung für eine Partei, die koalitionsfähig werden will. Aber es gibt noch immer das Hindernis der Fünfprozenthürde! Vielleicht übersieht man das ganz großzügig in der Führung der Partei, die sich „Die Linke“ nennt – und ebenso, dass man auf solche Art und Weise die Faschisten stärken könnte. Wenn man sich also in der Mitte trifft, werden aus einem Heiermann dann drei plus 1,50 Euro. Mein „Dank“ wird der Partei, die sich „Die Linke“ nennt, dann ewig nachschleichen!

Werner Schulten springt Dagmar Enkelmann zur Seite, deren Aussage laute, allein zwei der im Karlsruher Urteil explizit geforderten Korrekturen führten bereits zu einem Regelsatz von über 390 Euro. Von einer Forderung nach 33 Euro mehr sei diese Tatsachenfeststellung so weit entfernt, als würde man die Aussage, eine Zitrone sei gelb, als Forderung deklarieren, alles Obst müsse gelb sein. Nun sind selbst Zitronen nicht alle gelb; diese Annahme von Werner Schulten ist nicht richtig, und man muss daher Zitronen auch nicht mit anderem Obst vergleichen. Schon hierbei handelt es sich um einen hinkenden Vergleich. Bestimmt sind alle Zitronen sauer; ob sie aber so sauer sind wie derzeit viele Erwerbslose auf die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, möchte ich bezweifeln.

Als Mitglied im Bundesvorstand der Partei, die sich „Die Linke“ nennt, und als Sprecher der „Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV“ wäre Werner Schulten eher verpflichtet, allen Erwerbslosen öffentlich zu erklären, welche offizielle Erklärungen und Forderungen durch seine Partei im Vermittlungsausschuss gestellt werden sollten. Frau Enkelmann wird kaum nach Gutsdamenmanier dazu berechtigt worden sein, ihre persönlichen Forderungen zu stellen, sondern dürfte im Auftrag ihrer Partei handeln. Erwerbslose interessiert wohl nur die Frage: „Wie lautet der Auftrag der Partei, die sich „Die Linke“ nennt, und werden auch alle ihre Forderungen hiermit umgesetzt?“ Dazu müssten alle Erwerbslosen, Mitglieder und Sympathisanten der Partei, die sich „Die Linke“ nennt, von einer Person aus dem Bundesvorstand eine eindeutige offizielle Antwort erwarten dürfen. Selbst hierfür scheint in der Partei, die sich „Die Linke“ nennt, niemand reif zu sein, genau wie

grüne Zitronen. Da werden viele Wählerinnen und Wähler bestimmt saurer werden als diese Früchtchen!

Weg mit Hartz IV! Allein aus meinem Bekanntenkreis halten bereits ungefähr 20 Leute die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, für nicht mehr wählbar. Werner Schulten schreibt mir: „Das wundert mich nicht bei deiner tagtäglichen Hetze gegen ‚Die Linke‘. Deinem Pseudoeinsatz für die Erwerbslosen erweist du damit einen Bärendienst, oder glaubst du, dass diese besser vertreten sind, wenn sie FDP oder gar nicht wählen?“ Nun bin ich bestimmt kein Fan der FDP, aber eines kann man ihr zumindest nachsagen: Sie steht für Klientelpolitik. Auch die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, müsste eigentlich nur eine glaubwürdig errechnete Forderung in den Vermittlungsausschuss einbringen und ist genau hierzu sogar durch einen Beschluss gebunden. Das weitere Rumeiern ist leicht durchschaubar, und viele werden das der Partei, die sich „Die Linke“ nennt, nicht mehr abnehmen! Ihre Mitglieder sollten daher nicht berechtigte Kritik mit Hetze verwechseln. Der Vorwurf des Pseudoeinsatzes kann so nur ins Leere schießen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik, derzeit Kläger gegen Hartz IV beim Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen)

Es wird nicht über die Wahrung der Würde nachgedacht

Verlängerung für die Anträge nach § 44 SGB X! Aufgrund des laufenden Trauerspiels der Politik ist dies ein Vorteil: Die geplanten Verschlechterungen im Kleingedruckten sind noch nicht in Kraft und auch noch nicht verabschiedet. Dieser Antrag auf Überprüfung kann somit zurzeit noch vier Jahre rückwirkend gestellt werden, bis zum 1. Januar 2007, somit für ein Jahr weniger als noch vor drei Wochen. Die Gründe und die Anleitung stehen auf den vorherigen Bremer Montagsdemos. Lesen und nachdenken! Es werden dort bereits viele Gründe genannt, aber die Aufzählung ist nicht vollständig.

Wer sich als Außenstehender ein Bild machen möchte, kann die 285. Montagsdemo lesen: „Die nicht betroffene Öffentlichkeit erhält ein falsches Bild über die Situation der Erwerbslosen“. Es gibt eine Weisung der Bundesagentur an die Jobcenter: 70 Prozent aller Widersprüche sind abzulehnen – egal, was darin steht! Die Medien berichten zwar über die Verhandlungen über die geplanten Än-

derungen im Sozialrecht und beim Regelsatz, aber das Kleingedruckte mit den vielen Verschlechterungen für Erwerbslose und Behinderte bleibt unkommentiert. Wird über die Wahrung der Würde überhaupt nachgedacht? Scheinbar nicht!

Die Regelsatzerhöhung muss den Forderungen des Verfassungsgerichts entsprechen. Bislang ist kein entsprechender Ansatz der Politik zu lesen. Die gesetzliche Grundlage für die Regelsatzhöhe ist seit dem 1. Januar 2011 außer Kraft. Die Politik hat bisher keine verfassungsgemäße Regelsatzhöhe ermittelt. Die angebotenen fünf Euro wurden zurechtgeschummelt und ergeben bestimmt nicht die verfassungsgemäße Regelsatzhöhe! Daher die Anträge „Hiermit beantrage ich die Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe“ runterladen und ausgefüllt – auch mit dieser langen Namensnennung – gegen Stempel abgeben (siehe Gerolfs Beiträge auf den vorherigen Bremer Montagsdemos).

Die ersten Eilverfahren wurden negativ beendet. Positiv ist aber, was die Nichtzulassung von Rechtsmitteln möglich macht. Kommt nächsten Montag selbst hören! Wer als Erwerbsloser Kinder hat sollte die 310. Bremer Montagsdemo lesen und entsprechend handeln. Auf der 311. Bremer Montagsdemo habe ich auf die Zwickmühle insbesondere für Jugendliche hingewiesen. Noch immer betrachtet mancher Fallmanager des Jobcenters die Bundeswehr als normalen Arbeitgeber. Das ist sie aber nicht! Eine Weigerung zur Bewerbung bei diesem Arbeitgeber ist somit auch nach den geplanten Änderungen im SGB II nicht sanktionsfähig. Die Bundeswehr ist für keinen Erwerbslosen ein zumutbarer Arbeitgeber! Es muss sichergestellt werden, dass nur Freiwillige zur Bundeswehr gehen!

Darum Montags Demo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz! Auf dem Sofa sitzen und andere machen lassen, ist wie Warmduschen. Nicht vergessen: Anträge auf verfassungsgemäße Sozialleistungen und Überprüfung nach § 44 SGB X stellen! Letzteres geht rückwirkend bis zum 1. Januar 2007. Wie dies alles geht? Wir gehen mit, wir klären das! Wer davor „über den Tisch gezogen wurde“, komme vor Antragstellung bei uns nachfragen, weil der Platz hierfür nicht ausreicht. Wir gehen mit, wir klären das!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das Bündnis
„**Krach schlagen statt Kohldampf schieben**“
schlägt vor, die **Demonstration** „Wir haben es satt“
von Landwirten, Umweltschützern und Verbrauchern
am **22. Januar 2011** in **Berlin** zu unterstützen.

Unter dem gleichen Motto findet auch in **Bremen**
ab **12 Uhr** eine Demo, vom **Hauptbahnhof**
startend, statt.

Die Bundeswehr soll wirkungsvoll deutsche Kapitalinteressen sichern

Der Bremer Schriftsteller und Friedenspoet Otmar Leist feierte am vergangenen Sonntag seinen 90. Geburtstag mit einer öffentlichen Lesung eigener Gedichte in der Stadtbibliothek. Sie sind heute mindestens genauso aktuell wie zu der Zeit, in der er sie schrieb. Die folgenden Verse stammen aus einem Band, der 1977 vom Bundesvorstand der „Deutschen Friedensgesellschaft“ (DFG-VK) herausgegeben wurde: „Helm ab zum Denken – Gedichte eines Waffenverweigerers“.

Ihr nehmt die gefalteten Hände
Der Autoproduzenten auseinander
Und holt aus dem Safe der Heuchler
Die Pläne für Panzer ans Tageslicht.

Das ABC des Waffenrasselns
Endet immer nur im Z
Der Zwangsjacke.

Langsam steigt die Flut der Massen,
Nagt am alten Bollwerk der Bürger,
Am menschenfeindlichen Bund
Von Profit und Armee.

Aus dem April der Besserwisser
Reift der 1. Mai der Bessermacher:
Buchdeckel springen auf, entlassen
Bahnbrecher in unsere Straßen.

34 Jahre nach Erscheinen dieser Zeilen schafft die Bundesregierung die Wehrpflicht ab. Dies ist keine Friedensgeste, sondern das genaue Gegenteil: Perfekt ausgebildete, zu gnadenlosen Kampfmaschinen gedrillte Berufssoldaten sollen deutsche Kapitalinteressen noch wirkungsvoller als bisher in den Einsatzgebieten sichern. Dazu schreckt die Bundeswehr nicht davor zurück, Freiwillige in Schulen und in den Jobcentern anzuwerben, um auch sie als Kanonenfutter für „unsere Freiheit am Hindukusch“ zu verheizen.

Hartz-IV-Betroffene, die ein solches „Jobangebot“ ablehnen, müssen mit Sanktionen rechnen! Noch immer betrachtet mancher Fallmanager des Jobcenters die Bundeswehr als normalen Arbeitgeber. Das ist sie aber nicht! Eine Weigerung zur Bewerbung bei diesem Arbeitgeber ist somit auch nach den geplanten Änderungen im SGB II nicht sanktionsfähig. Die Bundeswehr ist für keinen Erwerbslosen ein zumutbarer „Arbeitgeber“! Nur Freiwillige sollten „zum Bund“ – bis der ganze Laden endgültig zurückgetreten ist! Die Bemer Montagsdemo unterstützt die Betroffenen und geht mit!

Kürzlich verlängerte die Bundesregierung das Mandat für den „Friedenseinsatz“ in Afghanistan um ein weiteres Jahr und wird dabei von ihrer neoliberalen Mehrheit im Bundestag unterstützt. Das Abzugsgerede dieser *Staatsterroristen* ist blanke Heuchelei, denn es ist anzunehmen, dass nach Ablauf des Mandats das gleiche böse Spiel von Neuem beginnt. Die Militärs erfreut es mächtig – und erst recht die prächtig boomende Rüstungsindustrie. Doch auch die „Bahnbrecher“, von denen Otmar Leist sprach, sind längst aktiv!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Bremer „Eiswette“: Sarrazin oder Dioxin?

Vor 20 Jahren, am 17. Januar 1991, war der Beginn des Golfkrieges. Der amerikanische Vizepräsident Cheney gab schnell zu, dass die Befreiung Kuwaits in erster Linie mit wirtschaftlichen Interessen der USA begründet war. Die Infiltration aus diesem Grunde im Nahen Osten dauerte schon lange an: Saddam Hussein, Taliban und Osama Bin Laden waren Werkzeuge der USA. Bisher ist jede reaktionäre Einmischung auf die USA zurückzuführen und dauert an bis auf heutigen Tag in Afghanistan. Damals war der Zorn gerade unter den jungen Menschen groß. Ich sehe noch die Transparente vor mir, die für mehrere Tage am Rathaus befestigt waren. Weil Schnee lag und es kalt war, hatten die Jugendlichen bei ihrer Mahnwache ein kleines Feuerchen gemacht. Darüber ereiferten sich dann die „wohlanständigen Bürger“, nicht aber über den Angriffskrieg seitens der USA.

„Sarrazin in erlauchter Runde“ bei der Bremer „Eiswette“: Private Gönner und Freunde wie Kaufmann Volker Schütte bereiten ihm den Boden. Bekannt ist, dass

ein immer größer werdender Teil des sehr wohlhabenden Bürgertums in Deutschland nicht mehr liberal, sondern nationalistisch-konservativ auf die eigene reaktionäre Elite ausgerichtet denkt, um deren Privilegien zu sichern. Wenn man Ausschnitte der Reden auf der „Eiswette“ liest, zeigt sich, dass in diesen Beiträgen – seien sie nun von mehr „liberal und ausgleichend“ gestimmten Herren wie Otto Lamotte oder stramm bürgerlich Denkenden – eines klar ist: Sie finden es richtig, dass die „Eiswette“ eine reine Männerrunde ist! Daran soll nicht gerüttelt werden. Dann ist es auch richtig, dass solche „Denker“ wie Sarrazin mit dazu gehören.

Als Ausgleich kommt der kugelrunde Marx aus der katholischen Kirche, der zwar etwas gegen einen „primitiven“ oder „Casino“-Kapitalismus hat, aber die „soziale Marktwirtschaft“, eine der Lebenslügen oder Ersatzreligionen dieser Gesellschaft, als Grundlage sieht. Wenn sich solche „elitären Runden“ weiter festigen und die Führung haben, ist es nicht mehr weit bis zu den Männerbünden aus Kapital, Politik und Militär, die einst Leuten wie Hitler den Weg bereitet haben. Die Frage ist nur, ob die Menschen sich das auf Dauer gefallen lassen. Wir wollen keine solchen elitären Runden, die sich noch darin sonnen, dass sie Gelder spenden, die sie zuvor aus den Werktätigen – den Leiharbeitern, den Minijobbern – und aus den armen Völkern dieser Erde haben herauspressen lassen! Nein, wir werden uns mit all denen verbinden, die solchen „Geldadelsrunden“ und Gralshütern der Reaktion den Kampf angesagt haben!

Dioxin ist in worin nicht alles: Die kriminellen Machenschaften finden kein Ende und werden abschließend von den bewährten CDU- und FDP-Ministern heuchlerisch verwaltet. Frau Merkel spricht, wenn es überkocht, ihr „Machtwort“, pfui Teufel! Politik und Kapital haben diese kriminellen Machenschaften geradezu gefördert: Fleisch für China und andere Länder muss billiger werden. Darum Massentierhaltung in geradezu ekliger Weise, nach der Devise: „Für die Kulis ist jeder Dreck noch gut genug“. Auch hier blinzelt die widerliche Sarrazin-Fratze in ihrer menschenverachtenden Weise durch die Ritzen, und die aalglatte Merkel wiegt weise ihr Haupt dazu. Guten Abend!

Jobst Roselius

Als **Gastredner** beim **Schwabenstreich** am **Montag**, dem **24. Januar 2011**, um **18:45 Uhr** vor dem **Hauptbahnhof** erwarten wir **Christoph Spehr** vom Landesvorstand der Linkspartei Bremen.

Massen können Herrscher stürzen

In Tunesien ist das Volk dort schon weiter als wir: Die Menschen haben ihren Diktator verjagt! Das ist ein Erfolg der anhaltenden Massenstreiks und -demonstrationen. Der verhasste, korrupte Ben Ali ist nach Saudi-Arabien geflo-

hen. Unklar ist, wie der Kampf weitergeht, dessen Anlass extreme Lebensmittelpreise und Hunger in einem eigentlich reichen Land sind. Hungerrevolten und Massenkämpfe gibt es auch in anderen Ländern, in Algerien, Jordanien, Libyen oder Ägypten. Angst befällt die Herrschenden ebenso in Thailand, Chile, Peru, Vietnam und Myanmar (Burma). Laut FAO sind die Lebensmittelpreise heute höher als während der Nahrungsmittelkrise 2007/2008. Damals gab es Hungerrevolten auf der ganzen Welt. Ursache ist die Spekulation: Mit Lebensmitteln wird vom internationalen Finanzkapital gezockt. Eine Milliarde Menschen hungern, während die Finanzhaie Milliardenprofite abzocken!

Auch der Dioxin-Skandal steht damit in Zusammenhang. Immer mehr landwirtschaftliche Nutzfläche wird von der Agrarindustrie der Lebensmittelerzeugung entzogen, weil mit der Verarbeitung von Raps, Soja, Mais zu Biodiesel noch mehr Gewinn gemacht werden kann. Aber dieser Profit reicht noch nicht: Die bei der Produktion anfallenden Industriefette werden zur Tiermast verwendet, selbst wenn sie mit Dioxin verseucht sind. Die Kapitalisten gehen über Leichen! Die Forderung von „Verbraucherschutz“-Ministerin Aigner nach „Kontrollen“ ist völlig lächerlich, denn die Regierung steht im Sold auch der Agrar- und Lebensmittelindustrie. Nutzen wir die Montagsdemo und weiten sie aus auch gegen diese Politik: Weltweite Solidarität der Armen, Unterdrückten, Ausgebeuteten gegen das internationale Kapital und seine Handlanger in den Regierungen!

In Stuttgart gab es am letzten Montag eine Blockade gegen den Weiterbau des Tiefbahnhofs, die dann von der Polizei aufgelöst wurde. 7.000 Menschen waren sich bei der Montagsdemo einig und forderten den sofortigen Baustopp. Keine Einigkeit besteht allerdings bei der Einschätzung der Rolle der Landtagswahlen. Die meisten Redner orientieren auf den 27. März 2011, als ob mit Ministerpräsident Mappus auch das Projekt „S21“ abgewählt werden könne. Das ist gefährlich, denn Grüne haben in der Vergangenheit schon mehrfach vor Wahlen das Blaue vom Himmel versprochen, doch danach hieß es, Verträge müssten eingehalten werden. So ist es geschehen beim Bau des Kohlekraftwerks Moorburg in Hamburg oder bei der Laufzeitverlängerung für Atommeiler.

Einer der grausamsten Nazis, Massenmörder Klaus Barbie, der „Schlächter von Lyon“, lebte jahrzehntelang unbehelligt in Südamerika. Nicht nur, dass ihn ein Bündnis von deutschen Kameraden, CIA und Vatikan geschützt haben – jetzt wurde auch bekannt, dass er 1961 Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes wurde. Seine „kerndeutsche“ Einstellung wurde behördenintern gerühmt, obwohl er in Frankreich in Abwesenheit wegen seiner Morde zum Tode verurteilt worden war. Der BND war niemals eine „demokratische“ Institution, sondern Nachfolgeorganisation des faschistischen Geheimdienstes. Der Kapitalismus hat immer die

beiden Herrschaftsmethoden Betrug und Gewalt – mal steht das eine, mal das andere im Vordergrund.

Doch die öffentliche Debatte gilt hierzulande der „Kommunismus-Gefahr“, so am Sonntag in der Talkshow von Anne Will. Wirtschaftsminister Brüderle durfte seinen extremen Antikommunismus ausleben, machte sich dabei aber reichlich lächerlich mit der Aussage, in Deutschland herrsche kein Kapitalismus, sondern die „soziale Marktwirtschaft“. So weit geht nicht mal Kardinal Marx, der sein Buch werbewirksam „Das Kapital“ nannte, wenngleich es nicht das Geringste mit dem seines berühmten Namensvetters zu tun hat. „Soziale Marktwirtschaft“ ist eine in jeder Hinsicht verlogene Bezeichnung, denn weder ist Deutschland „sozial“, noch herrscht hier der „Markt“.

Oder ist es sozial, wenn Leute, die jahrzehntelang gearbeitet haben, nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit mit 359 Euro im Monat abgespeist werden, während sich eine kleine Handvoll Monopolherren sich die Taschen vollstopft? Das Wort von der „Marktwirtschaft“ ist genauso verlogen, denn hier bestimmt nicht der Markt, was wie produziert wird, auch nicht die Nachfrage. Triebfeder der Produktion und all dessen, was an Staat oder Gesetzen darüber steht, ist einzig und allein der Maximalprofit. Zu Beginn der Weltwirtschaftskrise waren die bürgerlichen Politiker schon mal ehrlicher: Bis tief hinein ins bürgerliche Lager wurde der Kapitalismus als Ursache der Krise ausgemacht. Es wurden sogar Überlegungen angestellt, wie man ihn „bändigen“ könnte. Die Bestie muss aber nicht nur gebändigt, sondern erledigt werden!

Wolfgang Lange (MLPD)

Norddeutsches Regionaltreffen der Montagsdemos

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Wir schlagen vor, am **19. März 2011**, also vor der nächsten bundesweiten Delegiertenversammlung, hier in **Bremen** ein **Regionaltreffen der norddeutschen Montagsdemonstrationen** zu veranstalten. Wie vor drei Jahren wollen wir euch auch gern wieder mit unserer Spezialität „ Kohl und Pinkel“ beköstigen! Vorbesprechungen finden nach den Montagsdemos am 31. Januar, 14. und 28. Februar sowie am 14. März ab 19:30 Uhr im „Seemannsheim“ statt.

Wir denken an folgenden **Ablauf**:

- 11:00 Uhr Treffen in Bremen, anschließend Besichtigung der Innenstadt. Für den ersten Hunger bringen wir Bollerwagen mit Verpflegung mit!
- 12:30 Uhr gemeinsame Demonstration und Kundgebung auf dem Marktplatz; anschließen Fahrt zum Freizi Oslebshausen

- 13:30 Uhr Anfangsplenum
- 14:30 Uhr Kaffee- und Kuchenpause
- 15:00 Uhr Arbeitsgruppen
- 17:00 Uhr Abschlussplenum
- 18:00 Uhr Kohl- und Pinkelessen
- 19:00 Uhr Musik und Ausklang (bis 20 Uhr)

An **Arbeitsgruppen** gibt es bisher als Vorschlag:

- Moderatoren- und Rednerschulung wie vor zwei Jahren von Stephan in Hamburg
- Massenklagen gegen Hartz-IV-Regelsatz
- Erstellung eines neuen Montagsdemo-Lieds

Fürs **Plenum** wurde bisher an Themen genannt:

- Vorbereitung der Delegiertenversammlung
- Klärung der Vorgänge in Berlin
- Massenklagen

Natürlich sind das alles nur Vorschläge, ihr habt sicher noch weitere! Außerdem machen wir das Angebot, arbeitslose Jugendliche beziehungsweise Hartz-IV-Empfänger direkt vor Ort zu beraten.

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

313. Bremer Montagsdemo am 24. 01. 2011

Eine Vielzahl geplanter Entrechtungen kommt nie zur Sprache

1. Die **Leiharbeit** ist in aller Munde. Jetzt legte die Bundesagentur für Arbeit in einer großen Einkommensanalyse eine harte Zahl vor, die besagt, dass das mittlere Einkommen einer Vollzeitkraft in der Zeitarbeit 2009 inklusive aller Zuschläge und Jahresleistungen gerade einmal 1.393 Euro brutto im Monat betrug. Das ist haarsträubend wenig, wenn bedacht wird, dass viele Leihkräfte in der Industrie arbeiten, wo die mittleren Löhne der Stammkräfte mehr als doppelt so hoch sind. Obwohl die meisten Zeitarbeiter – entgegen aller Vorverurteilungen – eine Ausbildung haben, verdienen sie meist noch weniger als unqualifizierte Festangestellte.

Kein Wunder, dass es angesichts dieser Lohnkluft für Firmen so interessant ist, Leiharbeiter anzuheuern. So ist es in einigen Branchen wie der Pflege oder der Druckindustrie längst gängige Praxis geworden, Stammbeschäftigte zu entlassen und sie nach dem „Schlecker-Prinzip“ für exakt dieselbe Tätigkeit nur als Leiharbeitnehmer zu viel geringeren Löhnen wieder einzustellen. Natürlich könnte ein Gesetz, das gleichen Lohn für gleiche Arbeit zwingend einfordert, diesen Missbrauch eindämmen, aber das schwarz-gelbe Gruselkabinett möchte sich seine Wählerklientel ja nicht verprellen. Ich finde es erschreckend, dass der Anteil der Geringverdiener aller sozialversicherungspflichtig Vollzeit-Beschäftigten inzwischen schon auf mehr als zwanzig Prozent emporgeklettert ist! Wer die verfügbaren Nettoeinkommen der Haushalte inklusive staatlicher Leistungen betrachtet, erkennt, dass die Realeinkommen der ärmsten Bürger seit 1999 um zehn Prozent gesunken, die Einkünfte der reichsten fünf Prozent dagegen um 23 Prozent gestiegen sind. Eindeutige Belege dafür, wie die Einkommensschere auseinander geht!

2. Mit dem Entwurf eines Gesetzes, das die Kommunen ermächtigt, selbst die Höhe der angemessenen **Unterkunftskosten** per Satzung festzulegen und dabei Pauschalen für Miet- und Heizkosten zu bestimmen, werden die Betroffenen mit Leistungskürzungen bedroht, die sogar das Existenzminimum unterschreiten können. DGB und Mieterbund befürchten unterschiedlichste regionale Regelungen, die nicht durch abweichende Mietniveaus begründet werden, sondern durch politische Entscheidungen von Kreistagen und Stadträten vor dem Hintergrund der jeweiligen kommunalen Finanznöte. Auch wenn die Kommunen für das Gros der Unterkunftskosten im Hartz-IV-System aufkommen müssen, sind diese laut Bundesverfassungsgericht Teil des Existenzminimums und dürfen daher nicht zur freien Manövriermasse je nach Haushaltslage werden. Nur wenn die Kosten in voller Höhe übernommen werden, können zum Beispiel bei den Heizkosten die Energieeffizienz des Gebäudes, die unterschiedlichen Kosten der Energieträger und extreme Preisschwankungen, wie zuletzt beim Heizöl, berücksichtigt werden. Es kann ja wohl nicht sein, dass am Ende der Hartz-Reform zwar fünf Euro mehr im Regelsatz, aber 50 Euro weniger bei den Unterkunftskosten stünden, wobei andere gestrichene Posten – wie das Elterngeld für ALG-II-Bezieher, der „Armutsgewöhnungszuschlag“, die Rentenbeiträge, der Heizkostenzuschuss für Grundsicherungsbezieher – und eine Vielzahl von Entrechtungen im Referentenentwurf hier und allerorten nie zur Sprache kommen!

3. Eine Meldung im „Focus“ letzte Woche war sehr irritierend geschrieben. Demnach sagte die Parlamentarische Geschäftsführerin der „Linken“ im Bundestag, Dagmar Enkelmann, dass ihre Partei eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes um mindestens 33 Euro fordere und ein Satz unter 392 Euro verfassungswidrig sei. Im ersten Moment war ich nur empört und dachte, dass wir schon genügend korrumpierbare Politiker haben und Frau Enkelmann mit dieser Äußerung weder ihrer Partei noch ihren Wählern einen Gefallen getan hat, indem sie von der ursprünglichen Forderung der Linkspartei nach einem **Eckregelsatz** von 500 Euro während der letzten Bundestagswahl abwich. Aber tat sie das wirklich? Frau Enkelmann sagte außerdem voraus, auch die Neuregelung der Bundesregierung werde vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand haben, und ein nach dem tatsächlichen Bedarf berechneter Hartz-IV-Satz ohne Tricksereien bei der Berechnungsgrundlage müsse laut Linksfraktion sogar 509 Euro betragen. Wie denn jetzt? Gut, Frau Enkelmann ist nicht identisch mit der Partei „Die Linke“, aber ich vermisse klare und unmissverständliche Aussagen gegen die unmenschlichen Hartz-Gesetze und den Einsatz für einen bedarfsdeckenden Regelsatz von mindestens 500 Euro, der jährlich an die Lebenshaltungskosten angepasst wird, und dass vor allem der Regelsatz für Kinder und Jugendliche angehoben werden muss. Werden diese Aussagen nicht gemacht, um für andere Parteien als koalitionsfähig zu gelten, oder liegt es an der Art der Berichterstattung über die Partei „Die Linke“? Ich hoffe nicht, dass „Die Linke“ umfällt und zu einer „SPD light“ wird!

Meiner Meinung nach muss die Parteienlandschaft der Einheitssoßendemokratie nicht noch mehr angedickt werden.

„Die Linke“ ist die einzige Partei im Bundestag, die sich für eine Abschaffung von den menschenverachtenden Hartz-Gesetzen einsetzt, und genau dort sollte sie weitermachen! Beim Spitzengespräch an diesem Montag soll „Die Linke“ scheinbar ausgeschlossen werden. Dazu sagte Dagmar Enkelmann, der entscheidende Deal bei der Hartz-IV-Reform stehe nun an, wobei „Die Linke“ außen vor bleibe, weil sie offenkundig zu sehr beim trauten Kungeln der Hartz-IV-Parteien stören würde, was sich bei den Gesprächen im Vermittlungsausschuss mehr als einmal gezeigt habe. Durch den „Druck von links“ habe sich bei SPD und Grünen ein wenig „schlechtes Gewissen“ eingestellt, sodass beide Parteien nun fänden, die Regierung müsse nicht nur bei Mindestlohn und Bildungspaket, sondern auch beim Regelsatz nachbessern. Mit absolut lächerlichen Angeboten, den Regelsatz um zwölf Euro zu erhöhen, die bei Weitem noch keinen verfassungskonformen Regelsatz böten, sollen offenbar die SPD und die Grünen geködert werden! Dann dürfen sich also alle ALG-II-Bezieher auf die lächerliche Regelsatzerhöhung bei gleichzeitiger Verschärfung der Sanktionsanwendungen freuen. Die Regierungsparteien scheinen „Die Linke“ erfolgreich ausgetrickst zu haben, indem sie sich darauf geeinigt hatten, dass „Die Linke“ anfangs an diesem Gespräch teilnehmen durfte. So lief es nicht über das Bundesverfassungsgericht. Alle wissen genau, dass „Die Linke“ in den paar Stunden kaum eine Entscheidung beim Bundesverfassungsgericht aus dem Ärmel schütteln kann.

4. Der Medien-Blätterwald rauscht, tanzt, flattert, jubiliert und träumt davon, dass die Wirtschaft mit einem rasanten Wachstum glänzt, beste Voraussetzungen für einen kräftigen Jobaufbau gegeben seien, weil das Vorkrisenniveau nahezu erreicht sei. Während die Bundesregierung bereits wahnhaft über eine mögliche Vollbeschäftigung fantasiert, mahnt Frank-Jürgen Weise zur Vorsicht. Er befürchtet sogar, dass die Erfolge auf dem Jobmarkt durch die Euro-Krise zunichte gemacht werden können, wenn aus den Euro-Ländern, in die Deutschland exportiert, keine „Impulse“ mehr kämen. Wenn weiterhin Unternehmer Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagern, dann sei der Strukturwandel durch die Krise beschleunigt worden. In der Industrie werde zwar die Wirtschaftsleistung steigen, aber nicht die Zahl der Arbeitsplätze. Auch wenn im Dienstleistungsbereich und im Handel Jobs entstehen, werde es „keinen Job-Boom in der Breite“ geben. In manchen Dienstleistungssparten wie beispielsweise im Gesundheitswesen gebe es schon jetzt „viele offene Stellen„, die zum Teil gar nicht besetzt werden könnten, weil „Fachkräfte“ fehlen würden. Zum Teil sinke die Arbeitslosigkeit auch nur deshalb, weil weniger Junge auf den Erwerbsmarkt drängten und mehr Alte in Rente gingen.

Statistisch gesehen nimmt die Beschäftigung zwar zu, doch werde das Arbeitsvolumen auf mehr Menschen verteilt, weil es eine klare Tendenz von der Vollzeit zur Teilzeitstelle gebe. Dieser bei den Arbeitnehmern sicher unbeliebte Trend

gehe einher mit eine Zunahme der Zeitarbeit und einem Rückgang unbefristeter Stellen. Wenn tendenziell die Löhne niedriger ausfallen, nimmt ausgerechnet im Boomland Deutschland die Qualität der Arbeit durch unsichere Jobs und weniger Einkommen ab. Weise findet offenbar, dass „Arbeit, Arbeit über alles“ immer besser sei als Arbeitslosigkeit! Die menschenverachtende Hartz-Reform hat ihr Ziel erreicht, den **Arbeitsmarkt** flexibler zu gestalten. So fanden immer mehr Menschen Arbeit, auch wenn sie davon leider nicht leben können und zusätzlich auf Hilfe vom Staat angewiesen sind, sich somit der Verfolgungsbetreuung unterwerfen sollen. Weise hält es allen Ernstes für falsch, den Unternehmen daran die Schuld zu geben. Gegen den entfesselten Raubtierkapitalismus und die ungebremste Profitgier so vieler Unternehmer ist natürlich kein Kraut gewachsen! Dabei müsste bloß mal der fruchtbare Samen des Mindestlohns ausgestreut werden. Für Weise ist dies eine Möglichkeit, die aber die Politik entscheiden müsse. Aber die sträubt sich mit Händen und Füßen dagegen! Ach ja, der „Spiegel“, mal eine Prise Jobwunder mit der Schnellstraße zur Vollbeschäftigung, und am nächsten Tag wieder ein schwacher Jobmarkt, so wie es gerade in den Kram passt!

5. Angeblich profitieren in Niedersachsen die „Tafeln“, die überschüssige **Lebensmittel** aus dem Einzelhandel an Bedürftige verteilen, vom Dioxin-Skandal. Wenn etliche „Tafeln“ erheblich mehr abgepackte Wurstwaren und sogar die 15-fache Menge an Eiern als sonst üblich von den Geschäften erhalten habe, dann drängt sich doch der Verdacht auf, dass es sich dabei um zwar vermutlich belastete Nahrungsmittel handelt, die aber selbstredend nach menschlichem Ermessen unbedenklich seien. Und wenn, wen störte es groß? Es geht hierbei ja zumeist um die Überflüssigen der Gesellschaft, die eh ökonomisch nicht mehr verwertbar, oder um Aufstocker, die auch auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Wenn die Lebensmittelkontrolleure mit der gleichen Umsicht wie bisher die Spenden überprüfen, können alle unbesorgt sein oder sich eine rosarote Brille aufsetzen, um ein Unbedenklichkeitszertifikat erkennen zu können!

Weltweit hungern rund eine Milliarde Menschen, doch fast ein Drittel aller Lebensmittel wird weggeworfen. Die Umweltorganisation WWF warnte vor dem Welt-Agrarministergipfel vor einer Verschwendung von Nahrung und prangerte an, dass fast ein Drittel aller Lebensmittel von Agrarindustrie, Handel oder Verbrauchern weggeworfen würde. Die Agrarlobby rede immer davon, die Produktion auszuweiten – mit mehr Pestiziden, mehr Gentechnik, mehr gerodetem Wald für neue Äcker –, obwohl zuerst die Löcher unseres Ernährungssystems gestopft werden müssten. Es gehe um einen Bewusstseinswandel, um planvolles Einkaufen. Erst in der vergangenen Woche hatte die „Welthungerhilfe“ angeprangert, dass reiche Länder wie Deutschland pro Jahr 20 Millionen Tonnen Lebensmittel wegwürfen. Es ist ein Skandal, dass eine Milliarde Menschen Hunger leiden, obwohl genug Lebensmittel produziert werden, um die gesamte Weltbevölkerung zu ernähren. Aber ein ebensolcher Eklat ist es, wie die Tiere zu Lebensmitteln, ja zu Produkten degradiert und grauenhaft gequält werden, bevor ihnen ihr küm-

merliches Leben geraubt wird. Bauern, Verbraucher, Tierschützer und Umweltaktivisten gingen am vergangenen Wochenende gegen Tierfabriken, Legebatterien und Mastbetriebe auf die Straße. In Berlin zogen mehrere Tausend Menschen für eine andere Agrarpolitik mit mehr als 70 Traktoren durch das Regierungsviertel zum Brandenburger Tor. Sie forderten eine Abkehr von der industriellen Landwirtschaft, den Ausstieg aus der Gentechnik und die Unterstützung für ökologische Produktionsformen. In Bremen demonstrierten etwa 60 Menschen. Als Hintergrund der Aktion ist insbesondere auch der aktuelle Dioxin-Skandal in Deutschland zu sehen.

Es ist mehr als überfällig, auch in diesem Bereich dem profitorientierten Kapitalismus Grenzen aufzuweisen und die Tiere als Lebewesen wahrzunehmen, die auch ein Recht auf ein würdiges Leben haben und nicht mehr in quälerischen Tierfabriken gehalten werden, wie zum Beispiel zu 22 Hühnern auf nur einem Quadratmeter, obwohl Hühner intelligente Tiere sind, die gern im Sand scharren mögen und sich frei bewegen. Hennen werden die Schnäbel gestutzt, damit sie sich in der aggressiv machenden Haltung nicht gegenseitig hacken. Eigentlich werden Hühner 15 bis 20 Jahre alt, doch werden sie als Hähnchen sechs Wochen lang derart gemästet, dass sie möglichst viel Fleisch ansetzen, bis sie dadurch kaum noch stehen können, um dann getötet zu werden. Bei den eierlegenden Hühnern werden Hähnchen gleich aussortiert und getötet. Die Hennen sind nach etwa einem Jahr Tier- oder Eierfabrik „ausgelutscht“ und haben ausgedient, werden zu Suppenhühnern gemacht. Offenbar denken zu viele Menschen nicht darüber nach, wo das Essen, das auf ihren Tellern landet, eigentlich herkommt. Hähnchenbrust wächst nicht auf Bäumen, sondern für deren Verzehr werden Tiere bestialisch gehalten und dann getötet. Das galt jetzt nur den Hühnern. Keiner muss glauben, dass die Kühe mit ihren Turbo-Eutern oder die Schweine weniger gequält oder mehr artgerecht gehalten würden. Dabei gibt es natürlich auch für diejenigen, die meinen, nicht auf Fleisch verzichten zu können, eine Alternative: Weg von der Massentierhaltung, hin zu artgerechter Haltung! Überall versagt die Politik, weil sie sich nicht für die ihnen Anvertrauten einsetzt, sondern nur die Unternehmer in ihrer Profitgier unterstützt!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Ein asoziales Kindergeldgesetz?

Die Kindergeldzahlung erfolgt in Deutschland unabhängig vom Einkommen der Eltern. Kindergeld steht allen Eltern von neugeborenen bis volljährigen, erwachsenen Kindern zu. Dieses Kindergeld wird seit dem 1. Januar 2007 bis zum vollendeten 25. Lebensjahr gezahlt, nach alter Rechtsprechung für die Geburtsjahrgänge 1982 und 1983 noch bis zum 27. Lebensjahr, unter bestimmten Voraussetzun-

gen wie Wehr- oder Zivildienst sogar darüber hinaus. Hier muss nur einmalig Antrag bei der Familienkasse für das Kind und folgende Kinder gestellt werden, da die Zahlung nicht automatisch erfolgt.

Seit dem 1. Januar 2005 wurde immer wieder im Zusammenhang mit den Hartz-Gesetzen von den unterschiedlichsten Behörden die Behauptung aufgestellt, das Kindergeld sei Einkommen der Kinder, zumindest jener, deren Eltern kein oder nur über ein unzureichendes Arbeitseinkommen verfügen. Hierzu in Widerspruch steht ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 2. Februar 2010, wonach Kindergeld zum Einkommen der Eltern zählt. Der 12. Senat des Gerichtes hat in drei kürzlich veröffentlichten Urteilen klargestellt, dass das an die Eltern ausgezahlte Kindergeld zu deren Einkommen im Sinne sozialrechtlicher Vorschriften zählt.

Ob es nun sozial oder vielleicht eher unsozial ist, das Kindergeld auch an Eltern zu zahlen, die wirklich über ein für alle Angehörigen ausreichendes Familieneinkommen erwirtschaften, diese Frage muss sich jeder selbst beantworten. Anders ist es aber meiner Meinung nach, wenn man sich am Zweck des Kindergeldes orientiert und dabei davon ausgeht, dass es eben gerade einkommensunabhängig auszahlt wird, somit ergänzend.

Wenn seitens der verschiedenen Regierungen in Deutschland seit 2005 behauptet wird, man habe einen „vorsorgenden Sozialstaat“ in Deutschland eingerichtet, muss man auch die Frage stellen dürfen, ob es noch zeitgemäß sein kann, dass Bürgerinnen und Bürger aus der Mittelschicht über die Steuern mit herangezogen werden, damit beispielsweise Millionären und sogar Milliardären staatliche Transferleistungen in Form von Kindergeld gezahlt werden können. Was das mit dem „vorsorgenden Sozialstaat“ zu tun haben soll, muss man wirklich den Bürgerinnen und Bürgern plausibel erklären! Oder sollte dies eine Unmöglichkeit sein?

Ich persönlich sehe hier eher ein asoziales Wirken zugunsten von Menschen, die darauf beim besten Willen nicht angewiesen sind. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass Kindergeld immer nur Einkommen der Eltern sein darf. Es muss für alle Eltern und gerade für jene, die über kein oder über ein zu geringes Familieneinkommen verfügen, das Kindergeld für jedes Kind ausschließlich zweckgerichtet und zusätzlich zu den Miet- und Lebenshaltungskosten gezahlt werden, selbst dann, wenn sich zwischenzeitlich für sehr viele Menschen diese Bedarfe nun „Kosten der Unterkunft“ nennen. Dieser Staat handelt auch nur dann gleich und vorsorglich, wenn er allen Kindern die Teilhabe an Erziehung, Betreuung und Bildung gleichermaßen zweck- und zielgerichtet ermöglicht.

Dieser Staat und seine Minister scheinen noch nicht einmal zu wissen, dass sie über das Bundeskindergeldgesetz bereits die Möglichkeiten haben, die obigen Punkte zielgerichtet zu erfüllen. Insbesondere die Bundesarbeits- und Sozialmi-

nisterin Ursula von der Leyen faselt von der Notwendigkeit eines Chipkarten- und Gutscheinmodells für die Kinder der Ärmsten in diesem Land. Genau dieses Verhalten und diese Forderungen bestätigen in meinen Augen die derzeit ungleiche und verfassungswidrige Anwendung des Bundeskindergeldgesetzes, was seine Bestimmungen und Zwecke angeht.

Die angeführten Vorschläge aus dem Bundesarbeits- und Sozialministerium bezüglich der Blendgranaten zu den Themen Erziehung, Betreuung und Bildung haben doch wohl ausschließlich den Zweck der Sicherung des Lohnabstandsgebotes und dürfen auch aufgrund fehlender Notwendigkeit niemals zum Mittel eines vorsorgenden Sozialstaats werden. Man darf in meinen Augen diese Vorschläge nur als Eingriff in persönliche Freiheit, Datenschutz, Menschenwürde, Gleichbehandlung und besonderen Schutz von Ehe und Familie in Deutschland werten.

Aus all diesen Gründen darf es meiner Meinung nach nicht bei der Ausführung und Anwendung in der derzeitigen Art und Weise zum Bundeskindergeld bleiben, denn wäre es so verfassungswidrig - gerade im Moment dürfte das der Fall sein, denn die Hartz-Gesetze sind es derzeit immer noch -, und handelt man trotzdem weiterhin in der gleichen Art und Weise, dann handelt man nicht unsozial, sondern ausschließlich vorsätzlich asozial. Für gute Erziehung, Betreuung und Bildung! Gegen ein asoziales Bundeskindergeldgesetz!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik, derzeit Kläger gegen Hartz IV beim Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen)

Ich kandidiere für die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft

1. Verlängerung für die **Überprüfungsanträge** nach § 44 SGB X! Aufgrund des laufenden Trauerspiels der Politik ist dies ein Vorteil, denn die geplanten Verschlechterungen im Kleingedruckten sind noch nicht in Kraft und noch nicht verabschiedet. Dieser Antrag auf Überprüfung kann somit zurzeit noch vier Jahre rückwirkend gestellt werden, bis zum 1. Januar 2007, somit für ein Jahr weniger als noch vor drei Wochen. Die Gründe und die Anleitung stehen auf den vorherigen Bremer Montagsdemos. Lesen und nachdenken! Es werden dort bereits viele Gründe genannt, aber die Aufzählung ist nicht vollständig.

Aktuell ist Folgendes zu ergänzen: Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass die Beiträge zur privaten Krankenversicherung bis zur Höhe des Basistarifs übernommen werden müssen. Seit 1. Januar 2009 können privat versicherte Erwerbslose oder Aufstocker nicht mehr zurück in die gesetzliche **Krankenversicherung**. Das Sozialgericht Bremen hat entsprechende Klagen bereits 2009 zugunsten der Betroffenen entschieden. Nun liegt die Bestätigung des BSG vor. Der Zeitraum ab 1. Januar 2009 ist jetzt noch mit dem Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X revidierbar. Daher sofort diesen Antrag stellen und nachweislich beim Jobcenter abgeben, weil in den geplanten Änderungen auch eine für die Rückwirkung von Anträgen nach § 44 SGB X vorgesehen ist. Diese sollen dann bei Erwerbslosen und Behinderten nur noch ein Jahr rückwirkend gelten, also ab 1. Januar 2010. Die Beiträge für 2009 wären nicht mehr einklagbar, daher ist Eile geboten.

Dieses Urteil (Aktenzeichen B4 AS 108/10 R) müssen wir uns auch wegen der seit 2010 teilweise an die gesetzlichen Krankenversicherung zu zahlenden Zusatzbeiträge merken. Auch bei diesen geht es um die Pflichtversicherung. Die Jobcenter haben sich sehr schwer getan mit der Erstattung dieser Zusatzbeiträge. In allen mir bekannten Fällen hat die Bagis gezahlt. Wer diesen Beitrag nicht erstattet bekommen hat, sollte umgehend Antrag auf Überprüfung stellen. Dies ist allerdings nicht so eilig, weil das Jahr 2009 auch noch nach der geplanten Verschärfung des SGB II zu erreichen ist. Falls auch aktuell der Beitrag nicht erstattet wird, ist allerdings schon aus Geldmangel Eile geboten, also das Jobcenter daran erinnern.

Gleichzeitig den Antrag auf **Regelsatz** in verfassungsgemäßer Höhe stellen und bereits bei Vertröstung die Hilfe des Gerichts per einstweiligem Rechtschutz erbitten. Dies gilt auch für alle, die aktuell zu wenig Geld erhalten, egal aus welchem Grund! Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Über die Bearbeitungsfristen für das Jobcenter brauchen wir in diesem Punkt wohl nicht nachzudenken, denn egal, ob Antrag oder Widerspruch: die Vertröstung oder Ablehnung kommt prompt. Falls ein (aussichtsreicher) Antrag oder Widerspruch doch länger dauern sollte, einfach einstweiligen Rechtschutz aufgrund des Antrags oder Widerspruchs stellen! Dies ist auch in Verbindung mit dem Antrag noch § 44 SGB X möglich und für Familien mit Kindern oder Menschen mit laufender Unterzahlung besonders zu empfehlen.

2. Die **Bundeswehr** hofft auf viele Freiwillige. Am 27. Januar 2011 findet wieder eine ihrer Werbeveranstaltungen im „Berufsinformationszentrum Bremen“, Doventorsteinweg 44, statt. Die Jugendlichen stehen dieses Jahr wesentlich stärker unter Druck, denn Studien- und Ausbildungsplätze sind nicht ausreichend vorhanden. Trotzdem ist die Bundeswehr kein erstrebenswerterer Arbeitgeber! Die Bundeswehr wirkt bei einem überlebten Kriegseinsatz nach, dein Leben lang! Die körperliche Unversehrtheit sagt noch nichts über den Gesundheitszustand und das Lebensgefühl danach! Natürlich sind die Angebote verlockend, und die Fallmana-

ger der Jobcenter werden oft missverstanden: Es gibt keine Drohung „entweder den Vertrag bei der Bundeswehr unterschreiben oder Sanktion, bis zu drei Monaten null Euro“!

Nicht einmal die Informationsveranstaltungen der Bundeswehr müssen besucht werden. Auch hier darf kein Zwang ausgeübt werden. Die Fraktion der Partei „Die Linke“ in der Bremischen Bürgerschaft hat dies in einer sehr umfangreichen Großen Anfrage an den Senat der Freien Hansestadt Bremen thematisiert, die auch im Parlament kritisch diskutiert wurde. Obwohl hier anderslautende Berichte vorliegen, bestreitet der Senat, „dass Druck auf Arbeitslose ausgeübt werde, sich bei der Bundeswehr zu bewerben oder an entsprechenden ‚Informationsveranstaltungen‘ teilzunehmen“. Nachstehend dazu die Frage 10 und 11 mit den entsprechenden Antworten:

Frage 10: „Hat der Senat Kenntnis davon, dass die Bundeswehr gezielte Anstrengungen der Werbung unter Arbeitslosen unternimmt? In welcher Weise kooperierten Bagis und Bundeswehr im Jahr 2009, zum Beispiel in der Bewerbung von Werbeveranstaltungen, bei deren Durchführung oder durch Jobangebote oder Informationen der Bundeswehr direkt bei der Bagis? Wie gestaltet sich diesbezüglich die Planung für 2010, gibt es Verträge dazu? Wie bewertet der Senat, dass sich die Bagis auf der 4. ‚Jobmesse‘, die am 26. und 27. September 2009 unter der Schirmherrschaft von Senator Ralf Nagel stattfand, einen gemeinsamen Standplatz mit der Bundeswehr teilte?“

Antwort 10: „Bei der Bagis und der Arge Jobcenter Bremerhaven werden SGB-II-Kundinnen und -Kunden unter Berücksichtigung von Eignung, Neigung und Leistungsfähigkeit zu beruflichen Themenfeldern beraten und im Integrationsprozess unterstützt. Personen, die sich aus dem Beratungsprozess für eine Tätigkeit oder Ausbildung bei der Bundeswehr interessieren, werden im Bedarfsfall - wie in jedem anderen Berufsfeld auch - über weitergehende Informationsmöglichkeiten, Beratungsstellen und Kontaktadressen informiert. Konkrete Kooperationsvereinbarungen oder -verträge zwischen der Bundeswehr und den beiden Grundsicherungsträgern bestehen nicht. Die Bagis war an der ‚Jobmesse‘ am 26. und 27. September 2009 beteiligt und hat sich den Standplatz mit der Nummer 27 mit der Arbeitsagentur Bremen, nicht mit einer Dienststelle der Bundeswehr geteilt. Über die hier dargestellten Aktivitäten von Bagis und Arge Jobcenter Bremerhaven sowie die in Frage 11 dargelegten Sachverhalte für die Arbeitsagenturen Bremerhaven und Bremen hinaus sind dem Senat keine Aktivitäten von Werbung der Bundeswehr unter Arbeitslosen bekannt.“

Frage 11: „Hat der Senat Kenntnis davon, dass im Rahmen der Arbeitsvermittlung Arbeitslosen der Besuch von Werbeveranstaltungen der Bundeswehr nahegelegt oder gewissermaßen angeordnet wird? Ist auf Arbeitslose irgendwelcher Druck seitens der Bagis ausgeübt worden,

sich bei der Bundeswehr zu bewerben? Haben Arbeitslose Kürzungen erhalten, weil sie sich geweigert haben, Werbeveranstaltungen der Bundeswehr zu besuchen oder sich bei der Bundeswehr zu bewerben? Wie wird sichergestellt, dass der ‚Beruf' als Soldatin oder Soldat, einschließlich der Möglichkeit des Auslandseinsatzes, nicht als reguläres Arbeitsplatzangebot behandelt wird, dessen Ausschlagen Sanktionen zur Folge hat?

Antwort 11: „Nach Auskunft der Arbeitsgemeinschaften entsprechen die in den Fragestellungen aufgeführten aktiven Anforderungen, Sanktionsandrohungen oder -verhängungen gegenüber SGB-II-Kundinnen und -Kunden zur Kooperation mit Bundeswehreinrichtungen oder Teilnahme an Informationsveranstaltungen der Bundeswehr nicht der Praxis, den Weisungen und der Geschäftspolitik von Bagis und Arge Jobcenter Bremerhaven. Nach Auskunft der Agenturen für Arbeit Bremen und Bremerhaven ermöglichen diese der Bundeswehr im Rahmen der regelmäßig im ‚Berufsinformationszentrum' stattfindenden Berufsinformationsvortragsveranstaltungen die Vorstellung ihrer Berufs- und Karrieremöglichkeiten. Im Rahmen solcher Informationsveranstaltungen referieren Personalverantwortliche und Experten aus unterschiedlichen Branchen und Berufen. Die Veranstaltungen werden über die Medien angekündigt und stehen allen Interessierten kostenlos offen. Einladungen an arbeitslose Kundinnen und Kunden mit möglicher Rechtsfolge werden seitens der Arbeitsagenturen nicht ausgesprochen. Eine namentliche Erfassung der Besucher(innen) erfolgt nicht.

Die Veranstaltungen der Berufsorientierungsreihe haben je nach Thema höchst unterschiedliche Resonanz. Die Besucherzahl schwankt zwischen sehr wenigen und 75 Personen. Die Veranstaltungen der Bundeswehr im ‚Berufsinformationszentrum' haben bisher eher geringe Resonanz gehabt. In die berufliche Tätigkeit der Soldatin / des Soldaten wird seitens der Agenturen für Arbeit nicht vermittelt. In die Tätigkeit von zivilen Angestellten der Bundeswehr, beispielsweise im Verwaltungsbereich, können die Agenturen vermitteln. In der Praxis spielen diesbezügliche Vermittlungen eine geringe Rolle, weil Angestellte im technischen Bereich aus dem Bestand der Soldaten rekrutiert werden und damit nicht unter die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsagenturen fallen. Zudem baut die Bundeswehr Personal ab, sodass dieser Teil des Arbeitsmarktes ohne nennenswerte Aufnahmebewegung ist."

Soweit die auszugsweise Wiedergabe der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion „Die Linke" vom 23. Dezember 2009 (Drucksache 17/1200 vom 9. März 2010). Wer dies also anders erlebt hat, komme bitte zur Bremer Montagsdemo! Die Unterschrift bei der Bundeswehr ist rückholbar! Wie dies geht? Wir gehen mit! Wer bereits jetzt in den Schulen das Gegengewicht zum Jugendoffizier bildet, sollte diese Klarstellung des Senats berücksichtigen. Kommt bitte zur Bre-

mer Montagsdemo und informiert uns über eure Erfahrungen! Wer als Lehrer ein Gegengewicht zum Besuch des Jugendoffiziers braucht, komme bitte zur Bremer Montagsdemo. Wir gehen mit! Wer als Mensch im Jobcenter anders behandelt wird nach dem Motto „geh doch einfach mal hin“, komme bitte zur Bremer Montagsdemo. Wir gehen mit, wir klären das! Wenn ihr als Gruppe Informationen wollt, wir kommen zu euch! Wer dies gut findet und mitwirken möchte, komme bitte zur Bremer Montagsdemo. Wir bilden Gesprächskreise zur Vorbereitung von „Wir gehen mit“. Auch dazu kommen wir zu euch, auch zu Vereinsveranstaltungen!

Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet ist, herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz. Auf dem Sofa sitzen und andere machen lassen ist wie Warmduschen! Und nicht vergessen: die Anträge auf verfassungsgemäße Sozialleistungen und auf Überprüfung nach § 44 SGB X stellen, noch geht es rückwirkend bis zum 1. Januar 2007! Wer Kinder hat, kann noch im Januar den Antrag auf die zusätzlichen Leistungen für 2011 stellen, siehe 310. Bremer Montagsdemo. Wie dies alles geht? Wir gehen mit, wir klären das! Wer davor „über den Tisch gezogen wurde“, frage vor Antragstellung bei uns nach, weil der Platz hierfür nicht ausreicht.

Hans-Dieter Binder kandidiert für „Die Linke“
zur Bremischen Bürgerschaft (Platz 18)

Die zynische Begleitmusik zum Totentanz in Afghanistan

Auch in diesem Jahr gibt es hier in Bremen wieder die „Musikschau der Nationen“. Sie findet vom 27. bis 30. Januar wie immer in der Stadthalle statt. Wir vom „Bremer Friedensforum“ begleiten schon seit Jahren diese Show mit Argwohn und Mahnwachen, weil sie immer auch ein Militärspektakel war und ist. Seit 1965 gibt es diese Musikschau schon, aber dieses Mal haben wir es mit einem Novum zu tun: Minister zu Guttenberg hat die Schirmherrschaft übernommen! Dies gibt uns Anlass zu verstärkter Kritik, denn wir halten die Schirmherrschaft in einer Pressemitteilung für – gelinde gesagt – äußerst fragwürdig.

Für uns bleibt das Blasmusikfestival nicht nur eng mit Militär und Rüstung verbunden, sondern wird zugleich eine zynische Begleitung zum Totentanz in Afghanistan! Karl-Theodor zu Guttenberg hat erst jüngst den Einsatz der Streitkräfte

zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen gepredigt. Die Bundeswehr darf jedoch nicht zur Verfolgung, Durchsetzung und Sicherung ökonomischer oder politischer Interessen herangezogen werden, weil dies eindeutig gegen das Grundgesetz verstößt. Guttenberg setzt sich – genau wie seine Vorgänger – nun einfach darüber hinweg!

Was uns besonders sauer aufstößt, ist die Tatsache, dass Ex-Bundespräsident Köhler vor Monaten für seine Äußerungen zu Wirtschaftskriegen massiv kritisiert wurde, während Guttenbergs Pläne, die Bundeswehr mit ähnlicher Zielsetzung umzubauen, als etwas völlig Selbstverständliches hingenommen werden. Die gefährliche Tragweite dieser Politik ist der Öffentlichkeit offensichtlich noch nicht klar. Wir plädieren für den Anstoß einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über die künftige Rolle der Bundeswehr. Dabei stellt sich auch die grundsätzliche Frage: Brauchen wir überhaupt noch eine Armee? Wir vom „Friedensforum“ sagen entschieden Nein und setzen uns grundsätzlich für eine Abschaffung ein!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Brot und Rosen!
Her mit dem ganzen Leben!

Die „Stadtfrauenkonferenz in Bremen“ lädt herzlich ein zu einem **Bündnistreffen** zur gemeinsamen Vorbereitung des **8. März 2011**. 100 Jahre „Internationaler **Frauentag**“ sind ein Grund, zu feiern und weltweit gemeinsam auf der Straße für die Gleichberechtigung und die Befreiung der Frau zu kämpfen; dies überall bekannt zu machen in Betrieben, Verwaltungen, Nachbarschaft, Krankenhäusern, Schulen, Unis, Familien und unter Freunden; Veranstaltungen und Gesprächsrunden durchzuführen zu seiner Geschichte und zu klären, dass er so aktuell ist wie vor 100 Jahren; die „Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen“ durchzuführen und dies weltweit zum Thema machen. Unter dem Motto „Die Zeit ist reif: Frauen nehmen ihre Zukunft in die eigenen Hände! Raus zum 8. März!“ möchten wir auch in Bremen sichtbar machen, unter welchen Bedingungen Frauen in Bremen leben und arbeiten.

Beim „Equal Pay Day“ demonstrierten Frauen auf dem Bremer Marktplatz gegen ungleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit. In Bremen ist der Lohnunterschied mit 26 Prozent doppelt so hoch wie in vergleichbaren Großstädten. Im Schnitt verdienen Bremerinnen 1.184 Euro weniger pro Monat als Männer, vor allem durch

den massiven Ausbau des Niedriglohnsektors in der Hansestadt. Viele Frauen werden in Minijobs gedrängt und sind auf Hartz IV angewiesen. Frauen- und Kinderarmut steht so immer mehr auf der Tagesordnung. Die Frauen- und Familienministerin Schröder kürzt das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger, welches sowieso schon ärmere Frauen und Alleinerziehende schwer benachteiligt. Die Schere zwischen Arm und Reich wird noch größer.

Viele Frauen können sich die Pille nicht mehr leisten. Die Anzahl ungewollter Schwangerschaften hat drastisch zugenommen. Laut einer Umfrage von „Pro Familia„ ist zum Beispiel in Köln die Zahl der Hartz-IV-betroffenen Frauen, die regelmäßig mit der Pille verhüten, von 67 auf 30 Prozent gesunken. In Deutschland entspricht der Umfang der unbezahlten Haus-, Pflege- und Familienarbeit der Frauen der Bruttowertschöpfung der gesamten deutschen Industrie. Ohne diese Doppelbelastung der Frauen könnte diese Gesellschaft überhaupt nicht existieren. Damit dies so bleibt, werden Traditionen, Werte und Rollenbilder wie „die Frau muss zu Hause die Kleinkinder erziehen“ tagtäglich verbreitet. Auch hier steht die „junge“ Familienministerin an der Spitze! Das Selbstbewusstsein der Mädchen wird unterwandert, indem ein sexistisches Schönheitsideal und Frauenbild verbreitet wird. „Besonders hübsch, berühmt und sexy“ – die Modeindustrie prägt ein Bild in der Werbung und im Fernsehen.

In Bremen gibt es zwei Frauenhäuser, die mit großer Fürsorge die Opfer häuslicher Gewalt betreuen. Beim letzten weltweiten „Tag gegen Gewalt an Frauen“ beklagten Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser zu Recht, dass sie nur Hartz-IV-Betroffene aufnehmen dürfen. „Früher bekamen wir Haushaltsmittel, die wir selbst verwalten konnten, jetzt haben wir Pflegesätze, die vom Betreuungsschema der Bagis abhängen“ („Weser-Kurier“, 25. November 2010). Das muss sich ändern! Die Krisenlasten der Weltwirtschafts- und Finanzkrise werden weiter weltweit auf die breiten Massen abgewälzt. Wir sollten uns nicht spalten lassen, indem uns weisgemacht wird, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt.

Tatsache ist: Wir produzieren den Reichtum der Welt. Mit dem heutigen technischen, medizinischen und wissenschaftlichen Fortschritt müsste keiner mehr hungern, könnten Krankheiten besiegt, unsere Umwelt gerettet werden, und wir könnten ein Leben führen, in dem unsere Fähigkeiten genutzt und unsere Bedürfnisse befriedigt werden. Dies verhindert die Profitgier einiger weniger, die auf unsere Kosten immer reicher werden. Aber immer weniger Menschen lassen sich das gefallen! Die einzige Lösung ist, unseren Traum zu leben, indem wir uns zusammenschließen und gemeinsam kämpfen!

Lasst uns weltweit mit den Basisfrauen der Welt, die im März 2011 die erste Weltfrauenkonferenz in Venezuela durchführen, unsere Forderungen, Wünsche, Visionen bunt auf die Straße tragen und gemeinsam den 100. „Internationalen Frauentag“ feiern. Die Montagsdemo wird sich an den kämpferischen Aktivitäten am 8. März 2011 beteiligen und im Bündnis zum „Internationalen Frauentag“ in Bremen mitarbeiten. Das nächste Treffen ist am **Dienstag**, dem **1. Februar 2010**,

um **18 Uhr** im „**Zeitraum**“ in Walle, Ritter-Raschen-Straße 4, Anfahrt mit Straßenbahn (Linie 2/10) oder Bus (Linie 26/28) bis Haltestelle „Waldau-Theater“.

Harald Braun

Wir lernen im Vorwärtsgehen

Der „Weser-Kurier“ titelte am Samstag: „Manager sind für höhere Löhne“. Für sich selbst, das kennen wir ja schon – aber für Werktätige? Sind die Banker und Konzernherren jetzt lammfromm geworden? Nein, im Gegenteil: Sie sorgen sich noch mehr um ihre Profite. Denn wie sieht es aus? Einerseits gibt es, zum Beispiel bei Mercedes hier in Bremen, Arbeit ohne Ende. Der Konzern weiß gar nicht, wo er all die Leute, die er ausbeuten möchte – als Leiharbeiter, versteht sich – herkriegen soll. Sogar Studenten und Schüler dürfen ran .Die Kollegen hoffen auf eine fette „Benz-Prämie“, die immer im Frühjahr fällig ist, und haben kaum einen Blick für den Gesamtzusammenhang der Weltwirtschaft.

Andererseits verkauft VW seit Jahresbeginn keine Autos mehr in China. Vielleicht jetzt, vielleicht auch später platzt die chinesische Blase, auf die die deutschen Exportweltmeister gesetzt haben. Die Chinesen bremsen, weil ihnen selber angst und bange wird, dass ihnen schnell das eigene Land um die Ohren fliegen könnte. Darum muss jetzt alles getan werden für den Konsum im Binnenmarkt: Die Niedriglöhner, Teilzeitarbeiter und Aufstocker sollen doch nicht so knickrig sein und lieber konsumieren als sparen! Geld für neue Rettungsschirme ist beim Staat nämlich nicht mehr da, also müssen die Ersparnisse ran. Die Regale sind voll, die Werbepakete auch, nur die Leute sind noch unschlüssig, ob sie nun für „Wellness A“ oder „B“ berappen sollen.

Vernünftige Mindestlöhne sind immer noch nicht in Sicht. Von der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sprechen nur die aktiven Gewerkschafter. Wir haben keinen Grund, auf diese Leimspur des Kapitals reinzufallen: Schafft erst einmal die Hartz-Gesetze ab und schafft normale sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, von denen man auch leben kann, dann wird sich die Binnennachfrage fast von selbst ergeben! Aber das würde eure Profite angreifen, darum wollt ihr diesen Lügenkurs gehen.

Über Tunesien habe ich schon letzte Woche gesprochen. Jetzt rumort es auch in anderen Ländern. Ein Prozess der Entwicklung ist immer dann gut, wenn

alle ihn mitgehen können, also das Volk die Kontrolle hat und alle Menschen mitnehmen kann. Es müssen erst neue Erfahrungen gemacht werden, das Selbstvertrauen in die eigene Kraft entwickelt werden. Ich finde darum die Aussage „Wir lernen im Vorwärtsgehen“ so wichtig. Andererseits kann man in Berlin, Paris oder Washington hektische Betriebsamkeit erahnen, wie man das, was einem da aus den Fingern einer 30-jährigen Diktatur entgleitet, wieder einfangen könnte. Erklären wir uns solidarisch mit den Menschen am südlichen Mittelmehr und anderswo auf der Welt: Wir sind auf eurer Seite!

Am **Sonntag**, dem **6. Februar 2011**, findet das 92. Gedenken an die Verteidiger der **Bremer Räterepublik** statt. Die Montagsdemo ist wie in den Vorjahren Mitunterzeichnerin des Aufrufs. Beginn ist um **11 Uhr** vor dem **Tor des Waller Friedhofs**. Nach dem Gedenken gibt es ab etwa 12 Uhr ein Kulturprogramm und Kaffee und Kuchen im nahen „Westend“. – Am 7. März 2011 wollen wir die Montagsdemo unter das Motto „100 Jahre **Internationaler Frauentag**“ stellen und rufen mit auf zur Beteiligung an einer kämpferischen **Demonstration** am **Dienstag**, dem **8. März 2011**. Dafür findet am **1. Februar 2010** um **18 Uhr** im „**Zeitraum**“ ein Bündnistreffen in Walle statt (Ritter-Raschen-Straße 4). – Weiterhin schlage ich die Beteiligung an dem Bündnis „**Keinen Meter**“ vor und werde eine Veranstaltung gegen die **NPD-Aktivitäten am 1. Mai** und bei der Wahl anmelden.

Jobst Roselius

Nur keine Illusionen über die Rolle der Gerichte!

Die Woche ist Spitzengespräch im Hartz-IV-Vermittlungsausschuss. Es ist ein trostloser Haufen: CDU und FDP schwören Stein und Bein, dass die Fünf-Euro-Erhöhung exakt „nach dem Bedarf“ ermittelt wurden. SPD und Grüne wollen zwölf Euro mehr – und die Linkspartei? Dagmar Enkelmann fordert 392 Euro, also eine Erhöhung um 33 Euro. Dabei weiß sie ganz genau, dass selbst 500 Euro Hartz IV nur eine erste Minimalforderung sind. Nach wie vor fordern die Montagsdemos und zahlreiche Verbände: Weg mit Hartz IV!

Was heißt hier überhaupt „verfassungsgemäße Bedarfsermittlung“? Damit hat all das gar nichts zu tun. Schon der bisherige Satz von 359 Euro war bekanntlich nicht nach dem tatsächlichen Bedarf, sondern nach Kassenlage ermittelt worden, für Kinder ebenso. Damit kann man sich nicht ernähren, kleiden, bilden, den Kör-

per pflegen. Seltsam also, dass eine nunmehr „exakte“ Bedarfsermittlung einen so glatten Betrag ergibt, nämlich fünf Euro! Die Regierungsparteien lügen, wenn sie nur den Mund aufmachen, und leider auch die anderen Berliner Parteien. Was bleibt uns also zu tun? Die Sache in die eigene Hand nehmen!

Da können wir derzeit einiges lernen, wenn wir über die Grenzen schauen. Auch wenn in Tunesien längst nicht klar ist, wohin alles geht - es fehlt vor allem an einer klaren Führung, einer in den Massen verankerten wirklich revolutionären Partei -, so können wir doch schon große Erfolge sehen. Nicht nur, dass Ben Ali vertrieben wurde – seine Partei wurde jetzt übrigens aus der „Sozialistischen Internationale“ ausgeschlossen, sie war bisher also Schwesterpartei der SPD! –, das Volk geht weiter auf die Straße und fordert Demokratie, billige Preise, Selbstbestimmung und: Alle korrupten Politiker dieser Partei müssen weg!

Derweil wächst die Angst der Herrschenden vor einer Kettenreaktion. In Tirana gingen letzten Samstag 300.000 Albaner auf der Straße und fordern ebenfalls den Rücktritt der korrupten Regierung. Drei Demonstranten wurden sofort erschossen, Dutzende sind schwer verletzt, aber die Menschen sie ließen sich nicht aufhalten! Albanien ist eigentlich reiches Land mit vielen Bodenschätzen, wird aber ausgesaugt vom deutschen Bankenkapital, das mit der korrupten Regierung zusammenarbeitet.

Ebenso gibt es aufstandsähnliche Unruhen im jordanischen Amman. Demonstranten erklärten: „Sie belügen die Menschen, sie senken bei einigen Dingen die Preise, um sie bei anderen zu erhöhen“. Gefordert werden der Rücktritt der Regierung und weitgehende demokratische Grundrechte, denn die Regierung wird von Feudalherrscher Abdullah ernannt. Eine internationale Revolution auf der ganzen Welt ist notwendig, mit gegenseitiger Unterstützung! Proletarier aller Länder und Unterdrückte, vereinigt euch!

Wer sich Illusionen über die Rolle der Gerichte gemacht hat, wurde in Stuttgart gleich zweimal belehrt. Erstens wurde Gangolf Stocker, Anmelder der Demonstrationen gegen „Stuttgart 21“, zu 30 Tagessätzen à 50 Euro zuzüglich Gerichtskosten verurteilt, weil er bei der Demo am 27. August 2010 nicht verhindert habe, dass einige der 70.000 Teilnehmer die Bannmeile des Landtags durchbrochen haben. Sechs weitere derartige Prozesse gegen ihn stehen noch an. Die Richterin sagt: „Es geht munter so weiter“, was zeigt, wie befangen sie ist. Als Gangolf bat, das Urteil nicht „im Namen des Volkes“ zu verkünden, widersprach sie: „Nicht nur die Zuschauer hier, auch andere Menschen gehören zum Volk“, worauf die Prozessbesucher riefen: „Wir sind das Volk!“

Beim zweiten Prozess in Stuttgart wurde ein Demonstrant vom 30. Juli 2010 zu zehn Tagessätzen zuzüglich Gerichtskosten verurteilt, weil er sich „durch Muskelanspannung seiner Gewahrsamnahme widersetzt“ habe. Polizisten hatten, als die Blockade schon zu Ende war, sich zugerufen: „Den schnappen wir uns!“ Der Staat probt und bereitet sich vor, wie er vorgeht, wenn es wirklich zu Aufständen gegen die Diktatur der Monopole geht und sich die Massen wie in Tunesien gegen

Hunger, Lüge und Unterdrückung erheben. Zu diesem Staat gehören auch die Gerichte! Wir brauchen ein Versammlungsrecht auf antifaschistischer Grundlage!

In Hamburg haben sich einige Kioskbesitzer und Bäcker aus dem Bezirk Sankt Pauli entschlossen, die „Bild“-Zeitung aus dem Sortiment zu nehmen, da sie gegen Migranten, Arbeitslose und Arme hetzt. Das wird von einer Initiative aus dem Stadtteil unterstützt: „Wir wollen als Kiez-Bewohner oder Kiez-Besucher dieses menschenverachtende Schmierblatt, das sich auch noch Zeitung schimpft, nicht mehr in unseren Stadtteilen sehen! Wir werden ab sofort an jeder Verkaufsstelle in Sankt Pauli, Altona, Schanzen- und Karoviertel den Besitzer freundlich und mit guten Argumenten davon überzeugen, die ‚Bild‘-Zeitung für immer aus dem Sortiment zu nehmen.“

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

314. Bremer Montagsdemo am 31. 01. 2011

Ich trete zur Wahl an, aber wieso als „unabhängiger Kandidat“?

Ich bin Montagsdemonstrant seit 2004. Vorher war ich nicht politisch aktiv und auch noch nie auf einer Demo. Aber ich erinnere mich haargenau an den Montag nach der Großdemo am 3. Oktober 2004 in Berlin, an dem unser Oldenburger DGB-Vorsitzender das Ende der Proteste verkündete. Wir machten damals mit einigen Leuten als überparteiliche Oldenburger Montagsdemo weiter. Von den regelmäßig Teilnehmenden war nur eine Person Mitglied der MLPD; trotzdem machte man seitens gewisser Organisationen daraus eine „regelmäßige MLPD-Veranstaltung“. Ich selbst bin weder Mitglied noch Sympathisant dieser Partei. Ich machte als Parteiloser wöchentlich Flugblätter, deren Inhalt zuvor abgestimmt wurde. Die Menschen haben sie beim Verteilen immer sehr gut angenommen.

Dennoch blieben wir immer eine „MLPD-Aktion“ aus Sicht der angesprochenen Organisationen und bürgerlichen Parteien, die Oldenburger „Linke“ eingeschlossen. Was sind das für Leute, die sich auf solche Alibi-Gründe berufen, um auf die Unterstützung eines notwendigen Protestes zu verzichten? Man muss fast sagen, auf solche Unterstützer könnte man auch verzichten! Aber jeder von uns weiß ja, dass das falsch wäre. Was jetzt in Berlin läuft mit der Gründung einer „unabhängigen“ Montagsdemo, von der Marxisten-Leninisten ausgeschlossen sind, ist zumindest in meinen Augen total falsch. Darüber freuen sich bereits die Faschos in ganz Deutschland!

Dieses Jahr werde ich nun im Wahlbereich III (Nordwest) zur Oldenburger Kommunalwahl antreten. Das Gesetz sieht vor, dass Wahlvorschläge in Niedersachsen von Parteien, Wählergruppen oder „Einzelbewerbern“, sogenannten unabhängigen Kandidaten, gemacht werden können. Während bei Partei-Kandidaten ein Beschluss des entsprechenden Kreis- oder Bezirksverbandes für die Kandidatur genügt, müssen Einzelbewerber(innen) für den Wahlbereich, in dem sie antreten wollen, in Oldenburg mindestens 30 Unterschriften beibringen, von

Wahlberechtigten aus dem entsprechenden Bereich. Warum wähle ich dann den schwierigeren Weg als „unabhängiger Kandidat“? Dafür gibt es eine Reihe von Gründen.

Für die Kommunalwahlen 2011 in Niedersachsen möchte ich mich direkt von Wählerinnen und Wählern vorschlagen lassen, die mich kennengelernt haben und mir ihre Unterstützung signalisieren – und nicht von irgendeinem Parteigremium. Ich möchte für die Wähler(innen) eigentlich auch keine Stellvertreterpolitik machen, sondern ihre ganz speziellen Forderungen beziehungsweise Anliegen unmittelbar in die zuständigen Gremien der Stadt Oldenburg tragen, quasi als Mittel der direkten Demokratie. Die Wünsche, Vorstellungen und Forderungen der Wähler(innen) sollen mich anspornen, im Oldenburger Rat ihr Sprachrohr zu werden. Hierbei möchte ich mich nicht durch den üblichen Fraktionszwang der Parteien ausbremsen oder gar aushebeln lassen, sondern die Interessen meiner Wähler(innen)klientel glaubwürdig und möglichst erfolgreich vertreten.

Die unabhängige Bewerbung ist zugleich ein Angebot an alle Wähler(innen) demokratischer Parteien, weil es eben nicht um eine bestimmte Partei geht, sondern um eine Person. Eine größere Wahlkampagne werde ich im Gegensatz zu den Parteien kaum machen können, aber es haben mir dankenswerterweise bereits mehrere Personen ihre solidarische Unterstützung zugesagt, die ich auch gern für einen erfolgreichen und überzeugenden Wahlkampf annehmen werde. Es geht bei mir als unabhängigem Kandidaten um eine Persönlichkeitswahl, Glaubwürdigkeit ist dabei entscheidend. Deshalb liegt mir daran, Fragen zu beantworten, um von vornherein völlige Klarheit herzustellen, denn es geht um *Ihr* Vertrauen! Die Fragen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oldenburg dürfen später weder in den verschiedenen Gremien noch im Stadtrat unbeantwortet bleiben. Genau für die Interessen meiner Wählerinnen und Wähler werde ich kämpfen!

Was nun die Interessen der Hartz-IV-Betroffenen angeht, so kommen diese in den derzeitigen Gesprächen im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat offenkundig nur am Rande vor. Werner Schulten, Sprecher der „BAG Hartz IV in der Linken“ und im Parteivorstand zuständig für Sozialpolitik, meint dazu: „Was in diesen Zirkeln, von denen ‚Die Linke‘ in der Entscheidungsphase ausgeschlossen ist, verhandelt wird, ist ein unwürdiger, verfassungswidriger Kuhhandel. Bleibt zu hoffen, dass die Roten Roben den Mumm haben, den Verantwortlichen den faulen Kompromiss, der sich abzeichnet, erneut um die Ohren zu hauen.“

Das klingt ähnlich wie der Spruch „Die Hoffnung stirbt zuletzt“. Anscheinend will niemand in der „Linken“ merken, dass man spätestens *damit* beginnt, sich im Kreis zu drehen wie ein Brummkreisel, denn auch mit einem weiteren Urteil würde die Höhe der Regelsätze durch das Verfassungsgericht nicht festgesetzt werden. Damit wäre man wieder am Anfang! Oder als Partei vielleicht doch eher am Ende? Die Hartz-IV-Betroffenen sind in der Vielzahl heute schon am Ende. Empfähle man diesen zu glauben, dass die Roten Roben wirklich etwas Wesentliches ändern würden, könnte man sie auch auf den lieben Gott verweisen.

In sieben Bundesländern sind in diesem Jahr Wahlen. Die Linkspartei hat circa 70.000 Mitglieder, einige Hundert dürften Mitglied der „BAG Hartz IV“ sein. Da müsste es eigentlich möglich sein, täglich vor den Jobcentern aktiv zu werden und die Menschen umfangreich aufzuklären, damit sie beginnen, sich zu wehren, nicht nur gerichtlich, sondern auch öffentlich auf der Straße! Vorjammerer hingegen dürften keinem ALG-II-Empfänger wirklich helfen. Da hilft vielleicht doch eher der liebe Gott! Aber wer hilft dann noch der Linkspartei? Bei den Hartz-IV-Betroffenen dürften positive Verbesserungen auch weiterhin Fehlanzeige bedeuten. Eine Partei sollte versuchen, gute Politik zu machen, und sich nicht allein auf die bürgerliche juristische Schiene verlassen!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik, derzeit Kläger gegen Hartz IV beim Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen)

Etikettenschwindel: Berliner „Spalter-Montagsdemo“ bezeichnet sich als „bundesweit“ *(„UMOD“)*

Inzwischen ist überall von ungenierten Regelsatz-Tricksereien zu lesen

1. Jetzt mischt sich auch noch die Bundeskanzlerin in den Streit über die sogenannte **Hartz-IV-Reform** ein und spricht sich gegen eine Erhöhung des Regelsatzes aus, die über fünf Euro läge. Sie sagte allen Ernstes, sie habe bisher noch kein einziges Argument gehört, das Ursula von der Leyens „Berechnungen“ überzeugend infrage stelle, und behauptete sogar, diese beruhten auf Daten und Fakten, die von ihr „sehr sorgfältig geprüft“ worden seien. Ich finde es schon ziemlich frech, davon zu sprechen, dass die Arbeitsministerin, wie vom Bundesverfassungsgericht erwartet, eine „nachvollziehbare und für alle transparente“ Berechnung des Hartz-IV-Satzes geliefert habe, obwohl inzwischen überall von ihren ungenierten Tricksereien zu lesen ist – zum Beispiel nur noch 15 Prozent der ärmsten Haushalte zum Vergleich heranzuziehen, statt wie bisher üblich die untersten 20 Prozent!

Von den anderen Weglassungen und Verdrehungen will ich lieber gar nicht erst anfangen. Aber welches fundierte Wissen kann ich von einer Bundeskanzle-

rin erwarten, die vor etwas über zwei Jahren noch beteuerte, Hartz-IV-Bezieher bekämen auch den Strom zusätzlich zum Regelsatz erstattet und seien deswegen von den Preissteigerungen für Energiekosten nicht betroffen? Mal wieder eine Prise Aufhetzung gefällig? Da ich Frau Merkel für eine intelligente Frau halte, muss ich davon ausgehen, dass hier ganz bewusst die Bevölkerung in den Irrglauben versetzt werden soll, dass Hartz-IV-Bezieher mit dem Kümmerling von Regelsatz in der Tiefe von 359 oder 364 Euro tatsächlich eine „Grundsicherung" bezögen und sie somit gut versorgt seien! Gebetsmühlenartig schwatzt sie davon, sie sei davon überzeugt, dass wer arbeite, mehr haben solle, als wer nicht arbeitet, und vergisst dabei immer geflissentlich, dass es doch gerade ihre Partei ist, die einen akzeptablen Mindestlohn verhindert! Aber ihrer Meinung nach sei die Opposition für die Verzögerung bei der Umsetzung der Hartz-IV-Reform verantwortlich zu machen. Es ist immer so viel leichter, alles in sein absolutes Gegenteil zu verdrehen! Ich stimme mit ihr nur in dem Punkt überein, dass in nicht allzu ferner Zukunft im Bundesrat die Lösung gefunden wird, die allerdings auch vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben können muss.

2. In Berlin hat sich die Zahl der **Zwangsumzüge** für die Bezieher von Hartz IV im Jahr 2010 mehr als verdoppelt. Die Sprecherin der Senatsverwaltung für Soziales, Karin Rietz, machte vor allem höhere Mieten für den sprunghaften Anstieg der Umzüge verantwortlich. Sie sagte, der Wohnungsmarkt werde enger; das gehe auch an Hartz-IV-Beziehern nicht vorbei. Die Mietobergrenze gestattet nach den sogenannten Ausführungsvorschriften Wohnen, dass die Wohnung eines Alleinstehenden nicht mehr als 378 Euro im Monat inklusive Heizung kosten darf, Paare 444 Euro ausgeben können, drei Personen eine Miete von 542 Euro und vier Personen 619 Euro bezahlt wird. Wer teurer wohnt, müsse die Differenz aus dem kargen Regelsatz begleichen oder eine günstigere Wohnung suchen. Oder aber er beweist dem Jobcenter mit dem Wohnungsmarkt aus der Zeitung, dass es keine günstigere Wohnung gibt: Dann muss die zu teure Miete länger als ein halbes Jahr übernommen werden. Weil viele das aber nicht wissen und die Vorschriften des Landes bezüglich der Miethöhe offenbar als nicht realitätsgetreu bezeichnet werden müssen, versuchen immer mehr Hartz-IV-Bezieher, sich als Vier-Personen-Haushalte in eine Zweizimmerwohnung oder zu fünft in eine Dreizimmerwohnung zu quetschen. Es gibt auch noch einen anderen Grund für die vielen Zwangsumzüge: Bis 2009 blieb den Hartz-IV-Beziehern ein ganzes Jahr Zeit, um sich eine günstigere Wohnung zu suchen. Aber nachdem der Bund gegen Berlin geklagt hatte, wurde diese Frist auf ein halbes Jahr verkürzt. Es ist also allerhöchste Eisenbahn, die Mietobergrenzen realitätsgetreu anzuheben!

3. Bedenkliche Zahlen tauchen mal wieder am Horizont auf: Laut den neusten Berechnungen des Statistischen Bundesamts sind mehr als 15 Prozent der Deutschen armutsgefährdet. Verglichen mit den anderen EU-Ländern stieg die Quote in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren deutlich an. Während in Euro-

pa 2008 durchschnittlich 16,3 Prozent der Menschen als armutsgefährdet galten, waren vor der Einführung der menschenverachtenden Hartz-Gesetze 2005 nur 12,5 Prozent der Bevölkerung in Deutschland von Armut bedroht. Ihr Anteil kletterte nun auf beschämende 15,5 Prozent. Weil im Gegensatz zu Deutschland die Einkommen in den anderen Mitgliedstaaten allmählich steigen, kletterte bei uns die **Armutsquote** im Vergleich zur Gesamt-EU stärker hoch. Mit 62 Prozent waren in Deutschland Arbeitslose am stärksten armutsgefährdet, aber wegen der sich pestartig ausbreitenden Dumpinglöhne und eines nicht vorhandenen flächendeckenden Mindestlohns, von dem auch anständig gelebt werden kann, ist bereits jeder fünfzehnte Erwerbstätige betroffen.

4. Thilo Sarrazin scheint sich nicht mehr genügend in medialer Aufmerksamkeit sonnen zu können und muss offenbar erneut für Negativschlagzeilen sorgen. Er schaltete sich in die durch das Buch einer strengen US-chinesischen Mutter ausgelöste Debatte um asiatische und westliche Erziehung ein. Sarrazin lobte das strenge chinesische **Bildungssystem** und empfahl, sich seine positiven Wirkungen anzusehen. Er fände es besser, wenn Kinder eine verpflichtende Ganztagsschule mit einem geregelten Freizeitangebot und einer Hausaufgabenbetreuung besuchen müssten, als zu Hause vor dem Fernseher zu verblöden. Sarrazin scheint viel von Drill, Druck und Disziplin zu halten, und wenn es nach ihm ginge, würde sich Deutschland ein Beispiel am chinesischen Bildungssystem nehmen. Kann dieser Mann immer nur in Extremen denken und sprechen? Meiner Meinung nach sollen Kinder behutsam an Bildung herangeführt werden. Es gilt dabei, ihre Neugierde auf Selbstbildungsprozesse mit einer gefestigten Beziehung zu ihnen zu wecken und sie nicht zum Erfolg zu quälen!

Dahinter steckt ein grausames Menschenbild, das Kinder zu unselbständigen, unkreativen und komplett angepassten Menschen drillt und sie bald auf der Couch eines Psychoanalytikers landen lässt, wo sie sich dann hoffentlich wiederfinden können. Inzwischen zeigt auch Frau Sarrazin, dass sie in jeder Hinsicht gut zu ihrem Manne passt und die hohe Kunst des Polarisierens ebenfalls hervorragend beherrscht. Der Lehrerin Ursula Sarrazin wird vorgeworfen, türkischstämmige Kinder im Unterricht als „armseliges Opfer“ und „Schmarotzer“ beschimpft zu haben. Brachte sie den Schulkindern viel Unterrichtsstoff bei, während sie gleichzeitig jene mit Vorbehalten verhöhnte und entwertete, die vom Familien-Idealbild abwichen? Nimmt sie Schülern auf selbstherrliche Art die Lust auf Bildung? Bei der zentralen Frage, ob Frau Sarrazin eine schlechte Pädagogin sei, redet die Hauptperson permanent in der Öffentlichkeit, während Schulleitung, Kollegen, Schulaufsicht einen Maulkorb verpasst bekamen. Sicherlich wird die arme Frau ebenso gemobbt und missverstanden wie ihr angetrauter Herr Gemahl, der es ja auch nur immer gut mit seinen Tipps für Hartz-IV-Bezieher meinte, egal ob zum Thema Sozial- oder Bildungspolitik, wie weniger als vier Euro am Tag zur Ernährung reichen oder wie sie mit drei Pullovern übereinander ihre Heizkosten reduzieren können.

5. Während Lottogewinne in Deutschland steuerfrei sind, müssen Hartz-IV-Bezieher sie wieder abgeben. Das Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen urteilte, dass ein **Lottogewinn** immer auf das Arbeitslosengeld II angerechnet wird, auch wenn er noch so klein ist. Damit bestätigte das Gericht ein vorangegangenes Urteil des Sozialgerichts Detmolds (Aktenzeichen L19 AS 77/09). Gemäß dem gnadenlosen Zuflussprinzip wird der Lottogewinn vom darauf folgenden Hartz-IV-Regelsatz wieder abgezogen. Das gelte für alle Gewinne, die durch eine Teilnahme am Glücksspiel erzielt würden. Im konkreten Fall hatte ein Arbeitslosengeld-II-Bezieher aus dem nordrhein-westfälischen Bielefeld bei der karitativen Lotterie „Aktion Mensch“ teilgenommen und dabei nach langer Zeit einen Gewinn von 500 Euro erzielt. In zwei Monatsraten zu je 250 Euro zog das zuständige Jobcenter den Betrag wieder ab. Der Kläger legte Widerspruch ein, weil er seit 2001 mit 945 Euro an die „Aktion Mensch“ einen weitaus höheren Betrag investiert habe als er jetzt ausgeschüttet bekam. So gesehen habe er keinen wirklichen Gewinn machen können, sondern unterm Strich einen Verlust. Diese Ansicht teilten die Richter nur in Hinblick auf die Anschaffung des letzten Loses und zogen lediglich 15 Euro wieder ab. Erwerbslosen muss offenkundig jede Möglichkeit verwehrt werden, ihre äußerst bescheidene Situation ohne Arbeit auch nur ein klitzekleines bisschen zu verbessern! Dabei hat dieser Lottogewinner beinahe das Doppelte seines Gewinnes für das Glückspiel ausgegeben. Hier wird immer mit zweierlei Maß gemessen!

6. Es ist schön für Familienministerin Kristina Schröder und ihren Mann, dass sie nun ein Baby erwarten. Aber es ist ein Witz, dass sie nun versuchen werde, woran viele Mütter – gerade wegen der Politik ihrer Partei – scheitern, nämlich Kind und Karriere zu vereinbaren. Es ist wirklich anmaßend, schamlos, unmoralisch und blind, so zu tun, als ob sie vor den gleichen Herausforderungen stehe wie viele andere Paare auch, von denen beide beruflich sehr gefordert sind! Es lässt sich kaum behaupten, dass sie mit aufgerundet 17.000 Euro im Monat und einem garantierten, bestens ausgestatteten **Betreuungsplatz** in der Kita des Bundestags die gleichen komplexen Schwierigkeiten zu meistern hätten wie andere Paare. Sie werden über ausreichend Geld verfügen, um sich jede notwendige Hilfe zu kaufen, und sind nicht auf die Unterstützung ihrer Familien angewiesen.

Frau Schröder braucht sich nicht den Schlaf oder bloß die Ruhe von Existenzängsten rauben zu lassen und muss sich nicht überlegen, wo sie das Geld für neue Windeln herbekommt. Außerdem wird ihr der Arbeitsplatz erhalten bleiben, und dort ist sie keinerlei körperlicher Schwerstarbeit ausgesetzt, wie es viele Frauen, die unter Hartz-IV-Bezug schwanger sind, aushalten müssen, und die dabei ihre Regelsatzbezüge auf Null gekürzt bekommen, wenn sie sich weigern, ihre Gesundheit und das Leben ihres Ungeborenen zu gefährden. Wem wurde noch mal von wem das Elterngeld gekürzt? Mit der Arroganz der Satten lässt sich vieles behaupten. Das Baby von Frau Schröder ist ein auch politisch erwünschtes Kind. Die Kinder von Hartz IV beziehenden Frauen sind politisch nicht ge-

wollt, werden aber von ihren finanziell und nicht sozial schwachen Müttern ebenso sehnlichst erwartet und lieb gehabt. Von gleichen Herausforderungen, wie sie andere Paare bewältigen müssen, kann also nicht im Ansatz die Rede sein! Aber sie können ja „Als-ob-Herausforderungen“ mit dem „Blubb“ des „Verwöhnaromas“ spielen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Sanktionen für junge Arbeitslose, die kein Soldat werden wollen?

Sie lassen sich immer wieder neue Tricks einfallen, unsere Pappnasen, die PAP’s vom Jobcenter: Junge Menschen werden aufgefordert, an Infoveranstaltungen der Bundeswehr teilzunehmen beziehungsweise sich bei ihr zu bewerben. So arbeitet die Bundesanstalt für Arbeit mit der Bundeswehr zusammen, was nicht statthaft ist. Für mich ist es ein Unding, junge Menschen über Sanktionsandrohungen in die Bundeswehr zu zwingen. Nichts Anderes ist es: Zwang. Die Jobcenter legen es dann als Missverständnis aus, wenn sie darauf angesprochen werden. Ich kenne jemanden, der es bereits geschafft hat, von der Bundeswehr eingefangene Leute wieder zu befreien.

Die Bundeswehr ist größter Ausbildungs- und Studienplatzanbieter. Es gibt dieses Jahr einen doppelten Abi-Jahrgang, und kaum jemand in Industrie und Handwerk ist darauf vorbereitet, die jungen Leute auszubilden, was an sich schon eine Sauerei ist. Sie aber über Sanktionen aus der Statistik der Arbeitslosen heraus- und in die Bundeswehr hineinzuzwingen, das schlägt dem alten Fass doch den Boden raus! Leute, denen das geschehen ist oder gerade geschieht, können sich gern bei mir melden. Hilfe ist möglich! Unterstützt das Sanktionsmoratorium! Auflösen der Bundeswehr jetzt! Region Hannover zur bundeswehrfreien Zone! Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Zuschrift von Roland Springborn, Hannover

Kirchlicher Segen für Interventionspolitik mit militärischen Mitteln?

Drei wichtige Kirchenvertreter wollen demnächst nach Afghanistan reisen und den deutschen Truppen ihren Beistand erklären. Es sind der EKD-Ratsvorsitzende

Schneider, Militärbischof Dutzmann und der aus Bremen kommende Friedensbeauftragte Renke Brahms. Dass Geistliche beider christlichen Kirchen Waffen und Truppen segnen, ist – Gott weiß es ganz genau – nichts Neues, denn die offiziellen Kirchen hatten immer schon ein gespaltenes Verhältnis zu Militär und Krieg. Sie predigten Frieden und Versöhnung, doch sie ordneten sich stets den jeweiligen Obrigkeiten unter und führten zuweilen auch selber Krieg! Erst spät in der Geschichte konnten sich die Kirchen dazu durchringen, aus ihren Reihen auch einen Friedensbeauftragten zu ernennen. Bei der EKD hat seit 2008 der Bremer Pastor Renke Brahms diese Position inne.

Diese sogenannte Pastoralreise veranlasste das „Bremer Friedensforum“ nun zu einem Offenen Brief an den Friedensbeauftragten. Darin heißt es, dass auf dem Besuchsprogramm offenbar nicht die afghanischen Opfer von Kunduz stünden, womit die Reise zu einer Heuchelei werde. Im Grunde sei sie nichts anderes als Ausdruck der kirchlichen Unterstützung der deutschen Interventionspolitik mit vorzugsweise militärischen Mitteln. Der Krieg, der gegen die Afghanen seit nunmehr über neun Jahren geführt werde, habe nicht nur viele Tote und Verletzte gebracht, nicht nur Flüchtlingsströme mit entsprechendem Elend hervorgerufen, sondern die gesamte Lage Afghanistans verschlechtert.

Weiter heißt es in dem Brief: „Letztendlich unterstützen Sie mit Ihrer Reise den Krieg in Afghanistan, der wegen geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen geführt wird. Damit verbunden ist der politische Hochmut, den Menschen in Afghanistan Hilfe zu bringen. Ihr Kollege, der Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider, behauptet, dass die deutsche Gesellschaft den Soldaten ein hohes Risiko zumutet. Wer ist hier mit ‚Gesellschaft‘ gemeint? Die Mehrheit des deutschen Volkes ist schon lange für einen Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan. Dass sie dort immer noch sind, missachtet diese Mehrheit. In einer Zeit, in der immer mehr Politiker, auch im Bundestag, sich gegen den Krieg aussprechen, sollten Sie nicht an dieser Reise festhalten. Treten Sie bitte als Friedensbeauftragter nicht für diese unmenschliche Politik der jetzigen Regierung ein, sondern fordern Sie als Christ, dass Deutschland die Kriegsführung aufgibt und sich mit ausschließlich friedlichen Mittel dem afghanischen Volk zuwendet! Sagen Sie bitte diese Reise ab!“

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Am **Sonntag**, dem **6. Februar 2011**, findet das 92. Gedenken an die Verteidiger der **Bremer Räterepublik** statt. Beginn ist um **11 Uhr** vor dem **Tor des Waller Friedhofs**. Ab 12 Uhr gibt es ein Kulturprogramm mit Kaffee und Kuchen im nahen „Westend“.

Solidarität mit dem Volksaufstand in Ägypten!

Diesen Dienstag gibt es eine riesige Demonstration in Kairo, erwartet wurde mindestens eine Million Teilnehmer. Das Volk steht auf und fordert den Rücktritt Husni Mubaraks. Trotz brutalen Vorgehens von Polizei und Militär mit bereits über 150 Toten macht sich unter den Massen Todesverachtung breit: So wollen wir nicht länger leben! Mubarak wurde bisher von den USA und der EU unterstützt, als treuer Kettenhund. Bürgerliche Medien beschwören Chaos, Anarchie und Gewalt und wollen eine „friedliche Lösung“ mit Mohammed el-Baradei als Nachfolger. Aber das Chaos führt der Staat bewusst herbei; so werden Kriminelle gezielt freigelassen, um zu plündern. Polizei wird dann dort abgezogen. Dagegen bewaffnet sich zunehmend das Volk selbst. Vor allem Jugendliche bilden Bürgerwehren in den Stadtteilen, viele Frauen sind aktiv dabei, aber auch die teils gut organisierten Arbeiter. Am Samstag begann ein unbefristeter Streik in Suez.

Ausgehend von Tunesien befindet sich der ganze südliche Mittelmeerraum in einem Prozess, der das Potential zur länderübergreifenden revolutionären Gärung hat. Das zeigt mal wieder, wie rasch sich etwas entwickeln kann, wenn die Zeit dafür reif ist: Jahrzehntelang herrschte scheinbar völlige Ruhe und keinerlei Bewegung, doch auf einmal geht alles ganz schnell. Das macht auch Mut für die notwendigen Veränderungen hierzulande! In Tunesien wurde Despot Ben Ali bereits davongejagt, in Ägypten wartet das gleiche Schicksal auf Mubarak – und bei uns? Über 40.000 Menschen waren am Samstag in Stuttgart wieder gegen „S21“ auf der Straße. Sie riefen: „Wir lassen uns nicht wegschlichtern“, „Wir sind wieder da“ und „Die Mappusconis aus dem Land treiben wie in Tunis!“

Der zwischenzeitliche Versuch in Stuttgart, den Staatsapparat als friedlich erscheinen zu lassen, wurde wieder aufgegeben. Der Wolf frisst nicht mehr Kreide, sondern zeigt die Krallen. Am letzten Dienstag wurde ohne Vorwarnung mit massiver Polizeigewalt gegen friedliche Nordflügel-Blockierer vorgegangen. 40 wurden mit Gewalt verhaftet, Hunderte in einen Kessel zusammengetrieben, wo sie bei null Grad zwei Stunden ausharren mussten. Letzte Woche wurde bekannt, dass der Staatsapparat sieben Jahre lang den englischen Spitzel Mark Kennedy alias Stone in die linke Szene eingeschleust hatte. Er galt als besonders aktiv und wurde in Heiligendamm beim G8-Gipfel wie auch bei „S21“ eingesetzt. Besonders widerwärtig ist die Beschlagnahme der Spendendose bei der letzten Stuttgarter Montagsdemo. Zwei Mannschaftswagen wurden eingesetzt, das Vorgehen der Beamten war gewaltsam. Die dürftige Begründung lautete, die Sammlung sei

nicht beantragt und genehmigt gewesen. Welche Angst müssen die Herrschenden haben, wenn sie zu solchen Mitteln greifen? Weg mit dem Lügenpack!

Wolfgang Lange (MLPD)

Der Massenprotest gegen „Stuttgart 21“ geht weiter!

Zum Erstaunen der „Stuttgart-21“-Befürworter kamen 40.500 Teilnehmer zur ersten Großdemo im neuen Jahr an den Hauptbahnhof. Alle Redner forderten einen sofortigen Baustopp des Wahnsinnsprojektes. Zur großen Überraschung fuhr ein Wasserwerfer auf, der aber von den „S21“-Gegnern für die Demo umgebaut worden war. Das Fahrzeug stammte aus dem Jahr 1968. Viele Demonstranten fielen wieder durch ihre kreativen Protestplakate auf. Mit meinem neuen Transparent „Keine A94 durch das Isental“ habe ich seitens der Demonstranten viel Interesse geweckt. Mit einem Hubschrauber wollte die Polizei die Demostärke schätzen, doch ihr Flug während der Redezeit war sehr provokant. Da die Polizei den Widerstand unterschätzt hatte, war die Route schlecht abgesteckt, sodass die Hälfte der Demonstranten auch abgesperrte Teile der Hauptverkehrsstraßen für ihren Protestweg in Anspruch nahm. Verstärkte Präsenz zeigte die Polizei am Landtag und an der CDU-Zentrale. Zu größeren Vorkommnissen kam es am Samstag nicht.

Ich war an diesem Tag ohne Verspätung, dafür eine Stunde früher in Stuttgart eingetroffen. Am Vormittag übergab ich eine Kleider- sowie eine größere Lebensmittelspende an die Parkwächter, die auch von Baumschützern unterstützt werden. Einige hängten im Bereich des Nordflügels an den Bäumen selbstgemachte Vogelhäuschen für den Artenschutz auf. Nach der Demo traf ich mich mit fast zwei Dutzend Parkschützern, die ich bisher nur aus dem Forum kannte. Um 19 Uhr führten wir im Schlosspark einen Schwabenstreich durch. Es ist für „auswärtige“ Parkschützer ein schönes Gefühl, wenn aus allen Ecken und Straßen der Stadt der Protest zu hören ist!

Beim Schwabenstreich kam auch das Zugunglück im sachsen-anhaltinischen Oschersleben zur Sprache. Da wird am Zugbeeinflussungssystem gespart, um irrsinnige Prestigeprojekte zu bauen, und die Sicherheit der Bahnkunden bleibt auf der Strecke! So ist es eine große Heuchelei seitens der Regierung Merkel, den Menschen „tiefstes Bedauern“ auszusprechen, wenn man auf der anderen Seite für den Wahnbahnhof „Stuttgart 21“ durchsetzen will. Das Auftreten von Peter Ramsauer am Unfallort ist geradezu eine Beleidigung der Toten: Er „bedauert“ das „Unglück“, lässt aber dem wahnsinnigen Bahnchef freie Hand beim Tiefbahnhofsbau!

Ich möchte zum Schluss den Dank und herzliche Grüße aus Stuttgart überbringen. Ein Dankeschön auch an alle Spender der heutigen Sammlung! Ich bin gerührt, dass dieser Betrag zusammengekommen ist. Das Geld wird für Lebensmittel verwendet. Die Spendenbereitschaft seitens der Montagsdemonstranten sollte anderen als Beispiel dienen, die Parkschützer zu unterstützen! Oben bleiben!

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

315. Bremer Montagsdemo am 07. 02. 2011

Merkels „geniale Idee“: Alles Mögliche bekakeln – außer einer realitätsgerechten Regelsatzbemessung!

1. Zweihunderttausend neue Darlehen im Jahr 2010 belegen eindeutig, dass der monatliche Regelsatz für Hartz-IV-Betroffene viel zu niedrig ist, dass er für das Allernötigste nicht ausreichen kann, geschweige denn sich davon etwas ansparen ließe. Jeder einzelne Cent wird mehrmals zur Sicherung des Lebensunterhaltes umgedreht und wehe, wenn der Kühlschrank oder die Waschmaschine den Geist aufgibt, wenig später vielleicht auch noch der Herd! Den Transferleistungsbeziehern bleibt dann gar nichts anderes übrig, als massenhaft Schulden bei den Jobcentern zu machen. Mit Hunderttausenden von Darlehen im Bestand avanciert die Bundesagentur für Arbeit nun praktisch zu einer Art „Bad Bank“ für Arme.

Bei der von der Bundesregierung anvisierten „Erhöhung“ des Regelsatzes von lachhaften fünf Euro kann es sich nur um einen schlechten Scherz handeln, weil dann am Ende des Geldes noch immer ganz viel Monat übrig bleiben wird. Auch das „Erwerbslosenforum Deutschland“ mahnt die Vertreterinnen und Vertreter von Regierungskoalition und Opposition im Vermittlungsausschuss an, endlich für Einkommen zu sorgen, aus denen alle Menschen tatsächlich ihre Grundbedürfnisse bestreiten können. Das sogenannte Beschäftigungswunder geht allerdings mit einer erschreckenden Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen, Leiharbeit und nicht existenzsichernder Teilzeitarbeit einher. Ein gesetzlicher Mindestlohn, von dem zumindest alleinstehende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leben können, ohne auf ergänzendes Hartz IV angewiesen zu sein, ist schon lange überfällig! Bedarfsberechnungen des „Erwerbslosenforums“ haben schon

seit 2006 ergeben, dass der Satz bei alleinstehenden Hartz-IV-Beziehern mindestens 500 Euro betragen müsste.

Nach ernährungswissenschaftlichen Berechnungen fehlen im Hartz-IV-Regelsatz täglich mehr als 2,60 Euro (im Monat 80 Euro) für eine halbwegs gesunde und ausgewogene Ernährung. Wie kann es sein, dass die Vergiftung von Lebensmitteln zum öffentlichen Skandal wird, die staatlich verordnete Mangelernährung einer ganzen Bevölkerungsgruppe hingegen nicht? Die Initiative fordert zudem, auf die geplanten Verschärfungen der Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende zu verzichten. In der letzten Zeit zeigte sich die fragwürdige Praxis der Sanktionen vermehrt bei schwangeren Frauen, indem durch Kürzungen um hundert Prozent bei den werdenden Müttern auch ein Angriff auf die Unversehrtheit des Lebens ihrer Ungeborenen vollzogen wurde. Diese Frauen wurden zu Unrecht sanktioniert, aber die Jobcenter korrigierten ihre Fehler nicht freiwillig. Hier tobt sich das willkürliche Hartz-IV-System so richtig aus! Besonders oft sind auch Unterfünfundzwanzigjährige von den entrechtenden und entwürdigenden Sanktionen betroffen. Mir stellt sich die Frage, wie sie ohne Geld für Miete und Lebensunterhalt – und ohne wenigstens Lebensmittelgutscheine zu bekommen – drei Monate überleben können sollen, ohne dabei kriminell zu werden! Forumssprecher Martin Behrsing fordert, dass diese Sanktionen endlich ausgesetzt werden müssen.

2. Weil offenbar auch viele Arbeitsagenturen bei den Hartz-IV-Regelungen nicht mehr durchblicken, wird Erwerbslosen so die Chance geboten, als Jobcenter-Schriftgelehrter zu fungieren. Weil extrem viele Hartz-IV-Bescheide fehlerhaft seien und fast jeder zweite Hartz-IV-Bezieher irgendwann klage, lobte der „Deutsche Arbeitgeberverband“ die Hartz-IV-Regelungen als „großartigen Jobmotor“ und „Konjunkturanschubhilfe ersten Ranges“. Hartz IV scheint wahrhaft Schwung auf den Arbeitsmarkt zu bringen, denn es müssen nicht nur mehr Richter, Staatsanwälte, Sekretärinnen und Prozessdiener eingestellt werden, sondern auch die Rechtsanwaltskanzleien müssen zusätzliches Personal beschäftigen. Es steht natürlich außer Frage, dass auch die Betroffenen ihre Situation positiv beurteilen. Angeregt durch fehlerhafte Bescheide der jeweiligen Jobcenter überlegen sich nun viele Hartz-IV-Bezieher, ein Jura-Fernstudium aufzunehmen.

Schon heute sind die Mitarbeiter von Arbeitsagenturen auf die **Beratung** durch erfahrene Hartz-IV-Bezieher angewiesen, da sie die Regelungen sonst kaum begreifen. Wenn sich so viele Hartz-IV-Bezieher überlegen, ein Fernstudium aufzunehmen, können sie gar nicht so bildungsfern sei, wie ihnen landläufig unterstellt wird, bloß werden sie sich von den kargen Regelsätzen kaum die anfallenden zusätzlichen Kosten für ein Fernstudium leisten können. In Ermangelung einer Erwerbstätigkeit müssen sie dann weiter damit Vorlieb nehmen, ihren Fallmanagern zum Beispiel die Lehr- und Praxiskommentare zum Sozialgesetzbuch II für die Grundsicherung von Arbeitsuchenden wie die von Prof. Dr. Johannes Münder wohlwollend und hilfreich zu erläutern. Damit muss Hartz IV als Erfolgsmodell

bezeichnet werden, weil dadurch bald Tausende sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden können. Schon jetzt entstehen ganz neue Berufe mit großen Perspektiven wie Behördendeutsch-Dolmetscher oder Anfechttrainer. Ja, Hartz IV, das hat doch was: Es kreiert Karrieren mit langfristiger Perspektive!

3. Die **Arbeitslosenstatistik** ist offenbar noch falscher als bisher angenommen, weil viele Ältere durch sie nicht erfasst werden. Die Zahl der Hartz-IV-Bezieher ab 58 Jahren, die nicht mehr von der Arbeitsvermittlung geführt werden, stieg nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit von 2009 auf 2010 um 33.094 auf 86.172. Das sogenannte Jobwunder scheint durch und durch eine Beschubserei zu sein, wenn so mir nichts, dir nichts Erwerbslose ab einer bestimmten Altersgrenze aus der Vermittlung herausfallen, sobald sie ein Jahr lang kein Jobangebot mehr erhalten haben. Das dürfte viele betreffen, die das „Verfallsdatum“ von 35 Jahren überschritten haben! Um der Bundesagentur die Mogelei bei der Aufhübschung der Arbeitslosenstatistik zu versalzen, sollten anstelle nur bestimmter Erwerbsloser ausnahmslos *alle* Hartz-IV-Bezieher gezählt werden! Dann wäre der Blick auf die tatsächliche Arbeitsmarktsituation unverzerrt. Das bedeutet aber nicht, dass Ältere vermehrt als „Arbeitsförderung“ mit Verfolgungsbetreuung durch sinnlose und entwürdige Maßnahmen „aktiviert“, sprich: drangsaliert werden sollen!

4. Sieh an, auch bei den Bundesbehörden verdoppelte sich die Zahl der Leiharbeiter innerhalb von zwei Jahren: Waren 2008 noch 771 Stellen in Ministerien und nachgeordneten Behörden mit Zeitarbeitern besetzt, stieg ihre Zahl 2010 auf 1.593. Die meisten Leiharbeiter finden sich beim Bundesministerium der Verteidigung. So etwas fällt nicht wie ein Naturereignis vom Himmel, sondern wurde von Politikern in die Wege geleitet! Die Bundestagsabgeordnete der „Linken“, Sabine Zimmermann, bringt es auf den Punkt, indem sie der Bundesregierung vorwirft, nicht anders als ein privater Unternehmer auf Kosten der Beschäftigten Geld sparen zu wollen. Der Verteidigungsminister gerät in Erklärungsnot, warum sein Ministerium so außerordentlich viele Leiharbeiter einsetzt, weil dabei eine Haushaltsschummelei ans Tageslicht gezerrt werden könnte: Die Leiharbeiter wurden wohl vor allem als Krankheits- und Urlaubsvertretung, bei Arbeitsspitzen und zur Überbrückung von Nachbesetzungen eingestellt worden. Es verwundert mich nicht, dass das schwarz-gelbe Gruselkabinett in dieser Beschäftigungsform offenbar kein Problem sieht und lapidar daherträllert, **Zeitarbeit** könne auch künftig „sachgerecht und erforderlich“ sein. Solche Auswüchse können sich auch nur so beharrlich manifestieren, wie es immer noch keinen Mindestlohn und nicht zwingend gleichen Lohn für gleiche Arbeit gibt!

5. Das Landgericht Köln setzte den sogenannten **Tagessatz** für einen Hartz-IV-Bezieher nun mit fünf Euro fest, was deutlich weniger ist, als sich rechnerisch ergeben müsste. Dem Angeklagten standen ein monatlicher Grundbedarf von 323 Euro und 141,55 Euro für Wohn- und Heizkosten zur Verfügung. Um den Tages-

satz zu ermitteln, wird normalerweise das Nettoeinkommen durch 30 geteilt. Bei Einnahmen von insgesamt 464,55 Euro hätte der Tagessatz des Angeklagten an sich 15,48 Euro betragen. Weil das Landgericht Köln jedoch sieht, dass niedrige Einkommen das Existenzminimum garantieren, wollen sie dies auch wahren. Bei Menschen, die derart niedrige Einkommen haben wie Sozialhilfebezieher, führt die schematische Anwendung des Nettoeinkommensprinzip in der Regel zu einer unvertretbar starken Belastung des Täters, sodass ein Tagessatz festzusetzen ist, der unter dem Dreißigstel des monatlichen Nettoeinkommens liegt. Schade, dass nicht alle Richter so menschlich urteilen wie hier geschehen! (Urteil vom 7. Oktober 2010, Aktenzeichen 156 Ns 49/10)

6. Der „Wirtschaftsweise“ Wolfgang Franz forderte am vergangenen Wochenende die Wiedereinführung von Jobs wie Schuhputzer, Tankwart oder Tütenpacker im Supermarkt, um die Zahl der Arbeitslosen zu reduzieren. Diese könnten auch morgens frische Milch oder Brötchen ausfahren und für ältere Menschen Einkäufe erledigen. Franz forderte einfache Arbeitsplätze für Geringqualifizierte, wie sie die Unternehmen in den vergangenen Jahren wegen zu hoher Lohnkosten abgebaut haben. Doch diese könnten ja jetzt mit niedrigeren Löhnen wieder aus der Versenkung geholt werden! Dass es sich davon ganz bestimmt nicht leben lässt, scheint Franz wenig zu stören, weil ja mit ALG II – auf Kosten der Steuerzahler – „aufgestockt“ werden kann. Es ist eine bodenlose Frechheit, davon auszugehen, dass Menschen größtenteils deswegen arbeitslos werden, weil es ihnen an Bildung mangele!

Die ganzen Firmenpleiten sprechen eine andere Sprache: Es sind kaum private Handicaps, die zu Erwerbslosigkeit führen, sondern es gibt nicht genügend bezahlte Arbeitsplätze für alle! Mit der Arroganz der Satten gibt er sich damit zufrieden, dass diese Beschäftigten dann wenigstens einen „bescheidenen Lebensunterhalt“ bestritten und sie damit in den Arbeitsmarkt „integriert“ wären. Franz hält das für wesentlich besser, als diese Menschen in der Arbeitslosigkeit zu belassen. Ora et labora! Ich glaube, Wolfgang Franz hat da etwas ganz Entscheidendes verwechselt: Es darf nicht darum gehen, um jeden Preis zu arbeiten und angeblich im Arbeitsmarkt mit einem schändlichen Dumpinglohn „integriert“ zu sein, sondern es geht um Arbeit, die die entwürdigenden, drangsalierenden Behördenbesuche unnötig macht und und die Betroffenen an der Gesellschaft teilhaben lässt! Alles andere ist Augenwischerei und soll nur die Zahl der Arbeitslosen beschönigen. („Weser-Kurier“ vom 5. Februar 2011)

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Die Linke“ rät zu Massenklagen: Sozialgerichte werden gezwungen sein, die tatsächliche Höhe des Regelsatzes zu berechnen, die deutlich über 400 Euro liegt *(„Junge Welt“)*

Elterngeldanrechnung nicht klaglos hinnehmen!

Es eilt! Stellen Sie schnell Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X gegen rechtswidrige alte Bescheide! Zurzeit ist dies vier Jahre rückwirkend möglich, also ab 1. Januar 2007. Wenn die Hartz-IV-Gesetzesänderung verabschiedet ist, verbleibt dafür nur noch ein Jahr! Näheres dazu habe ich in den vergangenen Wochen ausgeführt.

Außerdem sollte es nicht klaglos hingenommen werden, wenn Elterngeld auf den Regelsatz angerechnet wird. Das Arbeitslosenprojekt „Tuwas“ der Fachhochschule Frankfurt hat hierzu eine Musterklage entwickelt. Beim Elterngeld werden Erziehende und Kinder je nach sozialem Status unterschiedlich behandelt. Das ist politisch ein Skandal und kann auch verfassungswidrig sein!

Die Initiative will aber ausdrücklich nicht die Erwartung wecken, schnell höhere Leistungsansprüche für Betroffene erreichen zu können. Ulrich Stascheit, einer der Urheber, schreibt dazu: „Wie stets gibt es keine Garantie, dass ein Sozialrichter die Sache dem Bundesverfassungsgericht vorlegt, und erst recht keine, dass dieses die Anrechnung des Elterngeldes aufs ALG II kippt. Aber einen Versuch, diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen, sie jedenfalls nicht mit dem Mantel des Schweigens zuzudecken, ist es allemal wert.“

Hans-Dieter Binder kandidiert für „Die Linke“
zur Bremischen Bürgerschaft (Platz 18)

Neoliberale Lügen mit Rosa Luxemburg verbrämen?

Liebe Freundinnen und Freunde, ihr werdet euch vielleicht fragen, was mich dazu veranlasst, mich mit dem „Forum Demokratischer Sozialismus“ und seinen „13 Thesen zum Entwurf des Programms der Partei ‚Die Linke‘“ auseinanderzusetzen. Das „Forum“ beruft sich gern auf Rosa Luxemburgs politische Aussagen und Handlungsweisen – nur nicht in ihrem Geiste! Sie wird als „Reformerin“ bezeichnet, die sie nie war. Sie trat immer für die *Beseitigung* der kapitalistischen Besitz-

verhältnisse ein. Unter der „Freiheit der Andersdenkenden“ verstand sie niemals, dass reaktionäre Kräfte ungehindert die Öffentlichkeit mit *Lügen* der neoliberalen Denkfabriken, wie sie von der Bertelsmann-Stiftung ausgehen, beeinflussen können, sondern dass es zu einem Gedankenaustausch von unterschiedlichen *fortschrittlichen* und *revolutionären* Gruppen untereinander kommt!

Auch sieht das „Forum Demokratischer Sozialismus“ nicht, dass die Eigentumsfrage gestellt gehört, was konkret die Enteignung des Privateigentums an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln bedeuten würde. Nur reicht dies nicht aus, um gesellschaftliche Unterdrückung zu beseitigen, die aus den vorkapitalistischen, feudalen und patriarchalen Sklavenhaltergesellschaften herrührt. Die Eigentumsfrage zu stellen, ist eine Grundvoraussetzung. Wer diese nicht stellt und beseitigt, kann nicht beginnen, sich von der ausbeuterischen Gesellschaft zu befreien!

Auch wenn die demokratische Mitsprache in den ehemaligen Ostblockländern nicht existierte, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass „Montanmitbestimmung“ und „Mitbestimmung in Aufsichtsräten“ nicht funktionieren, da die Interessen der Konzerne, der Kapitaleigner geschützt werden und die offiziellen Vertreter(innen) der Beschäftigten gezwungen sind, *gegen* die ureigensten Interessen der Beschäftigten abzustimmen. Also ist dieses System fehlerhaft, mangelhaft und unglaubwürdig!

Es ist an der Zeit, sich von der „Reformierbarkeit“ des Kapitalismus zu verabschieden, und dafür einzutreten, dass „demokratischer Sozialismus“ einen radikalen Bruch mit dem Eigentum-Geld-System bedeutet. Wenn das ernst gemeint ist, wäre eine radikale ökologische Umstellung der Lebensverhältnisse herbeizuführen. Dies bedeutet die Neudefinierung von gesellschaftlichem Leben. Es gilt, Abschied zu nehmen von der Überhöhung der Arbeit, Schluss zu machen mit der Einteilung in Erwerbs-, Reproduktions- und „ehrenamtlicher“ Arbeit. Es bedeutet, sich für sinnvolle Tätigkeit einzusetzen! Es bedeutet weiterhin, Abschied zu nehmen vom Leistungsprinzip. Dieser Prozess schließt eine Überwindung der patriarchalen Rollenverhältnisse mit ein. Eine Zehnstundenwoche ist nur möglich ohne eine Eigentums-Geldwirtschaft!

Im Programm des „Forums“ ist zu lesen: „Die Haltung zur Nato muss beispielsweise berücksichtigen, dass mit dieser Institution in über 20 Mitgliedsstaaten Bevölkerungsmehrheiten ihr Sicherheitsbedürfnis verbinden. Hier gilt es also, erst einmal Alternativen und überhaupt Verständnis zu schaffen.“ Es kann keinen Frieden *mit* der Nato geben, denn sie ist ein imperialistisches Bündnis, das die Aufgabe hat, die Rohstoffe und die Macht des globalen Kapitalismus zu sichern. Es ist abzulehnen, aus Gründen der „Regierungsfähigkeit“ der Partei der „Linken“ dem Erhalt der Nato zuzustimmen!

„Während der Programmentwurf kaum Akteure benennt, sehen wir die Uno in zentraler Funktion für Friedenssicherung und Konfliktbearbeitung. Worin die geeigneten Instrumente zur Bearbeitung der damit verbundenen Herausforderungen bestehen und welche Ressourcen dafür vorhanden sind, ist noch zu klären. Ausgehend von einer potentiellen Friedfähigkeit des Kapitalismus ist es unseres Erachtens wichtig, die Vision einer friedlichen Welt ohne Gewalt in internationalen Beziehungen durch konkrete Auseinandersetzungen um fair gesteuerte Globalisierung und politisch kooperative Ordnungsmuster zu unterstützen. Es geht darum, schrittweise und im breiten Bündnis mit entsprechenden Kompromissen endlich dem geschaffenen Rechtsrahmen umfassend Geltung zu verschaffen, im multinationalen Rahmen Konfliktursachen zurückzudrängen, Institutionen für kooperative Problemlösungen zu stärken und sozial wie ökologisch nachhaltige Entwicklungen anzustreben. Dazu ist eine ehrliche Analyse auch von Widersprüchen und Bedürfnissen innerhalb der internationalistischen Linken erforderlich."

In der Tat ist eine „ehrliche Analyse der Widersprüche und Bedürfnisse" innerhalb der internationalen Linken erforderlich. Diese Analyse würde aber wahrscheinlich zu dem Ergebnis kommen, dass das „Forum Demokratischer Sozialismus" keine linke Politik im Geiste von Rosa Luxemburg weiterführt! Die Uno wird zum großen Teil von der imperialistischen Machtpolitik der USA und EU bestimmt, und sie führt keine Politik des Friedens aus. Von der „Friedfähigkeit des Kapitalismus" auszugehen, bedeutet, nicht die innere Triebfeder seines kriegerischen Handelns in der Welt zu erkennen. Sie besteht aus Wachstumszwang und Gier nach Profit! Es wäre fatal für die internationale Linke, wenn sie dies nicht erkennen würde. Dies beinhaltet, sich für die Auflösung der Nato, für die Abschaffung der Armeen und der Ausbeuterverhältnisse sowie die Beseitigung des Kapitalismus und der Eigentumsverhältnisse einzusetzen!

Auch wenn der alte Imperialismusbegriff überholt ist, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Imperialismus in Form des globalen Kapitalismus weiterregiert. Die alten Kolonialmächte führen zwar keine Weltkriege mehr, aber sie arbeiten in Militärbündnissen unter der Führungsmacht USA zusammen. Deutschland will in der EU die Führungsrolle einnehmen, um den USA die Führung streitig zu machen. Es gibt innerhalb der imperialistischen Staaten Konflikte um die Führungsrolle in der Welt. Diese führen jedoch nicht dazu, dass sie einen imperialistischen Krieg gegeneinander führen. Sie arbeiten als „Bündnispartner" zusammen, um die Länder der „Dritten" und „Vierten Welt" ökonomisch und ökologisch auszuplündern. Reicht das nicht aus, wird Militär in aller Welt, getarnt als „Friedensmission", eingesetzt. So gibt es heute den neoliberalen Kolonialismus, der zu Verschuldung, zu massiver Verarmung und zum Tod von Millionen Menschen führt!

„Von der kapitalistischen Gesellschaft irgendwelche Friedenstendenzen zu erhoffen und im Ernst auf sie bauen, wäre für das Proletariat die törichteste Selbsttäuschung, der es anheim fallen könnte", sagte Rosa Luxemburg 1911 zum

Marokko-Zwischenfall, der noch nicht zum ersten imperialistischen Weltkrieg führte, aber die immerwährenden systembedingten Kriegstendenzen deutlich machte.

Rosa Luxemburgs Worte sind in ihren Kernaussagen noch heute gültig, und die „Friedensmissionen“ widersprechen ihnen, da ein Weltfriede nur ohne Eigentum, Geldwirtschaft und Ausbeutungsverhältnisse zu verwirklichen ist. Das heißt nicht, dass nur eine Utopie einer gerechten Gesellschaft möglich ist, sondern mehrere neue Utopien sind nebeneinander möglich, um einen „Stalinismus“, der seine Vorbilder im Zarismus und Frühkapitalismus hatte, zu verhindern. Ein geschichtlicher Fehler ist es allerdings, „Stalinismus“ mit Faschismus gleichzusetzen. Das „Forum demokratischer Sozialismus“ gibt vor, im Geiste Rosa Luxemburgs zu handeln, nur geschieht leider das Gegenteil. Darauf möchte ich mit meinem bescheidenen Beitrag hinweisen, mehr nicht.

Bettina Fenzel (Neumitglied der Linkspartei)

Mubarak hat genug Geld beiseite geschafft, um seine Krebsärzte daheim zu bezahlen: Wenn jemand medizinische Behandlung in Deutschland verdient hat, dann sind es die Opfer von Prügel und Folter, aber nicht der in letzter Instanz dafür Verantwortliche *(„Spiegel-Online“)*

Forschungsmittel ablehnen, die Rüstungszwecken dienen können!

Gegen Rüstungsforschung und Stiftungsprofessuren an der Bremer Universität haben sich 63 zum großen Teil pensionierte Hochschullehrer(innen) und Wissenschaftler(innen) in einer öffentlichen Erklärung ausgesprochen. Sie wurde am 1. Februar auf einer Pressekonferenz des „Bremer Friedensforums“ vorgestellt und löste einen erheblichen Medienwirbel aus. In der Erklärung sorgen sich die Unterzeichner im 40. Gründungsjahr der Uni um die Freiheit von Forschung und Lehre und mahnen völlig zu Recht die einst selbst gegebene Zivilklausel an. Diese wurde 1986 vom Akademischen Senat beschlossen und ist 1992 erneuert worden. Darin werden die Mitglieder der Universität aufgefordert, „Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können“.

Was die Uni jetzt noch von der Zivilklausel hält, zeigte sich im November letzten Jahres. Damals informierte sie über die Einrichtung einer Stiftungsprofessur für Weltraumtechnologie, die in den nächsten zehn Jahren zu gleichen Teilen

durch das Rüstungsunternehmen OHB und das „Zentrum für Luft- und Raumfahrt“ (DLR) finanziert wird. Im scharfen Gegensatz zur Zivilklausel bedeuten Lehrstühle dieser Art eine schleichende Militarisierung vieler Fachbereiche und damit letztlich der gesamten Universität! Mitunterzeichner Professor Rudolph Bauer stellte auf der Pressekonferenz zutreffend fest, dass die von der Wirtschaft finanzierten Lehrstühle ein Einfallstor seien, um sich die Universitäten dienstbar zu machen.

In der Erklärung heißt es wörtlich: „Im Fall der Stiftungsprofessur für Weltraumfahrt-Technologie erscheint uns die Abhängigkeit von der Wirtschaft besonders problematisch, weil der Stifter, das Bremer Unternehmen OHB, mit der Rüstungsproduktion seinen wirtschaftlichen Aufstieg genommen hat und dem Geschäft im militärischen Bereich eine zunehmend große Bedeutung beimisst. Eine derartige Stiftungsprofessur setzt die Freiheit von Forschung und Lehre aufs Spiel und widerspricht dem Geist der Gründung der Universität sowie dem Auftrag einer Friedensforschung, die nicht der Gefahr der Rücksichtnahme auf privatwirtschaftliche Spender ausgesetzt sein darf.“

Statt Mittelkürzungen und Stiftungsprofessuren fordern wir von der Montagsdemo wieder eine staatliche Vollfinanzierung der Universitäten! Außerdem erneuern wir unsere Forderung: Richtet endlich einen Lehrstuhl für Rüstungskonversion und Friedensforschung ein!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Die globale Klimakatastrophe rückt immer näher

Jeden Tag sehen wir im Fernsehen Bilder von verheerenden Naturkatastrophen. Der Wirbelsturm „Yasi“ – mit der höchsten Sturmstärke fünf und fast so groß wie ein Viertel des australischen Kontinents – ist in einer breiten Schneise über das Land hinweggezogen und hinterließ Chaos und Vernichtung. Das ist die dritte Umweltkatastrophe, die Australien innerhalb eines Jahres trifft, nach den Riesenwaldbränden vor ein paar Monaten und den verheerenden Überschwemmungen vor Kurzem. Eine wesentliche Ursache dieses stärksten Sturms in der Geschichte Australiens ist die seit Jahren ansteigende Temperatur des Pazifiks. Die Meeresoberfläche war in den vergangenen Monaten teilweise mehr als zwei Grad wärmer als im lang-

jährigen Mittel. Je höher die Wassertemperatur des Ozeans, desto stärker ist die Gewalt des Sturms.

Zeitgleich tobte ein massiver Blizzard über weiten Teile der USA und Kanadas, mit heftigen Schneefällen, Hagel, Eis, orkanstarken Winde und dazu sibirischer Kälte. Die 3.200 Kilometer lange Sturmfront erstreckt sich über fast die Hälfte der US-Bundesstaaten. Ein Drittel des Landes ist unter einer eisigen Schneedecke verschwunden. Insgesamt sind rund 100 Millionen Menschen von den Unwettern betroffen. Aus vielen Staaten werden Stromausfälle gemeldet. Die Menschen decken sich mit Lebensmitteln ein. „Dies ist ein lebensbedrohender Sturm“, warnte der Nationale Wetterdienst der USA, „ein Sturm, wie wir ihn seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen haben“.

Seit mehr als einem Monat führen auch heftige Niederschläge auf den Philippinen zu katastrophalen Zuständen. Rund zwei Millionen Menschen haben ihre Bleibe und Lebensgrundlage verloren. Mindestens 75 Menschen kamen bisher ums Leben. Erst vor wenigen Wochen verzeichnete Brasilien die stärksten jemals aufgezeichneten Regenfälle, die 800 Todesopfer forderten. Regionale Umweltkatastrophen nehmen in den letzten Jahren beschleunigt zu, seien es gigantische Feuersbrünste wie in Australien oder Russland, alles verschlingende Überschwemmungen oder extreme Witterungsschwankungen.

Der Übergang in eine globale Umweltkatastrophe schreitet immer schneller voran. Dabei stellt das alles bloß einen Vorgeschmack auf das dar, was in der nächsten Zeit auf die Menschheit zukommt, denn wir erleben heute im Wesentlichen nur die Auswirkungen des Kohlendioxidausstoßes von vor 30 Jahren. Durch die internationalen Großkonzerne wird insbesondere durch die Verbrennung fossiler Energien die künstlich erzeugte rasante Erderwärmung ungebremst vorangetrieben. Von 1990 bis 2009 stieg der Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre um 37 Prozent. 2001 bis 2010 war das wärmste Jahrzehnt seit der Temperaturaufzeichnungen. Die Eisdecke in der Arktis ist im Dezember 2010 so stark geschmolzen wie nie zuvor.

Die gesamte Produktionsweise unter dem Takt der 500 führenden internationalen Übermonopole funktioniert nur noch in Einheit mit einer gewaltigen Zerstörungskraft, die die Lebensgrundlagen auf der Welt ruiniert. Die Regierungen der Länder mit den Hauptverursachern widersetzen sich selbst kleinsten wirksamen Maßnahmen. Der Schutz der Milliardenprofite der „eigenen“ Großkonzerne beim Feilschen um Konkurrenzvorteile auf dem Weltmarkt ist für sie oberstes Gebot. „Die Menschheit befindet sich vor einer großen Entscheidungsfrage: den Weg des Kapitalismus, der Plünderung und des Todes fortsetzen oder den Weg der Harmonie mit der Natur und der Achtung vor dem Leben einschlagen“ – das erklärt die „Weltkonferenz der Völker“, die mit 35.000 Teilnehmern aus 140 Ländern im bolivianischen Cochabamba stattfand.

Es ist noch nicht zu spät, die Umwelt zu retten. Aber das erfordert den Aufbau einer starken, internationalen Widerstandsfront und eine breite Diskussion über gesellschaftliche Ursachen und Perspektiven. Evo Morales, der Präsident Bolivi-

ens, trifft den Nagel auf den Kopf: „Entweder der Kapitalismus stirbt oder die Mutter Erde!“ Wer sich für die Rettung der Umwelt engagieren möchte, kann sich an den 15 **Demonstrationen** zum 25. „**Tschernobyl-Tag**“ am **25. April 2011** beteiligen und auch den 2. „Internationalen **Umweltratschlag**“ am **8. und 9. Oktober 2011** in **Bottrop** vormerken.

Harald Braun

Merkel, Mappus, Mubarak – alle in denselben Sack!

Wolfgang Franz, Vorsitzender der „Wirtschaftsweisen“, fordert mehr Billigjobs, zum Beispiel Schuhputzer, Einkaufstütenfüller oder Tankstellenhelfer. Diese Jobs sind leider weggefallen, da zu teuer. Deswegen will Franz sie für niedrigste Löhne wieder auferstehen lassen. Weil man von denen nicht leben kann, empfiehlt er das „Aufstocken“. Das zeigt, welch Geist hinter dem Chefberater der Regierung in Wirtschaftsfragen steht: Arbeiter versklaven! Arbeitsdienst! Wer sich weigert, Schuhe zu putzen: Sperre!

Wir halten dagegen: Weg mit Zwangsarbeit! Weg mit Ein-Euro-Jobs! Weg mit Niedrigstlöhnen! Für zehn Euro Mindestlohn und 500 Euro ALG II als Sofortmaßnahme! Und den Beschiss mit der Arbeitslosenstatistik kennen wir schon lange. Das „Jobwunder“ besteht in Wahrheit aus Billiglöhnen, Zeit- oder Leiharbeit. Inzwischen kommt noch ein Trick dazu: Wer als Arbeitslose(r) 58 oder älter ist und seit einem Jahr kein Vermittlungsangebot erhalten hat, wird ausgesteuert. 2009 waren das 33.094 Menschen, 2010 schon 86.112 – fast dreimal so viele.

Derweil geht der Widerstand gegen „Stuttgart 21“ weiter. Diese Woche soll zu nächtlicher Stunde mit „Baum-Umpflanzungen“ begonnen werden, aber dagegen machen die Parkschützer mobil! Jetzt ist auch im Gespräch, Husni Mubarak in Deutschland Asyl zu gewähren. Der soll zum Teufel gehen, und Merkel, Mappus, Westerwelle kann er gleich mitnehmen! Sie alle haben panische Angst vor wirklicher Volksherrschaft. Stopp der deutschen und internationalen Unterstützung für Mubarak! Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen an Ägypten und andere reaktionäre Regimes!

Angesichts des Volksaufstands in Ägypten wollen USA und europäische Regierungen einen „geordneten Übergang“. Dabei hat Vize Suleiman genauso wie

Mubarak seine militärische Elite-Ausbildung in den USA bekommen und beste Kontakte zur CIA. Das ist nicht, wofür die Massen auf die Straße gehen! Seit 31 Jahren sind in Ägypten „Notstandsgesetze“ in Kraft. Auch wenn sich das Militär momentan relativ zurückhält, sehen Offiziere und Präsidentengarde die Aufrechterhaltung der bestehenden Ausbeuterordnung als oberste Aufgabe. Die Staatsmaschinerie muss zerschlagen werden, sie kann nicht einfach übernommen werden! Das hat die Geschichte schon tausendmal gelehrt. Hoch die internationale Solidarität!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Wollt ihr den totalen Abriss“: Oberbürgermeister Schuster will Gegner von „Stuttgart 21“ mundtot machen *(„Buntgrau“)*

„Stalinismus“ ist ein antikommunistischer Kampfbegriff: Warum setzen sich Linke in ein Kampagnenboot mit der „Bild“-Zeitung? *(„Junge Welt“)*

„Paritätischer Wohlfahrtsverband“ rät zu Massenklagen: Es geht nicht bloß um fünf oder elf Euro mehr *(„Bild“-Zeitung)*

Es können kaum meine Freunde sein, die sich vom Protest gegen Hartz IV verabschiedet haben

1. Uwe K. Dresner, der Koordinator des „Forums demokratischer Sozialismus Nordrhein-Westfalen“, schreibt mir: „‚Die Linke‘ ist eine demokratische Partei. Wesentlicher Kern unserer gemeinsamen Identität ist der demokratische Sozialismus. Eine Kandidatur auf den Listen unserer Partei setzt eine Identifikation mit den Grundwerten unserer Partei voraus. Personen, die mit ‚Stalinisten‘ zusammenarbeiten, schaden den Ansehen unserer Partei und arbeiten den Zielvorstellungen unserer Partei entgegen. Nach meiner Auffassung haben Mitglieder oder Freunde autoritärer Organisation wie MLPD oder DKP nichts auf den Listen der ‚Linken‘ zu suchen.“

Herr Dresner hat meiner Meinung nach sein gutes Recht, diese Auffassung zu vertreten. Was er aber unter Freunden oder Freundschaft versteht, bleibt

wahrscheinlich sein Geheimnis. Es können wohl kaum meine Freunde gewesen sein, die sich im Jahr 2004, noch vor dem Inkrafttreten der asozialen Hartz-Gesetzgebung, vom Protest dagegen verabschiedet haben. Zumindest ist es äußerst zweifelhaft, überhaupt ehrliche Freundschaften innerhalb politischer Parteien erlangen zu können. Diese Annahme bestätigt sich immer wieder und gerade innerhalb der Partei „Die Linke“, die doch einen demokratischen Sozialismus fordert, bei einer angeblich pluralistischen Einstellung.

Gerade in dieser Partei gibt es immer wieder ein „Hauen und Stechen“, das fast ausschließlich auf der persönlichen Schiene ausgetragen wird. Mit guter Politik hat es oft nur wenig zu tun. Ich selbst bin unbedingt für einen freiheitlichen internationalen demokratischen Sozialismus! Ich werde aber niemals Menschen ablehnen, die gerade im Protest gemeinsam mit vielen Betroffenen weiterhin gegen die einschneidendste Gesetzgebung kämpfen, die es seit der Nazi-Diktatur in Deutschland gibt. Menschen, die meinen, sie müssten gerade die Erfinder oder aber zumindest deren Unterstützer hofieren, müssten dann eigentlich meine Feinde sein! Aber selbstverständlich ist nicht jedes SPD-Mitglied ein kleiner Schröder und nicht jedes Linksparteimitglied ein kleiner Lafontaine.

In kürzester Zeit konnte man bei „Scharf links“ lesen, dass sich Mitglieder aus dem Vorstand oder der Bundestagsfraktion der Linkspartei auf das Bundesverfassungsgericht berufen. In meinen Augen muss man als Demokrat nicht unbedingt Mitglied einer politischen Partei werden oder sein. Ein Rechtsberatungs- und Vertretungsverein würde vollkommen ausreichen, denn mit einer guten Politik, gerade aus der Basis heraus, hat auch das kaum zu tun, vom notwendigen Protest ganz zu schweigen! Herr Dresner sollte seine politischen Aktivitäten besser hierauf konzentrieren, als den geforderten Pluralismus seiner Partei zu untergraben. Für einen demokratischen freiheitlichen internationalen Sozialismus in der Hoffnung, dass eines Tages die Menschen die Parteien durch direkte Demokratie dominieren werden!

2. Nach dem Scheitern der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat rufen endlich auch Linkspartei, „Paritätischer Wohlfahrtsverband“ und „Erwerbslosenforum“ auf, massenhaft gegen den verfassungswidrigen Hartz-IV-Regelsatz zu klagen. Es ist richtig, dass „Betroffene keineswegs auf fünf Euro Erhöhung warten“, wie Forumssprecher Martin Behrsing sagt: „Wir sprechen von mindestens 80 Euro mehr, nur für Ernährung. Hinzu kommen dann noch andere Sachen, die bisher nicht gedeckt sind“.

Für vollkommen falsch und auf gar keinen Fall für unterstützenswürdig halte ich allerdings die Aufforderung des „Erwerbslosenforums“ an Betroffene, „für Kinder zusätzlich Gelder für Bildung und kulturelle Teilhabe einzuklagen. Gerade für Kinder sei es nicht hinnehmbar, dass ihnen durch taktische Manöver von Regierungskoalition und Opposition das sogenannte Bildungspaket vorenthalten wird.“ Hier geht man den Regierenden und der Opposition vollkommen auf den Leim! Ein verfassungswidriges Bildungspaket wie geplant brauchen weder Kinder noch

Eltern im Hart(z)-Bezug, wohl aber gleich hohe Regelsätze beziehungsweise die Nichtanrechnung des Kindergeldes auf diese!

„Das Neue muss schnell nach Karlsruhe kommen“: Diese Meinung von Brigitte Vallenthin in einer E-Mail an uns kann man eigentlich nur unterstreichen. Dazu gehören aber in meinen Augen auch Klagen von Personen, die haargenau unsere Interessen vertreten, also diejenigen der Hartz-IV-Betroffenen und ihrer Kinder. Diese Personen müssen es ablehnen, sich von der bundesdeutschen Presse verbraten zu lassen. Allerdings gibt es in meinen Augen keinen guten Grund dafür, sich gegen Massenklagen auszusprechen.

Jede(r) Einzelne muss – gerade, wenn er oder sie ALG-II-Empfänger(in) ist, zumindest das Recht behalten, sich gegen Willkür und Entrechtung zur Wehr zu setzen! Genau dafür gibt es doch wohl die Gewaltenteilung. Da momentan jede(r) Hartz-IV-Betroffene in einem Zustand lebt, der nicht den Anforderungen unserer Verfassung entspricht, kann oder darf die weitere Frage eigentlich nur noch lauten, ob das durch die Verfassung geregelte Recht auf Widerstand nicht bereits von jedem Betroffenen in Anspruch genommen werden darf.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik, derzeit Kläger gegen Hartz IV beim Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen)

Schnatterinchen wirft zwölf Milliarden Euro Steuergeld auf den Roulettetisch: Und sofort beginnt Knut Beck’s Zockerei um diese „einmalige Chance, die nicht wiederkommt“ *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Sozialgerichte müssten Regelsatzklagen in Karlsruhe vorlegen: Das Bundesverfassungsgericht könnte den grundgesetzwidrigen Schwebezustand per einstweiliger Anordnung beenden *(„Hamburger Abendblatt“)*

Antrag auf Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe
(siehe auch „Erwerbslosenforum“)

Am **Samstag**, dem **12. Februar 2011**, findet eine **Solidaritätsdemonstration zu den Protesten im arabischen Raum** statt. Sie beginnt um **9 Uhr** vor dem Bremer **Hauptbahnhof** und endet um 11 Uhr auf dem Marktplatz.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

316. Bremer Montagsdemo am 14. 02. 2011

Dieses Stimmenfanggehoppel hat rein gar nichts mit der Auflage des Bundesverfassungsgerichts zu tun

1. Ulrike Herrmann beschreibt ganz wunderbar, welch subtile Hierarchie auch und gerade in den untersten Schichten existiert, und wie sehr sich die Politiker daran weiden, diese gegeneinander auszuspielen. Leiharbeiter sind demnach mehr wert als Hartz-IV-Bezieher, Niedriglöhner besser als Aufstocker – und arme Kinder sind natürlich konkurrenzlos unschuldig. Arm, ärmer, Langzeitarbeitsloser! Bei den Verhandlungen über die lachhaft absurde, viel zu geringe „Erhöhung" des Hartz-IV-Regelsatzes war nicht interessant, worum im Detail gestritten wurde, sondern dass darüber *gar nicht* geredet werden musste. Es ist schon eigentümlich bis bedenklich, dass solche Mammutsitzungen stattfinden – bei einem so geringen Streitwert: Ob der Regelsatz nun 364 oder 370 Euro betragen soll, kommt, wie auch immer, einer Verhöhnung gleich. Fein säuberlich wird Woche für Woche ausgelassen, dass es doch darum augenscheinlich gar nicht geht, sondern vielmehr um ein menschenwürdiges Existenzminimum und ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe.

Eigentlich wollen sie dies auch nicht wirklich berechnen, weil uneigentlich ihrer Meinung nach Hartz-IV-Bezieher längst genug bekommen. Der immer offener ausgesprochenen und beständig noch ungenierter propagierten Botschaft, dass sich Langzeitarbeitslose ein schönes Leben auf Kosten der Gesellschaft machten, soll nun offenbar Rechnung getragen werden. Wenn Hartz-IV-Bezieher also als Faulenzer gelten, kann ihnen ihr Leben doch wohl kaum mit einem erhöhten **Regelsatz** weiter versüßt werden! Die Verachtung der Langzeiterwerbslosen wird natürlich nicht auf die Leiharbeiter übertragen, weil diese ja offensichtlich arbeiten. Anders als die Hartz-IV-Bezieher

gehören die Leiharbeiter zu den „würdigen“ Armen, die Solidarität einfordern dürfen. Die Unterscheidung zwischen „würdigen“ und „unwürdigen“ Armen stammt aus dem Mittelalter und prägt die Gesellschaft bis heute. Unwürdig ist jeder, der angeblich selbst schuld ist an seinem Schicksal. Würdig hingegen sind alle, die unschuldig arm sind, weil sie dies entweder trotz Arbeit sind oder aber als Kranke, Alte, Mütter oder Kinder nicht arbeiten können.

Wenn jetzt vom schwarz-gelben Gruselkabinett klammheimlich, von hinten durch die Brust ins Auge geschickt eingefädelt, die Bundesländer mit einer Entlastung der Kommunen um vier Milliarden geködert werden sollen, hat auch dieses Stimmenfanggehoppel rein gar nichts mit der Auflage des Bundesverfassungsgerichts zu tun. Als es um das Rettungspaket für die heiligen Banken ging, da konnten im Sauseschritt – fast über Nacht – mal eben 480 Milliarden Euro bewilligt werden. Ja, Bank müsste mensch sein! Muss sich das Bundesverfassungsgericht von den vier bürgerlichen Parteien, die die Hartz-Gesetze getreulich aus dem Lissabonner Vertrag abgekupfert haben, derart auf der Nase rumtanzen lassen? Sind Politiker eigentlich noch ernst zu nehmen, bei dem absurden und menschenverachtenden Kasperletheater, das sie hier schon seit sechs Wochen abziehen? Ach, es ist Wahlkampfgetrappel! Ach so.

2. Vergangenen Sonntag zeigte die ARD einen Film über Leiharbeiter als moderne Tagelöhner. Anhand von einzelnen Betroffenen wurde erzählt, was **Zeitarbeit** für die Menschen und ihre Familien bedeutet. Viel zu selten wird sonst gefragt, wie es sich als Leiharbeiter und Leiharbeiterin lebt, wie sich diese Arbeitsbedingungen auf das private Leben und die Familien auswirken. Lebensplanung ist nicht möglich, wohl aber, sich wie eine Ware fühlen zu müssen, die jederzeit „genommen“ und praktisch ständig im unbezahlten Bereitschaftsdienst alles stehen und liegen lassen zu sollen, für lumpige 1.000 Euro brutto im Monat. Da bilden sich Männer-WGs als Notgemeinschaft, weil die Väter 400 Kilometer von ihren Familien entfernt arbeiten müssen und trotz Zuzahlung für eine zweite Wohnung und Fahrtkosten nicht etwa *mehr* Geld als die Stammbelegschaft erhalten, sondern *weniger*! 30 Stunden müssten sie monatlich mehr arbeiten, um auf den gleichen Stundenlohn zu kommen wie die fest Beschäftigten. Sommer, Sonne, Freilauf für die Seele gibt es viel zu selten, wenn die Zukunft nicht planbar ist. Inzwischen müssen Berufsanfänger zehn Jahre lang prekär arbeiten, bevor sie mit einer festen Stelle rechnen können.

Ich stimme jedoch nicht mit der Aussage überein, dass wer Arbeit sucht, Leiharbeit findet. Wer Arbeit sucht, findet *höchstens* Leiharbeit: So müsste es meiner Meinung nach heißen! Denn auch bei Leiharbeit *en masse* zu Dumpinglöhnen werden doch nicht gern „Ältere“ eingestellt, die das „Verfallsdatum“ von 35 Jahren überschritten haben. Es gibt keinesfalls Arbeit für jeden, der arbeiten möchte! Aber die Autorin räumt ja auch ein, dass es als „Älterer“ schwerer ist, Arbeit zu finden. Eine existenzielle Frage bleibt, wenn sich in die Freude auf zukünftige Elternschaft eines jungen Paares die Frage mischt, ob sie überhaupt Kinder haben

können, weil sie nicht wissen, ob sie morgen noch Arbeit haben! Es könnte alles viel einfacher werden, wenn endlich ein angemessener Mindestlohn derlei Auswüchse – wie im Film gezeigt – verhindern würde. Natürlich müsste auch eine Befristung her, ab wann die Leiharbeiter den gleichen Lohn und die gleichen Rechte bekämen wie die Stammbelegschaft. Nach vier Wochen zum Beispiel, wenn die Leiharbeit nicht wieder wie früher verboten werden kann!

3. Der frühere Bundesrichter und heutige stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestages, der Links-Parlamentarier Wolfgang Neskovic, ruft das **Bundesverfassungsgericht** dazu auf, angesichts des Hartz-IV-Stillstandes sofort und eigenständig einzugreifen. Neskovic sagt, wenn der Gesetzgeber sich verfassungswidrig weigere, ein Gesetz zu erlassen, könne nur das Bundesverfassungsgericht helfen. Dieses allein dürfe neben dem Gesetzgeber Entscheidungen mit Gesetzeskraft treffen, beispielsweise auf dem Wege einer einstweiligen Anordnung. Bei der momentanen Sachlage hält Neskovic es für verfassungsrechtlich zulässig, ohne vorherige Inanspruchnahme der Fachgerichte direkt das Verfassungsgericht anzurufen. Er betonte aber auch, dass es am einfachsten wäre, wenn das höchste Gericht aus eigener Initiative tätig würde.

Wer, wenn nicht jene Richter des Bundesverfassungsgerichtes, ist insbesondere dem Grundgesetz verpflichtet? In diesem ist der Sozialstaat verbindlich und unumkehrbar verankert. Nach Neskovics Meinung könnten Anträge und Widersprüche von Transferleistungsbeziehern und Klagen vor den Sozialgerichten nicht unmittelbar zu höheren Regelsätzen führen. Nun, in diesem Punkt bin ich anderer Meinung und hoffe, dass viele ALG-II-Bezieher höhere Regelleistungen sowie Bildungs- und Bedarfspakete beantragen werden! Vielleicht käme es als pädagogische Maßnahme auch in Betracht, dass das Bundesverfassungsgericht die Diäten der Politiker bis zu einem verfassungsgemäßen Gesetzesbeschluss einfriert. Wer sich nichts zur Seite gelegt hat, könnte selbstredend Hartz IV beantragen – natürlich nur nach Vorlage der Kontoauszüge der letzten drei Monate, die eine Hilfsbedürftigkeit dokumentieren! Natürlich wäre noch darüber Rechenschaft abzulegen, weshalb von der üppigen Diät keine Rücklage gebildet und wie das Geld verprasst wurde.

4. Schwerbehinderte Menschen sind unverhältnismäßig stark von der Wirtschaftskrise betroffen. 2008 und 2009 lag die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt bei jeweils 14,6 Prozent – etwa doppelt so hoch wie die Arbeitslosenquote insgesamt. Das Ministerium räumte ein, dass die aktuelle „Entspannung“ am Arbeitsmarkt noch nicht bei den Schwerbehinderten angekommen sei. Nach dem Gesetz sind Arbeitgeber mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet, fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten zu besetzen. Ich bin mir sicher, dass die entsprechenden Betriebe sich lieber „freikaufen“, als dieser Verpflichtung nachzukommen.

5. Ehe Bundeskanzlerin Merkel vor TV-Kameras die „Einhaltung von Demokratie“ in Ägypten fordert, sollte sie doch bitte erst vor der eigenen Haustür kehren! Von der Vereinbarkeit der Hartz-Gesetze mit dem Grundgesetz will ich so pauschal ja gar nicht anfangen. Ich meine die Art von Demokratie, die in diesem Land missliebigen politisch engagierten Menschen entgegentreten kann. Die Betonung liegt dabei auf dem Wort „treten“! In Stuttgart wurde die Moderatorin der Montagsdemo gegen Hartz IV zu 15 Tagessätzen verurteilt, weil die Montagsdemo, wie seit Langem in ihrer sechseinhalbjährigen Geschichte, am gewohnten Ort durchgeführt worden war – statt zehn Meter versetzt, wie vom Ordnungsamt vorgeschrieben. Auch war das Offene Mikrofon statt auf den Rasen des Schlossplatzes allen Ernstes auf die Passanten gerichtet! Dabei war das für diese doch bestimmt interessanter als der Versuch, das Gras wachsen zu hören.

So aber habe Moderatorin Nuran Cakmakli gegen die öffentliche Ordnung verstoßen, und das wirft noch viel weitreichendere Fragen auf, da Baden-Württemberg – nach Bayern und zusammen mit Niedersachsen und weiteren Bundesländern – seit der sogenannten Föderalismusreform mit ihrer Verlegung des Versammlungsrechts in Länderhoheit eine Einschränkung anstrebt. Offenbar soll die umfassende Protest- und Widerstandsbewegung der Montagsdemos gegen Hartz IV, der Massendemonstrationen gegen „Stuttgart 21“, der Schüler- und Studentenproteste, der demonstrierenden Arbeiter und antifaschistischen Demonstrationen irgendwie – sehr „demokratisch“ – begrenzt werden. Augenscheinlich besteht der Kern der Verschärfung in einer **Kriminalisierung** der Bewegungen und einer Einschüchterung ihrer Repräsentanten, denn im Moment sind 1.000 Strafverfahren anhängig, was einer Massenbestrafung gleichkommt. „Wo ihrer drei zusammenstehn, da soll man auseinandergehn“, spottete schon Heinrich Heine in einem Gedicht über reaktionären Rechtsabbau zu seiner Zeit.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Als gäbe es keine Industriebrachen in Bremen: „Grüner“ Umweltsenator plant Bauschutt-Aufbereitungsanlage im Naherholungsgebiet *(„Bild“-Zeitung)*

Ein erbärmliches Schauspiel der Hartz-IV-Parteien

Mit Wut verfolgen viele Hartz-IV-Betroffene den Eiertanz, den Regierung und die Opposition zu den Hartz-IV-Regelsätzen aufführen: Das Almosen einer Fünf-Euro-„Erhöhung“ will Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen zugestehen! Das wären 17 Cent pro Tag. Ihr groß angekündigtes „Bildungspaket“ für 2,5 Millionen Kinder ist eine Entmündigung der Betroffenen, da den Eltern damit unter-

stellt wird, sie würden Geldleistungen für eigennützigen Konsum statt für die Kinder verwenden. Supersozial fordern SPD und Grüne elf Euro mehr. Sie spielen sich jetzt als das soziale Gewissen auf und wollen vertuschen, dass sie es waren, die mit den Hartz-IV-Gesetzen eine Massenarmut in Gang gesetzt haben. Die schwarz-gelbe Regierung beruft sich darauf, dass die Regelsätze „wissenschaftlich errechnet“ seien. Die Menschenverachtung, die hinter dieser Aussage steckt, sieht man an der Aufschlüsselung des Grundbetrags für Kinder.

Danach dürfen zum Beispiel für ein Kind 96,55 Euro im Monat für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ausgegeben werden – 3,21 Euro täglich. Dafür gibt es eine billige Tiefkühlpizza mit Cola oder ein kleines Fastfoodmenü. Gesunde Ernährung ist unmöglich. Für Bekleidung und Schuhe sind 33,32 Euro vorgesehen. Dafür erhält man bei den großen Bekleidungsketten eine günstige Hose und einen Pullover, die nach einmaligem Waschen zu klein sind. Für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung sind 11,07 Euro, für Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände 11,77 Euro, für Gesundheitspflege 4,95 Euro, für Verkehr 14 Euro. Für Letztere gibt es nicht einmal ein Kinderticket bei der Bremer Straßenbahn AG, das kostet nämlich 24 Euro. Für Nachrichtenübermittlung sind 15,35 Euro vorgesehen. Das entspricht einer Handy-Grundgebühr plus SMS-Pauschale. Für Bildung sind 1,16 Euro vorgesehen. Das reicht für einen Dreierpack DIN-A5-Schulhefte oder einen Textmarker. Berechnet wurde von vornherein ein Armutssatz und nicht, was die Kinder und ihre Eltern brauchen.

Alle Hartz-IV-Parteien treten die Würde der Menschen mit Füßen. Sie setzen die Ignoranz des Bundesverfassungsgerichts bei der Begründung des Grundrechts für ein menschenwürdiges Existenzminimum fort. Wir erleben in diesen Wochen ein schäbiges Geschacher, bei dem es im „Superwahljahr“ nur darum geht, welche Partei möglichst schadlos aus dem Desaster herauskommt. Das wird nichts daran ändern, dass immer mehr Menschen sich von den Hartz-IV-Parteien angewidert abwenden und beginnen, sich gegen die volksfeindliche Politik zu wehren. Wir erinnern uns noch gut daran, wie schnell sich alle diese Parteien einig waren, Banken und Konzerne mit Hunderten von Milliarden Euro zu „retten“. „Weg mit Hartz-IV, das Volk sind wir!“ ist seit sechseinhalb Jahren die Losung der bundesweiten Montagsdemonstrationen. Die erfolgreichen Volksaufstände in Tunesien und Ägypten geben uns Kraft und Ansporn, auch hier für revolutionäre Veränderungen zu kämpfen!

Harald Braun

CDU halbiert, Grüne im Schmollwinkel: Hartz-IV-Scholzomat triumphiert in Hamburg *(„Bild“-Zeitung)*

Seitenweise abgekupfert: Theovuz Klauberger hat die Bibel doch nicht selbst geschrieben *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Glückwunsch ans ägyptische Volk!

Am Freitag trat der verhasste Mubarak zurück. Millionen waren und sind auf den Straßen. Vor allem die Jugend, aber auch Zehntausende von Arbeitern haben mit ihren Streiks und Demonstrationen das Ende der über 30-jährigen Herrschaft Mubaraks erreicht und ihn in die Wüste gejagt. Das Parlament wurde inzwischen aufgelöst und die Verfassung außer Kraft gesetzt. In sechs Monaten sollen Neuwahlen stattfinden. Aber das ist nicht das Ende des Kampfes, denn der Großteil der Regierung ist noch im Amt und der Ausnahmezustand nicht aufgehoben. Die eigentliche Regierungsgewalt liegt – wie in den letzten 30 Jahren – beim Militär. Wenn Merkel und Obama jetzt über den Sieg der Freiheit jubilieren, muss uns das stutzig machen. Der Kampf um wirkliche Demokratie, um Volksherrschaft, hat gerade erst begonnen!

Den USA und den europäischen Machthabern geht es darum, „stabile Verhältnisse“ zu haben, um weiterhin über den strategisch wichtigen Nahen Osten herrschen zu können. Keineswegs will ich aber den Sieg vom Wochenende schmälern: Weltweit gingen Millionen aus Solidarität auf die Straße, und der Gedanke der internationalen Solidarität verbreitet sich immer mehr. Der Jubel erschallt völlig zu Recht und zeigt: Ein Volk kann siegen, auch wenn die Mächtigen noch so unbezwingbar erscheinen! Die revolutionäre Gärung im arabischen Raum ist damit keinesfalls beendet. Auch in Algerien gab es am Samstag eine Großdemonstration gegen das Regime, die allerdings noch brutal niedergeknüppelt werden konnte. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob es den Herrschenden gelingt, durch reinen Austausch der verhasstesten Köpfe die alte Ausbeuterordnung aufrechterhalten zu können, oder ob der Aufstand der Völker zu ihrer Befreiung führt.

In Deutschland gibt es im Gegensatz zu den arabischen Staaten zurzeit keinen Ausnahmezustand. Die Notstandsgesetze stehen aber längst bereit, genauso gegen das Volk vorzugehen, wenn es rebelliert. Ständig werden neue Schritte in diese Richtung eingeschlagen, zum Beispiel beim Versuch, das Versammlungsrecht weiter einzuschränken. Vorreiter spielen dabei die besonders reaktionären Regierungen Bayerns und Baden Württembergs, wo ein Prozess und eine Verurteilung nach der anderen wegen angeblicher Verstöße gegen das Versammlungsrecht erfolgen. Der Stuttgarter Polizeichef Stumpf, der die Verantwortung für den brutalen Schwarzen Donnerstag auf sich nahm, wurde zum Dank

jetzt befördert. Deswegen heißt es wachsam sein! Auch in Bremen müssen wir wieder unsere Montagsdemo verteidigen. Wir haben eine Vorladung vom Stadtamt erhalten: Die Lautstärke soll runter, gegebenenfalls nur noch ein Handmegafon eingesetzt werden. Wir gehen alle zusammen hin!

Wolfgang Lange (MLPD)

Norddeutsches Regionaltreffen der Montagsdemos (II)

An alle Montagsdemos in Nordwestdeutschland! Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, wir erneuern unsere Einladung vom Januar zum **Regionaltreffen der norddeutschen Montagsdemonstrationen** am **19. März 2011** in **Bremen**. Hier unsere aktualisierte vorläufige Programmplanung:

ab 11:30 Uhr	**Treffen** in Bremen vor dem Haupteingang des Hauptbahnhofs (Nahverkehrszüge kommen aus Hamburg um 11:23 Uhr, aus Braunschweig und Hannover um 11:39 Uhr, aus Wilhemshaven und Oldenburg um um 11:27 Uhr an)
11:45 bis 13 Uhr	**Besichtigung** der Innenstadt (ein Bollerwagen mit belegten Broten steht bereit)
13 bis 13:30 Uhr	**Kundgebung** auf dem Marktplatz (sofern genügend Teilnehmer kommen)
13:30 bis 14.15 Uhr	**Fahrt** zum Freizi Oslebshausen (mit Straßenbahn und Bus)
14:15 bis 15:30 Uhr	**Anfangsplenum**
15:30 bis 16 Uhr	**Pause** (für Kaffee und Kuchen)
16 bis 17:30 Uhr	**Arbeitsgruppen** (Moderatoren- und Rednerschulung, Leitung Hamburg; Massenklagen gegen Hartz-IV-Regelsatz, Bremen; Erstellung eines neuen Lieder für die Montagsdemo, Oldenburg und Wilhelmshaven; weitere Vorschläge sind willkommen)
17:30 bis 18:30 Uhr	**Abschlussplenum**
18:30 bis 19:30 Uhr	**Abendessen** (Kohl und Pinkel)
bis 21 Uhr	**Ausklang** mit Musik (sodass alle danach ihre Züge noch erreichen)

Alle spenden so viel, wie es ihnen wert ist und was sie können. Bitte besprecht das auf euren Montagsdemos und gebt uns bis zum 22. Februar 2011 verbindlich Bescheid, mit wie vielen Teilnehmern ihr kommen werdet, damit wir das Treffen planen können – vor allem, was das Essen angeht. Später können sich diese Zahlen natürlich noch nach oben oder unten ändern. Das Treffen ist nicht als Delegiertenversammlung gedacht, es soll also jede(r) Montagsdemonstrant(in) dar-

an teilnehmen können – auch wer in letzter Zeit nicht mehr zur Montagsdemo gekommen ist. Vielleicht gibt dies einen Anstoß, wieder aktiver zu werden? Willkommen ist auch musikalische Unterstützung und überhaupt jede gute Idee, denn alles oben Genannte wie Zeitplan und Programm/Zeitplan sind bislang nur Vorschläge. Macht Werbung, wir freuen uns auf euch!

Initiative Bremer Montagsdemo

Prozess eröffnet: Gefälschtes Video zeigt Berlustconi
ganz ohne Bunga-Bunga-Girl *(„Spiegel-Online“)*

Alle Kürzungen sind in Kraft getreten, aber nicht die Erhöhung!

An diesem **Donnerstag**, dem **17. Februar 2011**, beginnt um **19:32 Uhr** im **DGB-Haus** die zweite Veranstaltung der „Georg-Elser-Initiative Bremen“ in der Reihe „Aus (welcher) Geschichte lernen? 1932 heute!“ Dozent Prof. Dr. Rudolph Bauer hat das Thema „**Bonn ist nicht Weimar**. Berlin hingegen...? Lehren und Irrlehren aus der Geschichte“ gewählt. Ein interessantes Thema, insbesondere nach der Auftaktveranstaltung am letzten Donnerstag mit dem Referenten Holdger Platta! Die einzelnen Veranstaltungen sind in sich abgeschlossen, wie sich aus den Themen und Referenten erahnen lässt. Kommt bitte zahlreich, es lohnt sich! Alle Veranstaltungen sind kostenlos.

Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wer sich in diesen Zeilen wiederfindet, ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Wir haben ein offenes Mikrofon und genug Platz auf dem Marktplatz! Auf dem Sofa sitzen und andere machen lassen ist wie Warmduschen! Nicht vergessen: Antrag auf verfassungsgemäße Sozialleistungen stellen, ebenso Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X, denn noch geht es rückwirkend bis zum 1. Januar 2007. Wer Kinder hat, sollte Antrag auf zusätzliche Leistungen für 2011 stellen, siehe 310. Bremer Montagsdemo. Wer davor „über den Tisch gezogen“ wurde, sollte vor dem Antrag bei uns nachfragen, weil der Platz hierfür nicht ausreicht. Wie dies alles geht? Wir gehen mit, wir klären das!

Seit 1. Januar 2011 wird jungen Müttern ohne vorheriges Arbeitseinkommen das Elterngeld von 300 Euro mit 270 Euro angerechnet. Behalten darf die Mutter

nur noch 30 Euro Versicherungsfreibetrag, eine Folge der weiteren Ausgrenzung von Erwerbslosen. Die Änderungen stehen im Haushalteleitgesetz 2011 und gelten seit Jahresbeginn. Alle Kürzungen sind in Kraft getreten, aber nicht die Erhöhung! Das Sozialgericht Detmold, 8. Kammer, hat mit Beschluss vom 19. Januar 2011 (Aktenzeichen S 8 AS 37/11 ER) rechtskräftig entschieden, dass alles rechtens ist, weil die Antragsteller nur die Kürzung für Januar beklagt haben. Weil diese Entscheidung unanfechtbar ergangen ist, kann gegen sie eine Anhörungsrüge eingelegt werden. Auch lässt sich der Umfang der Klage ändern. Wie dies geht? Wir gehen mit. Nicht in das Verfahren einbezogen waren die Argumente von „Tuwas“.

Hier ein Auszug der Informationen von Harald Thomé (Musterwiderspruch und –klage gegen Anrechnung des Elterngeldes): „Das Arbeitslosenprojekt ‚Tuwas‘ der Fachhochschule Frankfurt hat eine Musterklage gegen die Anrechnung des Elterngeldes bei Hartz IV entwickelt. Beim Elterngeld werden Erziehende und Kinder unterschiedlich behandelt, je nach sozialem Status. Das ist politisch ein Skandal und kann auch verfassungswidrig sein. Die Initiative will ausdrücklich nicht die Erwartung wecken, schnell höhere Leistungsansprüche für Betroffene erreichen zu können. Ulrich Stascheit, einer der Urheber, schreibt dazu: ‚Wie stets gibt es keine Garantie, dass ein Sozialrichter die Sache dem Bundesverfassungsgericht‘ vorlegt; und erst recht keine, dass dieses die Anrechnung des Elterngeldes auf das ALG II kippt. Aber einen Versuch, diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen, jedenfalls sie nicht mit dem Mantel des Schweigens zuzudecken, ist es allemal wert.“

Ich stimme den Ausführungen von „Tuwas“ uneingeschränkt zu. Wehrt Euch! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Und noch einmal das Sozialgericht Detmold: Eine Gleitsichtbrille stellt Sonderbedarf nach SGB II dar. Die Begründung gilt auch für vieles andere; sie folgt für die Zeit vor dem 3. Juni 2010 unmittelbar aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (Aktenzeichen 1 BvL 1/09; 1 BvL 3/09; 1 BvL 4/09). Ein weiterer Grund für den Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X! Wer für einen unabweisbaren, nicht nur einmaligen Bedarf eine Ablehnung erhalten hat, kann diese daher nochmals überprüfen lassen und bei erneuter Ablehnung mit Widerspruch und eventuell Klage „das Rad zurückdrehen“. Dies gilt sinngemäß auch, wenn für die Bezahlung ein Darlehn gewährt wurde, also Antrag nach § 44 SGB X auf Überprüfung und Niederschlagung des Darlehns stellen, Auszahlung der bisherigen Tilgungsbeträge und sofortige Tilgungsaussetzung bis zur Entscheidung über diesen Antrag fordern. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Haben Sie schon einen Antrag nach § 44 SGB X gestellt? Es können auch mehrere Anträge gestellt werden. Dies ist aber nur bei Nennung eines einschränkenden Grundes nötig. Bei einem allgemeinen Antrag kann notfalls im Widerspruch die Nennung der Fehler aus Sicht des Antragsstellers erfolgen. Früher hätte ich noch hinzugefügt: Wenn das Amt nicht von selbst diesen Fehler feststellt.

Urteile liegen auch den Jobcentern vor! Sie entsinnen sich: Früher begann jede „Einladung“ zur Arge mit der Lüge, Fahrkosten würden erst ab einem bestimmten Betrag übernommen. Auch diese Fahrtkosten können nachträglich eingefordert werden! Daher eilt es mit der Antragstellung! Wenn die Behörde keinen Fehler gefunden hat oder nur einige, dann mit dem Widerspruch die Ansprüche näher beschreiben und eventuell eine Akteneinsicht vornehmen. Wie dies geht? Wir gehen mit! Und immer im Kopf behalten: Die Arge muss 70 Prozent aller Widersprüche ablehnen – egal, ob der Widerspruchsführer Recht hat! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder kandidiert für „Die Linke“
zur Bremischen Bürgerschaft (Platz 18)

Die „Bremer Stadtfrauenkonferenz“ lädt am **1. März 2011** um **19 Uhr** ein zum **Benefizabend** im Kulturzentrum „**Lagerhaus**“, Schildstraße 12. Der Solidaritätsbeitrag liegt zwischen fünf und zehn Euro. Der Erlös dient als Spende für die Reisekosten einer Vertreterin der Friedensinitiative „Frauen in Schwarz“ aus Serbien zur „**Weltfrauenkonferenz**“ in Venezuela. Zu hören und zu sehen sind Aline Barthélemy (Frauen-, Friedens- und Widerstandslieder), Franzis Binder (Queer-Folk), Abiud Chinelo und Band (indioamerikanische Widerstandsklänge) sowie Mamel Aguirre und Choche Ballesteros (südamerikanische Folklore). Aufgeführt wird auch die Theaterszene „Unsere Träne wird Kristall des Lachens sein“.

Am **8. März 2011**, dem „**Weltfrauentag**“, finden um **16 Uhr** am **Roland** eine gemeinsame **Straßenaktionen** mit Frauengruppen aus Bremen statt.

Überprüfungsantrag stellen, solange die Änderungen noch nicht im Gesetzblatt stehen! Der Streit um fünf Euro überdeckt ein Trauerspiel, dessen schaurigste Aspekte überhaupt noch nicht genannt wurden *(Hans-Dieter Binder)*

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“)*

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Kein großes Kino, aber großes Kasperletheater: Knut Beck’s des Problembären Acht-Euro-Kompromissplan ohne Rückendeckung *(„Newsticker“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

317. Bremer Montagsdemo am 21. 02. 2011

Heute Überprüfungsantrag stellen!

Es ist Endspurt! Noch kann jede(r) alle Leistungskürzungen sowie -verweigerungen vier Jahre rückwirkend, also ab 1. Januar 2007, mit einen einfachen Bogen A4 hochkant, links gelocht aufrollen. Am Freitag sollen Bundestag und Bundesrat jedoch zahlreiche Änderungen absegnen, wobei die winzigen Erhöhungen nur ein Ablenkungsmanöver für das Kleingedruckte sind. Wenn die Änderungen des Kleingedruckten wie geplant im Bundesgesetzblatt stehen – dies wird wahrscheinlich noch am Freitag erfolgen –, dann wirkt ein Änderungsantrag nach § 44 SGB X für Erwerbslose und Behinderte nur noch ein Jahr rückwirkend, somit ab 1. Januar 2010, und das Amt kann eigene Fehler, die bei der Überprüfung gefunden werden, auch zulasten der Hilfebedürftigen oder nunmehr „Anspruchsberechtigten“ berichtigen. Bis zur Gesetzesänderung kann das Amt dies nicht, sondern muss für eigene Fehler geradestehen, siehe 307. und folgende Montagsdemos.

Ein weiterer Grund für einen Antrag auf Überprüfung ist der krankheitsbedingte Mehraufwand für Ernährung. Der „Deutsche Verein“ hatte ermittelt, dass diese besondere Ernährung ohne Zusatzkosten möglich sei. Die Argen haben die Mehraufwendungen daraufhin ersatzlos gestrichen und die Sozialgerichte diese Streichungen bestätigt. Nun aber hat eine Anwaltskanzlei die Ausführungen des „Deutschen Vereins“ überprüft und Mängel sowie Unstimmigkeiten festgestellt. Die Preise und die Auswahl der Lebensmittel stimmt zum Teil nicht. die Packungsgrößen und Haltbarkeitsdaten wurden nicht berücksichtigt. Wenn dies zutrifft, ist die kostenaufwendige Ernährung wieder „im Rennen“, daher den Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X jetzt stellen und die eventuelle Nachzahlung sichern!

Wie dies geht? Wir gehen mit! Die Anträge auf Regelleistung in verfassungsgemäßer Höhe (und Widersprüche bei deren Nichtbewilligung) können auch weiterhin gestellt werden, weil diese Erhöhung nicht die verfassungsgemäße Regelleistung ist. Die Schummelei ist offenkundig und wurde insbesondere von Professor Johannes Münder bereits 2010 zerpflückt, siehe 312. Bremer

Montagsdemo. Der jetzigen Aussage zur Kostenbelastung durch diese Erhöhung ist die Errechnung der Bundesagentur für Arbeit über die Auswirkung der Regelsatzerhöhung von fünf Euro und des Bildungspaketes und dagegen gerechnet die Kürzungen sowie Verschlechterungen für die Erwerbslosen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder kandidiert für „Die Linke“
zur Bremischen Bürgerschaft (Platz 18)

Überprüfungsantrag stellen, solange die Änderungen noch nicht im Gesetzblatt stehen! Der Streit um fünf Euro überdeckt ein Trauerspiel, dessen schaurigste Aspekte überhaupt noch nicht genannt wurden *(Hans-Dieter Binder)*

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“)*

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Absurde Verhandlungsergebnisse, die keiner seriösen Prüfung durchs Verfassungsgericht standhalten

1. Zäh wie Leder, schmierig, schleimig, klebrig, blasig, fadenziehend: So perlt – kurz zusammengefasst und gebetsmühlenartig – Woche für Woche dies nervtötende Gelüge, Gesalme und letztlich nur Wahlkampfgetöse auf dem Rücken der Hartz-IV-Bezieher ab! Es lohnt wirklich nicht, noch inhaltlich der Frage nachzugehen, ob es einen um wie viel zu niedrigen Zuschlag auf den Hartz-IV-**Regelsatz** wann, in ein oder zwei Teilen geben wird, ob zusätzlich sogenannte weiße Ware wie Kühlschränke oder Waschmaschinen wieder als Sonderbedarf in Härtefällen beantragt werden darf, oder ob die Spezialdemokraten die Verhandlungen mit den Themen Leiharbeit oder Mindestlöhnen „überfrachtet“ haben. Oder, oder, oder: Fakt ist und bleibt

zum drillionsten Male, dass die absurden Verhandlungspossen, äh: -ergebnisse keiner seriösen Überprüfung vor dem Bundesverfassungsgericht standhalten werden!

Klar ist und bleibt lediglich, dass entgegen aller zynischen Heucheleien, keine weitere Verschuldung auf dem Rücken unserer Kinder und Enkel zu wollen, dass sämtliche Hartz-IV-Betroffenen sowie Niedrigverdienende später in die Altersarmut fallen werden, die aber genau von eben unseren Nachkommen bezahlt werden muss! Aber die Politiker scheinen sich nach der salomonischen Weisheit des 13-jährigen Dennis zu richten, der in der Sendung „Anne Will“ auftrat und sich dafür aussprach, sich beim Streit um fünf oder elf Euro mehr in der Mitte auf acht Euro zu einigen. Daraufhin erhielt er ein gottbehütetes Lächeln von *Zensursula* und eine ebenso hilfreiche Antwort.

2. Nach einer Untersuchung der IG Metall geht der sogenannte Aufschwung an vielen Beschäftigten vorbei. Die Gewerkschaft wirft den Arbeitgebern vor, sich zwar einerseits über „Fachkräftemangel“ zu beklagen, jedoch andererseits weder konsequent selbst auszubilden noch ausgebildetes Personal unbefristet einzustellen. Die Hälfte der befragten Betriebe vergäben nur noch Zeitverträge. In zwei Dritteln der Unternehmen würden mit steigender Tendenz **Leiharbeiter** beschäftigt. Was hat denn die IG Metall in den Jahren, seit die Hartz-Gesetze in Kraft sind, gemacht, dass ihr erst jetzt der für die Beschäftigten nicht mehr hinnehmbare Skandal über den Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse auffällt? Für mich sieht es so aus, als ob die Gehälter immer weiter bis auf das sogenannte Existenzminimum runtergedrückt werden sollen, um dann empört nach dem Lohnabstandsgebot und einer *Kürzung* der Transferleistungen zu schreien!

3. Das Bundesverfassungsgericht verfügte in einem Grundsatzurteil, dass Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst nicht gegen ihren Willen zu einem privaten Arbeitgeber verschoben werden dürfen. Indem die Richter eine hessische Regelung bei der Privatisierung der Universitätskliniken in Gießen und Marburg für verfassungswidrig erklärten (Aktenzeichen 1 BvR 1741/09), bestärkten sie die Rechte von Arbeitnehmern bei der **Privatisierung** öffentlicher Unternehmen. Im konkreten Fall wehrte sich eine Krankenschwester des Klinikums Marburg gegen den erzwungenen Arbeitgeberwechsel. Nachdem das Land Hessen die Kliniken Gießen und Marburg 2005 zusammenlegte, privatisierte es sie und leitete anschließend einfach die Arbeitsverträge auf das neue Klinikunternehmen über. Die Verfassungsrichter erklärten, dass es gegen das Grundrecht der Arbeitnehmer auf freie Wahl des Arbeitsplatzes verstieße, wenn die Arbeitnehmer im Gegensatz zu Unternehmensübernahmen in der Privatwirtschaft kein Widerspruchsrecht hätten. Besonders kritisch sah das höchste deutsche Gericht, dass das Land selbst als Eigentümer der Kliniken das Gesetz zur Privatisierung erlassen hatte, weil das Land dabei „in einer Doppelrolle auf, nämlich sowohl als (bisheriger) Arbeitgeber

wie als Gesetzgeber, der sich selbst unmittelbar durch Gesetz aus der Arbeitgeberstellung löst und sich damit seinen arbeitsvertraglichen Pflichten entzieht“.

4. Der Minister, der Deutschlands Grenzen am Hindukusch verteidigt, nennt die **Plagiatsvorwürfe**, dass er bei seiner Doktorarbeit aus anderen wissenschaftlichen Texten abgeschrieben habe, „abstrus“. Wie ungemein großzügig von ihm, dass er sich dazu herablässt zu prüfen, ob die „Fußnoten vereinzelt nicht korrekt gesetzt“ sein sollten! Er gibt sich sehr siegessicher, dass dies bei einer Neuauflage berücksichtigt werde. Dabei soll er schon die Einleitung abgeschrieben haben, in der doch gerade das eigene Gedankengut dargelegt werden soll. Seine Entschuldigung dafür kann er meiner Meinung nach in der Pfeife rauchen, weil auch Politiker für ihre Handlungsweisen geradestehen müssten! Mit Erstaunen nehme ich schon lange zur Kenntnis, dass Karl-Theodor zu Guttenberg bei den Deutschen derart beliebt sein soll. Bei so viel Pomade, einem Dauerlächeln und so viel strahlender Omnipotenz – ja, da wird mir komischerweise schlecht. Ist die Doktorarbeit des Ministers ebenso „authentisch“ wie er selbst?

Wenn einem Studenten bei seiner Doktorarbeit nachgewiesen wird, dass er abgeschrieben hat, dann wird er exmatrikuliert, verliert seine soziale Sicherheit. Eine Entschuldigung würde in diesem Falle wahrscheinlich nur mitleidig belächelt. Wir wollen hier doch wohl gleiche Rechte für alle! Wie viel ist Herrn Guttenberg eigentlich zu glauben? Wenn ich daran zurückdenke, wie er 2009 sein Amt antrat und von seinem „wirtschaftlichen Engagement im Familienunternehmen“ sprach, das dann für ein Nachrichtenmagazin unauffindbar war! Oder darf das Büro einer Hausverwaltung schon einen solch hochtrabenden Titel tragen? Der Strahlemann soll auch den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages für seine Doktorarbeit in Anspruch genommen haben: einige Ausarbeitungen stammen wohl immerhin von einem zweifach promovierten Beamten. Ob der Herr von und zu Guttenberg mit den vielen Vornamen nicht bloß als neue Figur des Konservatismus Schlagzeilen machen, sondern auch mal selbst etwas schaffen wollte, das er nicht mit in die Wiege gelegt bekommen hatte, und sich dabei derart unter Druck setzte, dass er meinte, abschreiben zu müssen? Dies wird die Universität Bayreuth klären müssen, die von Guttenberg eine Stellungnahme innerhalb von zwei Wochen forderte.

Oder wird unsere Demokratie damit demontiert, dass es für die Herrschenden nicht mehr die gleichen Sanktionen gibt wie für das gemeine Volk? Dürfen die VIPs mit viel Geld und publizistischer Kraft ihre Schandtaten einfach mit Frechheit und der notwendigen PR überlagern? Eigentlich spricht es nicht für eine Demokratie, wenn Minister, die verfassungswidrige Kriege führen, nur wegen solcher privaten Betrügereien in Verlegenheit gebracht werden, sich nur dafür verantworten müssen. Es dürfte vermutlich ein Ding der Unmöglichkeit sein, neben einem solchen Job als Minister und Familienvater ohne Hilfe Dritter auch nur annähernd eine Doktorarbeit zu Papier zu bringen, geschweige denn dabei auch noch mit dem höchsten Lob, also „summa cum laude“ abzuschneiden! Was für ein hüb-

sches Ablenkungsmanöver – aber dass es so kommen würde, konnte selbst im Spagat zwischen Spitzenpolitik und Boulevard nicht vorhergesehen werden. Es ist bestimmt einfacher, des Plagiats überführt zu werden als der Führung grundgesetzwidriger Kriege! Und die Regenbogenpresse jubelt ihm zu, in Ermangelung einer deutschen Monarchie!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Der Regelsatz ist nicht realitätsgerecht: Allein die Stromkosten liegen bis zu einem Drittel über dem hierfür vorgesehenen Hartz-IV-Anteil *(„AFP“)*

„Wir pflanzen die Sonne in den dunklen Wald“

Unter diesem Motto findet am **Dienstag**, dem **1. März 2011**, um **19 Uhr** ein **Benefizabend** im Kulturzentrum „**Lagerhaus**“ statt (Schildstraße 12). Alle sind herzlich eingeladen!

Anlässlich des 100. „Internationalen Frauentags“ findet vom 4. bis 8. März in Venezuela erstmalig eine **Weltfrauenkonferenz** der Basisfrauen statt. Anders als bei den bisherigen Weltfrauenkonferenzen der Uno, bei denen in erster Linie Repräsentantinnen der regierenden Parteien der Welt zu Wort kamen, versammeln sich in Caracas Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus über 50 Ländern. Sie werden ihre Erfahrungen austauschen, sich dauerhaft vernetzen und gemeinsame Aktivitäten vereinbaren gegen Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung und für ein Leben in Würde, Freiheit und Solidarität.

Beim Benefizabend wird es ein reichhaltiges kulturelles Programm geben mit den Bremer Künstler(inne)n Franzis Binder (Queer-Folk), sind Aline Barthélemy (Frauen-, Friedens- und Widerstandslieder), Abiud Chinelo und Band (indioamerikanische Musik) sowie Mamel Aguirre und Choche Ballesteros (südamerikanische Folklore). Aufgeführt wird auch das Straßentheaterstück „Unsere Träne wird Kristall des Lachens sein“.

Der Benefizabend wird von der „Stadtfrauenkonferenz“ in Bremen (Kontakt: Marijana Grsak, ma.grsak[at]nord-com.net) organisiert. Sie hat die Patenschaft für die Delegation der Frauen- und Friedensgruppe „Frauen in Schwarz“ in Belgrad, Serbien übernommen. Diese Gruppe besteht seit 1991 und setzt sich seither unabhängig und selbstbestimmt gegen Krieg, Nationalismus und Sexismus

ein. Der Erlös dieses Abends dient als Spende für die Reisekosten einer Vertreterin der Delegation aus Serbin. Der Solidaritätsbeitrag liegt bei fünf bis zehn Euro. Neben dem reichhaltigen Programm gibt es Gelegenheit, sich umfassend zu informieren und internationale Fingerfood-Köstlichkeiten zu genießen.

Harald Braun

Im Bewusstsein der Verfassungswidrigkeit: Sozialdemokratie
für drei Euro verkauft *(„Deutschlandfunk“)*

Unerwünscht ist die Arbeit, die uns nicht ausgeht

Die derzeitige Definition erklärt die Erwerbslosigkeit, soziologisch gesehen, folgendermaßen: Ein Mensch ist vier Wochen arbeitslos. Bewirbt er sich um einen neuen Arbeitsplatz, erhält er nach zwei Wochen eine Zusage hierfür. Diese Betrachtungsweise ist kritisch unter die Lupe zu nehmen. Ich zitiere aus dem DTV-Lexikon von Oktober 1975:

„Arbeitslosigkeit ist der Mangel an Arbeitsgelegenheiten zu angemessenem Entgelt für Arbeitsfähige und Arbeitswillige (Gegensatz: Vollbeschäftigung). In jeder Wirtschaft ist mit dem normalen Arbeitsplatzwechsel Arbeitslosigkeit verbunden. Jahreszeitlich wiederkehrend (besonders im Baugewerbe, Landwirtschaft, Zuckerindustrie) ist die saisonale Arbeitslosigkeit, während die konjunkturelle Arbeitslosigkeit das Zeichen einer Wirtschaftskrise ist und alle Wirtschaftszweige erfasst. Als strukturelle Arbeitslosigkeit bezeichnet man die durch tiefgreifende Veränderungen der volkswirtschaftlichen Gegebenheiten hervorgerufene Arbeitslosigkeit, zum Beispiel in den Zonenrandgebieten durch Abtrennung des wirtschaftlichen Hinterlandes. Einen Höhepunkt der Arbeitslosigkeit brachte die Weltwirtschaftskrise mit 6,1 Millionen Arbeitslosen im Deutschen Reich (März 1932) und 15,5 Millionen Arbeitslosen in den USA (März 1933, „New Deal“. In der Bundesrepublik Deutschland wurde die saisonale Winterarbeitslosigkeit durch die ganzjährige Beschäftigung im Baugewerbe weitgehend ausgeglichen (Januar 1959: 1,34 Millionen, Januar 1973: 0,49 Millionen Arbeitslose). Eine Konjunkturkrise ließ die Arbeitslosigkeit 1973 auf über eine Million steigen.“

Die heutige soziologische Betrachtungsweise ist falsch, da diese außer Acht lässt, dass Erwerbslosigkeit das Arbeiten auf unterschiedlichste Weise ermög-

licht, ohne dass es Erwerbsarbeit mit Entgelt sein muss. Fortschrittliche Menschen, die sich organisierten, erkannten richtig, dass ihnen die sinnvolle gesellschaftspolitische Arbeit nie ausgeht. Nur wurde diese nicht von der herrschenden und besitzenden Klasse anerkannt, richtiger gesagt: Sie war unerwünscht. Die Menschen ohne Erwerbsarbeit erkannten, dass sie für ihre Arbeit kein Geld erhielten. Daher konnten sie ihr Leben nicht menschenwürdig führen. Darum erkannten sie, dass sie nicht arbeitslos sind, sondern erwerbslos. Sie organisierten sich in Erwerbslosengruppen, die für ihre Rechte eintraten. Was steckt heute hinter der soziologischen Definition „arbeitslos“? Wird hier neoliberales Gedankengut vertreten, oder sind es wissenschaftliche Theorien aus dem Elfenbeinturm fernab vom Alltagsleben der Erwerbslosen?

Die Mehrheit der Menschen ist durch die strukturelle und konjunkturelle Wirtschaftskrise arbeits- beziehungsweise erwerbslos geworden. In der Zeit der neoliberalen Konterrevolution wird den davon Betroffenen die Schuld individuell zugewiesen: Sie werden durch die Hartz-Gesetze zu Zwangsarbeitslosen. Wehren sie sich gegen Ein-Euro-Jobs, „Bürgerarbeit“ oder Leiharbeitsverhältnisse, werden ihnen die Arbeitnehmerrechte, zu denen unter anderem das Streikrecht gehört, genommen. Sie sind die modernen Lohnsklaven. Die Erwerbslosigkeit verursacht die kapitalistische Klasse mit Rationalisierung und Vernichtung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor. Nur die Profitmaximierung gilt in dieser Gesellschaft als Richtschnur. Deshalb wird die Schuld nicht dem kapitalistischen System gegeben, sondern den Erwerbslosen. Unsere Aufgabe ist es, den Widerstand dagegen voranzubringen!

Bettina Fenzel („Die Linke“)

„Es wird Klagen geben“: Deshalb braucht die SPD auch nicht selbst gegen den eigenen Verfassungsbruch nach Karlsruhe zu ziehen *(„Erwerbslosenforum“)*

Großer Selbstbetrug mit dem „kleineren Übel“

In Sachen Hartz IV wurde monatelang verhandelt. Es bleibt bei fünf Euro „Erhöhung“, und nächstes Jahr noch mal drei dazu. Das soll jetzt der „verfassungskonform ermittelte Regelsatz“ sein? Das ist nichts als Lüge und Betrug! Aber wenn man sieht, wie der reaktionäre Lügenbaron lügt, braucht man sich nicht zu wundern. So ist das in der herrschenden Klasse! Plagiator zu Guttenberg ist kein harmloser Akademiker, der mal beim Schummeln erwischt wurde. Er steht für die reaktionäre Politik des Afghanistan-Krieges. Er wusste auch genau, was in Kunduz passiert ist, als über 50 Zivilisten mutwillig getötet wurden, log aber, er sei

von den führenden Militärs nicht informiert worden. Genauso log er bei der Gorch Fock-Affäre und entließ den Kapitän, um sich selbst reinzuwaschen. Jetzt lügt er, er habe seine Doktorarbeit in „jahrelanger mühseliger Kleinstarbeit“ machen müssen: Er musste ja die arme Familie versorgen. Doch die hat circa eine Milliarde Vermögen, und schon mit Mitte 20 saß der Lügenbaron im Aufsichtsrat! Gelogen ist auch sein Titel „Verteidigungsminister“, denn hier geht es nicht um die Verteidigung des Landes gegen Angriffe, sondern um die Interessen der deutschen Großindustrie! Erst letzte Woche fädelte er auf Auslandsreise unter anderem fädelte den Verkauf deutscher Hochrüstung wie des „Eurofighters“ an Indien ein.

Bei der Wahl in Hamburg hat die SPD die absolute Mehrheit der Sitze gewonnen, mit 48 Prozent der abgegebenen Stimmen – aber nicht, weil die SPD so toll ist, sondern weil die Wut auf die Merkel-Regierung wächst! Die CDU ist von 42 auf 21 Prozent abgestürzt, bei auf 57 Prozent gesunkener Wahlbeteiligung. Die CDU hat also weit mehr als die Hälfte ihrer Wähler verloren! Merkel will das Debakel auf „regionale Besonderheiten“ schieben, aber sie selbst steht mit ihrer volksfeindlichen Politik am Pranger! Allerdings hat Olaf Scholz schon angekündigt, es nicht viel anders als die CDU machen zu wollen. So wird auch sein Höhenflug bald vorbei sein! Wer meint, durch die Wahl des „kleineren Übels“ etwas zu ändern, bleibt immer der Betrogene. Es freut mich, dass auch die Grünen nicht viele Stimmen bekamen. Zahlreiche ihrer Wahlplakate waren überklebt: „Danke für Moorburg!“, „Auf Grüne Versprechen ist Verlass!“, „Größte Kohlendioxidschleuder Europas!“ Vor der letzten Wahl hatten die Grünen erklärt, sie wollten dieses gigantische Kohlekraftwerk verhindern – nach der Wahl und in den weichen Armen der CDU wollten sie davon nichts mehr wissen und sagten: „Vertrag ist Vertrag!“) In Stuttgart demonstrierten am Samstag wieder über 40.000 Menschen gegen „S21“. Hier werden die Milliarden nur so aus dem Fenster geworfen, aber bei Hartz IV wird um jeden Cent gefeilscht. Weg mit dem Lügenpack!

In Dresden wurde der Naziaufmarsch erfolgreich verhindert, trotz brutalem Polizeieinsatz gegen Antifaschisten. Der Staatsapparat hat ein Interesse daran, dass Faschisten als Reserve gehalten werden, wenn hier einmal eine Situation wie in den arabischen Ländern eintritt. Das Verwaltungsgericht forderte ausdrücklich, die „behördlichen Maßnahmen primär gegen Gegendemonstranten“ einzusetzen. Höhepunkt war dann der Überfall eines vermummten Sondereinsatzkommandos auf das Organisationsbüro „Dresden nazifrei“, in dem auch die Linkspartei ihren Sitz hat. Aber alles hat ihnen nichts genützt: Von den 9.000 Neonazis, die zu Europas größtem Faschistenaufmarsch angekündigt worden waren, erschienen nur 1.000 – und deren Marsch wurde in Dresden wie in Leipzig durch Zehntausende Antifaschisten verhindert. Wehret den Anfängen! Verbot aller Faschistischen Organisationen!

Die Volksaufstände in den arabischen Ländern gehen weiter: In Ägypten fordern die Massen jetzt Zulassung aller unter Mubarak verbotenen Parteien, unabhängige Gewerkschaften, Streik- und Demonstrationsfreiheit, Bestrafung der Mubarak-Verbrecher und Rückgabe des von ihnen gestohlenen Volksvermögens. In Libyen ist ein Teil der Armee zu den Aufständischen übergelaufen. Dort sind schon über 250 Tote zu beklagen. In Bahrein gibt es ebenfalls aufstandsähnliche Unruhen. Brisanterweise ist das Emirat Sitz der 5. US-Flotte. Verlieren die Amerikaner die Kontrolle über Bahrein, dann auch über die ganze Region. Deshalb wurde bereits ein zusätzlicher Flugzeugträger durch den Suez-Kanal hingeschickt. Massendemos mit hunderttausend Teilnehmern gibt es auch im Iran. Die Tage der offen brutal-reaktionären Regimes sind gezählt! Hoch die internationale Solidarität!

Wolfgang Lange (MLPD)

Schikaniert und gedemütigt: Sind Deutschlands Erwerbslose nach all den Jahren „aktivierender Arbeitsmarktpolitik“ zu lethargisch zum Widersprechen, Klagen und Demonstrieren? *(„Neues Deutschland“)*

Die größte Demo gegen Hartz IV könnte das massenhafte Einlegen von Widersprüchen sein. Empört euch und legt Widerspruch ein! Helft den anderen, Widersprüche zu formulieren! *(Zuschrift von Rainer Fuchs)*

Schlechter Aprilscherz: „Fünf Euro Erhöhung entspringen einer transparenten und realitätsgerechten Regelsatzberechnung“ *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

318. Bremer Montagsdemo am 28. 02. 2011

SPD beschließt Gesetz mit, das sie für verfassungswidrig hält, ohne die Konsequenz der Klage zu ziehen

1. Es ist wirklich mehr als beschämend, was der Gesetzgeber Ende letzter Woche als Hartz-IV-„Reform“ verabschiedete. Im Moment werden dadurch zehn Prozent der Bevölkerung (und eines nicht allzu fernen Tages vielleicht auch 20 Prozent) einerseits weitgehend entrechtet und andererseits in einer Weise der Willkür der Mitarbeiter im Jobcenter ausgeliefert, die meiner Meinung nach das Grundgesetz mit Füßen tritt und bespuckt! Auch der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ übt scharfe Kritik und beklagt: „Das Geschacher der letzten Wochen und Tage um drei Euro mehr oder weniger ist die erbärmlichste Farce, die die deutsche Sozialpolitik je erlebt hat.“

Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ wertet die Verabschiedung der Hartz-IV-Reform folgerichtig als einen schlechten Tag für die Demokratie, wenn die große Koalition aus Union, FDP und SPD im Bundestag wider besseres Wissen für eine Un-Reform stimmt, die keine einzige der Vorgaben aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von Februar 2010 erfüllt. Dafür bekommen Hartz-IV-Beziehende jetzt einen miesen Regelsatz und müssen sich auf absichtlich gespannte Fallstricke für Sanktionen einstellen, die über kurz oder lang wieder vor dem Bundesverfassungsgericht landen werden. Es war doch allen Parteien bekannt, dass die Regelsatzberechnungen aus dem Hause von der Leyen nach Kassenlage angepasst wurden! Eigentlich hätten sie weit über 400 Euro – konkret bei 594 Euro – liegen müssen.

Zu den neuen Tücken gehört, dass die Jobcenter Erwerbslose in Zukunft nicht mehr schriftlich und konkret auf die gesetzlichen Bestimmungen hinweisen müssen. Es wird als vollkommen ausreichend betrachtet, wenn diese im Amt aushän-

gen. Mit derlei Fallstricken kann die bisherige Rechtsprechung leicht über Bord geworfen werden, die gerade forderte, dass bei Grundsicherungsleistungen die Rechtsfolgen eindeutig und für den einzelnen verständlich erklärt werden müssen. Wenn jemandem in Zukunft zu Unrecht Leistungen vorenthalten werden und er sich in seiner Not Geld zur Lebenssicherung ausleiht, dann soll der geliehene Betrag jetzt allen Ernstes als Einkommen angerechnet werden! Dem Betroffenen bleibt die Qual der Wahl zwischen Pest und Cholera: entweder verhungern oder Schulden machen müssen, ohne sie je zurückzahlen zu können.

So etwas riecht, nein: es stinkt bestialisch nach Willkürstaat und Grundrechten mit zweierlei Maß – ob jemand mit oder ohne Arbeit ist, worunter die Kinder in Sippenhaftung mitleiden müssen. Das sogenannte Bildungspaket ist ja wohl nur eine elendige Farce! Es ist auch gravierend, dass die Bundesregierung gar nicht ermittelte, was Kinder aus Hartz-IV-Familien genau benötigen und verbrauchen – und was das in der Realität und nicht bloß in der Fantasie so mancher realitätsfremder Politiker wirklich kostet! Wenn jetzt auch noch führende SPD-Politiker Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit an der von ihnen mitbeschlossenen Hartz-IV-Reform geäußert haben, dann frage ich mich, inwieweit wir die *Spezialdemokraten* überhaupt noch ernst nehmen können. Erst unterschreiben und dann zweifeln? Wie wäre es mit erst denken und dann handeln, also konsequent nicht unterschreiben und nicht den Wendehals spielen?

2. Bei der Suche nach weiteren Kriterien der Zumutbarkeit für Hartz-IV-Bezieher und Langzeitarbeitslose stellte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in einer Antwort auf eine Anfrage klar, dass der genannte Personenkreis auch verpflichtet ist, Vermittlungsangebote als Tagelöhner anzunehmen. Wer solche Tätigkeiten ablehnt, müsse mit **Sanktionen** rechnen. Offenbar wollen Frau von der Leyen und ihre Beamten die Betroffenen noch weiter unter Druck setzen und chinesische Verhältnisse in Deutschland einführen. Es kommt einer Einladung für Arbeitgeber gleich, Löhne nach Gutsherrenart festzulegen, was zu weiteren Dumpinglöhnen führen wird. Da könnten Agenturen für Tagelöhner aus dem Boden schießen und der Menschenhandel „legalisiert“ werden. Es bestehen Pläne, wonach Leistungsbezieher sich täglich beim Amt melden sollen, um eine „zielgerichtetere und persönlichere Betreuung“ sicherzustellen. Haben Gewerkschaften und Parteien der sozialen Gerechtigkeit kein wirkliches Problem bei solcher Arbeitsmarktpolitik, oder wie ist es sonst zu erklären, dass außer verbaler Empörung nichts zu vernehmen ist? Den täglichen Behördengang halte ich für eine leere Drohung, denn wer sollte das gewährleisten und auffangen? Aber es wird bestimmt billigend in Kauf genommen, wenn die Ängste der Erwerbslosen noch mehr geschürt werden.

3. Es ist leider kein trauriger Witz: Der ältere der beiden Söhne des Ex-Bundesbankchefs und ehemaligen Finanzsenators von Berlin, Thilo Sarrazin, lebt in einem Plattenbauhochhaus im Osten Berlins von Hartz IV, ist **Ein-Euro-**

Jobber und leidet bis heute unter dem Erziehungsstil seiner Eltern. Der 30-jährige Richard Sarrazin wird in der „Bunten“ mit den Worten zitiert, dass es eigentlich ganz gut sei, einfach nur arbeitslos zu sein und nicht gebraucht zu werden, weil man dann sein Lebenstempo selbst bestimmen könne. Seine Eltern sagten selten etwas Gutes über sein Leben. Er sei für seinen Vater der Sündenbock, das schwarze Schaf der Familie. Seine Mutter, die umstrittene Grundschullehrerin Ursula Sarrazin, sei gern zu streng und übertreibe es mit Verboten und Aufsicht. Das sei ihm „tierisch auf die Nerven“ gegangen.

Das Leben dieser offenbar zerrütteten Familie wäre vielleicht gar nicht weiter erwähnenswert, wenn Thilo Sarrazin nicht durch abfällige Äußerungen über Hartz-IV-Bezieher berühmt geworden wäre, denen er die Hauptschuld an ihrer eigenen Lage zuschreibt. Zeigt er nicht an seiner eigenen Familie beispielhaft, dass eine Herkunft aus bürgerlichem Elternhaus nicht zwangsläufig vor „Hartz-IV-Karrieren“ schützt? Richard Sarrazin hat eine Ausbildung zum Bürokaufmann. Warum er nun im Ein-Euro-Job als Gartenhelfer auf einem Friedhof ausgebeutet wird, ist sicherlich nicht nur seine ganz persönliche Geschichte, sondern auch eine, die erst seit den menschenverachtenden Hartz-Gesetzen möglich wurde. Er soll vor zwei Wochen von der Polizei wegen nächtlicher Ruhestörung in ein Krankenhaus gebracht worden sein. Hoffentlich bekommt er dort die Unterstützung, die ihm in seinem bisherigen Leben offenbar fehlte.

4. Laut einer Auswertung eines Strom-Vergleichsportals müssen Hartz-IV-Bezieher etwa 26 Prozent, in den neuen Bundesländern sogar bis zu 35 Prozent mehr für **Stromkosten** zahlen, als hierfür in den ALG-II-Regelleistungen berechnet wurden. Für die Betroffenen gibt es kaum Möglichkeiten, der Preistreiberei der Energiekonzerne zu entrinnen, denn der Wechsel aus dem Grundversorgungstarif zu einem günstigeren Alternativanbieter wird vielen Erwerbslosen durch die „Bonitätsprüfung“ erschwert. Hartz-IV-Bezieher müssen sich die fehlenden etwa acht Euro irgendwo anders aus dem viel zu mageren Regelsatz abzwacken. Auch das ist wieder ein Beleg dafür, dass die Politiker kaum mit realitätsgerechten Zahlen den Regelsatz „ermittelten“.

5. In einem Leserartikel-Blog beklagt der erwerbslose technische Betriebswirt und Industriemeister für Metall, Clemens Jaeckel (57), nach über 450 erfolglosen Bewerbungen innerhalb der letzten zwölf Monate, dass es für ältere „überqualifizierte“ Arbeitnehmer offenbar keinen Bedarf gebe. Er habe über 40 Jahre in die **Sozialkassen** einbezahlt und bekomme nun anstelle eines Dankeschöns für die erbrachten Leistungen die Hartz-IV-Armut beschert. Er habe sein Soll erbracht, was sich im umgekehrten Sinne leider nicht sagen lasse. Wer sich aufgrund seiner ins Sozialversicherungssystem eingezahlten Beiträge auf der sicheren Seite glaubte, bekommt vom Staat nur Almosen für seine Lebensleistung. Nach Abzug der Fixkosten von der Regelleistung bleiben gerade mal 150 Euro für Lebensmittel, Frisör, Schuhe, Kleidung, Körperpflegemittel und so weiter übrig.

Strom, Telefon, Internet, Müllabfuhr- und Praxis-Gebühren, öffentliche Verkehrsmittel sowie Sonderausgaben für die Krebsvorsorge, professionelle Zahnreinigung oder eine neue Brille sind unbezahlbar geworden. Völlig zu Recht beklagt er sich darüber, dass sich die menschenverachtenden Hartz-Gesetze nicht mit der unantastbaren Menschenwürde des Grundgesetzes vereinbaren lassen. Wenn sich der Autor aber dagegen verwehrt, mit „denen“ gleichgestellt zu werden, die noch keinen Cent in die Sozialkassen bezahlt haben, gilt es aufzupassen, dass hier nicht kontraproduktiv in „gute“ und „schlechte“ Erwerbslose unterteilt wird, in „Fleißige“ und „Faule“. Klar ist und bleibt: Ein gesellschaftliches Problem – dass eben leider nicht genug Arbeit für alle vorhanden ist – wird den Einzelnen individuell angelastet, mit allen Schikanen der Verfolgungsbetreuung!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Grüne Roth will auch nicht klagen: Sollen sich doch Betroffene und Sozialverbände jahrelang durch die Instanzen quälen *(„Gegen Hartz“)*

Überprüfungsantrag stellen, solange die Änderungen noch nicht im Gesetzblatt stehen! Der Streit um fünf Euro überdeckt ein Trauerspiel, dessen schaurigste Aspekte überhaupt noch nicht genannt wurden *(Hans-Dieter Binder)*

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“)*

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Hartz-IV-Parteien wollen Status quo erhalten und Erwerbslose ducken

Noch wirkt der Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X vier Jahre rückwirkend. Wer es noch nicht getan hat, sollte ihn stellen: eine Woche zurückblättern und den Kugelschreiber zücken! Dies geht noch, weil Präsident Wulff verreist ist. Sobald das Regelbedarfsermittlungsgesetz im Bundesgesetzblatt steht und in Kraft getreten ist, wirkt der Antrag nach § 44 SGB X nur noch ein Jahr rückwirkend, und das (No-)Job-Center darf auch eigene Fehler zulasten des Anspruchsberechtigten berichtigen und nachfordern, was bisher nicht möglich war. Noch ist jedenfalls Zeit: Am 1. März 2011 lag das Gesetz im Bundespräsidalamt noch nicht vor. Auf die Frage, wann Herr Wulff unterschreibt, wurde gesagt, davor liegt die Prüfung der Rechtsabteilung. Somit wird dies noch etwas dauern. Daher den Antrag jetzt

stellen! Ein Risiko besteht nicht, der Antrag ist auf jeden Fall gültig. Über die Wirkungsbegrenzung darf gestritten werden! Wie dies geht? Wir gehen mit! Um eine noch größere Öffentlichkeit zu erreichen, habe ich diesen Sachverhalt „Radio Corax“, einem freien Sender aus Halle, geschildert. Während der Sendung „Widerhall“ wurde ich um 18:10 Uhr auf der Montagsdemo angerufen, und das Gespräch wurde live übertragen. Ich hoffe auf rege Reaktion!

Auch die Anträge auf verfassungsgemäße Grundsicherung sind weiterhin aktuell. Die fünf Euro Regelsatz-„Erhöhung“ werden dem Urteil der Karlsruher Richter nicht gerecht! Daher per Antrag oder per Widerspruch einfordern. Letzteres ist möglich, wenn die Widerspruchsfrist gegen den Leistungsbescheid noch nicht verstreichen ist. Wie dies geht? Siehe vorhergehende Bremer Montagsdemos! Beim Lob über die zusätzlichen Leistungen für Kinder wurde vergessen: Auch Kinder müssen essen und leben. Erst nachdem dies gesichert ist, kann gelernt und geturnt werden. Doch genau dieser Grundbedarf ist *nicht* gesichert! Der Regelsatz für Kinder und die Begründungen für die Nichterhöhung spotten jeder Beschreibung. Wie sollen Eltern gegenüber ihren Kindern eine Vorbildfunktion in finanzellen Angelegenheiten erreichen, wenn der Staat sie auf diesem wichtigen Gebiet bevormundet und nur mit Gutscheinen hantieren lässt?

An diesem neuen Gesetz ist insgesamt kein gutes Haar zu finden. Leider sind (fast) alle Verschlechterungen durchgegangen (siehe 297. Bremer Montagsdemo, Teil 1). Die Fünf-Euro-Verschleierung hat gewirkt! Hilfebedürftige werden jetzt Leistungsberechtigte genannt, und die Ausgrenzung wurde nochmals vertieft. Die Kosten dieser jetzigen Einigung werden genannt. Die Einsparungen erfolgten bereits zum 31. Dezember 2010 und tauchen in keiner Nachricht mehr auf. Eine weitere Einsparung erfolgt durch den Ausfall der Regelsatzerhöhung zum 1. Juli 2011. Nach bisherigem Recht hätte der Regelsatz zu diesem Termin um den gleichen Prozentsatz wie die Renten erhöht werden müssen. Nicht nur der nunmehr verkündete Regelsatz, sondern auch die Formel für die Anpassungserhöhungen entspricht nicht den Vorgaben des Verfassungsgerichts. Dieses hat die Preisentwicklung als Grundlage vorgeschrieben und eben nicht die Lohnentwicklung!

Auch bei einer nur teilweisen Berücksichtigung der Lohnentwicklung wird gegen diese Vorgabe verstoßen, denn der Regelsatz ist die unterste Grenze. Diese muss stabil bleiben und ist daher zu 100 Prozent preisabhängig. Die handelnden Parteien kannten die Gutachten der Sachverständigen über den neuen Regelsatz, bevor dieser ihre Zustimmung erhielt. Der DGB hat ein Gutachten von Professor Johannes Münder von der TU Berlin, Lehrstuhl für Sozial- und Zivilrecht, anfertigen lassen. Münder ist der Verfasser des „Lehr- und Praxiskommentars zum SGB II“, den Richter und Anwälte bei der Auslegung des Gesetzes zu Rate ziehen. Pro-

fessor Christoph Butterwegge spricht von einem „politischen Kuhhandel auf Kosten der Hartz-IV-Bezieher“ und einer „Bankrotterklärung des Sozialstaates“. Die Verfassungswidrigkeit wurde also bewusst in Kauf genommen! Den „Mäusekrieg der Hartz-IV-Parteien“ hat Friedhelm Grützner gut beschrieben. Letztlich wollen sie alle den jetzigen Status erhalten und die Erwerbslosen ducken!

Über die Widrigkeiten des Regelsatzes und die mediale Begleitmusik hat Holdger Platta im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Georg-Elser-Initiative Bremen „Aus (welcher) Geschichte lernen? 1932 heute!“ hervorragend referiert. Eine Woche später hat Professor Rudolph Bauer die Zuhörer mitgenommen. Am **10. März 2011** ist die nächste **Veranstaltung** dieser Reihe: „**Hartz IV, ein Bürgerkrieg der politischen Klasse gegen die arm Gemachten**“ (Friedhelm Hengsbach, **Alte Post**, Beginn **19:32 Uhr**). Dies ist aktuell wie nie zuvor! Die Hartz-IV-Parteien rennen sehenden Auges in die Sackgasse, denn ohne Binnenkaufkraft gibt es keine Binnenkonjunktur. Deutschland hat einen gravierenden Liquiditätsüberschuss, der ins Ausland transferiert wird. Wir stehen immer noch vor dem Knall (siehe 285. Bremer Montagsdemo, Teil 5). Die Hartz-IV-Parteien glauben nicht mehr an die eigene Mediendarstellung der heilen Welt. Die Probleme werden einfach vertuscht!

Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wir stehen jeden Montag auf dem Bremer Marktplatz, damit wir verlässlich zu erreichen sind. Wir haben jeden Montag etwas anzumerken! Auf dem Marktplatz erreichen wir Menschen, die noch immer nichts oder wenig über die Hartz-Gesetze wissen, Menschen also, die keine Veranstaltung darüber besuchen würden. Die Bremer Montagsdemo ist eine moderne Demo: Wir haben mehr Besucher im Internet als auf dem Marktplatz. Wir haben einen guten Rückhalt in der Bevölkerung, wir sind der Stachel im Alltag der Politik! Wie lange machen wir noch weiter? Mindestens bis Hartz IV weg ist. Als Zwischenziel auf dem Weg zum Grundeinkommen brauchen wir zunächst ein repressionsfreies, verlässliches Hartz IV. Was wünschen wir uns noch? Dass immer mehr Menschen die Darstellung „Heile Welt“ der Politik durchschauen und hinterfragen. Behauptungen wie „Die sind selbst schuld“ greifen dann auch nicht mehr. Wir wünschen uns, dass immer mehr Menschen sich bewusst werden: „Ich kann etwas ändern!“ Platz auf dem Marktplatz haben wir genug!

Fast vergessen habe ich die Geschichten um den Freiherrn. Er sollte Nachfolger von Lügenbaron Münchhausen werden, wenn es nicht so traurig, so schädlich wäre! Der Freiherr stand scheinbar unter dem Schutz des gesamten Kabinetts. Warum? Ist nur mit solchen Kollegen die jetzige Politik durchsetzbar, also allein zielorientiert, ohne Rücksicht auf Nebenwirkungen und Werte, direkt für die eigenen Interessen? Nein, so nicht! Herr Freiherr, es haben Ihnen viele geholfen, die jetzt durch Ihr Zögern und Ihren verspäteten unehrenhaften Abschied beschädigt worden sind. Viele, aber nicht alle Einzelheiten stehen im Netz, und es kommen immer neue Fragestellungen auf: Was ist mit den Rüstungsaufträgen in Milliardenhöhe? Wo hat die Familie ihr Geld jetzt investiert? Warum wur-

de dem Rüstungskonzern die Vertragsstrafe erlassen? Wie sieht es mit den Bauernopfern für den Angriff auf den Tanklaster mit all den schrecklichen Folgen aus? Stand da nicht Aussage gegen Aussage des Freiherrn? Je länger er blieb, desto länger wurde diese Liste, und umso größer ist auch nach dem Rücktritt der Aufklärungsbedarf. Wir müssen nochmals über die Ungereimtheiten reden! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder kandidiert für „Die Linke“
zur Bremischen Bürgerschaft (Platz 18)

Klauberger zurückgetreten: Kann die „Blöd“-Zeitung doch keinen Kanzler machen? *(„Spiegel-Online“)*

Das (Nicht-)Verhalten der Linken zu den Aufständen in Nordafrika

Die Revolten in Ägypten und den Maghreb-Staaten seien ein Wendepunkt für die gesamte Welt, nicht nur für die Menschen dort. So steht es in einem pointiert formulierten Papier von Menschenrechtsaktivisten aus Göttingen, worin die Haltung der bundesdeutschen Linken zur Revolution in Nordafrika deutlich kritisiert wird. Zu Recht, wie ich meine, denn an Solidarität mit den Befreiungsbewegungen scheint es hierzulande tatsächlich erheblich zu mangeln, von wenigen Ausnahmen wie der Bremer Montagsdemo einmal abgesehen! Es ist wohl längst noch nicht überall klar, dass nur starke internationale Solidarität mit örtlichen Revolutionen gegen die Unterdrücker und Ausbeuter die Dinge zum Besseren wenden kann. Hierzu braucht es allerdings Revolutionen weltweit! Die Verbreitung und Befolgung dieses Göttinger Aufrufs halte ich für absolut notwendig.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Am **Samstag**, dem **5. März 2011**, findet von **11 bis 12 Uhr** eine **Menschenkette** gegen die Verlängerung der **AKW-Laufzeiten** auf dem **Marktplatz** statt (als Vorlauf für die Menschenkette von Neckarwestheim bis Stuttgart am 12. März 2011).

Hartz IV, Lohndumping und Leiharbeit gemeinsam bekämpfen!

Der Hartz-IV-„Kompromiss“ ist in Wirklichkeit keine Erhöhung, sondern eine weitere Senkung! Die Teuerungsrate für Grundnahungsmittel liegt derzeit bei über fünf Prozent; demnach müsste der Regelsatz, nur um dies auszugleichen, um 18,50 Euro steigen. Er steigt aber um lumpige fünf Euro! Ein Alleinstehender erhält in Zukunft 655 Euro einschließlich der durchschnittlichen Kosten für Unterkunft. Die OECD sagt aber: 934 Euro sind das Existenzminimum! Das heißt: Die absolute Verarmung schreitet weiter voran!

Die Grundsicherung im Alter wird künftig vom Bund übernommen. Das entlastet die Kommunen um mehr als zwölf Milliarden Euro. Doch woher holt sich der Bund das Geld? Von der Bundesagentur für Arbeit! Ihr werden dafür die Zuwendungen aus der Mehrwertsteuer gestrichen. Die Folge werden weitere Leistungskürzungen und weiter steigende Beiträge sein!

Die SPD stimmt alldem zu. Wen wundert es? Schließlich wurden die Hartz-Gesetze unter der rot-grünen Schröder- Regierung beschlossen. Jetzt stellt sich die SPD auch noch dreist hin, stimmt dem „Kompromiss“ zu, um dann hinterher „Bedenken hinsichtlich der Verfassungskonformität“ zu äußern. Von dieser Seite ist keine Unterstützung zu erwarten! Es ist an der Zeit, dass die Massen gegen diesen faulen Hartzer Käse auf die Straße gehen und nicht nur dem Lügenbaron Guttenberg, sondern der ganzen Regierung den Schuh zeigen!

Die Spritpreise sind so hoch wie im Rekordjahr 2008, der Liter Super bei 1,50 Euro, der Rohölpreis ist aber um 26 Prozent niedriger! Von Wettbewerb gibt es keine Spur: Die unverschämten Ölmultis treiben skrupellos die Preise voran und füllen sich die Taschen! Dazu lamentieren sie, der Grund seien die „Unruhen“ in der arabischen Welt! Die Volksmassen in Tunesien, Ägypten oder Libyen sollen die Preistreiber sein? Deutschland bezieht nur zehn Prozent seines Öls aus Libyen!

Inzwischen haben die Aufstände auch auf Oman übergegriffen. Bis ins ferne China zittern die Mächtigen zu Recht vor der Wut des Volkes. Wenn jetzt Westerwelle und Merkel „Solidarität“ schreien und der Einsatz von Interventionsstreitkräften „erwogen“ wird, so ist das vollkommen gelogen, denn auf der Seite der kämpfenden Volksmassen steht die Regierung keineswegs. Sie ist es, die mit Waffenlieferungen und anderer Unterstützung die barbarische Unterdrückung über Jahrzehnte abgesichert hat, um im Auftrag der deutschen Monopole an der Ausbeutung der Länder und Völker teilzuhaben. Um ihren Einfluss

zu behalten, lässt sie diese Despoten nun fallen. Die geplante Militärintervention unterstützt nicht die Aufständischen, sondern soll deren Unterjochung aufs Neue zementieren. Hoch die internationale Solidarität! Schluss mit Waffenlieferungen und Militärinterventionen! Weltweit werden die Völker das Joch der Herrschaft weniger Monopole und Superreicher über die große Mehrheit abschütteln.

Zwischenzeitlich fanden erste Warnstreiks bei den Eisenbahnen statt. 26.000 Lokführer wollen fünf Prozent mehr Lohn und gleichen Tarif für Nah-, Fern- und Güterverkehr – egal, ob bei DB oder Privatbahn. Das ist richtig und verdient Unterstützung, ebenso wie der Streik der 200.000 angestellten Lehrer. Sie fordern gleiches Gehalt wie Beamte. Letzte Woche gab es Aktionstage gegen Leiharbeit, unter anderem bei Daimler, Airbus und Stahlwerken. Erst durch die Hartz-Gesetze wurde Zeitarbeit nahezu grenzenlos! Das wissen leider viele Kollegen nicht: Für sie sind die Montagsdemo mit dem Kampf gegen Hartz IV und ihr Kampf gegen Lohndumping und Leiharbeit etwas völlig Unterschiedliches. Aber das gehört zusammen, und wir gehören zusammen! Die Spaltung in Arbeitende und Arbeitslose, in Stammarbeitskräfte und Zeitarbeiter nützt nur den Fabrikbesitzern. Auch deshalb: Weg mit den Hartz- Gesetzen!

Wolfgang Lange (MLPD)

In bester Gesellschaft: Auch Gaddafi-Sohn Saif hat seine Doktorarbeit geklaubergert *(„Die Welt“)*

Kein Autobahn durch den Wald von Chimki bei Moskau!

Wir vom Schwabenstreich Bremen fordern von dem russischen Ministerpräsidenten Medwedew sowie dem französischen Konzern Vinci, vertreten durch Herrn Xavier Huillard, den sofortigen Baustopp der Autobahn von Moskau nach St. Petersburg durch den Wald von Chimki!

Es kann nicht hingenommen werden, dass aus rein wirtschaftlichen Interessen der Wald und alteingesessener Wohnraum vernichtet und die Bevölkerung „vertrieben“ wird. Wir fordern von der russischen Regierung und dem Konsortialführer Vinci einen Runden Tisch, an dem alle Parteien, auch die Umweltschützer von Chimki, über sinnvolle Alternativen verhandeln und den Raubbau an der Natur verhindern!

1.000 Hektar Wald werden sonst durch die Rodungen zerstört und das Ökosystem nachhaltig gestört. Der aufkommende Verkehr kann durch diese Route nicht in den städtischen Verkehrsfluss aufgenommen werden, was zu weiteren Problemen führt. Eine alternative Trassenführung liegt schon vor. Man schlägt vor, die neue Straße parallel zur Leningrader Chaussee zu führen, wo auch die gesamten Strom- und Wasserleitungen verlegt sind und keine Häuser abgerissen werden müssen.

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Nicht öffnen, wenn der Gasmann zweimal klingelt

Zu eurer Kenntnis und Hilfe! Wenn es bei euch zu Hause an der Tür klingelt und ihr seid da, geht unter Umständen besser nicht hin und öffnet nicht, auch wenn ihr gesehen habt, es ist ein junger, gut aussehender Mann. Das kostet möglicherweise, zumindest in Hannover, 46 Euro extra, wenn ihr im Vorfeld eine nie enden wollende Korrespondenz mit eurem Gasversorger hattet. In dem Energiever*sorge*r stecken ja irgendwo die Sorgen! Wenn *er* also vor der Tür steht und sogar zweimal geklingelt hat, ist es nicht der Postbote, der ist preiswerter zu haben. *Er* wird von euch Bargeld verlangen, was ihr aber nicht in der Summe zu Hause habt. Macht nichts! Aber *er* gibt euch ein blaues DIN-A4-Blatt und teilt mit, dass *er* zu einem festen Datum wiederkommt, von euch Geld will oder, und dann kommt es: euch das Gas abstellt. Damit ist *er* kein junger gut aussehender Mann mehr, denn es noch immer winterlich kalt, und ihr heizt mit Gas! Ihr geratet daraufhin bitte nicht in Panik.

Ihr geht zu eurem zuständigen Jobcenter, natürlich nicht allein, legt den blauen Brief vor und bittet sehr freundlich um Auszahlung der von euch geforderten Summe. Der Mitarbeiter auf der anderen Seite des Empfangstresens wird euch erst mal auslachen, zumindest in Hannover. Ihr teilt ihm dennoch mit, es handelt sich um eine offene *Gas*rechnung, und werdet ob seiner Reaktion überrascht sein, denn er hat plötzlich nichts mehr mit euch zu tun, sondern reicht seinen Kunden an einen Kollegen im Hintergrund weiter. Nach angemessener Wartezeit schaut dieser Kollege sehr betroffen auf euren blauen Brief und greift zum Telefon, um mit einem Kollegen zu reden, was es damit auf sich habe, denn ihr hattet ja schon einen langen Vorlauf. Euer Fall ist bekannt, nur von Jobcenterseite ist eben nichts geschehen. Das ist aber genau das Problem, denn die Jobcenter sind angehalten, auf eure Kosten zu sparen, so zumindest nicht nur in Hannover.

Der Kollege am anderen Ende erteilt den Bescheid, das Geld sei nicht zu bewilligen, natürlich ohne Begründung, so zumindest in Hannover. Ebenso natürlich

wollt ihr aber diesen Bescheid schriftlich haben. Der Kollege am anderen Ende gibt nun die Auskunft, der Bescheid sei bereits in der Post, ihr hättet diese abzuwarten. Eine Kopie davon zu erstellen, sei nicht möglich, was auch den Kollegen euch gegenüber erstaunt. Wohlgemerkt, das ganze ist eine Terminsache! Eine Diskussion gibt es darüber aber nicht und auch keine Hilfe, so zumindest in Hannover. Der Kollege vor euch gibt hinter vorgehaltener Hand den Tipp, zum Sozialgericht zu gehen, zwecks Erwirkung einer einstweiligen Anordnung gegen das Jobcenter. Ihr seid gut vorbereitet, habt alle Unterlagen dabei, und nach circa 30 Minuten habt ihr, was ihr nicht wolltet, aber doch braucht: die einstweilige Anordnung! Damit geht ihr zu eurem Energieversorger, denn der will euch ja das Gas abschalten.

Der freundliche Kundenberater vor euch erklärt aber, sehr zu eurem Leidwesen, er könne nichts für euch tun, das ganze daure schon viel zu lang, ihr seiet im Verzug, darum lasse er zum geplanten Termin das Gas abdrehen. So zumindest in Hannover. Ihr werdet aber immer noch nicht panisch und protokolliert alles mit! Nebenbei lasst ihr den für euch wichtigen Satz fallen, ob ihm denn klar sei, dass das ein Verfassungsbruch sei, jemandem im Winter das Gas abzudrehen. Das ist nämlich der Obdachlosigkeit gleichzusetzen. Der Kollege Kundenberater wird stutzen und sofort zu Telefon greifen. Die Rechtsstelle meldet sich, er schildert den Fall, bekundet den Willen zur Abschaltung, grinst euch an, denn Verfassungsbruch findet er gar nicht gut und... er wird blass! So zumindest in Hannover. Die Kollegin in der Rechtsstelle wird ihm gesagt haben, um die ausstehende Summe streiten sie nicht, sie hätten *ganz* andere Fälle, und er solle die Absperrverfügung zurücknehmen. Das aber wolltet ihr ja genau. Gesagt von oben wird unten auch getan, so zumindest in Hannover. Und es gibt eine neue Fristsetzung, um die Angelegenheit mit dem Amt weiter zu betreiben. Viel Erfolg!

Zuschrift aus Hannover

Abgeschrieben: Qualitätsrundfunksender beansprucht „Urheberrecht“ für die Wiedergabe eines GEW-Flugblattes in indirekter Rede *(„Radio Bremen“)*

Hartz IV, die Fortsetzung eines Denkens aus dem 19. Jahrhundert

Hartz IV hat nichts mit „schwach“ oder „ungebildet“ zu tun, sondern mit einer Vielzahl anderer Aspekte, welche offensichtlich nicht geändert und an globales Wirtschaften angepasst werden sollen. Die Kosten im Sozialen explodieren nicht aufgrund überbordender Inanspruchnahme durch „faule und dumme“ (?) Menschen. Die Kosten explodieren, weil Hartz IV die Fortsetzung eines Denkens ist, das we-

nig mit Denken, aber viel mit 19. Jahrhundert zu tun hat. Nur mit der globalisierten und innovativen, beschleunigten Arbeitswelt hat das „systemische Problem Arbeitsagentur“ gar nichts mehr zu tun. Jeder bürokratische Akt dieser auf Misstrauenskultur basierten Behörde verursacht Kosten! Ein Mehr an Regeln und selbsternannten „Reformen“ wird diese Kosten noch weiter in die Höhe treiben und dabei die Sozialgerichte noch mehr mit Klagen überhäufen. Selbst bei manchen Ökonomen ist es bereits in den 90er Jahren angekommen, dass hierin keine Lösung liegt (Stichwort „Club of Rome“).

Tatsächlich wäre ein „bedingungsloses Grundeinkommen“, ohne kostenintensive Sanktionierungskultur und Bevormundung erwachsener Menschen, nicht nur der Menschenwürde zuträglich, sondern schlicht kostengünstiger! Statt „staatlich geförderter Entmündigung“ ein echter Dialog auf Augenhöhe mit dem Mitmenschen. Ganz „nebenbei“ würde dies den Binnenmarkt stärken, da etwas mehr an monetären Mitteln bei den Bedürftigen der Gesellschaft sofort in den Markt zurückfließt. Eine Regelung auf EU-Ebene wäre noch angemessener, denn alle europäischen Länder kämpfen mit dem Thema „Arbeitslosigkeit und normative Selektion im ökonomischen Kontext“. Die viel gepriesenen fünf Euro stehen einer Streichung des Heizkostenzuschlages, des Rentenbeitrages und des Elterngeldes (ihr armen Kinder!) entgegen, es kann also nicht von einer „Erhöhung“ sondern nur von einer massiven Kürzung gesprochen werden. „Schwach“ ist in dieser sozioökonomischen Interaktion nur einer: ein Staat, welcher Probleme aussitzt, statt sie zu benennen und mutig, im *Dialog* mit *allen* Bürgern, anzugehen. Diese „Schwäche“ wiederholt mit Diätenerhöhungen zu „entlohnen“, macht einfach nur noch sprachlos. Mit netzweiten Grüßen eines Sprachlos-Bürgers.

Zuschrift von Monja Ben Messaoud, Waldenbuch

Hunderttausende finden das gutt: Theovuz Klauberger
wird neuer Star am Erotik-Himmel *(„Die Zeit“)*

Für die Hartz-Gesetze müssen sich alle Beteiligten schämen

Sehr geehrter Herr Wege, Ihre Frage bei der Veranstaltung zu den Hartz-Regelsätzen hätte ich sehr gerne beantwortet. Ich hatte in meinem Eingangsbeitrag deutlich gemacht, dass ich der Meinung bin, dass sich alle Beteiligten für die Hartz-Gesetze schämen müssen – schließlich wurden sie an zwei Punkten vom Verfassungsgericht kassiert. Außerdem halte ich die dahinterstehende Idee, die Sozialleistungen alle zu pauschalieren, für falsch und der individuellen Lage nicht angemessen. Richtig finde ich an den Hartz-Gesetzen den Versuch, Sozialhilfe

und Arbeitslosenhilfe in einem Gesetz zusammenzufassen, wobei leider eine arbeitsmarktpolitische Sichtweise deutlich Oberhand gewonnen hat gegenüber einer an dem Hilfebedarf von einzelnen Menschen orientierte Hilfe, die keineswegs nur aus Arbeitsangeboten und Geld bestehen sollte.

Ihre Frage hatte ich so verstanden, dass Sie zu Recht darauf hinweisen, dass das Problem ja nur deshalb besteht, weil es nicht gelingt, allen Menschen eine existenzsichernde Arbeit zu verschaffen. Die Einschätzung teile ich – hierhin reicht die Macht des Staates nicht. Er repariert, was die Wirtschaft nicht leistet – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es gibt die Macht des Staates nicht, die Unternehmen zu zwingen, Arbeitslose einzustellen oder die 20-Stunden-Woche vorzuschreiben. Für gesetzliche Mindestlöhne setze ich mich ein, auch hier waren die Verhandlungen der letzten Woche nicht gerade erquickend: Es ist nicht gelungen, dafür eine politische Mehrheit zu bekommen.

Über das bedingungslose Grundeinkommen müssten wir mal länger diskutieren. Ich halte es für völlig illusionär. Es müsste die Steuereinnahmen, die wir jetzt schon nicht hoch genug bekommen, mehr als verdoppeln. Außerdem sehe ich überhaupt nicht ein, wieso jemand, der genug Geld hat, solche staatlichen Transfers erhalten soll. Die größte Kritik meinerseits an diesem Ansatz besteht aber darin, dass hier in braver Tradition zu den Hartz-Irrtümern das Sozialstaatsgebot ausschließlich auf Geld reduziert wird. Hilfe für bedürftige Menschen muss aus viel mehr bestehen. Das wünschen sich viele, auch von der „anderen Seite“: Gib den Armen das Geld, und dann lassen sie uns in Ruhe. Ihre Kritik an der steigenden Anzahl von Renten unter dem Existenzminimum teile ich ausdrücklich. Hoffentlich habe ich Ihre Fragen wenigstens noch so beantwortet. Mit freundlichen Grüßen.

Zuschrift von Karoline Linnert („Die Grünen“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

319. Bremer Montagsdemo am 07. 03. 2011

Die Untätigkeit der Mitwisser des Verfassungsbruchs

Gerolf: Ich erinnere mich, dass Sie es am 27. September 2004 beim Besuch der Bremer Montagsdemo im Parteibüro der Grünen noch für richtig gehalten haben, dass nun „nicht mehr jeder Küchenstuhl einzeln beantragt“ werden müsse und begrüße daher Ihren Einschätzungswandel zur Pauschalierung aller Sozialleistungen. Ich erinnere mich weiterhin an den Ausspruch Ihres anwesenden Parteikollegen „Wir hoffen, dass Hartz IV verfassungswidrig ist“. Unverständlich bleibt mir, wie Vertreter demokratischer Parteien – und dies gilt heute besonders für die Vorsitzenden Gabriel und Roth, aber auch für die Bremer Landesregierung – trotz derartiger Bedenken einem offenkundig verfassungswidrigen Gesetz zustimmen können beziehungsweise auf die Anrufung des Verfassungsgerichtes, um den Betroffenen einen erneuten jahrelangen Klageweg durch die Instanzen zu ersparen, verzichten. Dadurch entlarvt sich eine Geisteshaltung von „Hauptsache Geld gespart“ und „Nach mir die Sintflut“.

Karoline: Den Küchenstuhl nicht mehr beantragen zu müssen, finde ich immer noch richtig. Bei Kühlschränken, Herden und Waschmaschinen sieht das ganz anders aus, und das vertrete ich auch schon viele Jahre!

Gerolf: Das ist aber nur eine Nebensache, denn es geht um die Verfassungsmäßigkeit der Regelsätze. Um es noch einmal anders auszudrücken: Wenn ich Mitwisser einer Straftat werde, habe ich diese anzuzeigen. Ich darf nicht meine Hände in Unschuld waschen und sagen: „Sollen doch die Opfer die Polizei rufen“. Aber genau so achselzuckend verhalten sich jetzt die Mitwisser (und Mittäter!) des Verfassungsbruchs bei den nicht realitätsgerechten Regelsätzen. Sie, Frau Bürgermeisterin, und Ihre Lan-

desregierung haben die Möglichkeit, eine Normenkontrollklage zu erheben – und unterlassen es.

Karoline: Ich gehe davon aus, dass aus den Reihen des Bundestages über eine Klage nachgedacht wird. Ob Bremen als Bundesland eine Initiative unternimmt, kann ich nicht allein entscheiden. Außerdem gibt es vom obersten Sozialgericht in Hessen einen fertigen Anrufungsbeschluss vor dem Verfassungsgericht – es ist also sichergestellt, dass das Verfassungsgericht sich in nicht so ferner Zukunft mit der Sache beschäftigt, was ich ausdrücklich begrüße. Die Hände in Unschuld wasche ich auch nicht.

E-Mail-Diskussion zwischen Gerolf D. Brettschneider (parteilos) und Karoline Linnert („Die Grünen“), Bremer Finanzsenatorin und Teilnehmerin am Hartz-IV-Vermittlungsausschuss

Es ist keine Klage der Bundestagsabgeordneten zu erwarten

1. Eine Diskussionsveranstaltung der Bremer Grünen am 2. März 2011 mit dem Titel „Kompromiss oder Scheitern – Regelsatzverhandlungen mit zweifelhaftem Ausgang“ wurde wie folgt angekündigt:

> „Das Bundesverfassungsgericht hat im Februar 2010 die Berechnung der **Regelsätze** für verfassungswidrig erklärt und die Bundesregierung aufgefordert, bis zum 1. Januar 2011 eine verfassungskonforme Berechnung vorzulegen. Diese soll folgenden Ansprüchen genügen: ‚Zur Ermittlung des Anspruchumfangs hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren zu bemessen.‘
>
> Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat im November 2010 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der keines der Kriterien erfüllt: Die Berechnung ist weder transparent noch sachgerecht und erst recht nicht realitätsgerecht. Sie ist nicht schlüssig, denn sie kann nicht auf der Grundlage verlässlicher Zahlen nachvollzogen werden. Im Dezember 2010 wurde dieser Entwurf trotzdem in erster Lesung im Bundestag von der Regierungsmehrheit beschlossen; im Bundesrat fand er allerdings keine Mehrheit. Die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zogen sich bis in den Februar 2011 hin und standen immer wieder vor dem Scheitern. Als klar wurde, dass ein verfassungskonformer Regelsatz nicht erreichbar ist, stiegen die Grünen aus der Verhandlung aus.

Auf der Veranstaltung wird unsere Bürgermeisterin Karoline Linnert über die Verhandlungen berichten; das Ergebnis der Verhandlungen wollen wir mit Fachleuten beraten. Es diskutieren – gerne auch mit Ihnen: Karoline Linnert, Bürgermeisterin und Finanzsenatorin der Freien Hansestadt Bremen; Martin Lühr, unabhängige Beratungsstelle ‚Agab e.V.'; Christoph Wündrich, Richter am Landessozialgericht Bremen-Niedersachsen. Moderation: Horst Frehe, Bürgerschaftsfraktion Bündnis 90/Die Grünen."

Schon die Ankündigung bestätigt unsere Meinung: Die Hartz-IV-Reform ist nicht verfassungsgemäß. Frau Linnert war an den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss in der Arbeitsgruppe Regelsatzhöhe beteilig. Die Regierungsseite hat sich gegenüber der Arbeitsgruppe durch einen Staatssekretär vertreten lassen. Alle Argumente gegen die Berechnungsart und alles Details wurde von ihm mit „Das sehen wir anders" oder ähnlich kommentiert. Es war daher keinerlei Bewegung zu erreichen. Die Berechnungen erfüllen nun – wie bereits in obiger Ankündigung gesagt – die Anforderungen des Verfassungsgerichts wahrscheinlich nicht: „Als klar wurde, dass ein verfassungskonformer Regelsatz nicht erreichbar ist, stiegen die Grünen aus der Verhandlung aus."

Die genannten Rechenkunststücke kamen mir sehr bekannt vor. Ähnliches stand auch im Vorlagebeschluss des Hessischen Landessozialgerichts. Außer den bekannten Streichungen der Gelder für Tabak und Alkohol wurden unter anderem auch Schnittblumen herausgerechnet. Es wurde nicht berücksichtigt, dass die Ausgabe für Schnittblumen ja bei einer anderen Position eingespart und dort abgeknapst wurde. Es wurde einfach herausgenommen. Dadurch wurde dieser Mensch faktisch um diesen Betrag ärmer. Genauso wurde auch mit den anderen Streichungen verfahren. Der Zirkelschluss durch Mitrechnen der Aufstocker wurde nicht beachtet und die Verkleinerung der Bezugsgruppe auf 15 Prozent nicht begründet. Die vorliegenden Gutachten über die neuen Rechenkunststücke wurden nicht beachtet, die Anmerkungen nicht abgestellt. Der Bund hat die Länder über die Vereinbarung zur Grundsicherung gekauft und damit den Streit um die Länderfinanzen entschärft. Ein politischer Deal zulasten der Erwerbslosen!

Aus der Abstimmungsliste für die Regelsatzänderung und den Äußerungen der Bundesgrünen ergibt sich, dass keine Normenkontrollklage der Bundestagsabgeordneten zu erwarten ist. „Die Linke" allein hat nicht die erforderlichen 25 Prozent. Die Verschlechterungen im Kleingedruckten waren insgesamt überhaupt kein Thema! „Das Ergebnis inklusive Bildungspaket per Gutschein entspricht der Stammtischhoheit", so Frau Linnert. Der Mindestlohn wurde vom Tisch gewischt. Die Bildungsleistungen für Kinder waren auch nicht verhandelbar. Die Antragstel-

lung soll vom Leistungsbezug abhängig werden, also für ALG II, Wohngeld, Sozialhilfe und Kinderzuschlag jeweils eigenen Abläufen folgen. Die Senatorin für Soziales soll es umsetzen.

Es wurde noch viel gesagt und vorgetragen. Alle waren sich einig: Dies ist Schummelei. Natürlich war Richter Wündrich dabei zurückhaltender. Er machte klar, dass das Bundesverfassungsgericht nicht von sich aus tätig werden kann. Er vermutete aber auch eine entsprechende Gemütslage bei den Richtern. Alle waren sich einig: Die Regelsatzhöhe ist ein Druckfaktor, um niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Zum Ende der Veranstaltung kam folgende Frage an das Podium: „Ist es richtig, dass das Hessische Landessozialgericht erneut einen Vorlagebeschluss für das Bundesverfassungsgericht vorbereitet?“ – „Ja“, war die Antwort. Die Juristen auf dem Podium waren sich einig. Näheres wusste keiner – es soll so sein. Die Rahmenbedingungen für die Zahlung von ALG II sieht diese Regierung wie folgt: ALG II ist kein Dauerzustand, daher reicht der Regelsatz!

Fazit (siehe auch 285. und 318. Bremer Montagsdemo): Wie seit Langem werden Probleme versteckt und negieret und eine heile Welt vorgegaukelt. Die nicht betroffene Öffentlichkeit erhält ein falsches Bild über die Situation der Erwerbslosen. Ein weiterer Grund für den Antrag auf verfassungsgemäße Regelleistungen! Daher macht euch ran! Erst den Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X für alle Leistungsbescheide nach dem 1. Januar 2007 und dann den Antrag auf verfassungsgemäße Regelleistungen sowie den Antrag auf Leistungen für die Kinder mit Bitte um Weiterleitung beim (No)Jobcenter abgeben und für Sonderbedarfe die Anträge stellen. Es steht alles auf den vorherigen Seiten der Bremer Montagsdemo.

2. Das Vorspiegeln einer heilen Welt einerseits und die absolute Entrechtung und Vereinzelung der Betroffenen andererseits – dies arbeitet die Veranstaltungsreihe der Georg-Elser-Initiative Bremen „Aus (welcher) Geschichte lernen? 1932 heute!“ gut heraus. Am **Donnerstag**, dem **10. März 2011**, ist die nächste **Veranstaltung** dieser Reihe: „**Hartz IV, ein Bürgerkrieg der politischen Klasse gegen die arm Gemachten**“ (Friedhelm Hengsbach, **Alte Post**, Beginn **19:32 Uhr**). Der Eintritt ist frei! Die bisherigen Veranstaltungen sind nachlesbar. –

Zurück zum Alltag rund um das (No-)Job-Center. Da hat sich ein Mensch gewundert! Er hat Arbeit gefunden und es der Behörde mitgeteilt. Dann ist er krank geworden und hat es mitgeteilt. Er hat auch Geld erhalten und es mitgeteilt. Es gab keine Reaktion. Dann hat er die Arbeit verloren und es der Behörde mitgeteilt. Er ist noch kränker geworden und hat es mitgeteilt. Es gab keine Reaktion! Der Mensch hat diese Sache im Alltag verdrängt und das Geld ausgegeben, denn es gab entsprechenden Bedarf. Das (No-)Job-Center hat jetzt durch den vierteljährlichen EDV-Abgleich mit den Meldungen der Arbeitgeber zur Sozialversicherung diese Beschäftigung hinterfragt und mit Folgen gedroht. Leider hat das Menschenkind alle Unterlagen per Post geschickt beziehungsweise selbst in den

Briefkasten der Behörde geworfen, alles ohne **Eingangsstempel**. Nun soll er alle Unterlagen vorlegen, die Rückforderung abwarten und damit umgehen, dass der Mensch dumm dasteht. Bitte nicht nachmachen, sondern alles nur gegen Stempel abgeben! Damit wäre die Unterlassung der Behörde nachweisbar. Was hilft jetzt? Wir gehen mit! –

Noch wirkt der **Überprüfungsantrag** nach § 44 SGB X vier Jahre rückwirkend. Wer es noch nicht getan hat, sollte ihn stellen: zwei Wochen zurückblättern und den Kugelschreiber zücken! Dies geht noch, weil Präsident Wulff verreist ist. Sobald das Regelbedarfsermittlungsgesetz im Bundesgesetzblatt steht und in Kraft getreten ist, wirkt der Antrag nach § 44 SGB X nur noch ein Jahr rückwirkend, und das (No-)Job-Center darf auch eigene Fehler zulasten des Anspruchsberechtigten berichtigen und nachfordern, was bisher nicht möglich war. Das verabschiedetete SGB II soll am 1. April 2011 in Kraft treten. Ich würde mit dem Antrag nach § SGB X nicht so lange warten! –

Am Dienstag dieser Woche ist **Frauentag**, leider erst der 100. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass meine Mutter sich Arbeit gesucht hatte und für die Wirksamkeit ihres Arbeitsvertrages die Unterschrift des Ehemannes brauchte. Das ist zum Glück abgeschafft, Schnee von gestern! Das „Schaffermahl“ in Bremen musste auch dieses Jahr ohne Weiblichkeit auskommen. Keine Frau wurde zum „Schaffer“ ernannt, keine Geschäftsfrau eingeladen. Auch die Argumente sind gleich geblieben: Die Tradition verpflichtet! Auch die Unterschrift des Ehemannes auf dem Arbeitsvertrag seiner Frau war Tradition und wurde zum Glück geändert. Auch das Recht auf die erste Nacht mit jeder Braut stand traditionell dem Gutsherrn zu und wurde zum Glück geändert.

Alle Erfahrungen über die Einbindung der Weiblichkeit zeigen Erfolge der Weiblichkeit auf! Das „Haus Seefahrt“ sollte schleunigst Flagge zeigen! Ist dies wirklich die Meinung der Mehrheit – oder vorauseilender Gehorsam? Erkennen die „Schaffer“ nicht die Auswirkung dieser Ausgrenzung, die Blockierung der Weiblichkeit über die Traditionsunternehmen der Freien Hansestadt Bremen hinaus? Wer Frauen ausgrenzt, hat keine Zukunft, auch nicht unter dem Deckmantel der Tradition. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder kandidiert für „Die Linke“
zur Bremischen Bürgerschaft (Platz 18)

Unter dem Motto „Freiheit statt Frontex“ findet am **Samstag**,
dem **12. März 2011**, um **11 Uhr** ab **Hauptbahnhof** eine
Demonstration der **Solidarität** mit den Menschen in **Libyen**
und den anderen Staaten Nordafrikas und Arabiens statt.

Parallel zur Montagsdemo ist für den **14. März 2011** ab **18 Uhr** auf dem
Marktplatz eine **Mahnwache** gegen **Atomkraft** angekündigt worden

Brot und Rosen!
Her mit dem ganzen Leben!

Feiern wir am **8. März 2011** gemeinsam den 100. „Internationalen **Frauentag**“! Millionen Frauen tragen dann wieder ihre Forderungen und Visionen überall auf der Welt auf die Straße. Seit dem sozialistischen Ursprung vor 100 Jahren hat die Frauenbewegung viel bewegt, aber die besondere Ausbeutung und Unterdrückung aufgrund des Geschlechts ist noch längst nicht beseitigt. Gewalt gegen Frauen ist allgegenwärtig: Über 100 Millionen Frauen auf der Welt werden zur Genitalverstümmlung gezwungen. In Kriegen werden Vergewaltigungen als Kriegswaffe eingesetzt. Menschenhandel und Zwangsprostitution sind ein wachsendes, höchst lukratives, internationales Geschäft.

„Aber in Deutschland sind Frauen doch gleichgestellt“: Diesen Eindruck erwecken die etablierten Parteien und die Glitzerwelt der Medien. Doch die Realität sieht anders aus: In Bremen ist der Lohnunterschied mit 26 Prozent doppelt so hoch wie in vergleichbaren Großstädten. Im Schnitt verdienen Bremerinnen pro Monat 1.184 Euro weniger als Männer, vor allem durch den massiven Ausbau des Niedriglohnsektors in der Hansestadt. Viele Frauen werden in Minijobs gedrängt und sind auf ALG II angewiesen. Frauen- und Kinderarmut steht so immer mehr auf der Tagesordnung. Nach den jüngsten Zahlen der Deutschen Rentenversicherung bekommt eine Frau in Westdeutschland durchschnittlich 473 Euro Altersrente, Männer hingegen 970 Euro.

Empfängnisverhütung durch die Pille kostet monatlich bis zu 16,50 Euro. Vor Einführung der Agenda 2010 bekamen arbeitslose oder gering verdienende Frauen die Pille auf Rezept, seit 2005 gibt es das nicht mehr. Die Anzahl ungewollter Schwangerschaften hat daher drastisch zugenommen. Laut einer Umfrage von „Pro Familia“ ist zum Beispiel in Köln die Zahl der Hartz-IV-betroffenen Frauen, die regelmäßig mit der Pille verhüten, in diesem Zeitraum von 67 auf 30 Prozent gesunken. Der aktuelle ALG-II-Regelsatz für Gesundheitsleistungen, von denen auch die Praxisgebühr bezahlt werden muss, sieht monatlich 15,55 Euro vor. Die Antibabypille kostet so viel wie dieses ganze Budget!

In Deutschland entspricht der Umfang der unbezahlten Haus-, Pflege- und Familienarbeit der Frauen der Bruttowertschöpfung der gesamten deutschen Industrie. Ohne diese Mehrfachbelastung könnte diese Gesellschaft überhaupt nicht existieren. Damit das so bleibt, werden Traditionen, Werte und Rollenbilder manifestiert. Das Selbstbewusstsein von Mädchen und Frauen wird unterwandert, indem ein sexistisches Schönheitsideal verbreitet wird. „Besonders hübsch,

schlank, jung und sexy“: Die Mode- und Unterhaltungsindustrie prägt ein dominantes Bild in der Werbung und in den Medien.

In Bremen gibt es drei Frauenhäuser, die mit großer Fürsorge die Opfer häuslicher Gewalt betreuen. Am „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“ beklagten Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser zu Recht, dass sie nur Hartz-IV-Betroffene aufnehmen dürfen. „Früher bekamen wir Haushaltsmittel, die wir selbst verwalten konnten. Jetzt haben wir Pflegesätze, die vom Betreuungsschema der Bagis abhängen“ („Weser Kurier“ vom 25. November 2010). Auch das muss sich ändern!

Mit dem heutigen technischen, medizinischen und wirtschaftlichen Fortschritt müsste niemand mehr hungern, könnten Krankheiten besiegt, unsere Umwelt gerettet werden. Wir könnten ein Leben führen, in dem unsere Fähigkeiten genutzt und unsere Bedürfnisse befriedigt werden. Dies verhindert die Profitgier einiger weniger, die auf unsere Kosten immer reicher werden. Doch immer weniger Menschen lassen sich das gefallen! Die Befreiung der Frau ist mehr als die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Sozialismus werden Kindererziehung, Schulbildung, kulturelle Förderung und auch die Pflege von Kranken und Alten gesellschaftliche Aufgaben werden und nicht von der finanziellen Situation der einzelnen Familie abhängen.

So etwas wie im Kapitalismus, wo man an den Zähnen erkennen kann, ob jemand Geld hat oder nicht, soll es nicht geben. Außerdem sollen im Sozialismus die Frauen von der zermürbenden privaten Hausarbeit befreit werden. Dazu gehört auch die Erziehung der Männer, sich dafür verantwortlich zu fühlen. Vor allem aber soll so viel Familienarbeit wie möglich gesellschaftlich und im großen Maßstab organisiert werden. Das Waschen und Bügeln können Reinigungsbetriebe übernehmen. Vorstellbar sind Fensterputzbrigaden, stadtteilnahe Kantinen mit leckerem und gesundem Essen und qualifizierte Pflegedienste. Heute bleibt alles an der Familie und dabei vor allem an der Frau hängen, wenn plötzlich ein(e) Angehörige(r) krank wird. Das alles muss im Sozialismus gesellschaftlich geregelt werden.

Über gesellschaftliche Perspektiven diskutiert die „Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen“ genauso wie über die künftige Vernetzung und gemeinsame Projekte der internationalen Frauenbewegung. Die „Weltfrauenkonferenz“ in Venezuela endet am Dienstag dieser Woche mit einer Großdemonstration. Es gibt vom **Marktplatz** aus eine Live-Schaltung nach Caracas! Um **16 Uhr** finden eine **Demonstration** ab Treffpunkt Roland und bunte Straßenaktionen durch die Bremer Innenstadt statt. Die Bremer Montagsdemo ist dabei. Brot und Rosen! Her mit dem ganzen Leben!

Harald Braun

„Dekorieren Sie Ihren Penis mit Honig“: „Feiern Sie die Rechte der Frauen im Bett“ *(„Bild“-Zeitung)*

Grabenbuddeln zwischen Schneeschippen und Spargelstechen

1. Das Jobcenter Rhein-Kreis Neuss gewährt seinen Kunden eine ganz besondere Freiheit: Dort wird den Betroffenen der Luxus zugestanden, sich zwischen Pest und Cholera zu entscheiden, ob sie nämlich lieber frieren oder hungern möchten. Wie das möglich ist? Nun, das Jobcenter lässt sich von den Leistungsberechtigten eine Anerkennung der Begrenzung von **Heizkostenübernahme** unterschreiben. Personen, die um ihre Rechte wissen und sich weigern, dieses Papier zu unterschreiben, werden auf die Folgen einer dadurch angeblich „fehlenden Mitwirkung“ hingewiesen: Ihnen könne das Jobcenter die Leistung bis zur „Nachholung der Mitwirkung“ ganz oder teilweise versagen oder entziehen.

Hierzu erklärt der Bundessprecher der „Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV“, Werner Schulten, Vorstandsmitglied des Linkspartei, dass mit der Vorspiegelung, diese Begrenzung sei gesetzlich vorgeschrieben, Betroffene auf perfide Weise genötigt werden, auf die ihnen zustehenden Leistungen zu verzichten. Dabei sieht das Gesetz vor, dass Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht werden müssen, soweit diese angemessen sind! Dass die verschiedenen Bedingungen nicht durch eine Pauschale festgelegt werden können, liegt auf der Hand. Alles andere ist eine arglistige Täuschung, und die Androhung von Sanktionen bei Weigerung der Unterschrift erfüllt den strafrechtlichen Tatbestand der Nötigung! Ich hoffe, dass niemand allein zu diesen Jobcentern geht oder sich andernfalls sein Recht beim Sozialgericht holt!

2. Zu hören ist auch von weiteren Jobcentern, die keinen wirklich, sagen wir mal, kundenfreundlichen Umgang mit den Hartz-IV-Beziehern pflegen. So berichten zum Beispiel Betroffene aus dem Hochtaunuskreis von ihren Erfahrungen mit den Jobcenter-Mitarbeitern im Bad Homburger Landratsamt. Eine alleinerziehende Mutter erzählt, dass sie sich wie bei der Stasi vorgekommen sei: Weil sie angeblich in einer festen Beziehung lebe, sei ihr von der Behörde die Unterstützung gestrichen worden. Offenbar wurde wochenlang die Wohnung der Transferleistungsbezieherin beobachtet, um zu ergründen, wer dort ein- und ausgehe. Dabei

hatte die Mutter eines siebenjährigen Sohnes zu diesem Zeitpunkt gar keine feste Beziehung. Sie beklagte sich darüber, dass Beamte ohne jedes Mitgefühl und ohne jede Grenze bei ihr eine **Hausdurchsuchung** vorgenommen und ihr komplettes soziales Umfeld überprüft hätten.

Wusste sie denn nicht, dass sie diese Schnüffler gar nicht hätte hereinlassen müssen? Es wäre außerdem ihr gutes Recht gewesen, einen Freund zu haben und sich von diesem besuchen zu lassen, wann immer ihr das gefällt. Auch ein Familienvater, der 20 Jahre lang als erfolgreicher Geschäftsmann in der Region tätig gewesen ist, bestätigt diese Praxis: Je länger er keinen Job fand, desto schlechter sei er behandelt worden. Arbeitslosigkeit sei die Hölle! Nach vollständiger Prüfung seiner Daten sei ihm vorgeworfen worden, dass er einen Aktienfonds „unterschlagen“ habe, obwohl dieser schon lange gepfändet war. Nachdem ihm trotzdem mit der Räumung der Wohnung gedroht wurde, habe man ihm den unverschämten Vorschlag gemacht, ins Obdachlosenheim zu gehen. Es muss eigentlich kaum erwähnt werden, dass der Familienvater in den vergangenen vier Jahren kein einziges ernstzunehmendes Jobangebot von der Behörde erhalten hat.

3. Bereits zum Jahresende senkte das Jobcenter Bochum die „**Mietobergrenze**“ um 9,98 Euro. Grund ist eine Änderung in der aktuellen „Arbeitshilfe“ des vom Ex-DGB-Funktionär Guntram Schneider (SPD) geführten nordrhein-westfälischen Sozialministeriums, wonach einer Einzelperson nur noch 45 Quadratmeter Wohnfläche zugestanden werden. Nach Ansicht von Beratungsstellen, der Anwaltschaft und des „Mieterforums Ruhr“ widerspricht dies der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts und ist bereits gerichtsanhängig. Wenn bei einem Neubezug eine anfallende Differenz aus der Regelleistung bezahlt werden müsse, wäre die aktuelle „Erhöhung“ von fünf Euro bereits doppelt „verbraten“!

4. Letzte Woche meldete „Radio Bremen“, dass ein kirchlicher Sozialverband in Niedersachsen **Hilfskräfte** aus Osteuropa an Pflegebedürftige vermitteln wolle. Dazu werde die „Caritas“ ab Mai 2011 Frauen aus Polen zur Rund-um-die-Uhr-Betreuung von Bedürftigen einsetzen, was monatlich 1.850 Euro koste. Die Linksfraktion kritisierte die „Caritas“-Pläne und warf ihr vor, auf einen „modernen Sklavenmarkt“ hinzusteuern. Selbstredend wies die „Caritas“ im Oldenburger Land die Kritik an der geplanten Vermittlung polnischer Hilfskräfte zurück. Manfred Bockhorst, Leiter des „Caritas“-Projekts, betonte, das Projekt sei nicht als 24-Stunden-Betreuung zu verstehen. Angeblich ist dem Verband daran gelegen, die Beschäftigung von polnischen Hilfskräften „aus der rechtlichen Grauzone“ herauszuholen.

Huch, wie herzig und gar allerliebst selbstlos! Ich persönlich finde es völlig egal, dass die Frauen nun „lediglich“ Haushaltstätigkeiten und keine Pflegetätigkeiten ausüben dürfen, wozu neben Einkaufen, Wäschewaschen und begleiteten Spaziergängen aber auch Hilfe beim An- und Ausziehen, beim Essen und bei der Hygiene gehörten. Die Grenze zwischen Haushalt und Pflege ist fließend,

und ich finde es wichtig, dass die Frauen anständig bezahlt werden. Davon gehe ich allerdings nicht aus, denn die Frauen werden ja nicht umsonst aus Polen angekarrt, wo mehr als in Deutschland auch noch mit niedrigen Dumpinglöhnen die teuren Lebenshaltungskosten bezahlt werden können. Allerdings ist mir die Vorstellung unerträglich, dass die polnischen Frauen wie Hausmägde aus dem 19. Jahrhundert immer zur Verfügung stehen müssen und sich bestimmt weder räumlich noch sonstwie persönlich abgrenzen können!

Es steht zu befürchten, dass diese typisch „weibliche“ Reproduktionsarbeit wie üblich nicht ernstgenommen und deswegen äußerst mies bezahlt werden wird! Von den 1.850 Euro brutto sollen nur 1.000 Euro netto bleiben. Müssen die Frauen auch noch Vermittlungsgebühr bezahlen und von ihrer Arbeit andere mitprofitieren lassen? Die evangelische Diakonie im Oldenburger Land gab zu bedenken, dass gerade demente Menschen auch nachts sehr aktiv sind. Daher sei es egal, ob zuvor feste freie Zeiten ausgehandelt wurden: Dann müssen die Hilfskräfte ran, und am nächsten Tag geht es nahtlos-schlaflos weiter! Von einer 24-Stunden-Betreuung wird aber selbstverständlich nie die Rede sein können.

5. Wir befinden uns jahreszeitlich zwischen Schneeschippen und Spargelstechen – und von wem außer der FDP hätte jetzt der bescheidene Vorschlag kommen können, Erwerbslose in Sachsen-Anhalt zur Sanierung der Entwässerungsgräben einsetzen? Weil eine schnelle und unkomplizierte Lösung bei der Bekämpfung der hohen Grundwasserstände im Land gefunden werden müsse, sollen die Langzeitarbeitslosen kurzfristig und zeitlich befristet aushelfen. Bitte, aber Arbeit soll sich ja wieder lohnen, also her mit anständigen Löhnen! Das durchzusetzen dürfte schwer werden, weil das in Sachsen-Anhalt schon in der „freien“ Wirtschaft nicht üblich ist. Aber als Ein-Euro-Jobber können sie die Arbeitslosen hier nicht ausbeuten, da diese Arbeiten nicht zusätzlich sind, denn dafür sind wohl die Unterhaltungsverbände zuständig, sodass wohl doch ein anständiger Lohn gezahlt werden muss. Oder wollen sie es mit der noch schlimmeren **Bürgerarbeit** versuchen? Eine solche wie-auch-immer-Maßnahme ist natürlich in keiner Weise dazu geeignet, Erwerbslose auf den ersten Arbeitsmarkt zu bringen.

6. Nach Einschätzung der CDU wird sich die Lage auf dem brandenburgischen Arbeitsmarkt bald „grundlegend verändern“. Den Ergebnissen einer Klausurtagung zum Thema „Moderner Arbeitsmarkt“ zufolge werde künftig nicht mehr Massenarbeitslosigkeit die größte Herausforderung für die Politik sein, sondern ein immer größerer „Fachkräftemangel“. Die CDU fantasiert, bald werde das Angebot an Arbeitsplätzen im Land deutlich größer sein als die Zahl der arbeitssuchenden Menschen. Der Landesregierung werfen die Christdemokraten eine „veraltete“ Arbeitsmarktpolitik vor. Als Gegenmaßnahme will die CDU beim Werben um qualifizierte Arbeitskräfte insbesondere Studenten an brandenburgischen Hochschulen motivieren, nach dem Studium im Land zu bleiben und sich hier einen Ar-

beitsplatz zu suchen. Angeblich gebe es auch für gering qualifizierte Menschen reichlich Jobs, wie zum Beispiel als Hilfsarbeiter im Baugewerbe.

Mit wie viel Verachtung muss ein Menschenbild gepanzert sein, um zu sagen, dass die CDU gesunde, aber „unmotivierte“ Arbeitslose unter 30 Jahren schließlich auch mit härteren **Sanktionen** belegen wolle, um diese freien Stellen zu besetzen, wobei betont wird, dass es schon heute die Möglichkeit gebe, staatliche Leistungen um 100 Prozent zu kürzen, was aber angeblich nicht angewendet werde? Völlig aus der verpesteten Luft gegriffen wird dann die Behauptung, immer mehr junge Leute hätten gar keine Ambitionen mehr, einen erfüllenden Beruf zu ergreifen, sondern fänden sich gern mit Sozialleistungen ab, und ihr Berufswunsch sei „Hartzer“. Niemand wird freiwillig gesellschaftliche Ausgrenzung und Schikanen der Verfolgungsbetreuung für sich als Traumjob bezeichnen können! Mal wieder eine Tüte veraltete Hetze gefällig? Gegen das Abwandern von Fachkräften gibt es ein Patentrezept: Sie müssen besser bezahlt werden als sie dort bekommen, wohin sie abwandern wollten!

7. Nach einer Untersuchung des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ der Bundesagentur für Arbeit spaltet sich die Arbeitswelt in Deutschland zusehends auf: Während sich nur noch 60 Prozent der Arbeitnehmer über eine sozialversicherungspflichtige, unbefristete Vollzeitstelle freuen dürfen, steigen prekäre Arbeitsverhältnisse wie **Leiharbeit** oder befristete Beschäftigung rasant an. Es darf nicht zu einer noch stärkeren Segmentierung des Arbeitsmarktes kommen, wobei dann auf der einen Seite „Fachkräftemangel“ herrscht und auf der anderen die Geringverdiener stehen! Es wäre nett, wenn die Politiker nicht immer weiter dabei zusehen, wie sich die Bankkonten der Unternehmer ungebremst füllen, sondern vielleicht mal daran denken, dass sie Volksvertreter sein sollen.

Um normale Arbeitsverhältnisse zu stärken, könnten Minijobs weniger attraktiv gemacht, ein Mindestlohn eingeführt oder die Sozialabgaben gesenkt werden. Wie die befristet Beschäftigten leiden auch die Leiharbeitskräfte unter der beständigen Unsicherheit. Wenn es nur zehn Prozent von ihnen schaffen, außerhalb der Zeitarbeitsbranche eine Festanstellung zu bekommen, dann ist es kein Wunder, dass sich Leiharbeitskräfte und befristet Beschäftigte an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen und sich völlig zu Recht als Arbeitnehmer zweiter Klasse wahrnehmen. Sie fühlen sich physisch und psychisch angeschlagen, haben kaum Motivation, anderen zu helfen und sich sozial und politisch zu engagieren. Für Berufseinsteiger wird es selbst bei guter Qualifikation schwieriger, eine unbefristete Festanstellung zu erlangen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Überprüfungsantrag stellen, solange die Änderungen noch nicht im Gesetzblatt stehen! Der Streit um fünf Euro überdeckt ein Trauerspiel, dessen schaurigste Aspekte überhaupt noch nicht genannt wurden *(Hans-Dieter Binder)*

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“)*

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Kreuziget mich: Ich habe Lotto gespielt *(„Erwerbslosenforum“)*

Militärische Maßnahmen können die Probleme in Libyen nur verstärken

In einer kürzlich veröffentlichten Presseerklärung warnt das „Bremer Friedensforum“ davor, in Libyen mit Militäreinsätzen Öl ins Feuer zu gießen. Wie es in der Mitteilung weiter heißt, werden die Vorbereitungen für einen militärischen Eingriff seitens der Nato von der deutschen Friedensbewegung mit großer Besorgnis beobachtet. Große Militäreinheiten der USA und anderer Nato-Staaten, auch der Bundeswehr, würden auf Kreta konzentriert. Nato-Aufklärungsflugzeuge überwachten bereits rund um die Uhr den libyschen Luftraum.

Besonders werde jetzt von der Nato eine Flugverbotszone erwogen. Eine solche sei nur durch Zerstörung bestimmter Einrichtungen zu erreichen und würde eine hohe Zahl von Opfern, besonders von Zivilisten, mit sich führen. Das hätten ähnliche Aktionen in der Vergangenheit in Bosnien-Herzegowina und im Irak gezeigt. Schon der Einsatz der deutschen Luftwaffe mit zwei „Transall“-Maschinen in der libyschen Wüste Ende Februar zur Evakuierung von Ausländer(inne)n sei nicht nur überflüssig gewesen, sondern völkerrechtswidrig.

Die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Libyen, zu deren Heftigkeit Rüstungsexporte aus Nato-Staaten, auch aus Deutschland, beigetragen hätten, könnten nicht durch militärische Maßnahmen gelöst werden. Solche könnten die Probleme im Lande nur verstärken und einen Krieg herbeiführen, dessen Folgen unabsehbar seien. Gerade Afghanistan mache deutlich, dass die fast zehn Jahre andauernden Militäreinsätze nichts gelöst, aber Krieg und Elend gebracht hätten. Im Falle Libyen seien dringend diplomatische Bemühungen angesagt, um den Konflikt nicht weiter eskalieren zu lassen.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Propaganda soll Einmarsch in Ölstaat vorbereiten: Die angeblichen Angriffe der libyschen Luftwaffe auf demonstrierende Menschenmengen haben so nicht stattgefunden *(„Junge Welt“)*

Augstein ver„Blöd“et: Warum sollten sich Autofahrer für „Bio“-Sprit-Kolbenfraß, Dritte-Welt-Hunger und Regenwald-Abholzung begeistern? *(„Spiegel-Online“)*

Japans Nordostküste verwüstet: Jahrhundert-Erdbeben könnte auch die Weltwirtschaft erschüttern *(„Spiegel-Online“)*

Warten auf die Kernschmelze: Japanische Ingenieurskünstler bauen Atomkraftwerk unmittelbar am Tsunami-Strand *(„Spiegel-Online“)*

Die radikalen Machenschaften russischer Autobahnbefürworter

In Berlin habe ich Jewgenija Chirikowa getroffen, eine Umweltschützerin aus Chimki. Sie hielt bei der grünen Bremer Bundestagsabgeordneten Marieluise Beck einen Vortrag über die radikalen Machenschaften der Befürworter des Autobahnbaus von Moskau nach Sankt Petersburg.

Ein Journalist, der kritisch über das Thema schrieb, liegt seit November 2010 im Koma. Ein Mitstreiter wurde zusammengeschlagen und ist heute schwerbehindert. Eine Mitstreiterin wurde mit ihren beiden Kindern verhaftet, von diesen getrennt und mehrere Stunden verhört. Ihr und Jewgenija war schon mehrfach gedroht worden, dass ihnen ihre Kinder entzogen würden, wenn sie weiter Widerstand gegen den Bau der Autobahn führten. Jewgenija erklärte auch, dass mehrere namhafte russische Wissenschaftler an Alternativen für die geplante Trasse gearbeitet haben. In Deutschland sucht sie politischen Rückhalt und Unterstützung, um den Bau der Autobahn zu verhindern.

Dear Jewgenija! I hope your talks in Berlin were successful, and you had a pleasant flight back to Moscow. I was very happy about our meeting, and I invite you warmly on behalf of Bremen Swabian Stroke. I wish all the best to you, your family and the environmentalists of Khimki, and God bless!

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Jewgenija Chirikowa, Marieluise Beck und Mitarbeiterin, Gernot-Peter Schulz

Gefährliches Suchtverhalten: Wird Hartz-IV-Betroffenen jetzt auch der Geschlechtsverkehr verboten? *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Reaktorgebäude explodiert: Wie vieler Beweise für die Nichtbeherrschbarkeit der Atomkraft bedarf es noch? *(„Rote Fahne News“)*

45 Kilometer Protest: Die deutschen Schrottreaktoren müssen sofort abgeschaltet werden *(„Spiegel-Online“)*

Schnatterinchen faselt von Überprüfung: Sicher an der Atomkraft ist nur, dass wir von ihren Befürwortern belogen werden *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Mehrfache Kernschmelze: Was ist schlimmer als ein Super-GAU? *(„Spiegel-Online“)*

„Damit haben wir nicht gerechnet“: Erdachse gekippt, Japan um zweieinhalb Meter verschoben *(„Die Welt“)*

Mülheim-Kärlich ist kein Einzelfall: Deutsche Atomkraftwerke sind nicht hinreichend erdbebensicher *(Universität Hamburg)*

Zweites Reaktorgebäude explodiert: Schnatterinchen setzt vor der Wahl in Baden-Württemberg die AKW-Laufzeitverlängerung aus *(„Spiegel-Online“)*

Japan vor Staatsbankrott: Droht eine neue Weltwirtschaftskrise? *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

320. Bremer Montagsdemo am 14. 03. 2011

Ab-schal-ten! Ab-schal-ten!

1. Die Nachrichten aus Japan über das Erdbeben und die Flutwelle, der vermutlich Zehntausende von Menschen zum Opfer fielen, und über die mehr als wahrscheinliche **Kernschmelze** in gleich mehreren Atomkraftwerken stellen alle anderen Geschehnisse weit in den Schatten. Sie schüren die alte Angst vor der atomaren Bedrohung erneut. Es ist fast auf den Tag genau ein Vierteljahrhundert her, dass sich in Tschernobyl der größte anzunehmende Unfall ereignete. In meiner Schublade liegt noch eine dicke Kladde, in die ich mir damals monatelang die aus der „Tageszeitung“ ausgeschnittenen Becquerel-Tabellen einklebte, um mein anfangs noch ungeborenes Kind und mich möglichst vor verstrahlter Nahrung so weit zu schützen, wie das nur begrenzt möglich war. Wir jungen Eltern gingen bei Regen nicht raus, aßen fades Gemüse aus der Dose, ertrugen sogar H-Milch, mieden frisches Obst und knackiges Gemüse und sorgten uns vor allem um die Gesundheit und die Zukunft unserer Babys.

Beim Hören der Nachrichten muss ich feststellen, dass sich die „Wahrheiten“ unserer Politiker von damals und heute ganz beliebig austauschen lassen, die selbstredend den Tatsachen immer entsprechen. Es gibt kaum klare Worte darüber, was sich denn genau ereignete und wo wie viel Strahlung austrat. Fest steht damals wie heute nur, dass Russland oder Japan doch so weit weg von Deutschland sind, dass uns damals wie heute keine Gefahr drohen kann. Doch ist eine radioaktive Wolke wirklich völkerverbindend und kennt damals wie heute keine Grenzen. Entscheidend ist jetzt die Wetterlage dafür, ob eine radioaktive Wolke auf das offene Meer hinausgetrieben wird: Wenn es ab Montag dort regnet oder schneit, wodurch die Temperaturen nur knapp über dem Gefrierpunkt lägen, sorgen diese vermutlich für stärkeren Wind aus nordwestlicher Richtung, der eine potentielle radioaktive Wolke hinaus auf den Pazifik treiben würde.

Es gibt Spekulationen darüber, dass es 20 bis 50 Mal schlimmer als im Fall Tschernobyl werden wird, wenn es zu einer Kernschmelze kommt und das ganze todbringende Inventar – bestehend aus Jod 131, Cäsium, Strontium und Plutonium mit einer Halbwertzeit von 24.000 Jahren – hinausfließt und -strömt. In allen Industrieländern, die auf Kernkraft setzen, ist die Bevölkerung über das Gefahrenpotenzial natürlich nicht richtig aufgeklärt worden. Alle Staaten bagatellisieren lieber die Folgen und sagen beschwichtigend, dass bei ihnen alles sicher sei. Weil jede Regierung bisher nur scheibchenweise mit Informationen an die Öffentlichkeit geht, wäre es kaum verwunderlich, wenn in Wirklichkeit noch mehr Kernkraftwerke beschädigt sind.

Jeder Super-GAU hat sein eigenes Strickmuster, doch wer auf einem bekannten Erdbebengebiet Atomkraftwerke baut, muss sich nicht wundern, wenn es zur Katastrophe kommt. Eigentlich dürfte ein solcher GAU niemanden in Erstaunen versetzen, weil Atomkraft immer und überall eine die Menschheit, das gesamte Leben auf der Erde bedrohende und keineswegs beherrschbare Energie ist. Wir brauchen keine weiteren Beschwichtigungsformeln, die als Worthülsen wie Tranquilizer prophylaktisch in den Äther gestreut werden, sondern anstelle einer Verlängerung der Laufzeiten einen sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft, und zwar sofort, besser gestern als morgen! Atomkraft ist unverantwortlich! Deshalb gibt es an diesem Montag bundesweit Demos und Mahnwachen.

2. Letzte Woche jährte sich der „Internationale **Frauentag**“ zum hundertsten Mal. Auch wenn sich in den vergangenen hundert Jahren einiges zugunsten der Frauen veränderte – wir können heute wählen, studieren, regieren; Unternehmen, Universitäten und Gerichte leiten; Kinder kriegen, wann wir wollen; Sex haben, mit wem wir wollen; uns scheiden lassen, wenn wir das wollen –, so ist trotzdem noch lange nicht von Gleichberechtigung zu sprechen. Noch immer werden Frauen um 24 Prozent schlechter bezahlt als Männer und sind besonderen Armutsrisiken ausgesetzt. Schon vor zwei Wochen warnte die Landesfrauenbeauftragte Ulrike Hauffe den künftigen Bremer Senat davor, infolge der Vereinbarungen in der Föderalismuskommission bei der Gleichstellungspolitik zu sparen, auch wenn die Einhaltung der Schuldenbremse dem künftigen Senat wenig Spielraum lasse. Hauffe verlangt unter anderem eine Sozialpolitik, die stärker auf die Lage sozial benachteiligter Frauen achtet. Der Reichtumsbericht für das Land Bremen zeigte deutlich auf, dass die hier besonders stark verbreitete Kinderarmut unmittelbare Folge von Frauenarmut ist.

Weil noch immer das Konzept der männerzentrierten Versorgerehe dominiere, werde in unsicheren Zeiten der Ausfall des Versorgers für Frauen häufig zur Armutsfalle. Auch erhielten viele langzeitarbeitslose Frauen aufgrund des Erwerbseinkommens ihres Partners kein Arbeitslosengeld II und seien deshalb von ihrem Partner abhängig. In Bremen arbeitet dazu jede dritte Frau in Teilzeit: Frauen stellen hier über 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten, jedoch nur ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten. Weil Frauen trotz besserer Zeugnisse und höherer be-

ruflicher Qualifikationen nur äußerst selten auch in den Führungsetagen, auf den Chefsesseln, in Aufsichtsräten und Top-Jobs, in den Spitzen von Politik, Wissenschaft und Forschung anzutreffen sind, fordere ich eine Quotenregelung, da die vor zehn Jahren erwogene freiwillige Aufnahme von Frauen auf Chefsesseln noch nicht mal das Zischen eines Tropfens auf dem heißen Stein erfolgen ließ! Aber weit gefehlt: In den höheren Gehaltsklassen nimmt der Frauenanteil zunehmend ab, bis er sich fast ganz in Luft und keinesfalls in Wohlgefallen auflöst. Pah, die meisten Herren der Schöpfung haben Angst um ihre Pfründen und davor, dass sie nicht mehr wie gewohnt ihre Macht, ihr „Vitamin B“ allein unter sich aufteilen können. Deswegen sind ja auch im 21. Jahrhundert noch immer keine Frauen zum „Schaffermahl“ zugelassen.

Ich freue mich sehr darüber, dass Gabi-Grete Kellerhoff zur Bremer „Frau des Jahres 2011“ ausgewählt wurde. Gabi-Grete setzte sich kontinuierlich mit ganz viel Energie und einer großen Portion Humor für die Rechte der Frauen im Arbeitsleben in Bremen ein. Sie arbeitete zehn Jahre als Heimerzieherin, war immer gewerkschaftlich aktiv, natürlich schwerpunktmäßig in der Frauenarbeit, organisierte Veranstaltungen und Demonstrationen zum 8. März, initiierte neben dem eigenen Theater-, Clown- und Kabarettspiel betriebliche Kultur- und Kabarettgruppen und engagierte sich jahrelang mit Rat und Tat auch für die Ausgegrenzten der Gesellschaft, die Langzeitarbeitslosen. Bei zwei interessanten, kreativen und vor allem sehr lustigen Workshops ließ ich mich von ihr in die Kunst des Kabaretts einweihen.

3. Nach Informationen der IG Metall Nordrhein-Westfalen führte die Dortmunder Zeitarbeitsgruppe „Artos“ jahrelang Leiharbeiter(innen) dem „Beschäftigtenverband Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen“, Mitglied im „Christlichen Gewerkschaftsbund“, zu. In vielen Fällen sei dies ohne Wissen der Beschäftigten geschehen. Offenbar mussten diese bei ihrer Einstellung rund ein Dutzend Unterschriften leisten, sodass jene unter der „Beitrittserklärung“ oft gar nicht aufgefallen sei. Von 100 Befragten wussten nur vier von ihrer Mitgliedschaft. Über die „unfreiwilligen“ Mitglieder war die Zeitarbeitsgruppe „Artos“ in der Lage, einen Haustarifvertrag mit den „Christlichen Gewerkschaften“ abzuschließen, der Dumpinglöhne von 4,81 Euro pro Stunde ermöglichte. Der „Beitrag“ für die pseudochristliche „Gewerkschaft“ sei dreisterweise direkt vom Lohn abgezogen worden. Leiharbeit muss endlich wieder, wie noch bis zu einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1967, gesetzlich verboten werden, um solche Auswüchse von raffgierigen Schlünden zu unterbinden!

4. Das Landgericht Köln verbot der „Westlotto GmbH“ mit einer einstweiligen Verfügung, Hartz-IV-Betroffenen Spielscheine zu verkaufen. Bei einer Zuwiderhandlung droht das Gericht ein Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro oder sechs Monaten Haft an. Wer sollte denn die Lottospieler kontrollieren können? Noch gibt es keine Auflage, mit dem Kontoauszug bei Lotterieannahmestellen beweisen zu

müssen, dass der **Wetteinsatz** im Verhältnis zum Einkommen steht. Es wäre ja noch schöner, wenn ein Hartz-IV-Bezieher einfach mit Steuergeldern dem bedauernswerten, hart arbeitenden Leistungsträger die Lottomillion wegschnappen würde! Aber in Wirklichkeit geht es hier wohl nicht darum, Menschen zu schützen, denen kein vernünftiger Umgang mit Geld zugetraut wird, sondern augenscheinlich um Macht und Geld: „Westlotto“ soll von einer Sportwettagentur in die Knie gezwungen werden. Solch ein realitätsfremdes Urteil schreit nach einer kreativen Erwiderung: So hält das „Erwerbslosenforum Deutschland“ die Entscheidung für absurd und skurril und fordert Hartz-IV-Bezieher dazu auf, sich im Internetforum öffentlich als „Westlotto“-Spieler zu outen, unter dem Titel „Ich habe ‚Westlotto‘ gespielt und bin Hartz IV“. Glückskekse werden Hartz-IV-Bezieher doch aber noch knabbern dürfen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Dritte Explosion: Diesmal ist wahrscheinlich auch das Stahlgehäuse des Reaktors beschädigt *(„Bild“-Zeitung)*

Windrichtung gedreht: Wird Tokio verstrahlt? *(„Spiegel-Online“)*

Die deutschen Atomkraftwerke sind nicht hinreichend erdbebensicher

Ende April 1986 machte ich mit Freunden Urlaub im Weserbergland. Einige Tage lang hörten wir keine Nachrichten. Es war ein warmer Frühling. Zwar hatte es in der Nacht geregnet, doch wollten wir es uns nicht entgehen lassen, eine Runde in dem hübschen kleinen See in der Nähe unseres Hotels zu schwimmen. Nach der Rückkehr ereilte uns ein Schock: Es war die Strahlenwolke aus Tschernobyl, in deren Regenwasser wir gebadet hatten! In den Tagen danach bekam ich juckenden Hautausschlag am ganzen Körper. Ich redete mir ein, das sei nur psychosomatisch. Aber es entwickelte sich auch ein breiter roter Streifen rings um den Hals. Einen schlichten Sonnenbrand hätte ich eher im Gesicht als in der Kehle bekommen müssen; zudem hatte sich die Sonne zuvor ziemlich rar gemacht. Doch die Haut rötet sich eben auch, wenn man *radioaktiver* Strahlung ausgesetzt war!

Mitte April 1992 schreckte ich eines Morgens früh aus dem Schlaf hoch, weil mein Bett heftig schaukelte; dabei lag ich ganz allein darin. Es hörte auch gar

nicht auf zu wippen, obwohl ich mich nicht bewegte. In der Küche hörte ich Geschirr klappern. Ich war nicht darauf gefasst gewesen, jemals ein Erdbeben mitzuerleben! Meine Wohnung befand sich im zehnten Stock eines Hochhauses; es hätte Minuten gedauert, auf die Straße zu gelangen. Ich erwartete sekündlich den Einsturz des Gebäudes. Als ich zur Wohnungstür gelangte, war wieder alles ruhig, doch noch eine Stunde lang befand ich mich mit Herzrasen in einem bisher ungekannten Zustand der Panik.

Später hörte ich, im niederländischen Roermond, 400 Kilometer entfernt von meinem damaligen Wohn- und Studienort Braunschweig, habe die Erde gebebt, mit einer Stärke oder Magnitude von 5,9 auf der Richter-Skala beziehungsweise einer Intensität von 7 nach der MSK-Skala. Es war auch noch in Berlin zu spüren. In Nordrhein-Westfalen wurden 30 Menschen durch herabfallende Dachziegel verletzt; es kam zu erheblichen Sachschäden an Gebäuden. Entlang der Maas und der Eifel-Rur entstanden lange Spalten und Geländeverwerfungen bis zu zwei Metern Höhe.

Selbst wenn wir vom Erdbeben im nahen Rotenburg an der Wümme im Oktober 2004 mit Richter-Magnitude 4,5 wohl nichts mitbekommen haben, ist doch klar, dass wir uns in Deutschland keinesfalls in einem erdbebenfreien Gebiet wähnen dürfen. So gab es die stärksten Erschütterungen in den letzten 70 Jahren in der westlichen Schwäbischen Alb, die zuvor als erdbebenfrei galt. Die norddeutschen Kernkraftwerke sind nun aber teilweise nur für Erdbeben der MSK-Intensität 6 ausgelegt. Das ist ein Wert, der vom Roermond-Erdbeben mit 7 bereits überschritten wurde!

Nach dem Urteil des Geologen Professor Eckhard Grimmel von der Universität Hamburg ist kein einziges Atomkraftwerk in Deutschland hinreichend gegen seismische Einwirkungen ausgelegt. Alle diesbezüglichen Modellrechnungen seien grobe Vereinfachungen der Wirklichkeit, die eine Sicherheit lediglich vortäuschen, aber keineswegs liefern. Das gelte besonders für Atomkraftwerke, die schon lange in Betrieb sind und deshalb Versprödungen der Werkstoffe durch Radioaktivität aufweisen. Die in Deutschland betriebenen Atomkraftwerke seien zum Teil überhaupt nicht, wie im Fall Brunsbüttel und Stade, zum Teil nur gegen schwache und vielleicht mittlere, aber nicht gegen starke Erdbeben gesichert. Deshalb sollten *alle* Atomkraftwerke stillgelegt werden, um die permanente Gefahr eines katastrophalen Strahlungsunfalls zu vermeiden!

Ergänzen möchte ich, dass das 40 Jahre alte und nur 50 Kilometer entfernte Atomkraftwerk Unterweser, in dessen Windschatten wir in Bremen leben, im Jahr 1998 Schauplatz eines der drei bisher schwersten atomaren Störfälle in Deutschland war. Infolge eines sogenannten begrenzten Ausfalls der gestaffelten Sicherheitsvorkehrungen musste Dampf in die Umgebung abgelassen werden, der angeblich nicht radioaktiv war. Da hilft nur eins: Ab-schal-ten!

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Tausende Atomkraftgegner auf dem Marktplatz: Wir sind umzingelt von alten Meilern *(„Radio Bremen“)*

Laufzeitverlängerungspause : Schnatterinchen lässt Biblis A und Neckarwest heim I bis nach den Wahlen sicherheitshalber abschalten *(„Tagesschau“)*

Jede Woche um 18 Uhr Montagsdemo, bis alle AKWs stillgelegt sind!

So voll war der Marktplatz selten! Als um 17:30 Uhr die Montagsdemo begann, deren Moderator ich bin, waren schon ein paar Hundert Leute gekommen. Ich traf in meiner Eröffnungsrede die aufgewühlte Stimmung mit meinem Angriff auf die Regierungen in Japan und Deutschland, die alles tun, was die Stromkonzerne und AKW-Hersteller wünschen, und nur scheibchenweise zugeben, was schon längst bewiesen ist. Selbst nachdem die Kernschmelze begonnen hat und ein neues, vielleicht noch viel schrecklicheres Tschernobyl droht, wird nichts zur Rettung der Menschen getan. Merkel faselt immer noch von „sicheren“ Atomkraftwerken und versucht, deren Gefahren herunterzuspielen. Doch die Atomkatastrophe in Japan ist keine Naturkatastrophe, sondern Folge grenzenloser Profitgier der Konzerne und Skrupellosigkeit der Regierungen in einem System, wo nur der Gewinn zählt, nicht aber das Leben und die Lebensgrundlagen der Menschen!

Als um 18 Uhr die von den Grünen angemeldete Mahnwache begann, waren circa 6.000 Menschen auf dem Marktplatz; bis in die Seitenstraßen hinein standen sie dicht gedrängt. Unter ihnen waren auffallend viele junge, aber auch alte Anti-AKW-Aktivist(inn)en, die ihre „Sonnen“ und Fahnen mitgebracht hatten. Mit zwei Ansprachen von Finanzsenatorin Linnert und Bürgermeister Böhrnsen und einer Schweigeminute sollte nach Grünen- und SPD-Meinung die Veranstaltung aber schon nach einer Viertelstunde wieder beendet sein. Die Aktivisten der Montagsdemo machten jedoch über ihre eigene Lautsprecheranlage den Vorschlag einer Demonstration zum Bahnhof, denn stilles Gedenken reicht nicht, bei aller Betroffenheit: Wir müssen den aktiven Widerstand gegen die Atompolitik auf die Straße tragen, bis alle AKWs vom Netz sind! Wir dürfen diesen kriminellen Monopolen und Regierungen nicht das Schicksal dieser Welt, die Zukunft unserer Kinder und Enkel überlassen!

Das fanden die meisten Kundgebungsteilnehmer(innen) offensichtlich auch, und ein Zug von etwa 4.000 Demonstranten setzte sich lautstark in Bewegung. Im-

mer wieder gab es Kurzansprachen. Begeistert wurde vor allem von den zahlreichen Jugendlichen skandiert: „Wir sind zornig, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut“ und natürlich „Ab-schal-ten! Ab-schal-ten!“ Dazwischen wurden auch immer wieder Lieder gesungen, teils aus der alten Anti-AKW-Bewegung. Nach Zwischenstopp vor der Zentrale der CDU, von der sich niemand blicken ließ, erreichte die Demo schließlich den Hauptbahnhof. Hier gab es eine Abschlusskundgebung mit Offenem Mikrofon. Es wurde der Vorschlag gemacht, ab jetzt jede Woche um 18 Uhr eine Montagsdemo auf dem Marktplatz gegen die Atompolitik zu machen, bis alle AKWs stillgelegt sind.

Eine halbe Stunde vorher, um 17:30 Uhr, trifft sich wie immer die Montagsdemo gegen Hartz IV. Auch der Schwabenstreich gegen „Stuttgart 21“ um 19 Uhr vor dem Bahnhof soll nicht zu kurz kommen! Wie das in Zukunft genau laufen soll, wird in den nächsten Tagen und auch beim Treffen der nordwestdeutschen Montagsdemos am kommenden Samstag in Bremen Thema sein. Alle drei Punkte haben schließlich eine große Gemeinsamkeit: Im Interesse des Großkapitals werden die Lebensgrundlagen und Interessen des Volkes mit Füßen getreten! Das Potential für eine große Widerstandsbewegung ist vorhanden. Diese Demo war ein ermutigender Schritt nach vorn zum Schmieden des aktiven Widerstands!

Wolfgang Lange (MLPD)

Das „Bremer Antiatomforum“ ruft auf zum **Antiatomrave** am **Donnerstag**, dem **17. März 2011**, um **17 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Wir tanzen gemeinsam wütend in die Neustadt und zurück ins Viertel! Bringt Gasmasken, Atommüll, Transpis und eure Omas mit!

Die „Rote Hilfe“ veranstaltet am **Freitag**, dem **18. März 2011**, im Kulturzentrum „**Schlachthof**“ ein **Konzert** mit der Bremer Gruppe „Argus“ zum „**Tag der politischen Gefangenen**“.

Wir laden ein zum **Regionaltreffen der norddeutschen Montagsdemos** am **Samstag**, dem **19. März 2011**, in **Bremen**. Treffen ist um **11:30 Uhr** vor dem **Hauptbahnhof**. Veranstaltungsort ist das **Jugendfreizeitheim Oslebshausen**, Oslebshauser Heerstraße 224 (gegenüber vom NP-Markt), Nähe Haltestelle Dohlenstraße (ab **14 Uhr**).

Das „Klimaplenum Bremen“ gibt keine Ruhe und fordert „**Stilllegung sofort**“ bei der **Fahrraddemo** am **Freitag**, dem **25. März 2011**, um **17 Uhr** am **Bahnhofsvorplatz**.

Mappus wird in zwei Wochen abgeschaltet: 58 Jahre CDU-Laufzeit sind entschieden zu viel *(„Spiegel-Online“)*

Staat hat Schutzpflicht gegenüber Bürgern: Sieben deutsche Schrottmeiler werden „vorerst“ sogar ohne Rechtsgrundlage abgeklemmt *(„Spiegel-Online“)*

Vierter Reaktor in Brand: Dabei war der längst abgeschaltet – auch Umgebung von Fukushima II wird evakuiert *(„Spiegel-Online“)*

Panikverkäufe: Börsenwert japanischer Konzerne fällt um 700 Milliarden Dollar *(„Spiegel-Online“)*

Tschernobyl-Katastrophenstufe erreicht: Kontrollpersonal muss aus Fukushima I abgezogen werden *(„Spiegel-Online“)*

Sorge um Reaktorblöcke 5 und 6: Feuerwehrleute opfern sich für die Bevölkerung *(„Spiegel-Online“)*

Kindergrundsicherung statt Bildungsblendgranate!

Viele von uns haben gehofft, es würde sich nach dem Verfassungsgerichtsurteil zum SGB II vom 9. Februar 2010 Wesentliches an der abzulehnenden und unerträglichen Situation für alle Hartz-IV-Empfänger ändern. Auch ich, als Vater von fünf Kindern, setzte und setze weiterhin auf das Urteilsvermögen der deutschen Sozialgerichtsbarkeit. In meinen Augen hat die derzeitige Regierung - genau wie die vorherigen, die gegen das Grundgesetz verstoßen haben - das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht verstanden oder will es einfach nicht verstehen. Insbesondere bei den Regelsätzen für Kinder will man das Gerichtsurteil wohl nutzen, um alle betroffenen Erziehenden in Deutschland zu täuschen.

Anscheinend wird die Bundesarbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen als „Supermammi der Nation“ von dieser Regierung beauftragt, ein finanzpolitisch tragbares Model zur „Familienförderung“ ins Leben zu rufen, welches allerdings wieder einmal nicht dem Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung entspricht. Da man vorher bereits alle Eltern im SGB-II-Bezug als Trinker, Raucher und Flachbildschirmkäufer pauschal diffamierte und mit diesen Stammtischargumenten anscheinend gut bei der Wählerschaft aus dem Mittelstand ankam, glaubt man seitens der Regierung wohl, eine „Bildungsblendgranate“ in Form von Nachhilfegutscheinen, kostenlosem Kita- oder Schulessen und Übernahme mo-

natlicher Vereinsbeiträge sei ausreichend, um der Gleichstellung aller Kinder in Deutschland zu entsprechen.

Hierzu möchte ich an die Aussagen vieler Politiker(innen) aus den Jahre 2004 und 2005 erinnern. Man versprach den Menschen in Deutschland und vor allem den Personen, die bis dahin mit ihren Kindern auf Sozialhilfe angewiesen waren, sie mit Einführung von Hartz IV aus der „Dunkelheit der Sozialhilfe“ herauszuholen. Zu der Zeit bezogen etwa eine Millionen Menschen, natürlich auch mit Kindern, Leistungen oder ergänzende Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz. Schon damals sprachen manche Politiker bezüglich der Kinder hiervon betroffener Eltern von angeblich „bildungsfernen Schichten“. Diese Aussagen beinhalten mit Sicherheit bereits die Pauschalisierung aller betroffenen Kinder und ihrer Eltern.

Alle anderen Eltern und Kinder haben zu diesem Zeitpunkt wohl noch nicht zu diesem Kreis gezählt. Aber wie schnell ändern sich eigentlich die Zeiten? Bereits wenige Jahre später - man kann bestimmt nicht von einer Generation sprechen, da seit diesen Aussagen erst sechs Jahre vergangen sind! - zählen bereits mindestens 2,5 Millionen Kinder zu den „bildungsfernen Schichten“, und zwar nur deshalb, weil ihre Eltern auf Hilfe oder ergänzende Hilfe nach dem SGB II angewiesen sind. Vom fehlenden Geld für vernünftige Erziehung, Betreuung und Bildung spricht kaum jemand der Politikerinnen und Politiker! Dies sollte den Menschen aus dem sogenannten Mittelstand zu denken geben. Unter den oben beschriebenen Kindern befinden sich ja auch jene von erwerbslosen Facharbeitern, Akademikern und gescheiterten Geschäftsleuten.

Sie alle werden pauschal über einen Kamm geschoren, bis auf die Eltern und Kinder, die noch nicht auf staatliche Hilfen angewiesen sind. Aber wie schnell kann sich auch für diese Personen die wirtschaftliche Lage ändern! Noch läuft es mit den Exporten der deutschen Wirtschaft ganz gut, aber wie wird das in einigen Jahren aussehen, wenn China und Indien nicht mehr auf Importe aus Deutschland angewiesen sein sollten? Zählen dann die Kinder weiterer Erwerbsloser ebenfalls zu den „bildungsfernen Schichten“? Muss der Mittelstand nicht beginnen, mal hierüber nachzudenken? „Bildungsferne“ Akademiker(innen) und Facharbeiter(innen) werden ja heute schon über die Hartz-Gesetzgebung gezwungen, jede Tätigkeit beispielsweise als Wagenschieber und Tütenträger bei den Supermärkten oder als Rattenfänger in Berlin anzunehmen, da ihnen ansonsten „rechtsgemäße“ Kürzungen ihrer staatlichen Transferleistungen drohen.

Eine „Bildungsblendgranate“ à la von der Leyen braucht kein Kind in Deutschland, wohl aber die Garantie auf Gleichbehandlung bezüglich Erziehung, Betreuung und Bildung. Hierfür gibt es meiner Meinung nach bereits entsprechende Vorgaben durch das Bundesverfassungsgericht, die diese Regierung auch umzusetzen hat. Zwar hat das Verfassungsgericht zur Forderung von Klägern auf Nichtanrechnung des Kindergeldes als Einkommen bereits geurteilt, aber in meinen Augen nicht darüber, ob das Kindergeld nicht als zusätzliche Leistung für Erziehung,

Betreuung und Bildung wieder in den Regelsatz der Kinder einfließen muss. Nur das entspricht in meinen Augen dem Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung!

Das einkommensteuerliche Existenzminimum darf nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht geringer sein als das sozialhilferechtlich definierte. Es ist für alle Steuerpflichtigen in voller Höhe von der Einkommensteuer freizustellen. Für 2008 beziffert die Bundesregierung den sozialhilferechtlichen Mindestbedarf für einen Alleinstehenden (basierend auf einem Regelsatz in Höhe von monatlich 345 Euro) auf insgesamt 7.140 Euro jährlich, für Ehepaare auf 12.276 Euro, für ein Kind auf 3.648 Euro. Das einkommensteuerliche Existenzminimum, der Grundfreibetrag, beläuft sich für Alleinstehende auf 7.664 Euro, für Ehepaare auf 15.328 Euro. Der Kinderfreibetrag beträgt 3.648 Euro; hinzu kommt ein Freibetrag für Betreuungs- und Erziehungsbedarf in Höhe von 2.160 Euro, sodass sich die Freibeträge pro Kind auf insgesamt 5.808 Euro summieren.

Das einkommensteuerliche Existenzminimum eines Alleinstehenden entspricht also genau dem sozialhilferechtlichen Regelsatz. Muss man nicht im Umkehrschluss davon ausgehen, dass der Freibetrag in Höhe von 2.160 Euro für Erziehung, Bildung und Betreuung auch für alle Kinder in Deutschland angesetzt werden muss, deren Eltern über kein oder nur unzureichendes steuerrechtliches Einkommen verfügen? Alle Kinder müssen gleich behandelt werden! Eigentlich müsste schon wegen des Grundsatzes vom „Fördern und Fordern“ davon ausgegangen werden, dass jede Arbeitslosigkeit von Eltern schnellstens überwunden werden soll.

Nur so wie beschrieben lässt sich in meinen Augen für alle Kinder die verfassungsgemäße Garantie auf Gleichbehandlung herstellen. Hierdurch wäre man auf dem besten Weg zu einer einheitlichen Kindergrundsicherung - und ich meine, genau dies schreibt unsere Verfassung bereits vor. Da anscheinend weder SPD noch Grüne an einer Normenkontrollklage interessiert sind, habe ich zu diesem Zweck eine von mir seit 2007 ruhende Klage beim Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen wieder aufleben lassen und meine Klage abschließend begründet. Eine „Bildungsblendgranate“ braucht kein Kind in Deutschland! Her mit der Kindergrundsicherung!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Normenkontrollklage abgelehnt: SPD hat an der Hartz-IV-Verfassungsmäßigkeit Zweifel, will diese aber nicht prüfen lassen *(„MV Regio“)*

Zuzüglich Unterkunft und Krankenkasse: Sahra Wagenknecht plädiert für Abschaffung von Hartz IV zugunsten eines aus Vermögensteuer finanzierten Grundeinkommens von 500 Euro *(„Linksjugend Ludwigsburg“)*

Mehrbedarf bei dezentraler Warmwasserbereitung: Auch deren Kosten gehören zu den Bedarfen für Unterkunft und Heizung *(Arbeitsministerium)*

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“)*

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Überprüfungsantrag stellen, solange die Änderungen noch nicht im Gesetzblatt stehen! *(Hans-Dieter Binder)*

Im Windschatten der Japan-Katastrophe: UN-Sicherheitsrat stellt Weichen für militärische Intervention in Libyen *(„Rote Fahne News“)*

„Boykottiert Israels Früchte“ heißt nicht „Kauft nicht bei Juden“: Kritik an Palästinapolitik darf nicht antisemitisch sein *(„Die Linke Bremen“)*

Schnatterinchen und die sieben Atomkraftwerke: Richtlinien der Politik bestimmt *(„Focus“)*

Anordnung eingetroffen: EON schaltet AKW Unterweser diesen Freitag ab, aber nur für drei Monate *(„Frankfurter Rundschau“)*

Grün gewinnt, Braun-Gelb draußen: Ohne Not macht Rot in Sachsen-Anhalt mit Schwarz weiter *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

321. Bremer Montagsdemo am 21. 03. 2011

Nicht nur doppelzüngig, sondern zutiefst verlogen

1. Viele Menschen verstehen die Welt nicht mehr! Da findet in Japan augenscheinlich ein atomarer Super-GAU statt, der sogar Tschernobyl noch in den Schatten stellen könnte – und dann fällt solchen mit Atomkraftwerken und -waffen hoch gespickten Staaten wie Frankreich, England, USA und indirekt auch Merkel-Deutschland nichts Besseres ein, als einen neuen Krieg vom Zaun zu brechen!

Monty Schädel, Vorsitzender der „Deutschen Friedensgesellschaft“, bringt diese Schizophrenie mit folgenden Worten treffend auf den Punkt: „Scheinbar ohne Grenzen können Mittel und Personen in Bewegung gesetzt werden, um in Libyen einen Krieg für die Sicherung von Öl zu führen. Gleichzeitig sterben in Japan Menschen, weil die internationale Gemeinschaft nicht in der Lage ist, entsprechend zu helfen. In Bahrain schießt das Militär ohne UN-Widerspruch mit Waffen, hergestellt in den Ländern des UN-Sicherheitsrates, auf friedliche Demonstranten. Die humanitäre Heuchelei ist kaum zu überbieten.“ Wie wahr!

Hier drängt sich stark der Verdacht auf, dass eine internationale Allianz des Schreckens, bestehend aus gewissenlosen Atomenergiekonzernen und ebenso skrupellosen Rüstungsproduzenten, die jeweiligen Regierungen in den Krieg gegen Libyen steuert, um ihre gigantischen Profite zu sichern, die Kontrolle über die Region zu behalten, und vor allem von den Katastrophen in Japan abzulenken. Diese Abscheulichkeit liegt, so abstrus es auch klingen mag, ganz in der Logik des Kapitals! Wie sehr sich doch die Bilder gleichen: Vor acht Jahren gab es in Europa schon einmal eine kriegslüsterne „Koalition der Willigen“, als der selbsternannte Welt-Sheriff George „Dabbelju“ Bush den Irak mit Krieg überzog.

Angebliche Massenvernichtungswaffen in Diktatorenhand sind als altbekannte Lügenmuster für so etwas immer sehr hilfreich! Auch damals erklärte eine Bundesregierung, rot-grün angemalt, sie würde sich nicht am Krieg beteiligen, und legte unser Land in Wahrheit Rumsfield, Cheney und Konsorten als Flugzeugträger und militärische Schaltzentrale vor die Füße – genauso wie die heutige Regie-

rung deren Nachfolgern! Die Bundesregierung will darüber hinaus als „Kompensation“ ihren Kriegseinsatz in Afghanistan mit Soldaten für „Awacs“-Maschinen ausweiten, was in krassem Widerspruch zu ihrer Abzugsrhetorik steht. Das Verhalten Berlins ist nicht nur doppelzüngig, sondern auch zutiefst verlogen!

Das „Netzwerk Friedenskooperative“ stellt fest, dass die neue UN-Resolution ein fataler Präzedenzfall ist: Der als „humanitäre Mission“ begründete Krieg wird im Bündnis mit diktatorischen Regimes aus der Arabischen Liga geführt, die daheim brutal die eigene Bevölkerung drangsalieren – Brüder im Geiste Gaddafis. Auch die jetzigen Kriegsherren auf westlicher Seite haben Gaddafi bis vor Kurzem noch bewaffnet und hofiert! Zu Recht wird nicht nur vor Ort gemutmaßt, dass ihre Motive wenig mit humanitärer Hilfe, aber sehr viel mit Öl und Flüchtlingsabwehr von den europäischen Außengrenzen („Frontex“) zu tun haben.

Weitere Eskalation und mehr Opfer liegen in der Logik des Krieges. Eine Sympathie für das Regime Gaddafis kann es nicht geben! In Libyen ging es den Aufständischen – wie zuvor in Tunesien und Ägypten – um das Verjagen eines Despoten, mehr Gerechtigkeit und Freiheit, Überwindung der Armut, die Respektierung ihrer Menschenrechte und eine Entwicklungsperspektive für sich und ihre Region. Mit allem Nachdruck wird jetzt vom „Bundesausschuss Friedensratschlag“ gefordert, dass die Angriffe westlicher Staaten unverzüglich einzustellen sind.

Internationale Vermittler, die am ehesten aus der Afrikanischen Union kommen könnten, sollten die Konfliktparteien zu einer unverzüglichen Waffenruhe bewegen, wobei diese auch von der Afrikanischen Union überwacht werden müsste. Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit und Menschenwürde lassen sich bekanntlich nicht herbeibomben! Das haben Jugoslawien, Irak und Afghanistan zur Genüge bewiesen. Statt durch Krieg wäre der libyschen Bevölkerung besser durch rasches ziviles Eingreifen, Evakuierung und Aufnahme der vielen Flüchtlinge sowie internationale Isolation des Gaddafi-Regimes geholfen.

Die Friedensbewegung fordert von der Bundesregierung, sich eindeutig vom Krieg zu distanzieren und den USA die Nutzung der Militärbasen und Militäreinrichtungen in Deutschland zu untersagen. Der Bundestag wird aufgefordert, den „Awacs“-Einsatz in Afghanistan mit deutschen Soldaten abzulehnen. Nur so könnten die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik zeigen, ob sie das verheerende Bomben für den ungehinderten Zugriff auf das Öl weiterhin unterstützen oder für die Bevölkerung einen gerechten Frieden wollen!

2. Die „Arbeitsgruppe Nahost“ im „Bremer Friedensforum“ hatte gemeinsam mit anderen Organisationen am 11. März 2011 eine Protestaktion gegen die israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik im palästinensischen Westjordanland durchgeführt. Trotz der Ambivalenzen, die auch wir empfinden, besonders hervorgerufen durch die Geschichte des deutschen Faschismus mit der Judenverfolgung, hatten wir uns entschlossen, die internationale Bewegung „Boykott, Desin-

vestitionen und Sanktionen für Palästina“ zu unterstützen, die auch zahlreiche Jüdinnen und Juden, auch aus **Israel**, befürworten.

In dem Flugblatt zur stattgefunden Aktion heißt es unter anderem: „Ein Großteil der aus Israel nach Europa exportierten landwirtschaftlichen Produkte stammt aus illegalen israelischen Siedlungen, die auf geraubtem palästinensischen Land stehen. Palästinenserinnen und Palästinenser haben dadurch ihren Lebensunterhalt und oft auch ihre Häuser verloren. Wir protestieren – wie auch Jüdinnen und Juden weltweit – gegen die über 60-jährige Besetzung Palästinas, indem wir keine Früchte aus illegalen Siedlungen kaufen.“

In eine ungute Tradition reiht sich nun ein, wer das „Bremer Friedensforum“ aufgrund dieses Aufrufs, Waren aus Israel zu boykottieren, in die antisemitische Ecke stellen will. Es gehört schon seit einiger Zeit zu den äußerst unangenehmen und spalterischen Reaktionen in manchen linken Kreisen, sofort die Antisemitismuskeule zu schwingen, wenn irgendwo Kritik an der Politik der israelischen Regierung geäußert wird. Hiermit sind auch all die anderen gemeint, die sich an dieser unberechtigten Kampagne beteiligen. Auch die „Bild“-Zeitung hat mit ihrer hinreichend berüchtigten Begierde nach vermeintlichen Skandalen die jetzt hoch emotionale Stimmung miterzeugt und zusätzlich angeheizt, was dem „Friedensforum“ wohl noch zusätzlich schaden sollte.

Unsere Mitstreiter(innen) im „Bremer Friedensforum“ können auf eine lange kontinuierliche Arbeit nicht nur im Bereich der Friedenspolitik zurückblicken. Aufgrund ihres Lebensalters und ihrer Lebenserfahrung haben sie – im Gegensatz zu den meisten ihrer Kritiker – die Nachkriegsentwicklungen in Deutschland wie auch in Israel „live“ miterlebt. Sie setzten sich zudem über einen langen Zeitraum mit den Anteilen ihrer eigenen Eltern und Verwandten an der faschistischen Diktatur auseinander. Diesen Menschen Antisemitismus vorzuwerfen, ist einfach lächerlich und infam! Im Vorfeld gemeinsamer Aktionen gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Bremen ist so etwas ausgesprochen kontraproduktiv.

Der Boykottaufruf war allerdings auch im „Friedensforum“ nicht unumstritten. Schon hier wurde im Vorfeld kontrovers diskutiert. Die Kritik entzündete sich vor allem daran, dass durch die Aktion Missverständnisse und Assoziationen an die eigene deutsche Vergangenheit entstehen könnten, was dann auch prompt eingetreten ist. Alles in allem war es dennoch richtig und notwendig, dass überhaupt eine Boykottaufruf-Aktion durchgeführt wurde. Sie hat, bei allen Kontroversen in der Öffentlichkeit, einen wichtigen Anstoß gegeben, immer wieder auf die Not der Palästinenser hinzuweisen. Wie es mit den beschriebenen Aktionen weitergehen soll, wird demnächst noch einmal diskutiert und dann entschieden. Eingedenk der geschilderten Tatsachen wird sich das „Bremer Friedensforum“ allerdings stets weiter bemühen, die Diskussion über Friedenslösungen im Nahen Osten zu versachlichen und wachzuhalten.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Liebe Mitglieder des „Friedensforums“, mit Bestürzung habe ich die Reaktionen auf eure kleine Aktion vor einigen Tagen zur Kenntnis genommen. Ich bin der Meinung, dass sich an diesem Fall sehr gut die von Moshe Zuckermann in seinem neuen Buch dargelegte These belegen lässt, dass der Antisemitismusvorwurf als Herrschaftsinstrument vor allem gegen Linke *en vogue* ist. Ich hoffe, ihr haltet diese abscheulichen Angriffe aus und lasst euch nicht unterkriegen! Auch wenn man sicherlich die Form eures Protestes diskutieren kann, sind die Reaktionen – auch aus der Linkspartei – davon völlig unabhängig ein philosemitischer Reflex, der dem Antisemitismus im Wesentlichen um nichts nachsteht. Die Vergleiche zwischen Linken und Nazis, die Instrumentalisierung des Holocausts, die Identifikation von Israel und Juden(tum), von Kritik der israelischen Politik und Antisemitismus sind politische Instrumente und Argumentationsketten der Rechten, des neuen Konservatismus und der neuen Sozialdemokratie. Ich hoffe, ihr werdet wenigstens von irgendwem – auch aus der „Linken“ – unterstützt und nicht noch ans Messer geliefert! Lasst euch nicht unterkriegen! Solidarisch.

Zuschrift von Christian Stache (Gastreferent auf einer Veranstaltung des „Bremer Friedensforums“ am 10. Februar 2011)

In Deutschland wird fleißig Atom-Theater gespielt

1. Die Umweltkatastrophe in Japan erinnert alle Menschen daran, dass Naturgewalten ebenso wenig von uns beherrscht werden können wie die **Atomenergie** – auch wenn Atomindustrie und bestimmte Politiker das immer wieder glauben machen wollten. Nun legen sich die radioaktiven Wolken auf die Äcker von Fukushima und verseuchen das Trinkwasser. In Spinat aus der Umgebung des havarierten Atomkraftwerks wurden hohe Strahlenwerte festgestellt. Drei Viertel der untersuchten Agrarprodukte sind verseucht, die Strahlenwerte bei Milch liegen oberhalb der zulässigen Höchstgrenzen, im Trinkwasser von Tokio sind Spuren von radioaktivem Jod nachgewiesen worden. Klar natürlich, dass eine akute Gesundheitsgefährdung nicht bestehe! Ein Regierungsbeamter erklärte, wer ein Jahr lang von der Milch trinke und vom

Spinat esse, erleide nur eine Strahlendosis wie bei einer Röntgenuntersuchung erleiden. Und die Erde ist eine Scheibe!

Ich vermute, dass die Wahrheit auf der Strecke bleiben muss, weil sich keine Panik einstellen soll. Ein Großraum mit 35 Millionen Menschen kann nicht mal eben schnell evakuiert werden, auch nicht, wenn es sein müsste. Wohin vor allem? Weltweit hat der Katastrophenschutz mit solchen Größenordnungen kaum Erfahrung. Erschwerend kommt hinzu, dass Japan eine Insel und die Besiedlung wegen Gebirgskette, Landwirtschaft und Industrie auf etwa 20 Prozent der Landfläche beschränkt ist. Die Menschen auszufliegen oder mit Schiffen wegzubringen, würde Monate in Anspruch nehmen, also Zeit benötigen, die es nicht gibt. Diese Fragen hätten vor dem Bau von über 50 Atomkraftwerken in Japan beantwortet werden beziehungsweise zu der Erkenntnis führen müssen, dass es deswegen und wegen der vielen Erdbeben unverantwortbar ist, überhaupt Atommeiler dort zu errichten. Weil es für die Zurückbleibenden nur eine „Lösung“ gibt – nämlich in den Wohnungen ausharren, sich „vor Radioaktivität schützen“, kein Leitungswasser trinken, die Kleidung wechseln, wenn man draußen war –, werden Beruhigungspillen, äh: -nachrichten verbreitet.

Auch wenn bekannt ist, dass die Brennstäbe noch über Jahre hin glühen werden, auch wenn das Atomkraftwerk abgestellt würde, soll uns hier weisgemacht werden, dass durch die Berieselung mit Wasser die Temperatur in allen Abklingbecken im havarierten Atomkraftwerk Fukushima heute Werte von unter 100 Grad erreicht worden seien. Die Lage habe sich stabilisiert, sei unter Kontrolle. Die Erde ist eine Langspielplatte! Ich sehe nach wie vor die tödliche Bedrohung und rechne natürlich noch immer mit einer Kernschmelze, sofern nicht bereits eine stattgefunden hat, die einfach verschwiegen wird. Die drei abgeschalteten Reaktoren strahlen, brennen und explodieren. Nun tritt dort ein Problem auf, das in den üblichen Katastrophenszenarien bei Reaktorunfällen überhaupt nicht berücksichtigt wurde: Die großen Wasserbecken für die gebrauchten Brennstäbe verlieren ihre Funktion. Ich gehe selbstverständlich davon aus, dass wir von allen Seiten auf Teufel komm heraus munter belogen werden!

Auch in Deutschland wird fleißig Theater gespielt. Obwohl der Karneval längst vorüber ist, scheint nichts mehr zu sein wie es war, auch die Pro-Atom-Position der Regierung nicht. Während das schwarz-gelbe Gruselkabinett noch im Oktober 2010 eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke durchpeitschte, scheint es sich nach dem Inferno in Japan und unmittelbar vor den Landtagswahlen plötzlich selbst in besorgte Befürworter für das vorübergehende Abschalten derjenigen Atomkraftwerke zu verwandeln, die nur infolge der Laufzeitverlängerung am Netz geblieben sind. Mit dem Zauberwort „vorübergehend“, ist letztlich sicherlich nur der Zeitraum gemeint, bis die Landtagswahlen vorüber sind. Dann kommt der Stecker wieder rein, weil man sich ja nicht mit den Betreibern der Atomkraft anlegen möchte! Dabei strickte die Bundesregierung die AKW-Abschaltung mit solch heißer Nadel, dass die Konzerne mit guten Erfolgsaussichten dagegen klagen könnten. Das tun sie aber erst mal nicht, weil sie verhindern wollen, dass

eine andere als die ihnen so überaus wohl gesonnene Regierung an die Macht kommt!

Merkels AKW-Abschaltung steht auf wackeligen Füßen, weil die Laufzeiten gar nicht ausgesetzt sind und das Atomgesetz weiter gilt. Deswegen sei laut CDU-Bundesumweltminister Norbert Röttgen das dreimonatige Moratorium politisch, nicht rechtlich gemeint. Aha! Indem die Kanzlerin einen „Ausstieg mit Augenmaß“ will, hat sie hoffentlich vielen Menschen endgültig die Augen geöffnet. Ich hoffe, dass diese sich auch weiter auf der Straße zu großen Demos gegen die Atompolitik zusammenfinden werden. Es wird doch wohl niemand bezweifeln, dass die Bundesregierung nach den Wahlen exakt so weitermachen wird wie vor der Katastrophe in Japan! Am letzten Montag demonstrierten rund dreitausend Menschen gegen die weitere Nutzung von Kernenergie auf dem Bremer Marktplatz. Bremen ist in besonderer Weise betroffen, weil es von sechs Atomkraftwerken an Elbe, Weser und Ems „praktisch umzingelt“ ist. Die alte Weissagung der Cree ist aktueller denn je: „Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.“

2. Es fällt schwer, auf profanere Probleme umzuschalten, die aber meiner Meinung nach trotz der Apokalypse in Japan ihre Berechtigung haben. Nach dem Skandal um **Lohndumping** und schlechte Arbeitsbedingungen beim Textildiscounter Kik wirft die Gewerkschaft Verdi nun auch der Lebensmittelkette Netto vor, sittenwidrige Stundenlöhne zu zahlen. Auch zwingen die Jobcenter Erwerbslose dazu, solche Jobs zu Dumpinglöhnen anzunehmen, von denen sie dann nicht leben können. Ein Stundenlohn von 5,50 Euro brutto müsste als sittenwidrig verboten werden! Die sagenhafte Zulage von 100 Cent, die alle weiteren Ansprüche, etwa auf Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, abgelten soll, reißt ja dann richtig was raus! Es wäre die Aufgabe der Regierung, für auskömmliche Jobs mit einem Mindestlohn zu sorgen, der seinen Namen auch verdient!

3. Die Region Hannover berechnet ab Mai die Zuschüsse für Hartz- IV-Bezieher neu. Dabei liegen die neuen **Mietobergrenzen** in Hannover zumeist zehn Prozent unter den alten! Angeblich soll aber niemand wegen der Neuregelung umziehen müssen. In 70 Prozent der Fälle würden die Mietobergrenzen sinken und in 25 Prozent steigen. Eine Grenze greife erst nach dem Umzug. Ich bezweifle ganz entschieden, dass genug Wohnraum vorhanden ist, der auch mit den niedrigeren Summen bezahlbar sei! Die neuen Mietobergrenzen liegen fast durchgängig um gut zehn Prozent unter den alten. Eine Person darf künftig statt 385 noch 354 Euro für Kaltmiete ausgeben. Bei zwei Personen sind es 413 statt 468 Euro, bei drei Personen 507 statt 556 Euro und bei vier Personen 568 statt 649 Euro. Ich hoffe, dass sich die Betroffenen ihr Recht vor dem Sozialgericht holen werden, wenn sie nachweisen, dass sie trotz heftiger, regelmäßiger Suche keine Wohnung zu solch einem niedrigen Preis finden können. Mittlerweile ist die Zahl der Haushalte in Hannover, die trotz Erwerbstätigkeit ihre Wohnung nicht mehr selbst finanzie-

ren können, auf rund 20.000 gestiegen. Dabei könnten die Pläne zur Energiesanierung von Gebäuden Mieter teuer zu stehen kommen. Der „Mieterbund“; äußert Bedenken, die Kosten den Mietern zu überlassen – Vermieter haben schließlich auch etwas davon.

4. Die erwerbslose Hartz-IV-Bezieherin Bärbel Schirrmacher besuchte schon viele Kirchentage und möchte auch als Dauerteilnehmerin zum Deutschen Evangelischen Kirchentag nach Dresden reisen. Das Hamburger Jobcenter will sie jedoch nicht fahren lassen, weil eine mehrtägige Reise am Himmelfahrtswochenende zum Kirchentag die „berufliche Eingliederung der Frau behindern“ könnte. Zwei Wochen vor Beginn des Kirchentags soll darüber entschieden werden. Toll, dann ist die Anmeldefrist für den Kirchentag abgelaufen! Hamburgs Bischofsvertreter Jürgen Bollmann kritisiert, wenn eine Arbeitslose am Kirchentag teilnehmen möchte, sollte es ihr auch ermöglicht werden. Für mich ist das die absolute Schikane der Verfolgungsbetreuung, denn ich halte es für sehr unwahrscheinlich, dass das Hamburger Jobcenter so viele Arbeitsangebote, beziehungsweise auch nur ein einziges, für die 59-jährige Bärbel Schirrmacher haben wird, dazu ausgerechnet am Himmelfahrtswochenende. Soll sie ihren Glauben frei ausüben, mit allem, was für sie dazu gehört! Mich interessiert aber auch die Frage, ob sich die Kirche darüber mokiert hätte, wenn der ALG-II-Bezieherin eine Fahrt zu ihrer Familie oder in den kleinen Urlaub verwehrt worden wäre. Ich erwarte, dass sich eine christliche Gemeinschaft gegen etwas derart Unchristliches, Menschenverachtendes wie die Hartz-Gesetze erhebt und dass sie speziell und im Besonderen gegen all jene Teile arbeitet, die dem Grundgesetz widersprechen – zum Beispiel, dass **Ortsabwesenheit** beantragt werden muss und oft erst verurteilt, bestraft, sanktioniert wird, bevor sich vielleicht der Betroffene sein Recht vor Gericht holt!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Obdachlose, Gastarbeiter, Minderjährige: Japanische Regierung schickt „Wegwerfarbeiter“ ins Strahlenfeuer *(„Bild“-Zeitung)*

Angebliches Fehlverhalten soll rechtfertigen, dass Menschen dauerhaft reduzierte Hilfe erhalten

1. Noch wirkt der **Überprüfungsantrag** nach § 44 SGB X vier Jahre rückwirkend. Wer es noch nicht getan hat, sollte ihn stellen: vier Wochen zurückblättern und

den Kugelschreiber zücken! Das geht diesen Monat noch. Sobald das Regelbedarfsermittlungsgesetz im Bundesgesetzblatt steht und in Kraft getreten ist, wirkt der Antrag nach § 44 SGB X nur noch ein Jahr rückwirkend, und das (No-)Job-Center darf auch eigene Fehler zulasten des Anspruchsberechtigten berichtigen und nachfordern, was bisher nicht möglich war. Das verabschiedetete SGB II soll am 1. April 2011 in Kraft treten. Ich würde mit dem Antrag nach § SGB X nicht so lange warten! –

Haben Sie eine bezahlte Erwerbstätigkeit? Verdienen Sie auch so gut, dass Sie Lohn- oder Einkommensteuer zahlen und eine Steuerklärung abgeben müssen? Dann haben Sie mit dem Finanzamt zu tun. Sind Sie mit dieser Behörde zufrieden, und stimmen Ihre Steuerbescheide? Nach meiner Erfahrung lautet die Antwort meist ja, und wenn nicht, so ist dies mit einem Antrag auf Überprüfung oder einem Widerspruch zu regeln. Das EDV-System des Finanzamtes berücksichtigt automatisch alle Freibeträge. Für anhängige Klagen – egal, in welchem Bundesland sie erhoben wurden –, wird im Bescheid ein Vorbehalt zugunsten des Steuerzahlers aufgenommen. Der gleiche Sachverhalt muss nicht noch einmal per Klage geklärt werden. Sie selbst gelten als vertrauenswürdig. Ihre Angaben werden akzeptiert, nur in Ausnahmen fordert das Finanzamt einen Nachweis. Eingereicht werden müssen nur die Lohnsteuerbescheinigung und Nachweise über Lohnersatzleistungen. Alles andere wird Ihnen geglaubt.

Erwerbslose müssen auch zum Amt. Die Anträge beispielsweise auf ALG II sind wesentlich umfangreicher als eine Einkommensteuerklärung. Alle sechs Monate ist ein Folgeantrag zu stellen. Alle Angaben in den Anträgen sind durch Einreichen von Unterlagen zu beweisen. Vorzulegen sind Mietvertrag und Nachweis der aktuellen Miethöhe, außerdem bei Neuantrag grundsätzlich die Kontoauszüge für drei Monate. Schwärzungen sind nur eingeschränkt möglich. Ihnen wird selten etwas geglaubt! Treten Fragen zur Wohnung auf, wird Auskunft des Vermieters verlangt. Falls Ihr Bescheid fehlerhaft ist und dem Widerspruch nicht abgeholfen wird, können Sie Klage beim Sozialgericht einreichen. Falls keine Eilbedürftigkeit vorliegt, dauert es circa ein oder zwei Jahre, bis über diese Klage entschieden wird.

In der Zwischenzeit haben Sie alle sechs Monate weitere Bescheide mit dem gleichen Fehler erhalten. Sie müssen gegen jeden Bescheid Widerspruch einlegen und Klage erheben. Die Arge, jetzt das (No-)Job-Center, erstellt die Folgebescheide nicht unter Vorbehalt der anhängigen Klage. Auch alle anderen Menschen mit dem gleichen Sachverhalt müssen Widerspruch einlegen und Klage erheben. Urteile der ersten Instanz werden selten auf die anderen Entscheidungen übertragen. Entscheidungen der Landessozialgerichte werden öfter übergreifend

akzeptiert. Entscheidungen des Bundessozialgerichtes werden bundesweit berücksichtigt, alles andere aber nur in dem jeweiligen Gerichtsbezirk. Was für eine Verschwendung von Ressourcen! Wegen der Vielzahl der Klagen ist die Arge, jetzt das (No-)Job-Center, von den Gerichtskosten befreit. Dies ist nur eine vereinfachte Darstellung, zeigt aber bereits, dass Erwerbslose nicht als Menschen mit Würde behandelt werden. Dies alles ist kein Versehen, sondern volle Absicht!

Stellen Sie sich vor, Ihr Finanzamt würde angewiesen, im Durchschnitt mehr Steuern zu erheben, als festzusetzen sind. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Freibeträge vergessen und Widersprüche abgelehnt. Unvorstellbar! Die Ämter für Erwerbslose – bisher die Argen (in Bremen die Bagis), jetzt die (No-)Job-Center – wurden von der Bundesagentur für Arbeit angewiesen, 70 Prozent aller Widersprüche abzulehnen. Nur 30 Prozent aller Widersprüche durfte abgeholfen werden – egal, ob der Mensch recht hatte! Hier wurde die Behörde von der vorgesetzten Dienststelle verpflichtet, die Erwerbslosen zu betrügen, wissentlich und vorsätzlich! Auf der 285. Bremer Montagsdemo stehen weitere Anmerkungen dazu. Auf der 307. Bremer Montagsdemo und den folgenden stehen viele Gründe für den Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X. Einfach machen!

Ab 1. April 2011 werden die Verschärfungen des SGB II in Kraft treten. Eine Kurzübersicht über die anstehenden Verschärfungen bei Hartz IV mit dem Ziel der systematischen Bedarfsunterdeckung gibt es von Norbert Hermann, („Unabhängige Politik- und Sozialberatung Bochum“) und ausführlicher von Beckhäuser und Eckhardt. Beide Ausarbeitungen sind vorläufig und unvollständig, aber sehr interessant! Hier eine Anmerkung daraus:

„Während zuletzt um drei Euro gestritten wurde, war man sich offenbar darin einig, dass eine Vielzahl von gesetzlichen Neuregelungen aufgenommen werden sollte, die zu erheblicher und dauerhafter Bedarfsunterdeckung bei Leistungsberechtigten führt. Ich spreche hier von den zahlreichen Möglichkeiten, die Leistung des Lebensunterhalts zu kürzen. Galt früher einmal der Grundsatz, dass die Sicherung des Lebensunterhalts unabhängig von der Frage der Schuld zu leisten sei, gibt es nun zahlreiche Tatbestände (angeblichen) Fehlverhaltens, die rechtfertigen sollen, dass Menschen dauerhaft mit einer um 30 Prozent reduzierten Hilfe zum Lebensunterhalt zurechtkommen müssen. Ob dies verfassungsgemäß ist, wurde nicht einmal erwogen.“

So geht es weiter. Mit viel Sachverstand wird auch der Einklang mit unserer Verfassung hinterfragt. Nüchtern betrachtet also eine Fortsetzung der Ausgrenzung! Wehrt euch! Ihr könnt ALG II mit dem Kugelschreiber erlegen! Wie dies geht? Wir gehen mit! Der neue Regelsatz ist nicht verfassungsgemäß, auch nicht unter Berücksichtigung der Änderung zur Warmwasserbereitung (diese Kosten werden seit 1. Januar 2011 erstattet und sind daher nicht mehr im Regelsatz enthalten). Daher Antrag auf verfassungsgemäße Regelleistung stellen! Die anderen Neuregelungen im verabschiedeten SGB II sind jeweils bei Anwendung angreifbar, mit Widerspruch und Klage!

Wer Kinder hat und ALG II, Sozialgeld, Kinderzuschlag oder Wohngeld erhält, sollte nochmals zum Kugelschreiber greifen und die Leistungen für Bildung, Teilhabe et cetera beantragen. Gezahlt wird rückwirkend ab 1. Janaur 2011, aber keine Behörde blickt durch. Daher den Antrag formlos an das Jobcenter mit der Bitte um Weiterleitung gegen Stempel abgeben. Bremen hat dies alles noch nicht geregelt. In der Ausarbeitung stehen die Anmerkungen dazu ab Seite 28. Auch Auszubildende und Studenten sollten die leider eingeschränkten Möglichkeiten entdecken. Was ist für den Alltag zu berücksichtigen? Wie schütze ich mich vor den neuen Fallstricken? Als erstes gilt: Nicht allein zur Behörde gehen. Sei stark und nimm jemanden mit, als moralische Rückenstütze! Alles, was zur Unterschrift vorgelegt wird, kann mitgenommen werden. Nichts im Amt unterschreiben! Das Anliegen der Sachbearbeitung kann ebenfalls schriftlich mitgenommen werden. „Bewerbung als Hilfskraft? Na klar, wenn Sie mich dazu schriftlich auffordern!“ Ansonsten werden wir uns montags über die Änderungen informieren.

Hartz IV danken wir dem Lissabonner Vertrag. Wir müssen die EU-Verfassung aber auch deshalb ändern, weil sie zur Förderung der Atomkraft verpflichtet. Zu den Nebenwirkungen und Rahmenbedingungen der Atomkraft siehe 187. und 188. Bremer Montagsdemo (Punkt 4). Auch ich bin für Abschalten! Die erneuerbare Energie muss wieder vorrangig sein. Hier wurde zugunsten der Atomkraft die Förderung geändert. Überlandleitungen gehören wegen ihrer Nebenwirkungen zumindest in Siedlungsnähe unter die Erde. Wenn dies berücksichtigt wird und die Bürgerinitiativen ernst genommen werden, sind Neutrassen zu verwirklichen, auch um die Spannungsverluste in den Leitungen zu reduzieren. Diese Technik muss endlich eingesetzt werden!

Zum Schluss möchte ich auf eine Veranstaltung am **Donnerstag**, dem **24. März 2011** um **19:32 Uhr** in der „**Villa Ichon**“, Goetheplatz 4, aufmerksam machen. Sie heißt „**Arbeitslosigkeit und Armut abschaffen**! Eine realistisch-unrealistische Utopie“. Es spricht Professor Peter Grottian. Begrüßung und Moderation: Norbert Schepers. Die provozierende These wendet sich gegen die Vorstellung, dass ein hoher Sockel von Erwerbslosigkeit und Armut strukturell unvermeidbar und kapitalistisch vorgegeben ist. Mit einem anderen Verständnis von Grundsicherung und Arbeit wäre konzeptionell ein Rahmen von Grundsicherung, Arbeitsumverteilung, gesellschaftsspezifischer Arbeitsteilung, selbstbestimmter Arbeit und gesellschaftlichen Mindestlohn möglich, der eine weitgehende Abschaffung der Arbeitslosigkeit zur Folge hätte. Deshalb sind die Machtkonstellationen zu erörtern, wie die Abschaffung von Arbeitslosigkeit und Armut durchgesetzt werden kann.

Peter Grottian ist Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und wissenschaftlicher Beirat von „Attac“, außerdem Mitorganisator bei Bildungsstreik, „Bankenaktionstag“, Stuttgarter „Demokratiekongress 2011“ und diversen Sozialprotesten. Diese Veranstaltung der „Georg-Elser-Initiative“ gehört zur Reihe „**1932 heute! Aus (welcher) Geschichte lernen?**“. Darum Mon-

tagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

2. Um 17:30 Uhr begann die Bremer Montagsdemo. Der Marktplatz füllte sich, und das Thema Abschalten stand gleich im Vordergrund. Der Kreis auf dem Marktplatzpflaster war gut umstellt. Nach dem Glockengeläut begann die Mahnwache, wie von den Medien berichtet, mit einer stärkeren Lautsprecheranlage. Nachdem die angekündigten Redner fertig waren, wurde wie in der Vorwoche sofort das Mikrofon abgeschaltet. Es gab keine Möglichkeit für einen anderen Menschen, das Wort zu ergreifen. Nun war der Lautsprecher der Bremer Montagsdemo wieder zu hören. Eine Spontandemo zum Bahnhof wurde vorgeschlagen und angenommen, ein großes Transparent gegen die Atomkraft vorweg und viele hinterher. An der Giebelseite des Rathauses bildete eine Polizeigruppe eine Sperre. Die Demonstranten gingen zwischen den geparkten Autos hindurch; die Polizei ließ es zu.

Dem Führungstransparent folgte eine Gruppe Jugendlicher mit weiteren Transparenten und Megafon, „Schwarzer Block“ genannt. Sie waren gut drauf; leider haben sie grundlos die Polizei beschimpft. An der Wallkreuzung kam die Demo vor dem SWB-Gebäude zum Stehen. Die Jugendlichen änderten die Richtung: Es ging nicht geradeaus zum Bahnhof, sondern links ab zum CDU-Gebäude. Das Führungstransparent reite sich in die Demo ein, die Jugend hatte die Führung übernommen. Vor dem CDU-Büro wurde gehalten. Die Jugendlichen benutzten ihr Megafon. Es gab eine gute Rede und gute Stimmung. Auch dank Samba-Getrommel war es unterwegs kein Schweigemarsch.

Dann wurde Feuerwerk gezündet, ein Knaller und zwei Raketen. Die Polizei nahm dies zum Anlass, die Demo zu filmen. Auf Nachfrage bei Nummer 3788 hieß es, nur die Jugendlichen seien gefilmt worden, wegen der Feuerwerkskörper. Vom Wall aus ging es weiter Richtung Bahnhof, unter der Hochstraße längs, dann aber zur allgemeinen Überraschung am Hauptbahnhof vorbei, Richtung Rembertikreisel. Vor dem Hauptbahnhof habe ich die Demo verlassen. Es war circa 19:30 Uhr. Mitgegangen waren geschätzte 300 Leute, wo sind sie geblieben? Am Abend wollten die Jugendlichen die weiteren Pläne beraten.

Hans-Dieter Binder kandidiert für „Die Linke“
zur Bremischen Bürgerschaft (Platz 18)

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“)*

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Überprüfungsantrag stellen, wenn es Sanktionen, Kürzungen oder Unregelmäßigkeiten bei der Zahlung gegeben hat!

Mit einem Angriffskrieg den atomaren Massenmord vertuschen?

1. Vor zehn Tagen war atomarer GAU in Japan, doch das ist schon nicht mehr die Nummer eins in den Nachrichtensendungen, denn zwischenzeitlich ist ein hektischer Kriegsbeginn gegen Libyen erfolgt. Wird das Wüstenland bombardiert, um von der größten atomaren Katastrophe der Geschichte abzulenken? Glaubt man der Presse, kommt in Fukushima langsam, aber sicher alles ins Lot: Ein Reaktor nach dem anderen geht wieder ans Netz. Warum ist dann im 240 Kilometer entfernten Tokio radioaktives Jod im Trinkwasser? Letzten Dienstag wurden die 500- bis 1000-fache Strahlendosis in Tokio gemessen; nach Drehen des Windes ist sie wieder abgeklungen. Warum wurde Cäsium in großer Menge freigesetzt? Das ist der Beweis: Die Kernschmelze in mindestens einem Reaktorblock ist in vollem Gang!

Was ist mit Reaktor 3? Dort wird Plutonium eingesetzt, kein Gamma-, sondern ein Alpha-Strahler, daher nicht mit Geigerzähler nachweisbar, dafür umso tödlicher. Die Halbwertzeit von Plutonium beträgt 24.900 Jahre (Jod: 21 Stunden, Cäsium: 30 Jahre). Warum wird von der Betreiberfirma Tepco der Bau eines „Sarkophags“ wie in Tschernobyl geplant, wenn angeblich langsam alles unter Kontrolle kommt? Mit Wasserwerfern wird gegen schmelzende Brennstäbe angespritzt und das Wasser wieder ins Meer geleitet, sofern es nicht sofort in die Atmosphäre verdampft ist. Die Luft, der Ozean, das Grundwasser – alles wird verstrahlt! Tatsache ist: vier Atomreaktoren und ein Abklingbecken sind außer Kontrolle. Es handelt sich dabei um die 120-fache Menge radioaktiver Substanz wie in Tschernobyl: sechs mal 16 Tonnen Uran, einschließlich Plutonium!

Wenn das freigesetzt wird, könnte ganz Japan unbewohnbar und die ganze Menschheit in Mitleidenschaft gezogen werden. Auf Satellitenbildern zu sehen, dass bei zwei Reaktorblöcken der Druckbehälter beschädigt ist. Die Katastrophe wird kleingeredet, um den Massenmord zu vertuschen, und die schwarz-gelbe Regierung in Berlin beteiligt sich an dieser weltweiten Kampagne! Tschernobyl hat bis heute circa 100.000 Menschen das Leben gekostet. Droht hier das Vielfache? Warum wird die Bevölkerung nicht in Sicherheit gebracht? Seit zehn Tagen wäre Zeit dazu! Stattdessen werden Feuerwehrmänner in den sichern Tod gejagt.

Am Sonntag gab es eine erste große Demo in Tokio mit mehreren Tausend Menschen. Viele sind aber auch noch in Schockstarre. Sofortiger Rücktritt der Kan-Regierung!

Und die deutsche Regierung? Ein „Moratorium“ ist der Hohn! Wären Merkel und Röttgen wirklich für die Abschaltung wenigstens der sieben ältesten Schrottmeiler und des Pannenreaktors Krümmel, würden sie sich nicht gegen ein ordentliches Gesetz sträuben! Das sind Handlanger der Atommafia in Deutschland! Merkel bezeichnet ihre Politik gern als „alternativlos“ – das hätte sie vielleicht gern! Die Alternative ist ein Gesellschaftssystem, in dem nicht alles dem Profit untergeordnet wird, sondern die Menschen und ihre Bedürfnisse zählen. Das ist die Zukunft, das ist der echte Sozialismus! Sofortige und endgültige Stilllegung aller Atomanlagen auf Kosten der Betreiber! Hoch die Internationale Solidarität!

2. Auch am zweiten Montag seit dem atomaren GAU in Japan kamen Tausende zu Mahnwache und Demonstration in Bremen. Zuerst gab es wieder ein Offenes Mikrofon der Bremer Montagsdemo, wo vor allem die Verharmlosungs- und Vertuschungspolitik der Bundesregierung angegriffen wurde und neue Fakten zur Reaktorkatastrophe berichtet wurden. Ein Wissenschaftler ging auf die Gefahren des im Reaktorblock 3 in Fukushima eingesetzten Plutoniums ein. Dieser Block ist außer Kontrolle. Auch dass radioaktives Jod in Tokio im Trinkwasser nachgewiesen und Cäsium in großer Menge freigesetzt wurde, ist Beweis dafür dass die Kernschmelze längst begonnen hat und sich durch Besprengen mit Wasser nicht stoppen lässt.

Ganz offensichtlich dient der Nato-Krieg gegen Libyen als willkommenes Ablenkungsmanöver: Seit drei Tagen hat es die Atomkatastrophe auf Platz zwei der Nachrichten verbannt – die Umweltverbrecher hoffen, so langsam aus der Schusslinie zu kommen. In Reden und auf Transparenten wurde Merkel, die ihre Politik immer als „alternativlos“ bezeichnet, eines Besseren belehrt: Es gibt eine Alternative – das ist eine Gesellschaft, in der nicht der Profit, sondern der Mensch und seine Bedürfnisse zählt, der echte Sozialismus!.

Bei der Mahnwache sprach diesmal der grüne Umweltsenator Loske. Zwischenrufe „Abschalten – sofort„ erntete er, als er die Rückkehr zum rot-grünen „Atomausstieg“ forderte. Dieser wurde auch in einigen Redebeiträgen als das angegriffen, was er ist: Ein Szenarium, das die Antiatombewegung vor 20 Jahren spaltete und weitgehend zerstörte. Auch nach den rot-grünen Plänen wären die Atommeiler in Deutschland noch bis 2022 am Netz, auch nach ihnen werden sie als „Brückentechnologie“ bezeichnet. Der GAU in Japan zeigt aber in aller Schärfe: Die Atomtechnologie ist nicht beherrschbar – und in den Händen einer ausschließlich auf Profit orientierten herrschenden Klasse eine tödliche Gefahr für die ganze Menschheit!

Auf der anschließenden Demonstration – es waren nicht ganz so viele wie vor einer Woche, aber dennoch knapp 3.000 Teilnehmende – wurde ausdauernd „Abschalten“ gerufen. Eine andere Parole lautete: „ Merkel in den Sarkophag, weil

sie voll daneben lag!“. Außerdem war eine Trommlergruppe dabei, die richtig einheizte. Entgegen der Ankündigung des Montagsdemo-Moderator auf dem Marktplatz, eine Abschlusskundgebung mit Offenem Mikrofon auf dem Bahnhofsvorplatz zu machen, zog die von Jugendlichen angeführte Demo allerdings weiter Richtung Ostertorviertel. Das schuf Verwirrung. So wurde die Demo allmählich kleiner. Nächsten Montag sollte deshalb unbedingt an der Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz festgehalten werden. Wir müssen unsere Kräfte bündeln und nicht zerfasern!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Narrenmund tut Wahrheit kund“: „Angesichts der Wahlen lastet Druck auf der Politik, die Entscheidungen sind daher nicht immer rational“ *(„Spiegel-Online“)*

Sicher ist sicher: Deutsche Fernsehsender bringen vor den Wahlen keine Scherze mehr über Atomkraft *(„Bild“-Zeitung)*

Beck’s Notlandung als lahme Ente: Grüne gewähren Laufzeitverlängerung für Problembären *(„Spiegel-Online“)*

Mappus abgeschaltet: Der Machtverlust in Baden-Württemberg ist für das bürgerliche Lager ein Menetekel *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

322. Bremer Montagsdemo am 28. 03. 2011

Nur bis Donnerstag vier Jahre rückwirkend Nachzahlung bei Überprüfungsantrag

Endspurt: Am 31. März 2011 ist „Wüstenrot“-Tag! Es geht wie bei der Werbung der Bausparkasse um viel Geld, viel Schotter! Einfach zur 317. Bremer Montagsdemo zurückblättern, dort und auf den folgenden Wochenseiten steht alles über den Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X. Nur wenn dieser Antrag bis Ende dieses Monats beim (No-)Job-Center eingegangen ist, gilt er rückwirkend zum Jahresbeginn 2007. Bei einem Eingang ab 1. April 2011 gilt er nur noch rückwirkend zum 1. Januar 2010. Es genügt ein normaler Brief mit Absender und Empfänger und dem schlichten Text: „Hiermit beantrage ich die Überprüfung aller Leistungsbescheide mit Wirkung ab 1. Januar 2007.“ Dies reicht, um die Frist zu wahren! Auch die „Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV“ der Partei „Die Linke“ ruft dazu auf:

> „Für bis zum 31. März 2011 gestellte Überprüfungsanträge gilt eine Nachzahlung für die letzten vier Kalenderjahre. Am 1. April 2011 treten die neuen Regelungen in Kraft. Zu beachten ist: Der bekannte § 44 SGB X ermöglicht es, dass nicht begünstigende rechtswidrige Verwaltungsakte auch dann noch korrigiert werden, wenn sie bestandskräftig geworden sind. Die Nachzahlung zu Unrecht nicht erhaltener Sozialleistungen war auf das laufende Kalenderjahr und die vorhergehenden vier Kalenderjahre begrenzt. Nun wird die Nachzahlung auf das laufende Kalenderjahr und das vorhergehende beschränkt. Dies ist eine deutliche Verschlechterung. Das heißt zum Beispiel: Im Mai 2011 werden Leistungen rückwirkend nur ab dem 1. Januar 2010 erbracht.
>
> Um ein vielfach bestehendes Missverständnis auszuräumen: Die ursprüngliche Vierjahresfrist bezieht sich auf den möglichen Nachzah-

lungszeitraum, nicht auf das Erlassdatum des die Leistungen regelnden Verwaltungsakts (Datum des Bescheids). Genauso verhält es sich mit der neuen Jahresfrist. Wird zum Beispiel im Mai 2011 festgestellt, dass bei einem Bewilligungsbescheid vom Oktober 2009 die eingereichten Heizkosten nicht berücksichtigt wurden, kann ein Überprüfungsantrag gestellt werden, obwohl der ursprüngliche Bewilligungsbescheid nicht im vorangehenden Kalenderjahr erlassen wurde. Heizkosten für die Vergangenheit werden dann aber erst ab Januar 2010 erbracht. Überprüfungsanträge im Hinblick auf verfassungswidrige Regelsätze haben jedoch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 keine Aussicht auf Erfolg. Die Regelsätze müssen rückwirkend nur zum 1. Januar 2011 neu berechnet werden."

Der Überprüfungsantrag ist auch möglich, wenn ein Widerspruch abgelehnt wurde. Jede Arge (in Bremen die Bagis) war verpflichtet, 70 Prozent aller Widersprüche abzulehnen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder kandidiert für „Die Linke"
zur Bremischen Bürgerschaft (Platz 18)

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum")*

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Überprüfungsantrag stellen, wenn es Sanktionen, Kürzungen oder Unregelmäßigkeiten bei der Zahlung gegeben hat!

Ich wünschte mir, gegen Sozialspaltung gingen so viele Menschen auf die Straße wie gegen Kernspaltung

1. Vergangenen Sonnabend demonstrierte in vier Großstädten eine Viertelmillion Menschen für den endgültigen Ausstieg aus der unverantwortbaren **Atomenergie** und gegen die Atompolitik der Bundesregierung. In München sollen trotz strömenden Regens 40.000, in Köln ebenfalls 40.000, in Hamburg 50.000 und in Berlin 120.000 Atomkraftgegner auf die Straße gegangen sein – das ist der absolute Rekord! Bei strahlend blauem Himmel und Sonnenschein satt fuhren wir mit

dem Zug nach Hamburg, der von Station zu Station immer mehr aus allen Nähten zu platzten drohte. Die gute Stimmung erinnerte an die Ostermärsche. Viele hatten ihre Gedanken fantasievoll auf Papier oder Stoff geschrieben und gemalt: „Unsere Kinder sollen lachen, nicht strahlen!“, „Kinder haften für ihre Eltern“, oder die absolut berechtigte Frage: „Frau Merkel, erklären Sie unseren Kindern, warum Erwachsene die Erde kaputtmachen!“ Wir wollen unseren Kindern und allen nachfolgenden Generationen keine verstrahlte Erde hinterlassen, auf der sie nicht mehr leben können!

Einige trugen Pappen mit der Aufschrift: „Frau Merkel soll ihr Gehirn ein- und die Atomkraftwerke ausschalten!“ Besonders gut gefiel mir ein Schwarzweißportrait der Bundeskanzlerin im „Che-Guevara-Look“, wo sie eine Baskenmütze trägt, auf der vorne eben nicht der rote Stern, sondern das Atomzeichen abgebildet ist. Auf einem Transparent stand der Ausspruch, den die Bundeskanzlerin zum Atomkraftunfall in Fukushima gesagt haben soll: Jede Hausfrau wisse, wenn die Rührschüssel ein Loch habe, laufe der Kuchenteig raus. „Atomkraft zerstört Leben“ und „Fukushima ist überall“ begleitete uns in allen Variationen. Ich hörte: „Die Lichter werden nicht ausgehen, wenn es in Deutschland keine Atomkraftwerke mehr gibt, sondern sie gehen gerade mit ihnen aus, wie wir es gerade in Fukushima erleben.“ Sprechchöre skandierten immer wieder „Ab-schal-ten, ab-schal-ten!“ Vor dem Gebäude von Vattenfall blieben wir stehen und variierten wiederholt laut: „Vattenfall abschalten!“

An einer Kirche hingen Anti-Atom-Transparente, und zur Schweigeminute um 14.15 Uhr läuteten die Glocken. Ich fand die Demo klasse, sie hat richtig Spaß gemacht – bis auf den ohrenbetäubenden und die inneren Organe vibrieren lassenden Mega-Krach, den ich nicht als Musik bezeichnen kann! Egal, wie das schwarz-gelbe Gruselkabinett auch rumeiert und wegen der anstehenden Landtagswahlen zu tricksen versucht, hier muss nun endlich mit der Energiewende Ernst gemacht werden! Kinder und Betrunkene sagen die Wahrheit, lautet ein altes Sprichwort. Es sei dahingestellt, ob nun ein Viertele Wein mehr die Zunge von Wirtschaftsminister Brüderle löste oder was sonst den FDP-Politiker vor Industrievertretern zu der umstrittenen Aussage verleitete, die vorübergehende Abschaltung der sieben älteren Atommeiler nach der Fukushima-Katastrophe sei Wahltaktik gewesen. Natürlich ist Brüderle mit dieser Erklärung dermaßen missverstanden und falsch zitiert worden!

Selbstverständlich handelte es sich um einen Protokollfehler, denn die Sicherheit der Kernkraftwerke hat für die schwarz-gelbe Regierung absolute Priorität. Daher wäre es absurd, Wahlkampfmanöver vorzuwerfen. Absurd, natürlich! So dürfen wir getrost darauf hoffen, dass die bisher machtvollsten Demonstrationen und der Atomstreit die Koalition mit voller Wucht treffen und den unumkehr-

baren Ausstieg aus der Atomkraft einleiten, denn wir haben es längst fünf Minuten nach zwölf! Wie sehr wir Demonstranten Recht haben, zeigt uns die völlig außer Kontrolle geratene Lage an der japanischen Atomruine Fukushima. Erst hieß es, die Radioaktivität sei zehn Millionen Mal höher als normal, wenig später bezeichnete die Betreiberfirma Tepco die alarmierenden Zahlen als „nicht glaubwürdig". Woran liegt das – an den Messwerten oder an den Betreibern?

2. Die Umweltkatastrophe in Fukushima und die Massendemonstrationen führten zu einem historischen Wechsel bei der **Landtagswahl** in Baden-Württemberg: Regierungschef Mappus verliert und bringt Kanzlerin Merkel in Bedrängnis. „Von der Traufe in den Regen, von der Cholera zur Pest" – so sehen viele die Entscheidung am Sonntag. Das ist brandgefährlich, und ich persönlich glaube auch daran, dass Rot-Grün den Sozialstaat weiter munter gegen die Wand fahren wird, weil dies ja alternativlos sein soll. Milliardenschwere Rettungsschirme werden schließlich nur den verarmten Bankstern unter ihr Popochen gehalten! Ich wünschte mir, dass gegen die soziale Spaltung in Deutschland und die menschenverachtenden Hartz-Gesetze ebenso viele Menschen auf die Straße gehen würden wie gegen Atomkraft. Doch es scheint so zu sein, dass erst dann die Massen auf die Straße gehen, wenn der Stein des Anstoßes auch die bürgerliche Mitte empört. Gegen atomare Verseuchung müssen wir alle sein, weil sie uns alle berührt. Leider glauben zu viele Menschen, dass sie von den grausamen Hartz-Gesetzen oder dem Lissabonner Vertrag nicht persönlich betroffen sind und fallen auf die etablierte Hetze gegen Transferleistungsbezieher herein.

3. Statt die Menschen zu schützen, versucht die EU augenscheinlich, Grenzwerte für radioaktive **Verstrahlung** von Lebensmitteln zu erhöhen! Wie verantwortungslos ist das denn? Die rheinland-pfälzische Verbraucherschutzministerin Margit Conrad (SPD) protestiert gegen Pläne der EU, die Cäsium-Grenzwerte für Lebensmittelimporte aus Japan heraufzusetzen. Eine entsprechende Eilverordnung der Europäischen Union sollte nach Angaben Conrads am Samstag in Kraft treten. Demnach dürften Gemüse, Fleisch, Fisch und Getreide bis zu einem Höchstwert von 1.250 Becquerel an Cäsium 134 und Cäsium 137 pro Kilo in den Verkehr gebracht werden. Das ist allerdings doppelt so hoch wie der Grenzwert für Produkte in Deutschland, die nach der Tschernobyl-Katastrophe auch heute noch erhöhte Radiocäsiumgehalte aufweisen. Conrad forderte Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) auf, dafür zu sorgen, dass die europäischen Grenzwerte, die seit Tschernobyl für inländische und europäische Lebensmittel gelten, auch für aus Japan importierte Waren verbindlich sind. Selbstredend widersprach das Bundeslandwirtschaftsministerium: Frau Conrad habe keine Ahnung, denn die Grenzwerte, die jetzt von der EU europaweit in Kraft gesetzt würden, entsprächen den international verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen. Wer gab die in Auftrag? Die Landwirtschaft?

4. Letzte Woche Freitag unterzeichnete Bundespräsident Christian Wulff das Gesetz zur Umsetzung der **Hartz-IV-Reform**, womit dieses rückwirkend zum 1. Januar in Kraft tritt. Hartz-IV-Bezieher bekommen angeblich fünf Euro mehr, weil die ganzen Streichungen beim Elterngeld, dem Rentenbeitrag oder dem Armutsgewöhnungszuschlag nicht mitgezählt werden. Die reale unglaubliche Verschärfung scheint fast als geheime Verschlusssache gehandelt zu werden. Es war zu befürchten, dass Wulff diesen Schritt tun würde. Da halten die „christlichen" Parteien eben zusammen, auch wenn der Inhalt dieser Reform meiner Meinung nur als menschenverachtend und damit unchristlich bezeichnet werden kann, weil es natürlich nicht mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Einklang steht!

Das milliardenschwere „Bildungspaket" für Kinder aus Hartz-IV-Familien droht derweil zu verpuffen, weil zahlreiche Kommunen den freiwilligen Essenszuschuss in Schulen streichen, wenn der Bund dafür aufkommt. Nun befürchten Sozialverbände einen ähnlichen Effekt bei der Förderung von Sport- oder Musikangeboten. Es häufen sich Meldungen, dass der Zuschuss für Kinder aus Hartz-IV-Familien wegen der neuen Mittel aus dem Bildungspaket des Bundes eingestellt werde.

5. An der **Lohnungleichheit** zwischen Männern und Frauen gibt Familienministerin Kristina Schröder Frauen eine Mitschuld, weil sie so oft „typisch weibliche" Berufe ergriffen. Es sei den weiblichen Beschäftigten „nicht gelungen, typische Frauenberufe zu überwinden". Schröder tut so, als ob es „gottgegeben" sei, dass die Berufe in weiblich und männlich unterteilt sind und die „weiblichen" schlechter bezahlt werden müssen! Es geht hier um Überbewertung von „männlicher" und Unterbewertung von „weiblicher" Arbeit. Dabei berichtet das Statistische Bundesamt, dass Frauen selbst bei gleicher Qualifikation und gleichem Job im Schnitt pro Stunde brutto acht Prozent weniger verdienten als Männer und der durchschnittliche Bruttostundenlohn von Frauen in Deutschland insgesamt um 23 Prozent unter dem der Männer liege.

Die Gebärfähigkeit der Frauen gereicht ihnen zum Nachteil in allem, weil sie dann auf dem Arbeitsplatz ausfallen. Männer können in Deutschland leicht Vater werden, wenn ihre Frau ihnen alles abnimmt, wenn genug Geld da ist, um sich ausreichende Kinderbetreuung und reproduktive Arbeit im Haushalt bezahlen zu können. Für mich ist das eine Frechheit: Bitte auf keinen Fall darüber nachdenken, warum sogenannte weibliche Berufe wie „Erzieherin" dermaßen schlecht bezahlt werden! Die gleiche Dame ist auch gegen eine Quote, damit Frauen endlich die Chance erhalten, einen Chefsessel zu ergattern. Aber die Herren werden sich ihre Pfründen nicht freiwillig nehmen lassen! Die „weibliche" soziale Arbeit wird als Gedöns betrachtet, obwohl sie sozialer Kompetenzen bedarf, über die viele Herren gar nicht verfügen, obwohl dies allen gerade bei der Menschenführung gut bekäme.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke"

Das weitere Vorgehen gemeinsam und gleichberechtigt planen!

1. Nach dem Super-GAU in Japan wurde am vergangenen Sonntag das Zehnmillionenfache der „normalen“ Strahlung gemessen. Später wurde der Faktor auf „nur“ 100.000 runterkorrigiert. Millionen Menschen sind akut bedroht, aber die Regierung redet die Katastrophe nach wie vor herunter, lügt und betrügt, aber unternimmt nichts für die notwendige Evakuierung. Auch wenn das schwierig ist: Es muss alles getan werden, um so viele Menschen wie möglich zu retten! Auch die deutsche Regierung lügt: Das „Atommoratorium“ – Brüderle hat es aufgedeckt – sollte nur die Wahl für CDU und FDP retten. Geklappt hat es nicht.

Zwar wurde Beck abgestraft; die SPD hat in Rheinland-Pfalz zehn Prozentpunkte verloren, weil sie dieselbe Politik macht wie Merkel in Berlin. Aber Mappus ist *weg*! Das war eine zentrale Losung in den letzten Wochen. Mein Glückwunsch an die Menschen in Baden-Württemberg und uns alle! Mappus war fleischgewordene verbrecherische Politik gegen die Menschen, gegen die Zukunft, für den nackten Profit – ob Atompolitik, „S21“ oder Streichung von Sozialleistungen. In der Nacht auf Montag wurde der Bauzaun am Stuttgarter Bahnhof niedergerissen – gut so! Aber jetzt nicht zurücklehnen, denn allein durch die Wahlen und den von der Bahn verkündeten Baustopp bis nach der Regierungsbildung ist noch nichts entschieden: Es kommt weltweit auf unseren aktiven Widerstand an, und der muss jetzt noch mal gesteigert werden!

Die **Widerstandsbewegung** kommt weltweit in Schwung: 250.000 Menschen gingen am Samstag in Deutschland gegen Atomkraftwerke, 400.000 in London gegen Sozialabbau und Entlassungen auf die Straße. Auch in Lissabon demonstrierten Tausende, nachdem in der Vorwoche 300.000 Menschen auf der Straße den Rücktritt der Regierung Socrates erzwungen hatten! Es sind dieselben Verbrecher, die in Japan Obdachlose als „Wegwerfarbeiter“ ins Strahlenfeuer jagen, die Atompolitik gegen unser und das Leben unserer Kinder machen, die soziale Rechte beschneiden, die Arbeitshetze ins Unerträgliche steigern und jetzt Krieg gegen Libyen führen.

All das machen sie, weil alles dem Profit untergeordnet wird. Deshalb müssen wir unsere Kämpfe verbinden und höherentwickeln: für eine Welt, in der nicht der Profit, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht. Das ist für mich der echte Sozialismus! Mahnwachen reichen nicht, wir brauchen weltweit aktiven Widerstand gegen die globale Umweltkatastrophe. Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen auf Kosten der Betreiber, weltweit! Hoch die internationale Solidarität!

2. Nach den riesigen Anti-Atomkraft-Demos am Samstag (aus Bremen waren Tausende nach Hamburg gefahren, wo mit circa 50.000 Teilnehmern die größte Demonstration seit Jahrzehnten stattfand) waren am Montag nicht so viele auf den Marktplatz gekommen wie die beiden Wochen zuvor. Außerdem erschienen weder Grüne noch SPD, entgegen ihrer Ankündigung von der Vorwoche. Ob sie meinten, mit der Abwahl von Mappus in Baden-Württemberg sei das Ziel schon erreicht? Auch ohne sie waren aber über 1.000 Menschen auf dem Marktplatz, hörten zu oder beteiligten sich am Offenen Mikrofon der Montagsdemo.

Im Mittelpunkt standen dabei häufig der Zusammenhang von Antiatom- und Sozialprotestbewegung und die Notwendigkeit eines weltweiten aktiven Widerstands gegen die Umweltverbrecher in Regierung und Konzernen. Viel Beifall gab es, als berichtet wurde, dass in Stuttgart am Abend vorher das Ende der Mappus-Regierung gefeiert wurde und der Bauzaun am Bahnhof für „S21“ gleich umgerissen wurde. Applaus auch dafür, dass der Widerstand in Betrieben und auf der Straße jetzt erst recht wichtig ist, weil die Wahl allein noch nichts entscheidet.

An der anschließenden **Demonstration** beteiligten sich anfangs etwa 1.000 Leute. Eine Aktion fand vor der SWB-Zentrale statt. Dort wurde erklärt, dass dieses Kürzel keineswegs mehr für „Stadtwerke Bremen“ steht. Das Unternehmen gehört zu 100 Prozent der „Energieversorgung Weser-Ems“, die wiederum zu 25 Prozent im Besitz von ENBW ist, eines der größten Atomkraftwerksbetreiber. Die SWB ist unmittelbar selbst Atomstromproduzent, da ihr das AKW Grohnde weitgehend gehört. Es ist pure Rosstäuscherei, wenn die SWB im „Weser-Kurier“ mit ihrem „Ökostrom“ wirbt. Auf einem am Gebäude aufgehängten Transparent wurde die Vergesellschaftung der Stromkonzerne gefordert. Natürlich wurde wie auf der ganzen Demo lautstark „Abschalten!“ gerufen, unterstützt von Samba-Trommeln.

Schade war, dass es wieder keinen gemeinsamen Abschluss der Demo gab: Der vorneweg gehende Block ließ die Demonstranten im Unklaren über die Route. Entgegen vorheriger Absprachen zog er am Bahnhof vorbei. Dort wurde vom kleineren Teil eine Abschlusskundgebung gehalten und der „Schwabenstreich“ durchgeführt, während ein immer kleiner werdender anderer Teil weiter ins Ostertorviertel zog. Die Notwendigkeit des weltweiten Widerstands gegen die Atomverbrecher erfordert aber große Solidarität, deshalb sollten persönliche oder Gruppeninteressen unbedingt zurückgestellt und das weitere Vorgehen gemeinsam und gleichberechtigt geplant werden. Die Kräfte müssen gebündelt und nicht zersplittert werden!

3. Am Samstag, dem 19. März 2011, fand das **Regionaltreffen** der nordwestdeutschen Montagsdemos in Bremen statt. Da gleichzeitig in Hamburg und Hannover Demonstrationen anlässlich des atomaren GAU in Japan gegen die Atompolitik der Bundesregierung stattfanden, kamen weniger Teilnehmer als zunächst geplant. Dafür hatten alle Verständnis: Wir alle sind nicht nur tief betroffen von den schrecklichen Ereignissen in Fukushima, sondern auch wütend über die Atomverbrecher in Monopolen und Regierungen! Es kamen trotzdem Mitstreiterinnen

und Mitstreiter aus Bremerhaven, Hamburg, Oldenburg, Verden, Wilhelmshaven und natürlich Bremen. Insgesamt waren wir 25 Teilnehmende. Für das leibliche Wohl war auch gesorgt: Bereits zum Treffpunkt um 11.30 Uhr am Bahnhof hatten die Bremer belegte Brötchen mitgebracht. Von dort wurde dann eine Stadtführung gemacht, an der die meisten teilnahmen und die allen sehr gefiel.

Um 15 Uhr begann das erste Plenum im „Freizeitheim Oslebshausen". Im Mittelpunkt stand dabei der Zusammenhang von Antiatomkampf und Kampf gegen die Hartz-Gesetze – sind es doch dieselben Gegner, denen wir dabei gegenüber stehen und die unser aller Leben bedrohen. Das drückte sich auch in den drei Arbeitsgruppen aus: 1. Zusammenhang zwischen Montagsdemo- und Umwelt- sowie Antiatom-Bewegung, 2) Kultur in der Montagsdemobewegung im Spiegel neuer Ereignisse, 3) Massenklage gegen die nicht verfassungskonforme Regelsatzfestlegung. Im zweiten Plenum stellte dann jede Arbeitsgruppe ihre Ergebnisse vor. Sie waren teils sehr konkret, wie wir im Einzelnen noch berichten werden. Danach kam der kulinarische Höhepunkt: die Bremer Spezialität „Kohl und Pinkel" satt, als Nachtisch Rote Grütze. Das Treffen fand in einer sehr bewegten Zeit statt und trug dazu bei, uns fester zusammenzuschließen. Gleichzeitig war es auch eine Vorbereitung auf das bundesweite Delegiertentreffen am 2. April 2011.

Wolfgang Lange (MLPD)

Keine Kinderkacke: Plutonium-Spuren enthüllen Ausmaß der Atomkatastrophe *(„Spiegel-Online")*

Schnupsi Rösler wird Vizekanzler: Pittiplatsch muss Vorsitz der Wirtschaftsnuttenpartei abgeben *(„Spiegel-Online")*

Soziale Frage und Umweltfrage sind gleichrangig im Kampf um unsere Lebensinteressen

Zum Zusammenhang zwischen Montagsdemonstrations- und Umwelt- beziehungsweise Anti-Atomkraft-Bewegung berieten sieben der 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Regionaltreffens der norddeutschen Montagsdemonstrationen am 19. März 2011 in Bremen in einer Arbeitsgruppe die folgenden vier Themen.

1. *Wie sind die Hartz-IV-Bezieher(innen) und Montagsdemonstrant(inn)en durch die Atomkatastrophe betroffen, grundsätzlich und im Konkreten?*

Zusammengetragen wurde: Die Preise vor allem für unverstrahlte Lebensmittel oder Strom werden enorm steigen. Das trifft die sieben Millionen Hartz-IV-Betroffenen besonders. Der neue Erste Bürgermeister von Hamburg, Olaf Scholz, hat als Arbeitsminister der Großen Koalition Pläne verfolgt, ALG-II-Beziehende in Arbeitslagern zusammenzufassen und für Gemeinwohlstätigkeiten zu verpflichten. Damit können sie bei Strafe von Totalsanktionen gezwungen werden, zum Beispiel Reinigungsarbeiten in Atomkraftwerken durchzuführen, wenn der Betreiber erklärt, dass ihre Gesundheit nicht übermäßig gefährdet sei. Von Produktionsstopps infolge von Atomkatastrophen sind Arbeiter(innen) sowie Hartz-IV-Beziehende betroffen.

Es ist klar, dass Energiekonzerne und Regierung alles versuchen werden, um die Folgen der von ihnen verursachten Katastrophen auf die Bevölkerung abzuwälzen, worunter am meisten Menschen mit geringem Einkommen und Hartz-IV-Beziehende zu leiden haben. Das macht deutlich: Der Kampf zur Verteidigung und Verbesserung der sozialen Lebensverhältnisse und zur Rettung der natürlichen Umwelt hat gleichrangige Bedeutung bekommen. Gemeinsam muss es gegen die Profitgier internationaler Konzerne und ihrer Regierung gehen. Das wird durch die Forderung „Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit auf Kosten der Betreiber!“ zum Ausdruck gebracht. Für die Energiekonzerne darf es keinerlei „Ausgleich für entgangene Gewinne“ durch den Staat aus Steuergeldern und keine Zusatzgewinne durch Strompreiserhöhungen geben.

Ein weiterer wichtiger Zusammenhang beider Bewegungen besteht darin, dass die Montagsdemo, auch wenn sie derzeit keine Massenbewegung ist, über sechseinhalb Jahre Erfahrungen in der Organisierung des Protests gegen die Regierung und der Entfaltung einer demokratischen Streitkultur untereinander verfügt. Die Prinzipien der Montagsdemo gehen in vielfältige Massenbewegungen ein, indem wir unsere Erfahrungen und Methoden, insbesondere das Offene Mikrofon und die demokratische Eigenständigkeit, einbringen.

2. *Was können und sollen Montagsdemonstrant(inn)en in die gemeinsame Bewegung zur sofortigen Stilllegung der Atomkraftwerke praktisch einbringen?*

Wir schlagen vor, dass die Montagsdemos sich bis auf Weiteres an den Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Atompolitik der Regierung und der Energiekonzerne beteiligen, weil die soziale Frage und die Umweltfrage als gleichrangig im Kampf um unsere Lebensinteressen anzusehen sind. Die gemeinsame Forderung dazu sollte sein: Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen auf Kosten der Betreiber! Die Montagsdemos bieten an, ihre bewährten Grundsätze in den gemeinsamen Kampf einzubringen. Das betrifft das Zusammengehen auf der Grundlage der Überparteilichkeit und der Zusammenarbeit von Einzelpersonen, Organisationen und Parteien auf gleicher Augenhöhe für die gemeinsame Forderung – mit Ausnahme von Faschisten.

Es gibt keine Sonderrechte: Für jeden Vertreter von Parteien und Organisationen sowie für Prominente gelten dieselben Bedingungen, also zum Beispiel auch

die Redezeit von maximal drei Minuten am Offenen Mikrofon. An diesem herrscht eine solidarische Streitkultur ohne Angriffe auf Beteiligte. Es gibt demokratische Wahlen gemeinsamer Koordinierungsgruppen und Beschlussfassungen auf den Demonstrationen selbst.

3. *Wie bewahrt die Montagsdemonstrationsbewegung im Bündnis ihre Eigenständigkeit?*

Die Montagsdemo ist eine soziale Bewegung gegen die Regierung mit der Hauptstoßrichtung „Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir!“ Sie steht insbesondere Hartz-IV-Betroffenen, Geringverdienenden und „Aufstockenden“ mit gegenseitigem Rat und Tat zur Seite, auch bei Gängen zu Behörden wie dem Jobcenter. Sie versteht sich im Kampf gegen die Regierung als „soziales Gewissen auf der Straße“ und wird diesen Charakter bewahren.

Wir schlagen vor, dass die Montagsdemos sich in den kommenden Wochen und Monaten aktiv an den Massenbewegungen gegen die Atompolitik der Regierung beteiligen, aber gleichzeitig ihre Eigenständigkeit bewahren. Das kann in der Form geschehen, dass wir zum Beispiel an den kommenden Montagen zuerst eine kurze Kundgebung zu den Themen der Montagsbewegung durchführen und dann zu den montäglichen Mahnwachen der Anti-Atomkraft-Bewegung demonstrieren und uns an ihnen beteiligen.

4. *Welche neuen Ideen und Vorschläge des Protests müssen und können wir entwickeln und einbringen?*

Über die Erfahrungen und Prinzipien der Montagsdemo hinaus sollten wir zu der neuen Dimension des Massenprotests gegen die atomare und Umweltkatastrophe unbedingt auch mit neuen Ideen und Methoden beitragen. Als erste Hinweise wurde Folgendes zusammengetragen: Die Menschen, die sich zum großen Teil erstmalig der Protestbewegung anschließen, haben das Bedürfnis, selber aktiv zu werden. Das können sie natürlich gut am Offenen Mikrofon, aber auch mit weiteren Mitteln. So können wir mit ihnen gemeinsam „Sandwiches“ (Umhängetafeln) machen oder ihnen verschiedene zur Auswahl gegen Spende zur Verfügung zu stellen.

Es wurde vorgeschlagen, auf Spruchtafeln, „Sandwiches“, Luftballons, bunten Regenschirmen oder Tapetenbahnen die Politiker angriffslustig „beim Wort zu nehmen“, zum Beispiel Merkels Spruch „Wir müssen nun umsichtig vorgehen“ (und was war vorher, Frau Merkel). Den Missbrauch des Amtseides mit der Formel „Schaden vom deutschen Volke wenden“ können wir in unserer Argumentation auf Schildern und Redebeiträgen stärker zum Ausdruck bringen. Auch sollten wir viel mit Bildern und Karikaturen arbeiten, zum Beispiel laminiert auf A3-Papier, auf Brust und Rücken getragen.

Auf Zustimmung stießen die folgenden Rufparolen als Anregung, weitere zu entwickeln: „Weg mit Atomkraft, weg mit Hartz IV! Gemeinsam kämpfen, das Volk sind wir!“ – „Nehmt ihnen die Welt aus der Hand, eh sie verbrannt!“ – „Arbeitsplät-

ze, Umweltschutz: Dafür haun wir auf den Putz!“ – „Umweltschutz auf alle Fälle schafft so manche Arbeitsstelle!“ – „Atomkraftstopp in einem Schritt rettet Umwelt vor Profit!“ – „Atomkraftwerke stopp auf Kosten der Betreiber!“ – „Rohstoffmangel gibt es nie bei Wind- und Sonnenenergie!“ – „Wehrt euch, leistet Widerstand gegen AKWs in jedem Land!“ – „Schließt euch fest zusammen“ (nach „Hejo, spann den Wagen an“) – „30 Stunden brauchen wir, den vollen Lohnausgleich dafür!“ – „Städte pleite, Fabriken dicht, so wollen wir die Zukunft nicht!“ – „Kinderarmut, ein Skandal, Schuld hat Staat und Kapital!“

Zuschrift von Stephan Brandt (Montagsdemo Hamburg)

Massenhaft auf verfassungsgemäßen Regelsatz klagen: Was Montagsdemonstranten der ersten Stunde sich erwarten *(„Rote Fahne News“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

323. Bremer Montagsdemo am 04. 04. 2011

Denunzieren, um eigene Lügen zu vertuschen?

1. Ich freute mich am letzten Sonnabend darüber, dass die Anti-Atomkraft-Bewegung keineswegs langsam verebbt, sondern allein in Bremen mit neuem Aufschwung rund 8.000 Menschen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen auf die Straße rief. Wunderbar warmer Sonnenschein stand Pate beim Kampf gegen den Weiterbetrieb der deutschen **Atomkraftwerke**. „Abschalten, Stilllegen“ oder „K, K, K, K – kein Atomkraftwerk!“ skandierten einzelne Sprechchöre. Auf dem Marktplatz sah ich eine Frau mit einer Pappe, auf der stand: „Die Erde ist auch mein Planet, und ich will, dass er erhalten bleibt“. Ein kleiner Junge trug ein Schild, auf dem zu lesen war: „Ich will groß werden, ohne krank zu sein!“

Aus Fukushima kommt täglich eine neue Katastrophenmeldung, die uns unübersehbar daran erinnert, dass Atomenergie unkontrollierbar gefährlich und deswegen nicht zu verantworten ist. Mir tun die Japaner Leid, die durch den Tsunami obdachlos wurden, deren Hab und Gut weg ist, deren Familien verschollen sind und die jetzt nicht wissen wohin. Überdies können sie der atomaren Verstrahlung in Luft, Wasser und Nahrungsmitteln nicht entrinnen. In einer Reaktorwand des Katastrophen-AKW Fukushima I klafft ein 20 Zentimeter langer Riss, aus dem hochradioaktives Wasser mit lebensbedrohlicher Strahlung sickert und alles noch schlimmer macht. Wenn die Japaner bei all dem Unglück ein kleines bisschen Glück damit hatten, dass der Wind die radioaktiven Partikel in der Atmosphäre über dem AKW hauptsächlich auf den offenen Pazifik blies, wendet sich nun das Blatt mit der Richtung des Windes, denn der kommt immer mehr aus Nordost, wodurch radioaktive Partikel nach Tokio wehen können.

Es ist auch noch nicht absehbar, welche Konsequenzen die Verstrahlung des Ozeans für den Schiffsverkehr haben könnte. In Deutschland aber bereitet man sich schon auf die Auswirkungen vor. Zahlreiche Reedereien rüsteten ihre Schiffe mit Geräten zur Messung der Strahlenbelastung aus. Im Hamburger Hafen werden in dieser Woche die ersten Schiffe aus Japan erwartet. Inzwischen gibt es

die ersten bestätigten Todesfälle im Unglückskraftwerk Fukushima, wo jetzt die Leichen zweier Tepco-Arbeiter entdeckt wurden, die durch den Tsunami gestorben sein sollen. Radioaktiv belastete Leichen sind zu einem großen Problem geworden, weil sie wegen der immensen Verstrahlungen nicht geborgen, geschweige denn obduziert werden können. Zu einem der größten Probleme zählt, dass aus mehreren Reaktoren tonnenweise radioaktiv verseuchtes Wasser abgepumpt werden muss. Nun ist der zweite Versuch fehlgeschlagen, das Leck zu schließen, sodass die Giftbrühe ungehindert ins Meer fließen kann. Auch der Einsatz von Kunstharz brachte bislang nicht den gewünschten Erfolg. Es ist davon auszugehen, dass es noch Monate dauern wird, bis das Leck geschlossen ist.

Wie reagiert die Kanzlerin? Offenbar fungiert sie wie ein Wendehals, der erst einen Geheimvertrag mit der Atomindustrie schloss, um sich dann nach dem Super-GAU an die Spitze einer breiten gesellschaftlichen Ausstiegsbewegung zu stellen. Im Sinne der Menschen wolle sie mit der Atomkraft Schluss machen, behauptet sie plötzlich, obwohl sie im letzten Herbst völlig ungeniert und absolut gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Bevölkerung den Weiterbetrieb der alten Meiler durchgesetzt hat. Angeblich wolle sie sich für einen „breiten gesellschaftlichen Konsens bei der angestrebten Energiewende in Deutschland“ einsetzen. Ihr Einsatz ist hier völlig überflüssig, weil dieser Konsens längst Wirklichkeit ist. Gerade Angela Merkel, die die Gegner der Kernenergie zu *ihren* Gegnern erklärte und zum Kampf gegen sie blies, will uns nun inmitten der Landtagswahlkämpfe weismachen, dass ausgerechnet ihr als promovierter Physikerin erst beim Anblick der strahlenden Trümmer von Fukushima klar wurde, dass Atomkraft wohl doch nicht ungefährlich sei. Sollte sie so tun, als ob sie den Super-GAU in Tschernobyl verschlafen hat? Diese gespielte Naivität ist in meinen Augen dreiste Berechnung im Bangen um die weiter purzelnden Prozente in der Beliebtheitsskala!

Vollkommen ungerührt von der Apokalypse in Japan, die sich in abgewandelter, aber gleichwohl katastrophaler Form auch in Deutschland ereignen kann, reichte der Energiekonzern RWE vor dem hessischen Verwaltungsgerichtshof Klage gegen die Abschaltung seines Meilers Biblis A ein. Die Bundesregierung hatte die Abschaltung von sieben Altreaktoren nach der Fukushima-Katastrophe mit der im Atomgesetz verankerten „äußersten Gefahrenvorsorge“ begründet, was RWE für rechtswidrig hält, weil die deutschen Kernkraftwerke die geltenden Sicherheitsanforderungen erfüllen würden. Ohne eine formelle Anweisung, den Betrieb sofort einzustellen, will RWE Biblis A wieder anfahren. Das hessische Umweltministerium als Atomaufsicht stellte jedoch klar, dass es Biblis A so schnell nicht wieder ans Netz lassen werde. Klar, dass es dem Konzern im neoliberalen Stil ausschließlich um das prall gefüllte Portemonnaie seiner Aktionäre geht! Mit dem für drei Monate im Rahmen des Atommoratoriums der Bundesregierung verfügten Stillstand von Biblis A entgehen RWE Millionenbeträge. Nach Angaben der Parteien geht es allein um 700.000 Euro pro Tag. Hier wird wohl fleißig verdrängt, welche Gefahren von Atomkraftwerken ausgehen, insbesondere von den älteren wie Biblis, auch für die Aktionäre!

2. Die (No-)Job-Center weiten ihre **Verfolgungsbetreuung** nun offensichtlich auch auf die minderjährigen, schulpflichtigen Kinder von Transferleistungsbeziehern aus. Seit einiger Zeit wird Schülern der 9. Klasse mit sanktionsbedrohten Vorladungen Furcht eingeflößt, wenn sie diese nicht einhalten. Teilweise behindern diese Termine sogar die Schulpflicht, obwohl die Jugendlichen dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung stehen, solange die Betroffenen sich in einer schulischen Ausbildung befinden. Weil die Kinder keine Zuwendungen erhalten, die über die ihnen nach ihrem gesetzlichen Unterhaltsanspruch zustehenden Leistungen hinausgehen, verhält sich der Staat eindeutig rechtswidrig, da weder das Versagen von Nahrung, benötigter Kleidung, Schulmaterial oder anderen sich aus dem Unterhaltsanspruch ergebenden Ansprüchen ein geeignetes pädagogisches Mittel ist. Wozu sollte dieser Termin nützen, wenn der Behörde eine Schulbescheinigung vorliegt? Hier soll doch nur gedroht und eingeschüchtert werden! Wenn meine Kinder solch einen Brief bekommen hätten, dann hätte ich im Fall einer Kürzung geklagt oder wäre mit ihnen zum (No-)Job-Center gegangen. Hätten die Kinder geschwiegen, hätten wir uns eine Anwesenheitsbescheinigung ausstellen lassen. Die Kinder könnten so frühzeitig lernen, wie sich die eigene Würde bewahren lässt und das eigene Recht zu holen ist!

3. Die als so überaus großartig angekündigten „**Bildungsgutscheine**“ für Nachhilfe, Sportverein und Schulessen für Kinder aus finanziell schwachen Familien lassen gewaltig auf sich warten. Da aber die zusätzlichen Gelder nicht direkt an die Eltern gehen, sondern stattdessen über die Kommunen verteilt werden sollen, droht das Paket nun zum Bürokratiemonster zu werden. So etwas kommt eben dabei heraus, wenn die Hartz IV beziehenden Eltern pauschal verunglimpft wer-

den und ihnen volksverhetzend unterstellt wird, dass sie Geld, das ihren Kindern zusteht, lieber für Nikotin, Alkohol und technisches Gerät ausgäben. Was haben die Kinder von Hartz-IV-, Wohngeld- oder Kinderzuschlag-Beziehern denn davon, dass sie ab sofort und rückwirkend zum 1. Januar 2011 Anträge auf Zuschüsse zu den Kosten für Sportvereine, Musikschulen, Schulessen, Schulbedarf, Nachhilfe, Schulausflüge und Nahverkehrstickets stellen können? In Berlin sind bislang noch nicht einmal Formulare für die Beantragung verfügbar! Der Senat lässt arme Kinder zappeln, so wie es die Bundesregierung schon vormachte.

4. Angeblich haben die (No-)Job-Center im letzten Jahr einen starken Anstieg der Zahl der „Hartz-IV-Betrüger" verzeichnet. Die Bundesagentur für Arbeit weist aber daraufhin, dass es nicht mehr „Hartz-IV-Betrüger" gebe, sondern die Mitarbeiter „qualifizierter" seien und deshalb auch mehr **Betrugsfälle** aufdecken könnten. Demnach gab es schon immer viel mehr *pöse, pöse* Hartz-IV-Bezieher, bloß reichte der Terror der Verfolgungsbetreuung nicht aus, ihnen auf die Schliche zu kommen. Mit Hartz-IV-Beziehern „darf" augenscheinlich anders ungegangen werden als mit dem Rest der Bevölkerung, denn Menschen im Hartz-IV-Bezug bekommen Sanktionen, sobald ihnen etwas unterstellt wird und *bevor* es ihnen vor Gericht nachgewiesen wird. Sie dürfen sich ihr Recht dann *nach* der Sanktion vor Gericht holen. Bei „Otto und Ottilie Normalverbraucher" erfolgt erst das Gerichtsurteil und dann die Sanktion. Wenn jeder Vorwurf gleich als wahr hingestellt wird, klar, dann steigen die aufgedeckten „Betrugsfälle" natürlich an!

Wenn die Agentur für Arbeit dergleichen behauptet, stellt sich doch die Frage, wie viele von den 226.000 Straf- und Bußgeldverfahren gerechtfertigt und wie viele der Bespitzelungen gesetzwidrig waren. Wie glaubwürdig ist denn eine Behörde, die von circa acht Millionen Hartz-IV-Beziehern auf etwa drei Millionen Arbeitslose heruntertrickst? So jemand kann leicht verbreiten, dass 226.000 Menschen betrügen würden und benutzt diese Denunzierung, nur um die eigenen Lügen zu vertuschen! Wenn da steht, dass 226.000 Verfahren eingeleitet wurden, geht daraus nicht hervor, wie viele Verfahren abgewehrt wurden. Wer überprüft die wirklichen Schmarotzer – also Firmen oder Maßnahmeträger, die betrügen, um an staatliche Leistungen zu kommen? Da geht es gleich um Hunderttausende oder Millionen Euro! Wie viele Bescheide sind falsch berechnet? Wie viele Widerspruchsverfahren werden verschleppt und hinausgezögert? Wie viele Betroffene bekommen durch absichtlich falsche Berechnung zu wenig Erstattung der Unterkunftskosten? So sollen auch Fälle einberechnet worden sein, wo bei festgestellter Überzahlung an Heizkosten am Ende des Jahres eine Anhörung kommt, bei der Menschen dafür zur Rechenschaft gezogen werden sollen, dass sie weniger geheizt haben. So etwas ist dann also ein „Betrugsversuch" für die Statistik? Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Eine Prise Hetze gefällig?

5. In vielen Unternehmen verdichtet sich die Arbeit derart, dass die Mitarbeiter mehr Aufgaben in kürzerer Zeit erledigen müssen. Als Folge davon nehmen

psychische Erkrankungen zu. Es wird angenommen, dass inzwischen 20 Prozent der Arbeitnehmer betroffen sind. Das „Burnout“ äußert sich als emotionale **Erschöpfung** bei verringerter Leistungsfähigkeit. Dass gerade in der Finanzbranche das Thema immer noch tabuisiert wird, verwundert nicht wirklich. Ausgerechnet bei der Hypo-Vereinsbank riskieren Mitarbeiter, die unter dem „Ausbrennen“ leiden und zu ihrem Vorgesetzten gehen, dass sie nicht ernst genommen oder gar für unfähig gehalten werden. Es sieht doch ein Blinder mit Krückstock, dass die weniger werdende Arbeit endlich umverteilt werden muss, damit sie in den immer komplexeren Prozessen auf mehr Schultern und in geringerer Stundenzahl vergeben werden kann!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Abgrenzen von der MLPD?

Elisabeth: Während der Demo gegen Atomkraft am Samstag wurde ich mehrfach darauf angesprochen, dass es montags so nicht weitergehen könne, dass Montagsdemo und Mahnwache so „ vermischt“ aufträten. Von der Montagsdemo falle besonders ein „aggressiver Sprecher der MLPD“ auf, dessentwegen sie nicht kommen möchten. Sie wollten sich da abgrenzen. Es müsse eine andere Regelung gefunden werden, weil diese Kritiker sonst nicht mehr kommen wollten. Allerdings war die Mahnwache letzte Woche gar nicht zu sehen, und was soll diese Ausgrenzerei unter Linken? Die MLPD ist ein verschwindend geringes Häufchen, lasst sie doch! Ich finde ich es aber ziemlich daneben, wenn MLPD-Mitglieder schon bei der Eröffnung der Kundgebung ihre Parteiwerbung tragen, weil die Montagsdemo schließlich – wenigstens in Bremen – überparteilich ist und auch niemals Bestandteil der MLPD werden soll!

Frank: Auf der Anti-AKW-Demo am Samstag waren eine Menge Parteien mit ihren Fähnchen vertreten, darunter „Linke“, Grüne, Piraten und sogar die CDA, die der CDU angehört. Wenn die MLPD mit Fähnchen teilgenommen hätte, wäre das wohl kaum ein Grund gewesen, nicht hinzugehen oder gar wegzugehen. Um mit der Mahnwache klarzukommen, helfen meines Erachtens nur Diplomatie, Kompromisse und gegenseitige Zugeständnisse. Miteinander reden, nicht übereinander!

Hans-Dieter: Sicherlich, die Montagsdemo ist überparteilich, und es gibt Prinzipien. Die Bremer Montagsdemo dürfte aber kaum ausschließlich eine Demo gegen Atomkraft sein. Wo waren denn diese solidarischen Kritiker alle, als es überwiegend nur gegen Hartz IV ging? Hinsichtlich seiner Parteizugehörigkeit kann und muss man sich eigentlich nicht zurückhalten. Was würde das denn an den Inhalten des gesprochenen Wortes ändern? Nichts! Die Redezeiten sind absolut einzuhalten: Es dürfen pro Person drei Minuten sein für den einzelnen Redebeitrag. Solange diese Beiträge auf antifaschistischer Grundlage erfolgen, unterliegen sie doch wohl für jede(n) der Redefreiheit! Genau das muss man diesen Kritikern auch klar machen. Auch sie müssen sich demokratisch verhalten, sonst können sie kaum besser sein als die Personen, die sie kritisieren. Ich kann mir kaum vorstellen, dass das ein Kritiker wirklich möchte! Deshalb meine Meinung: Immer schön die demokratischen Regeln einhalten, auch wenn es manchmal vielleicht weh tut! Sonst werden es nur Spaltungsversuche.

Wolfgang: Mit dem „aggressiven Sprecher der MLPD“ bin vermutlich ich gemeint. Ich selbst bin von etlichen Leuten, die ich zum Teil gar nicht kenne, angesprochen worden, dass sie es sehr gut gefunden haben, was ich auf dem Marktplatz gesagt habe und dass und wie wir von der Montagsdemo die Demo organisiert haben. Die meisten Leute waren eben nicht damit einverstanden, nur in stillem Gedenken ihren Protest gegen die verbrecherische Atompolitik von Betreiberfirmen und Regierungen zum Ausdruck zu bringen. In meinen sicher engagierten, aber nicht aggressiven Beiträgen habe ich diese Verbrecher angegriffen. Was ist so schlimm daran, wenn Montagsdemo und Mahnwache „vermischt“ auftreten? Ich denke doch, dass das gemeinsame Ziel, für die weltweite Stilllegung aller Atomanlagen einzutreten, alle einen sollte!

Wir haben in der Montagsdemo unsere Prinzipien, die sich bewährt haben. Eines davon ist die Überparteilichkeit – übrigens nicht nur in Bremen, sondern überall. Dazu gehört die Offenheit auch für sozialistische und kommunistische Standpunkte. Jede Partei – außer Faschisten – kann bei der Montagsdemo mitmachen. Wir begrüßen es ja auch immer sehr, wenn zum Beispiel die Abgeordneten der Linkspartei auf der Montagsdemo sprechen. Am ersten Montag nach der Atomkatastrophe in Japan waren viele Fahnen von den Grünen, der Linkspartei, der SAV und anderen zu sehen. Das ist völlig in Ordnung! Selbstverständlich kann auch die MLPD dort mit Fahne auftreten. Es ist ihr gutes Recht, anlässlich der Bedrohung der ganzen Menschheit durch verbrecherische Umweltzerstö-

rer Vorschläge zu machen, wie wir zu einer Welt kommen, in der nicht der Profit, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht.

Dass wir uns vor ein paar Jahren darauf geeinigt haben, vorerst keine Parteifahnen auf der Montagsdemo mehr zu tragen, war darin begründet, dass sie inzwischen so klein geworden war. Wenn dann nur von einer Partei eine Fahne getragen wird, erweckt das für Außenstehende den Anschein, dies sei eine Versammlung eben dieser Partei. Wenn aber Tausende auf dem Marktplatz stehen, halte ich Fahnen nicht nur für erlaubt, sondern für ausdrücklich erwünscht. Ein anderes wichtiges Prinzip von uns ist das Offene Mikrofon. Daran kann jede(r) sprechen, wenn es kein Faschist ist. Ich habe deshalb ganz selbstverständlich unser Mikrofon und unsere Lautsprecheranlage zur Verfügung gestellt, als Senator Loske von den Grünen vor zwei Wochen seine Rede hielt und Bürgermeister Böhrnsen von der SPD vor drei Wochen. Warum regt sich niemand darüber auf, dass hier bekannte Parteienvertreter auf einer Mahnwache sprechen – mitten im Wahlkampf?

Auch die Kritik, dass MLPD-Mitglieder bei Eröffnung der Montagsdemo Parteiwerbung getragen haben, bezieht sich unter anderem wohl auf mich. Ich trug letzten Montag zu Beginn ein Plakat um den Hals, auf dem die zerstörten Atomanlagen in Japan zu sehen sind, mit der Überschrift: „Atomkraftwerke abschalten – sofort! Aktiver Widerstand weltweit!“ Darunter stehen als Verfasser ICOR und MLPD. Nachdem dies kritisiert wurde, legte ich das Plakat ab, da ich als Moderator der Montagsdemo nicht den Eindruck erwecken wollte, mein gewähltes Amt parteipolitisch nutzen zu wollen. Ich akzeptierte die Kritik und erklärte, dass ich das Plakat erst bei der anschließenden gemeinsamen Demonstration wieder tragen wolle, weil mir die Aussage darauf wichtig ist. Überhaupt nicht zu beanstanden ist aber, wenn andere Montagsdemoteilnehmer auch schon zu Beginn dieses Plakat tragen.

Warum regt sich niemand über Transparente und Fahnen von anderen Parteien auf? Meine persönliche Meinung dazu ist: Die Herrschenden haben dem Volk immer weniger zu bieten. Der Kapitalismus erweist sich immer mehr als Bedrohung der ganzen Menschheit. Die Monopole und ihre Parteien und Regierungen sind in der Frage der Atompolitik isoliert und suchen ihr Heil einerseits im Betrug wie beim „Atommoratorium“ und andererseits in verstärktem Antikommunismus, um die Menschen davon abzuhalten, sich nicht nur gegen einzelne Erscheinungen, sondern das ganze System zu erheben. Der Antikommunismus hinterlässt sicherlich bei vielen Menschen noch seine Wirkung, aber bestimmt nicht auf Dauer. Früher oder später werden sich die Völker – wie zuletzt in Nordafrika – gegen das imperialistische Weltsystem erheben!

E-Mail-Diskussion parteiloser Bremer Montagsdemonstrierender
mit ihrem gewählten Moderator (MLPD)

Der Montag soll unser gemeinsamer Widerstandstag sein!

Zurzeit machen alle Politiker der Regierung eine Rolle rückwärts. CDU und FDP überbieten sich plötzlich darin, wer am schnellsten den Atomausstieg schafft. Es sind die gleichen Leute, die uns seit Jahrzehnten die AKWs als sicher verkaufen wollen und die noch vor drei Monaten keine Skrupel hatten, die Laufzeit gegen den Willen der breiten Mehrheit der Bevölkerung unbegrenzt zu verlängern. Jetzt haben plötzlich alle Kreide gefressen – aber wir trauen ihnen nicht!

Wirtschaftsminister Brüderle wurde erwischt, als er die Konzernspitzen hinter verschlossenen Türen beruhigen wollte, dass die vorübergehende Abschaltung alter AKWs nur wahltaktische Gründe hat und nicht ernst gemeint ist. Wir brauchen kein „Moratorium“ zur „Überprüfung“ der Atommeiler, sondern die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit und eine Wende zu einer Versorgung mit 100 Prozent erneuerbarer Energie! Es ist längst bekannt, dass die AKWs gegen Umweltkatastrophen, gegen Flugzeugabstürze, gegen Anschläge nicht ausreichend geschützt sind!

Wir dürfen uns von der Beruhigungspille „Wir werden so schnell wie möglich aussteigen“, die Industrie und Politik jetzt verbreiten, nicht beeindrucken lassen, denn es wird ein ganzes System des Betrugs über die Medien verbreitet, etwa: „Die Lichter gehen aus, wenn wir sofort stilllegen“. Verschwiegen wird, dass in Deutschland zurzeit ein Energieüberschuss von 40 Prozent existiert und der Atomstrom nur einen Anteil von 22 Prozent hat.

Das Ausmaß der Atomkatastrophe wird von Tepco und der japanischen Regierung seit drei Wochen systematisch geleugnet. In 40 km Entfernung wurde jetzt Gemüse mit einer Belastung von 1.500 Becquerel gemessen. Obwohl das fünffach über dem gesundheitszerstörenden Grenzwert liegt, wird behauptet, dass der Verzehr „unbedenklich“ sei. Mit einer Plane soll die begonnene Kernschmelze eingedämmt werden. Was für eine Farce! „Wir haben es mit einem Super-GAU zu tun. Die Vergleiche mit Tschernobyl werden ernst“, sagt der Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz, Dr. Pflugbeil.

In mehreren Dossiers weisen kritische Atomwissenschaftler darauf hin: „Eine Schließung der Reaktorblöcke nach einer Kernschmelze durch einen Sarkophag ist nach den Erfahrungen von Tschernobyl erst nach zwei bis drei Jahren möglich, da sonst die Nachzerfallswärme zu groß ist. Das bedeutet jedoch, dass nach einer Kernschmelze früher oder später eine radioaktive Verseuchung des Großraums Tokios und großer Teile der japanischen Insel zwangsläufig eintreten wird.“ Sie

fordern eine weiträumige Evakuierung von mindestens 100 Kilometern, die wir unbedingt unterstützen sollten!

Vor drei Tagen hat RWE Klage gegen die Abschaltung seines maroden Reaktors Biblis eingereicht und sucht mit dem Verweis auf Aktionärsinteressen den offenen Machtkampf. Der französische Präsident Sarkozy fährt derzeit mit der Werbekampagne für den Bau weiterer 400 AKWs bis 2030 durch die Welt. Die EU beschließt eine Erhöhung der Grenzwerte für die Strahlenbelastung von Lebensmitteln, während sich diese weltweit ausdehnt. Die Bundesregierung will mit einer Bürgschaft in Höhe von 1,3 Milliarden Euro den Bau des brasilianischen Atommeilers „Angra 3“ mitfinanzieren. Er liegt direkt am Atlantik in einer durch Erdbeben gefährdeten Bucht – wie in Fukushima.

All das zeigt: Die führenden Energiekonzerne werden ihre Atomanlagen nicht freiwillig stilllegen – sie müssen durch einen breiten und aktiven Widerstand dazu gezwungen werden. Wenn diese Woche wieder in Hunderten Städten viele Menschen für die Rettung der Umwelt vor der Profitgier auf die Straße gehen, dann gehören dazu selbstverständlich auch Parteien. Sie sind willkommen, wenn sie es wirklich ernst meinen und die Anti-AKW-Bewegung nicht dominieren und vereinnahmen wollen. Zum Protest gehören auch linke Parteien wie die MLPD, die die kapitalistische Produktionsweise beseitigen will, weil diese für die permanente Zerstörung der Umwelt verantwortlich ist.

Jede(r) kann selbst überprüfen, wie konsequent Parteien wirklich für eine Wende in der Energiepolitik eintreten. Die Montagsdemonstration setzt sich dafür ein, dass der Montag zu einem Tag des gemeinsamen Widerstands wird – gegen die Atompolitik, gegen Hartz IV und den sozialen Kahlschlag, gegen den Nato-Krieg in Libyen und gegen „Stuttgart 21“!

Harald Braun

Sanktionen sind stets verfassungswidrig, denn das Existenzminimum muss stets zur Verfügung stehen

1. Seit Anfang April 2011 sind die Möglichkeiten des Überprüfungsantrags nach § 44 SGB X stark eingeschränkt. Er kann jetzt nur noch rückwirkend für Leistungen ab dem 1. Januar 2010 gestellt werden. Wer diese Möglichkeit „verpennt“ hat, weil er nicht wusste, dass er über den Tisch gezogen wurde, kann trotzdem den Anlauf nehmen und sich wehren. Grundlage für die erfolgreiche Gegenwehr trotz Fristablauf kann die Weisung der Bundesagentur an die Argen sein, nach der 70

Prozent aller Widersprüche abzulehnen sind. Wer unredliche Bescheide erstellt hat, kann sich nicht auf den Fristablauf berufen! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Außerdem sollte es nicht klaglos hingenommen werden, wenn Elterngeld auf den Regelsatz angerechnet wird. Das Arbeitslosenprojekt „Tuwas“ der Fachhochschule Frankfurt hat hierzu eine Musterklage entwickelt. Beim Elterngeld werden Erziehende und Kinder je nach sozialem Status unterschiedlich behandelt. Das ist politisch ein Skandal und kann auch verfassungswidrig sein! Die Initiative will aber ausdrücklich nicht die Erwartung wecken, schnell höhere Leistungsansprüche für Betroffene erreichen zu können. Ulrich Stascheit, einer der Urheber, schreibt dazu: „Wie stets gibt es keine Garantie, dass ein Sozialrichter die Sache dem Bundesverfassungsgericht vorlegt, und erst recht keine, dass dieses die Anrechnung des Elterngeldes aufs ALG II kippt. Aber einen Versuch, diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen, sie jedenfalls nicht mit dem Mantel des Schweigens zuzudecken, ist es allemal wert.“

Es gibt auch für 2010 viele Gründe, diesen Antrag auf Überprüfung zu nutzen, um das Rad neu zu drehen. Auch 2010 waren 70 Prozent aller Widersprüche abzulehnen! Die Gründe stehen auf der 307. Bremer Montagsdemo und mehreren folgenden. Es sind immer weitere Gründe hinzugekommen, denn die Argen – jetzt (No-)Job-Center – halten sich immer noch nicht an die Urteile. Hier ein neuer Grund: Bei einer alleinerziehenden Mutter zieht ein Mann ein. Sie wollen ein Zusammenleben versuchen. Er übernimmt aber nicht die Erziehungsaufgaben. Damit bleibt der Anspruch auf den Alleinerziehungszuschlag erhalten. Dies hat das Sozialgericht Bremen bereits vor Längerem festgestellt.

Wer im Jahr 2010 eine Sanktion erleiden musste, kann sich auf ein Wort im Urteil des Bundesverfassungsgerichts besinnen: Das Existenzminimum muss *stets* zur Verfügung stehen. Damit sind *alle* Sanktionen unrechtmäßig. Über die Zulässigkeit von Sanktionen und anderen Kürzungen hat der Bundestag debattiert. Die Fraktion „Die Linke“ hat eine entsprechende Anfrage gestellt. In der Debatte und dem Protokoll werden hierzu viele Argumente genannt. Hinzu kommen die verfahrensrechtlichen Sanktionsvorschriften. Nur wer mit dem „Armutsgewöhnungszuschlag“ nach § 24 SGB II einen über den Regelsatz liegenden Zahlbetrag erhalten hat, kann dies nicht nutzen. Es gibt aber andere Möglichkeiten, siehe vor! Sanktionen sind jetzt allerdings, nach der Änderung des SGB II, einfacher zu verhängen. Wie die Richter dies sehen? Wir werden sehen!

Wer Kinder hat, sollte bis zum 30. April 2011 Antrag auf Leistungen zur Teilhabe (Klassenfahrten, Nachhilfe, Mittagessenzuschuss) stellen, damit diese rückwirkend zum 1. Januar 2011 bewilligt werden. Antragsformulare gibt es auch in Bremen nicht, der Antrag ist also formlos zu stellen. Wer im ALG-II-Leistungs-

bezug steht, stellt diesen Antrag beim (No-)Job-Center, wer Wohngeld, Kinderzuschlag oder Grundsicherung erhält, beim Amt für Soziale Dienste. Es wird hoffentlich nicht alles „doppelt gemoppelt“! Umsetzungsvorschriften gibt es nicht, nur eine Eingangsbestätigung. Weder wurden entsprechende Angebote eingeholt noch die Rahmenbedingungen mit den Anbietern vereinbart.

2. Dass atomare Brennelemente besonders gefährlich sind, ist nichts Neues! Im Forschungsreaktor Jülich waren die Brennelemente kugelförmig, in der Größe von Tennisbällen. Über 2.000 Stück wurden zwischenzeitlich gesucht. Wie ist dies aufgefallen? Die Grünen haben gefragt. Das Land kann nur vermuten. Es gibt scheinbar auch keine Aufzeichnung darüber, ob diese Kugeln benutzt wurden und nun durch Plutoniumgehalt besonders giftig und „strahlend“ sind. Atommüll ist enorm gefährlich, deshalb kümmert sich der Staat darum. Private Anbieter sind dafür nicht geeignet – so lautete damals das Versprechen zur Nutzung der Atomkraft. Trotzdem wurde die Schachtanlage Asse nach Bergbaurecht betrieben und das Atomrecht nicht angewandt. Jetzt wird die Anlage privatisiert! Der Bund schleicht sich aus der Verantwortung, auch gegenüber den Mitarbeiter(inne)n. Dies muss beendet werden! Die Mitarbeiter(innen) müssen auch finanziell abgesichert werden. Eine Auseinandersetzung mit der Berufsgenossenschaft und eine mit wenig Kapital haftende Betreibergesellschaft ist den Kolleg(inn)en nicht zuzumuten! Die mit den Einzelnen getroffenen Rahmenbedingungen verstoßen gegen Treu und Glauben. Wehrt euch, macht den Skandal öffentlich!

Raus aus der **Atomkraft**, alles Stilllegen! Es gibt niemanden, der dagegen noch etwas sagen wird. Die Bereitschaft zur Senkung des persönlichen Stromverbrauchs ist groß. Damit dies auch die Betreiber der Kernkraftwerke einsehen, bin ich für eine Belastung der Betreiber mit den Nebenkosten für die Lagerung und Sicherung der Atomreste. Der ach so günstige Strom wäre plötzlich der teuerste! Dazu gehört, dass die Krebsfälle in der Nähe von Atomkraftwerken oder Atommülllager wie Asse grundsätzlich als von den Atomanlagen verursacht anerkannt werden. Die Entschädigung hat der Betreiber zu erstatten. Dazu gehört auch die neue Schutzhülle für Tschernobyl. Der Auftrag wurde an den günstigsten Anbieter vergeben, doch der Baubeginn ist immer noch nicht erfolgt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder kandidiert für „Die Linke“
zur Bremischen Bürgerschaft (Platz 18)

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“ und „Grundrechteforum“)*

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Becquerel-Werte jetzt pro Kubik*zenti*meter: Worin besteht der Unterschied zwischen kontrollierter und unkontrollierter Verstrahlung? *(„Spiegel-Online“)*

Schluss mit Vertuschung und Medienzensur!

Ich freue mich, dass an diesem Montag so viele Menschen gekommen sind, obwohl am Samstag bereits 8.000 Menschen in Bremen gegen Atomkraft demonstriert haben. Gleichzeitig standen in Essen 4.000 Leute vor der RWE-Zentrale. Auch in vielen anderen Städten gingen die Kernkraftgegner(innen) auf die Straße, bundesweit waren es 250.000 – trotz massiv manipulierter Massenmedien und ihrem Versuch zu beschwichtigen und die Katastrophe kleinzureden. Inzwischen ist der Super-GAU in Japan weitgehend aus den Medien verschwunden. Er kommt gerade noch kurz vor dem Wetterbericht, als ob sich langsam alles zum Guten wendet. Dabei wird die Lage immer bedrohlicher!

In Fukushima gibt es einen 20 Zentimeter breiten Riss im Reaktor 2, und riesige Mengen radioaktiv verseuchtes Wasser strömen in den Pazifik. Diesen Montag will Tepco beginnen, 11.500 Tonnen ins Meer fließen lassen, um Platz für noch verstrahlteres Wasser zu schaffen. Dabei ist der Pazifik schon jetzt großflächig verstrahlt. Es gibt keinen Punkt auf dieser Erde mehr, auf dem die radioaktive Verstrahlung durch den Super-GAU in Fukushima nicht nachzuweisen ist! Dort lagert die 120-fache Menge Kernbrennstoff wie in Tschernobyl. Das ist eine Bedrohung von Millionen Menschenleben, denn die Großwetterlage ändert sich, und der Süden des Landes mit der Hauptstadt Tokio ist immer mehr betroffen. Durch weltweiten Aufbau eines aktiven Widerstands muss endlich die notwendige Evakuierung erzwungen werden! Es ist ein Verbrechen, sie seit Wochen nicht anzugehen und stattdessen Lügen über den GAU zu verbreiten!

In Deutschland beteiligen sich Regierung und Medien an der Vertuschung. Mit dem „Moratorium“ soll nur beruhigt werden. Die Atomkraftwerke müssen aber allesamt stillgelegt und verschrottet werden! Es sind tickende Zeitbomben. Das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld bei Schweinfurt wurde jetzt erst abgeschaltet, obwohl bereits seit Monaten bekannt ist, dass es einen Riss in primären Kühlwasserkreislauf gibt. Die deutschen Anlagen sind nicht sicherer als die japanischen! Derweil musste Westerwelle endlich seine spätrömisch-dekadente Hängematte verlassen. Die tiefe Krise der FDP erfasst zunehmend die ganze Regierung. Brü-

derle behauptete noch vor Kurzem, ohne Atomstrom gingen die Lichter aus, und verplapperte sich, dass es sich bei dem „Moratorium“ um ein Wahlkampfmanöver handelt.

Schiere Heuchelei ist es, wenn von der Leyen bedauert, ihre Partei habe die Umstellung auf erneuerbare Energien „verpennt“. Das war kalkulierte Absicht! Jetzt herrscht Angst vor dem Sturz in die Bedeutungslosigkeit. Die Klage von RWE gegen das „Moratorium“ wird damit begründet, dass die Interessen der Aktionäre gewahrt werden müssten. Profit regiert – nicht menschliche Logik! Airbus-Chef Enders ist sogar aus der CSU ausgetreten wegen ihres Abrückens von der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke.

Wie bereits 1988 ist in der Eifel bei Laufeld ein US-Kampfjet vom Typ „A10 Thunderbolt“ abgestürzt. Diese Flugzeuge haben grundsätzlich uranhaltige Munition an Bord. Damals gab es sieben Tote, 50 Verletzte und später eine signifikante Erhöhung der Erkrankungen an Krebs und Leukämie. Auch heute wird vertuscht, denn von der nahegelegenen Airbase starten täglich „F16“-Kampfjets nach Libyen. Sofort Airbase Spangdahlem stilllegen! Schluss mit Medienzensur! Was war wirklich in der abgestürzten Maschine? Schluss mit Bombardierung Libyens!

Die Demonstration an diesem Montag ist angemeldet für eine Route über die Obernstraße zum Hauptbahnhof. Dort sollte ein gemeinsamer Abschluss stattfinden. Mein Vorschlag ist, nächsten Montag im Anschluss im „Seemannsheim“ zu beraten, wie es weitergehen soll. Die Prinzipien der Montagsdemo mit Offenem Mikrofon und Überparteilichkeit haben sich bewährt. Am Samstag, dem 2. April 2011, hat eine bundesweite Delegiertenversammlung in Kassel stattgefunden. Nächsten oder übernächsten Montag soll dann die Wahl für örtliche Aufgaben erfolgen, also für Moderatoren, Kassenwart und Kassenprüfer.

Wolfgang Lange (MLPD)

Journaille enttäuscht: Schnupsi Rösler braucht noch ein paar alte Köpfe zum Rollenlassen nach den nächsten Wahlniederlagen *(„Süddeutsche Zeitung“)*

In der Reihe „**1932 heute! Aus (welcher) Geschichte lernen?**“ lädt die „Georg-Elser-Initiative“ am **Donnerstag**, dem **7. April 2011**, um **19:32 Uhr** zur Veranstaltung „Wie man aus Opfern Übeltäter macht – Repressionsapparat Hartz IV“ mit Fabian Rust ins Gewerkschaftshaus ein.

Die „Georg-Elser-Initiative“ und die Fraktion „Die Linke“ in der Bremischen Bürgerschaft laden ein zur Veranstaltung „**Die Angst vorm Klappern des Briefkastens** – persönliche Erfahrungen mit der Armut“ am **Samstag**, dem **9. April 2011**, von **11 bis 14 Uhr** in der „**Schauburg**“ (Begrüßung: Peter Erlanson, Moderation: Hans-Dieter Binder).

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

324. Bremer Montagsdemo am 11. 04. 2011

Mir fehlen die Informationen über die Strahlung!

Wo sind die in Island nachgewiesenen Staubpartikel jetzt? Wo ist die Strahlung? Ich meine nicht die Sonne! Deren Strahlen sind sichtbar. Ein Meteorologe vermutet, dass strahlenden Teilchen über dem Nordpol in Höhen zwischen sechs- und neuntausend Meter Höhe aufgestiegen sind, mit einer Geschwindigkeit von dreihundert Stundenkilometern transportiert werden und sich jetzt verhalten wie die Aschewolken nach dem Vulkanausbruch im letzten Frühjahr. Messflüge wie damals sind heute nicht geplant.

Die Hafenverwaltung hat für Bremen erklärt: „Wir messen auf den Schiffen nicht, auch nicht auf denen aus Japan, weil die Schiffe vorher andere Häfen anlaufen und dort gemessen wird.“ Inzwischen hat sich die Meinung etwas geändert: Ein Auftrag an die Häfen, Prüfungen beziehungsweise Messungen vorzunehmen, sei derzeit von den zuständigen Bundesbehörden nicht erteilt worden. Alle beteiligten Behörden seien aber übereingekommen, sich technisch auf mögliche Überwachungen vorzubereiten.

Hoffentlich kommt der Auftrag vor den ersten Containern! Und wird am Flughafen gemessen? Wenn die Vermutung des „Wetterfrosches“ stimmt, dürfte die Verstrahlung dort angekommen sein. Werden wir wieder erst nach dem Regen erfahren, dass er radioaktiv war? Im „**Bürgerhaus Weserterrassen**“ am Osterdeich 70b gibt es am **Donnerstag** dieser Woche um **19 Uhr** eine „Gegenstandpunkt“-**Diskussion** über das Japan-Desaster, den **Super-GAU** an Verharmlosung, Lügen und bitteren Wahrheiten.

In Bremen hat der Kampf um die Milliarden begonnen, meldet der „Weser-Kurier“ vom 11. April 2011. Wann wird die Freie Hansestadt zugestehen, dass er nicht zu gewinnen ist? Hoffentlich bald! Ich komme darauf zurück, denn Bremen ist trotz sparsamer Haushaltsführung ein Hauhaltsnotlageland. Von jedem zusätzlichem Euro an Steuern erhält Bremen nicht einmal zehn Cent. Darum Montags-

demo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder kandidiert für „Die Linke“
zur Bremischen Bürgerschaft (Platz 18)

„Vertrau keinem Plakat“: CDU-Bürgermeisterkandidatin
schmückt sich mit falschen Lüllmännern *(„Bild“-Zeitung)*

Totalausstieg aus der Atomenergie – sofort und weltweit!

Am Sonntag haben Umweltminister Röttgen und Wirtschaftsminister Brüderle ein „Sechspunkteprogramm“ zur Energiepolitik vorgelegt. Darin ist zwar von einer Förderung erneuerbarer Energien, dem Ausbau von Stromspeichern, besserer Energieeffizienz et cetera die Rede, aber die Rücknahme der Laufzeitverlängerung und die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen sucht man vergebens. „Wir können nicht Hals über Kopf aus der Kernenergie aussteigen“, warnt der CDU-Generalsekretär.

Die Argumente der Atomkonzerne zur Rettung ihrer gigantischen Profite werden immer absurder. In „Spiegel-Online“ behaupten sie allen Ernstes, gegen einen Ausstieg spreche, dass es noch kein Endlager für Atommüll gebe. Das ist für uns seit über 30 Jahren ein Hauptgrund zur Ablehnung der Kernkraftwerke! Das „Handelsblatt“ warnte vor einem Super-GAU, weil durch zu viele stillgelegte AKWs das Stromnetz zusammenbrechen und die Kühlung ausfallen könnte. Was für eine Farce!

Diese Umweltverbrecher warten nur darauf, dass die Bilder von der Katastrophe in Fukushima wieder an den Rand gedrängt werden. Dann wollen sie so viel Atomkraft wie möglich retten. In dieses Bild passt, dass die vier großen Energiekonzerne letzten Freitag ihre Zahlungen an den „Fonds zur Förderung regenerativer Energien“ mit sofortiger Wirkung eingestellt haben. Dieser Fonds war das Feigenblatt, mit dem die Verlängerung der Laufzeiten aufpoliert wurde.

Inzwischen gibt es mehrere Szenarien, wie schnell ein kompletter Atomausstieg durchführbar ist. Die Bundesregierung spricht von „so schnell wie möglich“, meint aber „so spät es geht“. Die SPD will sich bis 2020, die Grünen bis 2017 Zeit lassen. Alle diese Konzepte basieren wie in den letzten 30 Jahren auf der Hoffnung, es werde „schon irgendwie gut gehen“. Fukushima zeigt aber in grausamer

Deutlichkeit, dass der Super-GAU in jedem Kernkraftwerk passieren kann. Deshalb müssen alle AKWs sofort vom Netz!

Es kann nicht darum gehen, einen Weg zu finden, der die Konzerne schont und die Risiken für die Zukunft der Menschheit weiterhin verharmlost. Die Atomkonzerne in Deutschland haben mit Kernenergie Gewinne in einer Größenordnung von Hunderten Milliarden Euro erzielt. *Sie* müssen für die Kosten der sofortigen Stilllegung aller AKWs gerade stehen und nicht die Bevölkerung!

Harald Braun

Nicht jeder Job steigert auch das persönliche Wohl

1. Vier Wochen sind bereits seit der großen Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe vom 11. März vergangen. Dennoch kann nicht von einkehrender Ruhe, gar Entwarnung gesprochen werden. Kein Volk der Welt ist so an Erdbeben gewöhnt wie die Japaner, doch sind die Bürger in Japan traumatisiert, auch wenn ihre Panik und Aufregung noch immer nicht in Wut umschlägt. Bei einem neuen schweren Erdbeben schwappte im **Atomkraftwerk** Onagawa eine „kleine Menge leicht verstrahlten Wassers“ aus einem Abklingbecken für Brennstäbe. An acht Stellen wurden Lecks in der Anlage gefunden. Können wir glauben, dass die gemessene Radioaktivität deutlich unter dem Niveau ist, bei dem die Betreiberfirma die Behörden informieren müsste?

Zwar seien die Reaktoren in Onagawa seit dem verheerenden Erdbeben der Stärke 9,0 und dem Tsunami vor vier Wochen abgeschaltet worden, doch wird weiterhin Strom benötigt, um die Brennelemente konstant kühlen zu können. Auch im Atomkraftwerk Higashidori und in der Wiederaufbereitungsanlage Rokkasho wurde die externe Stromversorgung unterbrochen. Auch wenn das stark beschädigte Kraftwerk Fukushima I diesmal verschont blieb, verfügt Japan über fast 60 Atomkraftwerke, was ich immer bedrohlicher finde. Es ist sicher nur eine Frage der Zeit, bis auch in Deutschland erhöhte Werte gemessen werden. Ob wir uns dann tatsächlich auf „sehr dezidierte Kontrollen“ verlassen können, wage ich angesichts der von der EU verdoppelten Grenzwerte doch stark in Frage zu stellen. Bisher schien immer die Gewinnmaximierung an erster Stelle zu stehen, wohingegen die paar „Kollateralschäden“ unter der Bevölkerung eines jeden Landes eher billigend in Kauf genommen wurden!

2. Letzte Woche gingen Tausende von Jugendlichen in Madrid gegen **Arbeitslosigkeit**, unsichere Jobs und Sparmaßnahmen der spanischen Regierung auf die Straße. Die Jugendlichen bildeten in einem Online-Netzwerk eine Gruppe namens „Jugend ohne Zukunft“ mit 7.000 Anhängern, marschierten während des Feierabendverkehrs und trugen Schilder mit Parolen wie „Genug“ und „Wir werden nicht schweigen, wir werden uns nicht damit abfinden“. Die Organisatoren haben sich von den Menschen in Nordafrika und in anderen europäischen Ländern inspirieren lassen, dass Mobilisierung unverzichtbar ist. Sie wollen selbst der „Motor des Wandels“ sein und gegen Armut, Arbeitslosigkeit und die Privatisierung der Bildung kämpfen. Im Februar stieg die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien auf 43,5 Prozent, mehr als das Doppelte des spanischen Durchschnitts. Junge Menschen, die sich für eine annehmbare Zukunft für sich selbst einsetzen, sind auch gute Vorbilder für denjenigen Teil der deutschen Jugend, dem zunehmend Möglichkeiten auf eine gute Schul- und Berufsausbildung vorenthalten werden!

3. Eine australische Studie unterstreicht, dass ein schlechter Job das seelische Wohl vieler Menschen noch stärker belastet als Arbeitslosigkeit, und hebt dabei hervor, wie wichtig gute Arbeitsbedingungen für die Psyche der Beschäftigten sind. Wenn Erwerbslose eine gute Anstellung finden, besserte sich ihr seelischer Zustand, doch wenn sie einen schlechten Job bekamen, sank ihre psychische Verfassung auf einen neuen Tiefpunkt. Für mich klingt das absolut logisch, weil Arbeit allein bestimmt nicht glücklich macht, kein Allheilmittel sein kann. Wer arbeitslos ist, hat natürlich viel zu wenig Geld, kann die eigene Zeit aber doch dazu nutzen, sich zum Beispiel kreativ auszuleben. Wer jedoch in einen Ein-Euro-Job, in Dumpinglohn-Zeitarbeit oder bescheidene **Bürgerarbeit** gezwungen wird, arbeitet zwar, hat aber dafür zum Ausgleich, als Entschädigung bei langweiliger Arbeit, nicht einmal wirklich mehr Geld, ist noch immer den menschenverachtenden Bedingungen der Verfolgungsbetreuung durch die (No-)Job-Center ausgesetzt und hat kaum noch Zeit für Familie, Freunde und Hobbys.

Die Politik mit dem Grundsatz „Hauptsache Arbeit“ basiert auf der Auffassung, dass jeder Job besser sei als keiner, weil er angeblich das wirtschaftliche wie auch das persönliche Wohl steigere. Dabei ist die „psychosoziale Qualität der Arbeit ein grundlegender Faktor, der bei der Planung und Ausführung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik berücksichtigt werden muss“. Bei der Hetzpropaganda so vieler Medien mag diese Studie für manchen das gefundene Fressen sein, weiterhin Erwerbslosen zu unterstellen, dass sie sich wohl „zu fein“ für bestimmte Arbeiten seien. Ich wette darum, dass eben genau diese Personen mit zweierlei Maß messen und von sich selbst auch nicht verlangen würden, einen grottenschlecht bezahlten Langeweile-Job oder einen, der einem die letzte Kraft raubt, annehmen zu müssen! Weil aber die neoliberale Politik sich keinen Deut darum schert, ob es den Angestellten gut geht, sondern ausschließlich darum, die Profitmaximierung der Unternehmer so weit wie möglich zu steigern, wird ein stigmatisiertes, abgehängtes Prekariat zwingend dafür benötigt, um den noch Ar-

beit Habenden ordentlich Angst einzujagen, selbst auch so tief abstürzen zu können, auf dass sie jede Kürzung und jede Kröte ihres Arbeitgebers schlucken.

4. Aus „Sorge um die **Gesundheit**“ ihrer Transferleistungsbezieher gesteht die Bundesregierung selbigen keinerlei Mittel mehr für Alkohol- und Tabakkonsum zu und rechnet deswegen die Flüssigkeitsmenge des Alkohols in Beträge für Mineralwasser um. Aber wie steht es um die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung? Darf zugelassen werden, dass im Lohn weiterhin Mittel für den Konsum von Alkohol und Tabak enthalten sind? Um dieser Ungerechtigkeit bei der Fürsorgepflicht entgegenzuwirken, schlägt das „Institut für innovative Politik“ vor, die Löhne um die Kosten des Durchschnittskonsums von Alkohol und Tabak zu kürzen. Das Institut ermittelte diese für alle Personen über 20 Jahren und verzeichnete dabei, dass jährlich 135 Liter Bier, 30 Liter Wein und 6,7 Liter Schnaps getrunken wurden, was etwa 282 Euro entspreche.

Wenn die Gesamtflüssigkeitsmenge von 171,7 Litern mit 0,25 Euro pro Liter in Mineralwasser umgerechnet wird, entfallen 240 Euro auf das Jahr oder 20 Euro auf den Monat. Wenn dann noch jede Person über 20 Jahre 1.276 Zigaretten im Jahr raucht, sind das 26,60 Euro monatlich. Eigentlich müssten diese Kosten aus allen Löhnen gestrichen werden, um den Drogenkonsum der Bevölkerung einzudämmen, der von verantwortungslosen Unternehmen über Teile des Lohns mitfinanziert wird! Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Dummbeutel, der Leiter des Instituts, fordert die Unternehmen daher auf, eine Kürzung des Durchschnittslohns um mindestens drei Prozent durchzusetzen. Es könne nicht angehen, dass Erwerbslose beim Kampf gegen Drogen Erwerbstätigen gegenüber dermaßen bevorzugt würden. Das Institut denkt weiter, wo andere aufhören! Sein Markenzeichen sind wegweisende innovative Vorschläge zu einer konsequenteren Politik in Berlin und zur Stärkung der sozialen Marktwirtschaft.

5. In Bremen lebt fast jedes dritte Kind in **Armut**. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung hatten im Jahr 2008 30 Prozent der Unterfünfzehnjährigen Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen. Im Vergleich dazu gelten bundesweit durchschnittlich 20,2 Prozent der Kinder als arm. Ich wette, dass die Zahlen sich bis zum Jahr 2011 noch ganz drastisch zugespitzt haben! Sinnigerweise sagt Bürgermeister Jens Böhrnsen, Kinder würden ihre sozialen und kulturellen Fähigkeiten in der Regel in Abhängigkeit von der ökonomischen Lage ihres Elternhauses entwickeln, weshalb die Bemühungen darauf gerichtet seien, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern, in die Bildung zu investieren sowie die Betreuungsmöglichkeiten der Kinder zu verbessern. Mit Bürgerarbeit vielleicht? Oder mit der Aufstockung um zwei Kinder in den Kita-Gruppen zusätzlich zu den vorhandenen 20 Kindern? In welcher Statistik werden denn die minderjährigen Jugendlichen erfasst, die 15 bis 17 Jahre alt sind? Es handelt sich bei ihnen ja um die guten, die „schuldlosen“ Armen. Mit anderen Worten: sie werden einfach weggelassen.! Meiner Meinung nach wird die Kinderarmut ebenso genial „bekämpft“ wie die Er-

werbslosigkeit: Bestimmte Gruppen werden einfach nicht mitgezählt, sodass der „Kampf“ wahrhafte „Fortschritte“ in der entsprechenden Statistik verzeichnet!

Der „Weser-Kurier“ brachte das Thema auch (am Samstag, dem 9. April 2011). Der Hauptgeschäftsführer des „Deutschen Städte- und Gemeindebundes“ behauptete, dass Investitionen in die Bildung die Kinderarmut wirksamer als höhere Transferleistungen bekämpfe. Er verstieg sich sogar zu der These, das Hauptproblem der Kinderarmut bedeute häufig Bildungsferne. Noch unglaublicher war die Aussage, dass diese Kinder zwar materiell versorgt seien, aber oft einen schwereren Zugang zu Bildung als andere Kinder hätten. Das ausgrenzende und beschämend peinliche „Bildungspaket“ darf sich bestimmt nicht damit schmücken, Kinderarmut zu beseitigen!

Viele Eltern werden es deswegen nicht beantragen. Außerdem sind im „Bildungspaket“ nicht die Fahrscheine für die Kinder und ihrer Begleiter mitberechnet, ebensowenig wie das Musikinstrument, die Sportbekleidung des Vereins für drinnen und draußen, zweimal im Jahr für Auswärtsspiele und -fahrten. Wer Kinder hat, diese auch selbst versorgt und für sie einkauft, weiß ganz genau, dass die „Berechnungen“ für den viel zu niedrigen Kinderregelsatz, die 120 Euro „Bildungspaket“ im Jahr, total an den Haaren herbeigezogen und von vorne bis hinten verlogen sind! Selbst wenn die Kinder gefördert würden, so könnten sie sich wegen ihres knurrenden Magens, eben weil sie materiell chronisch unterversorgt sind, nicht auf Bildung konzentrieren.

6. Das (No-)Job-Center Zwickau meldet dem Jugendamt Mütter, die im Hartz-IV-Bezug stehen und eine mindestens 30-prozentige **Sanktion** bekommen. Diesbezüglich gibt es eine Vereinbarung zwischen dem (No-)Job-Center und dem Landkreis. Es ist klar, dass bei den betroffenen Müttern der psychische Druck und die Angst zusätzlich enorm ansteigen. Solche Maßnahmen dürfen nicht hingenommen werden, auch nicht mit dem vorgeschobenen Argument des Kindeswohls! Wenn mensch sich wirklich um das Wohl des Kindes sorgte, würden diese unwürdigen Sanktionen abgeschafft, und niemand drohte Müttern und Kindern mit dem Schlimmsten, das ihnen passieren kann, nämlich einer langen Trennung voneinander, die beide traumatisieren muss!

Für mich ist das nichts anderes als eine zusätzliche Sanktionsmöglichkeit für erwerbslose Mütter. Ich finde es furchtbar, wie gerade mit Müttern und ihren Kindern im Bezug von Hartz IV umgegangen wird, egal, ob die Kinder noch in ihrem Bauch wachsen oder schon geboren wurden. Gerade nach der Verschärfung durch den neuen Referentenentwurf sind der Willkür des Fallmanagers und der grundgesetzwidrigen Rechtlosigkeit der ALG-II-Bezieher Tür und Tor weit geöffnet worden! Meiner Meinung nach wird hier, abgesehen von der Verfassungswidrigkeit von Sanktionen, auch der Datenschutz erheblich verletzt.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die Nato muss raus aus Libyen!

Die Grünen fordern eine deutsche Beteiligung an der Bombardierung Libyens, wie schon 1999 beim Jugoslawien-Krieg. Damals führte das noch zu einer Spaltung der Bundestagsfraktion, jetzt werden Merkel und Westerwelle in schönster Einigkeit rechts überholt! Einig sind sich Regierung, SPD und Grüne auch darin, die Bundeswehr für eine „humanitären“ Einsatz nach Libyen zu schicken. Damit wird der Kriegseintritt nur etwas getarnt. Das hat nicht mit „Schutz der Menschenrechte“ zu tun, im Gegenteil: Die „Aufständischen“ wurden schon mehrfach bombardiert.

Harald Kujat, der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, warnt: „Wenn man Bodentruppen einsetzt, ist es bloß noch ein kleiner Schritt, bis man tatsächlich in Kampfhandlungen verwickelt wird“ („Kölner Stadtanzeiger“ vom 9. April 2011). Der Westen will eine „stabile“ Regierung, die das Land zur freien Ausplünderung öffnet. Merkel und Westerwelle wollten mit ihrer Enthaltung im Uno-Sicherheitsrat nur Rücksicht auf russische, arabische und chinesische „Partner“ nehmen. Die Nato muss raus aus Libyen! Das libysche Volk kann sich nur selbst befreien! Jetzt kam heraus, dass libysche Spezialeinheiten in Deutschland zur Aufstandsbekämpfung ausgebildet wurden.

In Ägypten waren letzten Freitag wieder Hunderttausende auf der Straße. In Kairo und Alexandria forderten sie: „Mubarak vor Gericht!“ Dazu gab es einen Streik Tausender Suez-Arbeiter gegen das Streikverbot! Zwei Soldaten, die sich den Aufständischen angeschlossen hatten, wurden erschossen. Die Muslimbrüderschaft und der vom Westen hofierte Mohammed el-Baradei waren beim jetziger Aufstand nicht dabei. Jugend, Arbeiter und Linke wollen wirkliche Freiheit, nicht bloß den Austausch einer Militärdiktatur durch die andere. Wo bleibt da Merkels Begeisterung für die Revolution?

Am Sonntag gab es ein weiteres Erdbeben in Fukushima. Wieder kam es dort zu Stromausfall. Im Meer wird inzwischen eine 7,5- millionenfach erhöhte Strahlung gemessen. Der Evakuierungsradius wurde auf 40 Kilometer ausgeweitet, aber nur „freiwillig“. Nach wie vor wird das wahre Ausmaß der Atomkatastrophe verschleiert und vertuscht. Zeitungen wie der „Weser-Kurier“ tun so, als ob sich langsam alles wieder einpendle. Schon letzten Donnerstag hatte es weiter nördlich ein schweres Erdbeben gegeben. Diesmal war das AKW Onagawa mit

drei Reaktorblöcken betroffen. Es blieb 80 Minuten lang ohne Kühlung! Das radioaktives Wasser aus den Abklingbecken rausschwappe, war den Zeitungen nur noch kleine Notiz wert.

Die vier Strommonopole in Deutschland haben letzte Woche die Zahlungen für die Laufzeitverlängerung ausgesetzt. Laut „Greenpeace“ bekamen diese Konzerne seit 1950 204 Milliarden Euro Subvention, laut Professor Rudolf Hickel sogar über 300 Milliarden. Sie sind bei schweren Störfällen nur mit einer lächerlichen Summe, einem Promillebruchteil der zu erwartenden Schäden, versichert. Weitere 85 Milliarden Euro Gewinn brächte ihnen die Laufzeitverlängerung. Dafür gehen sie über Leichen, und die Regierung spielt mit!

Wir dürfen uns bloß nicht einwickeln lassen. Mit dem „Moratorium“ soll die Bevölkerung bloß in Sicherheit gewiegt werden. Nichts ist beschlossen! Zunehmend sprechen Stimmen aus der Regierung gegen einen schnellen Ausstieg. Es wird dann die „Versorgungssicherheit“ ins Spiel gebracht. SPD und Grüne fordern die Rückkehr zum „Atomausstieg“, mit dem sie schon einmal die Anti- AKW-Bewegung gespalten, betrogen und zerstört haben. Am Ende kamen Laufzeiten bis 2023 heraus mit einer Übertragung der „Restlaufzeit“ bei vorzeitigem Aus.

Die ARD-Sendung „Tagesthemen“ deckte letzten Freitag auf, dass es 1978 fast einen Super-GAU in Jülich gegeben hätte, mit Auswirkungen wie Tschernobyl: Wie dort stand ein „graphitmoderierter“ Reaktor vor der Explosion. Jetzt wurden radioaktive „Kügelchen“ nicht wiedergefunden. Die deutschen Reaktoren sind außerdem deutlich schwächer gebaut als die in Japan! Sie sind schon mehrfach knapp am GAU vorbeigeschrammt. Wir fordern: Stilllegen sofort, weltweit, für alle Zeit!

Wolfgang Lange (MLPD)

Das ist Horstel Köhler nicht passiert: Doppel-Äff mit einem Eigelb und einem Eiweiß beworfen *(„Spiegel-Online“)*

Machen wir den Montag zum Widerstandstag!

Seit der Atomkatastrophe in Japan fanden bereits riesige Demonstrationen statt, um die Stilllegung alle Atomanlagen weltweit zu erzwingen. Die nächsten großen Demonstrationen werden die zum 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl am 26. April und am Ostermontag sein. Der Aufbau des aktiven Widerstands geht also voran. Neben diesen Großdemonstrationen gibt es hier in Bremen, wie in vielen anderen Städten, jeden Montag Mahnwache und Demonstration. Dazu

rufen außer der Bremer Montagsdemo und „Ausgestrahlt“ etliche Bündnisse und Organisationen auf.

Schon seit knapp sieben Jahren ist der Montag ein Tag der Proteste und des Widerstandes gegen die unsoziale Agenda 2010, insbesondere gegen Hartz IV. Im September 2010 ist mit dem „Schwabenstreich“ noch der Kampf gegen „Stuttgart 21“ dazugekommen, aktuell auch die Unterstützung der Volksaufstände in Nordafrika und die Ablehnung des Krieges gegen Libyen. Der Montag ist also schon seit Längerem ein „Tag des Widerstands“ – machen wir ihn „offiziell“ dazu!

In den letzten Wochen hat sich in Bremen als Ablauf herausgebildet: Um 17:30 Uhr beginnt die Montagsdemo mit ihrem Schwerpunkt Kampf gegen Agenda 2010 und Hartz IV. Sie geht über in ein Offenes Mikrofon zum Kampf gegen den Atomtod. Ab 18 Uhr gibt es eine Mahnwache, ab 18:30 Uhr eine Demonstration. Sie wird momentan angemeldet von der Bremer Montagsdemo und führt vom Marktplatz über Obernstraße, Brill, Wall und Herdentorsteinweg zum Bahnhofsplatz. Dort gibt es um etwa 19:30 Uhr einen gemeinsamen Abschluss, gegebenenfalls mit „Schwabenstreich“.

Über den weiteren Verlauf gibt es zum Teil unterschiedliche Vorstellungen. Manche lehnen es überhaupt ab, dass eine Demo mit festgelegter Route angemeldet wird; sie wollen mehr Spontaneität. Anderen kommt der Kampf gegen Hartz IV zu kurz. Wieder andere wollen eher schweigend gedenken; ihnen sind Beiträge am Offenen Mikrofon teilweise zu aggressiv. Noch andere bestehen darauf, dass der „Schwabenstreich“ wie bisher pünktlich um 19 Uhr stattfindet. Wie kriegt man das alles unter einen Hut? Das muss man vor allem wollen – und Bedingungen schaffen, unter denen alle gleichberechtigt „auf Augenhöhe“ zusammenarbeiten können!

Um das zu erreichen, schlagen wir vor, uns auf gemeinsame Prinzipien zu einigen. Diese könnten sein: Machen wir den Montag zum Widerstandstag für unsere Lebens- und Zukunftsinteressen! Stilllegung aller Atomanlagen weltweit, sofort, für alle Zeit, aber insbesondere in Deutschland! Überparteilichkeit auf antifaschistischer Grundlage, solidarische Streitkultur bei weltanschaulicher Offenheit, Gleichberechtigung aller Beteiligten ohne Sonderrechte, Offenes Mikrofon mit Redezeit von maximal drei Minuten, öffentliche und demokratische Entscheidungen wie die Wahl von Moderatoren oder Demoroute. Wir laden ein zu einem **Treffen** am **Montag**, dem **18. April 2011**, um **20 Uhr** im **Jugendfreizeitheim Buntentor**, Geschwornenweg 11a.

Initiative Bremer Montagsdemo

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“ und „Grundrechteforum“)*

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Limerick der Woche

Es fragte Unionskandidatin Lüllmann
Gestresst: Wie sprech ich die Wähler an?
Stets scheuten mich Arbeitersleute!
Drum nimmt sie heut bloß Parteifreunde
Und dresst sie fürs Foto mit Blaumann.

Gerolf D. Brettschneider

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

325. Bremer Montagsdemo am 18. 04. 2011

Tschernobyl wirkt seit 25 Jahren

Vor 25 Jahren war der Super-GAU in Tschernobyl. Von 800.000 „Liquidatoren“ sind 112.000 tot, Hunderttausende verstrahlt, 90 Prozent krank. Zehntausende Kinder sind an Schulddrüsenkrebs erkrankt, der sonst bei Kindern äußerst selten ist. 240.000 zusätzliche Krebsfälle werden durch Tschernobyl erwartet. 800.000 Kinder wurden weniger geboren, vor allem weniger Mädchen. Über 200.000 Kinder mit Fehlbildungen wurden seither geboren. In Skandinavien gibt es eine um 16 Prozent höhere Säuglingssterblichkeit. Tschernobyl war nicht vor 25 Jahren – der GAU von Tschernobyl *wirkt* seit 25 Jahren! Für 1,7 Milliarden Euro soll jetzt eine neue Schutzhülle gebaut werden – das übersteigt die Möglichkeiten der Ukraine.

Und da behaupten die Verbrecher aus der Tepco-Zentrale, sie wollen Fukushima in neun Monaten „stabil“ haben? Gar nichts ist stabil! Wir werden weiter belogen und betrogen. Statt die Menschen in Sicherheit zu bringen, wird getan, als ob man die Lage im Griff habe. Was wird sich hier in den nächsten Jahren entwickeln? Im Unglückskraftwerk lagern 2.000 Tonnen radioaktives Material, ein Vielfaches von dem in Tschernobyl, darunter 6,5 Tonnen Plutonium. Der Austritt erfolgt nicht so schnell wie damals, ist aber nicht zu stoppen. Boden, Grundwasser, Meer und Luft werden verstrahlt. Die Folgen werden wir und unsere Kinder und Enkel in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu spüren bekommen. Es gibt keinen Fleck auf der Erde, wo die erhöhte Radioaktivität nicht nachgewiesen werden kann. Dass Japan unbewohnbar wird, ist noch längst nicht ausgeschlossen!

Die Energiekonzerne halten jedoch an ihren Atomplänen fest. Der RWE-Vorstandsvorsitzende Großmann sagte am 20. April 2011 auf der Aktionärsversammlung: „Wir machen weiter!“ Der Wechsel des Stromanbieters reicht da nicht. „Atomausstieg selbermachen“ durch Wechsel zu „Ökostrom“ ist nicht möglich. Zwar ist es richtig zu wechseln, aber wer meint, dass dann die AKWs eines nach dem anderem vom Netz gehen, ist auf dem Holzweg. Die Konzerne werden auf ihre sprudelnden Profite niemals freiwillig verzichten. Dafür sind sie bereit, über

Leichen zu gehen und Verbrechen an der Menschheit zu verüben. Das ist unser System! Aktiver Widerstand ist notwendig!

Blockaden sind vielleicht nicht immer legal, aber auf jeden Fall legitim, so drückte es eine Rednerin in Rodenkirchen bei der Umzingelung des AKW Unterweser aus. Die Umweltkatastrophe ist eine Gesetzmäßigkeit geworden, denn die international organisierte Produktion verlangt die Unterordnung aller Lebens- und Menschenrechte unter den Maximalprofit als alleinige Maxime. Beim „Umweltgipfel der Völker“ in Cochabamba sagte Evo Morales vor einem Jahr: „Entweder der Kapitalismus stirbt – oder die Mutter Erde!“ Aber der weltweite Widerstand kommt voran: Am Ostermontag demonstrierten 20.000 Menschen in Fessenheim und 3.000 in Cattenom, am Sonntag 5.000 in Tokio und 4.000 in Osaka, außerdem Tausende in Indien und Zehntausende in der Türkei. Stilllegen sofort!

Am Tschernobyl-Gedenktag demonstrierten in Deutschland circa 140.000 Menschen an zwölf Standorten. In Esenshamm waren es sicher viel mehr als die in der Zeitung vermeldeten fünf- bis sechstausend. In Grohnde protestierten 20.000, in Grafenrheinfeld und Gronau jeweils 15.000 Menschen. Gefordert wurde dort die Abschaltung der Urananreicherungsanlage der Firma Urenco. Nach einem geplanten Ausbau soll die britisch-holländische Urenco, an der auch RWE und EON Anteile halten, in Gronau den Bedarf von 30 bis 35 Atomkraftwerken decken können. Eine zweite Anlage im niederländischen Almelo soll für 50 Kraftwerke Uran aufbereiten. „Moratorium“ und „Atomkonsens“ sind bloß Betrug! Nur der weltweite aktive Widerstand kann die Stilllegung aller AKWs weltweit erzwingen! Nicht dem Lügenpack vertrauen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Die erfrischende Ehrlichkeit der Betreiber von Atomanlagen weltweit

1. Sollen wir nun, knapp fünf Wochen nach dem GAU im Atomkraftwerk Fukushima, einfach wieder zur „Normalität“ übergehen und so tun, als ob jetzt alles im Griff sei? Warum hören wir fast nichts Aktuelles mehr aus Japan, beziehungsweise nur unter „ferner liefen“? Laut Betreiberfirma Tepco wird es voraussichtlich etwa drei Monate dauern, bis durch das Schließen von Lecks das Austreten von Radioaktivität aus der Anlage im Nordosten des Landes verringert sei. Nach weiteren drei bis sechs Monaten könnten die radioaktiven Lecks auf ein sehr geringes Maß zurück-

fahren werden, indem man die Temperatur in den Reaktoren und den Abklingbecken für gebrauchte Brennstäbe senke.

Das ganze Ausmaß des Atomunfalls ist noch unklar. Tepco und die Behörden versuchen seit mehr als einem Monat, die Katastrophe zu verschleiern, äh: einzudämmen. Dabei stufte Japan letzte Woche die Strahlengefahr nach dem **Atomunfall** in Fukushima jetzt so hoch ein wie die Folgen der Katastrophe von Tschernobyl. Die Atomaufsicht in Tokio hob die Einschätzung aller Auswirkungen des Unglücks am Dienstag offiziell von Stufe 5 auf die höchste Stufe 7 an. Dennoch sieht Regierungschef Naoto Kan auch Fortschritte im Kampf gegen einen möglichen Super-Gau und bekräftigte, es gebe keine Pläne, die japanischen Atomkraftwerke sofort abzuschalten.

Die offiziellen Reaktionen der japanischen Behörden auf den Atomunfall in Fukushima bewegten sich am Wochenende zwischen Hü und Hott. Strahlung ungefährlich, erstes Schiff aus Japan nach Atomunglück in Bremerhaven, erster Frachter aus Japan in Bremerhaven untersucht, so lauten die Meldungen. Bevor die Ladung abgefertigt werden könne, prüften Strahlenexperten der Bremer Landesmessstelle eine mögliche radioaktive Belastung. Allerdings gehen die Behörden nicht davon aus, dass erhöhte Strahlung festgestellt wird.

Wenn tagelang aus Block 2 eine hochgiftige Brühe unkontrolliert in den Ozean strömte, ist nicht weiter verwunderlich, dass die Strahlung im Meerwasser vor Fukushima zuletzt wieder deutlich nach oben ging und in Proben eine um das 2.800-Fache erhöhte Jod-Belastung gefunden wurde. Wirklich erstaunlich, wenn dann die Schiffe aus Japan keine erhöhte Strahlung mitbringen, wenn sie in Europa einlaufen! Aber schließlich ist auch die Strahlung in den eingelagerten Fässern im maroden Atommülllager Asse höher als bislang angegeben. Weil die Angaben des früheren Asse-Betreibers zu den Inhalten der Fässer zweifelhaft sind, lässt sie das Bundesamt für Strahlenschutz neu bewerten.

Letzte Woche gab das Bundesamt bekannt, dass sich die Radioaktivität vor einer Atommüllkammer im ehemaligen Bergwerk Asse in den vergangenen drei Jahren verdoppelt habe. In einem Bohrloch wurde eine Aktivität von 240.000 Becquerel des strahlenden Cäsium-137 pro Liter gemessen. Das radioaktive Cäsium-Isotop entsteht bei der Atomspaltung, die Halbwertszeit beträgt 30 Jahre. Cäsium-137 lagert sich vor allem in Leber, Milz und Nieren an. Bei der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und beim Atomunfall in Fukushima wurden große Mengen Cäsium-137 freigesetzt. Ich brauche kaum zu erwähnen, dass laut Bundesamt für Strahlenschutz von der belasteten Lauge keinerlei Gefahr für Beschäftigte und Anwohner ausgehe. Ich begrüße die erfrischende Ehrlichkeit der Betreiber und Entsorger von Atomenergieanlagen weltweit!

2. Weil ein Bundesfreiwilligendienst den bisherigen Zivildienst ersetzen sollte, aber offenbar als so reizlos empfunden wird, dass es bundesweit statt der mindestens benötigten 35.000 Helfer erst wenige tausend Bewerber gebe, sollen nun die Erwerbslosen herhalten und für die Zivis in die Bresche springen, um bei den so-

zialen Einrichtungen erhebliche personelle Engpässe abzuwenden. CDU-Politiker sollen sich bereits an den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages gewandt haben, um zu prüfen, ob ergänzend zu den Freiwilligen auch Hartz-IV-Bezieher zur Verrichtung sozialer Arbeit verpflichtet werden können. Natürlich kam aus dem CDU-Lager viel Zuspruch zu dem Vorstoß, dass es „keine Denkverbote“ geben dürfe. Klar, die Alten- und Pflegeheime, die Krankenhäuser planten in ihrem Budget natürlich die Zivis mit ein. Nun müssen diese Lücken auf Teufel komm raus geschlossen werden – unter der Prämisse, dass es nichts kosten darf.

Da kommen die Erwerbslosen doch genau zur richtigen Zeit bei der Umwandlung des Sozialstaates in einen Wohlfahrtsmarkt, wo es keine Sozialgelder mehr ohne Gegenleistung geben soll! Dabei ist der Sozialstaat im Grundgesetz verankert, wonach Bedürftige ein Recht auf Sozialleistungen haben. Wie hätten Sie es denn gern: als **Zwangsarbeit**, Lohndumping oder Verdrängung von regulären Arbeitsplätzen? Die rechtliche Begründung möchte ich sehen! Als Ein-Euro-Job lässt sich das In-die-Bresche-springen wohl nicht verkaufen, weil solche Tätigkeiten nicht zusätzlich sind. Deshalb dürfte es auch nicht als Bürgerarbeit zu bezeichnen sein! Gegen die Jobs an sich spräche nichts, wenn sie anständig bezahlt und nur von denen verrichtet würden, die das möchten und sich dazu eignen. Was fällt diesen Politikern eigentlich ein? Mit welcher Berechtigung sollen denn die meisten Menschen für ihre Arbeit anständig bezahlt werden, während ein wachsender Teil der Beschäftigten keinen Lohn, sondern nur noch einen Abklatsch davon, aber mit zermürbender Verfolgungsbetreuung im Handgepäck bekommt? Ich wünsche jedem dieser verantwortungslosen Politiker, einmal unmotivierten, ungeeigneten und unempathischen „Zwangspflegern“ ausgeliefert zu sein!

3. Letzte Woche zeigte das ZDF einen Film mit dem Titel „Die Heimlichtuer“. Mit der Kamera begleitet wurden drei erwerbslose Menschen, die eben dies vor ihrer Umwelt zu verheimlichen suchten und Familie und Freunden ein geregeltes Arbeitsleben vorspielten. Es ist erbärmlich, wenn sich das Selbstwertgefühl einer Gesellschaft zu großem Teil über das Vorhanden- oder Nichtvorhandensein einer Arbeitsstelle definiert. Ich finde es traurig und schlimm, wenn Betroffene meinen, auf diese Weise ihre **Arbeitslosigkeit** vertuschen zu müssen! Angesichts der unglaublichen Hetze quer durch alle Medien kann ich durchaus nachvollziehen, dass Menschen nicht zur Kaste der ausgeschlossenen und verachteten „Paria“ gehören möchten. Doch die gezeigten Beispiele im Film empfinde ich als untypisch, unrealistisch und nur auf wenige zutreffend. Welcher Erwerbslose kann es sich leisten, wie einst mit dem eigenen Auto zu fahren wie früher? Welcher Erwerbslose hat noch eines? Das kann doch nur, wer zuvor gut verdiente, jetzt ALG ! bezieht und außerdem über finanzielle Rücklagen verfügt. Wer hat das schon? Deutschland ist auf dem besten Wege dazu, ein Billiglohnland zu werden. Wir müssen gegenarbeiten! Nicht die Erwerbslosen sind individuell an ihrem Schicksal schuld, sondern das gesellschaftliche System, das nicht für jede(n) Arbeit hat.

4. Der „Weser-Kurier“ „korrigierte“ allen Ernstes am 12. April 2011 seinen Bericht vom 9. über die Meldung, dass in Bremen jedes dritte Kind arm sei: Es gälten nicht 20,2 Prozent der Kinder bundesweit als arm, sondern „nur“ 15,6 Prozent. Die Zeitung bittet, den Fehler zu entschuldigen. Dass leider bei jeder dieser Meldungen beständig unterschlagen wird, dass nur die Kinder von ALG-II-Beziehern unter 15 Jahren erfasst werden, nicht aber jene, deren Eltern Kindergeldzuschlag, Wohngeld oder Asylgeld beziehen, auch nicht die Kinder zwischen 15 und 17 Jahren, das empfinde ich als unentschuldbare Manipulation! Meiner Meinung nach wird die **Kinderarmut** ebenso genial „bekämpft“ wie die Erwerbslosigkeit: Bestimmte Gruppen werden einfach nicht mitgezählt, sodass der „Kampf“ wahrhafte „Fortschritte“ in der entsprechenden Statistik verzeichnet. Also, liebe Redakteure, gebt fein acht und schreibt nicht mehr so unbedacht!

5. Auch wenn Bundesarbeitsministerin *lovely* Zensursula von der Leyen die Startprobleme beim Bildungspaket für bedürftige Kinder für ganz normal hält, weil es ein solches Programm noch nie gegeben habe und niemand von den Kommunen erwarten könne, dass so etwas „innerhalb von 14 Tagen„ perfekt funktioniere, untertreibt sie schamlos. Allerdings könnte ihr stark beworbenes Projekt für eine bessere Zukunft ein gewaltiger Flop werden. Die Resonanz der armen Familien, in denen rund 2,5 Millionen Kinder leben, ist äußerst bescheiden. Ich würde das Bildungspaket für meine Kinder nicht beantragen, weil es vor Diskriminierung nur so strotzt und alternativlos nur ein angemessener **Regelsatz** für Kinder ohne zusätzliche bürokratische Hürden sein kann!

Martin Behrsing vom „Erwerbslosenforum Deutschland“ macht die schlechte Informationspolitik der Regierung verantwortlich, dass Familien, die ohnehin wenig haben, geschenktes Geld für ihre Kinder liegen lassen. Angeblich, so die Hetze, beantragten vor allem jene Eltern Geld, die sich auch früher schon viel um ihre Kinder gekümmert hätten. Behrsing fordert eine Fristverlängerung, um das Geld für die ersten drei Monate rückwirkend beantragen zu können, und gibt dem Bundesarbeitsministerium die Schuld daran, dass das Bildungspaket bisher nur von etwa zwei Prozent der Betroffenen genutzt wurde. Das Verfahren sei absichtlich so kompliziert gestaltet, dass viele Eltern nichts vom Anspruch ihrer Kinder wissen und Anträge für rückwirkende Leistungen nur diesen Monat stellen können.

Es entstehe der Eindruck, dass von der Leyens Ministerium Kinder um circa 250 Millionen Euro abzocken und somit um ihre Rechte bringen wolle. Eltern können für ihre Kinder einen Antrag auf rückwirkende Leistungen für die Monate Januar bis März stellen und so 108 Euro für jedes Kind geltend machen. Diese Beträge müssen bar ausgezahlt werden, ohne dass dafür Nachweise erforderlich sind. Es ist absolut nicht nachvollziehbar, warum die ausführenden Behörden – Bundesagentur für Arbeit, Wohngeldstellen und Sozialämter – die anspruchsberechtigten Eltern nicht wie sonst anschrieben.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“ und „Grundrechteforum“)*

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Die Kernschmelze unter freiem Himmel hat längst begonnen

Aufgrund der wachsenden Proteste in Japan und auf der ganzen Welt war die japanische Atombehörde am 12. April 2011 gezwungen, die Atomkatastrophe in Fukushima in die höchste Störfallskala 7 einzustufen. Kritische Atomwissenschaftler hatten schon mehrfach nachgewiesen, dass es sich um einen Super-Gau wie in Tschernobyl handelt. Die ARD-Sendung „Monitor“ hat am 7. April ein internes Papier des Atomkonzerns Areva enthüllt: „Der Atomunfall ist ein Desaster. Die Kernschmelze unter freiem Himmel hat längst begonnen.“ Einen Tag später haben die „Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs“ eine neue Studie über die Folgen von Tschernobyl veröffentlicht.

Sie weist nach, dass sich ein Großteil der gesundheitlichen Folgen erst nach Jahren und Generationen auswirkt und von 1986 bis heute 600 Millionen Menschen in ganz Europa betroffen sind. Bei niedrigen Strahlenbelastungen dauert das Auftreten sichtbarer Folgen wie Krebserkrankungen, Immunerkrankungen, Zeugungsunfähigkeit, genetischen Defekten, Herz-Kreislauf- und psychischen Erkrankungen deutlich länger. Bei akuter radioaktiver Strahlung, wie sie die 830.000 sogenannten Liquidatoren erlebt haben, sind die Folgen sehr viel schneller zu sehen: 112.000 von ihnen sind verstorben, 90 Prozent erkrankt. Nach dieser Studie ist die heutige Verlautbarung des japanischen Betreibers Tepco, dass spätestens in neun Monaten alles überstanden sei, die nächste grausame Lüge.

Angesichts dieser Tatsachen müssen alle Atomanlagen weltweit sofort stillgelegt werden! Aber die Atomkonzerne und die Regierungen denken nicht daran. Auch Frau Merkel hat jetzt ihre allgemeinen Eckdaten genannt: „Die Energieversorgung muss sicher, umweltfreundlich und bezahlbar sein“ („Weser-Kurier“ vom 17. April 2011). Was bedeutet „sicher“, Frau Merkel? Ohne AKWs gingen die Lichter aus, diese Lüge wird uns seit 50 Jahren erzählt. Jetzt wird sie mit dem Argument „Wir brauchen AKWs als Brückentechnologie“ neu aufgewärmt.

Die Stromerzeugungskapazität liegt in Deutschland 40 Prozent über der bisherigen Spitzenauslastung, dabei machen die AKWs nur 21 Prozent aus.

Bereits heute werden verfügbare erneuerbare Energien nicht genutzt. In Schleswig-Holstein werden regelmäßig Windparks abgeschaltet, damit Kohle- und Atomkraftwerke weiter auf Vollauslastung fahren können. Was bedeutet „umweltfreundlich“, Frau Merkel? Sollen die Atomkraftwerke noch zehn bis 20 Jahre weiterlaufen, um das Klima durch sogenannten sauberen Strom zu retten? Wer ist denn dafür verantwortlich, dass die fossile Verbrennung durch Kohlekraftwerke und Verkehr die Erde an den Rand einer globalen Klimakatastrophe gebracht hat? Die Energie- und Autokonzerne verdienen sich daran eine goldene Nase und widersetzen sich aus Profitgier seit Jahren einer Umstellung der Energieversorgung.

Allein Norwegen könnte mit seinem aus Wasserkraft produzierten Strom 60 europäische AKWs ersetzen. Was soll eine „bezahlbare“ Energieversorgung sein“, Frau Merkel? Sie haben da sicherlich Ihre alte Logik im Sinn, dass Atomkraft scheinbar die billigste aller Energiequellen ist. Damit können Sie uns nicht täuschen! Nach einer neuen Studie von „Greenpeace“ sind Atomkraft und Kohlekraft nur deshalb billiger, weil sie massiv durch Steuergelder finanziert werden. Von 1970 bis 2010 wurde die Atomstromproduktion mit 186 und der Kohlestrom mit 222 Milliarden staatlich gefördert.

Die erneuerbaren Energien haben davon im gleichen Zeitraum nur 6,4 Prozent erhalten: 28 Milliarden! Frau Merkel, wir wissen nicht, wie die Regierung im Einklang mit den großen Energiekonzernen Ihre Zwickmühle lösen will. Wir wissen aber, dass wir eine Energiewende und die sofortige Stilllegung aller AKWs nur durch einen breiten, weltweiten Widerstand gegen die Umweltzerstörer bekommen. Wir stehen auf, damit es nie wieder einen Super-GAU gibt und die Umwelt und die Zukunft der Menschheit gerettet werden. Kommt alle zu den Aktivitäten anlässlich des 25. Jahrestages der Katastrophe von Tschernobyl und zu den weiteren Montagsdemos!

Harald Braun

Die Nato schießt in Libyen wieder mit Urangranaten

1. Noch immer sind Millionen Menschen von der Katastrophe in Tschernobyl gesundheitlich betroffen. Dies geht aus der neuesten Studie der „Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges“ und der „Gesellschaft für Strahlenschutz“ hervor. An den Folgen ihrer hohen Verstrahlung litten und leiden die Schadensbegrenzer vor Ort am meisten. Von den 830.000 Liquidatoren sind über 112.000 gestorben, über 90 Prozent sind erkrankt. Forscher gehen davon aus, dass durch

Tschernobyl in ganz Europa bis 2056 knapp 240.000 zusätzliche Krebsfälle auftreten werden. Auch nach Abbau der hohen Strahlenwerte bleibt die Radioaktivität weiter hoch gefährlich! In der Studie heißt es: „Je niedriger die Strahlung, desto länger die Latenzperiode bis zum Ausbruch der Krebserkrankung. Die genomische Instabilität des Erbguts potenziert sich mit jeder Generation. Sie wird mit dem Erbgut weitergegeben."

Es fand sich auch ein Anstieg von anderen Erkrankungen. Gefunden wurden Magen-Darm-Defekte, Herz-Kreislauf-Krankheiten und psychiatrische Krankheitsbilder als Folge der sogenannten Niedrigstrahlung. Bis 2050 werden in ganz Europa noch unendlich viel mehr Krankheitsfälle diagnostiziert werden, die ursächlich mit der Katastrophe im Zusammenhang stehen. Das Schicksal Tausender Kinder, die tot geboren wurden oder mit Fehlbildungen und Erbkrankheiten zur Welt kamen und noch kommen werden, ist dabei besonders tragisch! Die Verzögerungen zwischen Ursache und körperlicher Auswirkung werden uns noch sehr lange beschäftigen, weil Tschernobyl noch längst nicht vorüber ist, und Fukushima uns erst noch bevorsteht!

Wissenschaftler haben abgeschätzt, welch unvorstellbar fürchterliche Folgen ein Super-GAU in der Bundesrepublik haben würde. Hierbei wurde die sieben- bis zehnfach höhere Bevölkerungsdichte Deutschlands berücksichtigt. Es wurden 500 beziehungsweise 1.000 Leukämietote je 10.000 Personen angenommen. Nach dieser Studie könnte es im Extremfall bis zu zwölf Millionen Krebstote geben! Ich zitiere aus einer Rede eines ehemaligen Mitstreiters der „Internationalen Ärzte", die er am 6. August 2008 an dieser Stelle hielt. Er sagte: „Seit Beginn des Atomzeitalters kann menschliches Irren tödlich sein für eine unvorstellbar große Zahl von Pflanzen, Tieren und Menschen. Das ist neu, das ist ungeheuerlich, das macht krank. Die Welt befindet sich derzeit quasi auf Intensivstation. Es gilt als Sofortmaßnahme: Abschalten, abrüsten. Nie wieder Tschernobyl, nie wieder Hiroshima!"

Für die Atomwaffenproduktion dient bekanntlich Plutonium aus AKWs. Deshalb werden wir die Verantwortlichen für die Strahlengefahren niemals aus ihrer Verantwortung entlassen! In Esenshamm haben am Ostermontag 5.000 Demonstrant(inn)en den Schrottreaktor an der Weser umzingelt. Bundesweit protestierten etwa 145.000 Menschen gegen die Gewissenlosigkeit der Betreiber. Wir werden so lange weiter demonstrieren, bis alle Atomkraftwerke endgültig abgeschaltet sind!

2. Wenn wir hier jeden Montag die Abschaltung und Stilllegung der Atomkraftwerke fordern, dann müssen wir auch über die Abschaffung aller Atomwaffen reden. Sie bilden die größte Gefahr für die Menschheit, auch wenn sie nicht militärisch

eingesetzt werden, denn sie töten schon im Frieden! Denken wir beispielsweise an den großen Schiffsfriedhof in Murmansk, wo zahlreiche alte Atom-U-Boote vor sich hinrosten und gewaltig strahlen. Oder an die schweren Unglücke in den militärischen Sperrgebieten in Zentralrussland. Es ist zu befürchten, dass auch in anderen Teilen der Welt schon ähnliche Unglücke passiert sind, die uns nur von den Medien unterschlagen wurden.

Insgesamt befinden sich auf der Erde circa 21.900 Atomwaffen, wobei die Uranmunition noch nicht einmal mitgezählt ist. Auf der Welt gibt es neun Länder, die schon seit langer Zeit Atomwaffen besitzen, wobei die USA mit 10.656 Sprengsätzen und Russland mit ca. 10.000 Sprengsätzen eine absolute Spitzenposition einnehmen. Es folgen China, Großbritannien, Frankreich und Israel mit insgesamt 1.135 Sprengsätzen. Indien, Pakistan und Nordkorea verfügen zusammen über etwa einhundert Nuklearwaffen. Dies alles würde reichen, um nicht nur unsere Erde, sondern sämtliche Planeten im Sonnensystem zu verstrahlen!

In der Bundesrepublik lagern unter dem Fliegerhorst Büchel noch etwa 20 US-Uralt-Bomben. Die USA haben sich bis jetzt nicht bereit erklärt, diese Sprengkörper zurückzunehmen und zu vernichten, obwohl der Kalte Krieg längst zu Ende ist und Präsident Obama vor Jahren vollmundig eine „atomwaffenfreie Welt“ gefordert hatte. Die Bundesregierung und die Mehrheit des Bundestages bestehen ebenfalls auf dem Verbleib der Bomben. Das Pentagon soll sogar planen, die in Europa gelagerten US-Waffen eventuell im Mittleren Osten einzusetzen! Fordern wir deshalb immer wieder den Abtransport und die Zerstörung dieser Atombomben!

Am 24. April 2008 sprach sich UN-Generalsekretär Ban Ki-moon für das Entwickeln einer Atomwaffenkonvention aus. Im Vertragsentwurf heißt es in Abschnitt I: „Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, unter keinen Umständen jemals Kernwaffen einzusetzen, Vorbereitungen dafür zu treffen oder damit zu drohen; sie zu entwickeln, zu testen, herzustellen, zu lagern oder weiterzugeben. Die Atomwaffenstaaten müssen ihre Arsenale in mehreren Phasen vollständig vernichten, dazu gehört auch das Zerstören der oder Untauglichmachen für nukleare Sprengköpfe der Trägersysteme. Ebenso verboten ist die Herstellung waffentauglicher spaltbarer Materialien.“

Ein besonders düsteres Kapitel bilden die Unrangranaten. Sie sind die fiesen kleinen Verwandten der Atombombe. Von der Nato erstmalig in Jugoslawien eingesetzt, wurde und wird Uranmunition in allen Kriegen von Afghanistan bis Libyen verschossen. Sie besteht zum größten Teil aus abgereichertem Uran 238, einem Abfallprodukt aus Brennstäben der Atomkraftwerke. Diese Geschosse werden gegen Panzer oder Bunker eingesetzt, wobei ein weites Gebiet verstrahlt wird. Beim Aufprall wird die Bewegungsenergie in Hitze umgewandelt, das Uran verbrennt die Innenräume. Das Metall verwandelt sich zu 75 Prozent in einen hochgiftigen Feinstaub, wobei laut dem Göttinger Chemieprofessor Ralf Bertram die Radioaktivität um den Faktor zehn Millionen ansteigt!

Die chronische Uranvergiftung, der Soldaten wie Bevölkerung gleichermaßen ausgesetzt sind, führt zu Immundefekten und schwersten Krebserkrankungen, insbesondere zu Leukämie wie in der Nähe von Atomanlagen. Schließlich verursacht das abgereicherte Uran ähnlich den Hiroshima-Folgen schwerste genetische Schäden, die unter anderem zu einer extremen Häufung von Tot- oder Fehlgeburten, sowie zur Geburt lebensunfähiger Kinder führen, so der Köln Journalist und Filmemacher Frieder Wagner. All dies sind mehr als genug Gründe, Uranmunition in eine Atomwaffenkonvention der Uno aufzunehmen und international zu ächten! Wir vom „Bremer Friedensforum“ fordern die Abschaffung aller Atomwaffen und aller Uranmunition sowie den sofortigen Ausstieg aus der zivilen Nutzung von Atomenergie! Wir wollen eine Welt frei von Atomwaffen und Atomenergie!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Montag ist Widerstandstag

Die überparteiliche Bremer Montagsdemo hat bei einem Bündnistreffen beschlossen, jeden Montag zu einem Widerstandstag gegen die verbrecherische Umwelt- und Sozialpolitik der Regierung zu machen.

„Wir sind Teil einer bundesweiten und internationalen Bewegung, die weltweit die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und eine sofortige Wende hin zum Ausbau erneuerbarer Energien fordert. Jeden Montag sind in über 700 Städten Menschen auf den Straßen, um der Atomlobby das Handwerk zu legen“, erklärt Bruce Jackson von „Ausgestrahlt“.

Treffpunkt in Bremen ist auf dem Marktplatz ab 17:30 Uhr. Nach einer Kundgebung mit Offenem Mikrofon und einer Schweigeminute zur Solidarität mit den Opfern von Fukushima findet eine Demonstration zum Hauptbahnhof statt. Bei der Abschlußkundgebung findet gegen 19:30 Uhr auch der „Schwabenstreich“ als Protest gegen das Wahnsinnsprojekt „Stuttgart 21“ statt.

Initiative Bremer Montagsdemo

Limerick der Vorwoche

Es läuft an der Weser unten ganz prima
Ein Kraftwerk, viel sicherer als in Fukushima.
Doch wie die Strahlung schnell mit dem Jet
Reist unsere Forderung rings um die Welt:
Wir stoppen's - und retten das Klima!

Das **Atomkraftwerk** Esenshamm (**Unterweser**) wird am **Ostermontag**, dem **25. April 2011**, **umzingelt**. Der Zeitplan: 13:45 Uhr Treffen in Rodenkirchen

am Marktplatz, **14 Uhr**: Demo zum AKW, 15 Uhr: Umzingelung steht, anschließend zurück nach Rodenkirchen, 16:30 Uhr Abschlußkundgebung.

Am **Dienstag**, dem **26. April 2011**, beginnt um **17:30 Uhr**
auf dem **Marktplatz** eine **Gedenkveranstaltung** anlässlich
der **Atomkatastrophe** in **Tschernobyl** vor 25 Jahren.

Das antifaschistische Bündnis „Keinen Meter“, dem die Bremer Montagsdemo beigetreten ist, ruft auf zur **Verhinderung eines Nazi-Aufmarsches** am **Sonnabend**, dem **30. April 2011**, (ursprünglich geplant für den Folgetag) in Bremen. Die NPD hat für 10 Uhr eine Kundgebung am Bahnhof Neustadt angemeldet. Wir treffen uns an der Ecke Neuenlander Straße/Friedrich-Ebert-Straße und machen um **10 Uhr** eine **Kundgebung** am **Leibnizplatz**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

326. Bremer Montagsdemo am 02. 05. 2011

Für Kinder höhere Grenzwerte und niedrigwertige Gutscheine

1. Die GAU von Tschernobyl war vor 25 Jahren. Es ist lange her, aber noch immer werden in Deutschland Wildschweine aufgekauft, weil sie verstrahlt sind. Am 25. April 2011 gab es in der „Tagesschau“ einen Bericht über Menschen, die im Sperrgebiet leben. Darin wurde nicht auf Krankheiten als Folgen der Atomkatastrophe eingegangen. Im Mittelpunkt stand die Ostermesse. Warum ein solcher Bericht? Auch der „Stern“ hat über Tschernobyl berichtet. Dort wurden auch die Folgen nicht verschwiegen.

Noch immer fehlen mir Informationen über die Strahlung. „Wir werden weltweit eine erhöhte Belastung haben“, sagte „Greenpeace“-Experte Lieven. Die sogenannte Hintergrundstrahlung werde weltweit weiter steigen, auch manche Lebensmittel seien belastet. Das Ausmaß dieser Entwicklung sei noch nicht abzuschätzen. Frachter aus Japan wurden in Bremen kontrolliert und als unbedenklich eingestuft. Über Strahlenmessungen bei Flugzeugen wurde nicht berichtet. Verhält sich Bremen wie bei der Vogelgrippe? Damals wurde aus Haushaltsgründen die Messung eingestellt und daher in auch keine Vogelgrippe in der Hansestadt festgestellt. Insgesamt wird die Ankunft verstrahlter Ware aber immer wahrscheinlicher. Der MDR hat über entsprechende Vorbereitungen informiert.

Schön wär’s, wenn Japan sich um seine Kinder sorgte. Festgelegt wurde hingegen nur ein neuer, höherer Grenzwert für die **Strahlenbelastung**. Der „Spiegel“ berichtet, dass für Kinder in Japan jetzt der gleiche Strahlengrenzwert wie für deutsche AKW-Mitarbeiter gelte. Nicht nur Experten reagieren bestürzt: Pfui, schämt euch! Die Japaner haben die falschen Politiker, wie wir! Auf Nachfrage erklärte die japanische Regierung, sie befolge die Ratschläge ihrer Sachverständigen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtete unterdessen, dass Regierungsberater Toshiso Kosako aus Protest gegen seiner Ansicht nach zu hoch an-

gesetzte Grenzwerte nach der Atomkatastrophe von Fukushima seinen Rücktritt erklärt hat.

Zu Ostern waren eindrucksvoll viele Menschen unterwegs. Die Atomanlagen waren ihr Ziel. Der Regierung ist hoffentlich klar: Abschalten – und nichts anderes! Da hilft auch kein Bericht in der „Tagesschau“ zur besten Fernsehzeit, im Gegenteil. Was die Umweltminister in Niedersachsen mit Bundesunterstützung zugelassen haben, muss jeden vernünftigen Menschen wachrütteln: Atommüll wurde nach Bergrecht verwaltet! Der frühere SPD-Umweltminister Jüttner sagte bei seiner Befragung als Zeuge im Asse-Untersuchungsausschuss des Landtages in Hannover: „Das ist an Peinlichkeit nicht zu überbieten, was sich Politik, Wirtschaft und Wissenschaft geleistet haben.“ Verantwortlich für die chaotische Lagerung des Atommülls in der Asse sind nach Jüttners Ansicht führende Kräfte in der Zeit von 1965 bis 1978. Wer sich über den Werdegang des benachbarten Schachtes Konrad informiert, trifft auf viele noch heute aktiven Politiker, beispielsweise Gabriel und Töpfer.

Wahrscheinlich war es die Anordnung des damaligen Bundeskanzlers Kohl, das Gutachten für Gorleben umschreiben zu lassen. Nur dadurch schienen die Erkundungen sinnvoll zu sein. Die Erfahrungen der DDR mit dem Salzstock Gorleben wurden ignoriert: „Geologe Klaus Duphorn hat den Salzstock als einer der ersten Gutachter im Auftrag des Bundes untersucht und warnt jetzt vor Gasvorkommen und möglicher Explosionsgefahr. Am 25. Juni 1969 kam es bei einer Bohrung im Salzstock Gorleben-Rambow, der östlich in das damalige DDR-Gebiet hineinragt, in Lenzen zu einer Bohrturm-Explosion. In 3.000 Metern Tiefe waren DDR-Geologen überraschend auf ein Gemenge aus Erdgas, Gasolin und Lauge gestoßen, das unter großem Druck nach oben schoss. Ein Mann starb.“ Wollen wir noch immer unsere eigene Explosion?

Keine Atomtransporte über die bremischen Häfen! Dies ist unter anderem Thema der **Veranstaltung** am **Sonnabend**, dem **7. Mai 2011**, von **10 bis 17 Uhr** im „Comfort-Hotel“ in **Bremerhaven**, Am Schaufenster 7. Es wird Zeit für eine Politikwende und die Möglichkeit, Politiker für ihre Fehler zur Rechenschaft zu ziehen! Bis dahin nehmen wir einfach die Wahlzettel: Wegkreuzen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

2. Mit dem neuen Bildungs- und Teilhabepaket ist ein bedarfsdeckender Regelsatz für Kinder nicht zu erreichen. Wer Kinder hat, sollte dennoch umgehend **Leistungen zur Bildung und Teilhabe** beantragen. Dies sind Leistungen für mehrtägige und eintägige Klassenfahrten und Kindertagesstättenausflüge, Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf, Leistungen zur Schülerbeförderung, Lernförderung, gemeinschaftliche Mittagsverpflegung, Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft, zum Beispiel in Vereinen, durch Musikunterricht und Freizeiten. Der Antrag muss bis zum 30. Juni 2011 eingehen, damit diese Leistungen rückwirkend zum 1. Januar 2011 bewilligt werden.

Wer im ALG-II-Leistungsbezug steht, stellt diesen Antrag beim Jobcenter. Der Antrag kann formlos gestellt werden, selbst wenn Formulare inzwischen vorhanden sind. Einfach alles aufführen! Es können auch mehrere Anträge gestellt werden. Wer bereits jetzt Geld für diese Aktivitäten seiner Kinder ausgibt, sollte sich nicht mit einer Vertröstung zufrieden geben. Auch bei Klassenfahrten ist die prompte Zahlung einzufordern, notfalls mithilfe des Gerichts im einstweiligen Rechtschutzverfahren. Für die Zeit bis zum 30. April 2011 müssen grundsätzlich keine Quittungen vorgelegt werden. Der Zuschuss zum Mittagessen für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. April 2011 wird rückwirkend auch ohne Nachweis gezahlt.

Nach den Verwaltungsanweisungen gibt es jeweils nur einen Zuschuss für die Teilhabe. Bei der Bildung sind es die tatsächlichen Kosten, aber nur als Gutschein oder durch Kostenübernahme. Zudem wird versucht, bei Klassenfahrten Obergrenzen festzulegen. Bei den Fahrtkosten fehlt eine Aussage zur notwendigen Entfernung. Ob dies so umgesetzt wird und die Auslegung gerichtsfest ist, wird sich zeigen. Insgesamt ist die Bindung der Leistung an einen vorher gestellten Extraantrag sowie auf den Monat eine weitere Verhinderung von Ansprüchen. Fazit: In jedem Fall vorsorglich Antrag auf Teilhabe stellen, weil diese zehn Euro monatlich auch angespart werden können. Ohne Antrag verfallen sie jeden Monat. Die Ansprüche auf die Möglichkeiten des Bildungspakets verfallen, wenn der Antrag nicht rechtzeitig gestellt wird, also vor der Klassenfahrt und der Geldausgabe. Auch hier ist eine vorsorgliche Antragstellung möglich.

Wenn die Bedarfsgemeinschaft Kinderzuschlag, Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld oder Leistungen nach den Asylbewerberleistungsgesetz bezieht, ist für die Antragsstellung das Amt für Soziale Dienste zuständig. Diese Anträge lösen noch mehr bürokratischen Aufwand aus, als diese Zeilen vermuten lassen, denn Bremen muss Angebote einholen und Rahmenbedingungen vereinbaren. Die Gutscheinausgabe allein ist schon ein Bürokratiemonster. Die Bezahlung durch Gutscheine verletzt nach meiner Meinung den Sozialdatenschutz. Auch daher hoffe ich, wir sehen uns bei der Montagsdemo! Und wir gehen mit! Die Umsetzung der Neuregelung ist ein Trauerspiel, selbst Anträge für Klassenfahrten werden augenblicklich nicht bearbeitet. Das ist unverständlich, weil mehrtägige Klassenfahrten bereits vor der Rechtsänderung extra erstattet wurden.

Dass die Verantwortung in Bremen dafür bei der Sozialsenatorin liegt, ergibt sich aus einer Weisung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales in Nordrhein-Westfalen zum Bildungs- und Teilhabepaket. Frau Rosenlötter kann alles regeln und entscheiden! Unter diesen Umständen ist ihre Presseerklärung sehr dürftig. Wie ungeklärt alles ist, ergibt sich auch aus ihrem Merkblatt: Bei den Fahrtkosten für Schüler steht nicht einmal die erstattungsfähige Entfernung. In einer anderen Unterlage zu geplanten Vorgaben und Einschränkungen steht die Bildungsbehörde als zuständig für die Fahrtkosten der Schüler. Trotzdem sind auch diese Fahrtkosten beim Jobcenter beziehungsweise dem Amt für Soziale Dienste zu beantragen. Noch alles klar, wie dies geht? Wir gehen mit! Darum Montags-

demo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder kandidiert für „Die Linke“
zur Bremischen Bürgerschaft (Platz 18)

Schamlos: Wer braucht eine Bürgermeisterin, die „in der Politik die Interessenvertretung der Apotheker übernehmen“ will? *(„Tageszeitung“)*

Warum werden eine Nazi-Partei und eine Nazi-Demo nicht verboten?

1. Der 1. Mai war gestern. Aber wo war die übliche Demo zum Tag der Arbeit? Ach, die habe es vorgestern gegeben, weil sich dem Diktat der braunen Pest gebeugt wurde? Also eine Demo zum Tag der Arbeit als Gegendemo zum Aufmarsch der Nazis in der Neustadt am frühen Morgen der Walpurgisnacht? Stattdessen am 1. Mai nur eine Kundgebung auf dem Domshof, viel zu früh um 9 Uhr an einem Wochenende? Wieso wird eine Demo von Nazis nicht automatisch verboten? Weshalb wurden 3.000 Polizisten geordert für die von der NPD erwarteten 200 bis 400 Teilnehmer (180 waren es dann) und die vom Deutschen Gewerkschaftsbund angemeldeten 5.000 Gegendemonstranten? War das nicht vollkommen unverhältnismäßig, zumal der Einsatz rund 1,2 Millionen Euro zusätzlich kostet? Ach ja, die Polizei befürchtete erhebliche Ausschreitungen im Umfeld der **NPD-Kundgebung**. Schließlich seien in der Nacht zu Donnerstag bereits vier Autos in Brand gesetzt worden, deren Halter die Polizei dem NPD-Umfeld zurechne. Laut Innensenator Mäurer machte sich die Polizei die größten Sorgen um derzeit „300 bis 400 gewaltbereite Störer“. Nach Meinung des Senators biete die hohe Zahl an Beamten diesen die einzige Chance, unverletzt zu bleiben.

Meiner Meinung nach hätte sich Bremen diese Art der martialischen Aufrüstung sparen können, indem es seine politische Gegner bei den Nazis festmacht und eine vermeintlich drohende Gefahr nicht auf angeblich einige Hundert gewaltbereite „linke“ Gegendemonstranten projiziert! Andererseits forderte der Innensenator am 1. Mai erneut ein NPD-Verbot, weil es keine V-Leute brauche, um zu wissen, dass diese Partei verfassungswidrig sei. Da hat er allerdings mal Recht! Am 1. Mai gingen etwa 420.000 Menschen auf die Straße und forderten faire Löhne, gute Arbeit und soziale Sicherheit, die sich angeblich bereits mit ei-

nem Mindestlohn von 8,50 Euro brutto erreichen lasse. Schön, dass der DGB, der sich vor Schröders Agenda-Karren spannen ließ, nun auch erkennt, dass sich die Arbeitgeber massenweise aus den Hartz-IV-Kassen bedienen und sich die Hungerlöhne, die sie zahlen, subventionieren lassen. Mit zahlreichen Ausschreitungen und Krawallen hat sich der einst an die Gewerkschaften gebundene „Tag der Arbeit“ in den vergangenen Jahrzehnten zu einem „Tag der Wut“ entwickelt!

2. Wir haben uns schon fast daran gewöhnt, dass alle paar Tage unter „ferner liefen“ nur noch eine „kleine Schreckensnachricht“ aus Fukushima kommt, aber Hauptsache „keine Katastrophe“. Da warf der offizielle Atomberater der japanischen Regierung unter Tränen seinen Job hin, weil sich die Regierung nicht nach geltenden Gesetzen richte. Er halte den von der Regierung eingeführten Grenzwert von 20 Millisievert pro Jahr für die **Strahlenbelastung** von Schülern in der Nähe von Fukushima für inakzeptabel und könne ihn als Wissenschaftler nicht zulassen. An der Atomruine von Fukushima wurde eine weitere Arbeiterin mit einer Strahlendosis von insgesamt 7,49 Millisievert stärker als zulässig verstrahlt. Es ist eigentlich nicht, aber doch erschreckend, dass natürlich auch die Muttermilch erhöhte Radioaktivität aufweist. Dass für Babys dennoch keine Gefahr bestehe, ist wie immer klar. Wahrscheinlich wurde auch hier einfach der Grenzwert heraufgesetzt, was ja einen ungemein guten Strahlenschutz darstellt. Selbst die „Internationale Atomenergieorganisation“ bezeichnet die Situation nach wie vor als „sehr ernst“, auch wenn einige Systeme wieder funktionieren.

Mit elektrischen Pumpen wird Wasser zu den teilweise geschmolzenen Brennstäben der Reaktoren geleitet. Für einen Reaktor müsste zwecks dauerhafter Kühlung der Wasserpegel erhöht werden, wodurch dieser jedoch neue Risse bekommen könnte. Nach wie vor steigt weißer radioaktiver Rauch aus einigen Reaktoren auf, liegt ein Abklingbecken mit alten Brennelementen offen, wodurch weiter radioaktive Stoffe freigesetzt werden. Da soll es wohl beruhigend klingen, dass die Brennelemente in Reaktor I in geringerem Ausmaß beschädigt seien als befürchtet – zu 55 statt zu 70 Prozent. Die Radioaktivität steigt enorm, der Wert für Cäsium 134 und 137 wuchs um das 250-Fache. Also scheint nun doch klar zu sein, dass von Anfang an eine Kernschmelze stattfand! Immerhin nahm die Forderung nach einem schnellen Ausstieg aus der Atomkraft beim traditionellen Protest der Gewerkschaften einen breiten Raum ein. Ich freute mich sehr, dass am Ostermontag an zwölf Atom-Standorten und bei zwei grenzüberschreitenden Aktionen 144.500 Menschen gegen die Atompolitik der Bundesregierung demonstrierten. Die große Beteiligung an den Protesten zeigt, dass die Bevölkerung der Regierung in Sachen Atomausstieg nicht traut. Es klingt eben sehr unglaubwürdig, nur über die alten Meiler zu reden, obwohl auch die neueren Anlagen nicht gegen Kernschmelze, Erdbeben oder Flugzeugabstürze abgesichert sind!

3. Der Kreis Nordfriesland will mit einer psychologischen Methode aus den Niederlanden seine Langzeitarbeitslosen „besser kennen lernen“. Die „Kunden“ der

(No-)Job-Center müssen 240 Sätze wie „In Diskussionen führe ich gern das Wort“, „Ich mag Pflanzen“, „Ich gehe Streit aus dem Weg“ Sätze mit „trifft zu“ oder „trifft nicht zu“ bewerten. Auf dieser Basis erstellt eine Software ein „persönliches Profil“, das Aussagen über emotionales Gleichgewicht, Stressfaktoren und soziale Kompetenzen macht. Das sogenannte Profil arbeitet mit den Farben Grün, Gelb und Blau. Wenn „zu viel Blau“ angezeigt wird, soll dies auf eine „Auffälligkeit“ hinweisen.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass mit dieser Datensammlung ernsthaft darüber nachgedacht wird, Erwerbslosen gerecht zu werden. Als auffällig kann es gelten, wenn jemand trotz **Langzeitarbeitslosigkeit** keine Zukunftssorgen hat, sich gar als Opfer der Umstände begreift und meint, seine Situation nicht aus eigener Kraft verändern zu können. Das lässt sich bestimmt alles ganz wunderbar gegen Erwerbslose verwenden, um sie gefügig machen und gängeln zu können, wenn sie sich etwa einer „erfolgreichen“ Vermittlung im Dumpinglohnbereich in den Weg stellen. Die Frage der Freiwilligkeit bei der Beantwortung stellt sich hier in besonderem Maße, denn beim Jobcenter ist „freiwillig“ nicht gleich freiwillig.

4. An zwei Bremer Schulen gab es in diesem Frühling Protestaktionen gegen Veranstaltungen der **Bundeswehr** zur Berufsinformation, die allen Ernstes mit Polizeieinsatz gesichert wurden. Im Schulzentrum Rübekamp in Walle verhinderten Polizei und Lehrer eine Performance von Schüler(inne)n in weißen Anzügen mit roter Farbe und Wasserspritzpistolen gegen eben diese Veranstaltung. Sie wurden als „Störer“ bezeichnet, weil sie die Bundeswehr schon mit „Mörder, Mörder“-Rufen empfingen. Als ein Abiturient des Schulzentrums Rübekamp, damals Vorstand der Gesamtschülervertretung, wissen wollte, wann jemand umgebracht werden dürfe, wurde ihm mit Suspendierung gedroht. Drei der Protestler wurden von der Polizei mit auf die Wache genommen und dort erkennungsdienstlich behandelt.

Lernen denn Soldaten nicht das Töten von Menschen? Stimmt dieser Vorwurf also gar nicht? Die Kritik richtet sich gegen Infoveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen, aber auch gegen die Armee an sich, weil in Afghanistan keine Demokratie vermittelt, sondern die Bundeswehr vielmehr aus wirtschaftlichen Interessen im Ausland eingesetzt werde. Es seien bloß „coole Menschen mit cooler Technik“ zu sehen, es finde keine rationale Auseinandersetzung mit Gewalt und Töten statt. Bei den sogenannten Veranstaltungen der Bundeswehr zur Berufsinformation sind die Eltern gefragt, ihre Kinder davor zu bewahren, bei der Bundeswehr mit Führerschein, Ausbildung, Studium den vermeintlichen Glücksgriff zu tun und zu riskieren, dass sie bloß als Kanonenfutter dienen sollen.

5. Das Bildungspaket von *lovely* Zensursula von der Leyen wird immer unglaublicher! Statt Kinder bedarfsgerecht zu versorgen und ohne die Eltern zu bezichtigen, Transferbezüge ihrer Kinder für Zigaretten und Alkohol zu zweckentfremden, wird dieses bescheidene **Bildungspaket** auf den Weg gebracht, das gar nicht da-

zu geeignet sein kann, die von der Bundesregierung angeblich geweckten Hoffnungen zu erfüllen. Nun will die Arbeitsministerin die betroffenen Familien wegen der Anlaufschwierigkeiten beim Hartz-IV-Bildungspaket doch nicht persönlich anschreiben. Stattdessen werde sie aber die Informationsarbeit der Kommunen durch Großflächenplakate unterstützen. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ hält nichts von dieser Idee: Ein einfacher Brief mit den notwenigen Informationen und dem dazugehörigen Antrag sei wesentlich effektiver. Forumssprecher Martin Behrsing findet, dass die Bundesregierung ihr ramponiertes Image wegen des Hartz-IV-Flops nicht auf Kosten der Steuerzahler mit Werbeplakaten aufzubessern braucht, weil bereits 2,6 Millionen Euro für Plakate, Werbeflächen und kaum erträgliche Gute-Laune-Filmchen verbraten worden sind, ohne dass es einen Effekt gab. Das Forum plädiert dafür, dass alle anspruchsberechtigten Kinder die rückwirkenden Leistungen in Höhe von 108 Euro ohne Antragstellung ausgezahlt bekommen. Ein Rechtsanspruch muss nicht mit Anträgen erschwert werden!

Ein gut informierter Bürger beantragte rechtzeitig das Bildungs- und Teilhabepaket, damit seine Kinder diese Leistungen rückwirkend erhalten und widerspricht damit dem Klischee, wonach Eltern im Hartz-IV-Bezug sich „nicht automatisch um die Bildung ihrer Kinder kümmern“ („Focus“ vom 19. April 2011). Hetz, hetz! Nach wie vor herrscht bei den Kommunen nur Chaos. Also nahm er das vom „Erwerbslosenforum Deutschland“ zur Verfügung gestellte Antragsformular, da das Jobcenter Magdeburg noch keines hatte. Doch statt Bildung und Teilhabe für seine Kinder zu erhalten, übersandte ihm das Jobcenter am vergangenen Mittwoch ein Schreiben, dass er bis diesen Donnerstag seinen Mitwirkungspflichten nachkommen und bestimmte Nachweise für die Bildung seiner Kinder beibringen solle. Andernfalls könnten die Leistungen für die ganze Familie komplett eingestellt werden. Unter dieser Prämisse darf sich die Arbeitsministerin nicht wundern, dass selbst gut informierte Menschen lieber einen solchen Antrag nicht stellen, wenn sie befürchten müssen, dass ihr Antrag zum Anlass genommen wird, der ganzen Familie die Streichung des Lebensunterhalt anzudrohen, wenn nicht nachgewiesen wird, was mensch von Januar bis März mit den zehn Euros gemacht hat. Die Kinder haben einen Rechtsanspruch auf rückwirkende Zahlungen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“ und „Grundrechteforum“)*

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Piesepampel besiegt das Böse: Osama bin Laden ist endlich tot *(„Spiegel-Online“)*

Immer mehr Japaner fordern den AKW-Ausstieg

Der Atomberater des japanischen Ministerpräsidenten hat seinen Rücktritt erklärt, weil die Regierung nach seiner Ansicht geltendes Recht bricht. Der Professor für Kernphysik an der Universität Tokio war im März 2011 von Ministerpräsident Naoto Kan zum Regierungsberater ernannt worden. Das Amt gilt in Japan als prestigeträchtig. Es kommt äußerst selten vor, dass Wissenschaftler solch einen Posten aus Protest räumen. Das Kabinett habe seinen Rat zum Umgang mit der Katastrophe von Fukushima ignoriert. Weil niemand auf ihn höre, habe es „keinen Sinn, dass ich auf meinem Posten bleibe“, sagte Toshiso Kosako. So sei der von der Regierung eingeführte Grenzwert von 20 Millisievert pro Jahr für die Strahlenbelastung von Schülern in der Nähe von Fukushima völlig inakzeptabel.

„Ich kann das als Wissenschaftler nicht zulassen. Es erscheint mir, als ziele die Reaktion der Regierung lediglich darauf ab, sich Zeit zu verschaffen.“ Kosako habe auch mangelnde Transparenz bei der Strahlungsmessung rund um den Meiler und die Anhebung der Grenzwerte für Arbeiter in der Anlage kritisiert, berichtete die japanische Nachrichtenagentur Kyodo. Der Wert für Schüler entspricht der Maximaldosis, der ein deutscher Atomkraftwerksmitarbeiter ausgesetzt sein darf. Zahlreiche Experten hatten sich bereits kritisch zu diesem Grenzwert für die Schüler geäußert. „Das ist viel zu viel“, sagt Shaun Burnie, der als unabhängiger Experte für „Greenpeace“ arbeitet, dem „Spiegel“, „Kinder sind doch viel strahlenempfindlicher als Erwachsene.“ Edmund Lengfelder vom „Otto-Hug-Strahleninstitut“ beklagte: „Man nimmt damit ganz bewusst zusätzliche Krebsfälle in Kauf. Durch den Grenzwert ist die Regierung juristisch aus dem Schneider, moralisch aber nicht.“

Die Japanische Regierung findet ihr Krisenmanagement zwar weiter tadellos, doch viele Menschen sehen das mittlerweile ganz anders. In einer Umfrage der Agentur Kyodo erklären 76 Prozent der befragten Japaner, sie seien unzufrieden mit Kans Führung nach Erdbeben, Tsunami und Atomkatastrophe. Knapp ein Viertel forderte, der Ministerpräsident solle sofort zurücktreten. In einer gemeinsamen Erklärung zum 25. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl forderten 87 japanische Organisationen am 26. April 2011 die endgültige Schließung der Reaktoren von Fukushima, die Beendigung des nuklearen Wiederaufbereitungsprogramms und einen Baustopp für neue Atomreaktoren. Außerdem kündigen sie ein Programm zum Ausstieg aus der Kernenergie an.

Auf der Demonstration am 1. Mai forderten 21.000 Teilnehmer in Tokio die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke. Bereits am Samstag demonstrierten in verschiedenen Städten Taiwans insgesamt 16.000 Menschen gegen Kernenergie. Sie forderten die Stilllegung der drei AKWs im Lande und einen Baustopp für das geplante vierte AKW. Hauptredner auf den Kundgebungen waren Aktivisten aus Japan. Der weltweite Widerstand gegen die verbrecherische Atompolitik hat sich in den letzten Wochen sehr positiv entwickelt. Wir hier in Bremen sind ein Teil davon und werden keine faulen Kompromisse hinnehmen: Sofort und Weltweit alle AKWs stilllegen!

Harald Braun

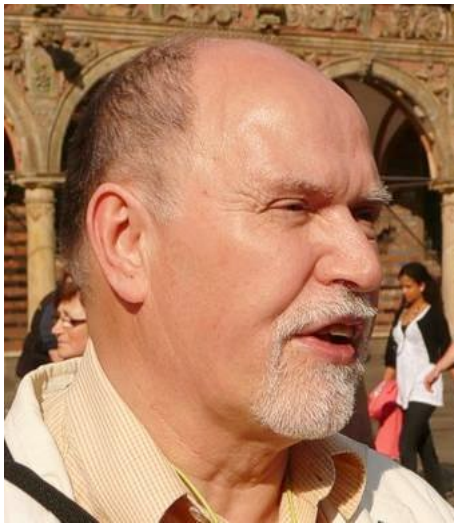
Limerick der Vorwoche

Es droht ganz übel im fernen Tschernobyl
Zu platzen ein Sarkophag voll Atommüll,
Und sogar aus Frankreich der große Sarkozy
Sagt: Ich weiß nicht mehr, wie ich noch einen hochzieh.
Der Spaß ist verantwortungslos ohne Hüll!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

327. Bremer Montagsdemo am 09. 05. 2011

Auch die Armut abschalten!



„Atomkraft? Nein danke!“ Dies ist der verständliche Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung. Nimmt die Bundesregierung diesen Wunsch ernst? Die Bewilligung von Atomtransporten war bisher im Internet beim Bundesamt für Strahlenschutz nachlesbar. Jetzt darf es nur noch *durchgeführte* Transporte veröffentlichen. Das Beladen der Castoren kann auch ohne Transportgenehmigung erfolgen. Scheinbar geht es weiterhin nur ums Verschleiern und Täuschen!

Das „Bildungs- und Teilhabepaket“ steckt in Bremen in einer Sackgasse. Auf einer neu eingerichteten Seite vom (No-)Job-Center steht einiges darüber, insgesamt jedoch genauso unvollständig wie im Merkblatt, siehe vorherige Bremer Montagsdemo. Ein Fortschritt ist dort nachzulesen: Anträge für mehrtägige Klassenfahrten werden jetzt bearbeitet. Dies ergibt sich aus dem nachfolgenden Hinweis:

„Die Freie Hansestadt Bremen möchte Teile des Bildungs- und Teilhabepakets übernehmen. Die abschließende Klärung hierzu steht noch aus. Das bedeutet für Sie, dass Sie selbstverständlich beim Jobcenter für Ihre Kinder Anträge stellen können. Eine Bearbeitung kann zurzeit, abgesehen von mehrtägigen Klassenfahrten, leider noch nicht erfolgen. Sofern es dazu eine abschließende Regelung gibt, wird diese an dieser Stelle veröffentlicht. Die Anträge werden dann von den zuständigen Stellen zeitnah abgearbeitet. Wenn Sie einen Antrag stellen, erhalten Sie zurzeit lediglich eine Zwischenmitteilung (Eingangsbestätigung). Für die spätere Bearbeitung müssen Sie nichts weiter veranlassen, außer aktuell etwas Geduld mitzubringen.“

Diese Seite vom (No-)Job-Center wurde zwischenzeitlich aktualisiert. In der Pressemitteilung vom 27. April 2011 steht: „‚Wir hoffen, dass wir bis dahin die noch fehlenden Aussagen zum Verfahren vom Bundesarbeitministerium haben‘, erklärte Senatorin Rosenkötter.“ Dass dies nur vorgeschoben ist, um die eigene Langsamkeit zu verschleiern, ergibt sich aus meinem Beitrag zur 326. Bremer Montagsdemo. Scheinbar geht es weiterhin nur ums Verschleiern und Täuschen! Dabei sind unverfälschte Informationen so wichtig. Übrigens speichert diese Seite

des (No-)Job-Centers Cookies auf den Computern der Nutzer! Warum? Also das Löschen nicht vergessen!

Nachdem der Regelsatz beim ALG II zum 1. Januar 2011 um ganze fünf Euro angehoben wurde und damit nach Ansicht vieler Kritiker weiterhin deutlich zu niedrig liegt, legt Lutz Hausstein nun, wie bereits im letzten Jahr, eine neue, ausführliche Bedarfsermittlung vor. Wie auch andere Berechnungen, beispielsweise die des „Bündnisses für einen 500-Euro-Eckregelsatz“, kommt Hausstein zu dem Ergebnis, dass der aktuelle Regelsatz nicht den tatsächlichen Bedarf deckt und somit den verfassungsmäßigen Vorgaben nicht entspricht.

Heute haben wir vor dem (No-)Job-Center über gegenseitige **Begleitung** gesprochen. Es würde viele Probleme gar nicht geben, wenn ein Zeuge dabei ist! Dieses Gespräch möchten wir am **Dienstag** ab **19 Uhr** im „**Hibiduri**“ in der Friedrich-Ebert-Straße (Ecke Thedinghauser Straße) fortsetzen, und zwar künftig jede Woche. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder kandidiert für „Die Linke“
zur Bremischen Bürgerschaft (Platz 18)

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen
in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“ und „Grundrechteforum“)*

Jobcenter gibt Widerspruch gegen Kinderregelsatzhöhe statt

Am 30. März 2011 forderte ich in einem Widerspruch gegen den Bescheid des Jobcenters Oldenburg vom 26. des Monats, in dem rückwirkend zum Jahresbeginn bereits die neuen Beträge zur Regelleistung nach dem SGB festgesetzt waren, die Zahlung verfassungsgemäßer Regelsätze, insbesondere für unsere Kinder hinsichtlich Erziehung, Betreuung und Bildung. In einem Bescheid der Rechtsstelle des Jobcenters vom 19. April 2011 wurde unserer Bedarfsgemeinschaft unter anderem Folgendes mitgeteilt: „Ihr Einverständnis vorausgesetzt, werde

ich den Widerspruch bereits als Stattgabe betrachten und das Verfahren dementsprechend beenden."

Nun handelt es sich bei den drei Punkten für die Kinder um einen festgesetzten zusätzlichen Freibetrag nach dem Steuerrecht, und zwar um 2.160 Euro im Jahr, entsprechend 180 Euro im Monat je Kind zusätzlich zum sächlichen Existenzminimum. Allerdings wurden unserer Bedarfsgemeinschaft zum 1. Mai diese Beträge noch nicht in Ergänzung der Kinderregelleistungen gezahlt, wahrscheinlich wegen der kurzen Bearbeitungszeit hierfür. Vorsichtshalber haben wir der Behörde am 2. Mai folgendes Schreiben zugesandt:

„Aufgrund des insgesamt stattgegebenen Widerspruches hinsichtlich der Regelleistungen meiner Kinder fordere ich das Jobcenter Oldenburg auf, meinen Kindern unverzüglich die Bedarfe hinsichtlich Erziehung, Betreuung und Bildung gemäß dem Steuerrecht und der damit verbundenen Gleichstellung mit allen anderen Kindern in Höhe von 180 Euro je Kind und im Monat in Ergänzung zu den Regelsätzen zu gewähren und für den Zeitraum ab 1. Januar 2011 nachzuzahlen, um den verfassungsmäßigen Rechten meiner Kinder zu entsprechen. Ich erwarte die Zahlungen hierfür bis spätestens zum 1. Juni 2011."

Zu den stattgegebenen Forderungen hat unsere Bedarfsgemeinschaft bereits eine Klage vor dem Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen laufen. Sollte das Jobcenter Oldenburg jetzt wider Erwarten die Gleichbehandlung unserer Kinder mir allen anderen Kindern in Deutschland nicht erfüllen, dürfte das ein Skandal für die gesamte Arbeits- und Sozialverwaltung werden. Selbstverständlich wird unsere Bedarfsgemeinschaft dann entweder eine gerichtliche Zwangsvollstreckung gegen das Jobcenter einleiten lassen oder eine Eilklage aufgrund des stattgegebenen Widerspruches erheben. Für diesen Fall versuchen wir, uns von einem bekannten Oldenburger Fachanwalt für Sozialrecht vertreten zu lassen. Die Prozesskostenhilfe dürfte ja kaum verweigert werden, aufgrund der Stattgabe des Widerspruchs.

Vorsichtshalber rate ich allen betroffenen Erziehenden, sich nicht auf die Bildungsblendgranate der Bundesarbeitsministerin einzulassen, sondern die Gleichbehandlung ihrer Kinder notfalls auch gerichtlich zu erstreiten. Für ein gleiches Recht aller Kinder in Deutschland hinsichtlich Erziehung, Betreuung und Bildung! Für eine ergänzende Zahlung zu den Kinderregelsätzen in der gesetzlich festgesetzten Höhe von 180 Euro je Kind! Nur so kann dem Verfassungsgerichtsurteil vom 9. Februar 2011 entsprochen werden.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

„Boykottiert Israels Früchte": Aus völkerrechtswidrig besetzten Gebieten dürfen keine Produkte als „made in Israel" eingeführt werden *(„Tageszeitung")*

Der Schlaf der Vernunft weckt Ungeheuer

Neun Tote bei religiös motivierter Gewalt in Ägypten! Ein Mann und eine Frau wollen ihr Leben gemeinsam verbringen und beabsichtigen zu heiraten. Eine ganz normale Sache, sollte man meinen, aber wegen unterschiedlicher *Ammenmärchen* kommt es zu Kidnapping und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit 140 Verletzten und neun Toten. Das eine Ammenmärchen besagt, jemand sei vom Tempelberg in Jerusalem auf einem Pegasus in den Himmel gestartet. Das andere will uns tatsächlich weismachen, jemand könne auf Wasser laufen und sei von den Toten auferstanden.

Als Atheist wird man verpönt, wenn man auf die Gefühle der Gläubigen keine Rücksicht nimmt, aber ich riskiere das hier, denn es stößt mir schon seit einiger Zeit auf, wenn Religionsbesessene in ihrer Selbstherrlichkeit, die ewige Wahrheit für sich gepachtet zu haben, rücksichtslos auf den Rechten und Gefühlen ihrer Mitmenschen herumtrampeln. Es kommt mir langsam die sprichwörtliche Galle hoch, wenn eine islamische Mutter mir erzählt, dass ihr heranwachsender Sohn keine Freundin haben darf, weil ihr Prophet das verbiete, oder mir eine Christin erklärt, dass meine Ehe keinen Sinn hatte, weil sie nicht vor Gott geschlossen wurde.

Ich habe solchen Äußerungen in der Vergangenheit mit Toleranz zu begegnen versucht, doch mittlerweile bin ich zu der Auffassung gelangt, solche Unverschämtheiten nicht länger hinzunehmen. Religion kommt vom lateinischen „religio“ und heißt zu Deutsch „Ehrfurcht“. An Ehrfurcht vor dem Glück und dem Leben ihrer Mitmenschen mangelt es solchen Leuten jedenfalls. Woher nimmt ein Prediger in einer öffentlichen Veranstaltung die Behauptung, die Bibel enthalte eine Friedensbotschaft? Hat er sie nicht gelesen? „Macht euch die Erde untertan“ ist doch wohl der verhängnisvollste Satz, der jemals geschrieben und umgesetzt wurde!

Was soll daran Friedensbotschaft sein, wenn David den abgetrennten Kopf Goliaths triumphierend in die Höhe hält? Wie kann Noah der einzig Rechtschaffene und Unschuldige gewesen sein? Nicht ein Kind, nicht ein Neugeborenes war unschuldig? Dieser Gott lässt sie dennoch alle absaufen: Was ist daran Friedensbotschaft? Die „christdemokratische“ Kanzlerin begrüßt die Tötung eines Menschen. Schließlich schlägt es dem Fass den Boden aus, wenn mir Fundamental-

christen erzählen, dass die Erde nur 6.000 Jahre alt sei. Da fasse ich mir an den Kopf! Leute, denkt doch mal nach: Wie sind dann Erdöl und Kohle entstanden?

Während der ganzen theologischen Vergangenheit wurde uns von Predigern erzählt, dass wir bestimmte Riten verrichten, Gebete wiederholen, uns gewissen Normen anpassen, unsere Wünsche unterdrücken, unsere Gedanken kontrollieren, unsere Leidenschaften und menschlichen Bedürfnisse eindämmen sollen. Die Unterdrückung menschlicher Bedürfnisse führt jedoch, wie die sexuellen Missbrauchsfälle katholischer Priester an Minderjährigen zeigen, zu gestörtem, ja krankhaftem Verhalten. Lassen wir uns durch diesen Irrsinn nicht länger bevormunden! Wir können ohne äußeren Einfluss, ohne jeden Zwang und jede Bevormundung und auch ohne Furcht vor Bestrafung in einem aufgeklärten Zeitalter zu uns selbst finden.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Merkel relativiert Recht auf Leben

1. Seit der **Atomkatastrophe** kleckern immer neue Hiobsbotschaften herein: Japan fürchtet ein zweites Fukushima, weil aus dem AKW Tsuruga an der Westküste ebenfalls Radioaktivität austritt. Dabei soll schon vor dem schweren Erdbeben der Stärke 9 und dem Tsunami am 11. März aus der Region über Schwierigkeiten berichtet worden sein. Laut Betreiberfirma Tepco hat es selbstredend kein Leck, sondern nur „technische Probleme“ gegeben. Immer schön verharmlosen und so tun, als ob sich die Atomenergie beherrschen lasse!

In der Woche 9 nach der Reaktorkatastrophe forderte der japanische Ministerpräsident Naoto Kan den Stromkonzern Chubu Electric Power auf, das AKW Hamaoka 170 Kilometer südwestlich von Tokio vollständig stillzulegen, weil die Gefahr einer weiteren Atomkatastrophe beim erwarteten schweren Erdbeben in dieser Region zu groß sei. In Fukushima läuft Reaktor 3 heiß, und der Meeresboden ist 38.000 Mal stärker verstrahlt als zuvor. Inzwischen wird in Japan zunehmend heftig diskutiert, wie viel Radioaktivität für wen gefährlich ist. Offenbar frei nach dem Motto „was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“ wurde erst im Mai nach immer neuen Pannen damit begonnen, die etwa 800 Arbeiter, die in dem havarierten Atomkraftwerk in Japan eingesetzt werden, regelmäßig medizinisch zu untersuchen.

2. Am Sonntag jährte sich zum 66. Mal der „Gedenktag an die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht“, an den „Tag der Befreiung vom deutschen Hitler-

Faschismus“. Der 8. Mai steht also für die Kapitulation des „Dritten Reichs“, und wir dürfen uns seitdem in einem Rechtsstaat, in einer „sozialen Marktwirtschaft“ mit einem Grundgesetz wähnen. Als ich von der Ermordung des unbewaffneten Qaida-Chefs Osama bin Laden durch amerikanische Soldaten durch Kopfschuss hörte, war ich sprachlos vor Empörung. Ich lehne jede Art von **Gewalt** oder Terror aus voller Überzeugung ab, natürlich auch schon immer die des Qaida-Chefs. Aber machen sich sogenannte Rechtsstaaten nicht selbst unglaubwürdig, wenn sie sich einer Art von staatlicher Lynchjustiz ohne Gerichtsverhandlung bedienen, also in meinen Augen denselben Terror verbreiten, dabei auch noch Familienmitglieder wie in Sippenhaftung umbringen?

Dass auch noch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Freude über die Ermordung bin Ladens verkündete, fand ich fast schon unerträglich. Hallo, selbst wenn der Betreffende ein noch so großer Verbrecher ist, wie es bin Laden wohl war, ist ein Todeskommando nicht mit unseren Grundrechten in Einklang zu bringen! Vom großen „C“ im Namen der Kanzlerinnenpartei will ich gar nicht reden. Wenn Frau Merkel also unverhohlene Freude über die gezielte Tötung eines Menschen äußert, relativiert sie ohne Not verfassungsrechtliche Eckpositionen wie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Auch wenn ein Verbrecher ohne Gerichtsverhandlung nach amerikanischem Recht hingerichtet wurde und Angehörige ebenfalls umgebracht wurden, so ist er doch noch immer ein Mensch, dem mehr als ein Schein von Anstand gebührt! So kann ich gut verstehen, dass ein Hamburger Richter Kanzlerin Angela Merkel gemäß Paragraf 140 des Strafgesetzbuches anzeigte, ihr Belohnung und Billigung von Straftaten vorwarf.

3. Wer hätte das gedacht? Angeblich ist die **Kinderarmut** in Deutschland nur gut halb so hoch wie gedacht. Statt bei 16,3 Prozent, wie 2009 von der Industrieländerorganisation vermeldet, habe sie damals nur bei zehn Prozent gelegen. Zu diesem Ergebnis sei das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ nach einer umfassenden „Datenkorrektur“ gekommen. Demnach sei die Kinderarmut nie höher als der OECD-Schnitt von 12,3 Prozent gewesen. Der zuständige DIW-Experte teilte mit, dass „man“ mit korrigierten 8,3 Prozent „jetzt wieder auf der sicheren Seite“ liege. Nachdem die Zahl 16,3 Prozent veröffentlicht wurde, sorgte sie für enormes Aufsehen und führte zu neuen Diskussionen und Versprechen im Wahlkampf. Deswegen hätte sich nach der Wahl die erste Debatte der schwarz-gelben Regierung um ein Plus beim Kindergeld gedreht. Die Anhebung des Kindergeldes, das den Ärmsten der Armen paradoxerweise zu hundert Prozent wieder abgezogen wird und ihnen kein Plus beschert, kostet den Staat jedes Jahr vier Milliarden Euro.

Das DIW führt Untersuchungen zu sozialen Aussagen durch, wofür regelmäßig Tausende Haushalte ausführlich befragt würden. Die Korrekturen hätten sich als notwendig erwiesen, weil immer mehr Befragte Auskünfte verweigern würden. Die Statistiker hätten vor allem bei Familien mit mehreren Verdienern große

Schätzprobleme gehabt, wenn Einkommensangaben unvollständig waren. Allerdings sei auch die Angabe nicht verlässlich, dass Deutschland mit nun 8,3 Prozent Kinderarmut unter dem OECD-Schnitt liege. Oh je, sind nun die Kinder der aus der Statistik herausgerechneten erwerbslosen Eltern etwa auch weggerechnet worden? Bei diesem ganzen Gehampel, ob Haushalte nicht mehr dazu bereit seien, Auskunft zu erteilen, wird ganz entzückend darum herumgeeiert, dass das Ganze etwas mit Geld zu tun hat, das den Familien zur Verfügung steht oder eben auch nicht! Kinderarmut hat etwas mit der Armut ihrer Eltern zu tun, und diese wiederum mit der Politik des schwarz-gelben Gruselkabinetts. Ich glaube kein Wort! Wir sehen doch, wie die Arbeitslosenstatistik manipuliert wird, indem bestimmte Gruppen einfach nicht mehr mitgezählt werden. Nun also auf ein Neues bei der Kinderarmut! Es sind die Kinder der arbeitslosen Eltern, die es nicht geben soll?

Ich gehe sogar davon aus, dass die Statistik nicht nach unten zu korrigieren ist, sondern eher nach oben, denn ich vermute, dass Kinder von Aufstockern, Asylsuchenden und Beziehern von Kinderzuschlag gar nicht mitgezählt werden! Das DIW halte ich für ungemein kompetent darin, Ausscheidungskriterien dafür zu finden, dass sich Betroffene dennoch nicht in der Statistik wieder finden. Es ist wirklich unglaublich, was alles aufgefahren wird, um sich bloß nicht damit auseinandersetzen zu müssen, wie hoch die Regelsätze für Kinder und auch die von Erwachsenen eigentlich ausfallen müssten! Eigentlich dürfte es im reichen Deutschland keine Arche, keine Tafel geben „müssen“! Doch hierzulande sind etwa sieben Prozent der Erwerbstätigen arm, zählen zu den „Working Poor“, Tendenz steigend. Bislang dämpfte die Zusammensetzung der Haushalte die Entwicklung. Der Anteil der Beschäftigten mit Niedriglöhnen stieg seit Mitte der 1990er Jahre weitaus stärker als die Armutsquote von Erwerbstätigen. Allerdings dürfte in Zukunft die Zahl der arbeitenden Armen zunehmen, weil Geringverdiener immer öfter Haupt- statt Nebenverdiener sind.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

FDP hofft auf Schnupsi Rösler: Wann ist Westerwelle endlich weg? *(„Spiegel“)*

Widerstand gegen die Verbrecher in Regierungen und Konzernzentralen!

Bei Thyssen-Krupp sollen die Bereiche Edelstahl und „Automotive“ weg und damit 35.000 Arbeitsplätze verschwinden. „Gestärkt aus der Krise“ heißt das beim Konzern, dessen Umsatz heute höher ist als vor Krise, bei 10.000 Leuten weniger Personal. Bundespräsident Wulff ging deswegen nicht zum Empfang in einem

Tochterunternehmen in Brasilien. Darin zeigt sich, dass dramatische Folgen bevorstehen. Es gibt bereits erste Streiks in Duisburg für den Erhalt aller Arbeitsplätze und die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Kollegen führen den Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Der Zensus 2011, bei dem Daten von Bundesagentur und Meldeämtern zusammengeführt werden, ist eine Bespitzelung ohnegleichen. Erfragt werden Erwerbsstatus, Bildung, Religion, Weltanschauung und Migrationshintergrund. So ist jederzeit eine Identifikation möglich! Bei der Vorratsdatenspeicherung zur Terrorbekämpfung sind in Wahrheit *wir* gemeint, unserer Weltanschauung wegen.

Wir dürfen uns jetzt freuen, dass Osama bin Laden sowie Kinder und Enkel von Gaddafi gekillt wurden. Vor einiger Zeit galten die noch als die „Guten“. Der Oberterrorist sitzt in Washington! Systematisch sollen wir an Staatsterror gewöhnt werden, denn „Feinde“ kann und darf man überall auf der Welt mit allen Mitteln liquidieren. Hatte Obama vielleicht Angst, dass Osama zu viel aus dem Nähkästchen plaudert, wenn er verhaftet und vor ein Gericht gestellt würde?

In Fukushima droht Reaktor 1 zu bersten, die Temperatur steigt ständig an, die Kühlung reicht nicht aus. Eine Strahlung von 700 Millisievert pro Stunde wurde darin vom Roboter gemessen. Trotzdem wurden 16 Arbeiter für zehn Minuten reingeschickt, die damit angeblich „nur“ eine Jahresdosis an Strahlung abbekommen haben. Hat man das den Tschernobyl-„Liquidatoren“ nicht auch gesagt, von denen über 100.000 ihr Leben ließen?

Die Arbeiterinnen werden von Tepco entlassen, weil für Frauen ein niedrigerer Grenzwert gilt. Experten sagen, dass bei den beiden bisherigen Knallgas-Explosionen viel mehr an Plutonium und Cäsium freigesetzt wurde als bisher bekannt. Das verteilt sich jetzt auf der Erde und wird Millionen Menschen und Tieren verstrahlen, krank machen und umbringen, über Generationen hindurch. Noch ein weiteres Atomkraftwerk in Japan ist vom Super-GAU bedroht. Tepco kürzt die Löhne um 20 bis 25 Prozent und fordert Hilfe vom Staat. In Tokio demonstrieren die Menschen. Notwendig ist weltweiter Widerstand gegen die Verbrecher in Regierungen und Konzernzentralen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Limerick der Vorwoche

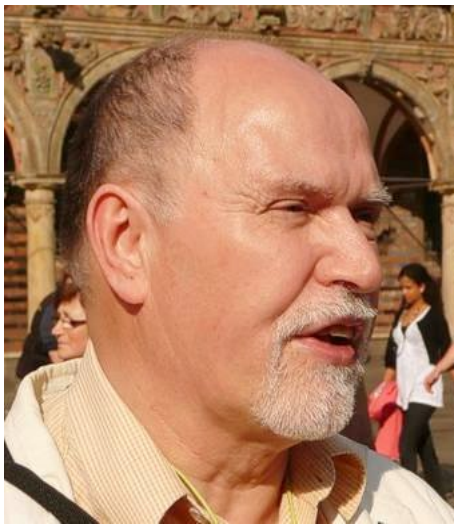
Es modert und glibbert im Reaktor von Härrisbörg
Mancherlei toxoplasmatisch mutiertes Teufelswörk.
Doch sind unsre Kinder dereinst nur noch Neuroschleim,
Wird irdische Weisheit ein ganzer Ozean sein,
Den bei munterem Brodeln kein höllisches Feuer stört.

327. Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

328. Bremer Montagsdemo am 16. 05. 2011

Gericht gewährt 10 Prozent Sicherheitszuschlag auf Mietobergrenze



1. Ich habe in der letzten Zeit viel Papier verteilt und oftmals zu hören bekommen: „Das soll ich alles lesen?“ – „Atomkraft, nein danke!“ war die einfachste Überzeugung. Na klar, wir können Energie einsparen – auch im Betrieb! Daher hier auch das andere kurz und bündig: Ich möchte Ihre fünf Stimmen bei der **Wahl zur Bremischen Bürgerschaft**. Ich biete rund sechs Jahre Mitwirkung bei der Montagsdemo, unter anderem für die Abschaffung von Ha(r)tz I bis IV.

Meine Reden sind alle im Internet nachlesbar. Die erste war bei der 30. Bremer Montagsdemo. Allein aus den Überschriften ist die Themenvielfalt erkennbar, wobei der Beitrag nicht auf dieses Thema beschränkt ist. Ich biete Erfahrungen in der Hilfe für Ratsuchende mit dem Schwerpunkt der Begleitung, seit 2004 mit dem „Sozialen Lebensbund“, davor für Kolleg(inn)en. Ich biete Erfahrungen aus über 40-jähriger Tätigkeit, überwiegend als Leiter des Finanz- und Rechnungswesens mit Zuständigkeit für Personal, Steuern, Versicherungen und Recht. Augenblicklich werde ich zum Großvater weitergebildet. Meine Lehrmeister sind 1¾ und 3¾ Jahre alt. Dies ist mein Ausgleich, meine Entspannung!

Ich habe, wenn ich meine Gesprächspartner von der viel zu geringen Leistung für Erwerbslose überzeugte, zu hören bekommen: Wer soll dass bezahlen? Ich konnte klar überzeugen, dass Vermögensteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Finanztransaktionssteuer wirklich die Reichen betreffen. Bremen wird dem Artikel 49 der Landesverfassung nicht gerecht: „Die menschliche Arbeitskraft genießt den besonderen Schutz des Staates. Der Staat ist verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen, dass jeder, der auf Arbeit angewiesen ist, durch Arbeit seinen Lebensunterhalt erwerben kann. Wer ohne Schuld arbeitslos ist, hat Anspruch auf Unterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen.“

Die Finanzkrise bezahlt jeder, über Steuergelder zur Bankenrettung, über Preiserhöhungen durch Spekulationsgewinne. Wir haben eine Krise, weil zu viel

Geld in den falschen Taschen steckt! Wählen Sie mich – ich mache Druck! Je stärker „Die Linke“, desto sozialer die Freie Hansestadt Bremen! Links wirkt: sozial, gerecht und friedlich. Schenken Sie mir Ihr Vertrauen! Fünf Stimmen für Hans-Dieter Binder auf Platz 18 der Liste 4 bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft!

2. Ich war bei der Veranstaltung des „Paritätischen Wohlfahrtverbands“ mit dem Titel „**Armut** in Bremen – und was sagen die Parteien?“ „Linken“-Spitzenkandidatin Kristina Vogt hat einen Landesplan zur Armutsbekämpfung vorgelegt. Dennoch war es leider keine zielführende Veranstaltung: Frau Rosenkötter, Frau Ahrens, Herr Dr. Güldner und Herr Dr. Möllenstedt haben Fakten ausgeblendet und auf Fragen nicht geantwortet. Ich habe daher nachgefragt und noch einiges anzumerken. Frau Ahrens hatte betont, dass die Steuerprüfung in Bremen gestärkt werden muss. Die Unterbesetzung wird sich durch die anstehenden Pensionierungen und Verrentungen noch verschlimmern. Auf meine Nachfrage bestätigte Frau Ahrens, dass die Ausbildung der Steuerprüfer unter CDU-Verantwortung auf einen neuen Studiengang verlagert und die eigentliche Ausbildung der Steuerprüfer eingestellt wurde. Die Fehlbesetzung der gut dotierten Planstellen für Steuerprüfer mit verdienten Mitarbeiter(inne)n wurde nicht thematisiert.

Herr Möllenstedt hat betont, dass die vielen Sonderregelungen im Steuerrecht, die vielen „Ausnahmen“, beseitigt werden müssen. Meine Nachfrage, wie sich seine Anregung mit der kürzlich durch die FDP durchgesetzten völlig klientelbezogenen Sonderregelung im Umsatzsteuerrecht verträgt, hat er nicht beantwortet. Herr Güldner hat den weiteren Stellenabbau in der öffentlichen Verwaltung verteidigt: Weitere 950 Arbeitsplätze werden, für den Bürger unbemerkbar, in der Verwaltung eingespart. Auf meine Nachbemerkung, dass dies auch schon die Begründung für die Streichung vor vier Jahren war und die Auswirkungen sehr wohl zu bemerken sind, etwa im Standesamt beim Erstellen der Totenscheine und jetzt beim Versand der Zensus-Fragebögen, hat Herr Güldner nicht geantwortet. Frau Rosenkötter hat„ wie alle anderen Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft auf dem Podium„ die Frage nach der „besonderen Qualität“ der Arbeit des Jobcenters Bremen nicht beantwortet, obwohl sie diesem gegenüber weisungsberechtigt und dienstaufsichtsverpflichtet ist.

Frau Rosenkötter hat nicht auf meine Frage geantwortet: „Wissen Sie, dass die Bagis und das Jobcenter auf Anweisung aus Nürnberg 70 Prozent aller Widersprüche ablehnen müssen?“ Siehe 285. Bremer Montagsdemo: „Die vielen Klagen zum Rechtskreis des SGB II haben ihre Ursache auch in dieser Anweisung der Bundesagentur für Arbeit zur ‚Gewährleistung der Rechtmäßigkeit der Leistungsgewährung‘: ‚Die Qualität der Aufgabenerledigung in der Sachbearbeitung und in den Widerspruchsstellen ist weiterhin unzureichend. Der gesetzmäßige Zustand bei der Dauer von Widerspruchsverfahren ist bis zum 30. Juni 2009 herzustellen. Der vermeidbare Anteil an Stattgaben von Widersprüchen ist ab 2009 auf 30 Prozent bei neu eingehenden Widersprüchen zu reduzieren. Es sind Aktivitäten hinsichtlich der Widersprüche und Klagen in Bezug auf kommunale Auf-

gaben notwendig. Die Regionaldirektionen berichten im Rahmen der Fachdialoge 2009.‘ 70 Prozent aller Widersprüche sind abzulehnen? Da bleibt nur die Klage!“

Herr Möllenstedt lobte das Hilfe- und Stellenangebot in Bremen. 6.000 Stellen konnten wegen der fehlenden Qualifikation der Erwerbslosen nicht beziehungsweise nicht lückenlos besetzt werden. Auf meine Nachfrage, ob er wisse, dass das Jobcenter die Qualifikation der Erwerbslosen *löscht*, hat Herr Möllenstedt nicht geantwortet. Nachzulesen ist die Löschung bei der 299. Bremer Montagsdemo und bei der Bremer „Linken“: „Frau von der Leyen will ausländischen Fachkräften die Einwanderung erleichtern („Weser-Kurier“ vom 3. Dezember 2010) – und damit also nicht den Erwerbslosen die Weiterbildung, den Jugendlichen die Ausbildung? Sie will nicht die Qualifizierung der Migranten nutzen? Wirkt das Löschen der Qualifikation der Erwerbslosen durch die Argen? Sie löschen in den Datensätzen der Erwerbslosen die Qualifizierungsnachweise, weil diese Fachkenntnisse „nicht aktuell“ seien. Damit geht unnötigerweise viel Wissen über das Wissen verloren! Eine Datierung der Qualifizierung wäre aussagefähiger. Bei zugewanderten Menschen wird die Heimatqualifizierung meist gar nicht akzeptiert und somit nicht eingetragen. Die wenigen Eintragungen sind nun ebenfalls gelöscht. So wird EDV-gestützt dokumentiert, dass die Erwerbslosen ungebildet sind!“

Nun zurück zur Veranstaltung. Alle waren sich einig darüber, dass wir die Qualifikation der Zuwanderer nutzen sollten. Kristina Vogt wies auf die entwürdigende Behandlung durch die Behörden hin. (Auch die Qualifikation von Migranten wird nicht gespeichert. Ich rate daher allen Migranten: Fragt nach – fragt beweisbar und kurzfristig erneut nach!) Frau Rosenkötter sagte: „Bislang könnten noch keine Gelder an die Hartz-IV-Empfänger ausgezahlt werden, da von der Bundesregierung noch Regelungen zur Abrechnung der Mittel fehlen.“ Dies ist durch eigene Veröffentlichungen des Jobcenters und die Presseerklärung von Frau Rosenkötter widerlegt, siehe 327. Bremer Montagsdemo.

Herr Stein als zuhörender Lehrer hat sich für die Jugendlichen eingesetzt und eine Perspektive für die „Kids“ gefordert, damit Lernbereitschaft nicht von Perspektivlosigkeit überlagert wird. Nur 36 Prozent aller Jugendlichen haben eine Ausbildungsstelle gefunden! 64 Prozent sind in der „Warteschleife“ geparkt. Alle Politiker waren entsetzt. Frau Rosenkötter hat die „Anziehungskraft der Metropole“ mitverantwortlich gemacht. Herr Möllenstedt erwog die Abschmelzung der Ausbildungsqualität. Kristina Vogt nickte bei den Worten von Herrn Stein: Bewerber aus den benachteiligten Stadtteilen hätten die wenigsten Chancen, dies werde mit Omas Adresse in Findorff kaschiert. Kristina wies auf eine notwendige gute Ausbildung und verlässliche Rahmenbedingen hin.

Die Reaktion von Frau Rosenkötter hat mich zur Nachfrage veranlasst: „Sie waren als frische Sozialsenatorin bei der ‚Nacht der Jugend‘ anwesend, als die Schüler(innen) die Ausbildungsstatistik der Handelskammer Bremen berichtigt haben. Laut dieser Statistik wurden 96 Prozent der Schulabgänger in eine Ausbildung vermittelt. Die Schüler(innen) haben festgestellt, dass tatsächlich nur 56 Prozent einen Ausbildungsvertrag erhalten haben!“ Frau Rosenkötter war überrascht

und hat diese Frage nicht beantwortet. Es war erschreckend, wie viel diese Politiker klären und untersuchen wollen und wie wenig sie als bereits eingeleitet anzubieten haben – und wie viele Fakten ausgeblendet wurden. Frau Rosenkötter hatte auch nicht die Stärke zu erklären: Es sind mehr als ein Drittel der Kinder in Bremen arm, weil diese Meldung sich nur auf Haushalte mit ALG-II-Leistungsbezug bezieht. Es fehlen die Kinder von den anderen Transferleistungsbeziehern. In Tenever leben über 70 Prozent der Kindern in betroffenen Haushalten!

Herr Dr. Schneider stellte im Schlusswort fest: „Sie, Frau Rosenkötter und Herr Dr. Güldner, haben jeweils die Verfassungsmäßigkeit des Regelsatzes bezweifelt. Warum reichen Sie keine Normenkontrollklage ein?“ Diese Klage wird schnell entschieden und erspart den Leistungsbeziehern den langen Weg durch die Instanzen. Außerdem mahnte Herr Schneider die nachhaltige Unterstützung der Jugendlichen durch ein Sofortprogramm an – egal, wer gewählt wird. Eine Antwort dazu wurde den so Angesprochen erspart. „Die Linke“ im Deutschen Bundestag hat bisher erfolglos versucht, die anderen Fraktionen für eine Normenkontrollklage zu gewinnen. Klageberechtigt ist aber auch jede Landesregierung. „Die Linke“ hat das Programm zur Armutsbekämpfung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

3. Im Kampf um angemessene Wohnungen hat das Landessozialgericht Bremen im einstweiligen Rechtsschutzverfahren einen Sicherheitszuschlag von zehn Prozent auf die **Mietobergrenzen** gemäß § 10 Wohngeldgesetz für notwendig erklärt. Die Entscheidung erfolgte als unanfechtbarer Beschluss. Von 358 Euro für Ein-Personen-Haushalte gelangen wir bei Steigerung um zehn Prozent auf 393,80 Euro Bruttokaltmiete plus Heizung. Damit sind erneut die Mietobergrenzen der Verwaltungsanweisung ab Seite 16 zu berichtigen. Diese Entscheidung ist auf die anderen Transferleistungen zu übertragen und wirkt in die Vergangenheit! Für dieses Thema will ich mich auch in der Bremischen Bürgerschaft stark machen und Zwangsumzüge verhindern!

„Durch die Hintertür“ versucht das (No-)Job-Center, Eigenbeteiligungen bei den Mieten zu erzwingen, oder lehnt notwendige Umzüge ab. Gegenwehr ist möglich! Wir gehen mit! Es ist nachlesbar, dass die Verwaltungsanweisung als Anweisung für das Handeln der Verwaltung einzustufen ist und *keine* Rechtsgrundlage bildet! Die „Gewos“-„Gutachten“ haben wir zu Berichten degradiert und mithilfe der Gerichte die Mietobergrenzen angehoben. Dies will ich als Abgeordneter absichern und ausbauen! Als Abgeordneter kann ich bereits bei den Beratungen und Planungen die Interessen der Betroffenen vertreten! Geben Sie mir Ihr Vertrauen! Fünf Stimmen für Hans-Dieter Binder („Die Linke“) auf Liste 4, Platz 18! Ich bin auch weiterhin auf der Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder kandidiert für „Die Linke“
zur Bremischen Bürgerschaft (Platz 18)

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“ und „Grundrechteforum“)*

Kann ich nicht menschenwürdig von Arbeit leben, soll der Staat für mich ohne Gegenleistung zahlen!

1. Auch wenn die Nachrichten über und aus Fukushima in der Presse immer weiter nach hinten gerückt werden, sind die Gefahren gleichbleibend bedrohlich und aktuell. Nun ist offiziell das erste Todesopfer beim Reparaturversuch im japanischen **Katastrophen-AKW** zu beklagen. Im havarierten Reaktor sei ein etwa 60 Jahre alter Leiharbeiter beim Tragen von Ausrüstung zusammengebrochen und kurz darauf gestorben. Die Betreiberfirma schließt selbstverständlich eine erhöhte Strahlenbelastung des Verstorbenen aus, nennt jedoch keine anderen Gründe als Todesursache. Im Körper des Mannes, der bei der Arbeit in einem Entsorgungsgebäude Strahlenschutzanzug, Handschuhe und Atemschutz getragen habe, sei keine gefährliche Belastung mit Radioaktivität gemessen worden. Er soll erst einen Tag zuvor die Arbeit in dem Kraftwerk aufgenommen haben. Dabei ist die Arbeit in dem Katastrophen-AKW heikel, weil sich in dem Gebäude radioaktiv kontaminiertes Wasser befindet, das nach dem Erdbeben und Tsunami vom 11. März aus den Reaktoren des Atomkraftwerks ausgetreten war.

Die Kernschmelze ist weitaus schlimmer eingetreten als gedacht. Erstaunlicherweise rechnete niemand mit einer solch hohen Strahlung in den Gebäuden, obwohl die AKW-Gebäude und die Reaktoren in Fukushima mürber als bisher befürchtet sind. Offenbar sind die Brennstäbe schon 16 Stunden nach dem Riesenbeben im März zum größten Teil geschmolzen. Die japanische Regierung räumte zum ersten Mal ein, dass der Druckbehälter am Reaktor 1 undicht sei und das Wasser, das den inneren Reaktorkern kühle, durch eines oder mehrere Löcher entweiche. Auch stehe das Wasser im Reaktor so niedrig, dass die Brennelemente offenbar völlig frei liegen, von einer Kühlung also nicht mehr die Rede sein kann. Tepco und die Behörden müssen angesichts der neuen Erkenntnisse

wieder einmal ihre Pläne umwerfen. Es wird immer wieder neu bewiesen, dass Atomenergie auch zu friedlichen Zwecken alles andere als beherrschbar, gar zu verantworten ist. Deswegen müssen sofort alle Atomkraftwerke weltweit und für immer abgeschaltet und alle Atomwaffen vernichtet werden!

2. Nach einer Studie der UN-Ernährungsorganisation landete rund ein Drittel der weltweit produzierten **Lebensmittel**, etwa 1,3 Milliarden Tonnen jährlich, auf dem Müll oder ging beim Transport verloren. Obwohl mehr als eine Milliarde Menschen hungern, die Herstellung von Lebensmitteln viele Ressourcen verschlingt und große Mengen Treibhausgase freisetzt, gelangt gleichzeitig mehr als die Hälfte der globalen Getreideernte nicht auf dem Teller. In Europa und Nordamerika werden im Schnitt jedes Jahr 95 bis 115 Kilogramm pro Kopf weggeworfen. Dagegen gehen den Menschen in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara und in Süd- sowie Südostasien nur sechs bis elf Kilogramm verloren. Allerdings verschwendeten und verlieren die Entwicklungsländer laut Ernährungsorganisation ungefähr genauso viel Lebensmittel wie die Industriestaaten, nämlich 630 Millionen Tonnen, was jedoch weniger an einer „Wegwerfmentalität“ als an fehlender Kühlung und schlechter Lagerung liege, weil die Bauern in den armen Staaten oft mit Erntemaschinen arbeiteten, die zu viel Früchte auf dem Feld ließen, oder viele Lager nur mangelhaft gegen Schädlinge gesichert seien. In reicheren Staaten würden große Mengen Nahrungsmittel wegen Qualitätsstandards verschwendet, die Aussehen überbetonen. Die Untersuchung rät dazu, die Einstellung der Konsumenten zu Lebensmitteln etwa durch Aufklärung und politische Initiativen zu ändern, um ihnen beizubringen, dass es inakzeptabel sei, ohne Not Essen wegzuwerfen.

3. Bayerns CSU-Arbeitsministerin Christine Haderthauer fordert, dass sich Langzeitarbeitslose verstärkt anstrengen, wieder Arbeit zu finden, wobei sie in einer Neuauflage von Asbach-uraltem Gehetze gegen **Erwerbslose** zum Halali ins Horn bläst. Sie behauptet, lange Arbeitslosigkeit führe zwangsläufig in die Gefahr, dass sich der Lebensrhythmus umstelle und die Produktivität abnehme. Es wird behauptet, dass nicht nur genügend Arbeitsplätze da seien, sondern sogar Fachkräftemangel bestehe. Herrschaftszeiten, warum werden denn die vielen erwerbslosen Facharbeiter nicht eingestellt? Doch nicht, weil sie inzwischen einen anderen Lebensrhythmus hätten, sondern weil sie „zu teuer“ und die aus Osteuropa billiger sind! Für die Menschen von dort lohnt sich die Arbeit hier, weil sie viel niedrigere Lebenshaltungskosten haben! Diese Neuauflage uralter Hetze hat doch nur einen Sinn: schnell weg von Anprangerungen, dass das ALG II zu niedrig ist und dringend erhöht werden muss!

Jeden Monat sein Geld überwiesen und ansonsten nur das Signal zu bekommen, dass er nicht gebraucht werde, führe zu Perspektivlosigkeit. Kann die Ministerin morgens in die Wohnungen hineingucken, oder woher gibt sie vor zu wissen, dass es Familien gibt, in denen die schulpflichtigen Kinder die einzigen sei-

en, die morgens noch aufstehen? Sie „kennt“ diese Familien offenbar noch genauer, denn sie „weiß“, dass sie solchen Familien nicht helfen könne, indem sie den Eltern einfach nur einen Arbeitsplatz anbiete, weil hier zuerst „Brücken gebaut“ werden müssten, um in die Anforderungen eines geregelten Lebens und des Arbeitsmarktes zurückzufinden. Hier ist natürlich der Lockruf der Zwangsarbeit, äh: Ein-Euro-Jobs oder genialen „Bürgerarbeit“ gefragt! Haderthauer findet eine Betreuung notwendig, die über die Vermittlung eines Jobs hinausgehe und auch soziale Begleitung anbiete, Lebenskompetenz vermittele wie den Umgang mit Haushaltsgeld oder eine strukturierten Tagesablauf. Ganz so, als ob das Geld nicht zu wenig sei, sondern nur das Haushalten damit erlernt werden müsse! Mittels dieser Diffamierungen und Entmündigungen wird so getan, als ob es sich mit ALG II derart gut leben lasse, dass daraus ein wunderbarer Lebensstil entstehe.

Dann folgen die ganzen Unterstellungen, etwa die angebliche Inkompetenz der Arbeitslosen, die sich da so schlimme Sachen wie einen anderen Lebensrhythmus angewöhnt haben sollen oder angeblich nicht sanktioniert würden, wenn sie 14 Tage nach ihrer Einstellung ihren Job wegen angeblichen Zuspätkommens verlören. Ist hier mal wieder ein Zentner Hetze gefällig? In der Überschrift wird bereits so getan, als sei mit dem menschenverachtenden Hartz IV ein Lebensstil mit hoher sozialer Absicherung möglich, was an Zynismus wohl kaum noch zu überbieten ist. Aber Haderthauer setzt noch einen drauf und läutet eine Runde Pseudo-Gutmenschentums ein, indem sie so tut, als agiere sie mit ihren Forderungen gegen die bereits vorhandene Gefahr der Spaltung der Gesellschaft. Damit meint sie sicherlich die Zaubermittel von Verfolgungsbetreuung, ausbeuterischen Ein-Euro-Jobs, „Bürgerarbeit“ und Sanktionierung als „Brückenbau“ in eine unsolidarische Gesellschaft! Gilt es hier davon abzulenken, dass Menschen umfangreich kontrolliert werden sollen, um eventuellen Aufständen vorzubeugen? Ich finde, wenn die Bundesregierung nicht ihrer Pflicht nachkommt, dafür zu sorgen, dass ich von meiner Arbeit auch menschenwürdig leben kann, dann soll sie mich ohne Gegenleistung finanzieren! Früher war das Sozialstaatsprinzip mal eine Selbstverständlichkeit.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Die Propaganda vom billigen Atomstrom ist eine Lüge

Energiekonzerne und Bundesregierung behaupten übereinstimmend, dass der Ausstieg aus der Atomenergie „nicht zum Nulltarif zu haben“ sei, wie das Wort von Umweltminister Röttgen lautet. Die neuesten Zahlen sprechen von einer Strompreiserhöhung von 20 Prozent. Damit wird massiv Stimmung gemacht für den

Weiterbetrieb der AKWs. Gerade Menschen mit geringem Einkommen sind verunsichert, wie sie die Strompreiserhöhung zusätzlich zu den steigenden Lebensmittelpreisen schultern sollen. Die Propaganda vom billigen und sicheren Atomstrom ist aber eine Lüge!

Rechnet man alle realen Kosten vom Uranbergbau, dem Bau der AKWs bis zu ihrer Abwrackung, die Castor-Transporte und die bis heute nicht gesicherte Entsorgung zusammen, würde eine Kilowattstunde auf den stolzen Preis von zwei Euro kommen. Das hat eine Studie der Schweizer Prognos AG bereits im Jahr 1998 errechnet. Die Stromrechnung einer Familie würde dann zum Beispiel statt heute durchschnittlich 75 über 700 Euro im Monat kosten! Darin enthalten ist noch kein Cent für die Kosten einer Atomkatastrophe, wie wir sie in Fukushima erlebt haben. Die japanische Regierung hat am letzten Wochenende dem Atomkonzern Tepco 43 Milliarden Euro zugesagt. Auch das bezahlt die Bevölkerung, nicht der Verursacher!

Die Atomindustrie hat in der Geschichte der Bundesrepublik bis heute weit über 200 Milliarden Euro Subventionen erhalten. Das ist fünfmal mehr als jemals in den Steinkohlebergbau gesteckt wurde. Diese Subventionen werden über verschiedene Steuern von uns bezahlt. Inzwischen sind in Deutschland 46 Prozent des Strompreises Steuern, und der Staat ist äußerst kreativ, immer wieder neue zu erfinden. Der Strompreis könnte fast um die Hälfte gesenkt werden, wenn der Staat auf die Steuern im Interesse der großen Energiekonzerne verzichten würde. In Griechenland kostet eine Kilowattstunde 11,35 Cent, während hierzulande ein Dreipersonenhaushalt 24,95 Cent bezahlen muss.

Die Stilllegung aller AKWs belastet nicht die Verbraucher, sondern die Gewinne der den Strommarkt beherrschenden vier Energiekonzerne in Deutschland. Sie verlieren gegenwärtig durch das „Moratorium“ 300 bis 600 Millionen Euro Gewinn im Monat. Obwohl sie diese Summe bei Hunderten Milliarden Profit seit Beginn des Einsatzes der gefährlichen Atomenergie aus ihrer Portokasse bezahlen könnten, wehren sie sich mit Händen und Füßen. Der Kapitalismus zerstört permanent die Umwelt und die Zukunft der Menschheit. Deswegen brauchen wir nicht nur eine internationale Widerstandsfront für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, für den Stopp der fossilen Verbrennung und für den Ausbau der erneuerbaren Energie.

Wir brauchen auch eine breite Diskussion über eine gesellschaftliche Alternative, in der der Mensch und der Schutz und die Rettung der Natur im Mittelpunkt stehen und nicht die Macht und die Profitgier des internationalen Finanzkapitals! Dafür haben wir auch drei neue **Plakate**, die wir unterbringen wollen. Sie sind auf der ersten Montagsdemo im Juni auf dem Marktplatz zu bekommen.

Dann brauchen wir viele Hände zum Aufhängen in Geschäften, Kulturtreffs und sozialen Brennpunkten.

Harald Braun

CDU weggeschrumpft: Rot-Grün regiert Bremen jetzt
als Große Koalition *(„Spiegel-Online“)*

Fast Drei Prozent: Wähler ziehen Volksverhetzer Möllenstädt
die Daumenschrauben an *(„Die Welt“)*

Limerick der Vorwoche
Die Hütte randvoll mit Pampelmusen,
Zeigt Angela in Oslo gern ihren Busen.
Doch ist eine faul oder scheint nicht mehr so saftig,
Schmeißt sie die raus: Diesen Schaden verkraft ich!
Leider ist jetzt nichts mehr da zum Schmusen.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

329. Bremer Montagsdemo am 23. 05. 2011

„Die Linke“ untergräbt sich selbst

„Armut bekämpfen, Hartz IV abschaffen“ war das Thema der Bremer „Linken“, zu dem die Gastrednerin Katja Kipping im Konsul-Hackfeld-Haus während des Wahlkampfes vortrug. Ich erlebte dabei eine schwungvolle und kämpferische Politikerin, die mit ihrem Modell des bedingungslosen Grundeinkommens ihr positives Menschenbild vermittelte. Statt der Angst um die Existenz soll durch das bedingungslose Grundeinkommen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden, in dem für Länge und Dauer individueller Arbeitszeiten mehr Freiräume geschaffen wären. Anschließend sollte eine Diskussion stattfinden, doch der Landesvorsitzende der Bremer „Linken“, Christoph Spehr, zog es leider vor, in einer langweiligen und langatmigen Rede über die bisherige Fraktionsarbeit der „Linken“ Resümee zu ziehen.

Er listete dabei frustrierend auf, was alles auf Landesebene nicht möglich war und auch unmöglich gewesen wäre, und dass auf Landesebene auch nichts möglich ist und auch nicht sein wird. Jedenfalls klang die Rede Christoph Spehrs weniger nach Wahlkampf, sondern eher nach Psychoanalyse, und bevor sich durch solcherlei frustrierende Ausschüttungen jemand die Pulsadern aufschneidet, habe ich es vorgezogen, den Saal frühzeitig zu verlassen. Leider scheint es den Bremer „Linken“ an kämpferischen und inspirierenden Politikerinnen wie Katja Kipping zu fehlen, sodass ich mir zunächst vornahm, meine fünf Stimmen den Piraten zu geben. Bestärkt wurde meine Entscheidung, als ich vernahm, dass Katja Kipping mit einer Delegation zu Besuch in der Zentrale der „Solidarischen Hilfe“ in der Godehardstraße war und dort ein „sehr interessantes Gespräch“ mit Silke Lieder hatte, aus dem sich eventuell „etwas gemeinsam entwickeln“ ließe.

Es gruselte mich bei dem Gedanken, dass sich zwischen Katja Kipping und Silke Lieder etwas gemeinsam entwickeln lassen könnte, denn eigentlich sollte dann auch Bremens SPD-Sozialsenatorin Ingelore Rosenkoetter mit dabei sein,

die ja am Geldhahn der „Solidarischen Hilfe“ dreht beziehungsweise die Gelder aus dem „Europäischen Sozialfonds“ für diesen Beratungsverein bewilligt. Dann wurde auch noch Gregor Gysi durch den Ein-Euro-Job-Vorzeigebetrieb des Bremer SPD-Senats, die BBV-Werft, geführt, vor dessen Vermittlungsquote von 46 Prozent Herr Gysi den Hut zog: „Das ist ein phantastisch hoher Anteil“, so Gysi. Ich hatte nun wirklich den Eindruck der Bremer „Linken“ als einer Zweigstelle der SPD, denn einen besseren Wahlkampf konnte „Die Linke“ der SPD nicht gestalten. Gern hätte ich meine fünf Stimmen an Hans-Dieter Binder, Cornelia Barth oder Kristina Vogt gegeben. Dennoch wollte ich „Die Linke“ nun nicht mehr wählen.

Auch ihr Bremer Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp hatte in der vergangenen Legislaturperiode mehrmals die Sinnlosigkeit von Oppositionsarbeit auf Landesebene erklärt, ebenso sein Fraktionskollege Peter Erlanson und, wie gesagt, neulich erst Christoph Spehr während der Veranstaltung mit Katja Kipping. Jost Beilken hatte während eines offenen Plenums seiner Partei einmal erklärt, dass sich Oppositionsarbeit erübrige, da nach seinen Klassikern der Verelendungstheorie die zunehmende Verarmung der Bevölkerung diese zu Protesten auf die Straße treiben würde. Da ich mir seit vielen Jahren ehrenamtlich bei „so:leb“ in Einzelfällen die Hacken ablaufe, um zu verhindern, dass den Betroffenen der Strom abgestellt wird, finde ich solche Ansichten einfach perfide. Auf der Veranstaltung mit Sarah Wagenknecht während des Wahlkampfes hat er sie gelobt, als sei er ihr Oberlehrer oder Papi. Ein jugendliches Pärchen, das hinter mir saß, meinte dazu: „Was ist das denn für ein Schleimbeutel?“ Entschuldigung, ich zitiere das hier bloß.

Die Kandidatin Claudia Bernhard auf Listenplatz 3 der Linken ist Mitarbeiterin der „Bremer Arbeit GmbH“ und steht somit auf der Gehaltsliste des Bremer Senats. Als mir im Jahre 2003 meine Mietangemessenheit auf 245 Euro gekürzt wurde und mir nur noch 132 Euro monatlich zum (Über-)Leben verblieben, schickte mich das Sozialamt zur „Bremer Arbeit GmbH“. Die Behandlung, die mir dort widerfuhr, stand jener der heutigen Jobcenter in nichts nach. Der Sachbearbeiter, ein Herr Ost, unterzog mich des gesamten Spektrums der demütigenden Behandlung, die den Jobcentern heute alle Ehre macht. Das ist der Grund, aus dem ich die Begleitung bei „so:leb“ mache. Ich wäre damals froh gewesen, wenn mir jemand beigestanden hätte. Jedenfalls wollte ich keiner Kandidatin zu Abgeordnetendiäten verhelfen, die auf der Gehaltsliste einer von Henning Scherfs GmbHs steht.

Ich ließ mich letztendlich dann doch dazu breitschlagen, meine jeweils fünf Stimmen für die Bürgerschaft und für den Beirat an einen Kandidaten und eine Bewerberin der „Linken“, von denen ich persönlich überzeugt bin, zu geben. Nun ja. Aller Wahrscheinlichkeit werden wir dennoch Klaus-Rainer Rupps Sinnlosigkeit von Oppositionsarbeit aussitzen müssen, mit Jost Beilken die Weltrevolution abwarten und Claudia Bernhard für Senatsprojekte der „Bremer Arbeit GmbH“ abstimmen lassen. Aber was soll’s? Die SPD hat eh gewonnen. Ein paar SPD-

Abgeordnete mehr oder weniger machen da auch nichts mehr. Sollte die Bremer „Linke“ ihren Wahltrend jedoch halten, wird sie nach der nächsten Legislaturperiode vielleicht als politisches Kuriosum eine Fußnote in der Stadtgeschichte Bremens ausmachen. Aber was soll’s? Ist eh alles SPD hier!

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

SPD will nicht mehr von Leiharbeit reden, weil sie selber dran verdient

1. Nun stand es sogar mal wieder auf der Titelseite, dass sich die radioaktive Belastung ausweitet und deutlich überhöhte **Strahlenwerte** auch weit außerhalb der Sperrzone um Fukushima festgestellt wurden. Rund 60 Kilometer nördlich des zerstörten Atomkraftwerks fanden Experten eine Belastung des Grases, die das Fünffache des erlaubten Grenzwertes überschritt. Ein Kilogramm der Probe war mit 1.530 Becquerel Cäsium belastet, wobei in Japan für die Fütterung von Milchkühen maximal 300 Becquerel erlaubt seien. Allerdings lägen die Grenzwerte für Gras bei der Fütterung von Zucht- und Schlachtvieh mit 5.000 Becquerel pro Kilogramm wesentlich höher. 6.000 Bauern wurden aufgefordert, bei der Fütterung ihrer Tiere mit Gras zurückhaltend zu sein und sie zudem nicht auf die Weide zu schicken. Ob die Bauern sich daran halten werden, hängt wahrscheinlich auch davon ab, ob sie überhaupt Ersatzfutter besitzen. Im Herbst will die japanische Regierung damit beginnen, erste Entschädigungen an die Opfer der Atomkatastrophe von Fukushima zahlen.

Lässt sich ein deutlich verkürztes Leben, das Ertragen von schweren Krankheiten, den eigenen kleinen Kindern beim qualvollen Sterben zusehen müssen, etwa in Geld aufwiegen, oder wie gedenkt die Regierung Verantwortung zu übernehmen? Atomkraft ist nicht zu verantworten, ohne Wenn und Aber! Der japanische Kraftwerksbetreiber Tepco zieht auf ganz besondere Art Konsequenzen aus dem schweren Reaktorunglück, indem es seinen erst wochenlang wie unsichtbar gewordenen Chef Shimizu ganz von der Bildfläche verschwinden lassen will. Mir geht es am Allerwertesten vorbei, wenn das Tepco-Minus im abgelaufenen Geschäftsjahr bei geschätzten 12,8 Milliarden Euro liegen soll! Da haben aber alle ganz viel davon, wenn der Präsident des Unternehmens zurücktreten soll. Mit diesem Rücktritt meint er Verantwortung für Milliardenverluste übernehmen zu können – und dann wird er durch eine andere Figur ersetzt, die ebenfalls munter auf

Atomenergie baut und genauso weitermacht? In welcher Weise wird damit Verantwortung für die betroffene Bevölkerung, die vielen Toten und die noch zu erwartenden Schwerkranken übernommen? Es kann nur eine Konsequenz geben, die diesen Namen verdient: Abschalten sofort, weltweit, für alle Zeit!

2. Ach ja, in **Bremen** wurde gewählt. Wenn die bisherigen Hochrechnungen bestätigt werden, bleibt bis auf ein paar kleine Prozentverschiebungen in etwa alles wie gehabt. Die Grünen sind wohl wegen der Atomkatastrophe bundesweit auf einem Höhenflug. Jedenfalls freue ich mich darüber, dass die neoliberalste Partei nicht mehr mitspielen darf! Dass aber ausgerechnet die *Spezialdemokraten* so viele Prozente bekommen haben, ist wirklich unglaublich und liegt wohl in der Bremer Tradition begründet. Die Youngsters, die nun mitwählen dürfen, sollen ganze zwei Prozent der Wahlberechtigten ausmachen. Angeblich wird im Alter von 16, 17 gern Grün gewählt. Manche sollen auch die Piratenpartei mögen, und in meinem Umfeld kenne ich junge Menschen, die Linkspartei wählen. Erschütternd finde ich die stetig sinkende Wahlbeteiligung. Da ich nicht davon ausgehe, dass sich immer weniger Menschen für Politik interessieren, vermute ich, dass immer mehr Wahlberechtigte ihre Interessen von keinem der Politiker vertreten sehen.

3. Die *Spezialdemokraten* zeichnen sich nicht nur durch unerhört hohe Prozentzahlen in Bremen aus, sondern auch darin, in welch äußerst spezieller Art sie sich immer noch als Sozialdemokraten verstehen. Trotz scharfer Kritik von Seiten der Gewerkschaft Verdi und der Grünen-Abgeordneten Silvia Schön versucht die SPD allen Ernstes, **Zeitarbeit** als arbeitsmarktpolitisches Instrument zu rechtfertigen, und scheint sich auf die Seite der Zeitarbeitslobby geschlagen zu haben, die gar von der „Flexibilität“ der Arbeitskraft als Zukunftsmodell träumen. Meiner Meinung nach müsste eine sozialdemokratische Partei ohne jede Frage für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit sein! Niemals dürfte Leiharbeit durch gewerkschaftliche und kommunale Unterstützung legitimiert werden! Die Gewerkschaft stellte die sozialdemokratische Leiharbeitsfirma „Personal aktiv“ an den Pranger als „Unternehmen des Monats“. In meinen Augen ist es völlig abwegig für Sozialdemokraten, so etwas wie eine hauseigene Leiharbeitsfirma zu unterhalten. Das ist doch wohl ein Widerspruch in sich! Die SPD Bremerhaven, die mit führenden Genossen in das Thema verstrickt ist, konterte daraufhin auf der Internetseite der Partei, dass „Personal aktiv“ Vorreiter „innovativer Wege“ in der Zeitarbeit für Bremerhaven sei.

Das Letzte, was Erwerbslose brauchen, ist, in Zeitarbeit ausgenutzt zu werden, wobei andere an dem ohnehin sehr kargen Gehalt mitverdienen, und dass sie bei gleicher Arbeit so viel weniger verdienen als ihre Kollegen. Ausgerechnet der Oberbürgermeister Bremerhavens schlug sich mit seiner Äußerung, dass eine Stadt mit vielen Tausend Arbeitslosen Zeitarbeit als arbeitsmarktpolitisches Instrument brauche, offenbar auf die Arbeitgeberseite. Es kann sich hierbei wohl kaum um „ideologische Grabenkämpfe über Zeitarbeit“ handeln, die er ablehnt,

sondern es geht um „Equal Pay“, um sozialdemokratische Grundprinzipien! Statt darüber nachzudenken, wie die Arbeitsleistung der Leiharbeiter durch die ungerechte Entlohnung entwertet wird, wurde sich über den Namen Leiharbeit Gedanken gemacht. Dieser klinge „billig“ und sei abwertend, weswegen das Wort wegmüsse. Auch wollten sie sich nicht von Verdi verunglimpfen lassen, weil es um „Personaldienstleistung“ gehe. Irgendetwas wurde offenbar bei dieser Veranstaltung grundlegend missverstanden: Nicht der Name stört und muss weg, sondern vielmehr gehört die Leiharbeit endlich wieder verboten, um Dumpinglöhnen und der zunehmenden Entrechtung von Arbeitnehmern Einhalt zu gebieten!

4. Die Ausgaben für **Hartz IV** sind drastisch gesunken. Noch nie zuvor wurde hierfür vom Bund in den ersten vier Monaten eines Haushaltsjahres weniger ausgegeben als in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Für die angebliche Grundsicherung für Arbeitssuchende wurden etwa 9,8 Milliarden Euro ausgegeben, knapp 2,2 Milliarden weniger als ein Jahr zuvor. Ist diese Ersparnis dem Streichen der vermaledeiten Sklavenarbeit, also vieler Ein-Euro-Jobs, geschuldet, oder mussten ein paar Arbeitslose weniger sinnentleerte „Fortbildungen“ machen? Oder wurde Geld eingespart, weil die (No-)Job-Center Order haben, 70 Prozent aller Widersprüche – ungeachtet ihres Inhalts – abzulehnen?

5. Im Norden müssen Jugendliche für Billiglohn schuften, nur jeder Vierte erhält mehr als den bundesweit üblichen **Niedriglohn**. In Mecklenburg-Vorpommern können junge Arbeitnehmer keine „großen Sprünge“ machen: 76 Prozent der Vollzeit-Beschäftigten unter 25 Jahren arbeiten für Niedriglöhne. Es ist eine riesengroße Sauerei, dass im Nordosten knapp jeder Zweite zwar täglich zur Arbeit geht, aber dennoch unter der offiziellen Niedriglohnschwelle bleibt. Schweriner Landespolitiker kritisieren die schlechte Bezahlung und fordern die Unternehmen zu besserer Bezahlung auf. Die Lohnentwicklung der letzten Jahre sei „modernes Raubrittertum“. Ein Mindestlohn, von dem es sich auch im Alter gut leben lässt, schreit noch immer nach Umsetzung. Der Bundeschef der „Linken“, Klaus Ernst, kommentierte die Ausbreitung von Niedriglöhnen mit den Worten, dass die Arbeitsmarktreformen dazu geführt hätten, dass Arbeit so billig geworden sei wie Dreck. Wohl wahr!

6. Nach den tödlichen Schüssen, die eine Polizistin in einem (No-)Job-Center in Frankfurt am Main auf eine Transferleistungsbezieherin abfeuerte, kritisieren die Angestelltengewerkschaft Komba und die Polizeigewerkschaft die umstrittenen Hartz-Gesetze. Eine Frau soll zuvor einen Polizisten mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt haben. Ersten Ermittlungen zufolge sei es zu einer Auseinandersetzung zwischen der 40-Jährigen und dem Personal gekommen, wobei unklar blieb, worum es eigentlich ging. Möglicherweise habe die Frau „randaliert“, und es sei deswegen die Polizei gerufen worden. Die Frau soll ein Messer aus der Tasche gezogen haben, nachdem sie von der Polizei aufgefordert wurde,

sich auszuweisen. So furchtbar solche Gewaltexzesse sind, rasten natürlich immer wieder Antragsteller aus, wenn Mitarbeiter der (No-)Job-Center aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen ablehnende Bescheide erteilen müssen. Angeblich seien lautstarke Beleidigungen und Bedrohungen, Randalieren, Tritte gegen Mobiliar und Geräte noch die harmloseren Vorfälle.

Es würden auch schon Sicherheitsdienste engagiert, doch immer wieder müsse die Polizei zur Hilfeleistung und zum Schutz der Beschäftigten anrücken. Der Gesetzgeber könne diese Probleme zumindest mildern, wenn er endlich vernünftige Gesetze machen würde. Rund 180.000 unerledigte Klagen gegen Entscheidungen zeigen deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Wenn die Menschen das Handeln der öffentlichen Verwaltung nicht verstehen können und es gleichzeitig um ihre Existenz geht, dann sind Kurzschlusshandlungen aus Wut und Verzweiflung eben alles andere als unvorhersehbar. Dass dieses Verständnis nun ausgerechnet von einer Gewerkschaft kommt, ist schaurig schön, denn ich habe nicht vergessen, wie die Gewerkschaften 2004 die menschenverachtenden Hartz-Gesetze einfach abnickten, als wüssten sie nicht, was sich daraus entwickeln würde. Die Hartz-Gesetze sind derart menschenfeindlich, dass sie die blanke Existenz von Zigtausend Menschen mit **Sanktionen** zu vernichten droht. Da kann es doch kaum verwunderlich sein, dass Menschen sich dagegen zur Wehr setzen!

Gerade die neue Verschärfung der Sanktionsregeln ermöglicht es, schon bei bloßem Verdacht den Erwerbslosen kein Geld mehr zu überweisen und sie darüber noch nicht mal zu informieren. Wenn kein Geld gezahlt wird, Obdachlosigkeit und ein Leben auf der Straße drohen, deswegen vielleicht die eigenen Kinder weggenommen werden – darf es da verwundern, dass Menschen im (No-)Job-Center „ausrasten“? Ich halte ein Messer absolut für den falschen Weg, finde eine Begleitung zum Amt sinnvoller, weil durch Zeugen bereits viel Schikane vermieden wird. Nicht jeder weiß um das Recht darum oder schämt sich, finanzielle Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen, und wurschtelt daher allein vor sich hin, obwohl es mit Unterstützung viel besser läuft! Allerdings frage ich mich auch, wieso die Polizistin gleich schoss, und dann auch noch lebensbedrohlich. Lernen Polizisten denn keine Deeskalation oder ins Bein zu schießen, besser noch: einer Frau ein Messer abzunehmen? Ich war ja nicht dabei, aber hätten nicht vielleicht auch Worte helfen und klären können?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen
in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“ und „Grundrechteforum“)*

Mahnwache vor dem „Kapitel 8“

Der FDP ist das Rüstungsgeschäft wichtiger als der Frieden

Vor einiger Zeit sprach ich hier schon einmal über den engen Zusammenhang zwischen AKWs und Atomwaffen. Dieser Zusammenhang kann gar nicht oft genug betont werden! Schon die ersten Atomkraftwerke hatten überall in der Welt militärische Bedeutung. In meinem Redebeitrag führte ich einige Staaten an, die über Atomkraftwerke und atomare Waffensysteme verfügen, wie Großbritannien, Frankreich, Russland, China oder Israel und nicht zuletzt die Bundesrepublik. Deutschland verfügt zwar nicht über eigene Atomwaffen, auch nicht über den Einsatz der US-Sprengköpfe in Büchel, aber es lagern schließlich noch 20 Sprengköpfe dort.

Sie stellen eine andauernde zusätzliche Gefahr dar. Ein Unfall mit einem atomaren Gefechtskopf führte kürzlich zu umfangreicher Bodenverseuchung

und strengster Abschirmung des betroffenen Gebietes. Da kann ich nur sagen: Schnellstes raus mit dem Zeug und zurück in die USA! Seehofer heuchelte vor ein paar Tagen den „baldigen Atomausstieg“, den er rasend schnell bis 2022 bewerkstelligt haben will – wobei er den Forschungsreaktor München II, der hoch angereichertes, waffenfähiges Uran für den Export herstellt, wohlweislich nicht erwähnte. Es war ja noch Wahlkampf!

Den Anfang mit der atomaren Aufrüstung machten schon die USA, die sich dabei Forschungsergebnisse der Nazis zunutze machten. Robert Oppenheimer und Konsorten produzierten alsbald in Versuchsreaktoren mit waffenfähigem Plutonium die erste Atombombe und zündeten sie 1945. Unvergessen ist bis heute der Abwurf über Hiroshima! Nach kurzer Zeit gab es die ersten funktionierenden Atomkraftwerke in Form atomar angetriebener U-Boote. Es zogen schon bald die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich nach. Auch Pakistan, Indien und Nordkorea besitzen sie. Heute verfügen auf der Welt insgesamt neun Länder über fast 22.000 Atomwaffen – Tendenz weiter steigend!

Die Abfallprodukte der sogenannten friedlichen Atomenergie, die abgebrannten Brennelemente, wurden und werden militärisch genutzt, indem man aus ihnen panzerbrechende Uranmunition herstellt und in den Kriegen von Afghanistan über Irak bis Libyen verschießt. Ein furchtbarer „Testfall“ war für die Nato Jugoslawien. Die Folgen sind langfristig ähnlich verheerend wie in Hiroshima beziehungsweise bei den Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima. Wir sehen es täglich im Krieg wie im Frieden: Wenn an der Atomtechnologie festgehalten wird, hat die Menschheit keine Zukunft mehr! Deshalb müssen wir immer wieder fordern: Alle Atomkraftwerke weltweit abschalten und stilllegen! Alle alten Atomwaffen raus aus der Bundesrepublik und der Europäischen Union! Sämtliche Atomwaffen weltweit abschaffen! Uranmunition weltweit ächten und vernichten! Wir wollen eine Welt frei von der tödlichen Atomenergie!

Auch Philipp Rösler liegt die Gesundheit immer noch sehr am Herzen, vor allem jedoch die der Bremer Rüstungsindustrie. Dies machte er als neuer Vorsitzender der FDP bei seinem Wahlkampfauftritt in der vergangenen Woche auch gleich klar: Er besuchte die OHB System AG und die Lürssen-Werft. Es ist allseits bekannt, dass die militärische Seite bei OHB eine große Rolle spielt, nicht nur im Programm „SAR Lupe“, das bereits von der Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt wird, sondern auch im „Galileo“-Projekt. Die Lürssen-Werft baut schon seit Generationen Kriegsschiffe. Dazu kommt, dass Friedrich Lürßen, geschäftsführender Gesellschafter der Werft, zugleich Präsident des „Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ ist. Damit ist er der entscheidende Kontaktmann der Rüstungsindustrie zur Bundesregierung.

Vor Rösler ist bereits Elke Hoff, sicherheitspolitische Sprecherin der FDP, im Bremer Wahlkampf aufgetreten. Sie ist Mitglied des „Verteidigungsausschusses“ und gehört als Präsidiumsmitglied der „Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik“ zur Rüstungslobby. Anlässlich der Bremer Bürgerschaftswahl am 22. Mai rief das „Bremer Friedensforum“ dazu auf, Parteien wie der FDP, die so enge Beziehun-

gen zur Rüstungsindustrie pflegen, keine Stimme zu geben. Denen ist das Rüstungsgeschäft wichtiger als der Frieden! Um auf die Aktivitäten der Rüstungsbetriebe und die Auslandseinsätze der Bundeswehr aufmerksam zu machen, findet jeden Monat eine Mahnwache vor dem „Kapitel 8“ an der Domsheide statt.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

329. Bremer Montagsdemo

Das CDU-Märchen von den „sicheren“ deutschen Atomkraftwerken

Vor einigen Tagen hat die Reaktorsicherheitskommission ihren Bericht vorgelegt. Der „Stresstest“ der deutschen AKWs hatte keinen anderen Zweck, als die Bevölkerung zu beruhigen, den Ausstieg aus dem Ausstieg zu legitimieren und für die Atomkonzerne zu retten, was zu retten ist. Deshalb werten sie den „Stresstest“ auch als Persilschein für den Weiterbetrieb der AKWs. „Ich bin nicht überrascht, dass die Reaktorsicherheitskommission das höhere Sicherheitsniveau der deut-

schen Anlagen gegenüber den havarierten Anlagen in Japan bestätigt hat“, ließ der Präsident des „Deutschen Atomforums“, Ralf Güldner, zufrieden verkünden.

Aber die Atomkonzerne und die Merkel-Regierung wissen ganz genau, dass dieser „Stresstest“ nur eine „freundliche Befragung“ der Betreiber war. In einer Stellungnahme von „Ausgestrahlt“ heißt es dazu: „Hier hat sich die Atomwirtschaft gewissermaßen selbst geprüft. Unter den 16 Mitgliedern sind Vertreter der Stromkonzerne, Mitarbeiter des Reaktorbauers Areva und Angestellte von Forschungsinstituten, die einen Großteil ihrer Aufträge dadurch bekommen, dass es laufende Atomkraftwerke gibt. Alleine vier Mitglieder der Kommission stellt der TÜV, in dem wiederum die Stromkonzerne großen Einfluss haben.“

Aber selbst dieser – von den Atomkonzernen diktierte – Bericht kann die großen Gefahren nicht vertuschen. So erklärt der Vorsitzende der Kommission Rudolf Wieland: „Es gibt eine große Robustheit der Anlagen, die wir hier untersucht haben. Aber es gibt auch Schwachstellen bei Flugzeugabstürzen oder Stromausfall, bei Hochwasser oder Erdbeben.“ Keines der deutschen AKWs erreicht das, was von der Kommission selbst als „Level 3“ – hohe Sicherheit – bei der Notstromversorgung bezeichnet wird: eine Batteriekapazitäten von mindestens zehn Stunden und einen zweiten unabhängigen Notstromkreislauf. Lediglich Philippsburg 1 hat mehrere voneinander unabhängige Kühlsysteme. Alle anderen AKWs liegen auf dem niedrigsten „Level 1“, eine Kühlung wäre nur mit Notfallmaßnahmen möglich. Das AKW Unterweser erreicht beim Hochwasserschutz nicht einmal „Level 1“ – die Stufe der geringen Sicherheit!

Die dramatische Materialermüdung von Stahl, Beton und weiteren Werkstoffen durch den langjährigen radioaktiven Beschuss wird völlig unterschlagen. Gleichzeitig werden gute Bewertungen in einem der Prüffelder „aufgewogen“ gegen katastrophale Bewertungen bei anderen. Keiner der Meiler erreicht durchgehend bei allen Gefahrenfaktoren den „Level 2“, und alle sind weit entfernt von der „Stufe 3“ –, der „hohen Sicherheit!“ So entpuppt sich selbst dieser Bericht als eine Bestätigung, dass alle Atomkraftwerke ein unbeherrschbares Risiko darstellen. Aber das schert die Atomlobby einen Dreck! Umweltminister Röttgen hat bereits angedeutet, dass er sogar vier der bereits abgeschalteten Meiler als „Gehtnoch“-AKWs nach dem Moratorium wieder anfahren lassen will – auch in Krümmel und an der Unterweser.

Die Merkel-Regierung ist bereit, die Supergewinne der Atomkonzerne durch eine Laufzeit bis 2022 noch elf Jahre lang sprudeln zu lassen! Um die sofortige, weltweite Stilllegung aller Atomkraftwerke auf Kosten der Betreiber durchzukämpfen, brauchen wir eine internationale Widerstandsfront gegen die kapitalistischen Umweltzerstörer. Die letzten zwei Monate war die Anti-Atom-Bewegung so aktiv wie noch nie: Hunderttausende Menschen haben unermüdlich mit Mahn-

wachen und **Demonstrationen** Druck für den sofortigen **Atomausstieg** gemacht. Am kommenden **Samstag**, dem **28. Mai 2011**, wollen wir in 21 Städten ein weiteres Zeichen setzen: Kommt um **13 Uhr** zum **Goetheplatz** und bringt viele Leute mit! Nächsten Montag sind wir wieder hier zum wöchentlichen Widerstandstag.

Harald Braun

Mein Glückwunsch an die Linkspartei zum Wiedereinzug!

Die Bürgerschaftswahl am vergangenen Sonntag war die nächste Klatsche für die Regierung Merkel: Die CDU ist nur noch drittstärkste Partei in Bremen. Die FDP ist mit ihrem Erzreaktionär Möllenstedt, der Hartz-IV-Bezieher beschimpft, gleich ganz rausgeflogen. Gut so, haut ab! Mein Glückwunsch an die Linkspartei zum Wiedereinzug. Die SPD feiert mächtig, weil sie etwas über ein Prozent mehr hat als 2007. Stimmenmäßig ist es allerdings ihr schlechtestes Ergebnis seit 1945! Die sollen sich also mal bloß nicht aufblasen. Einziger Wahlgewinner sind die Grünen, jetzt mit 23 Prozent zweitstärkste Fraktion. Sie profitierten natürlich vom Widerstandwillen in der Bevölkerung gegen die Atomkraftwerke. Erfreulich ist, dass die faschistische NPD weder in Bremen noch in Bremerhaven über fünf Prozent gekommen ist. Nur die rassistisch-faschistoiden „Bürger in Wut“ haben es mit einem Bremerhavener Abgeordneten geschafft. Die müssen wir im Auge behalten, über ihre wahren Absichten aufklären und sie gegebenenfalls genauso bekämpfen wie die offenen Nazis.

Die Aufruhrwelle ist nun über das Mittelmeer geschwappt: In Griechenland gehen wieder Hunderttausende auf die Straße, auch Millionen Spanier halten nicht mehr still bei 45 Prozent Jugendarbeitslosigkeit! Trotz Demoverbot am Tag vor der Wahl harren sie zu Tausenden auf der Porta del sol in Madrid aus. Ein prägnanter Spruch dabei: „Das Problem ist nicht, wer regiert – das Problem ist das System!“ Die Verteidigung dieses Systems der Herrschaft des Monopolkapitals über die ganze Gesellschaft ist der tiefere Grund für den vom neuen Innenminister Friedrich geplanten Bundeswehreinsatz im Innern. In Afghanistan hat die Bundeswehr mit gezielten Schüssen auf Demonstranten – es gab mehrere Schwerverletzte – schon mal geübt: Im Zweifelsfall soll jeder, der es wagt, zu demonstrieren und für seine Rechte einzutreten, niedergemacht werden.

Im Frankfurter Jobcenter wurde letzte Woche eine Arbeitslose erschossen. Zuerst hatte man ihr die Auszahlung verweigert. Dann wurde die Polizei geholt, um sie rauszuschmeißen. Angeblich zog sie ein Messer und wurde dann erschossen. Wird so jetzt das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst? – In Stuttgart reißt der Widerstand gegen „S21“ nicht ab: 7.000 Menschen kamen am Samstag zur Demo. Die Aktivisten lassen sich auch von der neuen Landesregierung nicht einlullen: 300 blockierten die Baustelleneinfahrt für die Grundwasserabsenkungsmaßnahmen. Dieser Kampf wird erfolgreich sein – nicht wegen der Wahlen oder eines Volksentscheids, sondern wegen des Widerstandes.

Zum „Moratorium“ liegen inzwischen konkretere Pläne vor. Vier Atomkraftwerke abschalten, aber den Rest bis 2022 weiterbetreiben, darauf können wir uns nicht einlassen! Das ist viel zu lang und kann zwischenzeitlich wieder fünfmal geändert werden. Die AKWs müssen alle abgeschaltet werden, und zwar sofort! Dass dies ohne Probleme geht, ist daran zu sehen, dass von den 17 deutschen AKWs derzeit nur noch vier am Netz sind. Die Polizeigewerkschaft warnt: „Wenn Frau Merkel glaubt, sie kann die abgeschalteten Kernkraftwerke wieder einschalten lassen und einfach 110 anrufen, wenn es Protest gibt, dann ist sie bei uns falsch verbunden.“ Es werde einen „Protesttsunami“ geben, wenn die Regierung jetzt wieder eine Wende vollziehe.

In der Schweiz demonstrierten am vergangenen Sonntag über 20.000 Menschen gegen AKWs. In Japan wird inzwischen nicht mehr bestritten, dass es sofort nach dem Erdbeben zur Kernschmelze in drei Reaktoren gekommen ist, nicht erst nach der Flutwelle. Keines der Atomkraftwerke weltweit ist erdbebensicher! Dabei gibt es ständig gibt es neue Erdbeben, etwa kürzlich in der Türkei mit Stärke 5,9: Ein schweres Beben wird für die nahe Zukunft in der Region Istanbul erwartet. Die Auswirkungen des Super-GAUs in Japan werden mittlerweile immer katastrophaler: 60 Kilometer von Fukushima entfernt ist das Weidegras fünfmal so hoch verstrahlt, wie der ohnehin schon viel zu hohe Grenzwert erlaubt, nämlich mit 1.530 Becquerel pro Kilogramm. 1986 stand auf der Milchpackung drauf: 100 oder 150 Becquerel!

Die geschmolzenen Kernstäbe fressen sich immer weiter durch den Boden unter den Schrottreaktoren. Wenn sie das Grundwasser erreicht haben, ist mit katastrophalen Explosionen zu rechnen, bei Reaktor 2 sogar unter Freisetzung großer Mengen Plutoniums! Der Tepco-Chef ist zurückgetreten, doch was nützt das? Die ganze Regierung muss zurücktreten – und Platz machen für eine Regierung, die nicht den Monopolprofiten verpflichtet ist, sondern dem Leben und der Gesundheit der Bevölkerung! Die muss sofort weiträumig evakuiert werden! Am **Samstag**, dem **28. Mai 2011**, gibt es in 21 deutschen Städten eine **Großdemo**. In Bremen geht es um **13 Uhr** am **Goetheplatz** los. Atomkraftwerke stilllegen sofort, weltweit, für alle Zeit!

Wolfgang Lange (MLPD)

Das Volk sind Wir
Stuttgart 21

SSMANN
Kein S21!
Wir lassen uns nicht über den Tisch ziehen
Herr Grube!
K21
ja zum Kopfbahnhof

Meldung: Bremen Hbf
Sonstiges

Meldung: SON/BM	vom: 23.05.2011 22:04	RalfN	Status: abgeschlossen

beschreibender Text zur Meldung:

Demonstranten im Bahnhof Stuttgard 21
ca. 25 Demonstranten Stuttgard 21 befinden sich im Bahnhof die Genehmigung liegt lt Nachfrage bei der Bpoli vor . Bpoli ist auch vor Ort, sowie MA DB S.
Die Demostranden haben Aufkleber gegen Stuttgard 21 im Bahnhofbereich angebracht am FKA sowie am Treppenaufgang, diese wurden soweit wie möglich von MA DB S Enfernt, es sind noch Luftballons unter der Bahnhofshallendecke diese können nicht Entfernt werden.

Schwabenstreich – diesmal *im* Bahnhof!

Herr Grube, wir lassen uns nicht über den Tisch ziehen!

Willkommen zum bundesweit ersten Schwabenstreich in Rüdiger Grubes „Heiligen Hallen“! Im Herbst 2010 haben Sie, Herr Grube, gesagt: „In meinen Bahnhöfen wird nicht demonstriert!“ Ich kann nur sagen: Hier sind wir! So schnell hat auch Sie die Realität eingeholt! Im Übrigen sind alle Teilnehmer des Schwabenstreiches Miteigentümer dieses Bahnhofes. Sie, Herr Grube, haben die Pflicht und Aufgabe, auch diesen Bahnhof zu verwalten, zu pflegen und in Ordnung zu halten! Über den Bremer Hauptbahnhof komme ich zum Grund unseres Besuches: „Stuttgart 21“. Wir fordern Sie auf, endlich Ihre Zusage eines uneingeschränkten Bau- und Vergabestopps einzuhalten und auch durchzusetzen. Kommen Sie unverzüglich Ihrer Zusage vom 29. März 2011 nach und halten Sie diese ein!

Seit diesem Tag wurden am Nordbahnhof, beim Grundwassermanagement am Mittleren Schlosspark, im Südflügel, am Rosensteinpark und -tunnel sowie an der Brücke am Aichelberg auf der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm Bauarbeiten durchgeführt. Wollen Sie uns über den Tisch ziehen? Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen! Sie belügen und betrügen uns weiterhin! Sie verteilen Bauaufträge für nicht planfestgestellte Bauabschnitte! Sie machen, was Sie wollen! Als selbsternannter „ehrenwerter hanseatischer Kaufmann“ sind Sie eine Beleidigung der Kaufmannschaft in Bremen und Hamburg! Wir fordern Sie auf, Ihr Wort zu halten! Oder halten Sie sich lieber an Konrad Adenauer: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern!“? Sie kommen uns nicht so einfach davon! Hören Sie auf, mit billigen Taschenspielertricks den Menschen vorzugaukeln, dass „Stuttgart 21“ das „bestgeplante und bestfinanzierte Bauprojekt“ sei!

Um Geld zu sparen, werden die Tunnel auf der „Filderstrecke“ zum Flughafen statt mit 5,10 nur mit 4,10 Metern Querschnitt gebaut, was zur Folge hat, dass die Fluchtwege nur 80 Zentimeter statt 1,20 Meter breit sind. Die Notausgänge im Tunnel sind statt eines halben Kilometers einen ganzen voneinander entfernt. Die Löschwasserleitungen stehen nicht permanent unter Druck, sodass im Brandfall der Druckaufbau 20 Minuten dauert. Der Grube’sche Schieflagenkellerbahnhof hat ein Gefälle von 1,5 Prozent, also auf einer Länge von 400 Metern einen Höhenunterschied von sechs Metern. Warum, Herr Grube, hat Ihr so sehr gelobter Projektleiter, Herr Azer, das Handtuch geworfen? Sicherlich nicht, weil angeblich „Stuttgart-21“-Gegner ihn bedroht hätten, nein: Er hat eingesehen, dass noch mehr nicht kalkulierbare Gefahren beim Bau entstehen – was Sie uns verschleiern!

Warum finden Sie keine Baufirmen, die Ihre Aufträge übernehmen? Weil die Firmen die finanziellen und baulichen Risken in Stuttgart nicht übernehmen wollen und können. Warum soll beziehungsweise muss das Grundwasser im Mittleren Schlossgarten weiter als geplant abgesenkt werden? Ganz einfach: Bei den Planungen wurden falsche Angaben des Grundwasserflusses zugrunde gelegt. Herr Grube, das sind Fragen, auf die wir antworten und die Wahrheit sagen! Von Ihrer Seite werden nur Halbwahrheiten in die Welt gesetzt und schöne Hochglanzprospekte verteilt, in denen alles schön hell und grün ist; wo Bäume auf Betondecken gedeihen. Das hört sich nach dem Grube’schen Schlaraffenland an! Doch im Spätsommer 2010 wurde mit dem unnötigen Abriss des Nordflügels ein Zeichen der Macht und Unumkehrbarkeit gezeigt. Mit der Abriegelung des Mittleren Schlossgartens durch die Polizei am 30. September 2010, während die Menschen sich auf dem Wasen tummelten, sollten die Baumfällungen weiter fortgeführt und endgültige, nicht mehr umkehrbare Fakten geschaffen werden.

Dass dies auf friedlichen und beherzten Widerstand von Schülern, Rentnern und anderen „Stuttgart-21“-Gegnern gestoßen ist, war nicht einkalkuliert. Der daraus resultierende gewaltsame Einsatz der Polizei mit Wasserwerfern, Tränengas, Schlagstöcken und Pfefferspray, der zu Hunderten von teils schwer Verletzten führte, war von oberster Stelle befohlen und genehmigt worden. Dies wiederum führte am 27. März 2011zum Sturz von Sonnenknödelkönig Stefan I. zu Mappus von Pforzheim. Übrig geblieben sind außer Seiner Totalitären Herrlichkeit Rüdiger I. von der Grube noch der Marionettenoberbürgermeister Wolfgang zu Schuster vom Lügenpack und der Murksverkehrsminister Ramsauer, der treu und brav unter Kaiserin Angela zu Merkel von der Uckermark regiert. Nur ein Hinweis, Herr Ramsauer: Rumtoben und Drohen hat nichts mit Regieren zu tun!

„Stuttgart 21“ ist ein reines Immobiliengeschäft, das sich, wie zu Beginn der Murksgeschichte im Jahr 1996 verkündet wurde, angeblich durch Verkauf der Bahngrundstücke refinanzieren sollte. Bei einem Preis von derzeit 4,5 Milliarden für „Stuttgart 21“ frage ich mich: Wie hoch müssen die Quadratmeterpreise für die Käufer sein, damit sich das refinanziert? In diesem Immobiliengeschäft werden

5,7 Milliarden Euro aus öffentlichen in private Haushalte verschoben. Dafür werden die Stuttgarter Bahninfrastruktur und die „Grüne Lunge“ der Stadt geopfert. Das Wohl Einzelner wird über das der Allgemeinheit gestellt. Nicht mit uns, Herr Grube! Durch den Bau von „S21“ werden der bereits hoch verschuldeten Stadt noch mehr Schulden aufgeladen. Stuttgart kann seine öffentlichen Einrichtungen gar nicht mehr bezahlen, wenn diese Kosten dazu kommen.

Anstelle dieses Wahnsinns sollten Sie wichtigere Projekte vorantreiben, Herr Grube: Die bessere Anbindung der Nordseehäfen an das Schienennetz sowie dessen Erneuerung, die Renovierung von Bahnhöfen und den Bau der Bahnstrecke Arnheim-Oberhausen sowie der „Alpentransversale“ auf der Oberrheinstrecke Karlsruhe-Basel. Diese beiden Projekte sind an Verträge mit den Niederlanden und der Schweiz gebunden, aber durch den Bau von Prestigeprojekten werden die Verträge nicht eingehalten. Sie, Herr Grube, haben gesagt, Sie seien ein ehrbarer hanseatischer Kaufmann, der seine Verträge einhalte. Aber bitte nur sinnvolle Verträge und Projekte! Uns wird von der „europäischen“ Bedeutung von „Stuttgart 21“ erzählt, damit der Tunnelbahnhof gebaut wird. Als Volksdroge wird die „Magistrale Paris-Bratislava“ in die Runde geworfen, um großes Staunen hervorzurufen, wie ein Magier, der in den Hut greift und immer wieder neue Kaninchen herausholt, mal aus Stuttgart, mal aus München, mal aus Berlin. Die haben alle schon zu viel von der Droge genommen! Wer kennt Bratislava? Wo liegt es? Wer will da hin?

Lieber Herr Grube, damit Sie es auch mitbekommen: Die EU unterstützt keine nationalen Bahnhofsprojekte, sondern nur die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm! Aber auch die hat einen großen Hacken: Sie kann nicht für kombinierten Güter- und Personentransport genutzt werden, weil die Steigungen zu hoch und die Fahrten für Vollgüterzüge zu teuer sind. Der Scheitelpunkt der Neubaustrecke liegt etwa 670, die Geislinger Steige aber nur 450 Meter über dem Meeresspiegel. So einen Murks wollen Sie bauen? Gern, aber bitte zu Hause im Keller, wo Sie sich das mit „Märklin“ nachbauen können! Wir brauchen kein „Stuttgart 21“! Wir fordern Sie auf, den sofortigen Baustopp, einhergehend mit einem zeitnahen, unumkehrbaren Ausstieg aus diesem Murksprojekt zu verkünden! Wir fordern einen Bahnchef, der nicht der Autolobby hörig ist! Wir fordern einen Vorstand und einen Aufsichtsrat, in denen Leute sitzen, die nicht aus der Bau-, Auto- und Flugzeugindustrie kommen, sondern Ahnung von der „Materie Bahn“ haben! Grube weg! –

(Dieser 39. Bremer Schwabenstreich im Anschluss an die 329. Montagsdemo wurde unter dem Motto „Stuttgart-21-Baustopp sofort!“ in Anlehnung an das Baustellenblockieren in Stuttgart abgehalten. Am Bremer Hauptbahnhof entschloss ich mich als Veranstalter spontan, den Schwabenstreich vom Vorplatz in die Haupthalle hinein zu verlegen. Meine Beweggründe werden durch das neue Urteil des Bundesverfassungsgerichtes unterstützt, wonach Demonstrationen auch in Bahnhöfen und Flughäfen abgehalten werden dürfen. Mit 80 Teilnehmern wurden klare Fakten geschaffen. Auch durch grüne „Oben-bleiben!“-Luftballons, die in der Haupthalle und im Schalterraum in die Lüfte stiegen, konnten wir auf uns

aufmerksam machen. Drei Teilnehmer erhielten einen Platzverweis von der Bundespolizei, weil sie angeblich Anti-„Stuttgart-21“-Bäbberl an verschiedenen Stellen aufgeklebt hätten. Bis auf diese Lappalie verlief die Veranstaltung friedlich.)

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Wir rufen mit auf zur **Demonstration gegen Atomkraft** am
Samstag, dem **28. Mai 2011**, um **13 Uhr** ab **Goetheplatz**.

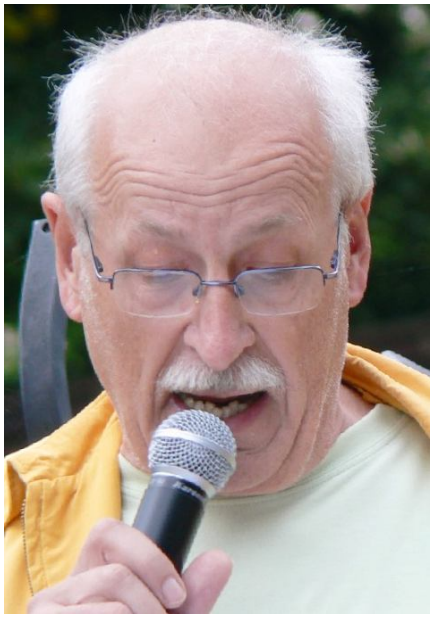
Hetzblatt geschockt: Neue Doku-Soap stellt Jobcenter-Mitarbeiter
als unfreundlich dar *(„Bild“-Zeitung)*

Limerick der Vorwoche
Bremen hat einen Bürgermeister Böhrnsen,
Der war neulich mal wieder kurz im Förnsehn.
Meist geht es um seine Schulden im Sozialen,
Denn dank SPD erdulden wir Sparqualen.
Wer hilft ihm, seine Zahlen zu verschönsen?

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

330. Bremer Montagsdemo am 30. 05. 2011

Abgefunden mit den Missständen?



Schon traurig, das Ganze: 7.000 Menschen gingen hier in Bremen am Samstag auf die Straße und protestierten gegen Atomkraft. Ihr Protest findet natürlich meine volle Unterstützung. Was mich aber stört, ist die Tatsache, dass die Mitmenschen sich nicht mit der gleichen Energie für faire Löhne und eine Gesundheitsreform, die allen zugute kommt, einsetzen. Wenn mensch sich die Zeit nimmt, gegen Atompolitik zu demonstrieren, dann ist sie wohl auch für andere Demonstrationen da! Gut, mit den Montagdemonstranten wollt ihr nicht in einen Topf geworfen werden. Warum, das ist eure Sache.

Doch es ist ziemlich an den Haaren herbeigezogen, solche Argumente zu bringen wie: „Die gehören zu einer bestimmten Partei, sind Querulanten oder gar alle faul.“ Vorsicht, sage ich! Das sind Vorurteile und unqualifizierte Behauptungen. Natürlich streiten wir nicht ab, dass es auch bei uns wie bei allen anderen hin und wieder „schwarze Schafe“ geben kann. Aber wir leben Gott sei Dank in einer Demokratie, und diesen kleinen Ausnahmen, wenn sie denn da sind, kann mensch doch schnell widersprechen. Hier ist ein Offenes Mikrofon! Fangt an, wir fürchten diese Kritik nicht! Anders scheint es aber bei denen zu sein, die immer noch mit dem Finger auf uns zeigen.

Ich selbst bin Rentner und habe mich auch schon oft zu Wort gemeldet: Über 120 Reden von mir sind im Internet nachzulesen. Wenn sie das täten, würden sie auch ganz klar erkennen, dass es uns nicht um eine bestimmte Partei geht, sondern um das Wohl aller unserer Mitmenschen. Dazu gehört auch, dass mensch Missstände anprangert. Wer dem aber gleichgültig gegenübersteht, nimmt diese Missstände entweder billigend in Kauf oder will sie nicht wahrhaben. Dann aber, liebe Leute, beschweret euch später nicht darüber! Unserer Regierung ist es natürlich recht, wenn keine Gegenwehr kommt und sie einfach so weitermachen kann, weil sie feststellt: Die Menschen haben sich damit abgefunden.

Udo Riedel (parteilos)

Wählen hilft nicht – und Beten erst recht nicht

Die *Message* dieses Clips ist deutlich, und wir haben es bei der letzen Bürgerschaftswahl erlebt: „Wir sind nicht sicher, in der Hand von sich selbst mästenden Politikern und Bankern.“ Daraus folgt die Konsequenz, dass Wählen nicht abhilft und Beten erst recht nicht. Unser Wahlsystem gestattet uns dennoch den ungültigen Stimmzettel als Proteststimme.

Das kann mensch am Wahlsonntag auf dem Weg zur Videothek oder zur Grillparty ruhig machen. Nehmen Sie die Politik in die eigenen Hände! Vertreten Sie sich selbst! Nicht allein: Schließen Sie sich zusammen zu unabhängigen Bürger(innen)initiativen und Vereinen, unabhängig von Parteien und deren anhängenden Verbänden! Schmeißen Sie Partei- und Kirchenfunktionäre, die Sie vor ihren eigenen Karren spannen wollen, achtkantig hinaus!

Glauben Sie keine Ideologie und keine Religion! „Wenn dir jemand auf die rechte Wange schlägt, dann halte ihm auch die linke Wange hin“, gehört ja wohl zum größten Quatsch, mit dem wir jemals eingelullt werden sollten. Wir haben ein Recht, uns zur Wehr zu setzen. Wenn mir jemand auf die rechte Wange schlägt, schlage ich mit legitimen Mitteln zurück, bevor mir auf die linke Wange geschlagen wird. Wehren Sie sich! Üben Sie zivilen Ungehorsam! Zeigen Sie Zivilcourage! Niemand von uns ist überflüssig!

Lassen Sie bei Ihnen in der Gemeinde nicht zu, was seit Jahren in Europa und global passiert: Dass unsere Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Sozialleistungssysteme, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung und weitere Infrastruktur marode gerechnet, verschachert, privatisiert oder liquidiert werden. Es sind unsere Schulen, Straßen, Universitäten und Krankenhäuser, unsere Arbeitsplätze und unser Geld. Wenn Ihnen von Politikern und Bankern erzählt wird, das könne von keinem bezahlt werden, dann antworten Sie: „Doch, von Ihnen!“

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“ und „Grundrechteforum“)*

Her mit dem Kanonenfutter aus dem abgehängten Prekariat!

1. Japan bewertet die **Atomkatastrophe** von Fukushima nun als ebenso gravierend wie das Reaktorunglück von Tschernobyl im Jahr 1986. Die Katastrophe wird auf der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse auf der höchsten Stufe 7 statt bislang 5 eingeordnet. Am letzten Wochenende erlebten wir die zweitgrößten Massenproteste gegen Atomkraft in der Geschichte unseres Landes.

Zu den Demonstrationen in Berlin, Bonn, Bremen, Dresden, Erfurt, Essen, Frankfurt am Main, Freiburg, Fürth, Göttingen, Güstrow, Hamburg, Hannover, Kiel, Landshut, Magdeburg, Mainz, Mannheim, München, Münster und Ulm hatten der „Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland“, die Anti-Atom-Organisation „Ausgestrahlt“, „Attac“, „Campact“, „Robin Wood“, „Contratom“, die „Naturfreunde Deutschland“ und die IG Metall aufgerufen. Über 160.000 Menschen in ganz Deutschland forderten unmissverständlich, dass am Ende des AKW-Moratoriums auch das sofortige Ende der Atomkraft ohne Wenn und Aber stehen müsse. Das Risiko der Atomenergie darf nicht noch um zehn, zwölf oder mehr Jahre verlängert werden! Die Bundesregierung muss endlich die Interessen der Bevölkerung vertreten, nicht länger jene der Stromkonzerne!

Hunderttausende lassen sich glücklicherweise nicht beruhigen und in haltlose Versprechungen einlullen, sondern setzen sich auch weiterhin für einen tatsächlichen Ausstieg aus der Atomkraft ein, obwohl die Bilder von Fukushima in den Medien immer weiter nach hinten rücken und offenbar der Belanglosigkeit Gesellschaft leisten sollen. Dabei zeigt Fukushima überdeutlich, wie unverantwortbar die Atomenergie ist! Dort ist gerade ein Tank für hochradioaktives Wasser am havarierten AKW undicht, und aus einem großen Behälter an den Reaktoren läuft nach Berichten der Betreiberfirma Tepco schwer verstrahltes Wasser in das unterirdische Tunnelsystem. Wenn das Leck nicht abgedichtet wird, laufen insgesamt wohl etwa 60 Tonnen in den Boden oder ins Meer.

Die Strahlenbelastung sei mit 70 Millisievert pro Stunde sehr hoch. Bereits zwei Arbeiterinnen sind wegen fehlenden Strahlenschutzes bei Büroarbeiten mit insgesamt drei Millisievert, dem Dreifachen der erlaubten Dosis, verstrahlt worden. Leider stand diese Meldung auch in der „Tageszeitung“ erst auf der fünften Seite. Außerdem fielen am Sonntag im bisher stabilen Reaktor 5 die Kühlpumpen aus. Obwohl die Reparaturtrupps auf Ersatzpumpen umschalteten, stieg die Temperatur bis Mittag (Ortszeit) auf 94 Grad und die der Abklingbecken auf 46 Grad.

2. Die (No-)Job-Center machen immer wieder Schlagzeilen mit ihrer „kundenfreundlichen“ Behandlung. Mit einem Vergleich wurde vor dem 11. Senat des Landessozialgerichts in Schweinfurt die Klage einer dreiköpfigen Familie gegen die Stadt beendet. Diese erkannte die Forderung der Familie auf **Nachzahlung** von Hartz-IV-Leistungen von rund 12.000 Euro nebst Zinsen, die über 2.000 Euro liegen dürften, von Oktober 2005 bis Ende Oktober 2006 vollständig an; nur für drei Monate stellte der Senat eine geringfügige Überzahlung fest. Dieser hohe Betrag war der Familie mit sachlich wie rechtlich unhaltbaren Begründungen zu Unrecht vorenthalten worden. Als der Kläger, der lange Jahre als Hausmeister in einem städtischen Unternehmen beschäftigt war, unverschuldet arbeitslos wurde, meldete er einen Lieferservice als Gewerbe an, der aber nicht lief, sodass er sein Geschäft nach wenigen Monaten einstellte und somit erneut arbeitslos wurde.

Im Herbst 2005 gründete seine Frau eine Getränkehandlung, die leider auch nicht genug zum Leben abwarf, sodass die Familie ab Oktober 2005 und im Folgejahr zusätzlich Hartz-IV-Leistungen beantragen musste. Die Stabsstelle der Stadt gewährte ab dem Jahr 2006 fast keine Leistungen mehr, was sie mit der ihr eigenen Logik begründete, dass der arbeitslose Ehemann im Getränkehandel der Gattin angestellt werden könne. Dafür wurde ein fiktives Einkommen zugrunde gelegt, von dem die Familie hätte leben können. Der Getränkehandel warf jedoch so wenig Geld ab, dass es auch dann, wenn nach der Privatlogik der Behörde der Gatte eingestellt worden wäre, noch immer nicht zum Familienunterhalt gereicht hätte. Sogar als die Familie in ihrer Not einen Anwalt einschaltete, reagierte die Stabstelle darauf trotz vielfacher Aufforderung, Mahnungen, Anrufe und persönlicher Vorsprache 15 Monate lang nicht: Sie erließ einfach keinen Bescheid.

Der Anwalt erhob Untätigkeitsklage gegen die Stadt Schweinfurt. Die nach knapp sechs Jahren nun hochrichterlich als falsch bewertete Rechtsauffassung der Stabsstelle, dass sie die Unterhaltszahlungen für die dreiköpfige Familie völlig einstellen dürfe, hatte damals dazu geführt, dass diese ihren Betrieb aufgeben musste, ihre Wohnung verlor und bei Bekannten unterschlüpfen musste. Wohl dem, der die Möglichkeit dazu hat! Ich vermute, dass die Familie auflaufen „musste“, um die von oben verordnete Sparvorlage auch und gerade gegen berechtigte Transferleistungsbezieher, durchzuziehen. Wer seine Rechte nicht kennt, keinen langen Atem hat, in Depressionen oder Angst versinkt, findet sich dann leicht auf der Straße wieder. Darum ist es so wichtig, dass niemand allein zum (No-)Job-

Center geht und sich zuvor Begleitung sucht, um Zeugen gegen ungerechte Behandlung zu haben!

3. Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, forderte eine Abschaffung des verlängerten Arbeitslosengeldes für ältere Erwerbslose. Dabei bezog er sich auch auf den angeblich drohenden Fachkräftemangel und behauptete, eine längere Lebensarbeitszeit bedinge, dass es keine „Anreize“ geben dürfe, früher aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Die vor vier Jahren auf 24 Monate erhöhte Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose müsse daher wieder zurückgenommen werden, wenn die Beschäftigungschancen Älterer stiegen. Gleichzeitig warnte Weise bei der „Neujustierung“ der **Arbeitsmarktförderung** vor Rotstiftaktionen zulasten der Erwerbslosen, da beabsichtigt werde, dezentral mehr Handlungsspielraum im Interesse der Arbeitslosen zu gewinnen und es keineswegs die Absicht sei, damit Geld zu sparen.

Aber woher denn auch, natürlich nicht! Auch bei den anderen Sparvorschlägen nicht, gegen die SPD und Gewerkschaften jetzt schon sehr glaubhaft protestieren. Es ist so widersinnig: Wenn der tolle „Aufschwung“ tatsächlich den Arbeitsmarkt leer fegte, wären ja auch ältere Arbeitslose wieder gefragt, und das verlängerte ALG I für Ältere würde sich von selbst erledigen. Aber es soll selbstverständlich gespart werden: Also keine teuren Deutschen erneut einstellen, sie lieber für ausgemustert erklären und zu Hilfsarbeitern ohne Facharbeiterbrief abwerten, und dann die allerbilligsten Leute aus dem Ausland einstellen. Wenn auch noch das Rentenalter auf 69 erhöht werden soll, obwohl sich die Stellensuche bereits ab 40 Jahren erschwert, hat das alles selbstverständlich rein gar nichts mit Sparversuchen zu tun!

4. Jetzt gibt endlich auch die Bundesregierung gegenüber der Linkspartei zu, dass, wer weniger als zehn Euro verdient, Gefahr läuft, im Alter zu verarmen. Davon könnten, nein: *werden* Millionen Deutsche – mit steigender Tendenz – betroffen sein, wenn dem neoliberalen Wahnsinn nicht endlich Einhalt geboten wird! Als Verarmung gilt hier allerdings erst, wenn der angeblich existenzsichernde Grundsicherungsbetrag von 684 Euro monatlich unterschritten wird. Dabei kann unter einem Einkommen von 1.200 Euro wohl kaum von einer Existenzsicherung mit gesellschaftlicher Teilhabe die Rede sein! „Um dies bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden über 45 Jahre versicherungspflichtiger Beschäftigung hinweg zu erreichen, wäre rechnerisch ein Stundenlohn von rund zehn Euro erforderlich.“

Diese Arbeitsleistung bekommen doch immer weniger Arbeitnehmer zusammen, weil sie entweder nur Teilzeit arbeiten oder gar keine Arbeit mehr haben! Allerdings sei die Möglichkeit einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge dabei nicht berücksichtigt. Witz, komm raus! Nach einer Studie ist damit beim gegenwärtigen Lohnniveau jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte von **Altersarmut** bedroht. Das stetige Wachstum des Niedriglohnsektors, sonst als „Jobmotor“ idealisiert und beju-

belt, trägt dafür in erster Linie die Verantwortung. Und was tut die Regierung jetzt ganz schnell, um die Armut von Millionen Menschen zu verhindern? Sie empfiehlt den Betroffenen privat vorzusorgen mit einer kapitalgedeckten Altersvorsorge! Selbstredend sparen die Dumpinglöhner von ihrem nicht existenzsichernden Lohn auch noch privat etwas für die Alterssicherung an.

5. Das Robert-Blum-Gymnasium in Schöneberg erklärte sich zur „Schule ohne Militär“. Deshalb dürfen Jugendoffiziere der **Bundeswehr** nicht mehr in den Unterricht eingeladen werden, was an vielen Schulen leider etwa im Rahmen des Politikunterrichts üblich ist. Am Robert-Blum-Gymnasium sind Werbung für Praktika oder Ausbildungsgänge bei der Bundeswehr künftig ebenso untersagt wie Veranstaltungen mit eigens geschulten Beratungsoffizieren. Der Bundeswehr passt das überhaupt nicht, weil sie doch eine Institution mit Verfassungsrang sei und die in ihr dienenden Soldaten auf die Verfassung vereidigt seien. Ja klar, die Bundeswehr hat seit Aussetzung der Wehrpflicht einen besonderen Bedarf an Freiwilligen. Wer geht denn „freiwillig“ zur Bundeswehr? Doch wohl nur, wer sich darüber eine Ausbildung, die er sonst nicht ergattern könnte, und berufliche Vorteile verspricht. Also her mit dem Kanonenfutter aus dem abgehängten Prekariat! Ich begrüße den Vorbildcharakter dieser Schule bei dem Beschluss, dass das „vermeintliche Lösen von Konflikten mit militärischer Gewalt unseren Erziehungsidealen widerspricht“.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Für eine Schule ohne Militär!

An das Robert-Blum-Gymnasium in Berlin-Schöneberg! Liebe Lehrer(innen) und Schüler(innen), wir vom „Bremer Friedensforum“ beglückwünschen Sie zu Ihrem mutigen Schritt! Wie wir erfahren, haben Sie fast einstimmig beschlossen, die Bundeswehr nicht in Ihren Klassenzimmern agitieren zu lassen. Diese Aussperrung findet unsere volle Zustimmung, und dafür danken wir Ihnen!

Andererseits sehen wir mit großer Besorgnis, dass massiv öffentlicher Druck auf Ihre Schule ausgeübt wird, um Sie doch noch umzustimmen. Diese Einschüchterungsversuche dienen offenbar auch dem Ziel, andere Berliner Schulen von vornherein abzuschrecken. Das „Bremer Friedensforum“ wünscht Ihnen sehr, dass Ihr Gymnasium diesem Druck dauerhaft standhalten kann! Die Initia-

tive Bremer Montagsdemo teilt diesen Wunsch und trägt unsere Solidaritätsbekundung mit.

Hier in Bremen ist die Bundeswehr mit Duldung des rot-grünen Senats ebenfalls aktiv. Einige unserer Schulen werden bereits militärisch indoktriniert, ohne dass dem seitens der Lehrerschaft nennenswerter Widerstand entgegengesetzt würde. Somit hat die Bundeswehr leichtes Spiel, das gesamte Bildungswesen zu militarisieren, und das reicht sogar bis in den universitären Bereich.

Wir versuchen, dem entgegenzuwirken und wollen unseren ganzen Einfluss geltend machen, die Streitkräfte von unseren Bildungseinrichtungen fernzuhalten. Auch wir wollen als positives politisches Signal eine „Schule ohne Militär"! Ihr Gymnasium ist unser bestes Beispiel! Daher unsere Ermutigung an Sie: Lassen Sie sich nicht unterkriegen! Wir stehen solidarisch auf Ihrer Seite! Mit herzlichen Grüßen.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

Sehr geehrter Herr von Hodenberg, als Lehrer des Robert-Blum-Gymnasiums möchte mich sehr herzlich für Ihren Glückwunsch bedanken. Wir bekommen viel Zustimmung, aber auch viele negative Rückmeldungen auf unseren Schritt. Ich sehe es wie Sie, dass mit weiterem Druck zu rechnen ist. Da können wir jede Unterstützung brauchen. Solche mutmachenden Glückwünsche wie Ihrer sind da sehr hilfreich.

Auf unserer Website gibt es weitere Informationen und Möglichkeiten für Kommentare. Zustimmung haben wir auch von unserem Kooperationspartner, der DGB-Jugend, bekommen. Inzwischen gab es eine Sendung zur Bundeswehr im ZDF-Info-Kanal, bei der es kurz auch um unsere Schule ging. Wenn Sie möchten, halte ich Sie gerne auf dem Laufenden. Mit freundlichen Grüßen aus Berlin an die Küste.

Antwort von Thomas Schmidt

Proletariat verheizt: Fremdpersonal übernimmt gefährliche Aufgaben und wird höherer Strahlung ausgesetzt als Festangestellte *(„Süddeutsche Zeitung")*

Baum gefällt: Bahn schafft Platz für Grundwasserrohre *(„Parkschützer")*

Jo-Jo-Klima: Sprechen wir statt von Jahres- bald von Wochenzeiten? *(„Bild")*

Russland stoppt Einfuhr von EU-Gemüse: Wird aus der Gurken- eine Wirtschaftskrise? *(„Stern")*

Prozesskostenhilfe bewilligt: Wohlfahrtsverband legt Musterklage für höhere Hartz-IV-Regelsätze vor *(„Berliner Kurier“)*

Wir bauen ein norddeutsches Aktionsbündnis auf

Den 40. Schwabenstreich begannen die Teilnehmer auf dem Vorplatz des Bremer Hauptbahnhof mit einer Rede von Fritz Mielert von den Stuttgarter „S21“-Gegnern, einem aktiven Mitglied der dortigen Parkschützer. Er erklärte in einer kurzen Ansprache die genaue Lage in Stuttgart. Um 18:59 Uhr wurde der traditionelle Schwabenstreich mit viel Lärm am Hauptbahnhof durchgeführt, unter den argwöhnischen Augen von Sicherheitsangestellten der Deutschen Bahn sowie von Beamten der Bundespolizei.

Auf dem Weg zum vierten „Widerstandsbaum“ der „Stuttgart-21“-Gegner, der im Gustav-Detjen-Park gepflanzt wurde und der auch den Umweltschützern von Chimki bei Moskau gewidmet ist (in Stuttgart sind bereits drei Bäume mutwillig durch Baumfrevel zerstört worden!), wurden die Teilnehmer von den Mitarbeitern der Bahn durch den Bahnhof bis zum Nordeingang begleitet. Der letztwöchige überraschende Schwabenstreich im Bremer Hauptbahnhof hat Wirkung gezeigt und liefert ein Signal für den Widerstand nicht nur gegen „Stuttgart 21“.

Am „Widerstandsbaum“ habe ich als Veranstaltungsleiter und Organisator des Bremer Schwabenstreiches in meiner Rede auch an die Adresse der „Stuttgart-21“- Gegner auf die Wichtigkeit der Vernetzung und Zusammenarbeit beim Aufbau eines norddeutschen Aktionsbündnisses hingewiesen. Sinn und Zweck dieses Nordbündnisses ist es nicht nur, die eigenen Mitglieder untereinander zu unterstützen und zu vernetzen, sondern es stellt auch den Gegenpart zum Aktionsbündnis der „Stuttgart-21“-Gegner dar. Auf dieses Bündnis können sich die Stuttgarter verlassen, genauso wie sich die Umweltschützer von Chimki bei Moskau auf den Schwabenstreich Bremen/Oldenburg verlassen können, von dem sie hier unterstützt werden. Meine Fahrten nach Hannover und Kiel dienen dem Ausbau dieses nördlichen Aktionsbündnisses.

Weiter sprach ich die Bürgerinitiative von „No Tav“ im Susatal in Norditalien bei Turin an, die seit 20 Jahren erfolgreich gegen den Bau der TGV-Strecke Turin-Lyon kämpft. Die Gruppe ist seit einer Woche in Alarmbereitschaft, um einen

Baubeginn zu verhindern, damit keine EU-Gelder mehr fließen. Die Frist hierfür verstreicht am 31. Mai 2011.

Für die **Schwabenstreiche** im **Juni 2011** sind folgende **Themen** geplant: Am **6.**: „**Fehmarn 21**“ – Keine feste Fehmarnbelt-Querung! – Am **13.**: Kein **Torfabbau** im Naturschutzgebiet Wiesmoor in Ostfriesland!“, eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Schwabenstreich Wilhelmshaven. – Am **20.**: „**Bahnlärm** in Bremen“ mit der gleichnamigen Bürgerinitiative. – Am **27.**: „Keine **Y-Trasse** durch die Lüneburger Heide!“

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Scheckübergabe zur Finanzierung des „Widerstandsbaums“

Limerick der Vorwoche

In jedem Amtsjahr hat Karoline Linnert
Ein weiteres Milliardenloch vollgespinnert.
An den Bremer Schulden ist sie aber gar nicht schuld.
Sie erwartet Hilfe für uns mit aller Geduld!
Wie länge währt es, dass sie damit gewinnert?

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

331. Bremer Montagsdemo am 06. 06. 2011

Warten Sie nicht aufs Armageddon!

Bei den Unruhen im afghanischen Talokan sollen nach einem UN-Bericht drei Demonstranten von Soldat(inn)en der Bundeswehr erschossen worden sein. Ich möchte davor warnen, hier voreilig den Stab über jene zu brechen, die ihre Schusswaffen abgefeuert haben. Das wäre meiner Ansicht nach zu einfach.

Ich versetze mich in die Situation dieser Soldat(inn)en und stelle mir vor, ich stünde vor einer mir feindlich gesinnten Menge von Leuten, von denen Molotow-Coctails und Handgranaten in meine Richtung geworfen werden – in der Absicht, mir Schaden zuzufügen oder mir gar das Leben zu nehmen. Mir fallen dabei die Bilder des toten amerikanischen Soldaten ein, dessen geschundener Leichnam in Somalia von einer wütenden Menge durch die Straßen geschliffen wurde.

Ich würde in solch einer Situation nicht so enden wollen. Ich würde mit meiner Frau zu Hause gemeinsam alt werden und meine Kinder aufwachsen sehen wollen. Ich würde wahrscheinlich schießen. Ein Mensch, der vor eine solche Situation gestellt ist, handelt nun einmal. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Polizistin, die im Jobcenter auf eine Frau geschossen hat, die dabei war, mit dem Messer auf einen anderen Polizisten einzustechen.

Vor solch lebensbedrohliche Situationen gestellt, fragt ein Mensch nicht mehr, welche sozioökonomischen oder psychischen Ursachen wohl dazu geführt haben. Es zählt der Augenblick, und mensch handelt. Ich würde es als falsch erachten, sich hinterher über jene moralisch zu entrüsten, sie hätten ja nicht dort hingehen müssen oder im Augenblick der bedrohlichen Situation um das eigene Leben das Gespräch suchen sollen.

Ich möchte darüber nachdenklich stimmen, inwiefern unsere eigene Passivität vor den sich immer mehr zu unseren Ungunsten verschärfenden Lebensumständen in einer aus den Ufern geratenden Welt dazu führt, Mitmenschen, die ei-

gentlich unserem Schutze dienen sollten, solchen Situationen auszusetzen. Wir lassen es zu, dass unsere Soldat(inn)en nicht ausschließlich der Landesverteidigung dienen, sondern in sinnlosen Hegemonialkriegen um Rohstoffe *verheizt* werden – oder dass die menschenverachtende Behandlung in den Jobcentern und die daraus hervorgehenden Existenznöte zu solchen Eskalationen führen. Wir müssen aus solchen bitteren Erfahrungen lernen, obgleich wir sie hätten verhindern können, und endlich handeln.

Hier nützt keine Flucht in ein Nischendasein, etwa das Ausweichen auf den Campingplatz wegen zu hoher Mieten! Hier sind Sie ganz persönlich und wir alle selbst gefordert, unsere Rechte auf ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen. Auch Sie, die Mitarbeiter(innen) der Jobcenter: Es liegt auch an Ihnen, solche Vorfälle zu verhindern. Zeigen Sie Zivilcourage, machen Sie nicht mehr mit! Nehmen wir uns ein Beispiel am Robert-Bluhm- Gymnasium in Berlin, das mit Unterstützung vieler Organisationen die Bundeswehr vor die Tür setzt. Schließen wir uns zusammen, denn es wird kein Jesus vorbeikommen, um Ihnen beizustehen. Das können nur reelle Menschen tun.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen
in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“ und „Grundrechteforum“)*

Auch zehn Euro mehr Regelsatz sind noch nicht verfassungsgemäß

1. Im zerstörten Atomkraftwerk Fukushima steigt die radioaktive Strahlung unablässig an. Im Reaktorgehäuse von Block 1 wurde jetzt eine Strahlenhöhe bis zu 4.000 Millisievert pro Stunde gemessen! Die hohe Strahlung wurde von einem Roboter in der südöstlichen Ecke des Gebäudes ermittelt, der auch den aus einer Öffnung im Boden austretenden Dampf filmte, der vermutlich aus einem Druckbehälter in der Nähe des zumindest teilweise geschmolzenen Reaktorkerns stammt. Nach den gemessenen Daten wären die Arbeiter innerhalb von nicht einmal fünf Minuten

der höchsten zulässigen Strahlendosis von 250 Millisievert pro Jahr ausgesetzt. Deswegen will Tepco in diesem Gebiet seine Leute nicht arbeiten lassen.

Wenn Tepco alles weiter wie gewohnt prüft, dürfen wir uns ganz entspannt zurücklehnen und voller Vertrauen auf das nächste Scheibchen Wahrheit hoffen, denn das kommt bestimmt irgendwann auch noch heraus! Um die Gefahren zu vertuschen, äh: überhaupt Menschen in den havarierten Unglücksreaktor schicken zu können, erhöhte die japanische Regierung den Grenzwert der maximal erlaubten Strahlenbelastung für Arbeiter in Kernkraftwerken im Zuge der Katastrophe von 100 auf 250 Millisievert pro Jahr. Inzwischen schwappen mehr als 100.000 Tonnen hochgradig radioaktiv verseuchten Wassers in der Atomruine. Die Tanks mit radioaktivem Wasser drohen – je nach der Regenmenge – spätestens am 20. Juni überzulaufen.

Obwohl uns der Super-GAU diesmal in Fukushima gerade zum zigsten Male miterleben lässt, dass auch die so genannte friedliche **Atomenergie** nicht kontrollierbar, also nicht zu verantworten ist, vertagt das schwarz-gelbe Gruselkabinett den Atomausstieg klammheimlich: Es schwafelt zwar davon, liefert jedoch eine Mogelpackung, wenn in den nächsten zehn Jahren kein weiteres Kraftwerk vom Netz gehen soll. Eine Weiterbetriebsgarantie bis 2021 birgt ein tödliches Risiko und genügend Zeit, damit sich die von der Bundesregierung in Wahrheit begünstigte Atomlobby in der langen Zwischenzeit ein juristisches Schlupfloch suchen kann, um auch weiterhin Strom aus Atomkraft herzustellen. Ich spreche der Regierung das Recht ab, uns weiterhin einer derart tödlichen Gefahr auszusetzen! Schließlich ist ein Ausstieg bis zum Jahr 2015 machbar, wenn jährlich zwei Reaktoren abgeschaltet werden. Wir werden auch weiterhin gegen Atomkraft auf die Straße gehen!

2. Laut Medienberichten stelle sich die Bundesregierung auf eine „Erhöhung“ des Hartz-IV-Satzes auf 374 Euro im Monat ab 2012 ein. Dies sind zwar sieben Euro „mehr“ als im Februar 2011 beschlossen wurde, doch bedenken wir die kompletten Streichungen des Bezuges für ALG-II-Bezieher beim Elterngeld, beim „Armutsgewöhnungszuschlag“, beim Wohngeld, bei den Beitragen für die Rentenversicherungen, dann wissen wir, wer hier veräppelt werden soll, weil den Ärmstem der Armen permanent das Geld gestrichen, aber von hinten durch die Brust ins Auge als „Erhöhung „verkauft wird! 374 Euro sind auch nur als trauriger Witz zu bezeichnen, der die Auflage des Bundesverfassungsgerichtes nicht erfüllt!

Weil mit dieser „Erhöhung“ die **Transferleistung** „höher“ stiege „als die Renten“, verlangt der „Sozialverband Deutschland“ höhere Renten. Nirgends wird aufgerechnet, wie viele Millionen bis dahin durch rechtswidrige Sanktionen eingespart wurden und permanent werden! Dafür steigen Lebensmittelpreise und Energiekosten unaufhörlich. Vielleicht wird die AOK im nächsten Jahr einen Zusatzbetrag fordern, dann bleibt sogar von dieser „großzügigen Pseudoerhöhung“ nicht mal mehr der berühmte Tropfen auf den heißen Stein übrig! Aber bei Otto und Ot-

tilie Normalverbraucher wird medienwirksam hängen bleiben, dass die Hartz-IV-Bezieher schon wieder mehr Geld fürs scheinbare Nichtstun bekommen.

3. Angeblich sollen mit der „**Bürgerarbeit**“ Menschen, die lange schon ohne Job sind, beschäftigt werden, doch stößt das Modellprojekt von 2010 bei den (No-)Job-Centern auf geringes Interesse. Bis Ende April waren erst 7.583 von rund 34.000 geplanten Plätzen bewilligt und 3.039 Hartz-IV-Bezieher als „Bürgerarbeiter“ tätig. Um die Marke von 34.000 Plätzen zu erreichen, müssten sich die Antragszahlen in den verbleibenden fünf Monaten also mehr als vervierfachen, was glücklicherweise sehr unwahrscheinlich ist, zumal das Genehmigungsverfahren hierfür extrem bürokratisch sei. „Bürgerarbeit“ bedeutet, dass Langzeitarbeitslose erst „aktiviert“, das heißt in reguläre Jobs vermittelt werden sollen. Erst wenn das nicht geklappt hat, erhält der Hartz-IV-Bezieher einen „Bürgerarbeitsplatz“ und wird von einem „Coach“ „betreut“. Diese Art der Ausbeutung ist auf drei Jahre befristet. Der Sklavenarbeiter bekommt für 30 Wochenstunden 900 Euro brutto, was etwa 781 Euro netto entspricht.

„Bürgerarbeit“ finde ich persönlich noch schlimmer als einen Ein-Euro-Job – auf dass diese Form der Ausbeutung weiter floppen möge! Alten Menschen vorzulesen oder sie im Rollstuhl spazieren zu fahren, hat noch niemanden auch nur ein bisschen weiter qualifiziert, gar einer Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt näher gebracht. Die ist eben nicht ausreichend vorhanden! Wenn diese Form der Ausbeutung wenigstens etwas bringen würde, also die Aufgaben dort den Qualifikationen der Teilnehmer entsprächen, sodass ALG-II-Bezieher bei Bewerbungen einen Nutzen erkennen können! Es geht bloß darum, dass für Sozialleistungen, egal zu welch asozialen Bedingungen, immer eine Gegenleistung erfolgen soll – in Verabschiedung des Sozialstaates! Während früher „Fordern und Fördern“ verlangt wurde, wird heute „Förderndes Fordern“ propagiert. Immer mehr Menschen werden ökonomisch „überflüssig“. Wie schon bei den Ein-Euro-Jobbern ist der Arbeitsvertrag nicht verhandelbar: Er unterliegt dem Sozialrecht, nicht dem Arbeitsrecht. Die „Bürgerarbeiter“ erhalten anstelle einer Vertretung durch den Personalrat ein repressives „Coaching“ und noch weniger Geld als die Ein-Euro-Jobber jetzt.

Für die Kommunen ist das Konzept sehr attraktiv, weil für sie die Übernahme der Kosten der Unterkunft entfällt. Mit welcher Berechtigung sollen Menschen für so wenig arbeiten müssen, wie es dem ALG II entspricht? Sie bekommen nicht mal eine Aufwandsentschädigung, geschweige denn ein anständiges Gehalt dafür! „Workfare“ gilt nicht als produktive Arbeit, weil es keine Lohnarbeit ist. Uns droht ein Rückschritt in eine Gesellschaft, wie wir sie vor über hundert Jahren abschaffen wollten. Die „Bürgerarbeit“ floppt auch, weil das Risiko der Aufstockung auf den normalen Tariflohn hoch ist, wodurch dann auch die Vermittlung stockt. Ich plädiere dafür, dass Regierungsmitglieder in der „Bürgerarbeit“ eingesetzt werden, denn sie kassieren absolut genügend Sozialleistungen von uns und sollten doch eigentlich als *Volksvertreter* fungieren – und nicht als *Volkszertreter*

bei den Großbaustellen, die in diesem Landen am Bürgerwillen vorbei durchgeprügelt werden!

4. Für Karlheinz Koch und seine Familie ist der Campingplatz zur einzigen Alternative geworden, wenn Wohnungen immer unbezahlbarer werden und Politiker ihre Arbeit als Volksvertreter für alle nicht machen. Weil er arbeitslos ist, kann sich die Familie keine normale **Wohnung** mehr leisten und hat sich mit dem Wohnwagen mit Vorzelt auf dem Campingplatz arrangiert. Wie in einem kleinen Dorf weiß hier jeder um die Belange der Nachbarn Bescheid. Der geneigte Leser mag widersprechen, dass der Campingplatz nicht die einzige Alternative sei, es gebe ja noch Brücken, Kanalisation und Pappkartons! Dem kann ich nur antworten, dass dies keine Alternativen sind, sondern Albträume und Katastrophen.

Das Landesgericht Düsseldorf gab der Klage einer Anwohnerin statt und verbietet damit die Errichtung eines Obdachlosenheims, weil die Bewohner in der Regel arbeitslose, sucht- oder psychisch kranke Männer seien. Die Klägerin, die ein Haus besitzt, befürchtet eine „Entwertung des Stadtteils“ durch die Bewohner des Obdachlosenheims. Der Geschäftsführer des „Diakoniewerks Duisburg“ ist „geschockt“ und sieht den Skandal, dass dieses Urteil Menschen, die in prekären Verhältnissen leben, das Recht auf Wohnen in einem normalen Umfeld verwehrt und die gesellschaftliche Eingliederung behindert. Das sehen die Richter offensichtlich anders, weil mangels ausreichender Rückzugsmöglichkeiten in den Räumen des geplanten Übergangheims damit zu rechnen sei, dass die dort untergebrachten Männer sich auch vor der Tür aufhalten würden. Ach Gottchen! Geht es etwa nach dem Motto: Deine Armut kotzt mich an? Dieses Urteil hat in meinen Augen Stammtischniveau und fördert Ausgrenzung statt Integration!

5. Zum Tag der Offenen Tür bei den Gebirgsjägern in Bad Reichenhall waren Kinder eingeladen, mit Gewehrattrappen auf eine Miniversion von Mitrovica zu zielen. Anlass war, so die Bundeswehr, die Heimkunft der Gebirgsjäger nach einem einjährigen „Auslandseinsatz im Kosovo und Afghanistan“. Gefeiert wurde die „glückliche Rückkehr inmitten der Bevölkerung“. Es marschierten auch die ersten freiwilligen Wehrdienstleistenden auf und legten ihr Gelöbnis ab. Dabei hat die **Bundeswehr** in Afghanistan gar nichts zu suchen, und mir tun die vielen sinnlos Gestorbenen auf allen Seiten leid! Nach dem Ende der Wehrpflicht muss die Bundeswehr bekanntlich sehr viel stärker werben, um ausreichend Rekruten einstellen zu können, die mit einem steuerfreien Wehrsold von 777,30 Euro bei freier Unterkunft und Verpflegung beginnen.

Mädels ans Maschinengewehr! Ich könnte kotzen und hoffe darauf, dass auch junge Menschen ihr Leben nicht „freiwillig“, um eine Ausbildung zu bekommen, bei der Bundeswehr in Gefahr bringen! Ich finde es auch grauenhaft, 17-jährige Kinder für den Soldatenberuf rekrutieren zu wollen. Ich habe meine Kinder für den Frieden erzogen. Wenn Kinder sich in der Kita hauen, treten, kneifen, beißen, dann ermuntere ich sie dazu, dem anderen doch zu erzählen, was sie wol-

len oder nicht wollen und gemeinsam zu überlegen, wie sie sich einigen können. Schließlich können sie ja sprechen und brauchen deswegen keine Gewalt anzuwenden! Von den Großen erwarte ich solche Fähigkeiten, eigene Interessen in eine konstruktive Konfliktbewältigung einzubringen, auch!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Bremer „Linken“-Chefin fordert mehr Bürgerbüros: Aber dort muss es dann auch Hartz-IV-Beistand und -Beratung geben *(„Tageszeitung“)*

„Beutel(l)gemeinschaft“: Mit Ablauf ihres Mandats haut Inga Nitz ab und auf den Sack *(„Tageszeitung“)*

Der „Atomausstieg“ ist ein Erfolg, aber kein Grund zur Entwarnung

Die Kanzlerin hat einen großen gesellschaftlichen Konsens für den „Atomausstieg“ präsentiert: Die bereits abgeschalteten AKWs werden nicht wieder hochgefahren, die restlichen neun Meiler stufenweise bis 2022 stillgelegt. Dazu hat die Regierung auch die Opposition „ins Boot geholt“ und hofft, endlich das schädliche Atom-Thema vom Tisch zu bekommen. Dieser „Atomausstieg“ ist nur zustande gekommen, weil Atomkraftgegner(innen) seit Jahrzehnten gegen die Atompolitik Widerstand leisten und weil seit Fukushima monatelang Hunderttausende auf die Straße gegangen sind, um diesem Wahnsinn ein Ende zu machen! Es ist unser Erfolg, dass die alten Schrottmeiler abgeschaltet bleiben und die Laufzeitverlängerung zurückgenommen werden musste! Es zeigt, dass die „da oben“ eben nicht einfach machen können, was sie wollen. Das ist ein Grund, zu feiern!

Das macht Mut, auch andere Seiten der volksfeindlichen Politik anzugreifen – wie Hartz IV, Altersarmut, Gesundheitspolitik, Auslandseinsätze der Bundeswehr und vieles mehr. Aber der „Atomsausstieg“ ist nicht nur ein Zugeständnis, sondern auch ein fauler Kompromiss. Wir müssen weiter am Ball bleiben, weil die „Energiewende“ von Regierung und Opposition eine Mogelpackung ist! Warum? Der von der Mehrheit der Bevölkerung geforderte sofortige Ausstieg wird noch zehn Jahre gestreckt. Warum sollen wir einen Tag länger dieses Risiko ertragen und zusätzlich tonnenweise Atommüll produzieren? Im Jahr 2001 versprach uns der rot-grüne Atomkonsens den Ausstieg bis 2020 und zerstörte mit falschen Hoff-

nungen die damalige Umweltbewegung. Solange nicht alle AKWs stillgelegt sind, gibt es keine Entwarnung!

Wer sagt uns denn, dass nicht in ein paar Jahren die nächste Regierung unter dem Druck der Energiekonzerne ein neues „Energieloch“ entdeckt und eine neue Laufzeitverlängerung durchdrücken will? Eine wirkliche Wende in der Energiepolitik würde bedeuten, mit voller Kraft die erneuerbaren Energien auszubauen und eine Kreislaufwirtschaft zu schaffen. Stattdessen werden aber die Kapazitäten der fossilen Verbrennung ausgebaut. Der Bau neuer Kohle- und Gaskraftwerke ist im Interesse der großen Energiekonzerne. Die Kohleverbrennung ist neben dem Verkehr die Hauptquelle für die bereits begonnene Klimakatastrophe. Wir wollen die Atomkatastrophe nicht durch eine weltweite Klimakatastrophe ersetzen! Ich glaube der Kanzlerin und der Atomlobby nichts. In Deutschland haben sie Kreide gefressen, um den Widerstand zu beruhigen und ihre Macht nicht zu gefährden.

Der G8-Gipfel am 26 und 27. Mai in der Nähe von Paris zeigte das wahre Gesicht der Herrschenden: Er endete mit einer Erklärung, dass jedes Land mit der Atomenergie machen kann, was es will, und dass der Betrieb der 439 Atomkraftwerke munter weitergehen kann. Teilweise – wie in Frankreich – soll die Atomenergie sogar noch stark ausgebaut werden. Das ist ein klarer Konfrontationskurs gegen die weltweit anwachsende Umweltbewegung! Für die Menschen wird immer deutlicher: Der Kapitalismus zerstört permanent die Natur und nimmt eine globale Klimakatastrophe in Kauf. Den Einklang von Mensch und Natur kann erst der echte Sozialismus herstellen, in dem nicht Profitmacherei, sondern die Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft im Mittelpunkt stehen werden.

Harald Braun

Weltweit ist eine Revolution nötig!

Vor Einführung von Hartz IV betrug die durchschnittliche Arbeitslosigkeit ein Jahr, seither ist sie auf 13 Monate gestiegen, so das „Institut für Arbeitsmarktforschung“. Die Arbeitslosigkeit ist offiziell unter drei Millionen gefallen, denn nicht mitgezählt werden alle, die in Ein-Euro-Jobs oder andere prekären Arbeitsverhältnissen stecken. Es gibt über eine Million Leiharbeiter! Fast kein einziger wirklich fester Arbeitsplatz ist entstanden. Selbst wo Leiharbeiter nominal den gleichen Stundenlohn wie Festeingestellte haben, zum Beispiel bei Daimler, Airbus oder Gestra, haben sie in Wirklichkeit viel weniger, nämlich kein Weihnachts- oder Ur-

laubsgeld und keine Schichtzulagen. So erhalten sie tatsächlich ein Viertel bis ein Drittel weniger an Lohn.

Als Schlimmstes ist das Arbeitsverhältnis völlig ungesichert: Der Chef muss nur beim Verleiher anrufen, und man braucht am nächsten Tag nicht wiederzukommen! Diese Rechtlosigkeit, ebenso wie das Rumschnüffeln in der Privatsphäre – ob da vielleicht eine zweite Zahnbürste steht, sprich: einer zur Kasse gebeten werden kann, um den mickrigen Hartz-Satz noch zu senken –, das ist mindestens ebenso empörend wie der viel zu niedrige Regelsatz von 364 Euro an sich. Die Konzerne nutzen die jetzige Phase nach der bisher tiefsten Weltwirtschaftskrise, um sich mit gesteigerter Arbeitshetze, Verlagerungen ins Ausland und weniger Personal Konkurrenzvorteile zu verschaffen.

Weltweit und europaweit ist die Krise nicht zu Ende. Weiterhin drohen sogar Staatsbankrotte. In Griechenland waren am Samstag über 100.000 Menschen in Athen gegen das Krisenprogramm auf der Straße. Die griechischen Arbeiter, Bauern und Studenten sollen bluten, damit die internationalen Banken wie die Deutsche Bank florieren, die von den Wucherzinsen profitieren und in deren Auftrag diese Staaten in die Neokolonialität gedrückt werden. „Bild“ orakelt von „bevorstehender Revolution“ in Griechenland und hat damit ausnahmsweise mal recht: Weltweit ist eine Revolution notwendig! Es muss ein Ende haben mit einem so kranken System, wie es der Kapitalismus inzwischen darstellt, worin alles und jedes dem Profitinteresse unterworfen ist und dafür die Zukunft von uns und unseren Kindern geopfert wird!

In Talkshows: wird den AKW-Gegnern vorgeworfen, sie führten eine „ideologische“ Debatte. Das stimmt, denn Ideologie heißt „Weltanschauung“, und um die geht es tatsächlich: Ob nämlich der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen oder das Geld der Reichen! Ob wir zusehen, wie unsere Welt mit ihren Lebensgrundlagen zerstört wird, oder ob wir sie unseren Kindern und Enkeln als lebenswert und schön übergeben. Die 160.000 AKW- Gegner vorletzten Samstag haben deutlich gemacht: Wir fordern Abschalten sofort, keine weiteren zehn Jahre „Restrisiko“! Wir haben schon viel erreicht, denn Merkel befindet sich in der Defensive.

Jetzt will sie stufenweise abschalten, aber den Ausstieg immer noch bis 2022 vertrödeln. Das machen wir nicht mit! Deswegen muss auch der Widerstand bleiben! Am **Samstag** ist **Start** der **Brokdorf-Blockade**, um **10 Uhr** fahren die Busse ab **ZOB**, vor dem Cinemaxx. Karten gibt es bei der Linkspartei und bei „Avanti“. Jetzt gilt also: Nicht zurücklehnen, sondern den Widerstand verschärfen! Auch bei den Großdemonstrationen in Barcelona und Madrid beteiligen sich Anti-AKW-Protestcamps. Überall ist die Jugend vorne dran.

In Fukushima gab es am 31. Mai 2011 eine weitere Explosion in Reaktor 4. Inzwischen wurde die dritte Kernschmelzen von Regierung und Tepco zugegeben. Es herrscht eine extreme Strahlung von vier Sievert pro Stunde, in vier Minuten wird die Jahresdosis von 250 Millisievert erreicht; bisher waren nur 100 erlaubt. Das Meerwasser ist total verseucht. Deutsche Atomkraftwerke sind nach

19 Jahren abgeschrieben, das jüngste ist 22. Dafür sollen wir laut Schäuble mit zwei Milliarden geradestehen! Die AKW-Betreiber haben in den letzten 20 Jahren über 200 Milliarden Euro bekommen. Enteignen sollte man sie! Atomkraftwerke sofort weltweit stilllegen und abschalten!

Wolfgang Lange (MLPD)

Zu **Pfingsten** findet **kein Montagsprotest** auf dem Bremer **Marktplatz** statt.

„Die Linke“ unterwirft sich dem Mainstream: Missliebige Positionen ins Reich des „Antisemitismus und Rechtsextremismus“ hinüberdefiniert *(„Junge Welt“)*

Neues Jobcenter-Chaos vorprogrammiert: Grüne erhalten Sozialressort, Bereich Arbeit bleibt bei SPD *(„Weser-Kurier“)*

Limerick der Vorwoche

Zwei fiese Bazillen vom Stamm Ehec
Kreuzten irgendwo sich hier im Dreckfleck.
Kein Salat und keine Gurke,
Keine Tomate war Schurke!
Ist endlich der Spuk vorbei, bleibt der Schreck.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

332. Bremer Montagsdemo am 20. 06. 2011

Es wird getan, als gäbe es in Israel weder Apartheid noch Militärgewalt

Der heilige Geist der Pfingstzeit kann es wohl kaum gewesen sein, der die Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke“ zu ihrem unsäglichen Maulkorberlass bewegt hat. Bei diesem Denk- und Handlungsverbot geht es nur noch um Disziplinierung und Unterordnung der Partei unter eine fragwürdige „Staatsräson“. Deswegen das Einschwören des „Parteivolks“ auf die offizielle Israel-Politik der Regierung Merkel. Dass der Beschluss bei sehr vielen Mitgliedern Empörung auslösen würde, war absehbar und ist mehr als berechtigt. Um den ganzen Unmut verstehen zu können, sei hier der haarsträubende Inhalt der Resolution vom 7. Juni 2011 noch einmal im Wortlaut wiedergegeben:

„Die Abgeordneten der Fraktion ‚Die Linke‘ werden auch in Zukunft gegen jede Form von Antisemitismus in der Gesellschaft vorgehen. Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute und niemals einen Platz. Die Fraktion ‚Die Linke‘ tritt daher entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und rechtsextremistische Handlungen auf. Die Mitglieder der Bundestagsfraktion erklären bei all unserer Meinungsvielfalt und unter Hervorhebung des Beschlusses des Parteivorstandes gegen Antisemitismus vom 21. Mai 2011: Wir werden uns weder an Initiativen zum Nahostkonflikt, die eine Ein-Staat-Lösung für Palästina und Israel fordern, noch an Boykottaufrufen gegen israelische Produkte noch an der diesjährigen Fahrt einer ‚Gaza-Flottille‘ beteiligen. Wir erwarten von unseren persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeitern, sich für diese Positionen einzusetzen.“

Keinerlei Erwähnung findet in der Erklärung die Tatsache, dass die israelische Regierung und viele sogenannte Siedler, die mit ihrer Duldung und militärischen Unterstützung palästinensisches Gebiet völkerrechtswidrig okkupieren – vorsichtig formuliert – extrem *rechts* ausgerichtet sind und sich ihren weltweit schlechten Ruf selbst zuzuschreiben haben. Mit Antisemitismus hat diese Feststellung nicht das Geringste zu tun. Mit solchen völlig unberechtigten Antisemitismusvorwürfen

werden auch erhebliche Teile der internationalen Friedensbewegung, einschließlich der israelischen, aufs Schwerste diffamiert.

Der Beschluss ist somit ein Musterbeispiel an Einseitigkeit und bewusster Ignoranz. Er zielt in der Tat auf die Freiheit des Andersdenkens sowie auf ein verantwortungsbewusstes Handeln von Mitgliedern der Partei „Die Linke“ in der der Nahostfrage. Kein Wort des Bedauerns findet sich im Übrigen auch gegenüber den Leiden der palästinensischen Bevölkerung unter dem israelischen Besatzungsregime. Dessen Handlungen werden negiert, und es wird so getan, als gäbe es keinen israelischen Rassismus, keine Apartheid und keine israelische Militärgewalt.

Was den viel erwähnten „Boykott israelischer Waren“ betrifft, so verschweigt der Beschluss bewusst, dass der Europäische Gerichtshof zollfreie Warenverkäufe von Siedlern aus den besetzten Gebieten in EU-Ländern für rechtswidrig erklärt hat und auch israelische Organisationen zum Boykott dieser Produkte aufrufen. Das wird in der Öffentlichkeit oft völlig ungerechtfertigt und denunziatorisch mit der Nazi-Parole „Kauft nicht bei Juden!“ in Zusammenhang gebracht – obwohl hinreichend bekannt sein dürfte und nicht extra betont werden muss, dass dumpfe faschistische Propagandasprüche noch nie in der Geschichte zu einer epochalen Weiterentwicklung des menschlichen Geistes beigetragen haben! Deshalb ist zu hinterfragen, was dieser unhistorische Vergleich eigentlich soll.

Partei und Fraktion der „Linken“ müssen bei einer objektiven Positionsbildung zum Nahen Osten berücksichtigen, dass es schon lange zur bundesdeutschen Praxis gehört, die Erinnerung und Aufarbeitung des deutschen Faschismus durch das Bekenntnis zum Staat Israel und eine entsprechende internationale Politik zu ersetzen. Wer regierungsfähig im Sinne der Herrschenden werden will, muss sich „zu Israel bekennen“. So weit, so ungut! Als Fazit sei hier folgende zutreffende Stellungsnahme von „Pax Christi“ zitiert: „Durch Anpassung an die Merkel’sche Staatsräson kann die Partei vielleicht Konflikten aus dem Wege gehen. Sie verliert aber an Glaubwürdigkeit, weil sie ihre eigenen Werte mit dem erbärmlichen Maulkorberlass untergräbt.“ So ist es, und dem ist wohl nichts mehr hinzuzufügen.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Da hilft nur Boykott: 14 von 18 Bremer Netto-Märkten bieten Gammelware an und ignorieren Ermahnungen der Lebensmittelbehörde *(„Tageszeitung“)*

Von wegen sozial: Den Bremer Grünen ist es wichtiger, die Zinsen der Banken zu sichern als das Existenzminimum der Erwerbslosen *(„Weser-Kurier“)*

Dramatisches Massensterben im Meer befürchtet: Der Kapitalismus funktioniert nur noch durch Ausplünderung und Ressourcenverschwendung *(„Die Welt“)*

Unsere Gesundheit ist nicht Eigentum der Konzerne!

1. Während sich die grüne Basis mit der grünen Spitze darüber streitet, ob ihre Partei den neuen „Atomkonsens“ mitträgt oder nicht, bereiten die Stromkonzerne selbst gegen diese Mogelpackung des schwarz-gelben Gruselkabinetts beim langatmigen Ausstieg aus der **Atomenergie** in erst elf Jahren bereits Verfassungsklagen gegen die Bundesregierung vor, um das Atomgesetz zu kippen und anschließend milliardenschwere Schadensersatzforderungen stellen zu können. Nach einem für den Düsseldorfer Eon-Konzern verfassten Gutachten verstoße der von der Bundesregierung geplante Ausstieg klar gegen die Verfassung, da den Konzernen im Jahr 2000 Reststrommengen für Atomkraftwerke zugestanden worden seien, die nun zu ihrem „Eigentum“ deklariert werden, das durch das Eigentumsrecht des Grundgesetzes geschützt sei.

Ich fasse es nicht: Da haben die Konzerne doch tatsächlich die Stirn, nach den Atomkatastrophen in Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima zu behaupten, dass der Staat mit dem geplanten Ausstiegsgesetz massiv in dieses Eigentumsrecht eingreife, ohne bislang „stringente Gründe“ dafür zu liefern! Was sind schon die Kollateralschäden, die so ein Super-GAU alle paar Jährchen Millionen von Menschen, Tieren und der Umwelt antut, sodass die Erde immer unbewohnbarer wird? Ich war wohl etwas blauäugig in meiner Annahme, dass Eigentum auch verpflichtet und das Grundgesetz für alle Bürger geschrieben worden ist und nicht (nur), um die Profitgier der Unternehmer zu befrieden!

Ist das sich beständig wiederholende Drama von Atomkatastrophen, die nicht beherrschbar und darum nicht zu verantworten sind – wie jüngst beim Versuch zu sehen, kontaminiertes Wasser aus dem Reaktor 1 des AKW Fukushima zu säubern, was wegen scheinbar unerwartet hoher Strahlungswerte gescheitert ist –, etwa kein stichhaltiger Grund dafür, sofort und nicht erst in über einem Jahrzehnt aus dieser infernalischen Technologie ganz auszusteigen? Unerträglich finde ich auch die Euphemisierung in der Berichterstattung, wo jetzt allen Ernstes nachzulesen ist, dass als Ursache womöglich eine Strahlenbelastung, die „höher als erwartet“ war, in Frage kommen könne. Hallo, wie niedrig sollte denn die Strahlenbelastung bei erst nach Wochen des Leugnens zugegebener mehrfacher Kernschmelze sein? Durch Beschönigen wird sie einfach nicht weniger und taucht an immer mehr Orten unleugbar auf! Wie „beruhigend“, wenn der Tepco-Vertreter den Ursachen dafür nachgehen will. Schließlich ist die Betreiberfirma für unbedingte Ehrlichkeit und Kompetenz bekannt!

2. Auch in deutschen Atomkraftwerken werden von Tausenden Leiharbeitern etliche als „Strahlenproletariat“ bei äußerst gefährlichen Tätigkeiten verheizt, äh: eingesetzt. Dabei erhalten sie unter empörenderweise legalen Maßstäben bei Weitem den größten Anteil der Strahlung. 2009 bekamen Fremdbeschäftigte 88,3 Prozent der Strahlendosen ab, Stammbeschäftigte hingegen „nur“ 11,7 Prozent, wobei die Strahlenbelastung für Fremdpersonal pro Person im Durchschnitt fast doppelt so hoch ist wie die für Eigenpersonal. Der Anteil der Verstrahlung stieg bei den Fremdbeschäftigten seit 1980 kontinuierlich an, woraus sich bei mir die Frage ableitet, ob etwa mit der beständig wachsenden Masse von Erwerbslosen nicht erst seit den Hartz-Gesetzen immer menschenverachtender umgegangen wurde. Seit 30 Jahren sind unglaublich viele Strahlenpässe im Umlauf, deren Zahl jedoch schwankt und 1992 mit bis zu 85.000 Beschäftigten ihren traurig-beschämenden Höhepunkt erreichte.

Laut Bundesregierung arbeitete das Fremdpersonal in deutschen Atomkraftwerken meist „international“. Sie kann oder will aber keine Auskunft über die genaue Anzahl der „internationalen“ Beschäftigten unter den Fremdbeschäftigten geben. Da die Strahlenpässe, welche die Verstrahlung eines Beschäftigten über die erlaubte Dosis verhindern sollen, europaweit nicht vereinheitlicht sind, können die Arbeiter in deutschen Atomkraftwerken leicht sowohl die deutschen als auch die internationalen Strahlenhöchstdosen überschreiten und dem Missbrauch durch ihre Arbeitgeber ausgesetzt sein. **Leiharbeiter** bekommen also nicht nur weniger Gehalt und Zusatzvergütungen, haben auch nicht die gleichen Rechte, sondern müssen sogar um ein Vielfaches mehr ihre Gesundheit riskieren! Es muss doch der Strahlenschutzverordnung eklatant widersprechen, wenn die Bundesregierung nicht sicherstellen kann, dass niemand einer Strahlung über den empfohlenen Maximalwert hinaus ausgesetzt werden!

3. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ wirft der Bundesagentur für Arbeit vor, den **Datenschutz** von Transferbeziehern völlig außer Kraft zu setzen und so den „gläsernen Erwerbslosen“ zu kreieren. Grund dafür sind die elektronischen Akten, die seit einer Woche in Sachsen-Anhalt und Thüringen eingeführt wurden. Die eingehenden Briefe sollen von der Deutschen Post AG geöffnet und digitalisiert und an die zuständigen Arbeitsagenturen und Familienkassen weitergeleitet werden. Nur weil die Bundesagentur für Arbeit langfristig die Verwaltung „schlanker“ gestalten und Kosten einsparen will, sollen Erwerbslose sich dem Missbrauch aussetzen lassen und bisher keine Chance haben, diesem Verfahren zu widersprechen! Wie war das noch mit dem Briefgeheimnis? Es muss auch für Arbeitslose gelten! Das „Erwerbslosenforum“ stellt einen entsprechenden Musterwiderspruch zur Verfügung.

4. Eigentlich sollten Kinder aus finanziell armen Familien mithilfe des „Bildungspaketes“ unterstützt werden. Bisher ist wenig an Informationen zu den betroffenen Eltern durchgedrungen. Dass es hundert Euro jährlich, also 8,33 Euro mo-

natlich, für den **Schulbedarf** sowie einen Zuschuss zum warmen Mittagessen in Schule oder Hort gibt und dass Nachhilfe finanziert würde, wenn die Versetzung gefährdet ist, wissen die wenigsten. Andererseits ist es natürlich absolut lächerlich, mit zehn Euro monatlich dafür sorgen zu wollen, dass die Kinder von erwerbslosen oder aufstockenden Eltern nicht in der Freizeit ausgegrenzt sind und in Sportvereinen mitmachen und kulturelle Angebote nutzen können. Wenn die Familien Unterstützungsanträge stellen, müssen sie sich „outen“ und damit diskriminieren lassen. Ich finde es gut, dass bereits erste Klagen gegen die Verletzung des Datenschutzes laufen, der unter diesen herabwürdigenden Bedingungen keineswegs gewahrt wird! Es wäre weitaus vernünftiger, den Eltern das Geld für ihre Kinder selbst in die Hände zu geben und nicht pauschal die Bezieher von Transferleistungen zu verdächtigen und als das Geld für die eigenen Kinder Verrauchende und Versaufende zu verunglimpfen.

5. Auch vier Wochen, nachdem in einem (No-)Job-Center in Frankfurt eine Arbeitslose von einer Polizistin erschossen wurde, kann die Behörde natürlich bei sich selbst keinerlei Versäumnisse erkennen. Weil Hartz-IV-Bezieher immer „aggressiver“ und damit „unberechenbarer“ würden, sollen die Mitarbeiter der Behörde „besser geschult“ werden. Ich lehne **Gewaltanwendung** ab, möchte aber die Frage in den Raum stellen, wer nicht „unberechenbar“ würde, wenn ihm die Existenz unter den Füßen weggezogen wird! Wie oft logen die (No)-Job-Center schon mit der Behauptung, dass der so nötig fehlende Betrag angeblich schon bezahlt worden sei? Da sind mir schon Geschichten von Betroffenen erzählt worden, die es gar nicht geben dürfte! Aber es steht natürlich außer Frage, dass Hartz-IV-Bezieher schikaniert, äh: gut behandelt werden. Ich finde es gut und richtig, dass am vergangenen Samstag in Frankfurt eine Demo in Gedenken an Christy Schwundeck im (No-)Job-Center veranstaltet wurde.

6. Das Ergebnis eines Bonner Ökonomen und eines Düsseldorfer Soziologen verwundert nicht: Ungerechte Löhne sind schlecht für das Herz. Menschen, die ihre Bezahlung als unfair empfänden, gerieten schnell unter **Stress** und litten infolgedessen eher unter Herzkrankheiten, Bluthochdruck und Depressionen. Mithilfe eines Experiments wurde untersucht, wie sich das Gefühl von Ungerechtigkeit auf die Gesundheit auswirkt. Dazu wurden 80 Studenten in zweiköpfige Teams aus „Chef und Arbeiter“ aufgeteilt. Die Arbeiter bekamen Blätter mit Nullen und Einsen. Während die „Chefs“ sich entspannten, mussten die „Arbeiter“ 25 Minuten lang Nullen zählen. Je mehr Zahlen die „Arbeiter“ addierten, desto mehr Geld erwirtschaftete das Team. Danach teilten die „Chefs“ den Gewinn nach eigenem Gutdünken sehr ungerecht auf. Die erlebte Ungerechtigkeit versetzte die „Arbeiter“ in Stress, den die Wissenschaftler anhand der Herzfrequenz messen konnten: Je stärker die Bezahlung von der Summe abwich, die die Arbeiter als angemessenen Lohn ansahen, desto weniger variierte ihre Herzfrequenz. Wenn das

Gefühl von Ungerechtigkeit die Varianz der Herzfrequenz auf Dauer beeinflusst, kann sich das negativ auf die Gesundheit auswirken.

7. *Lovely* Zensursula macht wieder von sich reden als Super-Nanny für die Arbeitslosen und hat dabei besonders Alleinerziehende, Ältere und Jüngere im Visier. Nachdem Wolfgang Schäuble einen harten Sparkurs verordnet hat, strich von der Leyen der Bundesagentur für Arbeit folgsam einen Milliardenbetrag. Ihr besonderes Anliegen sei es nun, den Unternehmen die „dringend benötigten Fachkräfte" zu besorgen, wofür nächste Woche im Kabinett ein Konzept zur Fachkräftesicherung beschlossen werden soll. Sie lobt sich und ihr Vorhaben überschwänglich: Es gebe weniger Arbeitslose, und sie benötigten deutlich weniger ALG II, denn der erste **Arbeitsmarkt** sei „aufnahmefähig wie ein Schwamm". Mit ihrer Aussage, dass es jetzt nicht mehr darum gehe, Menschen für viel Geld in künstlichen Warteschleifen zu parken, hat sie sich selbst – und worum es vorher gegangen ist – verraten: nämlich Menschen an besagten Orten sinnlos zu parken. Lachhaft ist auch die Behauptung, dass sich das Bildungspaket „entfalte". Oder meint sie, dass mensch nun reingucken und sehen könne, dass es hinten und vorne und an allen Ecken total unzureichend ist?

Wenn die Zeitarbeit „soziale Leitplanken" bekommen habe, so kann sie damit eigentlich nur *Leid*planken meinen, bei all den Negativschlagzeilen über das Leid der Zeitarbeiter! Dass Deutschland bei der „Senkung" der Arbeitslosenzahl international „Klassenprimus" sei, hat etwas mit der Fähigkeit, geradezu einer ganz besonderen Kunst der Deutschen zu tun, immer mehr Gruppen von Erwerbslosen einfach nicht mehr mitzuzählen. Selbst das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" bestätigt, dass es „massive Drehtüreffekte" bei der „großen Leistung" der Arbeitsvermittlung gibt. Ihre Sparmaßnahmen erklärt von der Leyen damit, dass künstliche Beschäftigungsformen nicht sinnvoll seien, wenn es gleichzeitig eine Million offene Stellen auf dem echten Arbeitsmarkt gebe. Wo das denn? Ach so, sie setzt mal wieder ihre rosarote Brille auf, unter der dann prekäre Jobs den Eindruck von vernünftigen Arbeitsplätzen erwecken, von denen es sich normal leben lässt, ohne Aufstockung und ohne Verfolgungsbetreuung! Nein, wir müssen ganz bestimmt nicht attraktivere Rahmenbedingungen für den Zuzug von Akademikern schaffen, sondern damit aufhören, den *erwerbslosen* Akademikern ihre Ausbildung einfach abzuerkennen und sie zu Hilfsarbeitern zu degradieren, damit an ihrer Stelle wesentlich schlechter bezahlte ausländische Mitarbeiter diese Jobs bekommen und den Unternehmern die ungebremste Profitmaximierung erleichtern bis garantieren können!

8. In einigen Foren ist immer wieder nachzulesen, wie zu viele (No-)Job-Center bei der „Betreuung" von Erwerbslosen und ihren Kindern in meinen Augen geradezu eine Art Machtmissbrauch betreiben, indem sie sich anmaßen, in schulischen Bereichen, für die sie überhaupt keinerlei Kompetenz besitzen, „pädagogisch" entscheiden zu dürfen! Da spielen sich Mitarbeiter besagter Ämter als Er-

satzerzieher auf, die unter Sanktionsandrohung Einsicht in Schulzeugnisse einfordern, um über die schulische Laufbahn der Jugendlichen zu entscheiden, obwohl ihnen das nicht zusteht, weil sie nur eine Bescheinigung verlangen dürfen, auf der die voraussichtliche Dauer des Schulbesuches zu ersehen ist. Mit dem bescheidenen „Bildungspaket“ sind für derlei Gebaren Tür und Tor weit geöffnet, ja aufgerissen worden: Da lehnten die „Sonder-Pädagogen“ des (No-)Job-Centers Tischenreuth einen Antrag auf Lernförderung für eine 13-Jährige ab, obwohl sogar der Rektor der Schule eine Bestätigung über die Notwendigkeit von **Nachhilfe** für die betreffende Schülerin ausgestellt hatte!

Trotz einer 5 in Mathe und viermal der Note 4 erdreistete sich das (No-)Job-Center mit aller Selbstherrlichkeit der „pädagogischen“ Entscheidung, dass keine Versetzungsgefährdung bestehe. „Wer, wenn nicht die betreffenden Lehrer, kann entscheiden, ob eine Versetzungsgefährdung besteht oder nicht? Etwa die selbsternannten ‚Pädagogen‘ der (No-)Job-Center, die ohnehin schon mit dem gesamten Gesetzeswerk einschließlich der unzähligen Anweisungen der Bundesagentur hoffnungslos überfordert sind?“ fragt Werner Schulten, Sprecher der „Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV“ und im Parteivorstandes der „Linken“ zuständig für Sozialpolitik. Die Bundesagentur für Arbeit hat die ohnehin Eltern entmündigenden Neuregelungen eigenmächtig umgeschrieben. Die Hartz-Gesetze werden ebenso wie das herzallerliebste „Bildungs- und Teilhabepaket“ dazu missbraucht, eine Behördenwillkür zu entfachen, die ihresgleichen schon einmal in Deutschland gefunden hat!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Am **Samstag**, dem **23. Juli 2011**, gibt es in zahlreichen Städten einen bundesweiten dezentralen **Aktionstag** der **Kampagne für 10 Euro lohnsteuerfreien Mindestlohn und mindestens 500 Euro Eckregelsatz**.

Opfermentalität schafft Opferrealität

Elisabeth: Ich möchte in meinen Beiträgen keine Begriffe wie „Transferleistungs*empfänger*“ oder „ALG-II-*Empfänger*“ benutzen. Ich finde, dass diese Begriffsverwendung etwas Diskriminierendes hat. Ich empfange ja mein Gehalt auch nicht, sondern ich *beziehe* es! Also gibt es meiner Meinung nach nur „*Bezieher*“.

Gerolf: Es ist richtig, gelegentlich die Verwendung zentraler Begriffe zu hinterfragen. Dieser hier ist von Luthers Bibelübersetzung geprägt. Das Herkunftswörterbuch nennt als Bedeutung „das einfache Hinnehmen einer Wohltat“; in „empfangen“ steckt daher auf jeden Fall etwas Demütiges drin, so wie deutlich in „Jesu Empfängnis“. Auch Marias „Gefreunde“, die „wohl betagte“ biblische Elisabeth, die angeblich unfruchtbar war, hatte Grund, für die Erfüllung ihres Kinderwun-

sches dankbar zu sein. Bisher habe ich den Begriff „Hartz-IV-Empfänger“ verteidigt, weil er das Demütige der Almosenannahme unterstreicht. Mensch darf aber nicht immer nur ironisch und zynisch sprechen, bis irgendwann die falschen Begriffe etabliert sind.

Inzwischen sind wir etwas weiter. ALG II ist von der Höhe her zwar immer noch ein Almosen, aber wir sind per Gesetz aufgewertet worden zu „Leistungsberechtigten“. Dennoch war mir etwas unwohl dabei, vom „Beziehen“ dieser Leistung zu sprechen, weil ich da etwas Unverschämtes, einen Anklang an „abziehen“ und „Abzocke“ herausgehört habe. Beim „Ziehen“ hole ich mir aktiv etwas heran; beim „Fangen“ ergreife ich nur, was ohnehin angeflogen kommt. Ich wollte auch nicht mit Worten den Unterschied zwischen Arbeitsentgelt und Sozialleistung verwischen. Den Anspruch auf dein Geld hast du dir schließlich tagtäglich tatkräftig erarbeitet. Deshalb darfst du selbstbewusst sagen: Ich „beziehe“ mein Gehalt. Aber auch das berechtigte Beziehen einer Sozialleistung muss selbstbewusst vertreten werden. Das Wort „Transferberechtigte“ schließt sogar Menschen ein, die demütig darauf verzichten, wohingegen „Subventionsempfänger“ weder demütig noch dankbar sind.

Frank: Was die „armen bedürftigen abgehängten Empfänger“ betrifft, möchte ich mich diesen Ausführungen anschließen, weil ich in fünf Jahren Beistand erfahren habe, dass Opfermentalität erheblich dazu beiträgt, Opferrealität zu schaffen. „Empfängnis“ ist auch ein „fortpflanzungstechnisch“–medizinischer Terminus. Die Empfängnis des Messias wird im Alten Testament durch den Propheten Jesaja vorausgesagt. Im hebräischen Urtext kündigt der Prophet lediglich an: „Das junge Weib (almah) wird schwanger werden und einen Sohn gebären“. Ein ganz normaler Vorgang also, auch bei den zu erwartenden Thronfolgern israelischer Stämme jener Zeit. Der Verfasser des Matthäusevangeliums kannte wahrscheinlich nur einen ins Griechische übersetzten Text der hebräischen Urfassung mit dem schillernden Wort „parthenos“, das sowohl „Jungfrau “ wie auch „Mädchen“, „junge Frau“ bedeuten kann. Aus nicht kanonisierten Evangelien (nach Thomas, Judas, Maria Magdalena et cetera) geht hervor, dass Jesus bis zu acht Geschwister hatte.

Aus Sicht des Erhaltens von Leistungen hat man allgemein in „gutbürgerlichen“ Kreisen immer von „Rentenbezug“, nicht von „Rentenempfang“, gesprochen und gesagt: „Ich beziehe ein Gehalt“ statt: „Ich empfange ein Gehalt“. Jedoch bedeutet „Gehaltsempfänger“ zu sein wohl eher: „Ich unterstehe, bin unten“, während mein Chef ja kein „Gehaltsempfänger“ ist. Der „Sozialhilfeempfänger“ war aus allgemeingesellschaftlicher Sicht wohl als „ganz unten“ stehend zu betrachten. Diese Tradition ist mit „Hartz-IV-Empfänger“ fortgesetzt worden. Diesen Begriff habe ich immer gemieden und stattdessen „Betroffene“, „Bezieher des ALG II“ oder „Leistungsberechtigte“ gesagt. Der Begriff „Leistungsberechtigte“ tauchte in der juristischen Literatur lange vor seiner jetzigen gesetzlichen Festlegung auf. Den Begriff „Hilfesuchende“ habe ich auch immer gemieden.

Es ist schwer, hier eine passende Begrifflichkeit zu finden, weil man damit in jedem Fall die beabsichtigte Abgrenzung und Ausschließung beziehungsweise Ausgrenzung betreibt. „Menschen, die von ALG II leben müssen“, ließe sich vielleicht sagen, aber Abgrenzung sollte vermieden werden. Irgendein weltwirtschaftliches Institut soll errechnet haben, dass 65 Prozent der heute noch existierenden Arbeitsplätze bis zum Jahr 2030 verschwunden sein werden. Die bisherige globale Strategie gegen „Arbeitslosigkeit“ sieht so aus, dass die überflüssige Bevölkerung abgehängt wird. Ich halte es daher für gefährlich, Abgrenzungs- oder Ausgrenzungsbegrifflichkeiten zu verwenden. Deshalb ist es gut, wenn wir uns Gedanken machen und auch Austausch betreiben. Aber die Krux ist meines Erachtens das untertänige Opferdenken bei den Leuten.

E-Mail-Diskussion zwischen Elisabeth Graf,
Gerolf D. Brettschneider und Frank Kleinschmidt

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen
in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe
stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“ und „Grundrechteforum“)*

Jobcenter gibt Widerspruch gegen Regelsatz statt, zahlt aber nicht

Ich hatte bereits zu diesem Thema berichtet. Leider ist trotz der Stattgabe meines Widerspruchs weder eine Zahlung zum 1. Juni 2011 erfolgt, noch wurde für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Mai nachgezahlt. Es geht um die monatlichen Beträge von 180 Euro je Kind für die Bereiche Erziehung, Betreuung und Bildung, die ergänzend in die Kinderregelsätze einfließen müssen, um der Gleich-

behandlung aller Kinder in Deutschland zu entsprechen. Zwischenzeitlich wurde mir die Übernahme des Mandats durch einen bekannten Oldenburger Fachanwalt für Sozialrecht zugesagt, sobald Beratungs- oder Prozesskostenhilfe genehmigt wird. Bereits am 1. Juni war ich deshalb beim Amtsgericht Oldenburg und holte mir dort die erforderlichen Anträge für meine Ehefrau und unsere Kinder. Noch am gleichen Tag übermittelte ich dem Gericht per Fax den Antrag mit sämtlichen erforderlichen Unterlagen. Hier war für Hartz-IV-Bezieher nur der gültige SGB-II-Bescheid gefordert.

Der Antrag ist auch angekommen, denn am 10. Juni erhielt meine Frau ein Schreiben eines Rechtspflegers des Amtsgerichts mit weiteren Forderungen, die mir unverständlich sind, da sie nicht mit den ursprünglichen Anforderungen für Beratungs- oder Prozesskostenhilfe in Einklang stehen. Meine Frau soll zusätzlich folgende Unterlagen vorlegen, da unser Antrag sonst nicht entschieden werden könne: Original-Antrag, Belege sämtlicher Einkünfte und zu berücksichtigender Belastungen, Mietvertrag, Nachweis über die Höhe der Heizungskosten sowie Belege über die Bezahlung von Miete und Heizungskosten, zum Beispiel Kontoauszüge mit den entsprechenden Abbuchungen. Der Zahlungsnachweis sei erforderlich, weil der Mietzuschuss zur freien Verfügung gewährt wurde. Da bereits ein für uns positiver Widerspruchsbescheid vorliege, bleibe nur noch der gerichtliche Weg. Dafür sei Beratungshilfe jedoch nicht möglich.

Das Ganze ist mir unverständlich, weil es im Erklärungsbogen für den Antrag auf Beratungs- oder Prozesskostenhilfe heißt, für SGB-II-Betroffene reiche der aktuelle ALG-II-Bescheid aus. Außerdem ging aus dem Antrag bereits hervor, dass entweder Beratungs- oder Prozesskostenhilfe in Anspruch genommen werden soll, je nachdem, was erforderlich wird. Hielte unser Anwalt eine Eilklage für notwendig, wären schon etliche Tage verstrichen, nur weil anscheinend die Hinweisblätter des Amtsgerichts nicht auf dem laufenden Stand sind. Oder soll von vornherein versucht werden, nach Stattgabe meines Widerspruchs meinen Kindern weiterhin Steine in den Weg zu legen und eine Klage zu verhindern? Dies wird aber nicht gelingen, denn ich habe zwischenzeitlich dem Amtsgericht alle Unterlagen vollständig zur Verfügung gestellt und werde Anträge, die sogar zu Protokoll gegeben werden können, ohne einen Anwalt nicht stellen. Da würde sich der Hund ja selbst in den Schwanz beißen!

Ein Mitstreiter fragte mich, ob es möglich wäre, dass sich das Jobcenter hier einfach ein bisschen dumm stellt und so tut, als ob die Fünf-Euro-„Erhöhung“ bereits die Stattgabe meiner Forderung nach verfassungsgemäßem Regelsatz sei, denn natürlich handeln Bundesregierung und Jobcenter aus eigener Sicht stets völlig verfassungsgemäß, die fünf Euro seien es also auch. Meine Forderung sei damit erfüllt, und eine darüber hinausgehende Nachzahlung brauche nicht zu er-

folgen. Aber das kann ich mir eigentlich so nicht vorstellen, denn der Bescheid, gegen den ich Widerspruch einlegte, enthielt ja schon die neuen Regelsätze. Auch habe ich direkt gegen die Leistungen für Erziehung, Betreuung und Bildung Widerspruch erhoben. Inzwischen kamen weitere Schreiben, aber dem Antrag auf Beratungshilfe beim Amtsgericht wurde immer noch nicht stattgegeben.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Weltweit wächst der Widerstand gegen die Atompolitik

Selbst der faule Kompromiss der Merkel-Regierung zum „Atomausstieg“ geht den großen Energiekonzernen zu weit. Sie wollen das Gesetz vor dem Verfassungsgericht anfechten und zweistellige Milliardenbeträge als „Entschädigung“ erstreiten. Sie berufen sich auf das Eigentumsrecht im Grundgesetz und behaupten, dass ihnen der „Besitz“ von Reststrommengen aus dem „Atomausstiegsgesetz“ von SPD und Grünen im Jahr 2000 zusteht. Ihre dreiste Ankündigung beweist zweierlei: Erstens, dass Profitgier keine Schamgrenze kennt, und zweitens, welchen Charakter das Grundgesetz hat. Bei allen bürgerlich-demokratischen Zugeständnissen ist und bleibt der Schutz des kapitalistischen Eigentums sein eigentlicher Kern. Es legitimiert damit die Diktatur der größten Kapitaleigner über die ganze Gesellschaft. Es gibt ihnen das „Recht“, sich über den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung hinwegzusetzen sowie die Gesundheit und das Leben von Millionen Menschen aufs Spiel zu setzen. Dass sie damit durchkommen, ist nicht sicher. Auch das Verfassungsgericht musste zuletzt immer wieder Zugeständnisse an soziale und demokratische Proteste machen.

Die internationale Widerstandsfront gegen die Umweltverbrecher hat in den letzten Monaten wichtige Fortschritte gemacht. In Japan hat sich drei Monate nach der Atomkatastrophe die Stimmung der Bevölkerung geändert: Glaubten viele Menschen anfangs noch den Lügen von Tepco und Regierung, wenden sie sich jetzt gegen die Atompolitik. Nach offiziellen Umfragen sind mittlerweile 82 Prozent für den Atomausstieg. Am 11. Juni 2011 waren in rund 100 Städten Zehntausende auf der Straße mit Parolen wie „Nie wieder Fukushima“ und „Nein zur Kernenergie“. Gegenwärtig werden in ganz Japan Großdemonstrationen für den Hiroshima-Tag am 6. August vorbereitet. Es erweist sich, dass die radioaktive Verseuchung viel schlimmer ist als bisher eingestanden. In Tokio musste die Stadt-

verwaltung zusagen, ab sofort an 100 Stellen der Hauptstadt Messungen durchzuführen und zu veröffentlichen. 34.000 Kinder in der Umgebung der Atomruine sollen Geigerzähler erhalten, um ihre eigene Verstrahlung zu messen. Was für ein Wahnsinn! Sie müssen endlich weiträumig evakuiert werden – in einem Umkreis von 100 Kilometer, wie es AKW-Gegner und kritische Atomwissenschafter seit Wochen fordern.

In Italien haben 95 Prozent in einem Referendum gegen die Errichtung von Atomkraftwerken gestimmt. Das ist ein schwerer Schlag für Berlusconi und die internationale Atomwirtschaft. In den USA, wo derzeit ein AKW vom Hochwasser des Missouri umspült wird, wächst die Forderung nach Stilllegung eines Kernkraftwerks am Hudson River, das seit fast 40 Jahren am Netz ist und an einer Erdspalte liegt, an der Erdbeben bis zur Stärke 7 auftreten können – und nicht bis zur Stärke 3, wie beim Bau frech behauptet wurde. „Macht es den Deutschen nach!“, war auf einem Plakat bei der letzten Protestaktion zu lesen. Die Menschen schauen auf die hiesige Umweltbewegung! Unser Widerstand gegen die Atompolitik hat die Regierung in eine politische Defensive gebracht. Ausgerechnet die Parteispitze der Grünen will der Merkel-Regierung nun zur Seite stehen. Ihnen ist der Konsens mit den anderen Parteien und die Option auf eine spätere Regierungsbeteiligung wichtiger als der Willen der Bevölkerung. Wer aus Machtkalkül elf Jahre Restrisiko und zusätzlichen Atommüll in Kauf nimmt, hat in der Anti-Atom-Bewegung nichts mehr zu suchen! Wir werden weiterhin Widerstand leisten und an unserem Ziel festhalten: Alle AKWs stilllegen, sofort und weltweit!

Harald Braun

Alles erreichen mit Strategie, Taktik und eigener Führung

In Libyen wurden „versehentlich“ mehrere Zivilisten erschossen, so steht es diesen Montag in der Zeitung. Der Nato-Krieg hilft nicht der Bevölkerung, ihren Diktator zu verjagen! Vielmehr wollen die USA, Frankreich und auch Deutschland einen neuen Machthaber, der noch besser ihre Herrschaft über Land und Volk garantiert. In Syrien kämpfen Zehntausende auf den Straßen, es gibt viele Tote. Soldaten, die sich weigern zu schießen, werden selbst erschossen – aber der Funke der revolutionären Gärung lässt sich nicht austreten. Auch in Marokko und im Jemen demonstrieren Zehntausende.

China und Russland setzen auf alte Regimes. Das Volk kann sich nur selbst befreien – mit weltweiter Solidarität! In Griechenland und Spanien geht der Kampf gegen Abwälzung der Krisenlasten weiter. Hauptprofiteur des Rettungspakets sind die Großbanken. In ihrem Auftrag handelt Merkel, damit so viel aus den Massen gepresst wird, dass die Kreditraten bezahlt werden. Die griechische Regierung steht vor Sturz, aber es reicht nicht, eine Regierung zu stürzen. Es ist eine Strategiedebatte über die Notwendigkeit einer internationalen sozialistischen Revolution entbrannt!

Das sieht man auch in Deutschland: Die Energiekonzerne wollen gegen die Bundesrepublik klagen, denn selbst der faule Kompromiss zum „Atomausstieg" geht ihnen zu weit. Sie fordern zweistellige Milliardenbeträge als Entschädigung. Möglich wird so eine Klage durch unser Grundgesetz: Dessen vornehmste Aufgabe ist es, das kapitalistische Eigentum zu schützen und somit die Ausbeutungsverhältnisse zu sichern. Deswegen gilt auch hier: Grundlegend ändert sich erst etwas, wenn die Arbeiter und Volksmassen selbst an der Macht sind! Dann wird endlich produziert, wie das die Menschen wollen, in Einklang mit der Natur.

Ob die Stromverbrecher mit ihrer Klage durchkommen, ist längst nicht sicher, denn der Widerstand auf der Straße kann viel erreichen. Dass jetzt neun Meiler dauerhaft vom Netz bleiben, ist ein großer Sieg der Anti-Atomkraft-Bewegung! Kein Gericht, keine „höhere Einsicht" Frau Merkels hat das erreicht. Die Herrschenden haben große Angst davor, dass die Arbeiter und Volksmassen in solchen Kämpfen begreifen, dass sie alles erreichen können, wenn sie die richtige Strategie und Taktik und ihre eigene Führung haben.

Letzten Samstag gab es eine Blockade in Brokdorf. In Stuttgart wird wieder an „S21" gebaut; es wird jetzt aktiver Widerstand dagegen geleistet! In Fukushima steigen die Strahlenwerte weiter, immer größere Mengen radioaktiv verseuchten Wassers gelangen ins Meer. Inzwischen sind 82 Prozent der Japaner für den Atomausstieg. Am 11. Juni 2011, drei Monate nach der Katastrophe, gingen in mehreren Städten jeweils 10- bis 15.000 Menschen auf der Straße. Für den 6. August, den Hiroshima-Gedenktag, sind Großdemonstrationen geplant.

Wolfgang Lange (MLPD)

Limerick der Vorwoche

In Griechenland, wo Steuerzahlers Euro verschwand,
Brodelt seit Monaten ein wachsender Volksaufstand.
Frisches Rettungsgeld, kaum ist es aufgebracht,
Wird nur Banken und Spekulanten vermacht.
Griechen, behaltet, was wertvoll ist, in eurer Hand!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

333. Bremer Montagsdemo am 27. 06. 2011

Die Grünen verraten alles, wofür sie gewählt wurden

1. Während in Deutschland die Grünen einknicken und den Zeitplan der schwarz-gelben Bundesregierung für einen Atomausstieg bis 2022 mittragen wollen, aber gleichzeitig davon träumen, dennoch Begleitgesetze zur Energiewende ablehnen zu können, gab es am havarierten AKW Fukushima eine neue Panne, als eine zur Beobachtung eingesetzte Drohne außer Kontrolle geriet und auf dem Dach von Reaktor 2 notlanden musste. Seit Monaten kämpfen die Arbeiter des Stromkonzerns Tepco unermüdlich und unter starker Gefährdung ihrer Gesundheit, ja ihres Lebens auf dem AKW-Gelände von Fukushima gegen das nukleare Desaster an – wie Don Quichotte gegen die Windmühlen.

Der Super-GAU in Japan wird durch Ereignisse wie die Finanzkrise in Griechenland, eventuelle Steuererleichterungen für die Besserverdienenden und die Fußballweltmeisterschaft der Frauen in den Hintergrund geschoben. Die Gegner des Atomausstiegs nutzen dies und sprechen von einem „großen Schwindel mit der Solarenergie“: Sie behaupten, die Sonnenenergie sei teuer und ineffektiv. Das können sie nur deswegen versuchen, weil die Atomwirtschaft keinerlei Risiken und Pannen bezahlen muss: Dies wird vom Steuerzahler erwartet. Wenn das Ja der Grünen als „Sieg der Vernunft“ beklatscht wird, obwohl jeder einzelne Tag einer längeren Laufzeit ein unkalkulierbares und darum unverantwortliches Risiko beinhaltet, dann zeigt sich mir, wie sich eine ehemalige Umweltpartei hier gegen die Ziele stellt, für die sie *gestern* noch auf die Straße gegangen ist. Toll, wieder eine Volkspartei mehr, die sich vor lauter Kompromissbereitschaft so sehr verbiegt, dass sie nicht mehr zu erkennen ist!

2. Nach einer Studie von Dresdener und Leipziger Forschern sind die an Hartz-IV-Bezieher gestellten Anforderungen der Jobcenter oftmals realitätsuntauglich bis gesundheitsgefährdend. Erwerbslose würden oft dazu angehalten, endlos Bewerbungen zu schreiben, sich ausschließlich auf Arbeitssuche zu konzentrie-

ren, für jeden möglichen Job alle gewünschten Zugeständnisse zu machen und dabei auch noch Optimismus auszustrahlen. Wer im Zuge der Verfolgungsbetreuung die vorgegebenen Bemühungen nicht einhält, wird sang- und klanglos sanktioniert. So viele falsche Anforderungen können einfach nicht gesund sein und nur eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Hartz-IV-Bezieher müssen ihrem Sachbearbeiter auch dann eine möglichst hohe Zahl an Bewerbungen vorlegen, wenn die Erfolgschancen als sehr gering einzuschätzen sind. Nach Ansicht der Wissenschaftler werden die kontinuierlichen Negativerlebnisse als emotionale Demütigung erlebt, was die gesundheitlichen Voraussetzungen für die Aufnahme einer Arbeitstätigkeit quasi ruiniere. Wenn ein erheblicher Anteil der Vermittelten innerhalb eines Jahres erneut arbeitslos wird trägt auch dies nicht zu einer erfolgreichen Bewältigung der Arbeitslosigkeit bei.

3. Menschen, die im Kanton Zürich Sozialhilfe beziehen, sollen keine Fahrzeuge besitzen, mieten, kaufen oder Dritten überlassen dürfen. Mit dieser Gesetzesänderung soll der „Missbrauch“ von Sozialhilfegeldern eingedämmt werden. Nur in Ausnahmefällen, etwa aus gesundheitlichen Gründen oder wenn die betreffenden Sozialhilfebezieher das Auto brauchen, um ein Einkommen zu erzielen, soll die **Fahrzeughaltung** noch erlaubt sein. Damit könne die soziale Unterstützung gesenkt werden. Aha, von da weht der Wind! Man höre und staune: Sozialhilfebezieher belasten mit einem Auto ganz unnötig die Umwelt, und weltweit kämen die Menschen ohne Auto aus. Belastet ein fahrendes Auto die Umwelt also nicht, wenn jemand hinter dem Steuer sitzt, der eine Arbeit hat? Überall wird an einer Ausgrenzung und an der Personifizierung des Schwarzen Peters als Transferleistungsbezieher gebastelt. Mit welcher Berechtigung „müssen“ Einzelne eigentlich dafür bestraft und verachtet werden, dass es – als gesellschaftliches Problem! – nicht genug Arbeit für alle gibt?

4. Wenn überall in Deutschland prekäre Jobs aus dem Boden schießen dürfen, weil die Politiker ihre Arbeit nicht machen und es noch immer keinen flächendeckenden Mindestlohn gibt, der diesen Namen verdient, dann liegt es doch auf der Hand, dass hier eine **Altersarmut** ungeahnten Ausmaßes produziert wird. Die Bundesrepublik verfügt nicht mehr über eine wirklich leistungsstarke „erste Säule“ in der Alterssicherung. Geringverdiener haben kaum etwas von der Riester-Rente oder betrieblichen Lösungen, denn diese begünstigten vor allem Beschäftigte mit mittleren oder höheren Einkommen. Während Rentner in Deutschland im Jahr 2008 im Schnitt aus dem Pflichtsystem 42 Prozent ihres vorherigen Arbeitsentgelts erhielten, bildet in vielen anderen europäischen Nachbarländern eine gesetzliche Rente die Basis der Alterssicherung. Sonderregelungen für Geringverdiener gibt es hierzulande nicht mehr, weil sie der Profitmaximierung der Unternehmer zum Opfer fielen. In anderen europäischen Ländern bekommen frühere Geringverdiener im Ruhestand in aller Regel einen höheren Anteil ihres ehemaligen Arbeitsentgeltes ausgezahlt. Besonders auffällig ist das in Großbritannien,

wo vormalige Niedrigverdiener 53,8 Prozent des früheren Verdienstes beziehen, Gutverdiener hingegen nur 22,6 Prozent. In den Niederlanden bekommen Geringverdiener aus der Pflicht-Alterssicherung 93 Prozent ihres früheren Arbeitsentgeltes, Bezieher höherer Verdienste erhalten 86,5 Prozent.

5. Wegen des angeblichen Fachkräftemangels erleichtert die Bundesregierung der Wirtschaft die Anwerbung von ausländischen Ärzten und Ingenieuren ohne vorherigen Nachweis, dass im Inland kein geeigneter Bewerber zu finden wäre. *Lovely* Zensursula von der Leyen behauptet zum ich-weiß-nicht-wievielten Male, dass der Arbeitsmarkt für Maschinen- und Fahrzeugbauingenieure, Elektroingenieure und Ärzte wie leergefegt sei. So soll nun das Mindesteinkommen für Einwanderer von bisher 66.000 auf 40.000 Euro jährlich gesenkt werden, um für sich und ihre Familien ein Daueraufenthaltsrecht zu bekommen. Von der Leyen behauptet dennoch, die Qualifizierung inländischer Arbeitskräfte habe Vorrang vor der Anwerbung ausländischer Fachkräfte. Meinte sie tatsächlich, was sie verlautbaren lässt, dann würden die vorhandenen Fähigkeiten und Qualifikationen vieler Erwerbsloser nicht einfach nach einer bestimmten Zeit aberkannt, sondern diese in Lohn und Brot gesetzt! Doch befinden sich viele Erwerbslose jenseits des „Verfallsdatums“ von 35 Jahren und wären somit viel teurer als junge Akademiker aus dem Ausland.

Perspektivisch wäre es natürlich kostenneutral, wenn die Ausbildung für Jungakademiker in Deutschland eingespart werden könnte. Wenn jetzt das Mindesteinkommen für Einwanderer gesenkt werden soll, dann scheint dies ein weiterer Versuch von **Lohndumping** im höheren Einkommensbereich zu sein, denn hier ist die Rede vom Anderthalbfachen eines durchschnittlichen Bruttoverdienstes und nicht vom Durchschnittsverdienst in diesen Berufsgruppen. So kann dies auch zum „Argument“ gegen jetzige Job-Inhaber gemacht werden, nun hätten sich die Zeiten geändert, und fortan sei das gekürzte Gehalt Realität. Von unseren zahnlos schnurrenden Gewerkschaftstigern auf den Schößen der Unternehmer ist kein Aufschrei als Widerstand zu erwarten. Wann immer vom „Fachkräftemangel“ die Rede ist, soll dies die Bewerbungen arbeitsloser Akademiker in diesen Bereichen Lügen strafen, sie bemühten sich entweder nicht oder wollten nicht arbeiten, wenn sie trotzdem noch immer keinen Arbeitsplatz hätten.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Von wegen sozial: Den Bremer Grünen ist es wichtiger, die Zinsen der Banken zu sichern als das Existenzminimum der Erwerbslosen *(„Weser-Kurier“)*

Grüner Ex-Verkehrssenator zockt ab: Für einen Tag „Arbeit“ erhöht sich sein Pensionsanspruch um 900 Euro monatlich *(„Bild“-Zeitung)*

Griechenland wird ausgeplündert: Da hilft nur Revolution *(„Rote Fahne News“)*

Die Grünen sind umgefallen – die Anti-AKW-Bewegung macht weiter!

Der Sonderparteitag von „Bündnis 90/Die Grünen“ hat letztes Wochenende mit Zweidrittelmehrheit dem Atomkurs der Bundesregierung zugestimmt. Frau Merkel bekommt jetzt ein grünes Gütesiegel für einen „Atomausstieg“, der keiner ist. Der Bundestag wird am kommenden Donnerstag ein Gesetz beschließen, dass neun Atomkraftwerke noch elf Jahre weiterlaufen dürfen. Die Grünen sagen Ja zum Atomkurs! Sie sagen Ja zum Weiterbetrieb der mit Fukushima bauartgleichen Siedewasser-Reaktoren in Brokdorf bis 2019 und in Gundremmingen bis 2021. Sie sagen Ja zu einer Kaltreserve, die jederzeit wieder ans Netz gehen kann. Sie sagen Ja zur zusätzlichen Produktion von 25.650 Tonnen hochradioaktivem Atommüll bis 2022. Sie sagen Ja zu einem Spielraum von elf Jahren, in dem künftige Regierungen diesen faulen „Atomausstieg“ wieder rückgängig machen können. Sie sagen Ja zu einem viel zu langsamen Ausbau erneuerbarer Energien!

Die Grünen hatten sich als radikale Atomaussteiger präsentiert und damit viele Wähler geködert. Aufgrund des massiven Widerstands gegen die Atompolitik stand die Bundesregierung mit dem Rücken an der Wand. Sie konnte es sich nicht leisten, am Gesetz für die Laufzeitverlängerung vom Herbst 2010 festzuhalten. Mit einem Nein der Grünen zu dem faulen Kompromiss eines halbherzigen Ausstiegs hätten sie die Kanzlerin noch mehr in Bedrängnis gebracht und der Anti-AKW-Bewegung weiter Auftrieb gegeben. Jetzt fallen die Grünen der Anti-Atom-Bewegung in den Rücken und reichen CDU, FDP und SPD die Hand zur Versöhnung. Ihr Motiv ist reines Machtkalkül – die Spitze der Grünen spekuliert auf eine künftige Regierungsbeteiligung! Das Umfallen der Grünen ist aber nichts Neues: Bereits im Jahr 2000 verabschiedeten sie sich aus der Protestbewegung. Im damaligen „Atomkonsens“ hatte die Schröder/Fischer-Regierung den Energiekonzernen eine Laufzeit bis 2020 geschenkt. Die Grünen haben sich schon längst von einer ökologischen Protestpartei in eine kapitalismuskonforme und staatstragende Partei verwandelt!

Das Ja der Grünen zum Atomkurs dient der Klärung, wie die Fronten verlaufen. Cem Özdemir, der Parteivorsitzende der Grünen, hat der Umweltbewegung geraten, die Anti-AKW-Anstecker einzumotten. Aber diesen Gefallen werden wir ihm nicht tun! Verschiedene Umweltverbände haben heute ihre Distanzierung und Kritik am Kurs der Grünen zum Ausdruck gebracht. Der Vorsitzende des BUND, Hubert Weiger, kritisierte gegenüber der Presse die Beschlüsse des Sonderparteitags scharf: Sie seien „nicht nachvollziehbar“ und hätten „erhebliche

Empörung und Enttäuschung“ ausgelöst. Die Grünen hätten nun ein „Glaubwürdigkeitsproblem“. „Greenpeace“ appellierte gestern an alle Parteien, dem Antrag der Regierung nicht zuzustimmen. Die Anti-AKW-Plattform „Ausgestrahlt“ verurteilt den Beschluss als Legitimation für den „Weiterbetrieb mit mehr Atommüll un mehr Atomrisiko“, sie nehme dem Protest „Schwung und Hebel“. Ob er dem Widerstand den Schwung nimmt, wird sich zeigen! Der Hebel für aktiven Widerstand sind die Grünen nicht. Aber die Tausenden Anhänger und Mitglieder müssen sich jetzt entscheiden: Resignieren und unterordnen unter die Regierungspolitik oder weiter für die sofortige Stilllegung aller AKWs weltweit eintreten? Für uns ist sicher: Wir kämpfen weiter! Der Montag bleibt Widerstandstag, und wir freuen uns über neue Mitstreiter(innen)!

Harald Braun

Wofür das „Bildungspaket“ gut ist: Wer sich nicht diskriminieren lassen will, kann verhetzt werden *(„Bild“-Zeitung)*

Antrag auf Warmwasserzuschlag stellen: Seit Jahresbeginn gibt es acht Euro monatlich zum Betrieb elektrischer Durchlauferhitzer *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“ und „Grundrechteforum“)*

Am **Samstag**, dem **23. Juli 2011**, gibt es in zahlreichen Städten einen bundesweiten dezentralen **Aktionstag** der **Kampagne für 10 Euro lohnsteuerfreien Mindestlohn und mindestens 500 Euro Eckregelsatz**. Auch die **Montagsdemo** am **25. Juli 2011** steht unter diesem Thema.

Deutsche und russische Umweltschützer für den Wald von Chimki

Nachdem Umweltschützer aus Frankreich am 20. Juni 2011 in Paris für den Wald von Chimki auf die Straße gegangen waren, demonstrierten drei Tage später auch in Berlin vor der russischen Botschaft Umweltschützer gegen dessen Zerstörung. Die Aktivisten nutzten Plakate, die bereits auf der Aktion in Paris eingesetzt wurden, fügten aber noch eine deutsche Beschriftung zu. Organisatoren des Protests am Reichstag waren der deutsche Journalist Bernhard Clasen, der russi-

sche Aktivist für den Wald von Chimki, Jaroslaw Nikitenko, und ich als Stuttgarter Parkschützer.

Die Polizei führte vor der russischen Botschaft mit uns Gespräche. Auch für die Kinder waren die Plakate, bemalt von Angehörigen vieler Länder, sehr interessant. Viele Passanten haben unsere Erklärung unterschrieben. An der Aktion beteiligten sich 20 Personen: Umweltschützer, Anarchisten, Antifaschisten, Linke. 31 Unterschriften konnten gesammelt werden. Die Unterzeichnenden forderten die französische Firma Vinci auf, aus dem Projekt der Mautautobahn von Moskau nach Sankt Petersburg auszusteigen. Die russische Regierung wurde aufgefordert, den Übergriffen gegen Aktivisten ein Ende zu setzen und eine andere Trassenführung zu wählen.

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Keine feste Fehmarnbelt-Querung: Bürgerbewegungen gegen milliardenschwere Verkehrsprojekte müssen vernetzt werden *(„Radio Utopie“)*

Provokateur durchgeknallt: Informationsindustrie und Polizeipressestelle lügen um die Wette *(„Radio Utopie“)*

„Das ist einer Demokratie unwürdig“: Ärztekammer klagt gegen Verwandlung Athens in eine Gashölle durch die Prügelpolizei *(„Stern“)*

Limerick der Vorwoche

Fünfhundert Menschen flüchten vor den Tränengasschwaden
Am Syntagma-Platz furchtsam in einen U-Bahn-Schacht.
Granaten sorgen drinnen für eine Höllennacht.
Die Presse empört sich über den „Millionenschaden“
An der Banken und Luxushotels Marmorfassaden.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

334. Bremer Montagsdemo am 04. 07. 2011

Strahlenzähler für Kinder – keine Atemschutzmaske für Minenarbeiter

1. Das darf ja wohl nicht wahr sein: In Fukushima ziehen Jugendliche im Auftrag ihres Lehrers als Strahlenmesser los und setzen sich damit selbst einer erheblichen Gefahr aus! In meinen Augen ist das falsch verstandene Partizipation, die sich zum Schaden der Schüler auswirken kann und damit kontraproduktiv wirkt. Auf ihrem Schulgelände wiesen die Schüler dabei teilweise höhere Strahlenwerte nach und widerlegten damit die offiziellen Werte. Ich kann es durchaus nachvollziehen, dass sich die Schüler lieber auf sich selbst verlassen wollen als auf ihre Regierung, die ihrer Fürsorgepflicht für ihre Bürger offensichtlich nicht nachkommt, indem sie verharmlost, die tatsächliche Strahlenbelastung nicht nennt und stattdessen auch noch die Strahlengrenzwerte für Kinder erhöht hat, als ob sie dadurch besser verträglich würde.

Die maximale Strahlendosis, denen Kinder in japanischen Schulen und Kindergärten ausgesetzt sein dürfen, liegt momentan bei 20 Millisievert im Jahr, was in Deutschland als jährliche Höchstdosis für einen erwachsenen Atomkraftwerksmitarbeiter gilt. Es hört sich fast wie ein trauriger Witz an, wenn der Lehrer diese Idee, die Schüler als „Strahlenexperten“ loszuschicken, damit verteidigt, dass sie auf diese Weise „angemessen reagieren“ und Orte melden könnten, an denen die Strahlenbelastung sehr hoch sei. Moment mal: Sie müssen doch im verstrahlten Japan bleiben! An welchen „unverstrahlten“ Ort sollten sie fliehen können? Eben deswegen dürfte es im September allen 4- bis 15-jährigen Einwohnern Fukushimas weiterhelfen, wenn sie mit Strahlenzählern ausgestattet werden.

2. Auch nach einer Anfragen der Grünen und der „Linken“ verweigert die Regierung genaue Angaben darüber, woher Deutschland das Uran für die Atomkraftwerke bezieht und wie viel des Nuklearbrennstoffes aus Lieferländern wie Niger oder Kasachstan stammt. Die Regierung hält genauere Informationen über die Herkunft für überflüssig, auch wenn einer der wichtigsten Lieferanten – Frank-

reich – möglicherweise nur Zwischenhändler für **Atombrennstoff** aus Niger ist. Expertenschätzungen zufolge bezieht unser Nachbarland ein Viertel seines Urans aus Niger, dessen Kolonialmacht Frankreich früher war.

Dort gründete es noch vor der Unabhängigkeit seiner Kolonie die erste Minengesellschaft. Seitdem schürft der Atomkonzern Areva in Afrika. Ob Niger deswegen trotz seines großen Uranvorkommens nicht reich geworden ist, sondern im Gegenteil zu den ärmsten Ländern der Welt zählt? In Niger werden die verheerenden Auswirkungen des Uranabbaus besonders deutlich, weil notwendige Sicherheitsmaßnahmen, zum Beispiel Atemschutzmasken für Minenarbeiter, jahrzehntelang missachtet worden sind und radioaktiver Abraum unter freiem Himmel gelagert wird.

3. Seit dem ersten Juli nehmen Bundesfreiwilligendienstler ihre Arbeit auf, um den schmerzhaften Wegfall des Zivildienstes zumindest teilweise zu kompensieren. Von allen Seiten wird beklagt, das Interesse an dem Dienst sei äußerst gering, und die mangelhafte Informationspolitik sowie die unklare rechtliche Lage verunsicherten Träger und Interessenten. Ich kann mir gut vorstellen, dass die jetzige Situation für alle Betroffenen, die von der früheren Fürsorge der Zivis abhängig sind, ziemlich furchtbar ist. Aber so ist es eben, wenn die immens wichtige soziale Arbeit nie wirklich anerkannt wird – womit ich natürlich faire Bezahlung meine, nicht bloß eine Verfütterung von Almosen stattdessen!

Ich befürchte, dass versucht werden soll, die ehemaligen Zivi-Plätze den ALG-II-Beziehern als „Bürgerarbeit“ aufzuzwingen, wodurch dann wieder viele „in Arbeit gebracht“ wären, obwohl sie noch zusätzlich aufstocken müssten, um ihre Familien ernähren zu können. Oder kommt gar ein **Bundesfreiwilligendienst** für Transferleistungsbezieher? Es liegt nahe, dass hier nun wahre Fantasie-Spiralen in Gang gesetzt werden könnten. Es wird an den Einzelnen liegen, die davon vielleicht betroffen sein könnten, sich dagegen zur Wehr zu setzen, sich Beratung zu suchen und gerichtlich dagegen vorzugehen! „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“ – im gesetzlichen Rahmen, versteht sich! Das muss kein Widerspruch in sich sein.

4. *Lovely* Zensursula von der Leyen will nun den Kombilohn für ältere Arbeitnehmer, die sogenannte Entgeltsicherung, streichen. Damit würde diese Förderungsmöglichkeit, mit der überfünfzigjährige Arbeitslose animiert werden sollen, einen geringer entlohnten Job aufzunehmen, Ende 2011 auslaufen. Ich finde, dass hier sprachlich wieder Missbrauch betrieben wird, wenn **Überfünfzigjährige** animiert werden müssten, auch eine Arbeit zum Dumpinglohn anzunehmen! Das ganze Dilemma würde gar nicht bestehen, wenn *alle* Arbeitnehmer, auch die überfünfzigjährigen, einen vernünftigen Lohn für ihre Arbeit bekommen müssten und diese schlecht bezahlenden Unternehmer nicht ständig weiter von Steuergeldern subventioniert würden. Ich glaube nicht, dass die Bundesarbeitsagentur meine Gedankengänge teilt, sondern schlicht Geld sparen will, weil ihnen wahrscheinlich

aufgegangen ist, dass diese Milliarde eingespart werden kann, weil sie nur den Gierschlund mancher Unternehmer bedient, statt Menschen über 50 wieder in Arbeit zu bringen.

5. Der „Landesverband der evangelischen Kindertagesstätten“ übt heftige Kritik an der Bremer Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets für arme Familien. Monatelang habe sich die Sozialbehörde nicht dazu geäußert, wie Familien rückwirkend bis zum 1. Januar dieses Jahres Kosten für Mittagessen oder Ausflüge erstattet bekommen können, doch vorletzte Woche hieß es auf einmal, es sei noch eine Frist von nur einer Woche gesetzt worden, um den Antrag zu stellen. Diese Frist ist sowohl für die Familien als auch für die Kitas zu knapp gesetzt! Es wird ein hoher, undurchschaubarer bürokratischer Aufwand von betroffenen Eltern verlangt, obwohl die Kinder aus finanziell armen Familien eigentlich mit dem **Bildungspaket** unterstützt werden sollten.

Nicht ist nicht nur zu den finanziell armen Eltern von Kindern, die eine evangelische Kita besuchen, wenig an Informationen durchgedrungen. Ich weiß ja nicht, ob die Agentur für Arbeit glaubt, mit ebensolchen Fähigkeiten wie Jesus bei der Speisung der Fünftausend in der Wüste ausgestattet zu sein, oder wie sie bloß davon ausgehen kann, dass sich von hundert Euro jährlich – also 8,33 Euro monatlich – Schulbedarf, Nachhilfe, Sport- und Musikunterricht finanzieren lasse. Eine Frage bleibt im Raum stehen: Wenn das Land Bremen eine Pauschale für das Bildungspaket erhält, ist es dann wirklich daran interessiert, dass diese Gelder die finanziell schwachen Familien erreichen, oder wäre es nicht besser bedient, die Gelder wegen der stets klammen Finanzlage nicht so einfach herauszurücken?

6. Die neue Schulstruktur für Niedersachsen wird von Kultusminister Dr. Bernd Althusmann als „richtungweisend“ bezeichnet, weil die Oberschule ein „qualitätsvolles und wohnortnahes Bildungsangebot mit mehr Flexibilität“ und eine „langfristige Perspektive zur zukunftsfesten Gestaltung der **Schullandschaft** vor Ort“ biete. Die Oberschule ist eine Zusammenfassung aus Haupt- und Realschule, die eine starke berufliche Orientierung hat. Wenn der Schulträger des jeweiligen Gymnasiums zustimmt, kann die Oberschule darüber hinaus einen gymnasialen Zweig für die Jahrgänge 5 bis 10 einrichten. Aber eben nur *wenn*!

Ich halte nichts von der Idee, die Haupt- und Realschule ausgerechnet zu einer „Oberschule“ zusammenfassen zu wollen. So hieß früher das Gymnasium, und dieser Trick zur angeblichen Chancengleichheit soll hier nur genutzt werden, weil es schön klingt, obwohl es sie gar nicht gibt, denn die „Oberschule“ hat natürlich – wie bei Realschule und Hauptschule vorgesehen – gar keine Oberstufe, die bei Klasse 11 beginnt, obwohl doch die „Mittlere Reife“ der Haupt- und Realschule bei Klasse 10 aufhört. Die wirklich fördernden Gesamtschulen werden durch diese Pseudo-Oberschule abgeschafft oder erschwert, damit die Drei- oder auch Zweigliedrigkeit, also die Super-Ungerechtigkeit der Klassengesellschaft er-

halten bleibt, nach der die Fülle des Portemonnaies den Bildungsgrad der Kinder bestimmt und die „monetäre Elite“ auch weiterhin unter sich bleiben kann.

7. Die Bundesagentur für Arbeit praktiziert derzeit ein wahres Streichkonzert und will in den kommenden vier Jahren weitere 10.000 Stellen streichen. Davon sollen Jobs in der Verwaltung betroffen sein, nicht beim sogenannten Service für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Selbstredend solle an der bisherigen „guten Qualität“ nicht gespart werden. Der Sprecher der Bundesagentur für Arbeit fantasierte, Voraussetzung für den Abbau sei aber, dass die Arbeitsmarktstatistikbeschönigung, äh: positive wirtschaftliche Entwicklung anhalte und die **Arbeitslosigkeit** weiter punktuell nicht mehr mitgezählt werde, äh: zurückgehe.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Es sind nur wenige kleine ehrliche Ökostromanbieter zu finden

Die Atomenergiepolitik ist von Anfang an auf Unmoral, Skrupellosigkeit, Lügen und Profitgier aufgebaut! Seit den 1970er Jahren gibt es ununterbrochen mehr oder weniger massive Protestaktionen gegen den Bau von Kernkraftwerken und das Endlager im wendländischen Gorleben. Man hat es sogar geschafft, eine Wiederaufbereitungsanlage in Brokdorf zu verhindern. Diese Drecksarbeiten werden nun in Frankreich (La Hague) und England (Sellafield) erledigt. Wir bekommen nur den „sauber“ aufbereiteten, aber hochradioaktiven Müll zur Endlagerung nach Gorleben zurückgeliefert.

Die Proteste bei jedem neuen Castortransport sind bekannt. Es kostet uns jedes Mal zig Millionen Euro, die „friedlichen“ Polizeieinsätze zu bezahlen. Es gibt noch immer kein Endlager für mittelaktiv strahlenden Atommüll. Die bisher eingelagerten Fässer im ehemaligen Salzbergwerk Asse müssen wieder *herausgepopelt* werden, weil sie durch Salz und Wasser defekt sind und das Grundwasser gefährden. Deutsche Atomkraftwerke haben nur eine vorläufige Betriebsgenehmigung.

Unsere Gesetzgeber haben zwar vor etwa zehn Jahren mit der Liberalisierung des Strommarktes dafür gesorgt, dass jeder seinen Stromlieferanten selbst wählen kann. Doch was geschah? Es gab Fusionen zu nur noch vier großen Strom-Monopolisten: NBW, RWE, Eon und Vattenfall. Nur wenige kleine ehrliche

Ökostromanbieter sind zu finden, zum Beispiel Greenpeace Energy oder EWS Schönau. Ansonsten wurden von den Großstromern „notleidende“ deutsche Millionäre gekauft, um den Atomdreck „gut, gelb, günstig“ besser zu vermarkten.

Das ist keine billige Werbung mehr, sondern aktive Volksverdummung, unabhängig von einer rot-grünen oder schwarz-gelben Regierung! Die deutsche Energiepolitik wird fast nur von den vier großen Atomstromern gemacht. Damit das nicht so weitergeht, müssen wir Bürger der Montagsdemo unsere „Bundesmutter“ Angela Merkel jetzt tatkräftig unterstützen. Die Politik in Deutschland bestimmt immer noch eine demokratische Mehrheit! Wenn diese momentan bei den Protestaktionen der Anti-AKW-Bewegung, auf den Straßen und bei den Montagsdemos liegt, wird das jede Regierungspartei akzeptieren müssen. Wir sind mächtiger als wenige skrupellose Atomstromer!

Aber Sie selbst können im Fall der Energiepolitik, damit Atomkraftwerke abgeschaltet werden, noch mehr persönliche, praktische Beiträge leisten. Weil es hier um technische Dinge geht, ist es einfacher, politischen Einfluss zu nehmen, als etwa beim Thema Hartz-IV-Regelsatz oder Gesundheitsreform. Es ist so einfach wie im Supermarkt etwas liegen zu lassen, was Sie nicht brauchen, zum Beispiel Genfood. Etwas Fachkenntnis sollte allerdings erworben werden zum Thema, an dem man mitwirken möchte!

Eine alte Scherzfrage lautet: Warum hat ein Schotte keinen Kühlschrank? Die Antwort: Weil er nicht sicher ist, ob das Licht darin ausgeht. Was hat das mit unseren Atomkraftwerken zu tun? Die Glühbirne im Kühlschrank hat 15 Watt. Wenn in Ihrem Kühlschrank tatsächlich ein ganzes Jahr lang die Lampe brennen würde, hätten Sie 365 mal 24 Stunden mal 0,015 Kilowatt gleich 131 Kilowattstunden Strom unnötig „verbraucht“.

Multiplizieren Sie also die Leistung in Kilowatt all Ihrer elektrischen Verbraucher mit den Stunden, die sie eingeschaltet sind, dann wissen Sie, wie viele Kilowattstunden Ihnen ein Kraftwerk geliefert hat. Niemand kann das besser und gnadenloser als ein Stromzähler. Wenn Sie zweimal pro Woche eine Stunde lang Ihren Wäschetrockner benutzen, auf dessen Typenschild die Angabe 2.000 Watt steht, dann sind das im Jahr rund 100 Betriebsstunden mal 2 Kilowatt, also 200 Kilowattstunden „Stromverbrauch“.

Wer AKWs abschaffen will, muss etwas von seinem privaten Energiehaushalt wissen und verstehen. Wenn Sie nun Ihre letzte Stromrechnung zur Hand nehmen und darauf steht, dass Sie im vergangenen Jahr beispielsweise 1.200 Kilowattstunden Strom „verbraucht“ haben, was ein hoher Wert für einen „normalen“ Single-Haushalt wäre, dann sehen Sie sofort, mit welchem Anteil der Wäschetrockner oder die Glühbirne daran beteiligt waren.

Helmut Minkus (parteilos)

Antrag auf Warmwasserzuschlag stellen: Seit Jahresbeginn gibt es acht Euro monatlich zum Betrieb elektrischer Durchlauferhitzer *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Widerspruch gegen Nichtbewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen!

Antrag auf Bewilligung von Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe stellen! *(siehe auch „Erwerbslosenforum“ und „Grundrechteforum“)*

Wer kontrolliert das Jobcenter?

Derzeit erstrahlt die Bremer Sozialpolitik im Glanz des grünen Wahlsiegs. Die zuständige junge Senatorin Stahmann sonnt sich im Vorschusslob, weil sie ihr erstes Gehalt fürs neue Amt, das sie am Monatsletzten angetreten hat, sozialen Einrichtungen spenden will, wohingegen ihr Parteifreund, der ausgeschiedene Umweltsenator Loske, für die „Arbeit“ an diesem einen Tag seine Pension um sparsame 900 Euro monatlich „aufstockt“. Nach dem Erstarken der Grünen bei der Bürgerschaftswahl im Mai 2011 mussten ihnen aus Proporzgründen mehr Zuständigkeiten verschafft werden, ohne die Zahl der Senatoren kostenträchtig auszuweiten. So wurde das bisherige SPD-Ressort für Arbeit und Soziales aufgeteilt: „Soziales“ fiel an die Grünen, „Arbeit“ verblieb bei der SPD und wurde dem Ressort für Wirtschaft zugeschlagen, dessen Chef Günthner zugleich Justizsenator ist. Während die SPD-Basis den „Verlust des Markenkerns“ betrauert, kommentiert „Die Linke“, im „Sozialen“ gebe es für die SPD ohnehin nichts mehr zu gewinnen; das weitere „Kaputtsparen“ werde daher den Grünen überlassen.

Wer aber kontrolliert nun das Jobcenter? Dessen Homepage schweigt sich aus über die vorgesetzte Dienststelle auf kommunaler Seite. Zu erfahren ist, das kommunale Personal stamme vom Amt für Soziale Dienste. Dieses ist der Sozialsenatorin untergeordnet, die im Netz darüber informiert, auf ihren Seiten werde nur für eine Übergangszeit auch der Fachbereich Arbeit noch zu finden sein. In *dessen* Zuständigkeit fallen das SGB II und die bisherige Bremer Arge, das nunmehrige Jobcenter. Der Fachbereich Arbeit soll an den neuen Senator für Wirtschaft, Arbeit und Justiz gehen, ist bei ihm aber noch nicht angekommen. Die Sozialsenatorin sagt in ihrem ersten Interview: „Wir haben viele Menschen in Bremen, die in absehbarer Zeit keine reguläre Arbeit finden werden. Für sie haben wir einen Arbeitsmarkt, der mit öffentlichen Geldern gefördert wird. Das wird im Wirtschafts- und Arbeitsressort verantwortet.“ Offenbar ist also die grüne Sozial-

senatorin für das Personal und die Auszahlung der Gelder zuständig, zumal ALG II eine steuerfinanzierte Sozialleistung ist, während ihr Kollege weiter über die SPD-Pfründen der Beschäftigungsträger wacht.

Außerdem will sich bei der Gewährung des Hartz-IV-„Bildungs- und Teilhabepakets“ „aus einer Hand“ logischerweise auch die SPD-Bildungssenatorin Jürgens-Pieper mit Ruhm bekleckern. Für bildungs- und auch sonst hungrige Kids steht auf ihrer Website bereits ein fünf Megabyte fetter, aber doch nur zwei Seiten dünner Flyer zum Download am Start. Wichtigste Info darin sind die Internet-Adressen von Jobcenter und Sozialressort. So scheint mir die Landesregierung einiges dafür zu tun, das ursprünglich sogar verfassungswidrige Konzept der „ Mischverwaltung“ noch kreativ auszuweiten, auf Leitungsebene dauerhaft Chaos herbeizuführen und dadurch das Jobcenter, von kommunaler Kontrolle befreit, tun zu lassen, was immer ihm beliebt. Welche neuen Schikanemöglichkeiten das reformierte SGB II bietet, das die in zahllosen Prozessen gewonnene Rechtsklarheit gezielt beseitigt, mag ein fachkundiger Mitstreiter, der jahrelang Beratungs- und Beistandsarbeit geleistet hat, gar nicht aussprechen, um die „Fallmanager“ nicht noch mit der Nase darauf zu stoßen. Er stellt sich zunächst auf eine neue Runde der Zwangsumzüge ein, weil die Kommunen für die Kosten der Unterkunft nun eine Pauschale festlegen dürfen. Zu deren Ermittlung hat Bremen bereits ein Gutachten in Auftrag gegeben.

Nachdem jahrelang Einsparmöglichkeiten in den Bereichen Arbeit und Soziales gesucht und gerade hierfür die Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie die zuständigen Ressorts zusammengelegt wurden, soll nun in Bremen der SPD-Kollege Günthner „Synergien“ in den Bereichen Arbeit und Justiz ausnutzen. Wie das geschehen könnte, lässt das erste Interview der neuen Sozialsenatorin erahnen, die außer vom „sozialverträglichen“ Sparzwang auch davon redet, es gebe „viel zu viele Klagen und Widersprüche gegen Bescheide der Behörde, die oft gewonnen werden. Diese Niederlagen-Quote will ich verringern. Bei Anteilen von 50 Prozent sehe ich noch Luft nach oben. Die Verwaltungsverfahren sollen gerichtsfester werden und so auch Geld einsparen.“ Wohlgemerkt, sie sagt nicht, sie wolle künftig nur noch *richtige* Bescheide verschicken lassen. Das wird ihr nicht möglich sein, schließlich waren zumindest bis Jahresende 2010 nach Vorgabe der Arbeitsagentur 70 Prozent aller Widersprüche abzulehnen, seien sie nun berechtigt oder nicht.

Warum sollte diese Zielsetzung abgeschwächt worden sein? Erfahrungen, die zurzeit ein Oldenburger Mitstreiter sammelt, lassen Böses befürchten: Er wird mit einem Widerspruchsbescheid verkaspert, gegen den keine Klage möglich ist, weil darin etwas als „Stattgabe“ seines Begehrens ausgegeben wird, das tatsächlich nichts weiter ist als dessen Vom-Tisch-Fegen. Darum kann jetzt weder Beratungs- oder Prozesskostenhilfe noch einstweiliger Rechtsschutz beantragt werden. Es geht um die bescheidene Forderung nach Sozialleistungen in verfassungsgemäßer Höhe. Indem die Gewährung von fünf Euro Regelsatzerhöhung als Wiederherstellung der höchstrichterlich geforderten Ver-

fassungsmäßigkeit deklariert wird, scheint nun dem Betroffenen in dieser Sache der Rechtsweg komplett versperrt. Ob das schlimme Beispiel Schule macht? Hier ließe sich der schnelle Schluss ziehen, dass eben doch kein Weg am Kampf auf der Straße vorbeiführt.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Uno kritisiert Deutschland: Hartz IV reicht nicht zum Leben *(„Spiegel-Online“)*

Am **Samstag**, dem **23. Juli 2011**, gibt es in zahlreichen Städten einen bundesweiten dezentralen **Aktionstag** der **Kampagne für 10 Euro lohnsteuerfreien Mindestlohn und mindestens 500 Euro Eckregelsatz**. Auch die **Montagsdemo** am **25. Juli 2011** steht unter diesem Thema.

Es ist möglich, dass Straßenbaugelder direkt an Herrn Putin fließen

Gernot: Was können die Umweltschützer von Chimki aus dem Protest der „Stuttgart-21“-Gegner für ihren Widerstand übernehmen beziehungsweise lernen?

Jaroslav: Wir denken, die Umweltschützer für den Stuttgarter Schlosspark haben sehr viel Erfahrung, und wir würden uns sehr freuen, wenn diese mehr mit uns geteilt würde. Da momentan in Stuttgart nicht gebaut wird, ist doch jetzt Zeit, dass Aktivisten von dort direkt zu uns fahren und uns im Wald von Chimki besuchen, und uns dort über die Erfahrungen informieren, die in Stuttgart gemacht worden sind.

Gernot: Wie ist die internationale Resonanz in Bezug auf euren Kampf gegen den Bau der Autobahn von Moskau nach Sankt Petersburg? Wie sieht die Hilfe aus?

Jaroslav: Wir brauchen diese internationale Hilfe natürlich sehr, weil wir gegen ein Projekt des internationalen Großkonzerns Vinci arbeiten. Deswegen ist es uns wichtig, dass die Weltöffentlichkeit erfährt, an welchem ökologisch schädlichen und schmutzigen Projekt, das auch die Menschenrechte verletzt, die Firma Vinci beteiligt ist. Wir wollen, dass diese Informationen in der Welt bekannt werden, damit niemand mehr bereit ist, mit Vinci zusammenzuarbeiten, Aktien des Unternehmens zu kaufen oder diesem weiterhin Aufträge zu geben.

Gernot: Vor deinem Berlin-Besuch fand in Paris eine internationale Wald-Konferenz statt. Wie kann in euren Augen eine stärkere internationale Unterstützung aussehen?

Jaroslav: Wir haben letzte Woche mit Umweltaktivisten in Westeuropa gemeinsame Aktionen gemacht, und ich denke, das ist auszubauen. Ich könnte mir

auch vorstellen, dass es noch mehr gemeinsame Solidaritätsaktionen von den Stuttgartern gibt. Wir müssen uns per Internet und Newsletter austauschen. Wir würden uns sehr freuen, wenn ihr auch unsere Petition für den Schutz des Waldes von Chimki online unterschreibt.

Gernot: Normalerweise heißt es ja, die deutsch-russische Freundschaft sei eine gute, was ich persönlich bezweifle, da man nicht Freundschaft mit einem Land führen kann, wo die Menschenrechte und der Rechtsstaat mit Füßen getreten werden. Können sich die Umweltschützer von Chimki vorstellen, dass sich die deutsche Regierung unter Bundeskanzlerin Merkel auch für ihre Sache einsetzt?

Jaroslav: Das kann ich schwer sagen, weil ich nicht weiß, wie ich die Kanzlerin einzuschätzen habe. Wenn sie das tun würde, wäre es ein sehr mutiger und wichtiger Schritt. Es ist schlecht, wenn die europäischen Regierungen es mit herrschenden Strukturen zu tun haben, die solche Projekte wie bei uns in Chimki durchziehen, bei denen die Menschenrechte zu Schaden kommen und Umweltschützer wie auch Journalisten zusammengeschlagen werden. Bei dem Projekt in Chimki spielt Herr Putin eine unrühmliche Rolle. Er hat 2009 ein Gesetz durchgesetzt, das die Flächen, auf denen die zu bauende Straße liegt, umwidmet, um in Zukunft kommerziell genutzt werden zu dürfen.

Bei Verkehrsminister Levitin wurden korrumpierende Interessen aufgedeckt, denn er ist gleichzeitig kommerzieller Direktor des Moskauer Flughafen Scheremetjewo. Da die Herren Putin und Levitin sehr gute Freunde sind, kann Herr Levitin sowohl Direktor des Flughafens als auch Verkehrsminister sein. Ein weiterer Profiteur des Projektes ist Arkardi Rotenberg, ein Oligarch und Großunternehmer. Rotenberg ist langjähriger Freund und Judotrainer von Wladimir Putin.

Im letzten Jahr hat Putin gesagt, dieses Projekt sei völlig rechtmäßig, und die Straße müsse gebaut werden. Vor Kurzem hat er sich ähnlich geäußert, als er ein Treffen mit der französischen Regierung hatte. Danach sagte er, dieses Straßenbauprojekt müsse zügig durchgezogen werden. „Bankwatch International“ hat herausgefunden, dass ein Drittel der staatlichen Gelder Russlands, die in dieses Projekt wandern, spurlos in Off-Shore-Gesellschaften verschwinden. Deswegen ist es gut möglich, dass große Summen der Projektmittel direkt an Herrn Putin fließen.

Gespräch von Gernot-Peter Schulz (parteilos) mit Jaroslav Nikitenko am 23. Juni 2011 in Berlin, übersetzt von Bernhard Clasen („Scharf links“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

335. Bremer Montagsdemo am 11. 07. 2011

Blaue Karte macht Sozialleistungsbezug auf Entfernung erkennbar

1. § 6 SGB II Absatz 3 lautet: „Die Länder Berlin, Bremen und Hamburg werden ermächtigt, die Vorschriften dieses Gesetzes über die Zuständigkeit von Behörden für die Grundsicherung für Arbeitsuchende dem besonderen Verwaltungsaufbau ihrer Länder anzupassen.“ Ein Mitstreiter befürchtet „Chaos auf Leitungsebene“, wenn die grüne Sozialsenatorin den für das mischverwaltete Jobcenter bisher zuständigen Fachbereich Arbeit an den SPD-Kollegen für Wirtschaft und Justiz abtreten muss, also eine Behörde kontrollieren soll, ohne Leute dafür und Informationen darüber zu haben. Diese Befürchtungen sind noch untertrieben.

Die Mittel für die Arbeitsmarktförderung wurden für 2011 vorgezogen; ob für 2012 Mittel zur Verfügung stehen, ist ungeklärt. Dieses Problem ist nun mit dem Gesamtbereich Arbeit an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen übergegangen, aber dort bisher nur in der Überschrift angekommen, noch nicht im Ressort. Die neue Sozialsenatorin sagt daher, der Bereich Arbeit werde vom Senator für Wirtschaft verantwortet. Dies hat aber keine Automatik hinsichtlich der Dienstaufsicht über das (No-)Job-Center! Das Jobcenter ist Rechtsnachfolger der Bagis; den entsprechenden Vertrag hat Frau Rosenkötter unterschrieben.

Da soll doch Frau Stahmann behaupten, sie habe dies nicht zu verantworten! Ihre Verantwortung steht unter „Soziales Bremen“: „Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales als oberste Landesbehörde ist verantwortlich für die Aufsicht über die Arbeitsgemeinschaften nach SGB II im Land Bremen. Gleichzeitig ist er als kommunaler Träger zuständig für die fachliche Steuerung der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (Bagis).“ Ob nun allerdings die Durchführung der Dienstaufsicht auch zur Verbesserung der Bescheide führt? Da werden wir beim neuen Staatsrat Frehe nachbohren. Es gibt viel zu tun! Auch die Innenrevision des Jobcenters ist der Senatorin für Soziales unterstellt.

2. Zum **Bildungs- und Teilhabepaket** war am 10. Juli 2011 im „Weser-Kurier“ zu lesen, es würden bis zu 330.000 Euro zusätzlich bereitgestellt, damit auch die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsenen, die einen Anspruch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben, die entsprechenden Angebote nutzen können. Der Zugang hierzu war aber nicht strittig. Bereits im Merkblatt vom 31. März 2011 wird auf diese Antragsberechtigung hingewiesen, ebenso in der Presseerklärung der Senatorin für Soziales vom 23. Juni 2011. Weiß die neue Sozialsenatorin nicht, was die alte getan hat, oder wurde nur ein „Aufhänger“ für den vergessenen Etatposten gesucht?

Hoch anzurechnen ist dem Ehepaar Rieger-Scholz der Einsatz für die Flüchlinge! Es wird leider nicht erwähnt, wer dem Ehepaar im Juni die falsche Auskunft gegeben hat. Aktuell ist das Merkblatt überarbeitet worden. Es fehlen aber immer noch Details, und der Versuch, Obergrenzen zu schaffen und Beschränkungen aufzubauen, besteht leider fort. Viel Arbeit für die Gerichte! Eine einfache Regel: Für Bildung werden die tatsächlichen Aufwendungen erstattet, für Teilhabe pauschal zehn Euro monatlich, aber alles nur nach Antragsstellung.

Die größte Entgleisung ist die *blaue* Karte, die den anspruchberechtigten Kindern und Jugendlichen ausgehändigt wird. Nur damit erhalten die Kinder die Vergünstigungen. Durch die blaue Farbe Karte ist der Sozialleistungsbezug auch auf große Entfernung zu erkennen! Wenn schon, warum dann nicht in weiß, und warum nicht kleiner? Die Berechtigungskarte an sich ist schon ein Verstoß gegen die Wahrung des Sozialdatengeheimnisses! Die Farbe Blau muss umgehend verschwinden, und das Ganze muss geschrumpft werden! Die im „Weser-Kurier“ erwähnte Bewilligung ist eine große Ausnahme. Wer bereits Geld ausgibt, sollte dringend nachfragen und notfalls mit Hilfe des Gerichts per einstweiligem Rechtsschutzverfahren die Ausgaben einfordern! Wenn der Termin zur Klassenfahrt nur noch einen Monat entfernt ist, nachfragen und umgehend zum Gericht gehen!

Die Anträge auf Bildung und Teilhabe für Kinder und junge Erwachsene bis 25 Jahre konnten rückwirkend ab 1. Januar 2011 gestellt werden. Die Antragsbearbeitung erschöpft sich überwiegend in der Eingangsbestätigung. Wieso versteckt sich Bremen noch immer hinter angeblich fehlenden Details? Ganz einfach: Die Hansestadt hat scheinbar kein Interesse an der Auszahlung dieser Gelder! Sie erhält die zusätzlichen Millionen zur Finanzierung des Bildungs- und Teilhabepakets nämlich ohne dass sie einen entsprechenden Verwendungsnachweis vorlegen muss, also wohl auch ohne dass Bremen diese Beträge tatsächlich auszahlt.

Dies ergibt sich aus der Pressemitteilung vom 5. April 2011: „Die Senatorinnen Rosenkötter und Jürgens-Pieper betonten, dass es einen Teil der Leistungen schon bisher gegeben hat, wie zum Beispiel die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf. Hier habe sich allerdings der Empfängerkreis vergrößert. Andere Leistungen wiederum habe die Stadt bereits vorher selbst finanziert, wie zum Beispiel das kostenlose Mittagessen in Kindertagesstätten und Ganztagsgrundschulen. Hier übernehme jetzt der Bund die Finanzierung. Beide Senatorinnen rechnen mit Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket in Bremen von

bis zu rund 19,3 und in Bremerhaven von bis zu 5,4 Millionen Euro (beide Angaben ohne Schulsozialarbeit und Verwaltungskosten). Durch die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Ausgaben der Kosten der Unterkunft werden insgesamt für die Stadtgemeinde Bremen 19,9 und für die Stadtgemeinde Bremerhaven 4,9 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2013 erfolgt eine Neuberechnung."

Die Zahlung der Bundesbeteiligung ist pauschal. Die Höhe der Pauschale ist abhängig von den Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft, also der Miete für Erwerbslose mit SGB-II-Leistungsberechtigung. Die tatsächlichen Ausgaben für das Bildung- und Teilhabepaket muss Bremen somit nicht nachweisen! Jeder Antrag, der nicht gestellt oder abgelehnt wird, jede Leistungskürzung füllt Bremen die Kasse. Ist dies auch der Grund für die so auffällige Berechtigungskarte? Bremen möchte aber noch zusätzlich verdienen, denn bisher war das Mittagessen an den Ganztagsschulen kostenlos.

Im Merkblatt steht dazu unter Position e: „Es wird davon ausgegangen, dass das kostenlose Mittagessen in Grundschulen fortgesetzt wird, während ab Klasse 5 die berechtigten Schülerinnen und Schüler einen Euro Eigenanteil zahlen.„ Das hört sich harmlos an, auch steht hier, es ist nicht entschieden, soll aber alle Leistungsberechtigten betreffen. Einen Euro pro Mittagessen zu bezahlen, ist schon für Kinder von SGB-II-Berechtigten nur sehr schwer zu tragen, aber für Kinder von Asylbewerbern unmöglich. Dies darf so nicht umgesetzt werden, diese Eigenbeteiligung muss weg! Noch alles klar? Wie dies geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

3. Inzwischen ist das Jahr 2011 älter als sechs Monate, somit ist mehr als ein Bewilligungszeitraum vergangen. Rückwirkend zum 1. Januar 2011 werden die Kosten für **Warmwasseraufbereitung** als Kosten der Unterkunft akzeptiert. Die Kosten hierfür wurden bisher zum Beispiel bei der Heizkostenabrechnung entsprechend gekürzt; das ist damit hinfällig. Wer einen elektrischen Durchlauferhitzer benutzt, soll acht Euro als pauschale Kostenübernahme dafür erhalten. Die Übernahme der Warmasseraufbereitung bedarf keines gesonderten Antrags, denn die Kosten der Warmwasseraufbereitung sind Bestandteil der Kosten der Unterkunft geworden. Anpassung und Nachzahlung sollte bei der jeweiligen Neubewilligung erfolgen. Diese Anweisung der Bundesagentur wurde bei einigen Bescheiden aber nicht berücksichtigt.

Bitte schaut euch den entsprechenden Verlängerungsbescheid an: Die Zahlung muss sich entsprechend erhöht haben. Dabei wird dieser Mehrbedarf „aus systemtechnischen Gründen" im Berechnungsbogen „als Mehrbedarf Ernährung ausgewiesen". Die pauschalen acht Euro sind nach meiner Erfahrung für die Warmwasseraufbereitung mit elektrischem Durchlauferhitzer nicht kostendeckend. Wer den Stromverbrauch überprüft und höhere Kosten errechnet, kann diese geltend machen. Freiwillig zahlt das (No-)Job-Center rückwirkend ab 1. Ja-

nuar 2011. Aber die Rechtsprechung war nicht einheitlich, daher ist gegebenenfalls per Überprüfungsantrag gemäß § 44 SGB X die Nachzahlung zu beantragen. Sie soll nach SGB II zwar nur ab 1. Januar 2010 erfolgen, ist jedoch wegen der regelmäßigen Verjährungsfrist von drei Jahren gemäß § 195 BGB ab 1. Januar 2008 zu erreichen. Da soll doch das (No-)Job-Center sagen, das Bürgerliche Gesetzbuch sei auf Sozialleistungsbezieher nicht anwendbar! Die Sprengkraft wäre gewaltig, das Echo sicherlich größer als bei den bisherigen Rechtsaufweichungen. Das (No-)Job-Center ist bereits per Nachfrage auf die drei Jahre eingegangen.

In der Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft wird diese Änderung nicht berücksichtigt; dort steht noch die alte Rechtslage. Zum Beispiel heißt es auf Seite 41: „Die Haushaltsenergie umfasst neben den Kosten für Haushaltsstrom auch die Kosten für Kochenergie und für die Warmwasseraufbereitung. Eine zusätzliche Übernahme von Kosten für diese Haushaltsenergie im Rahmen der Kosten der Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II ist nicht möglich.“ Wie geht Bremen mit den anderen Haushalten mit Leistungsbezug um? Für Sozialhilfeempfänger hat Bremen bisher die Bestimmungen des SGB II hinsichtlich der Kosten der Unterkunft umgesetzt. Wird auch die zusätzliche Kostenübernahme für die Warmwasseraufbereitung entsprechend umgesetzt?

Bremen muss sparen – aber bitte nicht durch *Betrug* an den Leistungsberechtigten! Bei dieser Gelegenheit habe ich gesehen, dass die Heizkosten noch immer durch den Heizkostenspiegel für Bremen gedeckelt werden. Dies ist nicht gerichtsfest: Dieser Spiegel ist nicht zur Prüfung der Heizkosten im Einzelfall geeignet. Nachzulesen ist das auf der 294. Bremer Montagsdemo unter Punkt 3 meines Beitrags. Dort stehen unter 4 auch meine Wünsche für eine bessere, effektivere Verwaltung. Gemeint ist die Bagis, jetzt (No-)Job-Center. Noch alles klar? Wie dies geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

4. Bedenklich im Zusammenhang mit den Atomkraftwerken sind die Besitzverhältnisse beim TÜV. Der TÜV war für mich immer ein Garant für Unbestechlichkeit, treffende Beurteilung sowie für kompetentes und umfassendes Fachwissen. Im Netz sind die Verflechtungen mit der Atomlobby ersichtlich. Falls es noch nicht zu spät ist: Der TÜV muss entkernt werden! Alternativ ist eine staatliche Stelle mit der Prüfung der **Atomanlagen** zu beauftragen! Es eilt! Dies ist ein weiterer Grund, die Stilllegung aller Atomanlagen sofort durchzuführen!

5. Deutsche Panzer sollen nach Saudi-Arabien! Vor einiger Zeit wollte diese Monarchie circa 30 **Schützenpanzer** in Deutschland kaufen. Das war den Saudis 200 Millionen Euro Schmiergeld wert. Auch die CDU hat davon Geld abbekommen. Damals war die Exportgenehmigung auch an der ablehnenden Haltung Israels gescheitert, diesmal soll Zustimmung erfolgt sein. Israel soll 200 Kampfpanzer für Saudi-Arabien nicht als Bedrohung einstufen? Deutschland betrachtet Saudi-

Arabien als „Garanten für den Frieden“ im Nahen Osten? Hat dieser „Friedensgarant“ nicht gerade im Nachbarstaat Bahrein den „Frühling“ niedergeschossen?

Mit Schüssen auf friedliche Demonstranten hat es auch in Libyen begonnen. Dieses Vorgehen wird in Libyen mit Luftangriffen der Nato auf die Regierungstruppen quittiert, mit Luftangriffen auf die auch von Deutschland gelieferten Tieflader zum Panzertransport. Warum die Panzerlieferung an Saudi-Arabien? Will es den Frühling in allen Nachbarstaaten „überrollen“? Warum ist Israel einverstanden? Was steht hinter dem Vertragsabschluss? Wofür braucht Saudi-Arabien diese 200 „Leopard“-Kampfpanzer?

Die Bundesregierung könnte diesen Spekulationen ein Ende bereiten, aber sie schweigt. Es wird die Arroganz der Macht spürbar! Ist die Wahrheit so unangenehm, so bedrückend? Wollen wir diese Lieferung? Wollen wir den „Frühling“ im Nahen Osten gefährden? Nein! Um dies in Zahlen umzusetzen, unterzeichnet bitte die Online-Petition! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Sieben Milliarden sparen fürs Sechs-Milliarden-„Bildungspaket“

1. Als am vergangenen Sonntag die Region Fukushima erneut von einem schweren Erdbeben mit der Stärke 7,3 erschüttert wurde, habe es angeblich keine Schäden gegeben, und niemand sei verletzt worden. Die Behörden gaben vorsorglich eine Tsunami-Warnung heraus, die sie später wieder aufhoben. Der nordöstliche Landesteil war auch am 11. März betroffen, als ein Beben der Stärke 9 und eine rund 14 Meter hohe Tsunami-Welle verheerende Schäden anrichteten, wodurch mehr als 23.000 Menschen starben. Beben und Tsunami lösten am AKW Fukushima zudem die größte Nuklearkatastrophe seit Tschernobyl vor 25 Jahren aus. Nach Angaben des Kraftwerksbetreibers Tepco seien durch das neue Beben im havarierten Atomkraftwerk keine neuen Probleme entstanden. Das fehlte noch – schließlich haben sie ja genügend alte! Tepco geht davon aus, dass die Aufräumarbeiten in Fukushima noch Jahrzehnte dauern. Erst 2021 könne mit der Entnahme der in drei Reaktoren geschmolzenen Brennstäbe begonnen werden. Es zeigt sich doch immer wieder neu, dass **Atomenergie** nicht beherrschbar und darum unverantwortbar ist!

Das begreifen inzwischen auch immer mehr Japaner. Die Greenpeace-Aktivistin Takada kritisiert ihre Regierung hart und findet den deutschen Atomausstieg sehr ermutigend. Die Menschen in Japan hätten sich inzwischen keineswegs an die nukleare Dauerkatastrophe gewöhnt, auch wenn die Regierung alles zu verharmlosen suchte und sich sogar zu der Behauptung hinreißen ließ, die Radioaktivität sei nicht mehr schädlich. Auch weil für die Menschen schwer herauszufinden ist, was wirklich stimmt, sind besonders die Eltern mit kleinen Kindern und Schwangere immer noch schockiert und verunsichert. Die Regierung halte zwar keine Informationen zurück, doch sammle sie zu wenig und kläre nicht vernünftig auf. So werden von lokalen Behörden in einer Großstadt wie Tokio mit 13 Millionen Einwohnern vielleicht an 20 Punkten stichprobenartige Messungen vorgenommen, und dann wird vorschnell behauptet, es bestehe keine Gefahr mehr. Da mit dem Meerwasser ebenso verfahren werde, habe Greenpeace eigene Messungen vorgenommen und zu hohe radioaktive Belastungen festgestellt.

Weitaus schlimmer sei es aber in Fukushima, wo Menschen an manchen Stellen eine höhere Strahlendosis abbekämen als heute in der Sperrzone um Tschernobyl. Regierung und Atomindustrie gelten als eng verbandelt. Weil immer noch Radioaktivität aus den drei beschädigten Reaktoren austritt, müssten wenigstens Schwangere und Kleinkinder sofort aus diesen Gebieten evakuiert werden. Inzwischen prangerten einige Medien diese Praxis an. Es lässt sich gut vorstellen, was dabei herauskommen wird, wenn die Regierung ihre neuen Energiepläne auch weiterhin hinter verschlossenen Türen berät und das Wirtschaftsministerium die Fäden mit den gleichen Leuten zieht wie schon vor der Katastrophe von Fukushima. Nach jüngsten Umfragen wollen 70 Prozent der Bevölkerung aus der Kernkraft aussteigen. Aber die Regierung sagt Nein, und die alte Lobby redet den Menschen immer wieder ein, dass es ohne Atomkraft nicht gehe. Dabei haben Wissenschaftler festgestellt, dass es in Japan möglich ist, bis kurz nach 2020 auszusteigen und auf erneuerbare Energien umzusatteln. Huch, habe ich jetzt ein Déjà-vu-Erlebnis?

2. Die Vereinten Nationen haben die deutsche **Sozialpolitik** kritisiert, wobei besonders die Diskriminierung von Migranten und ein fehlendes Armutsbekämpfungsprogramm bemängelt wurden. Auch bei den Kindern wurde auf Missstände hingewiesen. Der zuständige Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zeigte sich tief besorgt, dass viele seiner früheren Empfehlungen nicht umgesetzt wurden. Weil jeder vierte Schüler ohne Frühstück zur Schule ginge, forderten die UN, konkrete Maßnahmen einzuleiten, damit besonders Kinder aus armen Familien richtige Mahlzeiten erhielten, ohne dass sie stigmatisiert werden. Dabei werden auch die vielen Ungerechtigkeiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt und im Gesundheits- und Sozialwesen bemängelt. So müssen Migranten große Hindernisse überwinden, um ihre Rechte auf Bildung und Beschäftigung durchsetzen zu können. Es wird auch angeprangert, dass Asylsuchenden sogar aus-

reichende Sozialleistungen versagt werden, obwohl sie eigentlich gleichberechtigt zu behandeln sind.

Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, rügte, die Bundesregierung gaukle den Menschen seit Jahren eine soziale Gerechtigkeit vor, die in Wahrheit eine dramatische Verarmung und Diskriminierung von Menschen sei. Memet Kilic, Sprecher für Migrations- und Integrationspolitik der Grünen, erklärte, dass es in Deutschland keine Integrationsmisere gebe, sondern vielmehr eine Bildungs- und Chancengleichheitsmisere. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des „Paritätischen Wohlfahrtsverbands“, findet diese harsche Kritik der UN nicht nur gerechtfertigt, sondern auch, dass sie auch genau zum richtigen Zeitpunkt komme. In Deutschland wüchsen Armut und Reichtum seit Jahren, schreite die Spaltung dieser Gesellschaft immer weiter voran.

Wer sich mit Hartz IV auskenne, wisse, dass bei diesen Sätzen am Ende des Geldes immer noch ganz viel Monat übrig bleibe, bei 364 Euro für einen Erwachsenen oder 218 Euro für ein Kind. Was da vom Vermittlungsausschuss beschlossen wurde, sei ein Affront gegen diese finanziell armen Menschen. Diese Politik verursacht nicht nur in Deutschland, sondern weltweit gravierende soziale Probleme, denn auf Kosten von Arbeitnehmer(inne)n, Arbeitslosen und Rentner(inne)n wird eine Wettbewerbsfähigkeit aufgebaut, die andere Länder erheblich unter Druck setzt, ebenfalls ihre Löhne und Sozialstandards abzubauen. Von dieser Politik profitieren Banken und Exportunternehmer. Ansonsten kennt sie nur Verlierer.

Nur die Bundesregierung fühlt sich ungerecht behandelt und macht auf beleidigte Leberwurst, wenn andere beim Blick auf ihre geschönten Berichte und Fantasieberechnungen nicht auch selbstverständlich die rosarote Brille auf die Nase setzen und die asozialen Zustände im eigentlich reichen Deutschland in Ordnung finden. Für sie sei diese Kritik allen Ernstes in weiten Teilen nicht nachvollziehbar und auch nicht durch wissenschaftliche Fakten belegt. In welchem Märchenbuch soll denn stehen, dass Deutschland in den vergangenen Jahren auch im Sozialbereich eine positive Entwicklung genommen habe, die weltweit hoch anerkannt sei? Wobei denn bloß? Wer braucht pseudowissenschaftliche Belege, wenn doch nur genau hingeguckt und ausnahmsweise mal ohne Beschönigung berechnet werden muss?

Diese schallende Ohrfeige von UN und Sozialverbänden für das schwarzgelbe Gruselkabinett wegen seiner asozialen Politik klingt wie wunderschöne Musik in meinen Ohren. Solche Geigen und Engelszungen der Wahrheit künden endlich von der verlogenen Rechtsbrechung und -verdrehung, der Verweigerung des im Grundgesetz festgetackerten Sozialstaates und reden Tacheles! Ich wünsche mir, dass sich diese Musik in den Ohren der verantwortlichen Politiker zu einem ausgewachsenen und unüberhörbaren Tinnitus mit grässlichem, nicht zu ertragenen Quietschen und Pfeifen mausert, bis ein Richtungswechsel eingeschlagen wird, der die Kritikpunkte der UN umsetzt. Sehr gut gefällt mir der Vorschlag von Klaus Ernst, dem Vorsitzenden der „Linken“, einen Armuts-TÜV für Sozialsyste-

me einzuführen, damit dann auch drinnen enthalten ist, was außen drauf steht. Einige Politiker müssen offenbar mal daran erinnert werden, dass sie die *Ver*treter für das Volk sein sollen und nicht seine *Zer*treter!

3. In der Raffinerie von Conoco-Phillips in Wilhelmshaven sind scheinbar Festangestellte durch **Leiharbeiter** in wichtigen Bereichen ersetzt worden. Dabei hatte der US-Konzern Conoco-Phillips vielen der 400 Raffinerie-Beschäftigten gekündigt, weil der Komplex angeblich zukünftig nur noch als Tanklager mit rund 50 Mitarbeitern betrieben werden soll. Es wäre natürlich besonders bitter, aber auch nicht wirklich überraschend, wenn die Leiharbeiter genau auf *diesen* Plätzen arbeiten würden, für weitaus weniger Gehalt – und mit null Rechten, versteht sich. Diese Vorgehensweise ist leider nicht neu, aber deswegen dennoch immer wieder neu anzuprangern! Zu diesem Missstand soll es ohne Zustimmung des Betriebsrates gekommen sein, der nun aber juristische Schritte einleiten will. In meinen Augen ist es wirklich überfällig, dass diese bescheidene Leiharbeit endlich wieder verboten wird!

4. Die Bundesregierung will mit dem „**Bildungspaket**“ angeblich den Kindern von Hartz-IV-Beziehern eine Chance auf Sport, Schulessen oder Lernförderung geben, alles zusammen für nur 8,33 Euro monatlich. Abgesehen von dem Fantasiepreis, der dafür nur zu zahlen sei, handelt es sich schon rechnerisch um eine Mogelpackung der Gutmenschentum heuchelnden Bundesregierung. Die Umsetzung des bescheidenen „Bildungspaketes“ soll sechs Milliarden Euro kosten, die „natürlich“ an anderer Stelle bei den Hartz-IV-Beziehern eingespart werden „müssen“. Allein 136 Millionen kostet die eigentlich völlig überflüssige Bürokratie, für eine Summe, die besser gleich den finanziell armen Eltern für ihre Kinder in die Hände gegeben worden wäre. Stattdessen werden 1,3 Milliarden Euro beim Elterngeld eingespart, das Hartz IV beziehenden Eltern ersatzlos weggenommen wurde. Weiterhin kürzt *lovely* Zensursula von der Leyen gnadenlos 1,8 Milliarden bei den Rentenzuschüssen, genauer: Sie streicht auch hier zu 100 Prozent!

Weitere vier Milliarden Euro kürzt sie bei der Arbeitsförderung, sodass sie insgesamt 7,1 Milliarden bei den Hartz-IV-Beziehern eingespart hat, um sechs Milliarden für das „Bildungspaket“ zur Verfügung zu stellen. In dieser Kalkulation sind bis 2013 auch die fünf beziehungsweise acht Euro enthalten, die jeder Hartz-IV-Bezieher seit 1. Januar mehr bekommt. Das sogenannte „Bildungspaket“ ist also in Wirklichkeit eine Sparmaßnahme auf dem Rücken der Erwerbslosen. Die Anträge auf ein solch bescheidenes „Paket“ sind überaus unklar und oft irritierend. Im Antrag wird zum Beispiel neben den üblichen Daten nach der „Kundennummer“ des Kindes beim potenziell zukünftigen Verein gefragt, dem das Kind noch nicht beigetreten ist, solange die Behörde kein grünes Licht dafür gegeben hat, dass sie den Vereinsbeitrag auch übernehmen wird. Wir kennen die Fallstricke dieser Behörde nur zu gut, um zu wissen, dass es da oft undurchschaubare und

nicht nachvollziehbare Ausschlusskriterien gibt. Daher geht kein Elternteil das Risiko ein, auf den Kosten für den Verein sitzen zu bleiben.

5. Etwa die Hälfte aller Hartz-IV-Haushalte in Deutschland verzichtet darauf, sich von den **Rundfunkgebühren** in Höhe von 17,98 Euro monatlich befreien zu lassen. Dies bescherte den öffentlich-rechtlichen Sendern hochgerechnet Mehreinnahmen von knapp 400 Millionen Euro im Jahr. Es müssen sogar noch weit mehr als nur 3,5 Millionen Haushalte sein, weil es ja noch viel mehr kranke, „zu alte“, in Umschulung befindliche, in Ein-Euro-Sklavenarbeit gezwungene, aufstockende Hartz-IV-Bezieher gibt, die einfach immer vorsätzlich und betrügerisch aus der Statistik herausgerechnet werden, indem niemand sie mitzählt! Da bleibt natürlich die Frage im Raum stehen, warum im Zeitalter der globalen Vernetzung und Kontrolle per Kontoabfrage nicht automatisch geregelt werden kann, dass finanziell Schwache keine GEZ-Gebühr zahlen müssen. Dadurch ließe sich auch der Verwaltungsaufwand erheblich reduzieren. Aber nein, dann hätte die GEZ ja weniger Geld zur Verfügung! Ich möchte auch gar nicht wissen, wie viele Menschen keine GEZ-Befreiung bekommen, da sie in Ein-Euro-Jobs oder für 400 Euro arbeiten müssen und somit GEZ-pflichtig sind.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Einfach mal nachrechnen: 1.600 Euro Grundversorgung
wären für den Staat billiger als Hartz IV *(„Twoday“)*

Grüne Sozialpolitik bleibt im Unverbindlichen und Ungefähren

Der „Tageszeitung“ sagt Anja Stahmann: „Ich kann nicht alle Wünsche erfüllen“. Solch eine eine Allerweltsaussage ist unbefriedigend für alle diejenigen, denen das Armutsproblem in der Stadt eine Herzensangelegenheit ist! Es wäre wünschenswert gewesen, wenn Interviewer Eiken Bruhn die neue Sozialsenatorin auch gezielt danach gefragt hätte, wie sie sich den Umgang mit den nunmehr 14,2 Prozent Hartz-IV-Betroffenen („Statista“, Juni 2011) und den anderweitig prekär Beschäftigten vorstellt. Wünschenswert wäre auch gewesen, von der Senatorin zu erfahren, ob sie etwas gegen die zunehmenden Schikanen und den für die Betroffenen existenzbedrohenden Sanktionsterror der früheren Bagis zu unternehmen gedenkt.

Hierzu ist von ihr nichts zu hören, und damit bleiben für mich ihre Ausführungen zum Thema Armut im Unverbindlichen und Ungefähren.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Am **Samstag**, dem **23. Juli 2011**, gibt es in zahlreichen Städten einen bundesweiten dezentralen **Aktionstag** der **Kampagne für 10 Euro lohnsteuerfreien Mindestlohn und mindestens 500 Euro Eckregelsatz**. Auch die **Montagsdemo** am **25. Juli 2011** steht unter diesem Thema.

Ineffiziente Stromverbraucher entfernen!

Wir nehmen hier auf dem Bremer Marktplatz bei der Montagsdemo eine unserer Möglichkeiten wahr, Demokratie zu praktizieren und in der Politik mitzubestimmen. Unser Thema heute ist Energiepolitik. Da gefällt uns einiges nicht. Wir wollen so schnell wie möglich den Atomausstieg, konkreter: Atomkraftwerke abschalten, Atomdreck weg, E-on off! Außer unsere Meinung öffentlich zu bekunden, haben wir auch eine praktische Möglichkeit, die deutsche Energiewirtschaft effizienter zu machen.

Dazu muss jede(r) wissen, wie der eigene Stromhaushalt funktioniert, und herausfinden, wie viele Kilowattstunden Strom er oder sie pro Jahr „verbraucht“. Das steht auf der Stromrechnung, auch die Nummer, die mit jener des Zählers übereinstimmen muss. Bei falschem Anschluss wird etwas ganz anderes gemessen und auf Ihrer Rechnung angezeigt. Hängen womöglich noch andere Verbraucher am Zähler, die mit dem eigenen Verbrauch nichts zu tun haben, zum Beispiel die Treppenhausbeleuchtung oder das Licht im Fahrradschuppen, das jede Nacht brennt? So etwas ist in großen Wohneinheiten oder Altbauwohnungen durchaus möglich. Beim Abstellen aller eigenen Verbraucher darf sich das kleine Zählerrad nicht mehr drehen. Es muss auf der Stelle stehen bleiben, auch wenn Sie einige Tage weg sind!

Lernen Sie alle Verbraucher und Geräte kennen, die Ihren Zähler antreiben, und prüfen Sie deren Effizienz. Unsinnige Sparsamkeit wäre es, tagelang lieber zu stinken als zu duschen, weil der Durchlauferhitzer zu viel Strom braucht. Ineffizient ist es aber, eine 20 Jahre alte Gefriertruhe zu betreiben, in der sich nur eine Pizza und eine halbes Hähnchen befinden, oder einen 300-Liter-Boiler das ganze Jahr elektrisch auf 80 Grad zu beheizen, nur um sich dreimal am Tag die Hände zu

waschen. Schmeißen Sie raus, was Sie nicht tatsächlich brauchen, entfernen Sie sinnlose oder fremde Verbraucher aus Ihrem Stromkreis! Außerdem können Sie den Stromlieferanten wechseln. Für mich gibt es nur „Grün“ (Greenpeace Energy) oder „Blau“ (EWS Schönau), dann schaltet sich „Gelb“ fast von selbst ab!

Helmut Minkus (parteilos)

Ich lasse mich dampfstrahlen

Die oft gehörte Aufforderung zum Stromsparen und zu effizientem Verbrauch ist richtig, macht aber tendenziell den Falschen ein schlechtes Gewissen, solange unerwähnt bleibt, dass die Privathaushalte nur für gut ein Viertel des Stromverbrauchs verantwortlich sind, die Industrie hingegen für fast die Hälfte, Handel und Gewerbe für ein weiteres Siebtel und öffentliche Einrichtungen für ein Zwölftel; der Rest entfällt auf Verkehr und Landwirtschaft. Um von acht verbleibenden Atomkraftwerken nur eines abschalten zu können, müsste der private Verbrauch halbiert werden. Deshalb bringen uns Sparappelle dem Atomausstieg nicht näher.

Bleibt die Frage: Wie viele Stunden muss ich kalt duschen, um acht Euro einzusparen? Berechenbar ist das mit der Formel „Kosten gleich Leistung mal Zeit mal Tarif“. Mein Durchlauferhitzer vom Typ „Stiebel Eltron DHB 18“ leistet unter Volllast 18 Kilowatt. Der Basistarif der SWB beträgt brutto 23,13 Cent pro Kilowattstunde. Die Duschzeit berechnet sich (gemäß „Kosten durch Leistung durch Tarif“) zu acht Euro durch 18 Kilowatt durch 0,2313 Euro pro Kilowattstunde gleich 115 Minuten – pro Monat, also knapp vier Minuten pro Tag. Genosse Hugo Chávez im hitzigen Venezuela duscht nur drei Minuten täglich „und stinke auch nicht“. Hartz-IV-Bezieher im miefigen Deutschland können sich dampfstrahlen lassen! Die Acht-Euro-Warmwasserpauschale ist eine erneute Punktlandung der Regelsatz-Rechenkünstler in den Ministerstuben. Leider ist realistische Verbrauchsabschätzung in fast allen anderen Punkten des täglichen Bedarfs weitaus schwieriger.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

~~Stuttgart – 21~~: Wer mit Grube gräbt, fällt selbst hinein *(„Spiegel-Online“)*

Ein neuer Abschnitt des Kampfs gegen Atomkraftwerke beginnt

Die Umweltbewegung hat der Merkel-Regierung und den großen Energiekonzernen eine deftige Niederlage zugefügt. Dass nun acht AKWs stillgelegt werden, ist ein riesiger Erfolg aller, die in den letzten Monaten auf die Straße gegangen sind. Darauf können wir stolz sein! Das gibt eine Menge Energie und Mut zum Weiterzumachen, und es zeigt allen unzufriedenen Menschen, die bisher nur die Faust in der Tasche ballen, dass der gemeinsame Widerstand viel verändern kann. Konzerne und Regierung können eben nicht machen, was sie wollen, wenn die Bevölkerung sich einig ist und kämpft!

Das Gesetz zum „Atomausstieg“ ist ein Etappensieg – aber auch ein fauler Kompromiss, denn die gefährlichen AKWs sollen bis 2022 weiterlaufen. Die beschlossenen Gesetze sind im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung nicht akzeptabel! Erstens laufen die Atomkraftwerke noch zehn Jahre weiter. Es besteht also zehn weitere Jahre lang das Risiko eines Super-GAUs. Es gibt weitere Strahlenbelastung und weiteren Atommüll, der nicht sicher gelagert werden kann. Die Beschlüsse des Bundestages sind eine erneute Unterordnung unter die Energiekonzerne. So sollen erneuerbare Energien nur in Großprojekten wie Offshore- Windparks gefördert werden. Dazu müssen teure Stromfernleitungssysteme gebaut werden, die den Energiekonzernen wieder Monopolprofite zusichern.

Die Nutzung der Sonnenenergie wird hingegen regelrecht behindert, indem bei größeren Einspeisemengen die Erzeugerpreise gesetzlich sinken. Stattdessen sollen klimaschädliche Kohlekraftwerke ausgebaut werden. Von einer Energiewende der Bundesregierung kann keine Rede sein! Entsprechend kritisiert Uwe Hicksch von den „Naturfreunden Deutschlands“: „Wir werden nicht hinnehmen, dass wir noch bis zum Jahr 2022 mit der Gefahr eines Super-GAUs in Deutschland leben sollen. Die Anti-Atom- Bewegung wird jetzt einen Kampf um die Abschaltung jedes einzelnen Reaktors führen, bis der letzte vom Netz geht!“

Namhafte Umweltverbände wenden sich gegen das Verhalten der Grünen in Bundestag und Bundesrat. „Die Zustimmung der Grünen zum Atomgesetz der Bundesregierung ist fatal“, sagte Dirk Seifert, Energiereferent bei „Robin Wood“: „Obwohl in jedem Atomkraftwerk ein Super-GAU möglich ist, stimmen die Grünen dem weiteren Betrieb von neun Atomkraftwerken zu.“ Ähnlich äußerten sich die „Naturfreunde Deutschlands“, der BUND, die „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“, „Greenpeace“ und der „Naturschutzbund Deutschland“.

Um die Zustimmung des Parteitags zu erhalten, hat die Führung der Grünen ihre machtpolitischen Ziele mit Betrug durchgedrückt. Der Beschluss des Parteitags am 25. Juni 2011 lautete: „Wir wissen, der Atomausstieg ist bis 2017 seriös umsetzbar. Wir werden daher die Bundestagswahl 2013 zu einer Abstimmung über eine beschleunigte Energiewende machen. Im Falle einer grünen Regierungsbeteiligung werden wir die Rahmenbedingungen so ändern, dass das letzte AKW noch deutlich vor 2022 abgeschaltet wird.“ Fünf Tage später wurde dieser Beschluss einfach außer Kraft gesetzt. Am 30. Juni erklärte die Vize-Chefin der Bundestagsfraktion, Bärbel Höhn, in der „Rheinischen Post“: „Wenn wir 2013 mitregieren sollten, werden die Grünen an dem Zeitraum festhalten, dass bis 2022 der letzte Meiler abgeschaltet werden soll. Das heißt, wir werden den vorzeitigen Ausstieg 2017 auch nicht mehr als Zielsetzung im nächsten Wahlkampf haben.“

Damit haben die Grünen zum zweiten Mal nach 2001 das Vertrauen der Umweltbewegung missbraucht. Sie werden die entsprechende Quittung dafür erhalten! Für uns kann das nur heißen, weiter auf die eigene Kraft zu vertrauen, die entstandenen Bündnisse zu festigen, sich noch enger zusammenzuschließen und einen internationalen Widerstand zur Rettung der Umwelt vor der Profitgier aufzubauen. Ich möchte euch heute schon auf einen bedeutenden **Erfahrungsaustausch** aufmerksam machen, und zwar den „**Umweltratschlag**“ am **8. und 9. Oktober 2011** in **Gelsenkirchen**. Bisher gibt es bereits Kontakte zu Umweltaktivist(inn)en aus Europa, Südamerika und den USA, um das gemeinsame Handeln international zu fördern.

Außerdem möchte ich vorschlagen, den Erfolg und die Hartnäckigkeit gegen die unsoziale Politik, gegen die Atompolitik und gegen „Stuttgart 21“ bei ei-

nem gemeinsamen **Fest des Widerstands** zu feiern. Was haltet ihr davon? Zur **Vorbereitung** treffen wir uns am nächsten **Montag**, dem **18. Juli 2011**, nach dem „Schwabenstreich“ gegen **19:30 Uhr** im „**Seemannsheim**“ (Jippen 1).

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

336. Bremer Montagsdemo am 18. 07. 2011

Bundesweit Praxisgebühren verweigern!

Wir alle sind schon mal beim Arzt oder Zahnarzt gewesen und haben Praxisgebühren bezahlt. Die muss vom Millionär bis zum Sozialhilfebezieher jeder bezahlen, für jedes Quartal neu, maximal acht Mal pro Jahr. Doch was geschieht mit der Praxisgebühr, wer bekommt sie? Allein das Wort ist eine Lüge, denn es hat mit der Praxis beziehungsweise dem Arzt nur so viel zu tun, als dass er sie einkassieren muss. Trotz Protest der Ärzte durch ihre Kammer konnte die Einführung dieser Gebühr im Jahre 2004 nicht verhindert werden. Die Ärzte wurden zu Kassierern und Geldeintreibern für die Krankenkassen gemacht. Diese wiederum sind ein kleines „Marktsegment“ der allmächtigen Pharma- und Chemieindustrie.

Konzerne wie Monsanto, Syngenta oder Bayer streben an, in Zukunft Patente auf Lebewesen zu erhalten, und versuchen sich mit dem Slogan „Wir lösen den Hunger der Welt“ ein soziales Ansehen zu erwerben. Ihre Lösung ist es weltweit, Lebensmittel mit genmanipuliertem Saatgut zu erzeugen. Es ist eine skrupellose Wirtschaftsmacht, gegen die eine deutsche Ärztelobby nicht viel mehr ausrichten kann außer zu kooperieren. Gefragt ist hier wieder die Macht des mündigen, kritischen Bürgers, die Macht der Demonstranten auf den Straßen und Marktplätzen der Welt, der private Ungehorsam und Protest jedes einzelnen mutigen Bürgers, der sich nicht von Wirtschaftskriminellen verdummbeuteln lässt!

Lassen Sie sich nicht schon von der Arzthelferin abweisen, wenn Sie beim nächsten Praxisbesuch erklären, die Gebühr verweigern zu wollen. Der Arzt wird keine Schwierigkeiten machen, wenn Sie Ihn daran erinnern, dass es auch mal in seinem Interesse war, kein Kassierer zu werden. Sagen Sie Ihrem Arzt, dass es sich um eine bundesweite Aktion handelt, mit der erreicht werden soll, dass die Geldeintreiber sich direkt an jene wenden mögen, von denen sie Geld haben wollen: an die Patienten selbst. Dann werden die Kassen bald merken, ob sich für sie der Aufwand rechnet, von jedem Einzelnen zehn Euro einzufordern, wenn es überall massenweise zu Verweigerungen kommt.

Damit die Ärzte besser kooperieren, wurden ihnen kleine Zugeständnisse gemacht. Die kassierten Praxisgebühren dürfen sie tatsächlich behalten, als kleinen Vorschuss auf ihre Rechnungen, die ihnen die Krankenkassen zahlen müssen. Von den zu zahlenden Beträgen zieht die Kasse zehn Euro ab, und alle sind quitt. Eine weitere Vereinfachung für den willigen Arzt wurde erreicht: Sollte es aus irgendeinem Grund etwas schwierig werden, von einem Patienten die Gebühr zu erhalten, so braucht der Arzt in seiner Rechnung nur anzukreuzen „Patient hat Praxisgebühr nicht bezahlt“. Der Arzt bekommt dann ohne Probleme von der Krankenkasse seine volle Rechnung bezahlt. Das läuft heute per Computer-Abrechnungssystem so gut, dass niemand mehr auf die Idee kommt, die Praxisgebühr zu verweigern.

Dies wird umso wichtiger, weil noch eine weitere Gebühr dazukommen soll: Acht Euro pro Monat verlangen bereits einige Kassen wie die DAK. Angeblich haben sie so hohe Verluste wegen der steigenden Arzneimittelkosten. Diese Volksverdummung dürfen wir uns nicht mehr länger bieten lassen! Wir müssen unsere Ärzte dabei unterstützen, dass sie sich wieder auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können: Kompetente Dienste an ihren Patienten und keine Spendensammelei für skrupellose, profitorientierte Chemiekonzerne!

Helmut Minkus (parteilos)

Am **Samstag**, dem **23. Juli 2011**, gibt es in zahlreichen Städten einen bundesweiten dezentralen **Aktionstag** der **Kampagne für 10 Euro lohnsteuerfreien Mindestlohn und mindestens 500 Euro Eckregelsatz**. Auch die **Montagsdemo** am **25. Juli 2011** steht unter diesem Thema.

65 Euro für „Sozialtickets“ – oder normale Monatskarte zu 48,60 Euro für die ganze Familie?

1. Noch vor zwei Wochen wehrte sich Japan auf der Sonderkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde vehement gegen eine verbindliche Kontrolle der Meiler. Eine Woche später beugte sich die Regierung scheinbar den Protesten der Bevölkerung und ordnete „Stresstests“ für alle **Atomkraftwerke** im Land an. Knapp vier Monate nach der Katastrophe in Fukushima kündigte der japanische Ministerpräsident Naoto Kan an, stufenweise auf die Kernenergie verzichten zu wollen. Das bedeutet eine völlige Abkehr von der früheren Regierungslinie. Derzeit werden noch 30 Prozent des Strombedarfs durch Atommeiler gedeckt.

Doch nur einen Tag nach der angekündigten Kehrtwende in der Energiepolitik machte die japanische Regierung bereits wieder eine Rolle rückwärts und erklärte, dass der in Aussicht gestellte Atomausstieg nicht offizielle Regierungslinie sein könne. Eine Gesellschaft ohne Atomkraft sei lediglich eine „Hoffnung für die ferne Zukunft“. Ob da wohl die Atommafia ihre schmutzigen Hände im Spiel haben könnte? Nichtsdestotrotz musste Japan einen weiteren Aromreaktor nach einer Panne im Notfallsystem vom Netz nehmen. Dadurch soll sich die ohnehin schon kritische Lage bei der Stromversorgung Japans zusätzlich verschärfen. Um Engpässe im Sommer durch die starke Nutzung von Klimaanlagen zu vermeiden, riefen die Behörden Unternehmen und Verwaltungen im Raum Tokio auf, ihren Energieverbrauch zu reduzieren.

Nicht nur in Japan werden die Folgen der Reaktorkatastrophe in Fukushima munter verharmlost. Wenn Forscher im fernen Europa Importe aus Japan auf Radioaktivität untersuchen, liegen die gemessenen Werte immer weit unterhalb dessen, was als gesundheitlich bedenklich gelte. Mit dem durch Luftströmungen nach Bremen getragenen radioaktiven Material verhalte es sich genauso. Radioaktive Isotope gelangen nicht nur über die Luft, sondern auch über Meeresströmungen in weit entfernte Gebiete, doch würden sie, bis sie dort anlangten, vom Meerwasser verdünnt. Seit dem Atomunglück in Tschernobyl untersuchen die Experten der Landesmessstelle pro Jahr etwa 300 Proben von Futtermitteln, Obst, Gemüse, Fleisch und Fisch. Außerdem würden Oberflächen-, Grund- und Trinkwasser sowie Bodenproben aus der Region untersucht. Dabei wurden auch in Bremen Cäsium 134 und Cäsium 137 aus Japan nachgewiesen, aber wie gesagt nur in winzigen Mengen („Weser-Kurier“: „Die Spuren Fukushimas“, 14. Juli 2011). Weil wir davon überzeugt sind, dass Japan geflissentlich die radioaktive Belastung überall und nicht nur von Schulkindern messen lässt, können wir alle ganz unbesorgt sein und uns in der Gewissheit entspannen, dass Atomkraft so gefährlich doch gar nicht sein kann!

2. Einer Studie zufolge, die der MDR bei der „Gemeinnützigen Gesellschaft für Verbraucher- und Sozialberatung“ in Auftrag gegeben hatte, werden in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen jedes Jahr fast 70 Millionen Euro **Stromkosten** zu wenig an Hartz-IV-Haushalte ausgezahlt. Als Grundlage für die Berechnungen wurden die aktuellen Strompreise in den jeweiligen Ländern herangezogen. Es zeigte sich, dass eine vierköpfige Familie in Sachsen mit einem Fehlbetrag von bis zu 524 Euro im Jahr „leben“ müsse; in Thüringen sind es bis zu 346, in Sachsen-Anhalt 393 Euro. Singlehaushalte kommen demnach auf eine Unterdeckung von bis zu 177 Euro, leiden also am meisten. Wenn der günstigste Anbieter in Sachsen diese Leistung schon mit 435,20 Euro berechnet, der teuerste mit

498,63 Euro, dann kann auch ein Anbieterwechsel nichts nützen, da nach den viel zu geringen Fantasie-„Berechnungen“ des schwarz-gelben Gruselkabinetts nur lachhafte 321,80 Euro für Hausstrom für einen Singlehaushalt jährlich vorgesehen sind. Hartz-IV-Bezieher erhalten nicht nur zu wenig Geld, um ihre Stromkosten bezahlen zu können, sondern insgesamt!

3. Ein Jobcenter war der Meinung, Verwaltungsvorschriften gäben darüber Aufschluss, wie viel Platz der Mensch zum Leben und Wohnen mindestens braucht, und wollten deshalb nur Nebenkosten und Miete für eine Wohnfläche von 45 Quadratmeter übernehmen. Glücklicherweise klagte der Betroffene dagegen. Auch die Richter fanden, dass es ihre Aufgabe sei, die Angemessenheit der Wohnfläche zu bestimmen und bescheinigten alleinstehenden Hartz-IV-Beziehern einen Anspruch auf 50 Quadratmeter (Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 16. Mai 2011, Aktenzeichen L19 AS 2202/10). Für die Bemessung müssen die anerkannten **Wohnraumgrößen** für Berechtigte im sozialen Mietwohnungsbau zugrunde gelegt werden, die somit auch für Hartz-IV-Bezieher gelten. Leider ist das Urteil noch nicht rechtskräftig; der Senat ließ wegen der Bedeutung der Rechtsfrage die Revision zu.

4. Weil immer mehr Hartz-IV-Bezieher und Geringverdiener die Beerdigungen ihrer nächsten Angehörigen nicht mehr bezahlen können, stieg die Zahl der beantragten **Sozialbestattungen** innerhalb von vier Jahren um 38 Prozent. Seit die rot-grüne Bundesregierung 2004 das Sterbegeld aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen strich, mussten die Sozialämter 2009 in insgesamt 19.106 Fällen die Kosten für ein Begräbnis übernehmen, aber was zu einer würdigen Bestattung nach § 74 des SGB XII gehört, regeln die Kommunen eigenverantwortlich. Natürlich gehen die Meinungen darüber weit auseinander. Eine Einfachstbestattung kostet in der Regel etwa 1.200 Euro. Ob auch Grabschmuck, Trauerredner und Grabstein vom Amt zu bezahlen sind, hängt jedoch vom guten Willen oder, anders ausgedrückt, von der Finanzkraft der Kommune ab.

Im baden-württembergischen Heilbronn werden bis zu 3.500 Euro übernommen, in Berlin nur eine Pauschale von 750 Euro, worin die Kosten für den Sarg, die Aufbewahrung, Ausstattung, Einbettung, Überführung, Redner, Organist und Ausschmückung enthalten sein sollen. Wenn lebendige Hartz-IV-Bezieher von der Regierung bereits wie unwürdige Paria behandelt werden, die keinen Anspruch auf die im Grundgesetz verankerten Grundrechte hätten, dann dürfen wir uns nicht darüber wundern, wenn manch ein Armenbegräbnis eher an eine Entsorgung denn an ein Begräbnis denken lässt. Das werden auch die Hinterbliebenen so spüren müssen, und es wird den Schmerz um den verstorbenen nahen Angehörigen noch schüren.

5. Die Stadt Bremen prüft, nein: dementiert, das sogenannte **Sozialticket** für Busse und Bahnen zum Jahresende einzustellen. Offenbar verursachte das Angebot

zu hohe Kosten und wurde zu wenig angenommen. Was denn nun: Nicht nur „zu teuer“ für Hartz-IV-Bezieher, sondern auch für Bremen? Wie „annehmen“, wenn für erwachsene Hartz-IV-Bezieher lediglich etwa 15 Euro für Mobilität vorgesehen sind, das Pseudo-Sozialticket mit 25 Euro aber beinahe doppelt so viel kostet? Für Kinder und Jugendliche sind es zwar „nur“ 20 Euro, doch es kann nicht auf Familienmitglieder übertragen und auch schlecht von Erwerbslosen erworben werden, selbst wenn es für sie gedacht war. Welche alleinerziehende Mutter von zwei Kindern könnte es sich leisten, monatlich 65 Euro für Fahrkarten zu bezahlen? Da wäre es ja günstiger, eine normale Monatskarte für 48,60 Euro für alle zu kaufen!

Pech nur, wenn alle immer zur gleichen Zeit aus dem Haus gehen müssen, zur Schule, zur Ausbildung und zum 400-Euro-Job. Wenn ein Sozialticket sozial sein soll, dann darf es für Erwachsene nicht mehr als 15 Euro, für Kinder bis 13 Jahren nicht mehr als neun und für Jugendliche ab 14 Jahren nicht mehr als 10,50 Euro kosten, weil Kindern nur 60 und Jugendlichen nur 70 Prozent des Regelsatzes für Erwachsene zugebilligt werden! Für so wenig Geld gibt es keine Monatskarten? Stimmt, wenn der Staat nicht einspringt. Aber ALG-II-Beziehern und ihren Kindern wird nun mal nicht mehr zugestanden. Wenn Politiker sich nicht um das Kennenlernen der Realität bemühen, die sie ihren Bürgern zumuten, dann können sie ihre Hausaufgaben nur vollkommen ungenügend auf dem Level eines Schildbürgerstreiches aus dem Wolkenkuckucksheim heraus machen. Sozial ist etwas anderes!

6. Weil sich Hunderte Kinder und Jugendliche gegen die Schließung ihrer Zentren und Treffpunkte wehren wollten und nicht verstehen konnten, dass dort über ihre Angelegenheiten beschlossen werden sollte, ohne sie anzuhören, gingen sie zur Ratssitzung nach Neukölln. Dabei wurde ein Jugendlicher im Rathaus urplötzlich und ohne besonderen Anlass von zwei Zivilpolizisten angegriffen, die ihn gegen die Wand schubsten, auf den Boden warfen und ihm Handschellen anlegten. In diesem Berliner Bezirk ist von etwa 312.000 Einwohnern ungefähr jeder vierte Erwerbsfähige arbeitslos. Neuköllner(innen) verfügen im Durchschnitt über ein Einkommen zwischen 700 und 800 Euro, ihre Kinder schafften 2008 zu rund 70 Prozent keinen Hauptschulabschluss. SPD-Bürgermeister Heinz Buschkowsky ist als Kolumnist der regionalen „Bild“-Ausgabe bestens bekannt und steht Sarrazins Thesen zumindest nicht sehr fern.

Auf diese Weise wird die soziale Frage vorschnell zu einer Migranten- und Einwanderungsfrage, was offenbar bei rechten Parteien gut ankommt. Buschkowsky warf kürzlich der Jugendstadträtin seines Bezirks, Gabriele Vonnekold, „Misswirtschaft und mangelnde Kommunikation“ vor, weil in ihrem Etat 2011 mehr als vier Millionen Euro Defizit zu erwarten seien. Nach Gutsherrenart kündigte Buschkowsky als Finanzstadtrat am 30. Juni 2011 vorsorglich 68 Einrichtungen der **Jugendhilfe** zum 30. September, darunter 25 allgemeine Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, 15 Schulstationen und acht sonderpädagogische Projekte.

Vor Beginn einer Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung protestierten Hunderte Kinder, Jugendliche und Sozialarbeiter vor dem Neuköllner Rathaus und forderten die sofortige Rücknahme der Streichorgie. Die Proteste zeigten einen ersten Erfolg, weil die Kündigungen zurückgenommen werden sollen, wenn auch nur befristet. Gehen Demokratie und Sozialabbau Hand in Hand?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Trauerspiel „Bildungspaket“

In Bremen gibt es bei „Bildung und Teilhabe für Kinder und junge Erwachsene bis 25 Jahre“ die Blaue Karte! Ich habe letzten Montag die vielen Steine auf dem Weg zur Leistungsbewilligung angesprochen. Der Blauen Karte liegt auch ein blaues A4-Blatt bei, die „Hinweise zum Bildungspaket/Hinweise zur Blauen Karte“, Stand Mai 2011. Zum Schluss wird darauf hingewiesen, dass die Blaue Karte zeitlich begrenzt ist und nach Ablauf des Bewilligungszeitraums neu beantragt werden muss. Allerdings ist kein Feld für den Eintrag einer Befristung vorgesehen, auch der Folgeantrag für ALG II enthält kein entsprechendes Feld. Eine schöne Werbung ist auf der Seite der Senatorin für Bildung anzuschauen, aber die Fakten sind einfach nur angerissen. Hoffentlich schauen die Kinder richtig hin, sonst werden unerfüllbare Wünsche geweckt!

Bei mir wurde die Hoffnung geweckt, dass die Kinder diese Blaue Karte nur der Schulsekretärin zeigen müssen, die alles andere regelt, aber ein Ergebnis der Besprechung über die Umsetzung für die Schulen am 12. April 2011 wurde nicht veröffentlicht. Also einfach los, den Antrag stellen und damit die Ansprüche sichern! Die zehn Euro monatlich für Teilhabe lassen sich ansparen, die Verwendung kann später bestimmt werden, aber ohne Antrag verfallen diese Beträge jeden Monat. Bitte lassen Sie sich nicht von dem Behördendeutsch abschrecken! Auch hier sind die Rahmenbedingungen unlogisch, daher nicht gerichtsfest. Sie können den Antrag auch formlos stellen. Noch alles klar? Wie dies geht? Wir gehen mit!

Es gibt auch etwas ohne Antrag, so steht es auf dem oben erwähnten Hinweisblatt unter Punkt 3: „Leistungen für den persönlichen Schulbedarf von 70 Euro (1. August) beziehungsweise 30 Euro (1. Februar) werden vom Jobcenter und vom Amt für Soziale Dienste (Sozialzentrum) *ohne* gesonderte Antragstellung/Nachweis geleistet und auf Ihr Konto überwiesen. Für Jugendliche, die älter als 16 Jahre sind, ist eine Bescheinigung der Schule über den Schulbesuch vor-

zulegen.“ Der 1. Februar 2011 ist Vergangenheit, alle Leistungen des „Bildungs- und Teilhabepaketes“ konnten rückwirkend zum 1. Januar 2011 beantragt werden. Für die am 1. Februar *ohne* Antrag fälligen 30 Euro wurde der Kreis der Berechtigten erweitert. Wurde dieser Betrag zum Beispiel an die Kinder von Asylbewerbern nachgezahlt? Falls nicht, stellen Sie einfach jetzt den Antrag auf Bildung und Teilhabe und ergänzen Sie formlos oder zusätzlich auf das Formblatt: „plus Schulbedarf von 30 Euro, die zum 1. Februar fällig waren“. Bitte sagen Sie es weiter!

Fazit: Es ist ein trauriges Theater, aber erst der erste Akt! Es fehlt noch jegliches Angebot für die Teilhabe. Wo gibt es einen Sportverein für zehn Euro monatlich, der Gutscheine nimmt? Welches Theater, welches Ausflugsschiff nimmt Gutscheine? Wer rechnet Schwimmbad, Kino, Klavierunterricht auf Gutscheinbasis ab? Dazu steht überhaupt nichts in den Hinweisen, also gilt es, die Möglichkeiten zu entdecken. Wer bereits Geld dafür ausgibt, sollte genau diese Leistung beantragen! Das Gutscheinproblem muss die Behörde lösen, denn bei der Nachhilfe wird ebenfalls der Gegenwert an den Anspruchberechtigten ausgezahlt. Es geht! Noch alles klar? Wie dies geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Wir sind Hartz-IV-Gemeinde, wir wehren uns!

Sehr geehrte Sachbearbeiter(innen), liebe Mitmenschen der Jobcenter, Arge und Arbeitsagenturen! Hiermit möchte ich Sie in freundlicher Weise auf Verletzungen der Menschenrechte hinweisen, die die Vereinten Nationen in der Bundesrepublik festgestellt haben. Sie finden täglich in Ihrem Hause statt. Es betrifft Ihre Arbeit mit Ihren Kund(inn)en, die Sie im Auftrag der Regierung nicht menschenwürdig verwalten. Sie verstoßen in Ihrer ergebenen Pflichterfüllung gegen die international anerkannten Menschenrechte der Vereinten Nationen. Bitte lesen Sie selbst, welche Punkte, die Ihre Arbeitsweise betreffen, die UN bemängeln! Fragen Sie sich, ob Sie weiterhin diese menschenverachtende Vorgehensweise, die man von Ihnen erwartet, unterstützen werden!

Bedenken Sie aber, dass Ihnen der Gesetzgeber verbietet, sich dagegen aufzulehnen – dieser Sachverhalt ist ebenfalls von den UN bemängelt worden, weil

er die freie Meinungsäußerung einschränkt und damit gegen ein Menschenrecht verstößt. Sie sind also auch selbst von dem menschenverachtenden System betroffen! Verwaltung und Kund(inn)en sitzen quasi in einem Boot. Fragen Sie sich als Mensch, ob Sie weiterhin im Namen der Regierung anderen Menschen durch gravierende materielle Sanktionen psychisches und physisches Leid antun werden! Fragen Sie sich, ob Sie weiterhin Menschen unter Androhungen von gravierenden materiellen Sanktionen demütigen werden! So wie es sich mir nun darstellt, wäre das ein Tatbestand der Nötigung, nach geltendem internationalen Menschenrecht sowie der deutschen Verfassung, denn „die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Bitte stellen Sie rechtzeitig fest, ob sich gegebenenfalls eine Strafanzeige wegen Nötigung gegen die Arbeitsvermittler(innen), gegen Arbeitsministerin von der Leyen oder gar gegen die Bundesrepublik richten soll. Verzichten Sie besser gleich auf die Ausübung von Gewalt über Menschen! Hören Sie auf Ihre Seele und auf Ihr Herz, das sind die besten Ratgeber. Ich erachte es als äußerst erstrebenswert an, dass in dieser Sache Verwaltung und Kund(inn)en zusammen agieren und sich nicht noch mehr Fronten auftun. Denn nur so entwickeln sich menschenfreundliche Lösungen, wie sie einer demokratischen Kulturlandschaft entsprechen. Mit freundlichen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Deutsches Kapitalinteresse nach Absicherung „seiner“ Ressourcen

Bremer Waffen, Bremer Geld morden mit in aller Welt! Kurz nachdem die geplante Panzerlieferung an Saudi-Arabien bekannt geworden war, die mit Recht viel Empörung ausgelöst hat, kündigte Kanzlerin Angela Merkel bei ihrem Besuch in Angola ein weiteres skandalöses Rüstungsgeschäft an: Die Bremer Kriegsschiffswerft Lürssen wird sechs bis acht Schnellboote zu einem Stückpreis zwischen zehn und 25 Millionen Euro an das korrupte Regime des Diktators José Eduardo dos Santos liefern. Angeblich sollen die Patrouillenboote dem Schutz vor „Piratenüberfällen“ an der angolanischen Küste und der Sicherung einiger Offshore-Windkraftanlagen dienen. In Wahrheit geht es um Öl, Diamanten und Mineralien – und um die Machtabstützung des Regierungsclans. Diese Militärunterstüt-

zung dient natürlich auch dem deutschen Kapitalinteresse nach Absicherung „seiner“ Ressourcen.

Die jüngsten, auch medialen Initiativen Berlins für Rüstungsexporte untermauern die aktive deutsche Kriegs- und Bürgerkriegsbeteiligung. Mit ihren Ausfuhrgenehmigungen – veranlasst durch einen dubiosen „Bundessicherheitsrat“ am Parlament vorbei – betreibt die Bundesregierung eine offensive Waffenexportpolitik. Es ist bekannt und von Sipri bestätigt, dass Deutschland einer der größten Rüstungsexporteure der Welt ist. Es ist gelogen, wenn behauptet wird, Rüstungsexporte würde besonders scharf kontrolliert. Kein Zweifel, die Lürssenschen Schellboote sind wieder mal ein „schlagender Beweis“ dafür, dass die Bundesrepublik seit ihrer „Wiedervereinigung“ mit der DDR zu einer bedrohlichen und gefährlichen Kriegsmacht mutiert ist!

Die Lieferung der Schnellboote ist Teil der seit Jahren geübten Praxis der Bundesregierung, Militärstrukturen in ganz Afrika aufzubauen, um kriegerische Operationen zur Durchsetzung einer prowestlichen Ordnung auf dem Kontinent von einheimischen Soldaten ausführen zu lassen. Dies soll Kosten sparen und das Leben deutscher Soldaten schonen – frei nach dem verwerflichen Motto „Hannemann, geh du voran!“ Nicht unerwähnt bleiben soll hier noch, dass alle Kriegsschiffsprojekte nach einer gemeinsamen Erklärung Berlins mit dem „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI) zustande kommen. Federführend ist dabei Friedrich Lürßen, der Vorsitzender des BDI-Ausschusses „Verteidigungswirtschaft“ ist. Wer Kriegsschiffe, Kampfpanzer und alles andere aus dem militärischen Tötungsarsenal liefert, sollte wissen, dass all dieses Kriegsgerät bei Verletzungen von Völker- und Menschrecht zum Einsatz kommt. Der bundesdeutsche Regierungsclan muss aufhören, auf Wunsch der Waffenlobbyisten wie Friedrich Lürßen Rüstungsgeschäfte zu betreiben!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“) – siehe gekürzt „Tageszeitung Bremen“

Bei Katastrophe Nachrichtensperre

Seit sieben Jahren kämpfen wir gegen die Hartz-Gesetze und sind damit Teil des weltweiten Widerstands gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen vieler für die Profite weniger. In Ostafrika sind über zehn Millionen Menschen vom Hungertod bedroht, Ursache ist das weltweite kapitalistische System. Auch die Klimakatastrophe ist kein unabänderliches Naturereignis! Der Indische Ozean hat sich in 30 Jahren um zwei Grad erwärmt, eine wesentliche Ursache fürs Ausbleiben der Regenzeiten. Außer Maximalprofit zählt eben nichts bei der Art dieser Produktion!

Vor allem Somalia, Äthiopien und Kenia sind betroffen, in deren aufgegebenen Gebieten die Imperialisten ihren atomaren Abfall lagen. In Äthiopien wird

an europäische und asiatische Großinvestoren Land verkauft. Die einheimischen Bauern werden von ihren Regierungen vertrieben, Agrarmonopole bauen Blumen für den europäischen Markt an statt Getreide. In Kenia kostet ein Sack Mais heute dreimal so viel wie vor einem Jahr. Es gibt Hungerkatastrophen auf der ganzen Welt bei gleichzeitigen Rekordernten. So verfault ist das kapitalistische System!

Auch die Katastrophe von Fukushima war kein Naturereignis, bis auf das Erdbeben, die Folgen aber nicht. Sie wussten, was sie tun, als sie Atomkraftwerke ins Erdbebengebiet bauten! In den USA sind Reaktoren vom Hochwasser eingeschlossen. Der Missouri hat höchsten Pegel, was mit der Klimakatastrophe zusammenhängt. Die kommt nicht einfach so oder „von Gott“, sondern hat ihre Ursache in der systematischen Umweltzerstörung durch die kapitalistische Großproduktion. Was macht die zuständige Regierung? Obama verhängt eine Nachrichtensperre! Los Alamos war von einer Feuerwalze eingeschlossen, jetzt Hochwasser am Missouri, im Canyon lagern Plutoniumabfälle: Die Folgen noch nicht absehbar!

In Frankreich ist die Atomablehnung von einer kleinen Minderheitenposition auf 77 Prozent gestiegen. Die Hauptgefahr ist zu meinen, es werde sich jetzt alles schon regeln. Die Regierung betreibt Einlulltaktik, sie ist nicht überzeugt, sondern wartet darauf, dass Gras über die „Störfälle“ gewachsen ist. Jetzt wollen sie einen der acht abgeschalteten Meiler als „Kaltreserve“ in den Standby-Betrieb fahren. Bis 2022 ist es noch viel zu lange hin!

Vor zwei Jahren fragten sich selbst konservative Kreise angesichts der Megakrise, ob der Kapitalismus das Richtige sei. Heute droht eine noch viel tiefere Krise, wenn der Euro fällt und ein Land wie die USA, Italien oder auch nur Griechenland zahlungsunfähig wird. Dennoch wird so getan, als sei „alles klar auf der Andrea Doria“. Nichts haben die im Griff, weder die Wirtschaft noch die Umwelt und schon gar nicht unser Leben! Deswegen müssen wir uns selbst erheben und weltweit die Diskussion offen führen, mit welcher Strategie wir zu lebenswerter Gegenwart und Zukunft kommen. Wir laden alle ein, mit uns beim **Widerstandsfest** (voraussichtlich am **10. September 2011**) und natürlich jeden Montag diese Debatte zu führen und voneinander zu lernen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Limerick der Vorwoche

Es weckten aus süßem Schlummer den Sarrazin
Stets düstere Klagerufe des Muezzin:
Du machst mir täglichen Kummer, mein Sohn!

Darüber schrieb er zornig ein Buch voller Hohn.
Die Kopftuchmädchenvisionen sind alle drin!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

337. Bremer Montagsdemo am 25. 07. 2011

Staatlich gezielt geförderte Verelendung durch „Arbeitsvermittlung“

1. Es verwundert nicht, dass in Japans Supermärkten deutlich mehr radioaktiv kontaminiertes Fleisch im Kühlregal lag als bisher angenommen. Allen Ernstes sollen mehr als 400 Rinder aus der Präfektur Fukushima in andere Regionen des Landes geliefert worden sein. Da sich die Bevölkerung nicht länger für dumm verkaufen lässt, nimmt die Angst vor radioaktiv kontaminiertem Rindfleisch nach weiteren Funden zu. Japan hat bisher kein zentrales System zur Prüfung von Radioaktivitätswerten in Nahrungsmitteln eingeführt und will erst jetzt ein Verbot für Rindfleisch aus Fukushima verhängen. Wenigstens in den Augen der japanischen Regierung sei es als positive Zwischenbilanz zu verbuchen, dass die Vorbereitungen zur Stilllegung der Ruine Fukushima I wie geplant laufen und das Atomkraftwerk spätestens im Januar 2012 abgeschaltet werden kann, wenn das Uran der Reaktoren nicht länger das Kühlwasser erhitzen und ein sogenannter “cold shutdown” erreicht werden könne.

Der Regierungschef setzte bereits seine rosarote Brille auf und versicherte den Abgeordneten, es werde sich bereits auf das Ende der Krise zubewegt. Er fantasierte wegen des von der Betreiberfirma Tepco eingerichteten provisorischem Kühlsystems schon von einem „zweiten Etappensieg“. Anstatt die Menschen zu evakuieren, wird die lauernde Gefahr der tödlichen Strahlung nach wie vor heruntergespielt, wenn bis Januar darüber entschieden werden soll, ob die in Sicherheit gebrachten rund 80.000 unmittelbaren Nachbarn des Kraftwerks in ihre Häuser zurückkehren können. Zwei Tage später empfiehlt die Regierung weiteren Haushalten in der Nähe des havarierten Atomkraftwerks Fukushima eine Evakuierung und erwägt sogar, die Menschen wegen der hohen Strahlenbelastung dazu zu zwingen, ihre Häuser zu verlassen. Dieses Hin und her wirkt in meinen Augen nicht wie ein vernünftiger Plan, mit dem die Bevölkerung geschützt würde, sondern wie ein blindes Herumagieren, während Handlungskompetenz gefragt ist.

2. Obwohl die Wirtschaft doch wahnsinnig boomen soll und Gewinne wie Vermögenseinkommen nur so sprudeln, haben dennoch die unteren Einkommensschichten immer weniger Geld in der Tasche, weil bei ihnen eben nichts davon ankommt. Zwischen 2000 und 2010 sanken die realen Nettogehälter um durchschnittlich 2,5 Prozent. Dies betraf besonders die drei untersten Einkommensschichten, deren Nettolöhne preisbereinigt seit 2000 um ganze 16 bis 22 Prozent sanken. Demnach kam bei den meisten Erwerbstätigen rein gar nichts von dem Wirtschaftswachstum an, im Gegenteil: Sie mussten reichlich „Federn" lassen. Dank Schwarz-Gelb und genauso auch Rot-Grün driftet die Gesellschaft immer weiter auseinander. Das Arbeiten scheint sich rein finanziell nur für die zu lohnen, die ohnehin alles haben und dafür eh nicht arbeiten müssen. Weil es keinen flächendeckenden, auch im Alter armutsfesten **Mindestlohn** gibt, der diesen Namen auch verdient, können sich der Niedriglohnsektor und die Leiharbeiter-Beschäftigung wie ein streuendes Krebsgeschwür unverhältnismäßig ausbreiten! Die vier Regierungsparteien sind alle gleichermaßen an der Umverteilung von unten nach oben beteiligt, weil sie alle irgendwann ihre Finger dabei im Spiel hatten, sei es bei der Senkung der Unternehmenssteuern und des Spitzensteuersatzes sowie der niedrigen Steuerbelastung auf Gewinnen und Vermögen – oder eben bei der großen Lohnsteuerbelastung für untere Einkommen.

Die sozialdemokratisch-olivgrüne Bundesregierung erhöhte im Zuge der weiteren Zerschlagung der Tarifverträge und sogenannten Hartz-Reformen den Druck auf Arbeitslose, jede Arbeit anzunehmen zu müssen, und sei sie noch so schlecht bezahlt. Egal, welch „edle" Motive dafür herhalten sollen, „die Menschen in Arbeit zu bringen": Fakt ist doch, dass von der staatlichen Arbeitsagentur immer mehr Erwerbslose in Billigarbeit und Unterbezahlung befördert werden, was in meinen Augen einer staatlich gezielt geförderten Verelendung weiter Bevölkerungsanteile gleichkommt! Die Politik hat die „Reformschraube" eindeutig überdreht. Ich wünsche mir von Herzen echte Gewerkschaften, die wissen, dass sie die Arbeitnehmer vertreten sollen! Selbst der sogenannte Wirtschaftsweise Peter Bofinger kritisierte, dass die (Lobby-)Politik dieser (Abwärts-)Entwicklung tatenlos zuschaue. Da die meisten Menschen merken, dass der sogenannte Aufschwung an ihnen total vorbeigeht, sei diese dürftige Lohnentwicklung ein Grund für „Wutbürgertum", das sich weniger gegen die Unternehmen richte als vielmehr gegen den Staat und die Politik.

3. Weil eine 49-jährige Bonnerin Käse im Wert von 3,18 Euro an einer Supermarktkasse vorbeischmuggeln wollte, muss sie nun für zwei Monate in den Knast. Da die ehemalige Krankenschwester einschlägig vorbestraft sei, komme für das Bonner Amtsgericht eine Geldstrafe oder Strafe zur Bewährung nicht mehr in Frage. In seiner Urteilsbegründung betonte der Richter, dass es ihm „keinen Spaß" mache, jemanden wegen zwei Stück Käse die Freiheit zu entziehen, doch habe die Frau schon „viele Chancen nicht genutzt": Ihr Vorstrafenregister zähle demnach 25 Eintragungen (nicht Vorstrafen). Kennt er ihr Leben und weiß er, welche

Möglichkeiten sie wirklich hatte? Wie sieht es mit der sozialen Kompetenz des Richters aus? Er kam wohl nicht auf die Idee, dass es sich möglicherweise eher um eine Form von Kleptomanie handeln könnte als nun gerade „Spaß“ an einer Straftat. So könnte ein Therapieangebot vielleicht mehr Sinn ergeben. Eventuell braucht sie dieses Risiko, ertappt zu werden, um sich „selbst fühlen“ zu können?

Schließlich hat auch der **Diebstahl** als neues „Hobby“ der frustrierten Reichen mehr Zulauf als jede Trendsportart. Aber wahrscheinlich fiel dem Richter auf, dass die Bonnerin keine Dame der Gesellschaft ist, die, vom Wohlstand gelangweilt, keine Verantwortung trägt und deswegen nicht mit einer perfekt manikürten Hand, an deren Ringfinger ein Platin-Ehering steckt, mal eben einen Parfum-Flakon umfasst und ihn diskret-unauffällig in ihrem Valentino-Abendhandtäschchen für 1.200 Euro verschwinden lässt. Der Name der Klientin wird natürlich nicht genannt, doch ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass ihr Gemahl nicht Klaus Zumwinkel, Peter Hartz oder Jürgen Schneider heißt und nicht als Geschäftsführer oder Manager für Hypo Real Estate, Sachsen-, Bayern- oder West-LB Millionenfinanzschaden anrichtete. Wenn solche Leute mehrmals ein paar Milliarden Euro verzocken, die der Steuerzahler locker aus der Portokasse wieder ausgleichen kann, dann ist es ja etwas anderes. Aber so, bei einem profanen Stückchen Käse – nein, das ist nun wirklich völlig unangemessen, da müssen alle Register gezogen werden, damit auch der Abschreckungscharakter gewahrt bleibt!

4. Nach der Aussetzung von Kriegs- und Zivildienst rechneten etliche Erwerbslose schon lange damit, dass sie irgendwann zu einem „**Freiwilligendienst**“ zwangsverpflichtet werden könnten. Das Wort *freiwillig* wird missbraucht, wenn Erwerblose da reingepresst werden! Nun sollen Tausende Sozialhilfebezieher mit finanziellen Anreizen gelockt werden und von ihrem Taschengeld nicht mehr nur 60, sondern 175 Euro behalten dürfen. Ich empfinde dieses Ansinnen als eine bodenlose Frechheit! Anstelle der zumeist nicht dafür ausgebildeten Erwerbslosen sollen gefälligst Altenpfleger oder Sozialpädagogen für diese anspruchsvolle Arbeit, die eine hohe physische und psychische Belastbarkeit erfordert, anständige Löhne gezahlt bekommen. Hier nur angelernt schwer arbeiten – und dann trotzdem noch der menschenverachtenden Verfolgungsbetreuung durch Stigmatisierung, Diskriminierung und Gängelei ausgeliefert sein?

Nichts da! Warum „müssen“ wichtige Aufgaben im sozialen Sektor immer an Billig- und Kostenloskräfte ausgelagert werden? Weil aus neoliberaler Sicht soziale Arbeit, durch die kein materieller Profit geschaffen wird, offenbar keinerlei Kompetenz erfordere und von jedem sofort machbar sei? Tatsächlich sind Alten- und Krankenpfleger Ausbildungsberufe und können nicht einfach durch eine sechswöchige oder dreimonatige Schulung „gelernt“ werden. Empathie ist “out”, außer natürlich für marode Bankster! Wenn Job-Center keine Arbeit zu vermitteln haben, locken dann Flop-Center mit Freiwilligen-Arbeit? Wie wäre es, wenn Erwerbslose regulär angestellt und ausgebildet dort arbeiten, wenn denn so viel Ar-

beit da ist? Kein Geld? Hier wäre es doch erheblich sinnvoller angelegt als bei der 20-Milliarden-Bareinlage für Griechenland! Die einen füllen sich völlig maßlos ihre Taschen, während die anderen für einen Apfel und ein Ei arbeiten sollen? Oh nein!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Wo bleibt die Normenkontrollklage aus Berlin und Brandenburg?

Zum Thema Normenkontrollklage in Sachen Regelsatz meinte vor einigen Tagen ein guter Freund von mir – wobei er sich auf die Forderung der „Linken“ aus Nordrhein-Westfalen bezog, die Regierungskoalition aus SPD und Grünen solle diese Klage einreichen –: „Wenn man mit einem Finger auf andere zeigt, dann zeigen drei Finger auf einen selbst.“ Er meinte damit das Verhalten der Linkspartei in Brandenburg und Berlin, wo diese Partei selbst in einer Regierungskoalition mit der SPD sitzt. Auch hier hätte man die Möglichkeit, diese von anderen Parteien geforderte Normenkontrollklage zu den Hartz IV-Änderungen einzureichen.

Hier hätte die SPD mit allen Mitteln gefordert werden müssen! Ich habe allerdings noch keine öffentliche Aufforderung gelesen, die sich an den Koalitionspartner SPD in Berlin oder Brandenburg richtet, um dieses Ziel zu erreichen. Für Millionen Hartz-IV-Bezieher könnte es um Milliarden von Euro gehen, die sie verlieren, wenn diese Klage nicht schnell genug gestellt wird. Wir haben das bereits beim Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 erlebt: Eine rückwirkende Neuberechnung zum 1. Januar 2005, dem Beginn der Hartz-IV-Zeitrechnung, erfolgte nicht. Soll das jetzt wieder passieren? Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein, wohl auch das der Parlamentarier der Linkspartei. Allerdings dürfte auch das Bewusstsein der Hartz-IV-Bezieher geschärft sein, wenn sie das nächste Mal bei den Wahlen ihr Kreuzchen machen!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Große Organisationen versagen Unterstützung:
In 54 Städten Protest gegen Billiglohn
und Hartz IV *(„Neues Deutschland“)*

Das „Jobwunder“, eine Armutsfalle

1. Die Zahl der armen Menschen wächst, obwohl die offiziellen Arbeitslosenzahlen in Deutschland zurückgehen. Wie kann das sein? Nach Angaben des Statistischen Bundesamts stieg die Anzahl der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik innerhalb eines Jahres um 322.000 auf 30,9 Millionen. Rund drei Viertel dieses Anstiegs gehen auf die Zunahme der Zahl der Leiharbeiter, Teilzeitjobber und befristet Beschäftigten zurück: Sie stieg im gleichen Zeitraum um 243.000 auf 7,84 Millionen an. 38 Prozent des Jobanstiegs machen befristete Arbeitsverhältnisse aus, 57 Prozent neue Leiharbeiterstellen.

Die Leiharbeit hat auch in Bremen deutlich zugenommen. Über 11.000 Menschen müssen sich mit Vollzeitstellen abfinden, bei denen sie laut Studie des DGB Bremen rund 50 Prozent weniger verdienen als andere Vollzeitbeschäftigte in der Region. Viele Leiharbeiter können von diesem Job mit einem Verdienst zwischen 1.100 und 1.500 Euro brutto nicht selbständig leben. 4.000 sind deshalb als „Aufstocker“ auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Zahlreiche Unternehmen bezahlen ihren 400-Euro-Kräften nur fünf Euro pro Stunde und sparen sich Sozialabgaben und Steuern. Die Geringverdiener haben heute bis zu 22 Prozent weniger in der Tasche als vor zehn Jahren.

Minilohn führt zur Minirente: Nach einer Studie des Sozialverbands VDK machte die gesetzliche Rente 1996 nach 45 Jahren Einzahlung 70 Prozent des letzten Bruttogehalts aus. 2030 werden es durch den Lohnabbau nur noch 43 Prozent sein. Dazu kommt, dass die wenigsten Beschäftigten aufgrund von Arbeitslosigkeit 45 Jahre arbeiten können. Auf der anderen Seite gibt es aber auch einige wenige große Gewinner: Während weltweit Armut und Hunger wachsen, haben 1.210 Milliardäre ihr Vermögen in der Weltwirtschaftskrise auf 4,5 Billionen Euro noch gesteigert!

Die Massenproteste und -streiks in Europa haben in den letzten Monaten deutlich zugenommen. Vor allem die Menschen in Südeuropa sind nicht mehr bereit, die Zeche für die Umverteilung des Reichtums auf Kosten der Masse der Bevölkerung zu bezahlen. Die Montagsdemo in Bremen steht solidarisch an der Seite des Widerstands in Griechenland, Spanien und Portugal. Von ihm können wir viel lernen!

Wir beteiligen uns heute am bundesweiten Aktionstag für einen lohnsteuerfreien Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde und einen Eckregelsatz von 500 Euro pro Monat für Hartz-IV-Betroffene. Das kann aber nur ein Zwischenschritt sein, um die Hartz-Gesetze komplett zu Fall zu bringen: Wir wollen eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes I und seine unbegrenzte Fortzahlung für die Dauer der

Arbeitslosigkeit! Wir brauchen höhere Löhne und Gehälter und die Umwandlung von Leiharbeitsverträgen in Festverträge! Und wir kämpfen für neue Arbeitsplätze auf Kosten der Profite: Die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich kann Millionen Arbeitsplätze erhalten und neu schaffen!

2. Die internationalen Energiekonzerne halten trotz der jüngsten Katastrophe und den weltweiten Protesten an der unbeherrschbar gefährlichen Atomenergie fest. Ihre Pläne wurden am 5. Juli 2011 in der britischen Zeitung ”The Economist“ veröffentlicht. Kein Zufall, dass davon in Deutschland nichts zu lesen ist. Unter dem Titel „Ein Schritt zurück, zwei Schritte vorwärts“ gehen sie davon aus, dass Deutschland und Japan Ausnahmen von der Regel sind, wonach die Atomkraft weltweit weiter ausgebaut werden soll. Der nukleare Skeptizismus, den andere Regierungen signalisiert haben, bedeute nicht, dass ihre Begeisterung für die Atomkraft aufgebraucht sei. Allein die zehn führenden Staaten in der Atomenergie würden ihre gegenwärtige Kapazität von 320 Gigawatt auf 405 Gigawatt ausbauen, ein Zuwachs um 27 Prozent. In Wirklichkeit sei die Zunahme noch größer, da immer mehr Staaten, unter anderem in Afrika und Osteuropa, ebenfalls Interesse an AKWs zeigen, sodass man von einer Art Renaissance sprechen könne.

Es ist einfach menschenverachtend, wie die kapitalistische Profitgier nicht nur in Japan über Leichen geht! In den USA ist gegenwärtig das AKW Fort Calhoun im Bundesstaat Nebraska akut bedroht. Seit Wochen ist es vom Hochwasser des Missouri eingeschlossen. Die internationale Atomenergiebehörde (IAEA) meldet einen „katastrophalen Verlust der Kühlung“. Wenn sie 80 Stunden ausfällt, beginnt das Kühlwasser zu kochen und zu verdampfen. Bei diesem Reaktor handelt es sich um eine Kopie des Siedewasserreaktors in Fukushima. Die internationale Atomenergiebehörde kritisiert, dass die Obama-Regierung eine „totale und vollständige Nachrichtensperre“ für sämtliche Informationen bezüglich des Atomkraftwerks verfügt habe. Die Methode der Vertuschung und Desinformation wird weltweit eingesetzt.

Die japanische Regierung will die stillgelegten AKWs so bald wie möglich wieder hochfahren, um die Energieknappheit zu beenden. Gegenwärtig sind nur 19 von 54 AKWs in Betrieb, weil sie beschädigt wurden oder als Vorsichtsmaßnahme. Um die Sicherheitsbedenken der misstrauisch gewordenen Bevölkerung zu zerstreuen, hat die Regierung „Stresstests“ nach europäischem Vorbild angeordnet. Sie teilte am 11. Juli – genau vier Monate nach der Kernschmelze in drei Reaktoren – mit, dass die AKWs wieder in Betrieb genommen werden sollten, wenn nachgewiesen sei, dass sie heftigen Erdbeben und Tsunamis standhalten.

Frankreich betreibt 58 AKWs und bezieht daraus 80 Prozent seiner Elektrizität. Präsident Sarkozy hält daran fest. Doch auch in Frankreich hat sich der „Wind“ gedreht, und die Energiekonzerne bekommen Probleme: Nach jüngsten Umfragen sprechen sich bis zu 77 Prozent der Franzosen für einen „progressiven Atomausstieg“ aus. Knapp drei Wochen nach dem japanischen Reaktorunglück musste André-Claude Lacoste, Chef der Atomsicherheitsbehörde in Paris, einge-

stehen, dass auch in Frankreich ein schwerer Atomunfall möglich ist. Er räumte ein: „Es gibt gewisse Mängel an der Studie zur Sicherheit der französischen Reaktoren. Wir haben beispielsweise nicht die möglichen Schäden im AKW untersucht, falls ein Erdbeben und eine Überschwemmung zusammenkommen“.

Wie gefährlich AKWs schon im Normalbetrieb sind, zeigt eine von Jeff Donn bei „Associated Press“ veröffentlichte Untersuchung, die sich auf Unterlagen der amerikanischen Nuclear Regulatory Commission stützt. Danach wurde in der Umgebung von 48 von 65 Atomanlagen in den USA radioaktives Tritium gefunden, das schon in kleinsten Mengen krebserregend ist, wenn es über Nahrung, Trinkwasser oder Haut in den Körper eindringt. Leitungen, die 30 bis 40 Jahre alt und korrodiert sind, wurden nie untersucht, sodass das radioaktive Gift sich verbreiten konnte. Es gibt nirgends auf der Welt sichere Atomkraftwerke. Die Atomkonzerne werden nicht freiwillig auf ihre sprudelnden Milliardengewinne verzichten. Deshalb kann es nur eine Schlussfolgerung geben: Verstärken wir konsequent den Widerstand und arbeiten wir international zusammen, bis alle Atomkraftwerke auf Kosten der Betreiber weltweit stillgelegt sind! Wir brauchen einen langen Atem!

Harald Braun

Einmal mehr erweist sich das Verbot faschistischer Organisationen und Propaganda als notwendig

Die Montagsdemo möchte den dieswöchigen Widerstandstag der gemeinsamen Forderung nach zehn Euro lohnsteuerfreiem Mindestlohn und einem Eckregelsatz von 500 Euro monatlich widmen. Wir reihen uns mit dieser konkreten und absolut notwendigen Forderung in ein breites Bündnis ein. Geprägt ist dieser Tag aber von der Betroffenheit über den Anschlag von Oslo und den brutalen Mord an fast 70 Jugendlichen in Norwegen. Ich schlage eine Schweigeminute um 18 Uhr während des Domläutens vor, wobei wir ebenso an die Opfer der brutalen faschistischen Gewalt bei den Volksaufständen in Nordafrika und die Toten nach Fukushima und Tschernobyl gedenken wollen.

Der Anschlag und die Ermordung in Norwegen wurden verübt von einem Faschisten, der seit zehn Jahren an dem Ziel gearbeitet hat, den Marxismus und die multikulturelle Gesellschaft zu bekämpfen und zu vernichten. Der norwegische Ministerpräsident Stoltenberg hat gefordert, die offene Gesellschaft Norwegens zu verteidigen und nicht auf Abschottung und Abwehr umzuschalten. Das ist gut und muss auch umgesetzt werden. Norwegen ist wegen der Ölvorkommen vor seinen Küsten ein sehr reiches Land und hat den Ruf, dass es dort gerecht zugehe. Doch wird auch beklagt, dass es wie anderwärts in Europa zu einer Loslösung der Politik von den Gefühlen und dem Leben der Massen komme.

Auf Loslösung und Individualisierung beruht die ungebremste Entwicklung eines solchen Faschisten. Das steht im Gegensatz zu einer offenen Gesellschaft, in der es notwendig ist, durch Einbeziehung aller eine kollektive Auseinandersetzung um alle die breite Masse betreffenden Fragen zu entwickeln. Das geht im Kindergarten los und setzt sich über die Schule fort bis ins Erwachsenenleben. Alle haben Verantwortung dafür, wo die eine oder der andere bleibt. Das ist besonders wichtig, wenn jemand anfängt, „Spökenkiekerei“ oder Heldenkult zu betreiben und die Massen zu verachten. Wenn das nicht früh erkannt wird, ist es schwer, Menschen wieder auf einen gemeinsamen Weg zu führen.

Rassegedanken und Überbewertung der sogenannten weißen Herrenrasse, von den Kreuzrittern über christliche Herrschaftsansprüche bis zum modernen Faschismus und Neofaschismus, beruhen auf dem Nichtfertigwerden mit den realen Entwicklungen in der Welt. Reaktionäre und Konservative fordern die Wiederherstellung alter Verhältnisse und ihrer Vorrechte und Privilegien. Anfällig für solche reaktionären Gedanken werden dabei solche Menschen, die sich selbst zurückgesetzt fühlen oder in Fantastereien verfallen sind. Fernsehen und Computerspiele greifen diese irrealen Sehnsüchte auf und leiten einige in neue Bahnen der Abhängigkeit.

Dieser norwegische Faschist ist kein Dummer, sondern vermutlich ein sehr zielgerichtet arbeitender Einzelgänger. Er hat akribisch auf diesen Anschlag und diesen Massenmord hingearbeitet und will auch weiter seine „Mission“ erfüllen. Wir müssen jede Nachahmung, jede Beweihräucherung verhindern und achtsam sein, wenn insbesondere Jugendliche seltsame Wege gehen. Einmal mehr erweist sich das Verbot aller faschistischen Organisationen und Propaganda und die offensive Bekämpfung der dahinter steckenden Ideologien als sofort notwendig. Darüber muss eine neue offene Debatte geführt werden.

Das gilt für das Auftauchen von faschistischen Beiträgen bei „Youtube“, „Facebook“ und anderen Internetseiten. Die andere Seite ist, dass die neuen Bewegungen wie in Griechenland oder Nordafrika, die auch nach Spanien übergeschwappt sind und sicher auch die Jugend Norwegens begeistert haben, durch solche skrupellosen Morde nicht auszulöschen sind. Vielmehr wird sie alle, die eine andere Welt erkämpfen wollen, in ihrem Mut und Elan bestärken. Verwan-

deln wir die Trauer in neue Kraft und widmen sie der Zukunft! Die Montagsdemo-Bewegung wird dabei sein.

Jobst Roselius

Gesetzlicher Mindestlohn zehn Euro brutto lohnsteuerfrei!
ALG II: mindestens 500 Euro Eckregelsatz!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

338. Bremer Montagsdemo am 01. 08. 2011

„Montag ist Widerstandstag“

Seit 2004 steht eine kleine Schar montags auf dem Marktplatz und protestiert.

Herr Roselius, die wievielte Montagsdemo findet heute statt?

Es ist die 338.! Im August 2004 haben wir angefangen. Damals war die „heiße Phase“. Viele Menschen wollten, dass die Hartz-Gesetze rückgängig gemacht werden, die der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder gemacht hat. Es ist sogar noch schlimmer geworden, denn seit Angela Merkel sind Leih- und Zeitarbeit angestiegen.

Heute veranstalten Sie eine Anti-Atom-Mahnwache. Warum bleiben Sie nicht bei Hartz IV?

Die Umkehr von Hartz IV ist nach wie vor unser Hauptpunkt. Aber es gibt so viele Stellen, an denen etwas schiefläuft. Seit Fukushima demonstrieren wir eben auch gegen Atomkraft. Wir integrieren in einer Montagsdemo viele Themen. Der Ablauf ist in der letzten Zeit derselbe.

Wie denn?

Um 17:30 Uhr fangen wir an. Die erste halbe Stunde ist der Abschaffung von Hartz IV gewidmet. Nach dem Domläuten kommt die Anti-Atom-Mahnwache und ein Demonstrationszug zum Hauptbahnhof. Um 18:45 Uhr solidarisieren wir uns dort mit den „Stuttgart-21“-Gegnern. Der Montag ist Widerstandstag.

Ihre Gruppe ist nicht größer geworden, eher kleiner. Warum machen Sie weiter?

Wir sehen da eine moralische Verpflichtung. Nach dem Unglück von Fukushima hatten wir einen großen Zulauf. Da waren bei unserer Demo schon mal 3.000 Menschen dabei. Aber seit dem Moratorium kamen weniger Leute. Und bei Hartz IV sind viele Empfänger resigniert und gehen deshalb wenig auf die Straße. Aber wir wollen, dass das Sozialsystem so wird, wie es vor den Hartz-Gesetzen war.

Interview von Laura Koch in der „Tageszeitung Bremen“ vom 1. August 2011 mit Jobst Roselius, 67, Rentner, Mitorganisator der Bremer Montagsdemo

Revolutionär im Wartestand: Vor sieben Jahren rief Andreas Ehrholdt zum Protest gegen Hartz IV auf *(„Volksstimme Magdeburg“)*

Lasst euch nicht unterkriegen!

Liebe Freunde der Montagsdemo Bremen, zuerst möchte ich mich vorstellen. Mein Name ist Günter Buhtz. Ich komme aus einer Stadt, die wie Bremen einen Roland hat, nämlich aus Stendal, der größten Stadt im Norden Sachsen-Anhalts. Ich war schon einmal auf eurer Demo, bei der 219. Damals übermittelte ich euch als „Opa von Stendal“ solidarische Grüße von unserer Montagsdemo. Leider muss ich euch mitteilen, dass es bei uns nun keine mehr gibt. Woran hat es gelegen?

Ich habe mich darüber mit vielen ehemaligen Mitstreitern unterhalten. Viele sind der Meinung, es habe „sowieso keinen Zweck“ mehr, da uns die Unterstützung von Parteien, Organisationen und Gewerkschaften fehlt. Am Anfang war das anders. Viele Vertreter speziell der ehemaligen PDS, jetzt „Linke“, traten bei uns auf, außerdem die von einem Lehrer und einem Rechtsanwalt geführte Organisation „Direkte Demokratie“. Denen ging es aber nur um persönliche Posten in der Politik.

Einige – insbesondere ehemalige PDS-Genossen – haben es erreicht. Danach sah man sie nicht wieder. Der Fernsehsender „Offener Kanal“ stellte seine Sendungen über unsere Montagsdemos ein. Die Anzahl der Teilnehmer wurde immer geringer, und das war es dann gewesen. Ich freue mich deshalb, dass ihr hier immer noch weitermacht! Eure Reden am Offenen Mikrofon verfolge ich ständig. Das tun auch viele ehemalige Mitkämpfer aus Stendal. Lasst euch nicht unterkriegen, macht weiter so! Hartz IV muss weg!

Günter Buhtz (parteilos, Montagsdemo Stendal)

Es war heute wieder eine Freude, am Offenen Mikrofon reden zu dürfen. Ich hatte über die Hungersnot am „Horn von Afrika“ gesprochen. Tatsächlich ist die Wüste unten in 100 bis 300 Metern Tiefe voller Wasser! Daran können wir sehen, wie unwichtig dieser bürgerlichen Gesellschaft arme, kranke und hungernde Menschen sind: Die kommt mit „Brot für die Welt“, aber das ist immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir sehen wieder, dass nur Geldgewinne zählen und nicht die Würde des Menschen! Das Thema können wir mal nach vorne legen. Mit sozialistischem Gruß!

Zuschrift vom Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

Hartz IV wirkt: Bei den unteren Löhnen wird immer weniger gezahlt

1. Fast vier Monate nach der verheerenden **Atomkatastrophe** kam nun auch der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) im Schutzanzug vorbei und fand lobende Worte für die sich aufopfernden Arbeiter bei der Atomruine in Fukushima. Er bagatellisierte die Situation und befand, dass die Arbeiten „reibungslos“ verliefen. Zudem harmonisierte er artig mit der Aussage, dass diese Krise „bewältigt“ werden könne. Die IAEA hatte lediglich im Juni in einem Bericht kritisiert, dass Japan nicht auf ein Übereinkommen der IAEA zum Umgang mit Atomkatastrophen zurückgegriffen und auch die Gefahr von Tsunamis für Atomkraftwerke unterschätzt habe.

Das Lob der Behörde für Japans Reaktion auf die Katastrophe vom März als „beispielhaft“ klingt wie eine Humoreske, obwohl dies ursprünglich bestimmt nicht so gedacht war. Der Betreiber braucht sicher eine große Tüte Euphemismus, um sagen zu können, dass er bis Januar die gesamte Anlage „stabilisieren“ will. Wer weiß, vielleicht bekommen wir auch einfach nur eine ganz neue Definition geliefert, was „Stabilität“ heißen kann?

Weil die radioaktive Verstrahlung eben doch nicht nur verniedlicht werden kann, weitete die Regierung ein Verkaufsverbot für radioaktiv belastetes Rindfleisch auch auf die Präfektur Miyagi aus. Wenn nur „mindestens sechs“ kontaminierte Tiere entdeckt worden seien, kann es mit flächendeckenden Untersuchungen nicht allzu weit her sein: Es wird befürchtet, dass seit dem Atomunfall in Fukushima landesweit das Fleisch von bis zu 3.000 Rindern, die radioaktiv kontaminiertes Reisstroh gefressen haben, in den Handel gelangt ist.

Auch für das „Reich der Mitte“ war die Havarie des Atomkraftwerkes in Fukushima ein tiefer Schock, weil sie sich eben fast genauso auch in China zugetragen haben könnte. Zwei chinesische Experten sind davon überzeugt, dass es die Regierung mit ihrem Moratorium für neue Atomkraftwerke ernst meinte. So ließ das Pekinger Kabinett wenige Tage nach der Atomkatastrophe an die hundert Baugenehmigungen für neue Kernkraftwerke aussetzen, und es wurde sich darauf geeinigt, an keinem Standort mehr als vier Reaktoren zu bauen. So ganz scheint aber in China doch noch nicht angekommen zu sein, wie lebensbedrohlich und unbeherrschbar die Atomkraft grundsätzlich ist und weswegen auf ungefährliche und erneuerbare Energien umgesattelt werden muss! Fukushima hat die Menschen wohl doch noch nicht genügend aufgerüttelt.

2. Die Hartz-Gesetze wirken: Es scheint geradezu *en vogue*, besonders bei den unteren Löhnen immer weniger zahlen zu wollen. Unlängst machte die Zustellagentur „Monika Gehrke Direktvertrieb“ schlecht von sich reden, weil sie aus „Optimierungsgründen“ von ihren Zeitungszustellern verlangte, für sage und schreibe 15 Prozent weniger Geld weiterhin frühmorgens um 3:30 Uhr 165 Zeitungen bei der Sammelstelle abzuholen und sie innerhalb von drei Stunden bei Wind und Wetter zu verteilen. Mit derselben Dreistigkeit, durch die schon einige Supermarktketten unangenehm auffielen, wird sich auch hier der Masche bedient, Beschäftigten den Vertrag zu kündigen und sie dann eben für 15 Prozent weniger Gehalt „neu“ einstellen zu wollen. Die Rentner haben Glück im Unglück, dass sie keine Transferleistungen beziehen und so selbst entscheiden können, ob sie bei solch einem unverschämten **Lohndumping** noch dazuverdienen wollen. Menschen, die der Verfolgungsbetreuung durch Hartz IV ausgeliefert sind, haben diese Wahl nicht und keine Möglichkeit, bei solchen Kürzungen nicht mitzumachen.

3. Jede Woche gibt es neue Meldungen, die von der wachsenden Armut in Deutschland berichten: Alte Menschen, die Flaschen aus dem Müll sammeln; Senioren, die um Almosen bitten; Rentner, die sich weder Urlaub noch Medikamente leisten können. **Altersarmut** in Deutschland ist sichtbar geworden. Wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung hat, gilt hierzulande als arm. Damit beginnt Armut bei 935 Euro. Dank der Hartz-Gesetze, die zu immer geringeren Löhnen führen, sinkt auch das Durchschnittseinkommen – was langfristig wiederum zu geringeren Sozialleistungen führen wird. Daher können die Regierungsparteien in Wirklichkeit gar nicht an einem flächendeckenden Mindestlohn interessiert sein. Dies ist ein perfides System, das dazu führt, dass sich immer mehr Menschen entscheiden müssen, ob sie Brot oder Medikamente kaufen, weil sie sich beides zusammen nicht leisten können!

Laut dem Sozialverband VdK in Düsseldorf sind über drei Millionen Rentner arm oder von Armut bedroht, leben also am oder unter dem Existenzminimum. Leider verhindert auch die angebliche Grundsicherung nicht das Hineinrutschen in die Armut am Lebensabend. Die Altersarmut wird noch rasant zunehmen, wenn heute schon jede(r) vierte Beschäftigte im Minilohnsektor arbeitet. Steigende Gesundheitskosten sind für Alte besonders belastend, wenn sie sich die notwendige Brille, den Zahnersatz, die Pflege nicht mehr leisten können. Armut grenzt immer aus. SPD, Grüne, CDU und FDP sorgten dafür, dass die gesetzliche Rente immer geringer wird. Sie machte 1996 nach 45 Jahren Einzahlung noch 70 Prozent des letzten Bruttogehalts aus; 2030 werden es nur noch 43 Prozent sein. Gerade Geringverdiener, die eine Ergänzung zur gesetzlichen Rente besonders nötig bräuchten, können sich eine zusätzliche Altersvorsorge nicht leisten.

4. Laut einer Statistik der Techniker-Krankenkasse bekamen Bezieher von Arbeitslosengeld I im vergangenen Jahr die höchste Pro-Kopf-Menge an Medikamenten verschrieben. Sie erhielten im Schnitt **Arzneimittel** für 254 Tage des Jah-

res. Durchschnittlich wurden jedem der 3,5 Millionen bei der TK versicherten Erwerbspersonen Medikamente für 182 Tage verschrieben. Die Krankenkasse wertete die Statistik als Beleg dafür, dass auch fehlende Arbeit krank machen könne, vor allem im psychischen Bereich. Wenn in unserer Gesellschaft Arbeit einen so unglaublich hohen Stellenwert hat, wenn Arbeitslose als Verlierer gebrandmarkt und gedemütigt werden und nach einem Jahr „Schonfrist“ bereits ins tiefe Armutsloch mit ALG II fallen, wozu die Medien ihren schändlichen Teil beitragen, dann darf sich niemand wundern, dass dies bei vielen Erwerbslosen Spuren hinterlässt!

5. Sind wir schon wieder mitten drin im Sommerloch, oder warum träumt Rösler von Vollbeschäftigung, von der Leyen von neuen Arbeitsmarktreformen? Der Bundeswirtschaftsminister sieht Deutschland „auf gutem Weg in die Vollbeschäftigung“. Er will uns glauben machen, dass die Fantasieberechnungen der **Erwerbslosenstatistik** Anlass zum Jubilieren gäben, obwohl so viele Gruppen von Arbeitslosen einfach nicht mitgezählt werden und mit 2,939 Millionen im Juli 46.000 Menschen mehr arbeitslos gemeldet waren als im Juni. Die Erhöhung komme nur deswegen zustande, weil sich viele Jugendliche nach dem Schul- oder Ausbildungsende kurzfristig arbeitslos meldeten.

Verglichen mit dem Jahr 2010 sei die Zahl der Arbeitslosen um 247.000 zurückgegangen. Die Wirtschaft „stabilisiere“ sich nun auf „hohem Niveau“, sodass 2012 durchschnittlich nur noch 2,7 Millionen Arbeitslose erwartet würden. Glaubt Rösler auch noch an den Weihnachtsmann und an den Osterhasen? Von der Leyen will der Arbeitslosigkeit mit „Reformen“ Herr werden: Bei mehr als einer Million offener Stellen müssten so viele Menschen wie irgend möglich aus den „künstlichen Warteschleifen“ geholt werden. Dass sie bloß nicht doch noch in der Statistik auftauchen! Wir haben es ja gelernt, dass „Reformen“ auf dem Arbeitsmarkt fast immer mit Entrechtung und finanziellen Kürzungen zusammenhängen.

6. Der SPD-Vorsitzende wirbt für „sozialen Patriotismus“ in Deutschland, einer Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern oder was er dafür hält. Gabriel fordert ein Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose und die Einbeziehung von Leih- und **Zeitarbeit** in die betriebliche Mitbestimmung. Weil es in Deutschland längst eine Unterschicht gebe, die von der Politik nichts mehr erwartet, möchte er ein Programm mit dem herzallerliebsten Namen „Zweite Chance“ für diejenigen kreieren, die aus Hartz IV heraus wollen, sich anstrengen und etwas leisten. Auch fordert er mehr Mitspracherechte auf der Arbeitnehmerseite bei der Leih- und Zeitarbeit.

Was soll das? Wird das hier mal wieder ein Profilierungsversuch in der Sommerpause auf Kosten der finanziell Schwächsten? Herr Gabriel sollte lieber seinen Mund halten, oder hat er vergessen, wem wir die Unterschicht beziehungsweise das „abgehängte Prekariat“ zu verdanken haben? Was soll das heißen: „Zweite Chance“, wo sich doch so viele Langzeitarbeitslose wie blöde abstram-

peln, um überhaupt auch nur eine, also die erste Chance zu erhalten? Abgesehen davon wollen alle lieber gestern als heute raus aus der Verfolgungsbetreuung, aber bestimmt nicht mit so einem Kokolores von den *Spezialdemokraten*. Weg mit den menschenverachtenden Hartz-Gesetzen, her mit einem flächendeckenden Mindestlohn, der auch ein „armutsfestes Altern“ ermöglicht, her mit einem Verbot von Leih- und Zeitarbeit, her mit einem bedingungslosen Grundeinkommen, und gut ist es!

7. Mit Freude las ich, dass der Soldatenberuf trotz des Einsatzes von „Jugendoffizieren“ an den Schulen weiter unbeliebt ist. Vor allem das hohe Risiko der Auslandseinsätze lasse die Jugendlichen zweifeln, wenn sie von ermordeten, verniedlicht: „gefallenen“ Soldaten in den Medien erfahren. Der Soldatenberuf wird zu Recht mit Auslandseinsätzen und Gefahr für Leib und Leben assoziiert. Der Einsatz der „Jugendoffiziere“ in Schulen ist umstritten: Für die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner(innen)“ vermitteln sie ein falsches Bild vom Soldatentum, weil die Kriegswirklichkeit der Auslandseinsätze ausgeblendet wird. Soldat zu sein, das ist kein Beruf wie jeder andere. Deswegen könne die **Bundeswehr** auch nicht Imagepflege wie andere Organisationen betreiben.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Wollt ihr die totale Entschuldigung: Seit er „Stuttgart 21“ mit einem „Kompromissvorschlag“ in Frage gestellt hat, wird Heiner Geißler von den Medien demontiert *(„Spiegel-Online“)*

Nachrichten werden zielgerichtet abgefasst oder unterdrückt

1. Nachrichten werden „gemacht“. Fangen wir mit einer guten und schönen an: Die **Bundeswehr** hat zum 1. Juli 2011 weniger Freiwillige gewinnen können als geplant. Die „Deutsche Welle“ meldet dies etwas anders. Ich habe diese Meldung trotzdem ausgesucht, weil sie die Ergänzung zum Artikel in der „Tageszeitung“ darstellt. Es werden noch weniger werden: „Kein Bock auf Bundeswehr“, titelt das Blatt. Es werden noch mehr weglaufen, vernünftigerweise der Bundeswehr den Rücken zuwenden, wieder gehen, den Dienst quittieren. Die neuen haben eine

Probezeit von sechs Monaten mit kurzfristiger Kündigungsmöglichkeit. Der Bundeswehrverband spricht in der „Rheinischen Post“ von circa 13 Prozent.

Die Zahl der kurzfristig quittierten Dienstverhältnisse will die Bundeswehr erst in einigen Monaten bekannt geben. Im NDR wurde „Bequemlichkeit“ als Grund herausgestellt: „Die Freiwilligen beim Bund nehmen Reißaus“. Weil es nicht in der Zeitung steht: Rekruten, lasst euch nicht irre machen, sondern geht einfach! Den Dienst jetzt zu quittieren ist vernünftig. Wer von der Bundesagentur für Arbeit oder dem (No-)Job-Center an die Bundeswehr vermittelt wurde, muss keine Sanktionen fürchten. Soldat ist kein normaler Beruf! Wer mit Leistungskürzung bedroht wird, kann sich wehren. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Der Ausstieg ist für „zwangsvermittelte“ Soldaten auch nach der Probezeit noch möglich, und die Ablehnung eines Stellenangebots „Soldat/in“ darf nicht mit einer Sanktionsandrohung versehen werden. Selbst der Besuch einer Informationsveranstaltung der Bundeswehr darf nicht mit einer Sanktionsandrohung erzwungen werden. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat dies bestätigt: „Obwohl hier anderslautende Berichte vorliegen, bestreitet der Senat, dass Druck auf Arbeitslose ausgeübt werde, sich bei der Bundeswehr zu bewerben oder an entsprechenden ‚Informationsveranstaltungen‘ teilzunehmen“. Unser Angebot gilt: Wenn ihr als Gruppe Informationen wollt, wir kommen zu euch! Wer trotzdem genötigt wird, kann sich wehren! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Nun zu einer verschwundenen Meldung. Warum „Leos“ nach Saudi-Arabien, habe ich vor drei Wochen gefragt. Die Regierung schweigt noch immer. Der „Stern“ hat die Vereinbarung mit Saudi-Arabien bekannt gemacht. Die Regierung weicht aus und schweigt mit Macht. Die letzte Meldung dazu steht am 10. Juli 2011 in der Übersicht. In den Nachbarländern ist nachzuverfolgen, wozu Panzer fähig sind. Wollen wir das? Protestieren auch Sie gegen die Lieferung von 200 Panzern nach Saudi-Arabien!

2. Jetzt zu den „Kleinigkeiten“: Haben Sie darüber in Ihrer Zeitung etwas gelesen? „Zumutbare Arbeit und Sanktionspraxis – zu den Neuregelungen im SGB II“ hat Frau Prof. Dr. Helga Spindler im Juni 2011 einen Vortrag auf einer Tagung der „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“ gehalten. Die Ausführungen sind lesenswert. Da wird klar, welchen Druck Erwerbslose aushalten und wie nah Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit beieinander sind. Die Sachzwänge werden hervorragend herausgearbeitet. Nachstehend eine Leseprobe aus der Mitte zur „Auswirkung von **Sanktionen** beim Fordern“.

> „Trotz der ständigen Rechtslage hat sich durch die neue politische Zielsetzung aber doch etwas Geändert: Das Fordern ist zu einem Übervorteilen geworden, das heißt, man wird in Arbeitsverhältnisse gezwungen, die früher keiner gewagt hätte, bei der öffentlichen Arbeitsvermittlung überhaupt anzubieten. Und das Fördern ist zu einem Kontrollieren und Überwachen geworden, zum klammheimlichen Durchsetzen von Workfare-Modellen, dem es auf die Nachhaltigkeit, Qualifizierung oder

die erfolgreiche Einmündung in eine sinnvolle und dauerhafte Arbeitsstelle nicht mehr ankommt. Ich unterscheide deshalb in der Wirkung der Sanktionen beim Fordern und beim Fördern. Am weitesten verbreitet in der Bevölkerung ist sicherlich die Auffassung, dass die, die reguläre Arbeit ablehnen, zu faul und unangepasst sind und deshalb Sanktionen benötigten, um sich anständig zu verhalten.

Statistisch gesehen sind das wenige: Etwa zehn Prozent der dokumentierten Sanktionen entfallen auf diese Begründung. Die schädliche Wirkung dieser Sanktionsdrohung liegt aber in den Hunderttausenden von Fällen, in denen es aus Angst um die Existenz nicht zu Sanktion kommt und ausbeuterische Arbeit angenommen wird. Viele der ausgesprochenen Sanktionen sind auch noch rechtswidrig – falls jemand den Weg zum Gericht findet. Die Drohung wirkt auf die vielen, die ebenfalls gute Gründe hätten, die aufgezwungenen Arbeitsbedingungen abzulehnen. Welche Angst da erzeugt wird, zeigen inzwischen viele Untersuchungen, zum Beispiel der ‚Hartz-IV-Kampagne' in Berlin, von Anne Ames, von Nikolas Grießmeier in München, von der Diakonie in Baden Württemberg oder dem Sozialpfarramt in Gelsenkirchen."

Hierzu die nächste Nachricht von den „Kölner Erwerbslosen in Aktion". Über die Beteiligten hinter den Schreibtischen der Bundesagentur für Arbeit sowie der (No-)Job-Center gibt es viel zu ergänzen. Deren Mitarbeiter müssen sich fragen lassen, wie sie ihre Aufgabe lösen wollen, denn es gibt viel mehr Erwerbslose, aber viel weniger Stellenangebote, als die Statistik weismacht. Die klare Vorgabe lautet: Sanktionieren und raus aus dem Leistungsbezug! Wie damit umgehen? Nachstehend ein guter Leitfaden auch für die Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung in Deutschland. Daher ist die Erklärung zur beruflichen und bürgerlichen Ethik von ANPE, der Gewerkschaft in der französischen Agentur für Arbeit, hier vollständig wiedergegeben.

„Unsere Aufgabe ist es vor allem, den Arbeitsuchenden zu helfen, eine Beschäftigung zu finden. Das erwarten die Arbeitsuchenden von uns, aber es gibt einfach keine Arbeit für alle. Die Zunahme von Gesprächen, die ständigen Aufforderungen zum Besuch der Agentur werden keine Arbeit schaffen, sondern erhöhen nur das Risiko für die Arbeitsuchenden, gezwungen, schikaniert und abgestraft zu werden. Wir, die Beschäftigten der ANPE, erklären, dass wir auf keine Weise Menschen schaden wollen, die schon durch den Verlust der Beschäftigung und des Einkommens verletzt sind.

Wir verweigern uns, sie auszugrenzen, und wir werden keine Streichungen mehr durchführen, ohne vorher die moralischen und menschlichen Folgen mit zu beachten. Wir schlagen Angebote vor, wir zwingen aber Angebote nicht auf. Wir werden die Arbeitsuchenden nicht zwangsweise in kleine Kästen stecken. Wir erpressen sie auch nicht mit Streichung. Wir verweigern uns auch, der Wut der Arbeitsuchenden ausge-

setzt zu werden. Wir verweigern uns, eine soziale Polizei zu sein, angewiesen zur Unterdrückung, anstatt als öffentlicher Ratgeber für Beschäftigung agieren zu können.

Weder Arbeitsuchende noch Beschäftigte der ANPE sind verantwortlich für den Zustand des Arbeitsmarktes und für die wachsende Prekarisierung. Wir sind mit den Arbeitsuchenden solidarisch. Wir weigern uns, falsche Zahlen, unlautere Angebote und leere Unterhaltungen zu produzieren, und wir werden unsere beruflichen Praktiken dazu einsetzen, den Nutzern unserer Dienste zu helfen, im vollen Respekt ihrer bürgerlichen Rechte."

Diese Erklärung umzusetzen, erfordert sicherlich viel Mut und Umsicht. Nehmt doch einfach einen Ausdruck mit zum nächsten Gespräch und informiert uns bitte über die Reaktion! Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs ermöglicht auch den Mitarbeitern der (No-)Job-Center die Anprangerung der Zustände und die Veröffentlichung der Sanktionsvorgaben im Detail. Wir freuen uns darauf! Es kann sich kein Mitarbeiter mehr hinter den erkennbar unrichtigen Dienstanweisungen verstecken! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke")

Ob der Begriff „Hartz-IV-Empfänger" angemessen ist, dazu hat es im Rahmen der Bremer Montagsdemo Überlegungen gegeben. Auch ich finde den Begriff „Empfänger" nicht angemessen. Ist der Begriff „Hartz-IV-Bezieher" angemessener? Ich denke, nein. Die Masse der Menschen, die Hartz IV aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichen Situationen „bekommen", „beziehen" oder „empfangen", haben ein Merkmal gemeinsam: Sie sind abhängig von Hartz IV, haben sich ihre Situation nicht selbst „gewählt", wünschen sich eine Veränderung ihrer Lage. Daher schlage ich vor zu überlegen, ob die Begriffe „Hartz-IV-Abhängige" oder „Hartz-IV-Betroffene" angemessener sind.

Zuschrift von K. L., Attendorn, an die „Rote Fahne" (Heft 31/2011)

Widersprechen Sie hier: Wenn Sie nicht wollen, dass Personalchefs nachsehen können, ob Sie in einem „Hartz-IV-Haus" wohnen *(„Bing Streetside")*

Nach dem „Boom" kommt der Bumms: „Börsenpanik" „vernichtet" Wirtschaftsleistung Japans *(„Spiegel-Online")*

Atomlügen, nein danke: Kernkraftwerke sind die teuersten Energieanlagen, die es gibt *(„Greenpeace-Magazin")*

Ein Atomkraftwerk ist fast so ineffizient wie eine alte Glühbirne

Zwischenzeitlich musste sich die schwarz-gelbe Regierung dazu durchringen, die AKW-Laufzeiten auf 2022 zu reduzieren. Das ist im Vergleich zum Wunsch von Bahnchef Rüdiger Grube eine gewaltige Verkürzung um immerhin 15 Jahre: Der wollte, dass der Meiler Neckarwestheim II bis 2037 Strom für die Bahn produziert! Es hat sich also etwas bewegt in der Energiepolitik Deutschlands. Dies haben unter anderem alle unsere Proteste und Ihre Montagsdemonstrationen bewirkt. Das ist ein erfreulicher Erfolg, doch es ist wichtig, weiterhin wachsam und kritisch zu bleiben. Noch immer produziert jedes deutsche Atomkraftwerk pro Jahr 30 Tonnen hochradioaktiven Atommüll, der nicht vernünftig gelagert werden kann.

Bleiben wir also weiter am Ball und unterstützen „Bundesmutter Angela“ mit unserem „persönlichen Atomausstieg“. Machen Sie zunächst Ihren privaten Energiehaushalt effizient. Dann fordern Sie das Gleiche von unseren Politikern jeder Partei: effiziente wirtschaftliche Kraftwerke mit Kraft-Wärm-Kopplung und Gaskraftwerke beziehungsweise ehrliche regenerative Stromerzeugungsanlagen. Lassen Sie sich nicht von Atomstromern verdummbeuteln, die von höheren Strompreisen oder Versorgungsproblemen erzählen oder gar mit Abbau von Arbeitsplätzen drohen.

Ein Atomkraftwerk ist fast so ineffizient wie eine alte Glühbirne, beide haben einen schlechten Wirkungsgrad. Eine Glühbirne erzeugt nur fünf Prozent Licht und 95 Prozent Hitze als Abwärme. Ein Atomkraftwerk erzeugt auch nur zu 23 Prozent Strom und 77 Prozent Abwärme. Seit Anfang 2011 dürfen Glühbirnen nicht mehr verkauft werden. Die hat der Gesetzgeber abgeschafft, sie dürfen nicht mehr hergestellt werden. Es wäre also nur logisch und konsequent, Atomkraftwerke aus dem gleichen Grund, also wegen Ineffizienz, per Gesetz abzuschaffen. Überprüfen Sie Ihren privaten Energiehaushalt und fordern Sie das Gleiche: eine effiziente Energieversorgung. Leben Sie vor Sie, wie das geht, und fordern Sie saubere, ehrliche Energiepolitik!

Helmut Minkus (parteilos)

Limerick der Vorwoche

Der Nazi-Vergleich gilt uns als total überzogen,
Selbst wenn einem Demonstranten, der unverdrossen,

Die Augen werden aus dem Kopf geschossen.
Nun sehen sich die Schwaben auch von Grün-Rot betrogen,
Doch egal: Der Stuttgarter Bahnhof bleibt oben!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

339. Bremer Montagsdemo am 08. 08. 2011

Der Krieg vor unserer Haustür

Letzten Samstag fand auf dem Bremer Marktplatz der jährliche Hiroshima-Gedenktag des „Bremer Friedensforums“ statt. Ich halte solche Ereignisse für wichtig, da sie zeigen, dass wir derartig entsetzliche Massenmorde als Folgen verfehlter Politik nicht vergessen. Umso notwendiger erachte ich, dass wir erkennen, dass der Krieg als Folge verfehlten sozioökonomischen Handelns, sozialrassistischer Ideologien und religiöser Intoleranz längst bei uns angekommen ist.

Krieg ist nicht nur, wenn die Bomben woanders fallen. Er beginnt dort, wo in einem unserer Jobcenter ein verzweifelter Mensch erschossen wird, oder wenn ich bei Begleitungen zur Rechtsantragsstelle des Sozialgerichts erlebe, dass Betroffene vor Hunger ohnmächtig werden, weil sie seit Tagen nichts zu essen hatten, und ganze abgehängte Bevölkerungsgruppen in Gettos an den Rand unserer Städte gedrängt werden.

Der Krieg vor unserer Haustür findet auch dort statt, wo sich mitten unter uns Menschen befinden, die fundamental-christliches Gedankengift mit sich herumtragen, in deren Einbildung der Islam die falsche Religion und Mohamed der Antichrist ist und die in ihrem verblendeten Wahn in jeder harmlosen Dönerbude eine islamistische Terrorzelle vermuten. So sehe ich die Notwendigkeit, dass wir vor allem den Kriegsursachen vor unserer Haustür und in unserer Nachbarschaft den Nährboden entziehen und hier vor Ort aktiv werden, damit entsetzliche Massenmorde wie die Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki nie wieder vorkommen.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

„Blitzkrieg“ in Tottenham: „Wie kann man eine Million Jugendliche arbeitslos machen und dann erwarten, dass wir stillhalten?“ *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Keinem Mörder, aber Arbeitslosen wird bei uns das Essen gestrichen

1. Nach Angaben des Betreibers Tepco wurde auf dem Gelände des Atomkraftwerks Fukushima mit mehr als zehn Sievert die höchste radioaktive Strahlung seit der Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe gemessen. Sie ist sogar um ein Vielfaches höher als der bisherige Rekordwert. Die Strahlungsdosis in Fukushima ist bereits nach einer Sekunde fast dreimal so hoch wie der hierzulande zulässige Jahreshöchstwert. Die dort eingesetzten Arbeiter setzen sich mit jeder einzelnen Sekunde ihres Aufenthaltes einer ganzen Jahresdosis aus, was sicher nicht wenige mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Ich weiß gar nicht, was da so großartig als Ursache für den deutlichen Anstieg der Strahlung zu prüfen ist, weil es meiner Meinung nach auf der Hand liegt, dass wegen der mehrfachen **Kernschmelze** in den Reaktoren die Brennelemente so weit geschmolzen sind, dass hochradioaktive Materialien den Reaktorboden durchfräst haben. Die zehn Sievert in Fukushima dürften nur den Anfang einer sich immer weiter verschlimmernden Katastrophe darstellen, denn unter den Reaktorblöcken befinden sich 100.000 Tonnen verstrahltes Wasser, weil bei den Löscharbeiten und Kühlungsversuchen Tonnen von salzhaltigem Meerwasser in die Reaktoren gepumpt wurden, die sich dort zu einer hochradioaktiven Brühe vermischten. Einen Teil davon „entsorgte“ Tepco einfach ins Meer, ein anderer Teil wurde in Tankern zwischengelagert. Es gibt bisher weder eine Möglichkeit, die radioaktiven Partikel aus den vielen Tausend Tonnen hochradioaktiven Schlamms herauszufiltern oder alle Lecks zu verschließen.

So ist damit zu rechnen, dass in der nächsten Zeit noch weitere „Strahlennester“ auftauchen werden. Tepco scheint hochgradig daran interessiert zu sein, das wahre Ausmaß zu vertuschen, um nicht eingestehen zu müssen, dass auch friedlich genutzte Atomenergie alles andere als beherrschbar ist – und damit eben nicht zu verantworten. Deswegen wird den unzureichenden Messungen von Organisationen, die nicht der Regierung angehören, schon lange nicht mehr geglaubt, sondern selbst nachgemessen. Weil der größte Teil des radioaktiv verseuchten Schlamms ohnehin ins Meer gekippt wurde, in dem selbstredend keinerlei Messungen vorgenommen werden, ist kaum damit zu rechnen, dass das gesamte Ausmaß der Fukushima-Katastrophe jemals ans Licht kommen wird.

2. Letzte Woche glaubte ich, meinen Augen nicht zu trauen, als ich las, dass der CDU-Bundestagsabgeordnete Uwe Schummer ein Ende von Hartz IV forderte: Die Agenda 2010 sei abgearbeitet, nun gehe es um eine „neue bildungsorientierte Beschäftigungspolitik“. Doch der Politiker will bloß für jene ein äußerst bescheidenes „**Bürgergeld**“ einführen, die im erwerbsfähigen Alter weniger als das Existenzminimum verdienen. Das ist wieder nur dieser Workfare-Mist aus Amerika, wo für den Erhalt von noch so geringen Sozialleistungen eine Gegenleistung in Form von superschlecht bezahlter Arbeit erfolgen soll. Wir fordern: Weg mit den Hartz-Gesetzen, ohne sie durch erneute Menschenverachtung unter dem Deckmäntelchen eines anderen Namens zu ersetzen!

3. Letzte Woche entschied der Bundesgerichtshof, dass **Alleinerziehende** in Vollzeit arbeiten müssen, sobald das Kind drei Jahre alt ist. Die Alleinerziehenden sind zu 95 Prozent weiblich – und die Richter zu wie viel mehr Prozent männlich? Ich halte dieses Urteil für einen Skandal, denn der eine Elternteil, bei dem das Kind *nicht* lebt, zumeist der Vater, hat in der Regel Freizeit, wenn er nach seiner Vollzeitarbeit nach Hause kommt, und muss sich höchstens um den eigenen Haushalt kümmern.

Der Elternteil, bei dem das Kind lebt, zumeist die Mutter, soll vor der Arbeit das Kind liebevoll wecken, ihm ein gesundes Frühstück zubereiten, es in der Kindertageseinrichtung abliefern und es dort nach der Arbeit wieder abholen, es rund um die Uhr „bespaßen“, fördern, es zu eigenen Aktivitäten wie musikalischer Früherziehung, Sportverein, später vielleicht Nachhilfe bringen, also kindgerecht ausgeglichen eine perfekte Reproduktionsarbeit für zwei Personen ableisten.

Es ist ein unerhörtes Glück, mit dem eigenen Kind zusammenleben zu können und es aufwachsen zu sehen, aber mit welcher Berechtigung muss mal wieder zumeist die Mutter alle anstehende Arbeit leisten, das heißt einen De-facto-Arbeitstag von morgens 6 bis abends 21 Uhr bewältigen und, wenn das Kind im Bett ist, noch die Küche aufräumen, das Bad putzen, Wäsche legen, während der Vater es dann nur mal an zwei Wochenenden betreut? Sind die Pflichten mit dem Kind und der Alltag für die Mama, die spannenden Freizeitaktivitäten jedoch für den Papa reserviert?

Dieses Fehlurteil versucht, der Ex-Ehefrau den Unterhalt nach 20 Jahren Ehe auf Null zu setzen, obwohl diese doch auf ihre Karriere verzichtete und nur teilweise Minijobs annahm, um die Kinder zu versorgen und dem Ehegatten den Rücken zwecks dessen Karriere frei zu machen. Aber wenn sie dann „ausgedient“ hat und durch ein jüngeres „Modell“ ausgetauscht wird, neuer Nachwuchs auftaucht, dann darf die „Ex“ halt Vollzeit arbeiten gehen! Dabei wissen wir alle, wie schwer es ist, jenseits des „Verfalldatums“ von 35 Jahren noch einen Vollzeitarbeitsplatz zu bekommen. Es ist eine patriarchale Schweinerei, wenn die Lebensleistung und eheliche Solidarität des betreuenden Elternteils im Nachhinein so mit Füßen getreten wird.

4. Eine ALG-II-Beziehern begibt sich zur Krebsuntersuchung in ein Krankenhaus und muss sich dort dann unvorhersehbar einer unverzüglichen Weiterbehandlung unterziehen. Eine Bekannte der 57-Jährigen gibt im zuständigen Jobcenter vier oder fünf Mal Dokumente wie Liegebescheinigungen und Atteste ab, die auch über den jeweiligen Aufenthaltsort von Frau Müller informieren. Allerdings verschwanden diese Dokumente wie so oft auf Jobcenter-eigenen, wundersamen Wegen. Zur gleichen Zeit macht sich die im gleichen Haus wohnende Vermieterin der Erkrankten Sorgen und nimmt einfach Kontakt mit dem Jobcenter auf.

Dieses wird plötzlich hellhörig, aktiviert den Außendienst zur „Sachverhaltsaufklärung“ und stellt „vorsichtshalber“ die Zahlungen für den kommenden Monat wegen der „unklaren wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse“ komplett ein. Ein Mitarbeiter betritt die Wohnung der ALG-II-Bezieherin im Beisein der Vermieterin, macht offensichtlich einen **Hausbesuch** ohne Anwesenheit und Einverständnis der erkrankten Mieterin. Hier wurde doch offenkundig das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung gebrochen!

Gelten in diesem Land die Grundrechte nur noch für jene, die, warum auch immer, keine Transferleistungen beziehen? Ich finde, es wird Zeit, dass auf den Jobcentern endlich die dort angestellten Missetäter persönlich zur Rechenschaft

gezogen werden und dass sie selbst für ihre verbockten Handlungen, wenn sie Hartz-IV-Beziehern zum Beispiel keine Wohnung oder kein Fahrtgeld zur Arbeit genehmigen, geradestehen müssen, sprich: für den Schaden aufkommen!

5. Nachdem einer Mutter aus Saarbrücken und ihrem Kind die Hartz-IV-Leistungen komplett gestrichen wurden, schien sich niemand mehr dafür interessiert zu haben, wie diese Familie ohne Geld für Miete, Heizung, Strom, Lebensmittel und Krankenversicherung überleben konnte. Fakt ist leider, dass die Mutter und ihr Kind jetzt tot sind. Vor einem Monat fanden Polizisten in Saarbrücken-Burbach in der Wohnung eines Mehrfamilienhauses die Leichen einer 36-jährigen Brasilianerin und ihres zweijährigen Sohnes.

Jetzt müssen die Hintergründe und Umstände um den tragischen Tod der Frau und ihres kleinen Kindes geklärt werden. Außerdem müssen bestehende offensichtliche gesetzliche Lücken im Sozialsystem geschlossen werden. Wenn einem Hilfsbedürftigem die Hartz-IV-Leistungen, aus welchen Gründen auch immer, gestrichen würden, fällt er nicht in die Sozialhilfe, sondern erst einmal aus dem Hilfesystem heraus. Es fehlt an automatisch auffangenden Hilfen und einem Übergangsmanagement von SGB II nach SGB XII.

Dabei war schon Wochen vor dem Tod einer Mutter und ihres zweijährigen Sohnes das Jugendamt in den Fall eingeschaltet worden. Bei zwei Überprüfungen seien jedoch keine Besonderheiten bei dem Kind festgestellt worden. Dennoch wurde das Familiengericht eingeschaltet und ein Termin für Ende Juli eingesetzt. Doch zuvor starben Mutter und Kind, sie lagen schon mehrere Tage oder sogar Wochen in der Wohnung. Nach Auskunft der Polizei sei der Junge Polizei möglicherweise verhungert oder von der Mutter getötet worden. Bei ihr komme Selbsttötung in Betracht.

Ich möchte die Frage in den Raum stellen, wieso der Mutter eines zweijährigen Kindes der Geldhahn zugedreht werden konnte, obwohl sie wegen des Alters des Kindes ohnehin nicht zur Arbeitsaufnahme gezwungen werden konnte. Was können Mutter oder Kind so Schweres verbrochen haben, dass die Transferleistungen komplett eingestellt wurden? Dazu ist Sippenhaftung in Deutschland verboten! Wer hat das angeordnet? In Deutschland bekommen selbst verurteilte Mörder nicht das Essen und das Dach über dem Kopf gestrichen – wieso dann ALG-II-Bezieher?

Leider hat nicht jede(r) die Kraft, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Manche(r) hat keinen Anwalt, Sozialarbeiter oder Pfarrer um Unterstützung gebeten und gibt sich dann auf! Wir müssen mehr auf die Depressiven unter uns aufpassen. Schlimm, wenn ein Kind mit darunter zu leiden hat und dann auch noch mit dem Leben für die **Sanktionen** bezahlen muss! In meinen Augen wurde hier von einem Mitarbeiter dieses Jobcenters eine schwere Straftat begangen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Kollateralschaden: Die jüngsten Notaktionen zugunsten der Euro-Krisenländer lassen den Aktienindex von „Zahlmeister Deutschland“ abstürzen *(„Focus“)*

339. Bremer Montagsdemo vor dem Alten Rathaus

Einladung zum Widerstandsfest

In den **Neustadtswallanlagen** am Südbad feiern wir am **Samstag**, dem **3. September 2011**, von **15 bis 20 Uhr** sieben Jahren Montagsdemo im Kampf gegen Hartz IV, ein Jahr Schwabenstreich im Kampf gegen „Stuttgart 21“ und ein halbes Jahr Mahnwache und Demonstration im weltweiten Widerstand gegen alle Atomanlagen.

Der Montag ist zum gemeinsamen Widerstandstag geworden. Die Bremer Montagsdemo hat bisher jedes Jahr ein Sommerfest gefeiert. Lasst uns dieses Jahr gemeinsam feiern: unseren Widerstand gegen menschenfeindliche Politik und für eine Welt, in der Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen! Es wird Musik, Spaß, Kuchen und Gegrilltes geben.

Alle Kolleginnen und Kollegen – ob mit oder ohne Arbeit, mit oder ohne ALG II – sind ebenso willkommen wie Gruppen aus der sozialen und gewerkschaft-

lichen Bewegung, der Anti-Atom-, Umwelt- und Friedensbewegung, Migranten- und Frauenorganisationen sowie Parteien und Organisationen der sozialistisch-kommunistischen Bewegung – nicht nur als passive Besucher, sondern um das Fest aktiv mitzutragen und gestalten, durch ein kurzes Grußwort, Infostand, Lied oder Gedicht.

Alle, die das Sommerfest unterstützen wollen – zum Beispiel auch durch Salat- oder Kuchenspende oder Mitmachen am Buffet oder Grill – melden sich bitte bei Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de oder Wolfgang Lange, wolfgang.lange(at)nord-com.net, Telefon 0421-554 337.

Initiative Bremer Montagsdemo

Die Auswirkungen der Atomkatastrophe in Japan werden vertuscht

Die Atomkatastrophe in Fukushima ist in den letzten Wochen weitgehend aus den Schlagzeilen verschwunden. Um die Weltöffentlichkeit zu täuschen, werden immer wieder Erfolgsmeldungen durch die japanische Regierung und die Betreiberfirma Tepco verbreitet: Eine stabile Kühlung der Brennstäbe sei erreicht, die Strahlungswerte um das havarierte AKW würden ständig fallen, und das Herunterfahren des Kraftwerks könne bis Januar 2012 abgeschlossen werden. Aber in Wirklichkeit hat die Betreiberfirma die Atomkatastrophe keineswegs im Griff. Die drei Kernschmelzen sind immer noch aktiv und können sich bei ausbleibender Kühlung schnell kritisch verhalten.

Die Probleme, ein stabiles Kühlsystem einzurichten, sind noch längst nicht gelöst. Vor einer Woche wurde die höchste Radioaktivität seit der Katastrophe im März 2011 gemessen. Mehr als zehn Sievert pro Stunde betrug die Strahlung am Boden eines Außenrohrs zwischen den Reaktoren I und II. Laut Plan von Tepco sollen ab 2021 die geschmolzenen Brennstäbe geborgen und entsorgt werden. Allerdings ist die Technologie dafür noch gar nicht entwickelt, wie der Atomexperte Kochi Okamoto erklärte. Auch die Frage, wohin mit all dem radioaktiven Schrott und den geschmolzenen Kernen, ist völlig ungeklärt. Nirgends auf der Welt gibt es dafür eine Entsorgungsmöglichkeit. Außerdem sind die Folgen der Atomkatastrophe weit gravierender als offiziell zugegeben.

Den 90.000 Menschen in Lagern wird erklärt, es sei eventuell 2012 möglich, in ihre Häuser zurückzukehren. Gleichzeitig muss die japanische Regierung

aber weiteren Haushalten in der Nähe des havarierten Atomkraftwerks Fukushima eine Evakuierung empfehlen. Inzwischen musste der Staat einen Lieferstopp für Rinder aus Fukushima beschließen, weil 2.749 mit verstrahltem Heu gefütterte Rinder an Schlachthöfe in ganz Japan geliefert worden waren. Die Behörden hatten bereits zu hohe Strahlenwerte in Gemüse, Meeresfrüchten, Milch und Tee festgestellt. Jetzt wurden auch Messungen bekannt, dass Reisstroh aus Motomiya 70 Kilometer westlich der AKW-Ruine mit bis zu 690.000 Becquerel Cäsium pro Kilo verseucht ist. Sogar Stroh aus den 160 Kilometer nördlich von Fukushima liegenden Städten Tome und Kurihara ist kontaminiert.

Die Manöver zur Vertuschung und Verharmlosung der Atomkatastrophe in Fukushima dienen der Atomindustrie und den meisten Regierungen dazu, an dem Weiterbetrieb der bestehenden und neu geplanten AKWs festzuhalten. Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete am 26. Juli 2011 in dem Artikel „Schmieren, lügen, tricksen“ über die Praktiken der japanischen Energiekonzerne zur Bestechung der Parteien und zur Manipulation der Medien. Da Unternehmen in Japan nicht spenden dürfen, wurden jahrzehntelang Spenden von den Top-Managern der Atomkonzerne an die regierende Liberaldemokratische Partei überwiesen. Auf diese Weise sammelte die LDP fast drei Viertel aller legalen Parteispenden von Privatpersonen ein. Die Atomkonzerne erleiden nach der Katastrophe mit ihrer Korruption und Manipulation immer häufiger Schiffbruch. Immer mehr Menschen widersetzen sich der Atomkraft.

Der beliebte Schauspieler Taro Yamamoto wurde im Mai aus der Besetzung einer geplanten Fernsehserie geworfen, weil er sich öffentlich gegen Atomkraftwerke ausgesprochen hatte. Mittlerweile tritt er auf Anti-AKW- Demonstrationen auf und ruft zu einem nationalen Referendum gegen Atomkraft auf. „Yamamoto sagte, die Atomlobby habe die Japaner über Fernsehen und Zeitungen einer Gehirnwäsche unterzogen. Jetzt verteidigen sie ihre Interessen, und es ist ihnen todernst. Die Regierung sagt zwar, sie bemühe sich um Transparenz, sucht aber gleichzeitig eine PR- Firma, die in ihrem Auftrag „schädlichen Gerüchten“ über die Atomkraft entgegentreten soll.“ Dass mittlerweile 82 Prozent der japanischen Bevölkerung den Ausstieg aus der Atomenergie wollen, konnten all die Manipulationen nicht verhindern. Das zeigt eine enorme Veränderung im Bewusstsein der japanischen Bevölkerung. Der Widerstand für die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke muss weltweit gestärkt und vernetzt werden!

Harald Braun

50. Schwabenstreich in Bremen

Mit dem friedlichen Widerstand der Stuttgarter Bevölkerung gegen „Stuttgart 21“ hat ein Wandel in der Verantwortung der Bürger für ihre Umwelt, Natur und Heimat stattgefunden. Wir alle tragen diese Verantwortung, auch für unsere Kinder und Kindeskinder. Wir können die Verantwortungslosigkeit von Politik und Wirtschaft im Umgang mit den ihnen anvertrauten Ressourcen und Steuergeldern nicht mehr so einfach hinnehmen. Der Kampf gegen „Stuttgart 21“ ist nicht nur ein Widerstand gegen den Bau eines nicht funktionierenden Tiefbahnhofes, sondern ein Bürgerprotest für freien Bürgerwillen, für Bürger- und Volksentscheide und Basisdemokratie.

Die heutigen Politiker leben in einer Scheinwelt, in der als mündiger Bürger gilt, wer alle vier oder fünf Jahre brav zu den Bundes- und Landtagswahlen geht, seine Kreuzchen macht, sich dann wieder bei einer Flasche Bier und einer Tüte Chips hinter den Fernseher zurückzieht und alles gutheißt, was über die Köpfe hinweg entschieden wird! Es kann nicht sein, dass Manager von Privatunternehmen der Politik vorschreiben, was wie gemacht wird, denn sie haben hierfür keine rechtliche Legitimation.

Gerade bei der Deutschen Bahn wird vonseiten des Herrn Rüdiger Grube das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinausgeschmissen, ohne dass wir einen reellen Nutzen davon haben. Das gilt für „Stuttgart 21“, die Neubaustrecke Nürnberg-Erfurt, die Y-Trasse Lüneburger Heide, die feste Fehmarnbelt-Querung und Hinterlandanbindung oder auch die 2003 eröffnete Hochgeschwindigkeitsstrecke Köln-Frankfurt. Wichtige Projekte, darunter die Betuwe-Strecke Rotterdam-Emmerich-Oberhausen, die neue Alpentransversale Karlsruhe-Basel-Gotthardt-Italien, der Aus- und Neubau des deutschen Schienennetzes für einen Kombiverkehr aus Fern-, Nah- und Güterzügen sowie die Renovierung von Bahnhöfen bleiben „auf der Strecke“.

Ich war mir der Aufgabe und Verantwortung gar nicht bewusst, als ich mit Andreas Falk aus Schorndorf im Rems-Murr-Kreis, einem aktiven Parkschützer und „Stuttgart-21“-Gegner, am 12. September 2010 den Schwabenstreich Bremen-Oldenburg „aus der Taufe hob“. Die Ausmaße unseres heutigen Netzwerkes ließen sich damals noch gar nicht erahnen. Kontakte reichen von den Umweltschützern aus Chimki bei Moskau bis ins französische und spanische Baskenland („Non à la LGV au Pays Basques“) und von Fehmarn bis nach Italien zur No-TAV-Bewegung im Susatal bei Turin.

Umkämpft sind der Bahnhof von Florenz und die Brücke von Messina ab Ende August 2011. Mehrere Kontaktfahrten werden mich im September und Okto-

ber 2011 nach Oberbayern, Moskau, Fehmarn, an den Mittelrhein und ins Saarland führen. Des Weiteren werden verschiedene Bürgerinitiativen in Bremen erwartet. Hier am Widerstandsbaum im Gustav-Detjen-Park möchte ich der Bremer Montagsdemo für ihr Vertrauen und ihre Unterstützung danken. Im Widerstand sind Solidarität und Zusammenarbeit verschiedener Gruppierungen wichtig!

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Arbeitslosengeld statt Hartz IV, Sozialhilfe kräftig anheben!

Deutschland ist das kinderärmste Land Europas. Seit 2010 sank die Kinderzahl um zwei auf 13,1 Millionen. Gleichzeitig stieg der Anteil der armen Kinder: 15 Prozent aller Kinder in Deutschland und 37,5 Prozent der Alleinerziehenden leben in Armut. Wie alle wissen, sind diese Zahlen in Bremen noch viel höher: Hier lebt jedes dritte Kind in Armut. Deswegen lauten unsere Mindestforderungen: Abschaffung von Hartz IV und einerseits Ersetzung durch Arbeitslosengeld für die Dauer der Arbeitslosigkeit, andererseits kräftige Anhebung der Sozialhilfe! Als Sofortmaßnahme fordern wir die Anhebung von ALG II auf 500 Euro und zehn Euro Mindestlohn! Gleichzeitig werden die Löhne immer mehr gedrückt; auch das ist Folge der Hartz-Gesetze.

Weltweit regt sich Widerstand gegen diese brutale Verarmungspolitik, so in Israel am Wochenende mit 325.000 Demonstranten. Eine ihrer Parolen lautet: „Nach dem arabischen Frühling jetzt israelischer Sommer!“ Immer mehr Menschenfordern ein Ende des „Raubtierkapitalismus“. Aber ist das nicht sein Wesen? Immer mehr sagen deshalb auch: Das System ist faul und muss weg! Die Kreditwürdigkeit der USA wurde von einer Rating-Agentur herabgestuft, und die Börsen spielen verrückt. Seit Juli wurden bereits fünf Billionen Dollar Spekulationskapital vernichtet! Es drohen eine Finanzkrise und eine erneute schwere Abwärtsbewegung der Weltwirtschaft. Auch das zeigt: Ein System, in dem es um Profite geht und nur noch spekuliert wird, nachdem so viel Kapital angehäuft worden ist, dass es immer schwieriger anzulegen wird, weshalb der Spekulation Tür und Tor geöffnet sind, während weltweit die Menschen an Hunger sterben, obwohl es zu viel Lebensmittel gibt, das gehört auf den Misthaufen der Geschichte!

Die überall aufkeimenden Kämpfe zeigen: Die Mehrheit der Menschen wehrt sich. Sie möchte nicht in Elend und Barbarei versinken. Lieber auf die Straße ge-

hen und notfalls das Leben riskieren, als passiv dem Untergang entgegen! Wichtig bei diesen Kämpfen ist das Streikrecht. Das erstinstanzliche Verbot des Fluglotsenstreiks war ein Versuch, das Streikrecht weiter auszuhöhlen. Letztes Jahr wurden Fluglotsen in Spanien kurzerhand unter Militärrecht gestellt und zwangsarbeitsverpflichtet, bei Zuwiderhandlung drohte mehrjährige Haft. Die Presse hetzt gegen die „reichen“ Fluglotsen, um ein Streikverbot salonfähig zu machen. Wir brauchen ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht bis hin zum Recht auf Generalstreik – und den wird es bestimmt geben!

In Stuttgart und anderen Städten Baden-Württemberg gab es am Wochenende einen Busfahrerstreik. Die Regierung ätzt, es würden „unbezahlbare“ Forderungen gestellt. Die Fahrer bekommen Wege von Depot zu Depot nicht bezahlt, so haben sie oft zwei bis drei unbezahlte Freistunden. Der Stress wird immer mehr. Die Fahrer, die zu 100 Prozent den Verdi-Streikaufruf befolgten, sagen: „Geld für ‚Stuttgart 21‘ ist da!“ Bei diesem Projekt wurde jetzt Geißlers oberfauler Kompromissvorschlag von den Grünen aufgegriffen. Das war letzte Woche auch hier beim Schwabenstreich Thema. Nun sollen die Regionalbahnen „oben“, die Fernzüge „unten“ fahren. Der Tiefbahnhof mit all seinen Folgen für Grundwasser, Mineralquellen und Park würde also doch gebaut und ein Milliardenbetrag dafür verbuddelt! Lasst euch nicht einseifen von Kretschmann und Geißler! Wenn der jetzt in Göbbels-Manier fragt: „Wollt ihr den totalen Krieg?“, dann zeigt das nur: Er ist völlig daneben!

Am Sonntag gab es einen Störfall in Brokdorf, EON ließ das AKW abschalten. Trafos versagten, die Ursache ist angeblich unbekannt. Und so sehen sichere AKWs aus? EON will 10.000 Arbeitsplätze abbauen und begründet das demagogisch mit dem „Atomausstieg“. In Wirklichkeit hat EON schon seit Jahren Zehntausende Arbeitsplätze gestrichen und nicht zuletzt dadurch die Sicherheit immer mehr gefährdet. Auch diese Herrschaften in der Vorstandsetage gehören zum Lumpen- und Lügenpack, wir brauchen sie nicht! Der Abbau des Schrottreaktors Esenshamm dauere zehn Jahre, und es sei ungewiss, ob die 500 Millionen gesetzliche Rücklage reichen. Warum wird jetzt erst diese Frage gestellt? EON muss eben enteignet werden, dann reicht es schon! In Fukushima herrscht außerhalb der Atomruinen jetzt die extremste Strahlung von zehn Sievert pro Stunde. Das ist mehr, als nach GAU innerhalb der Gebäude gemessen wurde! Die Lage wird daher nicht entspannter, sondern immer dramatischer. Aber das ist der Presse nur Dreizeiler wert. Die versuchen immer noch, zu beschwichtigen und runterzuspielen! Weltweit aber wächst der Widerstand gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und der natürlichen Umwelt!

Wolfgang Lange (MLPD)

Am Widerstandsbaum beim 50. Bremer Schwabenstreich

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

340. Bremer Montagsdemo am 15. 08. 2011

Die Reste zur „Tafel“ – keine Leistungen für Schwangere

1. Auch fünf Monate nach der Havarie in Fukushima tauchen Überraschungsmeldungen auf, die nicht wirklich welche sind. Obwohl die japanische Regierung am 11. März dieses Jahres Vorhersagen über die Verbreitung der radioaktiven Substanzen in der Luft ignorierte, so schwebten sie dennoch, und möglicherweise waren Tausende von Menschen einem erhöhten **Strahlenrisiko** ausgesetzt. Wie so oft verweigert sich die Atomsicherheitsbehörde kritischen Fragen.

Die atomare Wolke zieht ausgerechnet in Richtung jener Grundschule, die als eines der ersten vorübergehenden Evakuierungslager genutzt wird und wo nun möglicherweise Tausende von Menschen einem erhöhten Strahlenrisiko ausgesetzt sind. Hingegen wird von offizieller Seite versichert, dass der Großteil der radioaktiven Substanzen auf das Meer hinausgetragen würde. Im Nachhinein kommt es nun allerdings an den Tag, dass die vorhandenen Daten ein ganz anderes Bild zeigten.

Als ob sich nun die Vergangenheit noch ein wenig aufhübschen ließe, werden Schuldige gesucht, Verantwortlichkeiten hin- und hergeschoben, fadenscheinige Erklärungen abgegeben, und es wird sich gegenseitig in der fachlichen Kompetenz entwertet. Auch wenn die Messstationen durch den Tsunami beeinträchtigt waren und AKW-Betreiber Tepco seine eigenen Messungen nicht zur Verfügung stellte, entbindet das die verantwortlichen Behören nicht von ihrer Pflicht, die bedrohlichen Fakten allen zur Verfügung zu stellen.

Vor einigen Tagen erreichte uns die Nachricht, dass ein Erdbeben der Stärke 6 den Nordosten Japans erschüttert habe. Obwohl das Epizentrum in der Präfektur Fukushima lag, wurde angeblich nur eine Person verletzt – Arbeiter im örtlichen AKW, die sich täglich verstrahlen lassen müssen, wie immer nicht mitgezählt. An der havarierten Anlage Fukushima Daiichi seien keine neuen Schäden festgestellt worden – die alten reichen auch vollkommen aus!

2. Unglaublich, aber wahr: Mitten im verregneten Sommerloch schlägt der 32-jährige FDP-Generalsekretär Christian Lindner vor, wegen der „guten Lage“ auf dem Arbeitsmarkt die Bezugsdauer von **Arbeitslosengeld** für ältere Arbeitnehmer zu verkürzen. Lindner postulierte, es seien keine „Quasi-Frühverrentungsformen“ nötig; ältere Arbeitnehmer würden als Facharbeiter gebraucht. Warum werden älteren Erwerbslosen stattdessen so schnell durch die Jobcenter ihre Qualifikationen aberkannt?

Der Arbeitsmarkt „boomt“, äh: von welchem faselt der junge Mann? Ich finde, es wäre angebracht, wenn er sich dazu bereit erklären könnte, derartige Privatmeinungen nur in häuslicher Atmosphäre abzusondern! Alle, die nicht der durch Ignorieren großer Gruppierungen von Erwerbslosen „schöngerechneten“ Arbeitslosenstatik trauen, wissen ganz genau, wie schwierig es für Ältere ist, einen der immer rarer werdenden Arbeitsplätze zu ergattern.

Der Sozialverband VdK erklärte, dass angesichts der anhaltend *schlechten* Arbeitsmarktsituation für Überfünfzigjährige vielen Betroffenen bei der Verwirklichung des FDP-Plans der rasche Absturz in Hartz IV drohen würde, was eben keine echte Grundsicherung bedeutet. Die FDP zeigt mal wieder deutlich, wes Geistes Kind sie ist und wessen Wählerinteressen sie vertritt! Es handelt sich hier, auf Kosten der Schwachen, wohl nur um die Profilierung einer Partei, die sowieso nichts mehr zu sagen hat. Oder kommt demnächst ein neues Beschäftigungssystem für „65 plus“, weil die Renten so niedrig sind?

3. Den Euphemismen deutscher Politiker zum Trotz herrschen in der EU schwere Zeiten für junge Menschen. Mehr als 20 Prozent der 15- bis 24-Jährigen haben keinen Job. In Spanien sind 46, in Griechenland 38,5 Prozent arbeitslos, in Irland und Portugal rund 27. Auch die recht guten Daten aus Deutschland sollen mit 11,5 Prozent mehr Schein als Sein darstellen. Die Zahlen sind so erschreckend, weil sie der europäischen Schuldenkrise ein Gesicht geben. Sie zeigen, dass die Krise der Euro-Staaten nicht nur ein Problem für die Finanzminister der Pleiteländer ist, sondern fatale Auswirkungen auf die Bevölkerung hat. Wie so oft trifft es die Jugend zuerst. Dabei sollte der 12. August als internationaler Tag der Jugend doch eigentlich ein Tag der Freude und des Feierns sein!

So kann es nicht verwundern, wenn in den vergangenen Monaten Hunderttausende Jugendliche in Madrid und Athen aus Angst vor der Perspektivlosigkeit und aus Wut über die Politik auf die Straßen gingen, was sich in Großbritannien in voller **Randale** entlud. Die britische Regierung geht mit unerbittlicher Härte gegen die Randalierer vor und will diesem Personenkreis keinerlei staatliche Hilfe mehr zukommen lassen. Ohne mit den Gewalttätern zu sympathisieren, möchte ich wissen, ob es in Großbritannien eigentlich Sippenhaftung gibt und ob auch im Nachhinein Gesetze verschärft werden dürfen, sodass vor dem Begehen der Straftaten den Jugendlichen nicht klar war, auf was sie sich da einließen.

Auch Gesine Schwan spricht von „unruhigen Zeiten“, glaubt jedoch, dass in Deutschland die Perspektivlosigkeit nicht sozial verfestigt wie in Großbritannien

sei. Sie spricht von einer Tendenz zur sozialen Trennung der einzelnen Gruppen voneinander. Damit nicht auch bei uns die Wut so überkoche, müsse allen Kindern eine gleiche Chance auf Bildung und damit auf Selbstbestimmung gegeben werden. Wie wahr und weit davon entfernt! Wer der Jugend jede Chance auf eine annehmbare Zukunft nimmt, sie zu ökonomisch „Überflüssigen“ macht, die auf dem Arbeitsmarkt nicht gebraucht werden, der darf sich nicht darüber wundern, dass sie dagegen aufbegehrt und in blinder Zerstörungswut zerschlägt und abfackelt, woran sie nicht teilhaben und wessen sie sich nicht wertgeschätzt fühlen darf!

Neoliberale Profitmaximierung durch kostengünstigste Produktion darf nicht länger zu einer Art Gottheit erhoben werden, der sich alles andere unterzuordnen hat. Diesem Gebot beugen sich keine „überflüssigen“ Menschen, besonders nicht die Jugendlichen, die ihre eigene Wertigkeit durch Teilnahme an der Gesellschaft bestätigt sehen wollen, noch verträgt es sich mit einem Raubbau an der Natur! Wir wollen eine Welt, in der alle gut leben können! Komisch, die Älteren bekommen keine Arbeit, die Jüngeren nicht, die Behinderten nicht – für wen gibt es dann den so viel gepriesenen „Aufschwung“ überhaupt?

4. Es ist eine Schande, dass in diesem reichen Land durch die menschenverachtenden Hartz-Gesetze gezielt ganze Bevölkerungsschichten bewusst verarmt werden, damit die Geldbörsen der Unternehmer aus allen Nähten platzen! Weil die sogenannte Grundsicherung ihren Namen nicht verdient, steigt auch in Bremen die Zahl der Bedürftigen sprunghaft an, was sich ebenfalls bei der „**Tafel**“ bemerkbar macht, wo sich inzwischen bis zu 7.500 Personen Lebensmittel abholen. 2004 deckten sich am Tag erst etwa 50 Familien – auf neoliberal: „Bedarfsgemeinschaften“ –im Gröpelinger „Tafelladen“ mit Lebensmitteln ein. Aktuell sind es in der Zweigstelle Hemelingen schon mehr als 250 Bedarfsgemeinschaften täglich.

Weil sich der Staat aus seiner Pflicht zieht, allen Bürgern des vermeintlichen Sozialstaates zu einer ausreichenden echten Grundsicherung zu verhelfen, expandiert die Bremer „Tafel“ jetzt und macht auch in Huchting eine neue Filiale auf. Ihre Leistungen für einen Euro erhalten können Menschen, die von Hartz IV oder ähnlich bescheiden vegetieren müssen. Diese Lebensmittel finden ihren Weg zur „Tafel“, weil es eine Möglichkeit für Geschäftsinhaber darstellt, ihre inzwischen manchmal unappetitliche Ware, deren Haltbarkeitsfrist zum Teil schon abgelaufen ist, kostenlos zu entsorgen und sich bei dieser Müllabfertigung auch noch als „Gutmensch“, als „edler Spender“ fühlen zu dürfen!

5. Das Jobcenter Bonn strich einer im siebten Monat schwangeren Frau alle Hartz-IV-Leistungen, weil sie wegen ärztlich verordneter Bettruhe einen Termin bei ihrer Fallmanagerin nicht wahrgenommen hatte. Nach Ansicht des „Erwerbslosenforum Deutschlands“ ist das ein Fall einer grob rechtswidrigen Entscheidung, weshalb die Initiative der werdenden Mutter umgehend einen Rechtsanwalt besorgte.

Dieser wird nun, da die Bonner Hartz-IV-Behörde auf den vorige Woche eingelegten Widerspruch trotz Dringlichkeit und Fristsetzung bisher nicht angemessen reagierte, eine Eilklage beim Sozialgericht einreichen.

Dieser Fall stellt für das „Erwerbslosenforum“ eine neue Qualität des Rechtsmissbrauchs dar. Die Initiative hatte im Frühjahr auf mehrere Fälle aufmerksam gemacht, in denen Jobcenter Schwangere wegen des Abbruchs oder der Ablehnung unzumutbarer Ein-Euro-Jobs mit **Sanktionen** zu belegen versuchten. Obwohl die Mitwirkungspflichten überhaupt nichts mit einem Termin bei der Fallmanagerin zu tun haben, strich das Bonner Jobcenter direkt die Leistungen wegen fehlender Mitwirkung, womit der grundgesetzlich verankerte Schutz des ungeborenen Lebens und die Gesundheit der werdenden Mutter krass missachtet werden.

Oftmals beginnt für Hartz-IV-Bezieherinnen mit einer Schwangerschaft eine Odyssee durch den deutschen Sozialstaat, bei der das ungeborene Leben ganz schnell „unter die Räder“ kommen kann. Die von den Schwangeren geäußerten Beschwerden, wonach es den Mitarbeitern in Jobcentern an der notwendigen Sensibilität und Respekt gegenüber werdenden Müttern mangelte, Anträge zum Teil unvollständig oder viel zu spät bearbeitet wurden und Mitarbeiter mangelhaftes rechtliches Fachwissen aufwiesen, decken sich mit den Ergebnissen der von der „Mutter-Kind-Stiftung“ in Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebenen Befragung an Schwangeren und ihren Erfahrungen mit den Jobcentern.

Werden in den Jobcentern auf Dauer nur noch eiskalte Schreibtischtäter beschäftigt, die um jeden Preis sparen, egal ob es Leben kostet, oder wie lässt sich sonst erklären, dass von 14.000 Schwangeren, die im ersten Quartal 2010 Kontakt mit den Argen hatten, knapp 5.600, weit mehr als ein Drittel, anschließend Beratungsstellen aufsuchen mussten, damit die Frauen die ihnen rechtlich zustehenden Hilfen erhielten oder überhaupt erst davon erfuhren?

6. Während Hartz-IV-Beziehern ständig die Kontoauszüge kontrolliert werden und ihnen pauschal eine grundsätzliche kriminelle Energie zum Missbrauch von Transferleistungen unterstellt wird, plant das schwarz-gelbe Gruselkabinett ein Abkommen mit der Schweiz, das **Steuersünder** schützt und selbst die Fahndung nach ihnen mittels einer kleinen Anzahl neuer CDs mit Daten unterbindet.

Bisher könne auch niemand sagen, ob durch das Abkommen wirklich die erwarteten Steuern von schätzungsweise 130 Milliarden Euro deutschem Schwarzgeld hereinkämen, die in der Schweiz gebunkert sein sollen. Wenn das völlig unzureichende Gesetz erst 2013 in Kraft treten soll, bleibt den Steuerhinterziehern noch ausreichend Zeit, um ihr Vermögen, nach wie vor am deutschen Fiskus vorbei, irgendwo in Asien sicher anzulegen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Das Licht der Aufklärung

In Osnabrück wurde am Freitag eine Kita mit dem Namen „König David“ eröffnet, jenes Königs, der laut Mythologie des Buches Samuel nach seinem berühmten Zweikampf den abgetrennten Kopf Goliaths triumphierend in die Höhe hielt, der sein Reich durch Eroberungsfeldzüge ausdehnte und festigte und ein Verhältnis mit der Ehefrau eines seiner Offiziere hatte. Als diese dann von ihm schwanger wurde, kommandierte König David diesen Offizier an die vorderste Linie, um sich seiner zu entledigen und die Witwe zu heiraten.

Wenn ich mir das so betrachte, habe ich Zweifel, ob dies die richtige Namensgebung für eine Kindertagesstätte unserer Zeit ist. Da könnten wir doch gleich eine „Siegfried-Kita“ nach der Legende des Nibelungenliedes gründen, oder wie wäre es mit dem „Achilleus-Hort“, nach jenem Krieger aus der Legende der Ilias, der mit seinem Streitwagen den Leichnam des besiegten Hektor um die Mauern Trojas schliff. Vielleicht nach Gilgamesch, der zusammen mit Enkidu den Himmelsstier zu Gyros verarbeitet hat, oder nach Perseus, der die Medusa um einen Kopf kürzer machte. Wenn man jenen König David jedoch für historisch nimmt, so wäre vergleichsweise eine „Dschingis-Khan-Kita“ als Namensgebung völlig daneben.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es ist nicht so, dass ich gegen interkulturelle Kindertagesstätten etwas hätte, jedoch möchte ich zu bedenken geben, dass wir in unseren öffentlichen Erziehungseinrichtungen nicht grundlos eine strikte Trennung von Staat und Religion praktizieren. Dies dient dem Schutze unserer Kinder vor religiöser Einflussnahme, wie die bekannten Kopftuch- und Kruzifix-Debatten zeigen, die zum Teil in Verfassungsrechtsstreitigkeiten bis nach Karlsruhe gingen.

Daher wäre es sicherlich überlegenswert, in einer Diskussion um die Frage, ob im Unterrichtsfach Religion der Islam mit aufgenommen werden sollte, den Vorschlag einzubringen, dieses Fach gänzlich zu streichen und durch Philosophie, insbesondere Ethik zu ersetzen. Denn ethisches Handeln setzt den Respekt gegenüber den Menschen um ihrer selbst willen in Gleichbehandlung und Mitgefühl voraus und nicht die Angst vor drohender Bestrafung in einer mythologisch-imaginären Jenseitsvorstellung.

Nach der religiös ausgerichteten Erziehung dieser Kindertagesstätte „König David“ soll zur dunklen Jahreszeit das Licht eine zentrale Rolle spielen. So möchte ich mit einem Gedicht von Heinrich Heine enden, in der Hoffnung, dass in der

Erziehung unserer Kinder vor allem das Licht der Aufklärung eine Rolle spielt und sich nicht nach dem grausamen Vorbild altvorderer Mythologiengestalten oder überkommener Riten des Aberglaubens vergangener Tage aus finsteren Zeitaltern ausrichtet.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

König David

Lächelnd scheidet der Despot,
denn er weiß, nach seinem Tod
wechselt Willkür nur die Hände,
und die Knechtschaft hat kein Ende.
Armes Volk! wie Pferd und Farrn
bleibt es angeschirrt am Karrn
und der Nacken wird gebrochen,
der sich nicht bequemt den Jochen.
Sterbend spricht zu Salomo
König David: Apropos
dass ich Joab dir empfehle
einer meiner Generäle.
Dieser tapfre General
ist seit Jahren mir fatal
doch ich wagte den Verhassten
niemals ernstlich anzutasten.
Du meinen Sohn, bist fromm und gut
gottesfürchtig, stark genug
und es wird dir leicht gelingen
jenen Joab umzubringen.

Heinrich Heine

Stoppen wir die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen!

Es gibt heute keinen Menschen, der nicht von der dramatisch zugespitzten Umweltzerstörung betroffen ist. Unser Planet Erde wird in eine gigantische Müllhalde verwandelt. Heute befindet sich bereits mehr Plastik in den Weltmeeren als Plankton. Über 100.000 verschiedene giftige Stoffe sind in der Produktion im Einsatz; sie gelangen in Luft, Boden und Gewässer und führen zu zunehmenden Gesundheitsschäden der Menschen. Viele dieser Stoffe wirken wie künstliche Hor-

mone oder führen zu Nervenkrankheiten, Allergien und Krebs. Die Auswirkungen der heraufziehenden Klimakatastrophe werden weltweit immer deutlicher.

Während in Südkorea Schlammlawinen als Folge der stärksten Regenfälle seit einem Jahrhundert ganze Dörfer zerstören, sind in Ostafrika Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. Sie leiden unter der schwersten Dürre seit 60 Jahren. Nachdem zweimal die Regenzeiten ausgefallen sind, sind die Früchte auf den Feldern vertrocknet, und das Vieh ist verhungert oder verdurstet. Diese Hungerkatastrophe ist kein Ergebnis unabwendbarer Naturereignisse, sondern eine schreiende Anklage an die menschenverachtende kapitalistische Profitwirtschaft. Die Zunahme dramatischer Dürren in Ostafrika hängt eng mit der vor allem von den internationalen Riesenkonzernen verursachten globalen Erwärmung zusammen. Der Indische Ozean hat sich dadurch bereits jetzt um durchschnittlich zwei Grad erwärmt. Das erschwert die Bildung von Monsunregen erheblich und ist die wesentliche Ursache für das wiederholte Ausbleiben der Regenzeiten am Horn von Afrika.

Über das Abschmelzen der Arktis im Rekordtempo wurden letzte Woche neueste Messungen veröffentlicht. Im Vergleich zu den 50er Jahren ist die Hälfte des Sommereises verschwunden und die Temperatur um drei Grad gestiegen. Das Abschmelzen der Eismassen beeinflusst massiv das weltweite Klima: Eisflächen werfen 90 Prozent der Sonnenstrahlen ins Weltall zurück, während Wasserflächen diese Strahlung zu 90 Prozent als Wärme aufnehmen. In Sibirien und Kanada tauen die Permafrostböden auf. Dadurch werden gewaltige Mengen von Kohlendioxid und Methan freigesetzt, die den Treibhauseffekt verstärken. Die Schmelzrate des Grönlandeises hat sich in den letzten zehn Jahren um das Zwei- bis Vierfache beschleunigt, was zu einem weiteren Anstieg des Meeresspiegels führt. Durch die Erderwärmung ist eine Eigendynamik entstanden, die die zerstörerischen Eingriffe des Menschen in die Natur erheblich verstärkt und den Übergang in eine globale Umweltkatastrophe eingeleitet hat.

Dem „Weiter so“ der internationalen Energiekonzerne und der meisten Regierungen auf der Welt mit fossiler Verbrennung und Atomkraft setzten wir ein entschiedenes Nein entgegen. Die alternative Weltklimakonferenz der Umweltbewegung mit 35.000 Teilnehmer(inne)n aus über 150 Ländern hat im April 2010 in Cochabamba/Bolivien erklärt: „Entweder stirbt der Kapitalismus oder die Mutter Erde. System change, not climate change!“ Dort wurde auch beschlossen, eine weltweite Umweltbewegung aufzubauen, um den Planeten Erde zu retten. Inzwischen ist das Umweltbewusstsein weiter angewachsen. Der Anti-Atom-Widerstand hat sich entwickelt und in Deutschland der Merkel-Regierung und den großen Energiekonzernen eine deftige Niederlage zugefügt.

Aber von einer echten Energiewende sind wir noch weit entfernt. Wie ist heutzutage ein Leben im Einklang mit der Natur weltweit möglich? Die „Bürgerbewe-

gung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz“ hat sich zum Ziel gesetzt, fortschrittliche Produktionsverfahren, Techniken und Ideen zu unterstützen und bekanntzumachen, die den Raubbau an der Natur und die Zerstörung des Klimas beenden. Um eine echte Energiewende vorzustellen und zu diskutieren, lädt der Verein alle interessierten Menschen zu einem **Vortrag** mit Professor Jooß von der Uni Göttingen am **25. August 2011** um **19 Uhr** ins „**Lagerhaus**“ ein („Mediencoop“, 3.Stock). Das Thema lautet: **Kreislaufwirtschaft** und 100 Prozent erneuerbare Energien – die Antwort auf die drohende Umweltkatastrophe“.

Harald Braun

Waffenlobby will Zivilklausel der Uni Bremen aufweichen

Der Kampf um die Zivilklausel der Universität Bremen ist in eine neue Runde gegangen und nimmt an Intensität zu. Mit ihrer Zivilklausel aus dem Jahre 1986 hatte sich die Universität feierlich verpflichtet, keinerlei Rüstungsforschung zu betreiben. Im Text heißt es, dass „jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung beziehungsweise Zielsetzung“ vom Akademischen Senat, dem höchsten universitären Entscheidungsgremium, abgelehnt wird. Die Klausel fordert außerdem „die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können“ (AS-Beschluss Nummer 5113).

Den Anlass für das Ringen um den Erhalt eines zivilen Charakters der Uni liefert die geplante Stiftungsprofessur, die das Bremer Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen OHB System AG im vorigen Jahr der Universität vertraglich angeboten hatte. Damit gerät die Zivilklausel ernsthaft in Gefahr, ausgehebelt zu werden, denn OHB macht die Finanzierung dieses Lehrstuhls vom „Vergessen“ dieser Klausel abhängig. Obwohl dies nicht offen zugegeben wird, geht es hier um reine zivil-militärische Zusammenarbeit. Die Firma stellt neben angeblich zivilen Satelliten auch Beobachtungssatelliten für die Bundeswehr her. Außerdem ist sie unter anderem mit Raumfahrttechnologie an der Flüchtlingsabwehr „Frontex“ beteiligt, und es gibt noch weitere unschöne Verbindungen von namhaften Wirtschaftsunternehmen und Rüstungsbetrieben mit der Universität.

Der AStA der Uni Bremen erklärt dazu: „Die Kritik an diesen Entwicklungen rührt von dem Grundgedanken her, dass Wissenschaft, Forschung und universi-

täre Lehre dem Frieden dienen und an zivilen Lösungen der großen globalen Herausforderungen arbeiten sollen. Deshalb muss das Konzept der friedlichen Universität, ein elementarer Teil der Gründungsideologie der Bremer Uni, weiter aktiv verteidigt werden.“ Kürzlich haben sich 63 Professorinnen und Professoren öffentlich gegen diese Forschungskooperation und für den Erhalt der Zivilklausel eingesetzt. Schon bald gab es eine beleidigte Reaktion aus dem Vorstand von OHB mit der erpresserischen Aufforderung: Entweder ihr „schluckt die Kröte“, oder es gibt keine Stiftungsprofessur.

Die Friedensgruppen in Bremen fordern die Einrichtung eines Lehrstuhls für Friedensforschung und Rüstungskonversion an der Bremer Universität. Inzwischen hat der Bremer FDP- Bundestagsabgeordnete Staffeldt zugunsten des Rüstungsunternehmens in die laufende Kontroverse eingegriffen und für eine weitere Zuspitzung gesorgt. Zuvor hatte die Linksfraktion im Bundestag eine Anfrage mit 26 Fragen zu Forschungskooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft an die Bundesregierung gerichtet. Dies hatte den FDP-Rüstungslobbyisten zur seiner eindeutigen Parteinahme für OHB auf den Plan gerufen. Für uns Grund genug, mit einer entsprechenden Presseerklärung an die Öffentlichkeit zu gehen!

Hier der Wortlaut: „Der Einsatz des Bremer Bundestagsabgeordneten Torsten Staffeldt (FDP) für die OHB-Stiftungsprofessur entspricht der konstanten Nähe der FDP zur Rüstungsindustrie. Es ist noch nicht vergessen, dass sich die FDP im Bremer Wahlkampf für den Rüstungsstandort Bremen stark machte und in dieser Zeit der damals gerade zum Wirtschaftsminister ernannte Philipp Rösler zwei Rüstungsfirmen in Bremen besuchte, unter anderem. OHB. Es ist eine Heuchelei, dass OHB auf die mitfinanzierte Stiftungsprofessur keinen Einfluss habe. Schon am Berufungsverfahren kann eine Person von OHB teilnehmen, wenn auch ohne Stimmrecht. Gegenwart und Rederecht können Einfluss nehmen.

Außerdem weiß das ‚Bremer Friedensforum‘, dass laut Vertrag die Bremer Universität und OHB bei Veranstaltungen zu wissenschaftlicher und beruflicher Weiterbildung kooperieren. Das allein und dazu die Kooperation mit einer Rüstungsfirma überhaupt widerspricht der Zivilklausel der Bremer Universität, wenn sie im Vertrag auch gar nicht genannt wird. Das ‚Bremer Friedensforum‘ warnt vor einer Aufweichung der Zivilklausel, wie sie von Politik und Teilen der Universität angestrebt wird. Das Geschäft mit der Rüstung und die Militarisierung erhalten für viele Bereiche immer mehr Gewicht.“

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Für S21 illegale Verträge einhalten?

Morgen gibt es auf den Tag genau sieben Jahre Montagsdemonstrationen im Kampf gegen die unsozialen Hartz-Gesetze. Wir haben dafür gesorgt, dass diese zu den verhasstesten in ganz Deutschland zählen. Hartz IV hieß auf einmal, von 345 Euro im Monat leben zu müssen, ohne Kleider-, Wohnungs-, Einrichtungs- oder sonstiges Geld. Hartz IV bedeutet: Egal, wie lange man gearbeitet hat, und sei es das ganze Leben, nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit ist Schluss, dann geht es geordnet in die Armut! Hartz IV war und ist der größte Angriff auf die soziale Lebenslage des Großteils der Bevölkerung seit dem Zweiten Weltkrieg. Niemals haben wir uns damit abgefunden!

Namengeber Peter Hartz, der als VW-Arbeitsdirektor seine Betriebsräte mit Millionen schmierte und mit ihnen ins Bordell nach Brasilien flog, der dieses widerliche Gesetzwerk im Auftrag von Bundesregierung und Konzernbossen geschrieben hat, ist frei und straflos! Schon Hartz I war ein Angriff auf die Lebenslage der breiten Bevölkerung: Damit erfolgte die Öffnung von Leih- und Zeitarbeit ohne Grenzen. Fast jeder neue Arbeitsplatz in Deutschland und immer mehr alte sind „prekär“, also ungesichert.

Die Montagsdemonstrationen, bewusst in Anlehnung an die DDR-Montagsdemobewegung gegen das verhasst Stasi-Regime entstanden, sind heute prägend für den Widerstand gegen „Stuttgart 21“ und Atomkraftwerke, sie stehen weltweit für eine demokratische Streitkultur und sind eine Schule der direkten Demokratie. Darauf können wir stolz sein! In ganz Europa gibt es den Kampf der Bevölkerung gegen die Krisenpolitik. Montag ist Widerstandstag! Wir rufen auf zur **Großdemo** in **Berlin** am **17. September** und laden ein zum **Widerstandsfest** am **3. September 2011** von **15 bis 20 Uhr** in den **Neustadtswallanlagen** am Südbad.

Die Rebellion der Jugend in Großbritannien gegen die herrschenden Verhältnisse wird auch in deutschen Medien kriminalisiert: Schon über 1.000 Plünderer seien verhaftet worden, gegen sie würden härteste Strafen verhängt. Es ist natürlich keine Lösung, Häuser anzuzünden, aber über die Ursachen schweigen Presse und Regierung: die ausweglose Situation vieler Jugendlicher. Es herrscht in ihrer Altersgruppe extreme Arbeitslosigkeit, in Europa durchschnittlich 20,5 Prozent, und sie bekommen keine Ausbildung. In Europa gab es letztes Jahr Protestaktionen gegen extreme Studiengebühren. Im „Weser-Kurier“ stand diesen Montag, von 22.000 Bewerbern für die Hochschule Bremen wurden nur 1.900 genommen! Was wird aus dem Rest? Internationale Solidarität mit Europas Jugend! Auch in Griechenland, Spanien und Frankreich ist die Jugend im Protest vorn dran. In Deutschland plant die IG-Metall-Jugend für den **1. Oktober 2011**

einen **Jugendaktionstag** für **unbefristete Übernahme** unter dem Motto „Laut und stark“.

In Tokio haben letzten Freitag 2.800 Bauern und Fischer gegen Tepco demonstriert und fordern Wiedergutmachung. In Stuttgart sagt Ministerpräsident Kretschmann, ‚S21‘ sei nicht zu verhindern, Verträge müssten eingehalten werden, dabei pfeifen die Spatzen von den Dächern, dass *illegale* Verträge geschlossen worden sind. Außerdem: Über Erfolg oder Nichterfolg entscheidet nicht Kretschmann, sondern der Widerstand! Aber es steht Herrn Kretschmann frei, sich nach Heiner Geißler auch ins „Lügenpack“ einzureihen.

Dieses Wochenende gab es mehrere große Aktionen für „wirklichen Atomausstieg“, in Gorleben eine Dauermahnwache, in Stuttgart, Heilbronn, Neckarwestheim und Paris. Die Grünen hatten nicht mobilisiert! Neckarwestheim soll bis 2022 laufen, mit Restmengen wird auch ewiger Dauerbetrieb möglich, denn Reaktor I ist für einen „Reservebetrieb“ im Gespräch. Die Regierung betrügt! Internationale Monopole haben Atomanlagen nach Fukushima keineswegs abgeschrieben, im Gegenteil: Weltweit sind derzeit 60 Atomkraftwerke im Bau, 500 in Planung, in Saudi-Arabien 16, in Großbritannien bis 2025 zwölf.

Pervers ist der französische Plan, in 60 bis 100 Metern Tiefe auf dem Meeresgrund neue Atomkraftwerke zu bauen, das erste 2014 in der Normandie. Ein verbrecherischer Plan, denn unter Wasser breitet sich Radioaktivität noch schneller aus! Die AKW-Betreiber haben aus Fukushima und Tschernobyl nichts gelernt. Das können sie auch gar nicht, bei eins bis zwei Millionen Euro Reingewinn pro Tag und Reaktor. Das sind Verbrecher, denen man das Handwerk legen muss! Der Merkel-Regierung dürfen wir nicht über den Weg trauen. Noch ist kein Atomkraftwerk wirklich abgebaut. Es gibt Hintertürchen, deswegen dürfen wir nicht locker lassen! Sofortige Stilllegung weltweit erfordert eine internationale aktive Widerstandsfront. Die von ICOR und ILPS beschlossene einjährige Kampagne ist ein wichtiger Schritt!

Wolfgang Lange (MLPD)

Im Oldenburger Kittchen ist kein Zimmer frei

Mit der Menschenwürde ist das in der Tat so eine Sache: Wo beginnt sie, und wo endet sie unter Umständen für den Menschen? Helmut hat kürzlich seine Wohnung verloren. Alle seine Möbel verblieben darin, nachdem man ihn aus dieser hinauswarf. Sie unterliegen dem Vermieter-Pfandrecht. Helmut bezieht eine kleine Rente von knapp über 300 Euro im Monat. Er entschied sich dafür, lieber nicht zu verhungern, und so kam es zu den Mietschulden. Seitdem lebt Helmut hier in Oldenburg auf der Straße. Abends muss er zum Polizeirevier am Heiligengeistwall gehen und sich eine Bescheinigung ausstellen lassen, damit er die Notunterkunft am Sandweg für die Nacht aufsuchen darf. Helmut berichtet, dass dort immer mehr junge Menschen von knapp über 20 Jahren übernachten. Seine Postadresse hat Helmut inzwischen beim Tagestreff für Wohnungslose in der Ehnernstraße.

Er berichtet, er habe dort schon einmal von einem der Beschäftigten den Hinweis bekommen, stelle man ihm zehn Fragen, würde die Antwort jedes Mal Nein lauten würde. Das betraf wohl Fragen, die Helmut irgendwie weiterbringen sollten. Das verwundert mich schon sehr: Ist Helmut eigentlich noch ein Bürger der Stadt Oldenburg, oder wird er jetzt aufgrund seiner Not zum Menschen zweiter Klasse? Helmut trinkt keinen Alkohol und mag es auch nicht, wenn andere Personen in den Notaufenthalten trinken. In seiner Not wandte er sich auch schon an einen Anwalt, der gleichzeitig in Stadtrat und Landtag sitzt. Dieser wies ihn ab mit dem Hinweis, er habe nicht die fachlichen Kenntnisse, um ihn in seinen Angelegenheiten erfolgreich vertreten zu können. Doch Helmut hat jetzt einen anderen Anwalt gefunden, der sich seiner Sache annehmen will.

Helmut möchte nicht gern in der Notunterkunft übernachten, sondern eine neue Wohnung beziehen und menschenwürdig leben. Er hat aufgrund aller Probleme, die ihm wohl auch die Behörden machen, schon überlegt, wie er es „anstellen“ könne, „ins Kittchen“ oder, wie er meint, auch „nach Wehnen“ in die dortige Carl-Jaspers-Klinik zu kommen. Das würde für die Gesellschaft dann aber wesentlich teurer werden, stellt er fest, und Recht hat er! Leider konnte ich Helmut allein auch nicht richtig weiterhelfen. So gab ich ihm meine letzten zehn Euro, die sich noch in meinem Portemonnaie befanden, und sagte, er solle davon vernünftig zu Abend essen.

In Oldenburg ist für Helmut kein Zimmer im Kittchen frei, aber auch keine Wohnung in Aussicht. Schön, dass wir alle uns immer so sehr für die Menschenwürde einsetzen! „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – ist das wirklich der Fall? Helmut ist übrigens damit einverstanden, dass ich über seine Probleme öffentlich berichte. Ich hoffe natürlich, dass das Wohnungsproblem der Stadt Oldenburg so schnell wie möglich gelöst wird. Genau dafür möchte ich mich auch

einsetzen, und zwar für jeden Menschen, ohne nach einer eventuellen „Schuld“ zu fragen. Und auch ohne zu fragen, ob man wählen geht oder nicht.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Unser Protest auf der Straße hat eine Änderung der Politik bewirkt

Wenn ich sage, unterstützen Sie unsere „Bundesmutter“ Angela Merkel beim Ausstieg aus der Atompolitik, dann will ich damit verdeutlichen, dass wir auf dem richtigen Weg sind mit unseren Demos und Protesten, denn sie haben etwas bewirkt. Wir waren zeitweilig sehr viele und haben jemanden so kräftig in den Parteihintern gekniffen, dass sie es tatsächlich gespürt, „Au“ geschrieen und sich sogar bewegt hat. Das finde ich eine sensible Reaktion, denn viele Politiker merken niemals etwas!

Seit vielen Jahren laufen Proteste gegen Atomwaffen und Atomkraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen, Endlager und Castortransporte, ohne dass unsere Politiker etwas Wesentliches an der Ursache ändern wollten. Ich habe also wieder Hoffnung, dass es doch noch einige Sensible gibt und ein paar mehr, die jetzt aufgewacht sind. Ich habe wieder Hoffnung, dass wir „Straßenpolitiker“ etwas erreichen können, mit genügend Mut, Macht und Ausdauer, bevor es eventuell zu spät ist beziehungsweise immer schwerer wird, überhaupt noch etwas zu ereichen.

Gehen wir besser schon auf die Straßen und Marktplätze, *bevor* jemand zum Beispiel in Deutschland an Hartz IV verhungert, *bevor* wir statt sauberer Luft nur noch Abgase atmen. Gehen *Sie* auf die Straßen der Welt, *bevor* uns das nächste Atomkraftwerk um die Ohren fliegt, *bevor* amerikanische Chemiekonzerne mit dem Slogan „Wir beseitigen den Hunger der Welt“ uns vorschreiben, was wir weltweit essen und trinken müssen. Es sind die gleichen skrupellosen Wirtschaftsmächte, die mit gentechnisch verändertem Saatgut weltweit die Landwirtschaft kontrollieren wollen und die das Monopol für die weltweite Ernährung in den dreckigen Händen halten wollen, zum Beispiel Monsanto, Syngenta oder Bayer.

Sie haben mit falscher Kennzeichnung bereits Schiffsladungen von genmanipulierten Sojabohnen illegal nach Deutschland eingeführt, sprich: geschmuggelt. Sie haben die EU auf Schadenersatz wegen Geschäftsschädigung verklagt, weil sie noch Vorbehalte gegen genmanipuliertes Saatgut geäußert hat. Durch ihre skrupellose Geschäftstüchtigkeit haben sie bereits hunderte indische Klein-

bauern in Ruin und Selbstmord getrieben, weil sie das genmanipulierte Saatgut jährlich neu kaufen müssen, denn es keimt nur ein einziges Mal, und das wurde verschwiegen.

In Kanada wurde der Landwirt Percy Schmeisser von Monsanto wegen Diebstahl angeklagt. Er hatte gemeldet, dass sich auf seinem normalen Maisfeld eine fremdartige Sorte aus der Nachbarschaft eingemischt beziehungsweise ausgesät hatte. Die Chemieindustrie will Patente auf Lebewesen, Pflanzenarten- und Tierarten. Sie will mit der Pharmaindustrie immer mehr und fast unbemerkt Einfluss und Kontrolle über das Gesundheitswesen, über Ärztekammer, Krankenkasse, Ärzte und andere Gremien. Jeder einzelne Mensch soll mit möglichst viel Geld zum Gewinn und zur Entwicklung neuer riesiger Geschäftsfelder beitragen und zum berechenbaren Marktsegment der Chemieindustrie werden, durch viele Medikamente, legale Drogen, Psychopharmaka auch für Kinder, Rezept- und Praxisgebühren, die keine sind, Gebührenerhöhungen allgemein.

Wir brauchen und wir wollen weder Atom- noch Gendreck! In Deutschland sind etwa zwei Drittel der Bürger dieser Meinung. Das ist eine weitere Gemeinsamkeit dieser beiden unterschiedlichen Themenbereiche. Weil diese jedoch so elementar wichtig sind, gehen wir dafür auf die Straße, klären Sie auf und sagen unsere Meinung. Sie können das auch, denn in unserer Demokratie ist es noch möglich!

Helmut Minkus (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

341. Bremer Montagsdemo am 22. 08. 2011

8.000 Bremer müssen täglich nehmen, was andere wegwerfen

1. Monate nach der japanischen **AKW-Katastrophe** sind die Menschen dauerhaft erhöhter Strahlung ausgesetzt, und die Regierung tut sich schwer mit der Entseuchung. Im feucht-heißen August hängen die süßen, saftigen Pfirsiche handtellergroß an den Bäumen, doch verstrahltes Obst wird kaum gekauft. Die Leiterin einer Grundschule erzählt von dem Glück, das sie und die 60 Schüler hatten, weil Nuklearexperten vor wenigen Wochen die Schule dekontaminierten, sie von radioaktivem Staub und Schmutz befreiten. „Dank“ der Heraufsetzung der „unbedenklichen“ Jahresbelastung für Kinder bis zu 20 Millisievert, dem Abkratzen der Asphaltoberfläche, dem Säubern der Dächer mit Hochdruckanlagen, dem Entseuchen der Hänge mit Spezialstaubsaugern, dem Umpflügen der Wiesen, dem Entfernen kontaminierten Rasens und Laubes und dem Stutzen der Bäume dürfen die Kinder dort nun wieder „sicher“ draußen spielen, ganz ohne Schutzmaßnahmen. Es ist schwierig, den atomaren Müll zu entsorgen, weil in Japan der Transport von radioaktivem Boden gesetzlich verboten ist. Strahlende Müllberge beispielsweise hinter einer Turnhalle sind auf längere Sicht nicht zu verantworten.

Auch wenn mit den Experten von Tschernobyl Kontakt aufgenommen wurde, wird sich eine Dekontaminierung der Region auf Jahrzehnte hin nicht verwirklichen lassen, weswegen schon lange mit einer Evakuierung hätte angefangen werden müssen. Aber die Regierung will bei der Entseuchung auch nach fünf Monaten nichts „übereilen“. Während die japanische Regierung noch zaudert, wird die Region um Fukushima bereits vom nächsten schweren Beben mit einer Stärke von 6,8 auf der Richter-Skala erschüttert. Wenn einige Bürger nur dazu aufgefordert werden können, sich in höher gelegenen Gegenden in Sicherheit zu bringen, wenn Erdstöße die Häuser so stark schwanken lassen und Tsunami-Warnungen ausgesprochen werden, dann zeigt sich immer wieder die Hilflosigkeit der Regierung angesichts der unbeherrschbaren Naturgewalten und betont geradezu, wie

verantwortungslos es ist, ausgerechnet im erdbebengeschüttelten Japan fast 60 Atomkraftwerke stehen zu haben.

2. Dass Erwerbslose faul sind und in einer angeblich vorhandenen „Hängematte“ den Müßiggang pflegen, ist eine Stammtischparole, die bekanntermaßen durch die meisten Medien gebetsmühlenartig wiederholt wird. So ist es dann auch nicht weiter verwunderlich, wenn nach einer Allensbach-Umfrage jede(r) Zweite in Deutschland glaubt, dass viele Erwerbslose gar nicht arbeiten wollen. Scheinbar objektiv wird die Frage in den Raum gestellt, ob die Arbeitslosen im Land wirklich in großer Zahl arbeitsscheu, bequem oder zu anspruchsvoll seien. Von den angeblich nur knapp drei Millionen Arbeitslosen würden jeden Monat einige hunderttausend Beschäftigte neu arbeitslos und etwa ebenso viele Arbeitslose wieder einen Job finden, daher sei **Arbeitslosigkeit** in der überwiegenden Zahl der Fälle nur kurzfristig. Die angeblich faulen Erwerbslosen müssten demnach unter den Langzeitarbeitslosen, vorrangig unter den Hartz-IV-Beziehern zu finden sein, wo lange Bezugsdauern von Unterstützungsleistungen und wiederholte Bedürftigkeit häufig seien.

Anstatt davon zu sprechen, dass es ein gesellschaftliches Problem ist, dass es nicht mehr für alle Arbeit gibt, wird der Status der Arbeitslosigkeit als individueller Mangel, als Vermittlungshemmnis gesehen. So hätten neun von zehn Hartz-IV-Beziehern keinen Schulabschluss oder keine Ausbildung, litten unter gesundheitlichen Einschränkungen, seien frecherweise älter als 35 Jahre, alleinerziehend, hätten einen Migrationshintergrund und verfügten über schlechte Deutschkenntnisse. Viele hätten sogar mehrere Vermittlungshemmnisse. In den „Boom“-Regionen Deutschlands wie manchen Gegenden Bayerns oder Baden-Württembergs ist die Langzeitarbeitslosigkeit sehr gering, weil es viel mehr Jobangebote gibt. Wo Arbeitsplätze rar sind, kommen Bemühungen um eine reguläre Beschäftigung einer Sisyphusarbeit gleich, deren Verweigerung jedoch heftig sanktioniert wird. Es ist auch nicht ein zu hoher Anspruchslohn, der Erwerbslosen vorschwebt: Sehr oft wird Arbeit mit unterdurchschnittlicher Bezahlung angenommen, die noch aufgestockt werden muss. Gnädigerweise kommt die Autorin zu dem Schluss, dass es unfair wäre, Arbeitslose zu diffamieren.

3. Nach Expertenschätzungen kommen jährlich rund 17.000 Patienten durch Pflege- und Versorgungsmängel in deutschen Krankenhäusern zu Tode. Gerade ältere Menschen, die sich nicht wehren können, werden zu Opfern von nachlässiger Pflege, Krankenhauskeimen oder falscher Medikamentengabe. Die Liste der Fehler im Klinikalltag ist lang. Schuld sind der drastische Personalabbau bei Pflegekräften sowie fehlende ärztliche Fürsorge und Verantwortlichkeit. Das neoliberale Dogma degradiert Gesundheit zur Ware, Menschenpflege wird mit der von Maschinen durch Maschinen verwechselt. Dabei erwartet doch, wer ins Krankenhaus gehen muss, dass er dort gesund gepflegt und nicht etwa noch kränker wird, dort gar sterben muss! Viele alte und demente Patienten magern völlig ab, weil

ihnen das Essen nur auf den Nachttisch gestellt wird, aber das Pflegepersonal keine Zeit hat, sie zu füttern.

Oder sie bekommen offene Wunden am Rücken, Dekubitus, weil sie nicht bewegt wurden, leiden fürchterliche und unnötige, höllische Schmerzen. Offene Wunden bei geschwächten Menschen laden Krankheitskeime geradezu ein. Die **Pflegemissstände** in deutschen Krankenhäusern sind gravierend, weil an den falschen Stellen gespart wird, wenn die Pflege nur als Kostenfaktor gesehen wird und nicht als ganz zentraler Versorgungsbereich im Krankenhaus. So kann es passieren, dass Menschen zwar zur Toilette gebracht, aber dort nicht wieder abgeholt oder gar sechs Wochen nicht geduscht werden. Dabei gibt es so viele Erwerbslose, auch examiniertes Pflegepersonal, das dort eingestellt werden müsste, ohne dabei gleich bei Hungerlohn ausgebrannt zu werden! Das ganze System Krankenhaus gehört gründlich auf den Prüfstand, wobei das Wohlergehen der Patienten eindeutig Vorrang haben muss vor wirtschaftlichen Interessen der Klinikbetreiber.

4. Die Deutsche Bahn baut in ihren Reisezentren rund 700 Mitarbeiter ab und reagiere damit auf den zunehmenden **Fahrkartenkauf** übers Internet. Entlassungen solle es nicht geben, die Reiseberater bekämen neue Jobs im Unternehmen. Ich bitte immer meine Kinder, mir im Internet die nur kurz vorhandenen und viel zu wenigen günstigen Zugverbindungen rauszusuchen, um langes Anstehen am Bahnhof – für diesen zweifelhaften „Service“ ist auch noch ein Aufpreis von unverschämten fünf Euro zu zahlen! – oder das verzweifelte Bemühen vor den Automaten vermeiden zu können. Auch der Fahrgastverband „Pro Bahn“ kritisiert die Pläne und verlangt, dass die Bahn endlich den Kunden in den Mittelpunkt stellen müsste. Mit der Zuzahlung von fünf Euro für die Bearbeitung am Schalter züchtet die Bahn doch die Internetbuchungen und versucht es nun als Reaktion auf Kundenverhalten zu verkaufen!

5. Schon zum dritten Mal innerhalb von zwei Wochen bringt der „Weser Kurier“ einen Artikel über die Bremer „**Tafel**“. Sollen wir uns daran gewöhnen, dass Menschen derart unwürdig an Lebensmittel kommen müssen, weil es in Deutschland leider keine echte Grundsicherung gibt, die eben grundlegende Bedürfnisse befriedigt und neben Miete und Essen auch eine Teilnahme an der Gesellschaft ermöglicht? Mir scheint, hier wird wieder eine Runde „Gutmenschentum“ angepriesen, von Leuten, die scheinbar nicht verstehen wollen, was Menschenwürde eigentlich ist, speziell in solch einem reichen Land wie Deutschland! Schlimm genug, dass die Zahl der Bedürftigen dermaßen zugenommen hat und auch Leute mit sozialversicherungspflichtiger Anstellung staatliche Transferleistungen erhalten müssen. Trotz Vollzeitarbeit haben sie oft kein Auskommen mit dem Einkommen, weil es keinen flächendeckenden Mindestlohn gibt, der diesen Namen verdient, stattdessen Leiharbeit und andere Dumpinglöhne.

Eine Schande, dass es täglich und Jahr für Jahr mehr werden, dank der neoliberalen Politik, die staatlich gewollt durch Dumpinglöhne oder zu niedrige Transferleistungen verarmt und keine wirkliche Grundsicherung gewährleistet. 8.000 Bremer täglich, die nicht normal im Supermarkt einkaufen können, sondern nehmen müssen, was andere wegwerfen, weil es oft das Verfallsdatum überschritten hat, was unschön aussieht und sie nicht selbst nach ihren Wünschen einkaufen können. Die Schräglage in der Verteilung von Wohlstand und Armut hat deutlich und sichtbar zugenommen. Auch ich habe schon lange den Eindruck, dass Politik und Verwaltung nicht mehr wissen, über welche Problemlage sie eigentlich reden, beziehungsweise dass sie ihnen völlig schnuppe ist. Wie schön, dass mit der „Tafel-Idee“ verhindert werden soll, dass gesellschaftlicher „Reichtum“ in der Tonne landet! Warum wird sich nicht darum gekümmert, dass gesellschaftlicher Reichtum auch ohne Entwürdigung bei allen ankommt? Oder dass die Reichen auch Reichensteuern zahlen müssen, weil doch Reichtum „verpflichtet“, aber keinesfalls dazu, weiterhin alles von untern nach oben zu verlagern!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Radioaktivität in Tokio höher als in der Tschernobyl-Sperrzone

Vor über fünf Monaten begann in Fukushima die wohl größte nukleare Katastrophe der Menschheitsgeschichte. Die Reaktorblöcke gerieten außer Kontrolle, es setzte eine Kernschmelze ein. Die Kettenreaktion läuft unter ständiger Freisetzung von Radioaktivität weiter. Das Atomkraftwerk muss noch jahrelang mit Wasser gekühlt werden. Ein Großteil der Radioaktivität entweicht in Fukushima über das Kühlwasser direkt ins Meer. Mit der Behauptung, dass sich die Radioaktivität „verdünnt“, soll die Weltbevölkerung beruhigt werden.

In der wissenschaftlichen Studie „Zu den Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Fukushima auf den Pazifik und die Nahrungsketten“ heißt es dazu: „Im Strahlenschutz gilt der Grundsatz, dass jede Verdünnung das Problem vergrößert, da eine größere Fläche beziehungsweise Anzahl von Menschen betroffen ist. Auch geringste Strahlenmengen können bereits Krebs auslösen. Der Nachweis, dass eine Erkrankung auf Fukushima zurückzuführen ist, ist unmöglich, und das wissen die Verantwortlichen!“

Professor Christopher Busby vom „European Committee on Radiation Risks“ hat neue Fakten über das wahre Ausmaß der Atomkatastrophe in Japan an die Öffentlichkeit gebracht: „Ich habe die Gegend dort besucht und hochwertige Strahlungsmessgeräte zur Verfügung gehabt. Die Konzentrationen der Radionuklide auf dem Boden – sogar mehr als 100 Kilometer von der Anlage entfernt – ist sehr viel höher gewesen, als es die offiziellen Zahlen darlegen. Die Konzentration von Cäsium-137 in der Luft war beispielsweise mehr als 100.000 Mal höher als nach den US-Kernwaffentests im Jahr 1963. Wir nahmen eine Probe in Tokio, bei der die Radioaktivität höher war als in der Tschernobyl-Sperrzone.“

Radioaktive „Hotspots“, stark verseuchte Orte, wurden auch in einer Entfernung von 200 Kilometern von der Reaktorunfallstelle gemessen, zum Beispiel in Kashiwa, einem Vorort von Tokio. Nach Berichten von „Prison Planet“ gehen in der Innenstadt von Tokio zahlreiche Pflanzen ein. Über 30 Prozent der Azaleen auf den Bürgersteigen sind tot, sie überstehen sonst das ganze Jahr. Eine Folge der radioaktiven Verstrahlung?

Immer häufiger werden globale Auswirkungen sichtbar. Die Website von „Health Canada“ hat Daten aus fünf Überwachungsstationen in Kanada veröffentlicht. Danach lagen die Jod-131-Werte pro Kubikmeter Luft um mehr als das Doppelte über der in Kanada festgelegten Grenze. Eine Station in Sydney hatte über 22 Tage Werte gemessen, die 61 Prozent höher sind als erlaubt. Auch in Oldenburg erfasste eine Messstation im April Jod-131-Werte, die sich auf ein Zehnfaches des Normalwertes erhöht hatten. Weltweit wird nur die Belastung durch Cäsium und Jod gemessen. Für andere relevante Radionuklide (sogenannte Alpha-Strahler wie Plutonium oder Americium) unterbleibt dies.

Die Wissenschaftler der „Offenen Akademie“ fordern: „Im Pazifik und auch an Land muss ein flächendeckendes Netz von unabhängigen Messstationen eingerichtet werden. Die Kontamination des Meerwassers, des Meeresbodens und der verschiedenen Meeresorganismen muss weiträumig und kontinuierlich überwacht werden. Es müssen alle relevanten Radionuklide gemessen werden, nicht nur Jod und Cäsium. Gefangener Fisch bedarf ebenso gründlicher Überwachung. Entsprechende Messungen müssen umfassend und langfristig stattfinden. Strengere Grenzwerte sind notwendig. Die Festsetzung von Grenzwerten muss grundsätzlich nach medizinisch relevanten Kriterien und nicht nach wirtschaftlichen Interessen erfolgen.“

Die geforderten weltweit flächendeckenden Messungen und ihre Veröffentlichung müssen mit umfassenden Sofortmaßnahmen zur Rettung vor Atomtod und Klimakatastrophe einhergehen. Alle Atomanlagen weltweit sofort stilllegen! Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen! Drastische Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen! Rettet den Regenwald! Sofortiger Kurs auf 100 Prozent erneuerbare Energien und umfassende Kreislaufwirtschaft!

Die „Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz“ hat sich zum Ziel gesetzt, fortschrittliche Produktionsverfahren, Techniken und Ideen zu unterstützen und bekanntzumachen, die den Raubbau an der

Natur und die Zerstörung des Klimas beenden. Um eine echte Energiewende vorzustellen und zu diskutieren, lädt der Verein alle interessierten Menschen zu einem **Vortrag** mit Professor Jooß von der Uni Göttingen am **25. August 2011** um **19 Uhr** ins „**Lagerhaus**“ ein („Mediencoop“, 3.Stock). Das Thema lautet: **Kreislaufwirtschaft** und 100 Prozent erneuerbare Energien – die Antwort auf die drohende Umweltkatastrophe“.

Harald Braun

Systemausfälle wie anfangs in Fukushima: US-Atomkraftwerke von Erdbeben durchgeschüttelt *(„Spiegel-Online“)*

Widerspruch gegen Atomlügen

1. Atomkraftwerke sind nicht sicher. Viele Störfälle und zwei riesige Katastrophen innerhalb „weniger“ Jahre beweisen es. Eine Technologie mit solchen Risiken sollte zu 100 Prozent sicher sein. Da das technisch nicht möglich ist, müssen die Reaktoren schnellstmöglich weltweit abgeschaltet werden.
2. Der Uranabbau ist nicht sauber und nachhaltig. Nicht erst bei der Weiterverarbeitung des Urans entstehen giftige und radioaktiv strahlende Übergangsprodukte und Abfälle. Die Brennelemente für Atomreaktoren können weder nachhaltig noch langfristig gewonnen werden. Uran ist ein sehr begrenzter „Rohstoff“, der unter unverantwortlichen Bedingungen gegen Mensch und Umwelt an nur noch wenigen abgelegenen Orten der Welt im Tagebau gewonnen wird. Der größte Urantagebau der Welt war bis 1989 in Thüringen. Seit dem Mauerfall wird versucht, das Gebiet mit gewaltigem Aufwand zu sanieren. Schäden sind noch immer sichtbar.
3. Die Endlagerfrage ist nicht gelöst. Die bisher in ehemaligen Bergwerk Asse eingelagerten Fässer mit mittelstark strahlendem Atommüll müssen jetzt, nach erst 40 Jahren, wieder herausgeholt werden, weil sie vom Salz zersetzt sind und das Grundwasser gefährden. Das Lager in Gorleben für hochradioaktiven Atommüll ist nur ein oberirdisches Zwischenlager, weil es bisher noch kein besseres Endlager gibt.
4. Atomkraft ist nicht kohlendioxidfrei. Berücksichtigt man alle Stationen der Produktionskette von Atomstrom, verursacht er pro Kilowattstunde einen Kohlendioxidausstoß von 31 bis 61 Gramm.
5. Neue Atomkraftwerke dienen nicht dem Klimaschutz. Bis 2050 müssten weltweit mehr als 1.300 neue gebaut werden, damit die Kernkraft einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leisten könnte. Derzeit sind weltweit „nur“ noch etwa 430 in Betrieb.

6. Wir brauchen die AKWs nicht als „Brückentechnologie“. Eine Laufzeitverlängerung würde den nötigen Erneuerungsprozess des deutschen Kraftwerksparks behindern. Experten sind sich einig, dass die Energieversorgung der Zukunft nachhaltig sein muss, also mehr durch kleine Kraftwerke die erneuerbaren Energien nutzt.
7. Unsere Reaktoren sind vor Terror nicht sicher. Dabei können Angriffe von außen, zum Beispiel per Flugzeugabsturz, und von innen unterschieden werden. „Greenpeacer“ haben es geschafft, auf friedliche Art in Atomkraftwerke einzudringen, um dort Aktionen durchzuführen.
8. Die Weitergabe von Atomtechnik und spaltbarem Material lässt sich nicht kontrollieren.
9. Atomkraft sorgt nicht für billigen Strom. An der Börse wird so viel für Strom gezahlt, wie der Betreiber eines Kraftwerkes verlangt, das gerade noch zur Deckung des Bedarfes benötigt wird. Weder Entwicklungskosten noch Protestaktionen noch Kosten für Endlagerung werden auf die Stromkosten umgelegt.
10. Das „nukleare Comeback“ findet nicht statt. Atomkraftwerke sind die teuersten Energieerzeugungsanlagen, die es gibt. Kaum noch eine Bank der Welt finanziert Neubauprojekte von AKWs.

Helmut Minkus (parteilos)

Libyen zeigt die brutalste Kriegsausweitung, wenn es um Verfügungsgewalt über Rohstoffe geht

Wie jedes Jahr findet auch diesmal wieder der Antikriegstag der Bremer Friedensgruppen statt. Dieses Jahr ist er notwendiger denn je! Das Kriegsbündnis Nato erhöht seine aggressiven Aktivitäten in dem Maße, wie der internationale Raubtierkapitalismus globale Finanz- und Wirtschaftskrisen verschärft. Libyen ist ein Beispiel brutalster Kriegsausweitung, wenn es um die Verfügungsgewalt über die Rohstoffe geht. Kriegswaffen werden offensiv in alle Welt exportiert, wobei dies besonders auch für Bremen gilt! Deutschland liegt bekanntlich in Sachen Rüstungsgeschäfte weltweit in der Spitzengruppe. Dies geht einher mit massiver Militarisierung im Innern, wovon mittlerweile fast alle gesellschaftlichen Bereiche betroffen sind.

Es sind dies Universitäten, Schulen, Jobcenter, Krankenhäuser, technische Hilfsdienste, Feuerwehr und vieles andere mehr.

Auch bürgerkriegsähnliche Einsätze der Bundeswehr zur Einschüchterung von Protestbewegungen hat es bereits gegeben. Seit vielen Jahren ist der 1. September ein **Friedensaktionstag**. An diesem Tag wird an den Beginn des Zweiten Weltkrieges erinnert, den die faschistische deutsche Wehrmacht mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 eröffnet hatte. Dem Aufruf zum diesjährigen Antikriegstag sind folgende recht passenden Zeilen von Kurt Tucholsky vorangestellt: „Man hat ja noch niemals versucht, den Krieg ernsthaft zu bekämpfen. Man hat ja noch niemals alle Schulen und Kirchen, alle Kinos und alle Zeitungen für die Propaganda des Krieges gesperrt. Man weiß also gar nicht, wie eine Generation aussähe, die in der Luft eines gesunden und kampfesfreudigen, aber Krieg ablehnenden Pazifismus aufgewachsen ist. Das weiß man nicht!“

Hier der eigentliche Aufruftext: „Immer mehr wird in Deutschland wieder von der ‚Normalität des Krieges‘ her gedacht. Deutsche Soldaten kämpfen in Afghanistan, seit zehn Jahren. Deutsche Soldaten sind am Luftkrieg gegen Libyen beteiligt, bei dem erst kürzlich 85 Bewohner des Dorfes Majer zu Tode kamen, darunter 33 Kinder und 32 Frauen. Deutschland steht im Rüstungsexport in der Welt an dritter Stelle. Waffen werden in Krisengebiete, zum Beispiel die Türkei, und an Diktaturen wie Saudi- Arabien geliefert. Rüstungsfirmen nehmen Einfluss auf Hochschulen. Die Bundeswehr drängt in Schulen und Universitäten. Die Staaten werden immer mehr abhängig von den Interessen der Banken und Konzerne. Für ihre Interessen, die Rohstoffe, führen sie Kriege. Der Frieden muss Normalität werden! Bundeswehr raus aus Afghanistan, Keine Atomwaffen in Deutschland, kein Rüstungsexport!“

Die Aktivitäten beginnen am **Donnerstag**, dem **1. September 2011**, um **17 Uhr** auf dem Bremer **Marktplatz** mit einer **Friedensandacht**. Sie wird vom „Arbeitskreis Kirche und Gesellschaft“ gestaltet. Um **17:30 Uhr** schließt sich eine **Kundgebung** an, auf der Andrea Kolling von der „Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung“ sprechen wird. Einen weiteren Redebeitrag steuert Günter Knebel von der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer“ bei. Danach wird es noch eine kurze Demonstration zur Deutschen Bank geben, wo der IG Metaller Joachim Kohrt sprechen wird, der auch Betriebsrat bei Daimler-Benz ist.

Am **Freitag**, dem **2. September 2011**, gibt es um **20 Uhr** in der Bremer Kulturkirche **Sankt Stephani** ein **Gedenkkonzert** zum Antikriegstag unter dem Motto „I have a dream“ von Martin Luther King. Gestaltet wird das Konzert von Annette Kristina Banse und Hans Christian Schmidt-Banse in Begleitung der international renommierten „Blues Company“. Diese Veranstaltung rundet die Aktivitäten um den diesjährigen Antikriegstag würdig ab. Hier noch weitere wichtige Termine: Am **Dienstag**, dem **6. September 2011**, spricht Andreas Zumach um **20 Uhr** in der Kirche **Sankt Stephani** zum Thema „Zehn Jahre 9/11, zehn Jahre **Krieg in Afghanistan**. Wohin gehen deutsche Soldaten als nächstes?“ – Am

Samstag, dem **10. September 2011**, beginnt um **12 Uhr** auf dem **Marktplatz** der **Aktionstag** „Bremen aktiv für die **Menschenrechte**“

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Limerick der Vorwoche

Ich kenne da aus Afrika einen Limerick,
Der mir kündet von manchem gar schlimmen Trick.
Deshalb fürcht ich wohl, es wird noch heiter,
Denn die üble Geschichte geht weiter,
Bis man Tyrannen tief in die Wüste schickt!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

342. Bremer Montagsdemo am 29. 08. 2011

Wir feiern den Erfolg und die Hartnäckigkeit gegen die unsoziale Politik, gegen die Atompolitik und gegen „Stuttgart 21“ bei einem gemeinsamen **Fest des Widerstands** am **Samstag**, dem **3. September 2011**, von **15 bis 20 Uhr** in den **Neustadtswallanlagen** am Südbad.

Jobcenter sind bei Ablehnung konkreter Anträge sehr erfindungsreich

1. „Wir werden bei der **Bildung** *nicht* kürzen“, so der Senat und die Regierungsparteien weit vor der Wahl. Dann war der Tag der Deutschen Einheit in Bremen Geschichte. Nur die Hälfte der vier Millionen Euro für die Feierlichkeiten wurde über den Nachtragshaushalt finanziert, die andere Hälfte per Gießkannenprinzip bei den Ressorts gekürzt. Die Senatorin für Bildung musste so circa 500.000 Euro Kürzung gegenfinanzieren, Soziales circa 200.000 Euro. Dies bitte nicht thematisieren, sondern einfach einsparen und durch andere Probleme überlagern! Erst kurz vor den Ferien wurde nun eine Umverteilung von Lehrerstunden verkündet, obwohl klar ist: Dann sind alle Stundenpläne fertig. Feigheit lässt grüßen!

Die Argumente wechselten: Überversorgung sei auszugleichen, es gebe unerwartet viele Schulanfänger. Die Auswirkung der Schulreform kommt erst noch richtig in Fahrt. Der Senat hat keine Mittel dafür bereitgestellt, sondern der Bildung eine jährliche Kürzung von 1,9 Prozent verordnet! Insgesamt ein Armutszeugnis für die Leistungsfähigkeit dieser Verwaltung. Die jetzigen Fakten beeinträchtigen aktuell die Abiturklassen! Die Unis werden ihre Zugangsvoraussetzungen aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge nochmals verschärfen. Allein die Hochschule für Technik hat dieses Jahr 20.000 Absagen verschickt. Trotzdem spielt die Politik „Heile Welt“. Ich unterstütze den Aufruf „Mehr Geld für gute Schule!“

2. Nun zum „Bildungs- und Teihabepaket“. Scheinbar sollen mit den zusätzlichen Millionen nicht die bedürftigen Kinder, sondern der Haushalt der Freien Hansestadt gefördert werden. Dies wurde vom „Bremer Erwerbslosenverband“ gut her-

ausgearbeitet. Zu den Anlaufschwierigkeiten siehe 326. Bremer Montagsdemo. Der Anspruch besteht! Definiert wurde er im ersten Quartal 2011, aber noch immer nicht umgesetzt – weil das Geld eingespart werden soll? Der aktuelle Stand ist: Es gibt noch immer keine Briefe an die Eltern dieser Kinder und keine Antworten auf viele Fragen. Die Informationen sind teilweise widersprüchlich und lückenhaft, oder die Regelungen entsprechen entsprechen nicht den gesetzlichen Vorgaben. Das Jobcenter ist in der Ablehnung konkreter Anträge sehr erfindungsreich. Dabei werden immer neue Voraussetzungen erfunden und immer neue Bedenken angemerkt. Lasst euch nicht beirren! Stellt den Antrag. Eure Kinder können das Geld gut gebrauchen! Erst der Antrag sichert den Anspruch. Er muss aber vor der Geldausgabe gestellt werden.

Wie sieht es im Detail aus? Der neueste Stand ist unter „Soziales Bremen“ nachlesbar, mit den zuvor genannten Einschränkungen. Im Einleitungstext steht: „Dafür steht ihnen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ein monatliches Budget in Höhe von zehn Euro zur Verfügung, das zum Beispiel für Mitgliedsbeiträge in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit, für Unterricht in künstlerischen Fächern (zum Beispiel Musikunterricht) oder andere Aktivitäten in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit eingesetzt werden kann. Sofern Freizeiten für Kinder und Jugendliche angeboten werden, kann das monatliche Budget auch angespart und für eine Freizeit verwendet werden.“ Diese zehn Euro monatlich sind für alle Zwecke anzusparen. Wer den Antrag stellt und noch keine Verwendung für den monatlichen Betrag hat, sollte auf das Formular einfach „Ansparen“ schreiben. Diese Möglichkeit ist im Antrag nicht vorgegeben. Das Formular mit Erläuterungen gibt es zum Herunterladen, am Ende der Ausführungen.

Die Aufzählung der Verwendungsmöglichkeiten ist unvollständig. Wer andere Aktivitäten vorhat, beantrage diese. Einige Leistungen gab es schon vor dem „Bildungs- und Teilhabepaket“, zum Beispiel die mehrtägigen Klassenfahrten. Damit war seit Langem klar: Ohne Taschengeld geht es nicht. Trotzdem wurden die Rahmenbedingungen nicht geändert. Taschengeld wird nicht gezahlt. Damit bleibt zum Beispiel der Toilettenbesuch in der Autobahnraststätte ein Problem. Der Schwimmverein wird mit bis zu zehn Euro gezahlt, die Badekleidung nicht. Nach meiner Meinung müsste es möglich sein, für die Rahmenbedingungen einer Klassenfahrt die angesparten zehn Euro abzurufen! Es müsste auch möglich sein, die angesparten Beträge für die Sportkleidung et cetera abzurufen. Versuch macht klug! Letztlich werden die Richter entscheiden müssen.

Es gibt auch eine Liste mit Anbietern. Mit diesen Vereinen wurden vom Jobcenter Rahmenvereinbarungen getroffen. Diese Anbieterliste hat jedoch keine Bindungswirkung. Es ist einfach bequemer: Wenn dein Verein nicht darunter ist, musst du nicht wechseln. Die in der Veröffentlichung vom 23. Juni 2011 genannten einschränkenden Höchstbeträge entsprachen nicht den gesetzlichen Vorgaben und sind vom Tisch. Hier ist kein Höchstbetrag für Tagesausflüge oder Klassenfahrten mehr genannt. Ein gesetzlicher Höchstbetrag ist nur für die **Teilhabe** mit zehn Euro monatlich fixiert.

Für Schülerbeförderung und Nachhilfe ist hinsichtlich der Leistungserfüllung die Senatorin für Bildung zuständig, die Anträge sind aber wie vor beim Amt für Soziale Dienste beziehungsweise (No-)Job-Center zu stellen. Die Nachhilfe ist als „ergänzende angemessene Lernförderung“ anzukreuzen. Bisher musste die Nachhilfe erstattet werden, wenn die Versetzung gefährdet war und der Fachlehrer die Nachhilfe empfohlen hat. Zusätzlich musste er prüfen, ob es ein passendes Förderangebot der Schulbehörde gab. Die bisherige Regelung wurde durch Gerichtsentscheidungen aber wesentlich weiter gefasst, als die Argen zugestehen wollten. Insofern werden die Richter kaum die aktuellen Nachhilfegründe einschränken. Von der Senatorin für Bildung wird zur Nachhilfe nichts veröffentlicht. Die bisherigen Veröffentlichungen waren einschränkend und sind wieder verschwunden. Wer Nachhilfe benötigt, sollte aber nicht auf die Veröffentlichung einer entsprechenden Verwaltungsanweisung warten.

Wenn der Fachlehrer die Nachhilfe befürwortet und die Schule kein entsprechendes Angebot hat, dann den Antrag beim (No-)Job-Center stellen, die Bestätigung des Lehrers beifügen und ebenfalls Angaben darüber machen, wer die Nachhilfestunden geben soll; dies aber vorher ebenfalls mit dem Fachlehrer besprechen. Die Nachhilfe soll ja zum Erfolg führen! Falls die Angelegenheit eilt, bitte ebenfalls auf dem Antrag vermerken und, falls das (No-)Job-Center nicht rechtzeitig entscheidet, eventuell anmahnen und einstweiligen Rechtsschutz beim Sozialgericht beantragen. Dies geht relativ schnell. Allerdings ist das (No-)Job-Center gerade auf diesem Gebiet sehr kreativ. Gefordert wurde zum Beispiel, dass der Anbieter in der Liste steht. Das ist Unsinn, denn für Lernförderung gibt es keine Anbieterliste bei der Senatorin für Bildung. Dass der Anbieter eine Qualifizierung haben müsse, ist Unsinn, denn es wird die *angemessene* Lernförderung gezahlt. Auch Bestätigung durch die Klassenkonferenz ist Unsinn, der Fachlehrer reicht. Bitte nicht abschrecken lassen, es geht um Ihr Kind und seine Zukunft!

Zur kostenlosen Schülerbeförderung will die Senatorin für Bildung den Anspruchsberechtigten Fahrkarten in der Schule aushändigen, aber erst *nachdem* der Antrag beim (No)Job-center gestellt und von diesem bewilligt wurde. Bitte beim Antrag die Fahrt zur Nachhilfe und zu den Veranstaltungen außerhalb des Schulgeländes nicht vergessen. Ein Feld für „kostenfreie Beförderung zur Schule“ ist vorhanden, die Ergänzung würde lauten: „zu den schulischen Veranstaltungen“. Damit ist aber nicht die Fahrt zu einem Mitschüler zwecks gemeinsamer Schularbeiten möglich. Der Erlass für die kostenlose Schülerbeförderung steht auf den Seiten der Bildungsbehörde.

Dort heißt es zur Antragsstellung: „1. Berechtigter Personenkreis. Schülerinnen oder Schüler mit Hauptwohnung in der Stadtgemeinde Bremen, die Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II, § 34 SGB XII, §§ 2 und 3 Asylbewerberleistungsgesetz oder § 6b Bundeskindergeldgesetz beziehen, belegen ihre Leistungsberechtigung durch Vorlage des vom Jobcenter oder vom Amt für Soziale Dienste ausgestellten Berechtigungsnachweises in Form der sogenannten Blauen Karte gegenüber der zurzeit besuchten Schule. Als Besuch einer Schule

gilt auch die vorübergehende Schulpflichterfüllung in einem regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum nach § 55 Absatz 4 des Bremer Schulgesetzes."

Und zur Leistungsgewährung: „5.3. Der Sonderfahrausweis wird auf Antrag der Erziehungsberechtigten bei Vorliegen der oben angeführten Voraussetzungen nach Vorlage der ‚Blauen Karte' ausgestellt. Der Antrag ist zusammen mit einem Passfoto der Schülerin oder des Schülers über die besuchte Schule oder Einrichtung bei der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit einzureichen. Mit der Vorlage wird gleichzeitig das Einverständnis zur Speicherung und Verarbeitung der Daten in der Bremer Schulverwaltungssoftware Magellan erteilt. Anträge und Bescheinigungen stehen den Schulen zur Verfügung."

Dies ist Widersprüchlich. Wer schon eine „Blaue Karte" hat, sollte erst in der Schule nachfragen, bevor er einen weiteren Antrag beim Jobcenter stellt. Die Anspruchsberechtigung ist von der Entfernung zur Schule abhängig. Die gewählten Entfernungen und die anderen Einschränkungen sind ein Versuch, die Ansprüche zu begrenzen. Auch hier sind eventuell die Richter gefragt. Die von der Senatorin für Bildung bisher ausgestellte Fahrkarte war als solche erkennbar. Hier muss die Optik der normalen Fahrkarte angepasst werden beziehungsweise eine Originalfahrkarte der BSAG Verwendung finden, sonst ist der Leistungsbezug für jeden Fahrkartenkontrolleur und andere Mitfahrer erkennbar. Falls sich das nicht ändert, werden wir die Datenschutzbeauftragte fragen!

Der persönliche Schulbedarf von 100 Euro je Schuljahr wurde bisher automatisch, also ohne Antrag gezahlt. Bitte trotzdem ankreuzen! Der Kreis der Anspruchsberechtigten wurde rückwirkens erweitert. Hat die Behörde inzwischen diese Beträge ohne Antrag nachgezahlt? In der Anleitung steht nichts davon. Im veralteten Merkblatt Nummer 5 steht dazu: „Für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf wie Hefte, Stifte oder Bücher stehen jährlich 100 Euro pro Kind zur Verfügung (70 Euro zum 1. August und 30 Euro zum 1. Februar eines Jahres)." Es geht um die am 1. Februar 2011 fällig gewesene Teilzahlung von 30 Euro. Hat Bremen gezahlt? Wer rückwirkend die Leistungen 1. Januar 2011 beantragt hat, soll vorerst für die Ausgaben und Aufwendungen nach der Antragsstellung Nachweise einreichen. Das (No-)Job-Center muss ohne diese Unterlagen zahlen!

Über die Gültigkeit, die Laufzeit des Antrags auf „Bildung und Teilhabe" gibt es bei „Soziales Bremen" keine Aussage. Hoffentlich ist die Befristung dieser Anträge vom Tisch. Falls im Bewilligungsbescheid ein Verfalldatum steht, bei einem Fortsetzungsantrag für ALG II einfach gut sichtbar vermerken: „Ich beantrage auch die Leistungen für Bildung und Teilhabe". Wer bis hierher gelesen hat, wird die Eingangsbemerkung bestätigen: Bremen will gar nicht an die leistungsberechtigten Kinder auszahlen! Trotzdem sollte, wer anspruchsberechtigt ist und Kinder hat, den Antrag stellen. Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Dieses bürokratische Monster „Bildungs- und Teilhabepaket" soll vor allen Dingen von den unzureichenden Regelsatzhöhen für Kinder und Familien ablenken. Wie es Kindern von Menschen mit geringem Einkommen geht, dazu gibt es eine ausführliche und sehr lesenswerte Studie des IAB mit dem Titel „Grundsicherung und Ein-

kommensarmut. Bedürftige Kinder und ihre Lebensumstände“. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Weltkonzerne sind die wahren Abzocker von Hartz IV

1. Alle paar Tage tröpfelt ein bisschen mehr vom wirklichen Ausmaß der Katastrophe in Fukushima durch. Die japanische Regierung erklärte lediglich den Umkreis von 20 Kilometern um das havarierte **Atomkraftwerk** zum auf lange Sicht unbewohnbar bleibenden Sperrgebiet. Aber es ist ja sehr beruhigend zu wissen, dass die aus den Meilern weiterhin austretende Radioaktivität in den vergangenen Wochen weiter gesunken sei. Aus den Reaktoren 1, 2 und 3 träten noch maximal 200 Millionen Bequerel an radioaktiven Substanzen aus, nicht mehr eine Milliarde Bequerel, wie noch vor gut einem Monat.

Ein paar Tage später ist zu lesen, dass die freigesetzte Menge radioaktiven Cäsiums bei der Explosion des Atomkraftwerkes in Fukushima noch gravierendere Folgen hat als zuvor angegeben wurde: Sie sei 168 Mal höher gewesen als bei der Explosion der Atombombe von Hiroshima. Dass sich die Fälle nicht vergleichen ließen, weil in Hiroshima durch die unglaubliche Druckwelle und die enorme Hitze 140.000 Menschen sofort starben, finde ich persönlich vollkommen irrelevant. Bei der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vor 25 Jahren sei rund 900 Mal mehr Cäsium 137 freigesetzt worden als bei der Explosion der Atombombe von Hiroshima. Das nächste Tröpfchen Wahrheit teilt uns mit, dass die Betreibergesellschaft des havarierten Atomkraftwerks Fukushima-Daiichi sich der unzureichenden Schutzmaßnahmen im Falle eines großen Tsunami bewusst war, wenn Wellen von mehr als zehn Metern Höhe die Anlage treffen könnten.

2. In einer WDR-Dokumentation wird der größte deutsche Discounter unter dem Titel „Ausbeuter des Tages: Aldi“ unter die Lupe genommen. Doch kommt der WDR mit seiner Untersuchung nicht richtig zum Zug, weil Aldi offenbar keine Journalisten mag. Es gibt weder eine Drehgenehmigung noch Interviews, auch keine Auskünfte von irgendwem. Hat Aldi etwas zu verstecken? So holt sich der WDR Hilfe bei einem externen Experten, dem ehemaligen Aldi-Manager Dieter Bran-

des. Uns ist allen das bewusst eingeschränkte und undekorierte Angebot auf den nackten Paletten mitten im Laden bekannt. Auch wenn die Kunden verführt würden, seine doch 70 Prozent der Aldi-Einkäufe geplant. Zu den eigenen Kunden verhalte sich Aldi fair. Ein „Markendetektiv“ und ein Lebensmitteltechnologe stellen fest, dass die Qualität ordentlich sei. Problematischer als Preise, Verführung und Qualität sei bei Aldi jedoch die Fairness: Der Konzern zahle den Produzenten oft zu wenig Geld, Betriebe litten unter dem extremen Preisdruck des Discounters. Aldi produziere zudem Kleidung in Asien oder der Türkei und nutze mit unbezahlten Überstunden oft die eigenen Verkäufer aus, die dazu meistens keinen **Betriebsrat** hätten und auch noch überwacht würden. Das alles spricht nicht gerade für ein gutes, faires Arbeitsklima!

3. *Lovely* Zensursula von der Leyen scheint überaus gern in ihren eigenen Märchen von der wundervollen Arbeitswelt zu schwelgen, wo inmitten des gigantischen Aufschwungs immer mehr ältere Arbeitnehmer in Beschäftigung seien, sodass die Rente mit 67 nicht nur gar kein Problem darstelle, sondern mittlerweile offen über die Rente mit 69 Jahren diskutiert würde. Die Autoren der ARD-„Exclusiv“-Sendung „Alt, arm, arbeitslos – immer mehr Ältere rutschen ab“ gingen dieser Frage nach, indem sie ältere Arbeitslose in deren Alltag zwischen Jobcenter, **Jobsuche** und Minijob begleiteten und dabei feststellen mussten, dass es da offenbar – gelinde ausgedrückt – noch eine ganz andere Wahrheit gibt: Der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt ist gerade an vielen älteren Arbeitslosen vorbeigegangen, obwohl sie gut qualifiziert, hochmotiviert und ständig auf Jobsuche sind. Es ist wahrhaft unglaublich, wie hier ältere Erwerbslose mit „fit for job“ als „Bestager“, weil es besser klinge, veräppelt, ja: verhöhnt werden. Das ist noch nett ausgedrückt, denn viele Erwerbslose sprechen nach dieser Dokumentation von „Demütigung, Verblödung und Zwang“.

Der Film zeigt eindrucksvoll auf, wie mit äußerst zweifelhaften Maßnahmen für 350 Millionen Euro Fördergelder eben nicht ältere Menschen auf den Arbeitsmarkt gebracht werden, sondern ihnen auch noch das letzte Stück Selbstachtung genommen wird. Mit ein bisschen Gehopse auf dem Gymnastikball, flanieren am Rhein, schlendern, Eis essen, Schiffe gucken und Muscheln sammeln, drinnen Uno oder Scrabble spielen, Aqua-Sport für die Generation „50 plus“ betreiben und im Chor singen ist es nicht auszuschließen, dass sie hier fitter werden können, aber ganz bestimmt nicht jünger! Selbstverständlich ist alles wie immer super freiwillig und kostenlos, aber wer nicht mitmacht, riskiert eben eine Kürzung des ohnehin kargen ALG II. All das Strecken und Dehnen nach dem Ziel erster Arbeitsmarkt ist völlig umsonst, wenn selbst für den Verkauf von Druckerpatronen nur bis zum „Verfallsdatum“ von 35 Jahren eingestellt wird, damit auch etwas Junges, Hübsches, etwas „fürs Auge“ zu sehen ist.

Der Vorzeigearbeitnehmer des Ministeriums konnte dann selbst vom traurigen Ende einer vermeintlichen Erfolgsgeschichte erzählen. Als 58-jähriger arbeitsloser Klempnermeister wurde er bei zwar bei VW eingestellt, arbeitete aber nie an

Autos, sondern unterrichtete dort nur so lange andere ältere Arbeitslose, wie das (No-)Job-Center 2.700 Euro monatlich pro Nase Lehrgangsgebühren zahlte. Einstellen mochte der Konzern niemanden. Dazu sagte Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, dass sich hier fast schon unseriöse Verflechtungen zwischen der aus Niedersachen stammenden Arbeitsministerin Ursula von der Leyen und dem Wolfsburger Weltkonzern vermuten ließen, angesichts der Summen, die VW als einer der größten Profiteure der Arbeitslosenindustrie zugeschanzt bekam.

Genau hier zeigen sich die wahren Abzocker von Hartz IV. Es sind Weltkonzerne, die Gelder abkassieren und damit den Menschen das letzte Stück Hoffnung nehmen, obwohl VW diesen Bluff selbst locker aus der Portokasse zahlen könnten. Dass heute tatsächlich mehr ältere Arbeitnehmer arbeiten, liegt keinesfalls an einem deutschen Job-Wunder oder an einer vermeintlich veränderten Einstellung und Wertschätzung der Arbeitgeber gegenüber der längeren Lebenserfahrung Älterer, sondern daran, dass die ganze Bevölkerung schlichtweg älter wird und allein deswegen mehr Ältere eine Stelle haben. Entgegen den Beteuerungen von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen sind gerade die Älteren die Verlierer am Arbeitsmarkt. Von den Übersechzigjährigen übt nur noch jeder Vierte einen Beruf aus. Angesichts dieser glatten Verdrehung, ja Schönwetter-Lüge verstehe ich immer besser, warum so viele immer nur von *Frau von der Lügen* sprechen!

4. Wie jetzt: Die neoliberalen Regierungen schaufeln das Geld fleißig von unten nach oben – sicher auch, um die eigenen Pfründen für die Zeit nach der Politik zu sichern –, und dann spielen nicht alle Wohlhabenden mit und verlangen sogar, selbst mit gerechten **Steuern** belegt zu werden. Superreiche mit sozialem Gewissen? Der französische Manager Maurice Levy, der seit mehr als 20 Jahren den drittgrößten Werbekonzern der Welt führt, rief die Kampagne „Taxez-nous“ („Besteuert uns“) ins Leben, der die Elite der französischen Wirtschaft folgte. Es ist der bisherige Höhepunkt einer ganz neuen Bewegung: dem Aufstand der Reichen. Nicht nur in Frankreich stehen sie auf, auch in Italien, den USA und Deutschland wollen Millionäre und Milliardäre endlich stärker zur Kasse gebeten werden. Ich glaube nicht wirklich an ein soziales Gewissen, sondern stelle mir vor, dass immer mehr unanständig Reiche Angst vor den immer mehr werdenden Menschen haben, die diesen Raubtierkapitalismus verteufeln und bekämpfen wollen.

5. Die 20-jährige Schwangere aus Bonn, die im Oktober ihr Kind erwartet und der wegen angeblicher Versäumnis ach so wichtiger Vorladungen beim (No-)Job-Center das komplette ALG II gestrichen worden war, erhält nun endlich wieder Transferleistungen. Die Zahlungen seien rückwirkend wieder aufgenommen worden. Angeblich sei die Schwangere ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachgekommen, obwohl ihr Partner Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ans Jobcenter faxte, nachdem ihr Arzt ihr Bettruhe verordnet hatte. Angeblich seien nur zweimal nach-

träglich Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen vorgelegt und mehrere Briefe an die Schwangere als „unzustellbar“ zurückgesandt worden. Ein Jobcenter-Mitarbeiter habe sie in ihrer Wohnung nicht angetroffen und sie auch nicht telefonisch erreicht. Allerdings stand die Komplettstreichung offenbar juristisch auf dünnem Eis, weil die **Sanktionen** stufenweise hätten erfolgen müssen.

Selbst verurteilte Mörder bekommen in diesem Land zu essen und ein Dach über dem Kopf. Mir persönlich erscheint die Darstellung der Hartz-IV-Behörde keinesfalls plausibel. Bei acht abgeschickten Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen klingt es doch nicht gerade glaubwürdig, dass sie allesamt nicht angekommen sein sollen! Das „Erwerbslosenforum“ und die Linksfraktion im Bonner Stadtparlament werfen der Behörde Nachlässigkeit beim Umgang mit Informationen vor. Die Stadtverwaltung, die das Jobcenter betreibt, habe zudem falsche Fakten an die Öffentlichkeit gebracht. Dadurch sei die Frau in ein „schlechtes Licht“ gerückt worden. Sie fordern eine öffentliche Richtigstellung und eine Entschuldigung bei der werdenden Mutter. Ebenfalls bestritten wird, dass die Behörde erst Ende Juli von der Schwangerschaft erfahren haben will, obwohl der Schwangeren eben von dieser Behörde bereits im April ein Mehrbedarf wegen Schwangerschaft gewährt wurde.

6. Das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, dass Jobcenter dafür verantwortlich sind, wenn sie Hartz-IV-Beziehern einen rechtswidrigen **Ein-Euro-Job** anweisen. Das wird auch Zeit, weil alle anderen schließlich ebenfalls immer für ihre Entscheidungen geradestehen müssen! Demnach müssen Jobcenter Arbeitslosen den üblichen Tariflohn zahlen, wenn es sich bei dem vermittelten Job nicht, wie vom Gesetz verlangt, um „zusätzliche“ Arbeit handelt, sondern der Job eine reguläre Beschäftigung verdrängt. Im konkreten Fall war eine Arbeitslose als Putzfrau an ein Pflegeheim vermittelt worden, was kaum als zusätzliche Tätigkeit bezeichnet werden kann. Es ist super, dass Jobcenter nun dazu verpflichtet werden, in ihren Zuweisungsschreiben an Arbeitslose die „konkret auszuübende Tätigkeit“ im Ein-Euro-Job genau zu benennen, da „allein das Jobcenter“ für die Eingliederung der Betroffenen in den Arbeitsmarkt „verantwortlich bleibt“. Mit den Ein-Euro-Jobs wird viel, ja eigentlich nur Schindluder betrieben, da sie bloß in ganz seltenen Ausnahmefällen in Arbeit führen, aber mit Sicherheit immer reguläre Arbeitsplätze gefährden. Blöde nur, wenn das Gehalt zurückgezahlt werden muss; dann haben die Erwerbslosen nun gar nichts davon, weil ihnen nach dem Zuflussprinzip alles angerechnet werden wird (Aktenzeichen B4 AS 1/10 R).

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Professor beweist Verelendungstheorie:
Sparprogramme lösen soziale
Unruhen aus *(„Die Welt“)*

Wir bekommen aufgezwungen, was wir nicht brauchen und nicht wollen

Was ist der Unterschied zwischen einem Atomkraftwerk und einem Flugzeug? Es gibt viele Unterschiede, kleinere und größere. Aber die will ich nicht alle aufzählen, bloß einige wichtige. Ein AKW kann nur einmal in die Luft fliegen, ein Flugzeug normalerweise öfter. Mit einem Flugzeug kann man in den Urlaubsstress fliegen; mit einem AKW nicht – beziehungsweise in die ewige Ruhe. Man könnte das lustig finden, wenn es nicht so ernst wäre. Es ist zynisch.

Ich könnte auch fragen: Was ist der Unterschied zwischen einem Atomkraftwerk und einem Auto? Ein AKW hat eine Kohlendioxid-Bilanz von maximal 60 Gramm pro erzeugter Kilowattstunde Strom. Doch was ist das schon? Ein Flugzeug oder ein Auto beziehungsweise sein Fahrer bläst etwa drei Kilogramm Kohlendioxid pro verbrauchtem Liter Treibstoff in die Atemluft. Wie weit man mit einem Liter kommt, weiß jeder Fahrer selbst am besten. Dagegen ist ein AKW ein sauberes Ding, und es gibt auf der Welt nur 430 davon! Doch wie viele Millionen Autos gibt es auf der Welt, wie viele Flugzeuge?

Erzähle ich etwas Falsches? Nein, *ich* doch nicht. Das ist die Wahrheit! Ich verharmlose nur eine ernste Sache. Ich bin ein schlimmer Witzbold, ein Schönredner. Ich mache gerade das Gleiche wie ein Atomstromer, ein Lobbyist, viele Politiker oder „arme“ Millionäre, die sich mit primitiver Werbung ihr Taschengeld aufbessern, die etwas Katastrophales zur Volksbelustigung, Volksverdummung oder Bereicherung benutzen. Das habe ich Ihnen jetzt verraten! Nur Geld verdiene ich damit nicht.

Für mich gibt es nur einen einzigen wichtigen Unterschied zwischen einem AKW und einem Flugzeug oder Auto, der steht über allen anderen Argumenten. Das ist übrigens nicht nur meine persönliche Meinung, sondern eine bittere Tatsache, die auch die meisten von Ihnen betrifft. Ich behaupte sogar, dass es den größten Teil der Weltbevölkerung betrifft. Hier meine einfache Antwort: In ein Flugzeug muss ich nicht einsteigen, wenn es mir zu gefährlich ist. In ein Auto muss ich mich auch nicht hineinsetzen und wie ein Rennfahrer über Autobahnen rasen oder mich von anderen totfahren lassen. Niemand kann mich dazu zwingen.

Doch die Atomkraftwerke haben uns irgendwelche Spinner vor die Nase gebaut. Hier in unserer Nähe sind es sogar drei Stück: Brokdorf und Brunsbüttel in einer Entfernung von je 90 Kilometern, Unterweser nur 45. Niemand hat mich gefragt. Man zwingt sie uns auf. Ich will sie nicht mehr, ich brauche sie nicht mehr. Wir alle brauchen sie nicht mehr. Sie sind nicht nur sinnlos geworden, sondern

auch noch gefährlich, wie inzwischen der letzte Ignorant gesehen haben wird. Es ist eine schreckliche Tatsache, von der auch Sie betroffen sind: Jeden Tag aufs Neue bekommen Sie etwas aufgezwungen, das Sie gar nicht wollen oder nicht brauchen.

Noch schlimmer: von dem Sie teils noch nicht einmal wissen, dass Sie es nicht wollen, zum Beispiel genmanipulierte oder chemisch verseuchte Nahrungsmittel, sinnlose Medikamente, Praxisgebühren, Atomkraftwerke, Chem-Trails, große PKWs, dummdreiste Werbungen oder Postwurfsendungen. Es wird Ihnen untergeschoben, dabei möglichst viel verschwiegen und vertuscht. Davon habe ich die Schnauze voll: vom jahrzehntelangen Lügen und Schönreden, von Wirtschaftskriminellen und unfähigen Politikern. Ich habe die Schnauze voll von korrupten Investmentbankern und Spekulanten von professionellen Weltverbesserern und Volksverdummern.

Deshalb mache ich zum Beispiel meinen Atomausstieg und meinen Ökostrom und vor allem meine Meinung selbst. Deshalb mache ich jetzt selbst Politik. Ich nutze mein demokratisches Grundrecht, gehe auf die Straße und sage nicht nur öffentlich und möglichst laut meine Meinung, sondern versuche auch interessierten Mitbürgern einige Informationen zu geben, die nicht in jeder „Blöd“-Zeitung stehen. Das mache nicht nur ich, sondern alle Mitbürger der Montagsdemos in vielen Städten Deutschlands. Und das, liebe Mitbürgrinnen und Mitbürger, können Sie auch. Fangen Sie heute damit an, hier auf dem Marktplatz bei der Bremer Montagsdemo, mit uns zusammen oder in Ihrer Stadt!

Helmut Minkus (parteilos)

Wie sich die Atompolitik in Japan und Deutschland gleicht

1. Die internationale Ärzteorganisation IPPNW und die „Gesellschaft für Strahlenschutz“ stellten auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Fukushima am 15. August 2011 die erste unabhängige Strahlenmessstation der japanischen Bürgerinitiative „Citizen’s Radioactivity Measuring Station“ vor. Ziel ist es, alle 47 Präfekturen Japans mit einem Netz unabhängiger Messstationen zu überziehen, „Projekt 47“ genannt.

„Die IPPNW kritisiert insbesondere, dass die japanischen Behörden den Grenzwert für Kindergarten- und Schulkinder am 20. April 2011 auf 20 Millisievert pro Jahr angehoben haben. Dieser Wert gilt in den

meisten Ländern als oberste Grenze für Mitarbeiter in Atomanlagen. Für die Normalbevölkerung beträgt der entsprechende Dosisgrenzwert ein Millisievert pro Jahr. Kinder offiziell mit dem Zwanzigfachen zu belasten, ist aus ärztlicher Sicht nicht verantwortbar. Die Ärzteorganisation fordert, den Grenzwert für Strahlenexposition aus Atomanlagen auch in Japan wieder auf 1 Millisievert pro Jahr festzusetzen. Schwangere und Familien mit Kindern aus Gebieten, in denen dieser Dosisgrenzwert überschritten wird, müssen evakuiert werden“ (Presseinformation zur Canupis-Studie vom 4. August: „Leukämierisiko im Umkreis von AKWs signifikant erhöht“).

Die Festsetzung überhöhter Grenzwerte ist vom Streben nach Maximalprofit diktiert, sonst wäre eine viel umfangreichere Evakuierung und Entschädigung der Betroffenen notwendig. Am 12. August demonstrierten 2.800 Menschen aus der Region Fukushima in Tokio für eine schnelle Wiedergutmachung. Es waren zumeist Bauern, Fischer und Arbeiter aus der Lebensmittelindustrie, deren Produkte wegen der Strahlenbelastung unverkäuflich sind.

Naoto Kan, japanischer Ministerpräsident, ist nun zurückgetreten. Er amtierte nur ein Jahr. Sein Krisenmanagement nach der Erdbeben- und der Nuklearkatastrophe in Fukushima stieß auf entschiedene Kritik unter der japanischen Bevölkerung. Immer wieder wurde das wahre Ausmaß der Katastrophe vertuscht. Bis heute wird der Eindruck erweckt, die 90.000 Einwohner, die vor der Radioaktivität geflüchtet sind, könnten bald wieder in ihre Heimat zurückkehren. In den Städten Fukushima und Koriyama, rund 65 Kilometer vom AKW entfernt, wurden jüngst die obersten zehn Zentimeter Erdboden von 334 verstrahlten Schulhöfen und Kindergärten abgetragen. Weil es keine Möglichkeit der Entsorgung gibt, wurde der verstrahlte Boden einfach tiefer vergraben. Solche Methoden sind reine Augenwischerei, weil die radioaktiven Partikel dann ins Grundwasser gelangen und über Pflanzen und Tiere verbreitet werden.

Auch in Deutschland geht der Widerstand gegen die Atompolitik in die nächste Runde. Die Atomkraftgegner im Wendland riefen am Wochenende „Strahlenalarm“ aus und forderten den sofortigen Stopp weiterer Castortransporte. Am Zaun der Castorhalle wurde eine deutliche erhöhte Strahlung gemessen. Die niedersächsische Aufsichtsbehörde hatte den Anstieg der Werte zunächst verheimlicht. Sie sind erst durch Medienrecherchen öffentlich bekannt geworden. Die Abhilfe soll jetzt darin bestehen, die Castorbehälter etwas weiter von den Messgeräten weg zu stellen. Was für eine Verantwortungslosigkeit! Obwohl die erlaubten Grenzwerte bereits mit den derzeit gelagerten 102 Castoren erreicht sind, hält das Umweltministerium weitere Transporte „prinzipiell für möglich“. Wir wissen, dass die Regierung erst dann reagiert, wenn sie durch den Druck breiten Widerstands dazu gezwungen wird! Die radioaktiven Belastungen verdeutlichen, dass der begonnene Atomausstieg nicht ausreicht. Die Stilllegung aller AKWs weltweit muss durchgesetzt werden – auch um die weitere Produktion strahlender Abfälle zu stoppen!

2. Heute hat in Bremen der erste **deutsch-italienische Schwabenstreich** stattgefunden. Wir waren verbunden mit dem Widerstandscamp gegen unnütze Großprojekte, das gerade im Susa-Tal stattfindet und an dem auch eine Delegation von „Stuttgart-21“-Gegner(inne)n teilnimmt. Seit einigen Tagen findet dort ein Erfahrungsaustausch verschiedener Bürgerinitiativen aus Spanien, Frankreich, Finnland, Deutschland und Italien statt. Der Widerstand im Susa-Tal hat eine lange Geschichte: Seit 22 Jahren richtet er sich gegen die neue Bahnlinie Lyon-Turin. Für dieses Wahnsinnsprojekt soll ein 53 Kilometer langer Tunnel unter den Alpen gebaut werden, der das Susa-Tal zerstört.

Der parallel um 19 Uhr durchgeführte „Schwabenstreich“ hat unsere internationale Verbundenheit spüren lassen. Leider kamen die Grüße aus Italien von Martina Moog und Gernot-Peter Schulz etwas zu spät, denn unser Protest vor dem Bremer Bahnhof hatte sich schon aufgelöst. Aber nächsten Montag werden wir bestimmt mehr erfahren aus dem Susa-Tal. An diesem **Samstag**, dem **3. September 2011**, werden wir von **15 bis 20 Uhr** den gemeinsamen Widerstand gegen Sozialabbau, Atomkraft und „Stuttgart 21“ beim **Sommerfest** in den **Neustadtswallanlagen** feiern. Alle sind herzlich eingeladen!

Harald Braun

Sieben Jahre Montagsdemo Bremen

Am 16. August 2004 startete die Montagsdemo in Bremen mit circa 500 Teilnehmern aus einem breiten Feld von Betroffenen und politisch Engagierten. Die bereits an verschiedenen Orten entwickelten Prinzipien wie das Offene Mikrofon und die direkte Abstimmung über aktuelle Fragen wurden auch in Bremen aufgegriffen und zum Standard. Über den Weg des Kampfes gegen die Hartz-Gesetze und die Schröder’sche Agenda-Politik wurde auch bei Nachbesprechungen gestritten. Eine breite Mehrheit entschied sich für einen konsequenten Kampf auf der Straße. Die Bremer Mitstreiter entschieden sich deshalb gegen eine Linie, nach dem 2. Oktober 2004 den Kampf wieder einzustellen. Es gab intensive Diskussionen, und es blieben auch Leute weg, aber das führte die anderen enger zusammen.

Mit viel Engagement arbeiten wir sommers wie winters an unserer Darstellung, mit Plakaten, Sandwiches in Form von Hüllen wie dem „Hartzer Käse“ und einer eigenen Homepage, die täglich mehrere hundert bis manchmal weit über

tausend Besucher hat. Fester Standpunkt war immer der Bremer Marktplatz, der Mittelpunkt der Stadt. Da musste uns seinerzeit auch der Bundespräsident Köhler begrüßen und unser Engagement würdigen. Die Bremer Politik machte mehr den Bogen um uns, aber zweimal konnten wir die grüne Finanzsenatorin zu einem Statement und kurzer Diskussion bewegen. Wir haben aber auch im Innenstadtbereich demonstriert. Das war besonders wichtig, wenn uns wegen des Bremer Freimarktes oder des Weihnachtsmarktes der Platz für die Kundgebung genommen war.

Die Montagsdemo, die große Sympathie unter vielen Menschen in der Stadt genießt und sozusagen das „Gewissen der Stadt“ darstellt, wurde über die lange Zeit auch kleiner, weil nicht mehr jede(r) so regelmäßig kam, uns aber doch dabei unterstützte. Ein jährliches Sommerfest in den Neustadtwallanlagen und ein Jahresabschlussfest gehören mittlerweile zur siebenjährigen Tradition. Neben der politischen Montagsdemo hat sich auch ein Kreis gebildet, der praktische Unterstützung der Hartz-IV-Betroffenen betreibt, durch Mitgehen zu Jobcenter und Sozialgericht und durch aktuelle Informationen auf der Montagsdemo zu konkreten Gesetzesänderungen und Ämteranweisungen. Der Weg per Widerspruch und Klage, der im Einzelnen sinnvoll und wichtig ist, kann aber nur ein individueller sein. Den meisten ist klar, dass weiterhin der laute Protest auf der Straße und das Mutmachen, sich nicht drangsalieren und in die Resignation drängen zu lassen, die Mittel sind, mit denen wir die unsoziale Politik in allen Lebensbereichen bekämpfen müssen.

Die Bremer Montagsdemo hat die kämpfenden Belegschaften wie von Karstadt, Daimler, Atlas oder der Bahn beim Lokführerstreik der GDL mit Solidaritätserklärungen unterstützt und besucht und auch zu anderen politischen Fragen wie dem Afghanistankrieg oder jetzt zur Atomkatastrophe in Japan Stellung bezogen und neue Aktionseinheiten geknüpft. Am Montag „nach Fukushima“ konnten wir aus dem Stand aus einer „Mahnwache“ von Grünen und SPD circa 3.000 Teilnehmer für eine kämpferische Demonstration durch die Stadt gewinnen, die dann mehrmals stattfand, ehe besonders die Grünen den Kampf gegen die Atomanlagen für erledigt erklärten. Seit dem 30. September führen wir als Solidaritätsaktion gegen den Wahnsinnsbahnhof „Stuttgart 21“ den „Schwabenstreich“ um 18:59 Uhr mit einer Minute Krach durch, jetzt bereits zum 52. Mal. Je nach Wetterlage kommen 30 bis 50 Menschen um zu reden oder auch nur zuzuhören.

Nach sieben Jahren stellen gerade die jungen Leute neue und ganz andere Fragen, etwa: „Wollt ihr uns Hartz IV auch noch wegnehmen?“ Das wollen wir natürlich nicht, sondern führen im Gegenteil den Kampf für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und eine den realen Lebensbedürfnissen entsprechende Finanzierung von Ausbildung, sozialer Unterstützung, Arbeitslosigkeit und Rente. Die Bremer Montagsdemo arbeitet als überparteiliches Bündnis. Parteilose, Gewerkschafter, Friedenskämpfer und Umweltaktivisten wie von „Ausgestrahlt“ sind dabei, genauso wie Mitglieder von DKP, Linkspartei und MLPD. Angriffe auf teilnehmende Organisationen weisen wir zurück. Die Teilnehmer(innen) kritisieren

und unterstützen sich gegenseitig und praktizieren so eine neues demokratisches Leben.

Jobst Roselius

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

343. Bremer Montagsdemo am 05. 09. 2011

Vom Sozialstaat zum Wohltätigkeitsnetzwerk

Im Stadtteil Obervieland, wo ich wohne, gibt es kaum noch öffentliche Daseinsfürsorge beziehungsweise staatliche Grundversorgung. Auch hier wurde alles privatisiert! Zum großen Teil haben die Kirchen diese Rolle übernommen. Obervieland ist mit circa 36.000 Einwohnern der größte Stadtteil Bremens. Er besteht aus den vier Ortsteilen Kattenturm, Kattenesch, Arsten und Habenhausen, deren Sozialstrukturen völlig unterschiedlich sind. Die Erwerbslosenquote beträgt laut „Wikipedia“ im Durchschnitt zwölf Prozent, wobei sie in Kattenturm mit seinen hohen Zuwanderungsraten noch deutlich höher liegen dürfte.

Nachdem sich die Stadt Bremen auch hier weitgehend aus ihrer sozialen Verantwortung gestohlen hat, bildete sich vor einiger Zeit ein „Netzwerk Grundversorgung“. Hier arbeiten unter anderem die vier Kirchengemeinden, die Grundschule Stichnathstraße, die „Frauenbetriebe Quirl“, der Beirat sowie die Wohnungsbaugesellschaften Gewoba und Brebau mit vielen Ehrenamtlichen zusammen und bemühen sich, die schlimmsten Auswüchse der Armut abzufedern. So wird es zum Beispiel ein schulisches Frühstück geben. Die Kirchen unterstützen hier die Grundschule Stichnathstraße in Kattenturm. Anfangs bekommen von den Lehrkräften angesprochene Kinder dreimal wöchentlich ein Frühstücksangebot. Dies betrifft 22 von 300 Kindern, die hungrig zur Schule kommen. Dafür soll die Gemeinde spenden, die auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter(innen) stellt. Später soll das Angebot auf jeden Werktag ausgeweitet werden, und „Quirl“ will dafür sorgen, dass es ab Oktober auch nachmittags ein Essen gibt.

Außerdem soll es ab Oktober eine „Kleiderkammer“ geben, die allerdings nicht ganz kostenlos sein wird. Eine „Tafel“ ist für Obervieland ebenfalls angedacht. Warum berichte ich dies alles? Weil ich diese „Privatisierung“ katastrophal finde! Wohlgemerkt, ich kritisiere hier nicht, dass von Armut betroffene Kinder Essen und Kleidung bekommen, sondern finde das aus humanitären Gründen richtig. Ich kritisiere allerdings, dass die Betroffenen vor ihren Mitschüler(inne)n stig-

matisiert sein werden: Wenn schon, dann Essen für alle! Ich kritisiere auch, dass die Kirchen, die in ihren eigenen Organisationen selbst massiv Sozialabbau betreiben, hier dominant zu wohltätigen Samaritern mutieren. Das finde ich heuchlerisch und unerträglich! Der Staat muss wieder zur Sozialstaatlichkeit zurück! Das bedeutet unter anderem, die Umverteilung zu stoppen, die Reichen höher zu besteuern und die demütigenden und ausgrenzenden Hartz-Gesetze abzuschaffen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Fördertöpfe geplündert: Privatmedien nehmen Etat des „Bürgerradios“ ins Visier *(„Tageszeitung“)*

Richter retten Rettungspaket: Aber künftig muss wenigstens der Haushaltsausschuss zustimmen *(„Nachdenkseiten“)*

Die amtlich zementierte Unvermittelbarkeit der Sandra P.

1. Nach einer Studie des arbeitgebernahen „Instituts der deutschen Wirtschaft“ haben Geringverdiener gute Aufstiegsperspektiven: Jedes Jahr würden 24,1 Prozent der Beschäftigten mit Niedriglöhnen den Sprung in die Gruppe der Normalverdiener schaffen und umgekehrt nur 4,8 Prozent der Normalverdiener in den **Niedriglohn** abrutschen. Zwischen 1994 und 2009 habe die Zahl der Aufsteiger die Zahl der Absteiger um drei Millionen überstiegen. Obwohl das Institut feststellte, dass der Anteil der Beschäftigten im genannten Zeitraum von 16 auf mehr als 22 Prozent zugenommen habe, wobei 42,6 Prozent der neu hinzugekommenen Geringverdiener vorher zur Gruppe der Normalverdiener gehörte habe und nur 28,9 Prozent vorher arbeitslos gewesen seien, behaupten die Forscher, dass die steigende Zahl der Geringverdiener insgesamt nicht zulasten der Normalverdiener ginge, weil die Zahl der Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren allgemein stärker angestiegen sei, nur bei den Geringverdienern halt etwas stärker.

Weil angeblich viele Tätigkeiten im Niedriglohnsektor nur das Haushaltseinkommen ergänzten, seien nur 16 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor armutsgefährdet und gebe es in Deutschland kein nennenswertes Problem der Armut trotz Arbeit. Welch dreiste Verdrehung der Situation, indem einfach igno-

riert wird, dass viele Menschen aufstocken müssen, weil sie ohne anständigen Mindestlohn trotz Arbeit arm bleiben und dadurch ganz bestimmt nicht zu den Normalverdienern aufsteigen können! Hier wird auch unter den Teppich gekehrt, dass die Löhne seit Jahren im unteren Entlohnungsbereich zwischen 16 und 22 Prozent sanken, demnach also eher Normalverdiener zu Geringverdienern wurden als umgekehrt!

Auch der DGB ist aufgewacht und bemängelt die Studie als irreführend und schönfärberisch, weil für drei Viertel aller Beschäftigten die Niedriglöhne eine Sackgasse blieben und heute bereits etwa jeder fünfte Beschäftigte im Dumpinglohnbereich arbeite. Offenbar soll diese neoliberale Studie die Niedriglöhne rechtfertigen. Dabei werden die sogenannten Aufstocker jährlich mit zehn Milliarden Euro aus Steuergeldern unterstützt, weil die Unternehmer keinen anständigen Lohn zahlen, wodurch mit den Sozialleistungen asoziale Unternehmer auch noch staatlich subventioniert werden!

2. Nachdem Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen letzte Woche verkündete, bis 2014 vor allem bei den Langzeiterwerbslosen und schwer Vermittelbaren 16 Milliarden Euro einsparen zu wollen, legten der Deutsche Gewerkschaftsbund und der „Paritätische Gesamtverband“ der Bundesregierung einen von mehr als 3.100 Fachleuten unterzeichneten Appell zu einem arbeitsmarktpolitischem Wechsel vor. Der Hauptgeschäftsführer des „Paritätischen“, Ulrich Schneider, warf dem schwarz-gelben Gruselkabinett eine Zweiklassen-Arbeitsmarktpolitik vor, die den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft gefährde. Die Bundesregierung besiegele mit ihren Plänen den „schleichenden Tod“ der Hilfen für Langzeitarbeitslose. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach warf der Regierung eine „Kürzungsorgie“ bei der angekündigten Reform der Förderinstrumente vor. Arbeitslose ohne Ausbildung bräuchten eine zweite Chance, damit sie dem ewigen „Teufelskreis aus niedriger Qualifikation, prekärer Beschäftigung, geringer Bezahlung und erneuter Arbeitslosigkeit“ durchbrechen könnten („Weser-Kurier“ vom 2. September 2011).

Wenn manche Arbeitslose Schwierigkeiten haben, eine neue Arbeitsstelle zu finden, weil ihnen die notwendigen **Zusatzqualifikationen** hierfür fehlen, dann sollte angenommen werden können, dass es Aufgabe der Arbeitsagentur ist, diese zu verbessern. Wie gesagt, eine reine Annahme, der nicht unbedingt entsprochen wird. Da ist zum Beispiel Sandra P., alleinerziehende arbeitslose Mutter eines kleinen Sohnes, die 13 Jahre in Thüringen als pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte in einer Apotheke arbeitete, bis sie, noch vor ihrer Elternzeit, die Stelle verlor. Ihr ehemaliger Chef würde sie zwar gern wieder einstellen, doch fehlen ihr die notwendigen Qualifikationen für den Bereich, in dem sie gebraucht würde. Sie beschloss, sich entsprechend weiterzubilden, fand eine passende Berufsschule in Magdeburg, um den Beruf der pharmazeutisch-technischen Assistentin zu erlernen, und bekam den Umzug an den Ausbildungsort sogar von ihrem Jobcenter bezahlt.

Doch plötzlich beginnt ihr das Jobcenter Stöcke zwischen die Beine zu werfen: Erst will es laut einer geltenden Zweidrittelregelung die letzten zehn Monate der Ausbildungskosten nicht übernehmen. Ihr ehemaliger Arbeitgeber will ihr die 3.600 Euro auf ein Konto überweisen. Doch als es dann so weit ist, fordert das Jobcenter auf einmal sogar 10.500 Euro, weil es sich für das letzte Drittel der Ausbildung überhaupt nicht mehr zuständig fühle, womit aber die Kapazitäten des ehemaligen Chefs gesprengt sind. Sandra P. ist zäh, will nicht aufgeben, würde sogar einen Bausparvertrag auflösen und mit Unterstützung ihrer Familie das Geld privat aufbringen. Doch hat sie nicht mit dem (No-)Job-Center gerechnet, das ihr erneut Steine in den Weg legt, weil es nicht die Mittel von Privatpersonen für die Finanzierungssicherung heranziehen dürfe. Toll: So wird durch das Amt die Unvermittelbarkeit von Sandra P. zementiert!

3. Im Jahr 2010 wurden 828.300 **Sanktionen** gegenüber Hartz-IV-Beziehern ausgesprochen, im Jahresdurchschnitt waren 136.000 Menschen von mindestens einer betroffen. Der häufigste Grund für Leistungskürzungen waren „Meldeversäumnisse“ (61 Prozent), gefolgt von der (legitimen) Weigerung, eine „Eingliederungsvereinbarung“ abzuschließen oder deren Pflichten nachzukommen (18 Prozent) sowie der Weigerung, eine „zumutbare“ Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit anzunehmen (14 Prozent).

Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ wirft der Bundesregierung und den Jobcentern blinde Sanktionswut vor, denn immerhin waren 42 Prozent aller eingelegten Widersprüche und fast 60 Prozent der eingereichten Klagen erfolgreich. Die Gründe dafür sind hausgemacht: schlecht ausgebildete Mitarbeiter und oftmals chaotische Organisation in den Jobcentern. Leider haben bei 828.300 Sanktionen nur etwa ein Drittel (66.685) der betroffenen Personen Widerspruch eingelegt, und es klagten nur wenige Menschen(6.935), obwohl deren Chancen bei den Sozialgerichten überdurchschnittlich hoch gewesen wären.

Offenbar ist es eingeplant, dass sich so viele Menschen nicht zu klagen getrauen – aus der Angst heraus, dass sie dann noch stärker drangsaliert und sanktioniert würden, dass Gegenwehr keinen Sinn ergebe oder weil sie sich nur ungenügend auskennen. Doch Gegenwehr ist immer sinnvoll, wenn dabei Unrecht bekämpft wird! Dabei sei natürlich klar, dass das Existenzminimum trotz Kürzung des desselben ständig gewahrt bleibe.

Schlimm finde ich, dass viele Bürger offenbar blind, taub und stumm werden, diesen gefährlichen Blödsinn, der in den Medien verbreitet wird, kritiklos hinnehmen und glauben, ohne ihren eigenen Kopf und ihr eigenes Gewissen zu benutzen. Klar: 3 plus 3 gleich 33! Sanktionen sind immer die Hintertür zu Sozialleistungskürzungen. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 9. Februar 2010 Sanktionen gegenüber ALG-II-Beziehern faktisch verboten. Dieses *Verbot* ergibt sich im Umkehrschluss aus dem als absolut definierten Anspruch auf das Existenzminimum!

4. Ein Schelm, wer *Arges* dabei denkt, wenn ausgerechnet kurz vor der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern in den Raum geworfen wird, dass die **Hartz-IV-Regelsätze** Anfang 2012 um zehn Euro auf 374 Euro steigen werden! Noch im September wolle das Kabinett darüber entscheiden, ob damit der Entwicklung von Löhnen und Preisen Rechnung getragen werden soll. Auch bedürftige Paare sollen mehr Geld bekommen. Der Satz soll um acht auf 336 Euro steigen. Für Kinder von Hartz-IV-Beziehern im Alter bis zu fünf Jahren sei ein Plus um vier auf 219 Euro vorgesehen. Der Hauptgeschäftsführer des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes", Ulrich Schneider, kritisierte die offenbar geplante Erhöhung jedoch als „viel zu niedrig". Seiner Meinung nach sei eine Erhöhung auf 420 Euro erforderlich, um angemessen davon leben zu können.

Dabei ist meiner Meinung nach auch ein Bedarf von nur 420 Euro künstlich kleingerechnet! Wer selbst die zum Leben und nicht nur zum Vegetieren nötigen Dinge einkauft, weiß doch, dass dafür noch Geld draufgelegt werden muss. Falls diese Erhöhung wirklich durchkommen sollte, dann ist sie längst von den steigenden Energiekosten aufgefressen, während die Ausgaben dafür durch die Streichorgie bei den Mitteln für die aktive Arbeitsmarktförderung mehr als „ausgeglichen" sind. Ganz kurz glimmte ein Hoffnungsfünkchen auf, um einen Tag später zu ersticken. Wenn wir realistisch weiterdenken, stellt sich die Frage, ob diese Angleichung bei der Entwicklung von Löhnen und Preisen nicht auch den Rentnern und Asylbewerbern zugute kommen muss. Außerdem: Wenn der Regelsatz tatsächlich um zehn Euro stiege, um wie viel Prozent „muss" dann die Sanktionsquote steigen?

Heute Morgen hörte ich im Radio, dass nach Expertisen der gewerkschaftsnahen „Hans-Böckler-Stiftung" herauskam, was alle Montagsdemonstranten und betroffenen Hartz-IV-Opfer schon immer wussten, dass nämlich bei der sogenannten Neuberechnung des Regelsatzes durch die Bundesregierung das Ergebnis kleingerechnet wurde und somit auch wieder nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes entspricht, die Regelbedarfe im Hartz-IV-System und in der Sozialhilfe also weiterhin verfassungswidrig sind. Auch wenn jetzt gejammert wird, die geplante Erhöhung des Regelsatzes um lachhafte zehn Euro koste 570 Millionen Euro zusätzlich, so sind diese doch durch die Einsparungen bei den arbeitsmarktpolitischen Hilfen bei den schwer Vermittelbaren und Langzeiterwerbslosen in Höhe von 16 Milliarden Euro längst zigfach eingespart! Ausgerechnet der DGB, der selbst die menschenverachtenden Hartz-Gesetze abnickte, will nun endlich die Klagen betroffener Gewerkschaftsmitglieder unterstützen und mit ausgewählten Musterverfahren einen erneuten Gang nach Karlsruhe vorbereiten.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke"

Kleingerechnet: Regelsatz orientiert sich an den niedrigen Lebensmittelausgaben von Studenten, die in der Mensa essen, ignoriert aber die Kosten für Mahlzeiten außer Haus *(„Spiegel-Online")*

Großgerechnet: Institute multiplizieren die Zahl der gemeldeten offenen Stellen für Fachkräfte mit dem Faktor 7,14 *(„Spiegel-Online“)*

Lügengeschichte vom „Ökostrom“

Beim Tochterunternehmen „Naturwatt“ der „Energie-und-mehr“-AG Ems-Weser-Elbe (EWE) kann jetzt der neue „Werderstrom“ bezogen werden. Es soll „100 Prozent Ökostrom“ sein; ein Prozent davon soll sogar von der Solaranlage auf dem Weserstadion kommen. Hier wird wieder mal Volksverdummung durch eine spezielle Werbestrategie an einer besonders mächtigen Zielgruppe verübt: Es sind die Fußballfans, von denen man sich gute Gewinne verspricht, mit „Werderstrom“ vom Weserstadion. Wer bis zum 31. August 2011 einen solchen Vertag abgeschlossen hat, bekam sogar noch ein „Werder“-T-Shirt mit der Aufschrift „Targobank“ dazu.

Ich kann nur hoffen dass nicht zu viele T-Shirts verteilt wurden, denn was hat eine Bank mit Fußball oder Ökostrom zu tun? Für gesunde Gehirne normalerweise nichts, doch für skrupellose Geschäftemacher allerhand: Auch Fußball wird von Banken gesponsert, und die Spieler müssen dafür als Reklametafeln durch die Stadien rennen. Das ist mit Sicherheit eine einträgliche Werbestrategie, denn Banken investieren nur dort, wo Gewinne gemacht werden. Beispielsweise investieren Weltbank und Deutsche Bank in die Brandrodung der Urwälder Indonesiens. Damit wird der Anbau von Palmölplantagen gesponsert. Das daraus gewonnene Öl ist unter anderem ein begehrter Brennstoff auch für Kraftwerke, in denen zum Beispiel die EWE Teile ihres „Ökostroms“ herstellt.

Es sind gute Gewinne für alle Beteiligten auf Kosten der Umwelt und der Fans. Die laufen dann auch noch mit ihrem grünen T-Shirt Werbung, nicht nur für ihren Fußballclub, sondern für ihre Abzocker und deren miese Geschäfte. Kaum jemand sieht die Zusammenhänge. Selbst unsere Regierung subventioniert durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz den Strom aus palmölgeheizten Kraftwerken als „Ökostrom“. Palmöl ist ein Lebensmittel und darf weder als Bestandteil von „Biodiesel“ (richtig: Agrodiesel) in Autos noch in Kraftwerken verbrannt werden. Eine Klimakatastrophe ist es, dass zur Gewinnung von mehr Anbauflächen für Palmplantagen bereits die Hälfte des Urwaldes von Sumatra abgebrannt wurde.

Dagegen ist es nur ein kleiner Schwindel zu behaupten, dass es sich bei der einen Million Kilowattstunden, die das Weserstadion pro Jahr erzeugt, um „Ökostrom“ handelt. Ich möchte wissen, wie viel Strom zur künstlichen Beleuchtung

des „Werder“-Rasens zusätzlich gebraucht wird, nachdem er durch den Umbau des Stadions mehr abgeschattet wird! Es ist beim Kauf von Ökostrom besonders darauf zu achten, wie er erzeugt wird. Zu keiner Zeit dürfen Anteile von der Strombörse zugekauft werden. Stromkosten und Zusammensetzung sollen jederzeit – online – öffentlich sichtbar sein und Gewinne nur zum Bau neuer regenerativer Anlagen investiert werden. Das erfüllen nur „Greenpeace Energy“ und EWS Schönau.

Helmut Minkus (parteilos)

„Generell verschissen“: Fast-drei-Prozent-Partei fliegt aus einem Landtag nach dem andern *(„Stern“)*

Mach dich stark und misch dich ein – sag Nein!

Hans-Dieter Binder schreibt mir: „Das SGB II insgesamt entspricht nicht dem Sozialstaatsgebot – aber deswegen die Menschen im Stich lassen? Die Augen von Kindern, die zum Schwimmen gehen können, leuchten so eindrucksvoll!“ Ich finde es schade, dass hier Mitkämpfer der Bremer Montagsdemo auf ein nicht verfassungsgemäß erscheinendes Bildungspaket überhaupt eingehen. Darauf werde ich mich im Interesse meiner eigenen Kinder und auch meiner Enkelkinder niemals einlassen! Das Kindergeld für alle Kinder in Deutschland muss um 180 Euro im Monat erhöht werden. Nur so kann es zur Gleichbehandlung bezüglich Erziehung, Betreuung und Bildung kommen. Ich persönlich habe kein Interesse mehr daran mitzuhelfen, verfassungswidrige Vorgaben dieser Regierung nachzubessern.

Ich empfange Leistungen in Höhe des SGB II für Verheiratete, obwohl ich nicht Hartz-IV-abhängig oder von Hartz IV betroffen bin. Mein eigenes Einkommen würde mich eigentlich unabhängig von Hartz IV machen. Man macht mich zum Hartz-IV-Empfänger, und so soll das für mich auch bleiben, freiwillig beziehe ich diese Leistungen in menschenverachtender Höhe ja nicht. Und stigmatisieren kann mich auch niemand, da ich mich nicht stigmatisieren lassen werde. Im Gegenteil, ich bin „bekennender“ Hartz-IV-Empfänger! Ich werde mich niemals verstecken oder so tun, als würde ich nicht zu den Abgehängten gehören. Nur mit die-

ser Einstellung können wir wirklich stark werden, alles andere dient ausschließlich der Regierung und den Unternehmern!

Meine beiden Jüngsten dürfen dieses Jahr das erste Mal wählen gehen. Am 1. September hatten sie Post von der NPD im Postkasten. Die liegt jetzt dort, wo sie hingehört, nämlich in der Mülltonne. Das Lied von Mey, Wader und Wecker nennt die Gründe, warum man solche Parteien nicht wählen darf. Schon einmal brachte solch eine Partei Krieg und Verderben für einen großen Teil der Menschen fast überall auf der Erde. Überhaupt sollte keine Partei für die Menschen bestimmen, sondern alle Menschen sollten selbst bestimmen dürfen, wann, wo, wie, wer etwas macht und ob überhaupt etwas gemacht werden soll! Zur Kommunalwahl kandidiere ich als parteiloser und unabhängiger Kandidat im Wahlbereich III in Oldenburg. Ich werde im Falle meiner Wahl nicht für euch bestimmen, sondern eure Ängste, Sorgen und Nöte in den Rat hineintragen, damit die besten Lösungen für eure ganz speziellen Anliegen gefunden werden.

Dazu bin ich immer bereit, mit euch persönlich Rücksprache zu halten, allerdings nicht nach der Devise „Wünsch dir was“. Es müssen dann schon handfeste und unterstützenswerte Forderungen sein! Den Hass auf Ausländer, Asylbewerber und Flüchtlinge zu schüren, habe ich nicht in meinem Programm. Wenn wir selbst im Ausland sind, dann sind *wir* dort die Ausländer, und ich kann mir kaum vorstellen, dass gebildete junge Menschen aus Deutschland dort beschimpft werden wollen. Alle jungen Deutschen sollten sich dafür stark machen, dass es den Ausländern in Zukunft in ihren Heimatländern besser geht. Mit Verunglimpfungen wird man solche Ziele nie erreichen. Ich hoffe sehr, dass gerade junge Menschen aus Oldenburg mir ihre drei Stimmen geben werden, und zwar nicht, weil es „ Oldenburger Recht“ ist, sondern weil ihr auf Veränderungen in diesem Stadtrat setzen solltet! Dafür möchte ich mich für euch einsetzen.

Hans-Dieter Wege (parteilos und unabhängiger Kandidat im Wahlbereich III in Oldenburg)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

344. Bremer Montagsdemo am 12. 09. 2011

Die Montagsdemobewegung ruft auf zur **8. Herbstdemo gegen die Regierung** am **Samstag**, dem **17. September 2011**, in **Berlin**. Wir treffen uns um **6 Uhr** im Südeingang vom **Hauptbahnhof** an der Blindentafel. Es ist mit Fahrtkosten zwischen sieben und neun Euro zu rechnen.

Bundessozialgericht kippt Bremer „Mietobergrenzen“: Hansestadt ohne schlüssiges Konzept zur Ermittlung des Mietniveaus – angemessene Wohnungsgröße beträgt für Alleinstehende in Bremen 48 Quadratmeter – Beschränkung auf Ortsteile mit vorwiegend günstigem Wohnraum birgt Risiko einer Gettoisierung – bei Rückgriff auf die Wohngeldtabelle § 8 WoGG ist die *rechte* Spalte zugrunde zu legen *(„Sozialer Lebensbund“)*

Ein Verbrechen gegen die ganze Menschheit

An unsere Freunde bei den Montagsspaziergängen! Ein halbes Jahr ist vergangen seit dem katastrophalen nuklearen Unfall in Fukushima. Die japanische Regierung hat bisher keine wirksamen Maßnahmen zur Evakuierung ergriffen. In den verseuchten Gebieten sind mehr als eine Million Menschen immer noch ohne Überwachung ihrer Strahlenbelastung. Dieses unmenschliche Verhalten unserer Regierung könnte als Verbrechen gegen die ganze Menschheit betrachtet werden. Schlimmer noch ist der Versuch internationaler Institutionen, dieses Verbrechen als zulässig darzustellen.

Eine internationale Konferenz von Experten tagt gerade hier in Fukushima am 11. und 12. September. Etwa dreißig Experten oder Wissenschaftler der IAEA, WHO, ICRP („Internationale Strahlenschutzkommission“) und UNSCEAR („Wissenschaftlicher Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung“) diskutieren dort. Keiner der Forscher, die die Strahlengefahr beim Namen nennen, ist eingeladen, und kein Anwohner von Fukushima darf die Konferenzräume betreten. Wir können auf jeden Fall sagen, dass diese Konferenz inszeniert wird, um die ständig wachsende Strahlenbedrohung für unsere Gesundheit zu vertuschen. Diese Vertuschung könnte auch eine echte Bedrohung für das Leben aller auf diesem Planeten sein.

Wir werden nicht müde werden, von unserer Regierung zu fordern, Schritte für die schnellstmögliche Evakuierung der Einwohner Fukushimas zu ergreifen. Diese Forderung, so hoffe ich, wird bald von der ganzen Welt gestellt werden.

Zuschrift von Seiichi Nakate, Sprecher des „Netzwerks zum Schutz der Kinder vor Strahlung“, Fukushima

Weltgesundheitsorganisation durch Geheimvertrag mit der Atomenergieagentur geknebelt

Das Thema der Konferenz am 11. und 12. September 2011 in Fukushima soll die dortige Strahlen- und Gesundheitssituation sein. Die Einwohner haben kein Vertrauen in diese Konferenz, die keine unabhängigen Wissenschaftler eingeladen hat, sondern bei der in erster Linie die Atomenergieagentur (IAEA) und die WHO vertreten sind. Die WHO ist aber durch einen Geheimvertrag mit der IAEA geknebelt. Publikationen werden von der IAEA zensiert. Die unabhängige Publikation als elementare Grundlage jeder wissenschaftlichen Arbeit ist nicht gegeben. Veröffentlichungen müssen als Propaganda für die Atomwirtschaft eingestuft werden.

Professor Hajo Zeeb, jetzt Universität Bremen, hat vor wenigen Jahren als Mitarbeiter der WHO, von der IAEA zensiert, veröffentlicht, dass bei der Katastrophe von Tschernobyl nur 55 Menschen ums Leben gekommen seien. Damit hat er sich als Wissenschaftler selbst diskreditiert. Seine Einladung nach Fukushima unterstreicht die fehlende wissenschaftliche Qualifikation dieser Konferenz. Herr Zeeb will vom Einfluss der kosmischen Strahlung auf Flugpersonal berichten. Solch ein Thema wird von Atomkraftbefürwortern gerne gewählt, um die Gefahren herunterzuspielen.

Ein Vergleich mit den Gefahren in Fukushima ist nicht möglich. In Fukushima geht Gefahr von radioaktiv strahlenden Partikeln aus, die durch die Nahrung, die Haut oder die Atemluft in den Körper gelangen. Das sind unter anderem Jod, Cäsium, Strontium oder Plutonium. Das gibt es bei kosmischer Strahlung nicht. Die Konferenz ist nicht ergebnisoffen. Das Ziel ist von vornherein festgelegt: „Die Zukunft der Stadt Fukushima wiederbeleben“, „Etablierung eines Managements der Gesundheitsüberwachung für die Einwohner“, „neue globale Maßstäbe für Strahlensicherheit und Strahlenschutz etablieren“. Von Evakuierung oder Umsiedlung wird nicht gesprochen. Es wird nicht erwähnt, dass die Strahlenbelastung ständig steigt, weil von den zerstörten Reaktoren immer weiter radioaktives Material abgegeben wird.

Es wird auch nicht von der langfristig zu erwartenden Belastungssteigerung des Grundwassers gesprochen. Daher besteht ein riesiges Vertrauensproblem. Will die WHO tatsächlich das Vertrauen der Menschen und ihre wissenschaftliche Legitimation in Sachen Radioaktivität und Gesundheit wiedergewinnen, muss als Grundlage hierfür zuallererst das Geheimabkommen von 1959 aufgehoben werden. Will die japanische Regierung das Vertrauen ihrer Bürger wiedergewinnen, ist sie gut beraten, einen Runden Tisch mit allen Beteiligten einzuführen und bei voller Transparenz alle Fakten auf den Tisch zu bringen, ganz wie bei „Stuttgart 21"!

Die Katastrophe in Fukushima hat erst begonnen. Ständig tritt immer mehr radioaktives Material aus den kaputten Reaktoren. In Schulhöfen, wo verseuchte Erdoberfläche abgetragen wurde, kann es jederzeit erneut zu radioaktivem Fallout kommen. Nach sechs Monaten staatlicher Desinformation haben die Bewohner durch Eigeninitiative eine erste unabhängige Messstation eingerichtet und vom Staat erste Hilfen für die stark kontaminierten Schulen erstritten. Gegen die Konferenz mit Beteiligung der IAEA und der WHO in Fukushima kam es zu heftigen Protesten der Bevölkerung. Es besteht ein tiefes Misstrauen zu staatlichen Institutionen, insbesondere zur IAEA. Diese ist eine Propagandaeinrichtung für die Atomwirtschaft und kontrolliert in allen atomrelevanten Fragen die WHO seit 1959. Eine unabhängige Arbeit der WHO ist nicht möglich. Die Einwohner von Fukushima sind zu recht misstrauisch.

In über 100 deutschen Städten haben heute bei den traditionellen Anti-Atom-Montagsspaziergängen Menschen ihre Solidarität mit den Menschen in Japan gezeigt. Gemeinsam mit der IPPNW Deutschland fordern sie mit einem internationalen Aufruf von der Bundesregierung und der internationalen Staatengemeinschaft die Unabhängigkeit der WHO und Hilfe für Fukushima. Will die WHO tatsächlich das Vertrauen der Menschen und ihre wissenschaftliche Legitimation in Sachen Radioaktivität und Gesundheit wiedergewinnen, muss als Grundlage hierfür zuallererst das Geheimabkommen von 1959 aufgehoben werden.

Die bundesweiten Veranstaltungen markieren den Beginn einer Anti-Atom-Protestwoche. Dabei stehen die Solidarität mit Japan und die Unabhängigkeit der WHO im Fokus. Gemeinsam mit der IPPNW Deutschland wird ein internationaler Aufruf für die Unabhängigkeit der WHO und für die Hilfe in Fukushima gestartet. Im Laufe der Woche wird es verschiedene grenzüberschreitende Aktionen geben, unter anderem in Perl gegen das AKW Cattenom, um Fessenheim und gegen das belgische AKW Tihange. Höhepunkt wird eine Großdemo für die Energiewende am nächten Montag in Tokio sein. Wir werden die Aktionswoche mit einer gemeinsamen Pressemitteilung abschließen und fordern auf, den internationalen Aufruf für die Unabhängigkeit der WHO zu unteschreiben.

Zuschrift von Franz Botens, „Montagsspaziergang Mainz" und „Bundesweites Bündnis montags gegen Atomkraft und für Demokratie", Kontakt: botens(at)web.de, 0178-731 2566

Atom-Ofen explodiert, Gebäude steht noch: Regierung verweist auf die „Sicherheit“ französischer Kernkraftwerke *(„Stern“)*

Mit logischen Spinnereien wird versucht, Technik sicher zu reden

Wie sicher ist ein Atomkraftwerk? Die Frage ist einfach, aber die Antworten sind so verschieden wie die Leute, die sich damit befassen – wie zum Beispiel ehrliche Sicherheitsexperten, Ingenieure, Physiker, korrupte Banker und Unternehmer, ahnungslose Politiker, Philosophen, geldgierige Spekulanten, Mathematiker, Statistiker, Computerfachleute und natürlich ich selbst. So habe ich mich schon manchmal gefragt, warum noch nie ein Flugzeug mit einem AKW kollidiert ist. Das eine könnte auf das andere fallen, dann sind wahrscheinlich beide kaputt. Aber das andere kann nicht auf das eine fallen, und somit ist diese Gefahr schon mal um die Hälfte unwahrscheinlicher! Das werden Sie mir doch sicher glauben – ich meine, dass ein AKW niemals auf ein Flugzeug fallen wird. Ist das nicht eine gute Erklärung, warum AKWs so sicher vor Flugzeugabstürzen sind? Und wir können etwas beruhigter weitermachen als bisher. Außerdem kann man sie bei Bedarf durch Einnebelung verstecken.

Mit solchen logischen Spinnereien wird versucht, Technik sicher zu reden, das heißt als quasi sicher zu definieren. Ein „unwahrscheinliches Restrisiko“ wird vernachlässigt und fast jeder Unsinn produziert und gebaut: Atombomben, Atom-U-Boote, Atomkraftwerk oder Flugzeuge. Was daraus geworden ist, wissen wir: zwei gewollte Atombombenabwürfe und viele wahnsinnige Atombombentests, verseuchte Inseln samt Bewohnern und Teilen der Meere, viele Störfälle in AKWs, die noch immer verharmlost werden, Zwei riesige Atomkatastrophen, die statistisch nur alle zigtausend Jahre vorkommen sollen, sind in einem Abstand von genau 25 Jahren passiert. Das ist, zynisch ausgedrückt, „experimentell nachgewiesen“, also eine Tatsache, die niemand mehr wegrechnen kann. Das ist ein Trend. Auf dieser Basis kann ich behaupten, dass sich mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent in 25 Jahren wieder eine solche Katastrophe ereignen wird – wahrscheinlich in Frankreich.

Wir haben dann auch mehr davon, denn dort gibt es noch 54 AKWs, in Deutschland sind es nur noch neun. Dazu brauche ich keine Experten und Schönredner mehr, auch keine Flugzeuge. Das ist ein anderes Thema, denn Flugzeu-

gabstürze nimmt man in Kauf, die können sich jeden Tag ereignen. Jedes Jahr 4.000 Verkehrstote allein in Deutschland sind selbstverständlich. Wir leben damit, Tag für Tag. Wir riskieren es selbst, weil wir daran teilnehmen. Es sind persönliche Risiken. Doch eines möchte ich nicht mehr: dass andere für mich entscheiden, welche Risiken ich eingehen muss. Von Korrupten mir vorschreiben lassen, welchen Unsinn ich kaufen muss. Von Wahnsinnigen mir erzählen lassen, was gut, sicher, günstig ist. Davon habe ich schon lange genug. Für mich gilt: Es gibt keine sichere Technik, keine sicheren Computer, keine sichere Software, keine sicheren Menschen. Also weg mit jeder Art von Atomdreck!

Helmut Minkus (parteilos)

Wetter als Waffe: Wird die Erde abgekühlt? *(„Unsere Zeit“)*

Sollen wir arbeiten, bis wir umfallen?

1. Laut einer Studie leiden rund 165 Millionen Europäer unter einer psychischen oder neurologischen Störung. Mehr als jeder dritte EU- Bürger erkranke mindestens einmal im Jahr daran. Besonders häufig träten Angsterkrankungen, Depressionen und Schlaflosigkeit auf. Zu allem Überfluss beginne die Behandlung meist zu spät und genüge dabei häufig nicht einmal minimalen Standards. Dabei belegen Angststörungen mit 14 Prozent den Spitzenplatz; etwas abgehängt folgen die Schlafstörungen mit sieben Prozent, fast Kopf an Kopf – mit 6,9 Prozent – die Depressionen und dann die psychosomatischen **Erkrankungen** mit 6,3 Prozent. Vier Prozent leiden an einer Suchterkrankung. Schon bei fünf Prozent aller Kinder treten Aufmerksamkeits- und Hyperaktivitätsstörungen auf. Bei den Senioren nehmen die Demenzerkrankungen zu.

Männer und Frauen leiden der Studie zufolge etwa gleich stark unter psychischen Erkrankungen, doch entwickeln Männer in ihrer Kindheit häufiger Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörungen und später Suchterkrankungen, während Frauen häufiger an Depressionen, Angsterkrankungen und Essstörungen leiden. Als eine Ursache der Geschlechtsunterschiede gelten gesellschaftliche Veränderungen. Gerade die soziale Stress- und Rollenbelastung von Frauen habe in den vergangenen 30 Jahren deutlich zugenommen, wodurch eine Frau, die gleichzeitig die Rollen der berufstätigen Hausfrau und Mutter zu erfüllen hat, ein

höheres Risiko aufweist, Angst- und Depressionserkrankungen zu bekommen als Männer. Es ist auch wahrlich nicht neu, dass eine Heirat bei Männern die Krankheitshäufigkeit senke, während es bei Frauen genau andersherum sein könne. Ja, wenn Frauen sich das „dritte Kind“ ins Haus holen, nachdem die eigenen tatsächlichen Kinder ausgezogen sind! Die Autoren bemängeln bei der Versorgung der Patienten dramatische Missstände, weil nur zehn Prozent aller psychischen Störungen „minimal adäquat“ behandelt würden.

Wirklich verwundern lassen eine diese Ergebnisse angesichts der sich wandelnden neoliberalen Gesellschaft nicht, die von den Individuen immer mehr „Flexibilität“ erwartet und im Gegenzug nur beständig größere Unsicherheit und schlechtere Entlohnung für geleistete Arbeit anbietet, die eine Lebensplanung oft geradezu verunmöglicht. Wer dauernd in der Angst lebt, eventuell bald den Arbeitsplatz zu verlieren und dann nach nur einem Jahr in den Höllengenuss der Verfolgungsbetreuung des *Mob*-Centers beim ALG II abzustürzen und deswegen nicht schlafen kann, ist natürlich anfälliger für psychischer Krankheiten aller Art. Wir nehmen in den Medien wahr, dass der Wert des Menschen an sich ausgedient hat, finanziell nicht ausschlachtbare Ethik und soziale oder ökologische Verantwortung als unrentabel über Bord geschmissen und Gesundheit, Sozialstaat, Bildung zur Ware degradiert werden. Die muss man sich halt leisten können – oder eben nicht und ist dann leider ausgegrenzt.

2. Weil der Solarworld-Konzern seine Kosten senken will, entlässt er in Deutschland am Standort Freiberg 500 **Leiharbeiter**. Im kalifornischen Camarillo will er die Modulproduktion beenden und nur noch eine Vertriebseinheit erhalten. Solarworld hat es sich zum Prinzip gemacht, weniger als zehn Prozent seiner Kosten für das Personal auszugeben, um auch mit Herstellern konkurrieren zu können, die ihre Produktion in Billiglohnländer verlagern oder von dort kommen. Damit blieben Qualitätsprodukte aus Deutschland und den USA auch „wettbewerbsfähig zu Fernost“. Mich wundert, dass sie Leiharbeiter entlassen und keine Stammbelegschaft. Oder ist das längst geschehen, um die Modernisierungskosten von 75 Millionen Euro in Deutschland und den USA wieder reinzuholen? Arbeiten bei Solarworld ohnehin ausschließlich Leiharbeiter? Kohle, Kohle über alles – alles andere nervt nur!

3. Nach den Rentenplänen von *lovely* Zensursula von der Leyen soll sich Arbeit wieder lohnen. Daher müsse, wer sein Leben lang gearbeitet, aber wenig verdient und obendrein noch privat für die Rente vorgesorgt habe, im Alter belohnt werden. Die Minirenten sollen daher steigen. Die Arbeitsministerin verlautbarte, dass die eigene Rente der Lohn für die eigene Lebensleistung bleiben müsse, weswegen ab 2013 Geringverdienern, die mindestens 45 Jahre lang Mitglied der Rentenversicherung waren und eine zusätzliche private Rentenversicherung abgeschlossen haben, die Minirente auf 850 Euro aufgestockt werden. Das liegt zwar über dem angeblichen Grundsicherungsniveau von derzeit 650 bis 750 Euro mo-

natlich, doch wirklich armutsfest ist es bei weitem nicht. Aber die Arbeitsministerin glaubt, damit effektiv für mehr Gerechtigkeit und weniger Armut sorgen zu können, denn davon könnten auch Alleinerziehende profitieren, die zumeist nur in Teilzeit arbeiten.

Bei Opposition und Sozialverbänden stieß von der Leyen auf Kritik, der Personenkreis sei viel zu eng gefasst. Sie bezeichneten den Vorschlag als „Kosmetik statt Reform“, schließlich erreichten immer weniger Menschen 40 oder gar 45 Versicherungsjahre. Ich frage mich ohnehin, wie Niedriglöhner von ihrem Zuwenig auch noch etwas für eine Zusatzrentenversicherung hätten abzweigen können. Es ist doch sonnenklar, dass sich wegen der vielen Minijobber und Leiharbeiter sowie der steigenden Zahl von Arbeitnehmern im unteren Lohngruppenbereich eine gigantische **Altersarmut** entwickeln wird, ob nun Frau von der Leyens Reförmchen kommt oder nicht. Um eine Rente auf dem Niveau der angeblichen Grundsicherung bekommen zu können, also in Höhe von ALG II, müssen derzeit bei einem Durchschnittsverdienst von 2.500 Euro brutto im Monat rund 27 Jahre lang Beiträge entrichtet werden.

4. Jetzt fängt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble auch noch an, von seinen Rentenideen zu sprechen und damit eine offene Kampfansage gegen die Arbeitnehmer zu beginnen! Der spinnt ja wohl: Bloß weil er nächste Woche 69 wird, muss er nicht von sich auf andere schließen und das **Renteneintrittsalter** schrittchenweise auf 69 Jahre erhöhen wollen beziehungsweise – bloß weil das Geld knapp werde – eine weitere Anhebung durchrechnen lassen. Das Geld ist knapp? Dass ich nicht lache! Für die notleidenden Bankster ist doch auch immer ein Milliarden Euro verschlingender Rettungsschirm vorhanden. Dann ist immer ausreichend Geld da, und zwar umgehend!

Im Rollstuhl ist sicher alles ein wenig aufwendiger, aber ansonsten müssen Politiker als Schreibtischtäter nun wahrlich keine anstrengende Arbeit verrichten, im Gegensatz zur wirklich hart arbeitenden Bevölkerung. Aber eben diese Arbeit versüßen sich die Politiker unanständig üppig. Nach derzeitiger Rechtslage wird das Rentenalter bei weiter steigender Lebenserwartung bis 2029 auf 67 Jahre angehoben. Wer dann zwei Jahre länger bis zum Ruhestand arbeitet, bekommt als Durchschnittsverdiener auf Basis heutiger Daten rund 55 Euro mehr Monatsrente. Wer früher in Rente geht, hat Abschläge hinzunehmen. Das muss man sich erst mal leisten können, weswegen Schäuble damit eine klare weitere Rentenkürzung in die Wege leitet.

Die offene Kampfansage liegt bei der Vorgabe: Arbeit rauf und Löhne runter! Wäre es nicht sinnvoller durchzurechnen, die Rente gleich ganz zu streichen? Ob es da nicht besser wäre, gleich die Wahrheit zu sagen, die die Regierung mit solchen Feigenblättern zu vertuschen sucht? Möchten unsere angeblichen Volksvertreter, dass wir arbeiten sollen, bis wir umfallen? Mit diesem „Synergieeffekt“ würden außerdem noch Kosten für eventuelle Rentenzahlung und Pflegekosten eingespart, und es wäre noch mehr Gelder für die gierig zockenden Bankster übrig.

Oder soll die Rente langfristig „umgestellt“, also nur noch *post mortem* zur Grabpflege verwendet werden können?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die Kürzung im Bereich Bildung war schon vor der Wahl bekannt

Ich habe Berichte über die Schülerproteste gesehen und gelesen. Meine Hochachtung vor dieser Basisdemokratie! Die Stellungnahme der Pressesprecherin war dagegen farblos, sie sprach einfach nur vom Geld: „Wir müssen den Haushalt einhalten!“ Dann kamen Nadelstiche. Schüler aus über 70 Schulen hatten das Kippenberg-Gymnasium an der Hamburger Straße besetzt. Dazu hieß es: „Wir sind für die Sicherheit der Schüler verantwortlich und lassen daher nur noch Schüler dieser Schule auf das Gelände.“ Fadenscheiniger geht es kaum! Die Polizei wurde nicht gerufen, aber ein privater Wachdienst eingesetzt. Liebe Schülerinnen und Schüler, wir drücken euch die Daumen! Ihr seid herzlich eingeladen uns montags eure Erfahrungen mitzuteilen. Wir haben ein Offenes Mikrofon und viel Platz auf dem Marktplatz!

Zum Thema Bildung habe ich auf der 342. Bremer Montagsdemo gesagt, die Schulreform sei „insgesamt ein Armutszeugnis für die Leistungsfähigkeit dieser Verwaltung“. Inzwischen sehe ich dies anders. Die Verkündung von Kürzungen, die Umverteilung der Lehrerstunden, die Nichteinstellung von Referendaren – dies alles war bereits vor der Wahl den Regierungsparteien bekannt. Nicht die Mitarbeiter der Verwaltung, sondern die Politiker der Regierungsparteien haben dieses so gewollt. Nun heißt es: „Die Anzahl der Schulanfänger hat uns überrascht.“ Wie das? Mit Verfügung Nummer 78/2010 vom 13. Dezember 2010 wurde alles für den Schulanfang 2011 geregelt. Lesen Sie selbst!

Besonders interessant ist der Absatz zur Regionalkonferenz: „Der Termin zur Versendung der Aufnahme- beziehungsweise Ablehnungsbescheide an die Eltern wird auf den 11. März 2011 festgelegt. Bitte planen Sie den Termin der Regionalkonferenz entsprechend und stimmen diesen mit Ihrer zuständigen Schulaufsicht ab.“ Somit hatte die Schulbehörde spätestens am 11. März 2011 die genauen Schülerzahlen für das neue Schuljahr. Wieso können diese Schülerzahlen als überraschend hingestellt werden? Aber, siehe 342. Bremer Montagsdemo, wie war das noch mal mit dem Tag der Deutschen Einheit? Circa 50 Prozent wurden

per Nachtragshaushalt finanziert, die andere Hälfte per pauschaler Kürzung im Haushalt der Ressorts gekürzt. Damit ist klar: Die Kürzung für den Bereich Bildung von 500.000 Euro war ebenfalls vor der Wahl bekannt.

Nunmehr soll die Bildung der Jugend darunter leiden. Dies darf nicht sein! Auch zur Feier der „Deutschen Einheit“ war Bremen Haushaltsnotlageland. Trotzdem wurden mal eben locker über vier Millionen Euro spendiert. Und nun soll die Bildung am Haushalt scheitern? Wieso kann für ein Wochenende „Deutsche Einheit“ ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden, und für die Bildung geht dies nicht? Dran bleiben, es lohnt sich! Eine Lehrerin und ein Lehrer, die *heute* fehlen, können nicht morgen „ausgeglichen“ werden. Hier muss nachgebessert werden, die Kinder sind *unsere* Zukunft!

Ergänzt werden muss diese Aufzählung der Informationsverhinderung des Wählers vor der Wahl noch um ein Weiteres: Der Bericht des Rechnungshofes Bremen wäre vor der Wahl fällig gewesen. Die Präsidentin hat diesen Termin verlegt, der Prüfbericht wurde nach der Wahl vorgestellt. Er hat es in sich! Auf Seite 27 steht unter der laufenden Nummer 46: „Für das Haushaltsjahr 2009 hat der Rechnungshof fünf Überschreitungen mit einem Betrag von zusammen 4.082.137,56 Euro bei Haushaltsstellen ermittelt, die nicht zu einem Deckungskreis gehörten. Ferner hat er 16 Überschreitungen von Deckungskreisen in einer Gesamthöhe von 1.426.087,69 Euro festgestellt. Zusammen sind das 21 Überschreitungen in einer Gesamthöhe von 5.508.225,25 Euro. Im Vorjahr sind es zusammen 25 Überschreitungen in einer Gesamthöhe von 1.544.215,07 Euro gewesen.“

An anderer Stelle steht auch die Trickserei mit den Zinsaufwendungen. Bremen hat dieses Jahr dadurch circa 100 Millionen Euro weniger Zinsen zu zahlen. Trotz dieser Einsparungen kneift es an allen Ecken und Enden. Auf den Seiten des Rechnungshofs finden Sie erst die Kurzfassungen der Berichte und unter „Aktuelle Berichte“ auch die Langfassungen. Natürlich kenne ich auch den Schnitt: „Damals, im Jahr 2010, durften wir – heute dürfen wir nicht!“ Akzeptabel ist dies nicht. Die Ausbildung der jungen Menschen darf nicht dem Diktat des Geldes geopfert werden! Bremen spart sich kaputt – und uns mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das Desaster eines vorbereiteten Krieges

Gestern vor zehn Jahren, am 11. September, war der Terroranschlag in den USA. Immer mehr Fragen werden aufgeworfen, wer Drahtzieher war. Zeitungen wie der „Weser-Kurier“ berichten völlig unkritisch von einer „islamistischen Verschwörung“

als Rechtfertigung des „neuen Weltkriegs“. Dabei gehen immer mehr namhafte Wissenschaftler und Politiker davon aus, dass die Gebäude gezielt gesprengt wurden und ins Pentagon eine unbemannte Drohne rauschte. Fest steht jedenfalls, wem der Anschlag nützte, denn seit zehn Jahren führen die USA Krieg gegen Afghanistan und den Irak.

Präsident Bush verkündete ein „Recht“ seines Landes auf „Präventivkriege“ bei gleichzeitiger Faschisierung im Inneren. Folter, Lauschangriff und Vorratsdatenspeicherung werden mit einem notwendigen Kampf gegen Terror begründet, nicht nur in den USA, sondern ebenso in Deutschland. Die Pläne für den Krieg gegen Afghanistan lagen längst fertig in Schublade – das jedenfalls ist bewiesen. Es wurde nur auf das entsprechende Signal gewartet. Dass die gesamte Luftabwehr und die Geheimdienste allesamt und gleichzeitig völlig versagt haben, ist mehr als unglaubwürdig. Da wurde doch dran gedreht! Trotzdem wurde dieser „New War“ zum Desaster für Amerika und seine Verbündeten, allein die USA kostete er vier Billionen Dollar. Heute steckt das Land in der tiefsten Finanzkrise seiner Geschichte.

In Europa soll der Währungsrettungsschirm auf 780 Milliarden Euro aufgestockt, allein der deutsche Anteil daran von 123 auf 253 Milliarden! Gleichzeitig erfolgt hierzulande seit Jahren ein massiver Reallohnabbau: 2,1 Millionen Menschen verdienen weniger als sechs Euro pro Stunde. Das ist Negativrekord in Europa! Schäuble will nun das Renteneintrittsalter auf 69 Jahre anheben, demnächst wird er ja selbst so alt. Man fragt sich, was passiert, sollte dieser Mann 80 werden. Der ist doch nicht mehr ganz bei Trost! Derweil bröckelt die Regierung bröckelt. International gibt sie den Scharfmacher, im Inland traut sie sich noch nicht so ganz. Die Mehrheit hat sie völlig verloren, die FDP liegt unter drei Prozent, aber die offene Abwälzung der Krisenlasten auf unseren Rücken wird nicht mehr lange auf sich warten lassen! Deshalb ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt, um nach Berlin zur großen **Herbstdemo** zu fahren, am **Samstag**, dem **17. September 2011**. Wir treffen uns um **6 Uhr** am **Hauptbahnhof** im Eingangsbereich und fahren günstig per Wochenendticket. In Italien war letzte Woche wieder Generalstreik – machen wir es genauso!

Laut dem britischen Atomwissenschaftler Christopher Busby ist die Region um Fukushima doppelt so stark verstrahlt wie jene um Tschernobyl. Dort kamen insgesamt nach seiner Schätzung bis zu 1,4 Millionen Menschen ums Leben. Der neue Wirtschaftsminister Japans, Hachiro, musste nach einer Woche im Amt zurücktreten, weil er Fukushima und die umliegenden Orte „Totenstädte“ nannte, obwohl die Menschen offiziell bald wieder in ihre Häuser zurückkehren können. Am Wochenende, ein halbes Jahr nach der Katastrophe, gab es in Japan große

Anti-AKW-Demos. Dabei wurden viele Plakate und Forderungen auf Deutsch gezeigt. Das zeigt unsere internationale Verantwortung!

Heute gab es eine Explosion in der südfranzösischen Atomanlage Marcoule, Frankreich. Ein Mann ist binnen Sekunden verbrannt, vier Schwerverletzte wurden in die Krankenhäuser von Montpellier und Avignon geflogen. Eine Sperrzone wurde errichtet, aber schnell wieder Entwarnung gegeben: Es sei keine Radioaktivität freigesetzt worden. Marcoule ist eine gruselige Anlage: Mehrere alte AKWs aus den 50er Jahren wurden nicht abgebaut, sondern gammeln dort vor sich hin. Auch ein „Schneller Brüter“ steht dort, um Atomwaffenmaterial herstellen zu können. In Betrieb ist eine Aufbereitungsanlage für Uran-Plutonium-Mischoxid, in deren Abteilung ein Ofen explodierte. Das tatsächliche Ausmaß der Verstrahlung ist bisher unbekannt. Die internationale einjährige Kampagne von ICOR und ILPS für die sofortige und weltweite Stilllegung aller Atomanlagen kommt deshalb genau richtig!

Wolfgang Lange (MLPD)

Beim Schwabenstreich in einem Jahr ein großes Netzwerk aufgebaut

Mit Bedauern stelle ich fest, dass die Unterstützung und Solidarität der Parteien in Bremen, ob von „Linken“, Grünen, Piraten oder Freien Wählern, doch sehr zu wünschen übrig lässt: Weder ist jemand von deren Seite zur Feier unseres einjährigen Jubiläums erschienen, noch war man in der Lage, eine Grußbotschaft zu übermitteln. Die Politiker an der Weser sind wohl vollends der Meinung, dass Bremen der „politische Nabel“ der Welt ist! Dagegen danke ich der Bremer Montagsdemo für ihre Solidarität und Unterstützung.

Bei unserer kleinen Feierstunde am „Widerstandsbaum“ möchte ich hiermit den neuen Button des Schwabenstreiches Bremen-Oldenburg vorstellen. Ein Jahr Schwabenstreich in Bremen heißt auch, dass wir ein großes Netzwerk erarbeitet haben, um für mehr freien Bürgerwillen, mehr Basisdemokratie und mehr Volksentscheide einzutreten. Wir werden uns klar gegen Politikerwahnsinn und -egoismus und gegen eine Wirtschaftsdiktatur wehren! Für nächstes Jahr habe ich die Protestbewegung „No TAV“ aus dem norditalienischen Susatal in Piemont nach Bremen eingeladen.

Was ich selbst noch nie erlebt habe, ist das schäbige Verhalten der baden-württembergischen SPD gegenüber ihrem Koalitionspartner, den Grünen: Es kann doch nicht sein, dass ein Mitglied des Regierungsbündnisses sich mit Teilen der Opposition einlässt, um „Stuttgart 21“ durchzusetzen! Es sieht aus, als ob die SPD einen „Königsmord“ an Ministerpräsident Kretschmann vorbereite. Das zeigt, welch bescheidene Moral in Teilen der baden-württembergischen SPD herrscht! Sollte die SPD diesen „Königsmord“ begehen, wird sie sicherlich auch im restlichen Bundesgebiet bei der Bevölkerung erheblich an Vertrauen verlieren. Oben bleiben und *a sarà dura!*

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Schwabenstreich Bremen-Oldenburg (Cartoon: Boris Themann)

Widerspruch gegen die niedersächsische Kommunalwahl

Mit meinen Stimmen will ich ein Mitglied in den Stadtrat wählen, das ich für fähig halte. Durch die Einteilung in vier Wahlbereiche kann ich das aber nicht, denn ich will nicht einen Kandidaten eines „Stadtbezirkes“ wählen, sondern einen für ganz

Delmenhorst. Da die Stadt kreisfrei ist, also nicht aus unterschiedlichen Gemeinden besteht, die bei der Besetzung berücksichtigt werden müssten, halte ich die Einteilung in Wahlbereiche in Delmenhorst für unsinnig.

Wenn gewählte Ratsmitglieder ihren eigenen Wahlbereich bevorteilen, ist das nicht im Sinne der Verantwortung für die Stadt Delmenhorst an sich. Die Aussagen im Wahlkampf, die darauf zielen, im eigenen Wahlbereich gewählt zu werden, sind somit nicht geeignet, einen geeigneten Kandidaten zu erkennen. Alle Kandidaten müssten, so wie vorgesehen im Rat, die Interessen der Stadt vertreten; ein Widerspruch zu der Einteilung in Wahlbereiche. Da die Kandidaten nicht einmal in ihren eigenen „Wohnbereichen“ auftreten, ist es für mich sowieso fraglich, warum ich auf die Kandidaten meines Wahlbereichs begrenzt bin, denn Kandidaten wohnen in meinem Wahlbereich, treten aber in anderen Wahlbereich an.

Die Erfahrung der letzten Periode zeigt, dass die Mitgliedschaft in einer Partei unerheblich ist – die wird sowieso gewechselt, selbst in politisch andere Lager, wie der Fall Swantje Hartmann zeigt. Somit kann ich nur überlegen, welchen Kandidaten ich für geeignet halte. Wenn aber unter den in meinem Wahlbereich aufgeführten Kandidaten – schon durch die Wahlkampfaussagen, was sie für Düsternort erreichen wollen – keiner ist, den ich für geeignet halte, die Interessen der Stadt Delmenhorst zu vertreten, sondern einen derartigen Kandidaten nur in einem anderen Wahlbereich erkenne, ist es mir unmöglich, diesen Kandidaten zu wählen.

Da die Stimmen der Wahlbereiche zusammen die Anzahl der Ratsmitglieder bestimmen und die Zahl der Stimmen für die Kandidaten in den Wahlbereichen dann ausschlaggebend ist für den Einzug in den Stadtrat, in meinem Wahlbereich aber ein Kandidat aufgestellt wurde, den ich nicht für geeignet halte, ist es unsicher, wer dann wirklich in den Stadtrat einzieht. Wenn also die Kandidaten in getrennten Wahlbereichen antreten, dann müsste pro Wahlbereich eine feste Zahl von Sitzen im Rat vergeben werden, also nach den „Bewohnern“ in den Bereichen gemessen, nicht an den Wahlberechtigten. Dann käme es sicher im Rat zu „Abstimmverhalten“ für den eigenen Wahlbereich. Schon das zeigt, dass eine derartige Wahlmethode nicht im Interesse der ganzen Stadt sein kann.

Quasi wähle ich eine „Wundertüte“, denn wenn ich die Partei wähle, deren meines Erachtens geeigneter Kandidat in einem anderen Wahlbereich zur Wahl steht, könnte es geschehen, dass ich mit meinen Stimmen den Kandidaten in meinem Wahlbereich wähle, den ich für ungeeignet halte. Für mich gibt es nur die Stadt Delmenhorst im Ganzen, nicht in vier Wahlbereichen. Deswegen halte ich es für notwendig, dass die Parteien in allen Wahlbereichen eine Liste aller ihrer Kandidaten zur Wahl aufstellen, damit ich dann aus diesen Vorschlägen dem oder den aus meiner Sicht geeigneten Kandidaten meine Stimme geben kann.

Das Wahlergebnis zeigte dann, dass meine Ansicht bestätigt wurde – so wie es das Verfassungsgericht erklärte, als es das Wahlgesetz zur Bundestagswahl kippte – dass auch bei diesen Wahlen den Stimmen eine Ungleichheit zu-

kommt. Meines Erachtens muss das niedersächsische Wahlgesetz geändert werden, aber das wird sicher ein langer Weg.

Im „Delmenhorster Kreisblatt“, der gedruckten Ausgabe, stand am Mittwoch, dem 14. September 2011, auf Seite 2 die Mitteilung, dass ich an den Landeswahlleiter einen Widerspruch gesandt habe. Wenn ich einen Widerspruch ans Jobcenter schreibe, hat die Behörde drei Monate Zeit zur Antwort. Keine Ahnung, wie lange es nun beim Wahlleiter dauert, denn ich hatte ihm bereits im August meinen Widerspruch gegen die Durchführung der Wahl mitgeteilt, ohne bisher eine Antwort erhalten zu haben.

Deswegen ging ich am Wahlsonntag provokativ vor: Ich suchte zwar das für mich zuständige Wahllokal auf, um zu versuchen, meine Stimme einem Kandidaten zu geben, den ich für geeignet halte. Diese Möglichkeit war aber durch den Stimmzettel nicht gegeben. Darum kreuzte ich öffentlich meinen Stimmzettel durch, was aber der Wahlvorsteher nicht zuließ: Er nahm mir den Stimmzettel ab und vernichtete ihn. Ich könne aber einen neuen Stimmzettel bekommen und diesen in der Kabine dann ungültig machen. Das tat ich.

Zuschrift von Rainer Niehaus (Delmenhorst)

Oh Gott, der Papst kommt: Bundestag füllt
Ränge mit Jubelchristen *(„Bild“-Zeitung)*

Damit ist nun Schluss: Anwaltliche Vertretung von Hartz-IV-Beziehern
war bislang ein Minusgeschäft *(„Junge Welt“)*

Dank Boulevard: Plappert Schnupsi Rösler Griechenland in die Staatspleite –
und seine bankrotte FDP zum Wahlerfolg in Berlin? *(„Bild“)*

Ursache und Wirkung verwechselt: Gerede von der „Schuldenkrise“
soll verschleiern, dass die Staatsschulden erst durch untaugliche
Konjunkturprogramme und „Rettungsschirme“ zur Abwendung der
Finanzmarktkrise explodiert sind *(„Nachdenkseiten“)*

„Können Sie strippen?“: Für Frauen über 35 und Männer über 40
gibt es ein allgemeines Vermittlungshemmnis *(„Focus“)*

Ach du Scheiße: Ex-Chefin von „Pupen un pissen“ wird
neue Chefredakteurin beim *„Weser-Geschmier“*

Transparenz, Mindestlohn, Grundeinkommen: Piratenpartei
entert Berliner Abgeordnetenhaus *(„Bild“-Zeitung)*

Jenseits von Gut und Böse: Berliner Linkspartei hätte niemals

mitmachen dürfen beim Sozialabbau *(„Tageszeitung“)*

FDP gevierteilt: Keine Denkverbote, raus aus der Bundesregierung! *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

345. Bremer Montagsdemo am 19. 09. 2011

Bildungsferne durch Wahnsinnskosten der Bevormundungsbürokratie

1. Ein Hartz-IV-Bezieher, nennen wir ihn Felix Z., wandte sich mit der Bitte um Hilfe an das „Erwerbslosenforum Deutschland“, nachdem er einen neuen Leistungsbescheid über Hartz IV für sich und seine Familie erhalten hatte. Im Bescheid vom zuständigen *Mob*-Center in Landkreis Dahme-Spreewald steht, „dass Leistungen nur dann weitergewährt werden, wenn Sie“ (Felix Z. und seine Familie) „im Rahmen Ihrer Möglichkeiten alles unternehmen, Ihre Hilfebedürftigkeit zu unterbinden. Das heißt beispielsweise, dass Sie sich intensiv um einen existenzsichernden Arbeitsplatz bemühen; sich aktiv an allen Maßnahmen beteiligen, die dieses Ziel unterstützen; Ihren Verpflichtungen aus der Eingliederungsvereinbarung nachkommen; den Einladungen des Jobcenters folgen“.

Handelt sich das jetzt um eine neue Masche der *Flop*-Center im Allgemeinen oder nur dieses speziellen, im Zuge ihrer **Verfolgungsbetreuung** schon mal vorsorglich Sippenhaftung anzudrohen, wenn ein Familien-, äh: Bedarfsgemeinschaftsmitglied etwas – ja, was eigentlich konkret – gemacht oder nicht erfüllt hat? Sollte es dann tatsächlich vom Goodwill eines Sachbearbeiters abhängen, ob jemand alle seine Möglichkeiten genutzt hat? Was er alles erfüllen muss, bleibt allerdings völlig offen. Zählen höchstrichterliche Entscheidungen gar nichts mehr, die den Jobcentern inzwischen mehrfach auferlegt haben, sich zu konkretisieren? Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ fordert die Bundesagentur für Arbeit auf, Bescheide von Jobcentern zu unterbinden, die Familien „quasi Sippenhaft“ androhen, wenn sich einzelne Menschen nicht so verhalten, wie es eine Behröde haben will. Einmal davon abgesehen, ist Kollektivhaftung in Deutschland verboten, und wem diese angetan wird, der kann sich dagegen zur Wehr setzen.

2. In den USA leiden, gemessen an der Gesamtbevölkerung, so viele Menschen an **Armut** wie seit beinahe zwei Jahrzehnten nicht mehr. 15,1 Prozent aller US-Amerikaner „leben“ unterhalb der Armutsschwelle, was 46,2 Millionen „Einzel“-

Schicksale von armen Menschen bedeutet. Offiziell gibt es in den USA eine Arbeitslosenquote von derzeit 9,1 Prozent. Wer sich vor Augen führt, dass eine Durchschnittsfamilie heute lediglich elf Prozent mehr verdient als 1980, während die Verbraucherpreise im gleichen Zeitraum um rund 155 Prozent gestiegen sind, dem wird schnell klar, dass die zunehmende Armut durch den Anstieg von Tätigkeiten mit Dumpinglöhnen zustande gekommen sein muss. 15 Prozent arme US-Bürger, das ist der höchste Wert seit 1983. Die Armutsgrenze liegt nach offizieller Festlegung bei einem Jahreseinkommen von umgerechnet knapp 16.000 Euro für eine vierköpfige Familie und bei rund 8.100 Euro für eine einzelne Person.

Die staatlich verordnete Verelendung weiter Bevölkerungsschichten schwappt schon lange über den „Großen Teich“ bis nach Deutschland rüber. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass inzwischen auch bei uns 2,4 Millionen Menschen einen Zweitjob annehmen müssen, weil sie vom Verdienst aus einer Haupttätigkeit nicht leben können. Da Frauen im Durchschnitt 23 Prozent weniger verdienen als Männer, erstaunt es nicht, dass 57,5 Prozent der Mehrfachbeschäftigten Frauen sind. Seit 2003 verdoppelte sich die Zahl derer, die einen oder mehrere Nebenjobs annehmen müssen, auf 2,4 Millionen Betroffene. Entsprechend stieg auch der Anteil der Arbeitnehmer mit Doppeljobs an allen Arbeitnehmern von 4,3 auf 8,5 Prozent. In über 82 Prozent der Fälle handelt es sich nach den vorliegenden Daten jedoch nicht um mehrere Minijobs nebeneinander, sondern um eine geringfügige Beschäftigung neben einer Haupttätigkeit.

3. In Zukunft wird es Hartz-IV-Beziehern leichter fallen, im Streit mit den Mob-, Flop- oder Job-Centern juristischen **Beistand** zu erhalten, der sich ihrer Belange annimmt. Laut einem noch unveröffentlichten Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. August 2011 müssen die im Sozialrecht außergerichtlich erlangten Gebühreneinnahmen nun vollständig beim mit der Angelegenheit befassten Anwalt verbleiben. Bisher wurden die entsprechenden Bezüge in aller Regel erheblich beschnitten, wodurch sich eine Vertretung sozial Hilfsbedürftiger ökonomisch nicht lohnte. Ich finde es unglaublich, dass sich zuvor sowohl die Sozialgerichte als auch das sächsische Justizministerium mit Händen und Füßen gegen die nun erfolgte Rechtskorrektur zur Wehr gesetzt haben!

Es war hanebüchen ungerecht und in meinen Augen grundgesetzwidrig, dass die mit Inkrafttreten von Hartz IV seit Jahresanfang 2005 geltende Gebührenordnung bis jetzt eine doppelte Kürzung von Anwaltshonoraren bei sozialrechtlichen Auseinandersetzungen vorsah. Erwerbslose, die falsche Bescheide bekamen oder schikaniert und zu Unrecht sanktioniert wurden, sollten sich offenbar nicht so gegen Amtsmissbrauch wehren können dürfen wie Menschen im Broterwerb. Klar, dass es sich für Anwälte dann nicht rechnete, für derart wenig Geld Klienten zu vertreten, für die es hingegen gefälligst immer hinnehmbar sein soll, für unglaublich geringe Entlohnung zu malochen. Merkwürdig finde ich nur, dass sich das Internet darüber ziemlich ausschweigt, wie ein noch unveröffentlichtes Urteil oder ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 19. August 2011

schon jetzt zu einer Gesetzesänderung geführt haben soll. Ich konnte auch beim Bundestag keine solche finden. Deswegen bin ich noch unschlüssig, ob ich mich wirklich schon freuen kann!

4. Bei der neuen OECD-Studie fällt Deutschland mal wieder negativ auf, weil – verglichen mit der Entwicklung 36 anderer Industriestaaten – das Bildungsniveau außergewöhnlich langsam angestiegen ist und viel zu wenig Hochqualifizierte wie Hochschulabsolventen und Meister „produzierte“. Die Experten spulen eigentlich nur gebetsmühlenartig herunter, was seit Jahren vollkommen zu Recht immer wieder angeprangert wird: Kinder aus finanziell schwachen Familien haben nach wie vor schlechtere Bildungschancen, weil ein guter Bildungsabschluss noch immer vom Portemonnaie der Eltern und von deren erzielter Ausbildung abhängig ist. Demnach schafften es in Deutschland lediglich 23 Prozent aller 15-jährigen Schüler aus den durch Armut benachteiligten Familien, in der Schule eine gute Leistung zu erzielen. Nur sieben der 36 verglichenen Länder schnitten noch schlechter ab als Deutschland.

Außerdem liegen in Deutschland die Bildungsausgaben nach OECD-Kriterien immer noch deutlich unter dem Schnitt anderer Industrienationen. Ausgerechnet im Grundschulbereich, wo das Fundament für einen erfolgreichen Bildungsweg gelegt wird, sind die Ausgaben besonders niedrig. Das Bundesbildungsministerium fühlt sich offenbar mal wieder zu Unrecht an den Pranger gestellt und hält dagegen, dass die öffentlichen Investitionen in die **Bildung** in den vergangenen Jahren um mehr als zehn Prozent gesteigert worden seien. Im vergangenen Jahr seien sogar mehr als 100 Milliarden Euro in die Bildung geflossen. Doch auch zur Aufhübschung des deutschen Bildungsdesasters dürfen nicht mal eben Birnen mit Äpfeln verglichen werden, nur um angestrengtes Bemühen zur Beseitigung des angeprangerten Makels beweisen zu wollen: Vergleichbar sind nicht die Gelder der jeweiligen öffentlichen Haushalte, sondern das Bruttoinlandprodukt („Bildung: Deutschland rutscht ab“, „Weser-Kurier“ vom 14. September 2011).

5. Wenn das Geld, das die Benachteiligung der Kinder aus armen Familien beseitigen soll, in so etwas Beklopptes wie das sogenannte **Bildungspaket** von Arbeitsministerin von der Leyen gesteckt wird, dann ist es kein Wunder, dass weder das ausgegebene Geld ankommt, noch die angeblich beabsichtigte Chancengleichheit erreicht werden kann. Woran kann es bloß liegen, dass in Bremen nur ein Drittel der berechtigten Familien, die Anspruch darauf haben, die „tollen Zuschüsse“ nutzen? Sicher nicht nur daran, dass viele Schulen, Kindergärten oder Sportvereine mit der entstandenen Bürokratie überfordert sind. Die Familien erhalten pro Kind sagenhafte zehn Euro monatlich, wenn sie sich und ihre Kinder mit der blauen Diskriminierungskarte als gesellschaftlich ausgestoßene Hartz-IV-Bezieher outen. Mir sind persönlich einige Fälle bekannt, in denen Eltern diese „tollen“ Vergünstigungen eben wegen der Stigmatisierung nicht in Anspruch nehmen.

Kennt Frau von der Leyen die tatsächlichen Kosten für Sport- und Musikunterricht für die Kinder? Das wage ich trotz ihrer eigenen Kinderschar zu bezweifeln, da bestimmt nicht sie persönlich für solch profane Rechnungen zuständig ist, sondern ihr Personal. Wenn bisher kaum Anträge eingegangen sind, lag dies bestimmt nicht an der angeblichen Bildungsferne der Familien, sondern an der Diskriminierung, den bürokratischen Hürden und der meiner Meinung nach beabsichtigten Unwissenheit aller Beteiligten. Alles könnte so viel leichter sein, wenn endlich die Regelsätze – nicht nur für Kinder! – angemessen ausfielen, und zwar bitte auch ohne die Begleiterscheinung der Verfolgungsbetreuung! Wenn den Eltern die kleine Erhöhung einfach so ausgezahlt würde, ließen sich wahnwitzige Ausgaben für unnötigen Bürokratieaufwand vermeiden, indem Eltern als vernünftige Erwachsene behandelt würden und nicht als eine Art egoistischer Idioten, die das Geld für ihre Kinder lieber versaufen oder verrauchen. Aber das ist wohl nicht vorgesehen, obgleich vom Bundesverfassungsgericht gefordert!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Bremen, Hochburg des Glücks“: „Wir brauchen kein Geld, um fröhlich zu sein“ *(„Bild“-Zeitung)*

Griechenland kann weder Schulden noch Zinsen abtragen: Ursache ist nicht zuletzt die von deutschen Hardlinern durchgesetzte Krisenpolitik *(„Linksnet“)*

Springer-Konzern ist Papst: Ein frommer Mensch würde sich diese Vereinnahmung und Vermarktung verbitten *(„Bild“-Zeitung)*

Ich weiß, wann Lust auf Arbeit aufkommt

Hallo! Die Frau, die hier über Hartz IV schreibt, ist zu belobigen: Sie hat immer recht, und wenn man nachprüft, ist es auch Prawda. Ich habe es heute wieder erlebt im Amt, wie versucht wird, klar zu machen, wie gerecht Hartz IV sein soll: „Wir geben nur, was Sie zum Leben brauchen“ – und dass Kosten wie Busfahrten auch im Regelsatz drin sein sollen. Aber beim Bus sind nur zwei oder drei Fahrten zur Menschenvermarktung drin. Ich sehe überall: Für einen Euro hat keiner den Anreiz, sich tatsächlich idealistisch zu engagieren, weil die Betroffenen merken, wie klein man wird mit diesen Zwangsarbeiten. Ich weiß, wann Lust auf Arbeit aufkommt: nur dann, wenn bei einem selbst endlich finanzielles und materielles Wachstum ankommt. Ich habe damals als Maurer einmal 10.500 DM Lohn für ein Haus bekommen und mich so auf Arbeit gefreut, denn da konnte ich mir im

Herbst einen schönen alten Mercedes kaufen. So ging es den meisten vor zwanzig Jahren, zu Sowjetzeiten – das muss wieder her! Mit sozialistischen Grüßen.

Zuschrift vom „Mann mit dem großen Hut“

Vom Elend der Nutzerkommentare: Warum nur gelegentlich Zuschriften auf dieser Website veröffentlicht werden *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Billigere Alternative bleibt undiskutiert: Rettungsschirme verteilen Steuergeld an die weltweit reichsten fünf Prozent der Individuen *(„Frankfurter Allgemeine)*

Warum parallele Sicherungssysteme, wenn nicht zur Spaltung?

Ich freue mich, dass die „Rote Fahne“ der Grundsatzdiskussion über Hartz IV in Heft 35/2011 wieder eine ganze Seite gewidmet hat. In der Antwort auf einen Leserbrief schreibt die Abteilung Aktiver Volkswiderstand des Zentralkomitees der MLPD: „...z.B. ist es richtig, die ‚Erhöhung des Arbeitslosengeldes I und die unbegrenzte Fortzahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit!‘ zu fordern und dafür zu kämpfen. Und – weil es immer mehr Menschen gibt, die erst gar keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I erwerben können – auch die ‚Erhöhung des Sozialgeldes!‘ mehr zu propagieren“ (Seite 29). Diese beiden Forderungen stehen im Kampfprogramm der Partei (Abschnitt 6).

Wohlgemerkt: Die Ausgrenzung weiter Bevölkerungskreise von der Teilhabe am Sicherungssystem erster Klasse gegen die Folgen der Erwerbslosigkeit wird hier nicht als falsch kritisiert. Es erstaunt mich, dass die MLPD das Nebeneinander zweier solcher Systeme – Arbeitslosengeld I und Sozialgeld – für die kapitalistische Gegenwart offenbar als richtig erachtet und darin auch keine Spaltung der Arbeiterklasse erkennen kann. Dabei ist es doch eine Fiktion, nur das Arbeitslosengeld I sei Lohnersatzleistung, das Sozialgeld hingegen Existenzsicherung für Kranke oder nicht Arbeitsfähige. Tatsächlich werden einfach alle Menschen zu Sozialgeldempfängern gemacht, die von der Wirtschaft über längere Zeit hinweg oder seit jeher nicht gebraucht worden sind, völlig ungeachtet ihrer Gesundheit oder Arbeitsfähigkeit.

Warum hält es die MLPD für richtig, dass diese Betroffenen kein Arbeitslosengeld I, sondern bloß eine Sozialleistung zweiter Klasse bekommen? Was können sie für das Fehlen von Arbeitsplätzen? Die Existenz paralleler Sicherungssysteme braucht eine Rechtfertigung, nicht nur von Merkel und Gabriel, sondern auch von der MLPD, wenn sie das richtig findet. Ich halte dieses Nebeneinander für falsch, denn es bewirkt eine Entsolidarisierung der Erwerbslosen untereinander – eine Spaltung zwischen den als „fleißig“ oder „faul“ Eingestuften, die nur im Interesse des Klassengegners liegen kann.

In technischen Anlagen wird Redundanz benötigt, um unvorhergesehene, den Normalbetrieb unterbrechende Störfälle während einiger kritischer Minuten oder Stunden beherrschen zu können. Der deutsche „Sozialstaat“ hingegen befindet sich seit Jahrzehnten im Gesetz gewordenen Katastrophenmodus – und das Zentralkomitee der MLPD, die doch sonst ganz anders tickt, findet es nun „richtig“, mehr zu „propagieren“, dass die „Notkühlung“ weiter aufgedreht wird, um die „soziale Kernschmelze“ „unbegrenzt“ für die Dauer der Katastrophe – tausend Jahre? – aufzuhalten. Das ist weniger als Reformismus, das ist Reformverweigerung zulasten der Ausgegrenzten!

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

„Unser Volk möchte die Antwort der Welt hören“: Palästina stellt Antrag auf Anerkennung als Staat und als Mitglied des Völkerbundes *(„Spiegel-Online“)*

Sauberkeit nach Körpermaß: Brauchen Kurze weniger Warmwasser? *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Aktion zum Thema Sozialstrom

Hallo Sahra Wagenknecht! Fast überall in Deutschland kündigen sich Energiepreiserhöhungen an, zum Teil um die zehn Prozent herum. Es gibt ja nun die europäischen Richtlinie für Sozialstrom. Nicht jeder Kreisverband eurer Partei dürfte hierüber Bescheid wissen. In meinen Augen solltet ihr aus dem Bundestag und/oder aus dem Bundesvorstand heraus eine Strategie für alle Kreisverbände entwickeln, damit in jedem Stadtrat und jedem Kreistag gleichzeitig die Sozialenergie gefordert wird. Das werden eure Wählerinnen und Wähler bestimmt positiv aufnehmen – und alle finanziell benachteiligten Menschen erst recht. Die Rekommunalisierung kann man weiterhin ebenfalls fordern. Hierzu sollte „Die

Linke“ ganz schnell aktiv werden! Die entsprechenden Richtlinien der EU sind euch bekannt. Eine Antwort wäre nett! Mit freundlichen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Von wegen Knappheit: Auch nach Abschaltung von acht Atomkraftwerken sind die Stromexporte größer als die Importe *(„Focus“)*

Fukushima mahnt: Bevölkerung vor atomaren Gefahren schützen *(IPPNW)*

Jeder Hanswurst darf unsere Atemluft zu giftigen Abgasen verbrennen

Es sieht so aus, als stehe zumindest in Deutschland eine Energiewende kurz bevor. Vielen Atomgegnern und Mitbürgern scheint es, als würden demnächst alle deutschen AKWs abgeschaltet. Die großen Demos sind vorbei, der Atomausstieg bis 2022 scheint geregelt, und man kann wieder etwas beruhigter seinen Alltag genießen. Doch das Thema ist noch lange nicht zu Ende. Die Initiativen und Beiträge jedes einzelnen Mitbürgers sind wichtiger als je zuvor, um den Atomausstieg tatsächlich wie beschlossen zu verwirklichen.

Die Atomstromer werden weiterhin versuchen, längere Laufzeiten herauszuholen. Politiker werden sich wieder von Stromkonzernen und Atomstromern für ihre Zwecke benutzen lassen – wie schon oft geschehen. Es wird weiterhin versucht uns einzureden, wie sauber Atomkraft sei, obwohl eine sichere Lagerung beziehungsweise Beseitigung des Atommülls nicht möglich ist – oder dass die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet sei, ohne neue Kohlekraftwerke bauen zu müssen. Das bedeutet: Wer Atomkraftwerke weg haben will, muss auch aufpassen, dass er nicht plötzlich Kohlekraftwerke vor die Nase gebaut bekommt!

Atomausstieg ist ohne irgendwelche Probleme bis 2015 möglich, ohne neue Kohlekraftwerke, das zeigt auch eine Studie, die im Auftrag von „**Greenpeace**“ durchgeführt wurde. Sie heißt „Der Plan“. Diese Zusammenhänge werden in einer **Vortragsreihe** von „Greenpeace Bremen“ verdeutlicht, in Zusammenarbeit mit der Vereinigten Evangelischen Gemeinde Bremen, **Gemeindezentrum Zion**, Kornstraße 31. Termine sind der **27.** und **29. September** sowie der **6.** und **13. Oktober 2011**. Es wird nicht nur eine Energiewende in Deutschland gebraucht, sondern eine weltweite Klimawende!

Einer der Gründe: Heutzutage darf jeder *Hanswurst* unserer Erdatmosphäre tonnenweise *Atemluft* entnehmen, um sie zum Beispiel in seiner Heizung, seiner Yacht oder gar in seinem Auto zu giftigen Abgasen zu verbrennen. Zusammen mit jedem Liter Heizöl oder Kraftstoff darf dann jeder Mensch drei Kilogramm Kohlendioxid in seine ihn umgebende Atemluft blasen. Fast niemand – außer mir und ein paar anderen? – scheint sich darüber zu wundern, dass eine solche Schweinerei erlaubt ist und nichts kostet.

Stattdessen jammert fast jeder Autofahrer täglich, wie teuer ein Liter Benzin doch ist. Mit dieser Zahl kann sich jeder Mensch selbst ausrechnen, mit wie viel Tonnen pro Jahr er am Klimawandel durch Kohlendioxid-Produktion beteiligt ist. Wie viele Liter Treibstoff und Heizöl man selbst verbrennt, ist sicher bekannt; die muss man dann nur noch mit drei malnehmen. Wer bei diesem Ergebnis noch ruhig bleiben kann, ohne irgendwie aktiv zu werden, dem ist noch nicht klar genug, was er selbst anrichtet!

Helmut Minkus (parteilos)

Linksruck in Frankreich: Erstmals seit 1958 verlieren Konservative die Mehrheit im Senat *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

346. Bremer Montagsdemo am 26. 09. 2011

Schuld sind immer die Opfer der Gewalt

Mit diesem Rechtsverständnis – „den Anweisungen der Polizei ist Folge zu leisten, die 100 Verletzten sind selber schuld“ – sollte der baden-württembergische Innenminister Gall umgehend seinen Hut nehmen! Sein Amtseid ist dann ein Meineid gewesen. Außerdem gibt er Aufschluss über die antidemokratische und verfassungswidrige Grundhaltung der Landes-SPD. Das zeigte sich schon während unserer DGB-Demo am 12. Juni 2010, bei der die Demoleitung, allesamt SPD Mitglieder, die Polizei auf die Bühne gebeten hat, um unsere Kundgebung zu filmen, und ein auftretender Musiker mit Pfefferspray von der Bühne befördert wurde. Bei politischen Demonstrationen hat die Polizei den Verkehr zu regeln, sonst nichts! Sitzblockaden sind sowohl vom Demonstrationsrecht als auch von der Verfassung gedeckt.

Mit Gall sind die „Schwarzen Schafe“ aus der Polizei nicht zu entfernen und die Verantwortlichen für hundertfache Straftaten wie Körperverletzung nicht zu ermitteln. Herr Gall verdient eine vielstimmige Antwort für seine bornierte Dummheit! Baden-Württemberg ist mit solchen Menschen noch weit entfernt vom Weg zur Demokratie. Die „Stuttgart-21“-Gegner dagegen wollen Demokratie anscheinend ernstlich angehen! Eine herrliche Party mit viel Fantasie war die Demonstration zum einjährigen Gedenken des Schwarzen Donnerstags. Damals hatte ein friedlicher Protestierer durch den brutalen Wasserwerfereinsatz sein Augenlicht verloren.

Nach der Landtagswahl habe ich vorausschauend an den designierten Ministerpräsidenten Kretschmann geschrieben: „Als ‚Berufsdemonstrant‘ in der Friedens-, Anti-AKW- und Montagsdemobewegung war ich in der Vergangenheit auf den verschiedenen Demonstrationen immer wieder mit Polizeiübergriffen und versuchten Einschüchterungen konfrontiert. Ich hoffe deshalb, dass die Verantwortung für ein so wichtiges Grundrecht, die Versammlungsfreiheit – neben dem Streikrecht und dem Wahlrecht eine Säule der demokratischen Teilhabe – bei den Grünen jetzt besser aufgehoben ist. Aufgrund der dokumentierten Vorfälle auf unserer DGB-Demo vom letzten Jahr, bei denen alle verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre SPD-Mitglieder waren, bitte ich Sie darum, das Amt des Innenministers nicht der SPD anzuvertrauen.“

Ich kenne die Südwest-Radieschendemokraten (außen rot, innen weiß und meistens bloß scharf) aus eigener Erfahrung, von 1973 bis 1976 als Mitglied der Jusos. Nach Ausschlussverfahren gegen Linke in unserem Landkreis habe ich natürlich ciao zu den Amigos gesagt. Leider wird es für die Möchtegernmächtigen langweilig, wenn sich immer dieselben Verdächtigen bei ihnen melden.

Zuschrift von Michael Waldmann (Karlsbad)

Weil das Bremer Amtsgericht einen faschistischen Überfall in skandalöser Weise bagatellisiert, beginnt am **Mittwoch**, dem **28. September 20011**, um **17 Uhr** am **Weserstadion** eine **Demonstration** gegen die **Verharmlosung rechter Gewalt** und die **Entpolitisierung der Justiz**.

Bei uns piepert's wohl: Ministerin der ehemaligen völkermordenden Kolonialmacht Deutschland brüllt um Versöhnung *(„Tageszeitung")*

Sozial ist, wenn Schmuddelkinder weniger Warmwasser bekommen

1. In einer gemeinsamen Erklärung appellierten Bremer Arbeitnehmerorganisationen an die Landesregierung, dem Sparprogramm der Bundesregierung gegen, äh: *für* den Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Die „Arbeitnehmerkammer" kritisierte die Pläne von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, mit dem Neuaufstellen der unterschiedlichen Fördermaßnahmen in den nächsten Jahren bei Jobcentern und Arbeitsagenturen einen zweistelligen Milliardenbetrag einzusparen. Für Bremen als Hochburg der Arbeitslosigkeit würde dies bedeuten, dass schon im kommenden Jahr fast 33 Millionen Euro fehlen werden, um Arbeitslose zu fördern oder zu qualifizieren. Es ist unerhört, dass dieses bescheidene neue Gesetz ausgerechnet die menschenverachtenden **Ein-Euro-Jobs** bevorzugt, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichten und jahrzehntelang erkämpfte Arbeitnehmerrechte in die Tonne treten, weswegen Ein-Euro-Jobber keine Lohnfortzahlung erhalten und keinen Urlaubsanspruch haben!

Mit den Billigjobs schlagen sich bloß die Trägergesellschaften die Taschen voll – und die Erwerbslosen, die darin ohne Arbeitsvertrag arbeiten, müssen sich mit einem Trinkgeld anstelle eines echten Lohns abspeisen lassen. Der Hauptgeschäftsführer der „Arbeitnehmerkammer Bremen" betont, dass viele Langzeit-

arbeitslose Weiterbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen brauchen, um sich nicht endgültig vom ersten Arbeitsmarkt verabschieden zu müssen. Er fordert deshalb, dass einer weiteren „Spaltung des Arbeitsmarkts“ entgegengewirkt werden müsse. Wenn die SPD das Landesparlament dazu auffordert, die geplante Reform abzulehnen, so ist das kaum mehr als Augenwischerei zu bezeichnen, da das bescheidene Reformgesetz im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig ist.

Der „Weser Kurier“ schrieb am 23. September 2011: „Ein-Euro-Jobber bangen um ihre Arbeitsplätze“. Die Autorin leitete zwar kritisch ein, dass Ein-Euro-Jobs für die einen Hoffnung auf einen festen Arbeitsplatz bedeuten, für die anderen aber Arbeitsplätze zerstören, doch nahm die untypische persönliche Geschichte eines 55-Jährigen, der durch einen Ein-Euro-Job eine solche feste Stelle bekommen hatte, meiner Meinung nach mit übergroßem Foto zu viel Platz ein. Natürlich ist der neue, zum echten Arbeitnehmer Avancierte nun froh, nicht mehr von Hartz IV abhängig zu sein, denn wer erträgt schon gern „freiwillig“ Drangsalierungen und Demütigungen durch die Verfolgungsbetreuung der sogenannten Flop-, Mob- oder No-Job-Center? Hier wird die Ausnahme, dass tatsächlich mal ein Ein-Euro-Jobber eine Festanstellung erhielt, zu sehr herausgestellt. Dies ist sonst fast nie der Fall. Ein-Euro-Jobs schaden den Erwerbslosen eher als dass sie ihnen nutzen.

Ein Gutachten des anerkannten „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ in Nürnberg führte aus, dass Ein-Euro-Jobs den Arbeitslosen schaden, weil durch sie die Wahrscheinlichkeit, eine reguläre Arbeit aufzunehmen, deutlich sinke. Die Chancen auf eine Beschäftigung stünden anschließend nicht besser als vorher. Stattdessen erhöhe sich die Hilfebedürftigkeit der Ein-Euro-Jobber. Diese herzallerliebsten Maßnahmen wirken zum Großteil sogar hemmend, weil laut Gutachten der „Lock-in-Effekt“ dazu führte, dass viele Ein-Euro-Jobber deutlich seltener und später zurück in eine sozialversicherungspflichtige Arbeit gelangten als Langzeitarbeitslose, die nicht an einer solchen Maßnahme teilnahmen. Diese Ergebnisse zeigen überdeutlich, was mit ein bisschen gesundem Menschenverstand ohnehin immer schon klar war, dass nämlich diese Arbeitsgelegenheiten nicht bei der Integration helfen, sondern der Aufnahme eines regulären Jobs eher entgegenstehen. Daher ist Frau von der Leyens Vorhaben kontraproduktiv und bekämpft die Erwerbslosen und nicht die Erwerbslosigkeit, genau wie die menschenverachtenden Hartz-Gesetze insgesamt!

2. Etwa 20 Prozent aller Hartz-IV-Haushalte müssen sich getrennt von der Heizung elektrisch mit **Warmwasser** versorgen und dafür Boiler, Durchlauferhitzer oder eine Gastherme benutzen. Wie sie ihr warmes Wasser aufbereiten, können sich die Hartz-IV-Bezieher ja nicht aussuchen: Sie müssen mit den Bedingungen ihrer zumeist auf bescheidenem sanitärem Niveau ausgestatteten Billigstwohnungen, die oft älteren Datums sind, Vorlieb nehmen und bekommen dafür seit Jahresbeginn einen Extra-Warmwasserzuschuss. Erstaunlicherweise wird dabei für Kinder ein geringerer Bedarf „berechnet“ als für Erwachsene. Demnach erhalten

Alleinstehende acht Euro im Monat für die warme Dusche, 14- bis 17-jährige Jugendliche jedoch nur vier Euro und sechs- bis 13-jährige Kinder drei Euro. Diese krude Minderung der ohnehin schon sehr bescheidenen acht Euro entspricht einem bestimmten Prozentsatz des Regelsatzes für Kinder und Jugendliche, aber – so wie der gesamte Regelsatz – keineswegs dem tatsächlichen Bedarf des in Wirklichkeit Benötigten. Das komplette „Berechnungs-System“ ist völlig absurd!

Als Mutter weiß ich, dass Kinder selbstverständlich *noch mehr* Wasser als Erwachsene benötigen. Wenn ich jetzt als Hartz-IV- Betroffene mit kleinen Kindern zu Hause säße, dann würde ich das durchklagen! Der tatsächliche Warmwasserbedarf richtet sich doch nicht nach dem Körpermaß, sondern nach dem Reinigungsbedarf eines schmutzigen Menschen. Wer braucht hier wohl mehr warmes Wasser: ein Baby mit Windeln oder jemand, der die Toilette benutzt? Wer hat eher ein Bad nötig: ein Kind, das zwar glücklich, aber über und über mit schwarzer Erde und braunem Sand eingeschmiert vom Spielplatz kommt, oder ein Erwachsener, der den ganzen Tag am Schreibtisch im Büro arbeitete? Braucht nicht auch ein 17-Jähriger, der einen Kopf größer als sein Vater ist, mehr warmes Wasser als dieser und damit einen höheren Zuschlag? Hier ist es wie bei jeder der „Berechnungen“ des Regelsatzes aus dem Bundesarbeitsministerium: Das Bemessungsverfahren für den Energie- und Warmwasseranteil des Kinderregelsatzes entbehrt jeglicher empirischen Grundlage!

3. In Hamburg soll ein 20 Meter langer und 2,80 Meter hoher massiver Stahlzaun Wohnungslose von der Touristenattraktion Landungsbrücken fernhalten. Es stößt nicht nur bei Diakonie, Obdachlosenverbänden und der Opposition auf heftigen Widerstand, wenn hier Obdachlose und Punker von ihrem Schlafplatz vertrieben werden. Die aktuellen Pläne des Bezirks Mitte sind nicht nur gegen die Armen in dieser Stadt gerichtet, sondern widersprechen auch den gemeinsamen Anstrengungen von Stadt und Wohlfahrtspflege, „Wege aus der **Obdachlosigkeit**“ zu entwickeln. Dieser Zaun setzt der Vertreibungspolitik von Bezirksamtsleiter Markus Schreiber eine stählerne Krone auf! Es ist mehr als zynisch, wenn kurz vor dem Winter eine viel genutzte „Platte“ gesperrt wird, obwohl es zu wenige Unterkünfte in Hamburg gibt.

Gelegentlicher Gewalt und Aggressivität lässt sich besser mit Beratung, Angeboten und verstärkter Polizeipräsenz begegnen als durch eine Absperrung! Meiner Meinung nach will der Bezirksamtsleiter die Obdachlosen einfach nur weghaben, weil dort, wo Geld gemacht wird und sich Investoren um die letzten freien Plätze kloppen, die Touristen mit dem prall gefüllten Portemonnaie nicht in ihrem Heile-Welt-Gefühl beeinträchtigt werden, frei nach dem Motto: „Eure Armut kotzt mich an!“ Dabei haben es die besser Betuchten gefälligst zu akzeptieren, dass es diese Schattenseite des Lebens gibt. Ist nicht außerdem der Anblick Obdachloser „wichtig“, damit sich auch mal Erwerbslose und prekär Beschäftigte nach unten hin abgrenzen können? Durch die zunehmende Gettoisierung jedoch werden Erwerbslose, Kranke und Migranten gnadenlos in die Außenbezirke abgedrängt.

4. Diese ganze Papst-Idealisierung geht mir so was von auf den Keks! In A hat er gelächelt, in B ein Baby geküsst, in C der Menge zugewunken, in D jemandem den Kopf gestreichelt, meine Güte, und in China fällt ein Sack Reis um! Wenn dieser ganze Steuergelder verschwendende Spuk vorbei ist, sind alle weniger publikumsträchtigen Probleme noch immer genauso ungelöst vorhanden, aber für die ist jetzt kaum bis gar kein Geld mehr übrig! So ein Pech aber auch, das wusste niemand vorher. Der Besuch von Papst Benedikt XVI. vom 22. bis 25. September 2011 kostete allein die katholische **Kirche** 25 bis 30 Millionen Euro. Wenn die Deutsche Bischofskonferenz schnell darauf verweist, dass deswegen jedoch keine Hilfsgelder für kirchliche Sozialarbeit und Hilfsprojekte in Afrika gekürzt wurden – das wäre ja auch noch schöner! –, dann zeigt sich, dass offensichtlich Geld da ist. Der Umgang der katholischen Kirche mit dem Geld erinnert ganz fatal an jenen der Politiker, die für soziale Belange der Erwerbslosen, Rentner, Pflegebedürftigen, Kranken und Kinder praktisch schon alles Geld ausgegeben haben, doch für „notleidende" Bankster mal eben in Nullkommanichts die Milliarden aus dem Ärmel schütteln.

Die katholische Kirche kann es sich auch nicht leisten, all den vielen von kirchlichen Mitarbeitern missbrauchten Kindern eine anständige Summe zu zahlen, damit diese sich eine Langzeittherapie zur Bewältigung ihrer Traumata leisten können – aber für den Besuch des Papstes in Deutschland ist natürlich Geld in Hülle und Fülle vorhanden! Papstkritiker Werner Tzscheetzsch zieht nach dieser Deutschlandreise des Papstes eine ernüchternde Bilanz: „Wenn er dieses Land verlassen hat, ist alles wieder wie früher. Nichts, rein gar nichts hat er auf den Weg gebracht." Es gab eine schallende Ohrfeige für alle, die auf mehr Ökumene gehofft hatten, und es sei Illusion zu glauben, dass sich unter diesem Kirchenoberhaupt etwas ändern werde. Nicht bloß Tzscheetzsch fragt sich, warum sich ein Teil der Jugend diesem Mann – wie beim Abendgebet in Freiburg – unterwirft, obwohl er doch so konservativ und rückwärtsgewandt ist und es in der katholischen Kirche in traditionellen Fragen wie Zölibat, Frauenpriestertum, Demokratisierung kirchlicher Ämter, Lockerung des Eheverständnisses oder überholte Sexualmoral keine Fortschritte geben wird. Schön, dass ich bald wieder ganz normal das Radio oder den Fernseher anstellen kann, ohne auf allen Sendern und Kanälen gegen meinen Willen darüber informiert zu werden, was der Papst gerade macht.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Reformverweigerung: Warum parallele Sicherungssysteme, wenn nicht zur Spaltung? *(Gerolf D. Brettschneider)*

Dank „Aufschwung XXL": Zahl der Arbeitslosen „sinkt" von 2,8 Millionen im Jahr 1991 auf jetzt 3,9 Millionen Unterbeschäftigte *(„Versicherungsbote")*

CDU sichert Kanzlermehrheit: „Ich kann deine Fresse nicht mehr sehen, ich kann deine Scheiße nicht mehr hören“ *(„Spiegel-Online“)*

Wieso erhöhen wir sie nicht auf zwei Billionen Euro: Wenn uns Kreditgarantien für die Finanzmafia angeblich nicht einen Cent kosten? *(„Bild“-Zeitung)*

Volkschor trotzt Lautsprecherverbot: Seit zwei Wochen demonstrieren New Yorker nahe Wall Street gegen Arbeitslosigkeit und Finanzkrise *(„Junge Welt“)*

Die Zeit ist reif für eine international verbundene Umweltbewegung

International entwickelt sich der Widerstand gegen Atomkraftwerke – auch wenn man davon in den Massenmedien kaum etwas erfährt. In Indien beteiligten sich am 13. und 14. September 2011 mehr als 10.000 Menschen an Protesten gegen das Kernkraftwerk Koodankulam und forderten, dass es erst gar nicht ans Netz geht. Ein indisch-russisches Unternehmen baut dort an zwei 1.000 Megawatt-Reaktoren, die Ende des Jahres fertig werden. Dort soll einer der größten Atomenergiekomplexe der Welt entstehen. Aktiv im Widerstand sind besonders Fischer aus der Region und viele Schülerinnen und Schüler; Schulen blieben geschlossen.

In Frankreich hält die Diskussion nach der schweren Explosion in der Atomanlage Marcoule über die Gefahren der Nutzung der Atomenergie an. Auch hier wachsen Unmut und Empörung über die Informationspolitik und die immer offenkundigere Menschenverachtung der Betreiber und ihrer willfährigen politischen Vertretungen. So war die Explosion, bei der ein Arbeiter getötet und vier zum Teil sehr schwer verletzt wurden, für den Innenminister Claude Guéant nur ein „banaler Industrieunfall.

In Fessenheim haben am 18. September etwa 1.000 Atomkraftgegner aus Frankreich und Deutschland auf der Rheinbrücke gemeinsam für die sofortige Abschaltung des AKWs demonstriert. Am vergangenen Wochenende fand in Gronau ein Treffen zwischen deutschen und russischen Atomkraftgegnern statt. Im Mittelpunkt stand die Beratung, wie die Urantransporte von Russland nach Deutschland und die Atommülltransporte in Gegenrichtung verhindert werden können.

In Tokio haben am 18. September rund 60.000 Menschen gegen die Atompolitik der Regierung demonstriert – so viele wie noch niemals zuvor. Dabei gerät vor allem die Verschmelzung der Regierung mit den Energiekonzernen in die Kri-

tik. „Wir müssen alle Atomkraftwerke stoppen, um unser Überleben zu sichern. Diese Forderung ist ein Ärgernis für jene, die ihre Profite sichern wollen. Aber wir sind anders“, erklärte einer der Redner. Der neue Regierungschef Noda hatte angekündigt, die Atomkraftwerke in Japan wieder hochfahren zu lassen und wollte dafür vor einer UN-Konferenz mit Zusicherungen zu deren „Sicherheit nach Stresstests“ werben, „doch Sicherheit und Glaubwürdigkeit sind bereits zunichte“, sagte ein Mitorganisator der Demonstration, der Buchautor Satoshi Kamata.

Jetzt wurde auch bekannt, dass es in Japan schon viel länger Widerstand gegen die Atompolitik gibt, als öffentlich wurde: In der Provinz Fukui hat es das Hafenstädtchen Obama seit 1968 geschafft, den Bau eines AKW zu verhindern. Über den Widerstand in diesem „gallischen Dorf“ gab es eine strikte Pressezensur. Die Gewerkschaft der AKW-Arbeiter wurde systematisch schikaniert, und die Polizei suchte ihre Familien abends auf, um sie einzuschüchtern.

Die Zeit ist reif, diese internationalen Proteste zu einem gemeinsamen Widerstand der Umweltbewegung zusammenzubringen! Ein **Internationaler Umweltratschlag** am **8. und 9. Oktober 2011** in **Gelsenkirchen** ist eine hervorragende Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch, zum Wissenserwerb und zur Strategiedebatte, wie die Rettung der Umwelt vor der Profitwirtschaft gelingen kann und wie die internationale Verbundenheit organisiert wird. Das ist auch eine gute Gelegenheit, sich bei einem japanischen Gast aus erster Hand über die Situation nach dem Super-GAU und dem Vorgehen der Anti-AKW-Bewegung in Japan zu informieren. Wir wollen gemeinsam hinfahren! Interessierte können sich per E-Mail bei mir melden: braun-2006(at)web.de.

Harald Braun

Steil wie im Hochgebirge: Milliardenteure Neubaustrecke Stuttgart-Ulm ist für Güterzüge nicht befahrbar *(„Stern“)*

Statt Viagra: Deutsche Besserverdiener bollern lieber mit dem Geländewagen über die Autobahn *(„Die Zeit“)*

Schwarz-Rot-Grün plant Köterzonen: Es ist kaum möglich, ein Runde um den Unisee zu joggen, ohne im Grünstreifen am Hochschulring von freilaufenden Hunden angefallen zu werden – aber Herrchen und Frauchen sind schließlich Steuerzahler *(„Weser-Kurier“)*

Wunderschöner Altweibersommer: Hätten wir ohne Chemtrail-Wolken im Juli höllische 45 Grad im Schatten? *(„Spiegel-Online“)*

Stromnetz könnte transportierte Energie selbst produzieren: Kleine Windräder auf den 30.000 Strommasten allein in Baden-Württemberg würden so viel Energie erzeugen wie zwei Atomkraftwerke *(„Spiegel-Online“)*

Das Bewusstsein schärfen, nicht jedem Atomstromer glauben!

In Deutschland werden wohl tatsächlich sieben Kernkraftwerke abgeschaltet bleiben, und auch der Atomausstieg bis 2022 ist geplant. Aber so weit ist es noch lange nicht. Zudem fiel diese Entscheidung nicht so schnell, wie es momentan den Eindruck macht. Ich frage mich: Was muss auf der Welt noch alles getan werden, bis die restlichen 430 AKWs endlich auch verschwinden? Wie viele Demonstrationen hat es schon gegeben? Wie viele Organisationen arbeiten schon viele Jahre an der Aufklärung von Lügen und Korruption zu diesem Thema?

Wie viele Menschenleben hat die Kernenergie gekostet und wird sie vielleicht noch kosten? Wie viele Freiwillige haben sich selbst für den Protest dagegen aufgeopfert, in Idealismus oder Frustration – gemäßigt, aber hartnäckig wie die Montagsdemos, hier in Bremen schon zum 346. Mal, oder die Umweltschutzorganisation „Greenpeace“? Sie arbeitet seit ihrer Gründung am 14. Oktober 1971 weltweit daran, Atomwaffen und Atomkraftwerke abzuschaffen.

Es gab einen David McTaggart, der damals als Privatmann mit einem kleinen Segelboot in den Pazifik fuhr, die französischen Atombombentests behinderte und sie so ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit brachte. Die Amerikaner verursachten ähnliche Katastrophen in der Wüste von Nevada und auf dem Bikini-Atoll. Es gab einen Harald Zindler, Mitbegründer von „Greenpeace Deutschland“, der mit einigen Kollegen ins Sperrgebiet wanderte und so die Atombombentests blockierte.

Es gab eine Petra Kelly, unter anderem Gründungsmitglied der Grünen-Parteien in Deutschland, die gegen jede Art von Menschenrechtsverletzungen und rassistischer Gewalt gekämpft hat, zusammen mit dem ehemaligen General Gert Bastian, der sich vor der Bewaffnung deutscher Panzer mit Atomwaffen 1980 aus Protest von seiner Bundeswehr-Laufbahn verabschiedete. Sie haben sich angeblich beide selbst umgebracht, ziemlich genau vor 19 Jahren, Anfang Oktober 1992.

Das genaue Datum ist nicht bekannt, weil sie erst etwa zwei Wochen später gefunden wurden. Sie konnten die Art und Weise, mit der Menschen und Umwelt von wenigen Gewissenlosen misshandelt werden, vielleicht nicht mehr ertragen. Vielleicht waren sie auch wegen ihrer Kenntnisse und Aktivitäten einigen Leuten zu unbequem: der Atommafia, Geheimdiensten, Waffenhändlern?

Das Bewusstsein eines großen Teils der deutschen Bevölkerung zu diesem Thema scheint sich nach all diesen Ereignissen doch etwas dahingehend verän-

dert zu haben, dass die Menschen zumindest auf Atomdreck sensibel reagieren. Doch wer Atomkraftwerke weghaben will, muss aufpassen, dass er nicht plötzlich ein Kohlekraftwerk vor die Nase gebaut bekommt. Es wird nicht nur eine Energiewende in Deutschland gebraucht, sondern eine weltweite Änderung des Bewusstseins zu Atomenergie und Klimawende.

Wem das noch nicht aufgefallen ist und wer immer noch nicht von selbst beginnt, entsprechende persönliche Konsequenzen zu ziehen, mit dessen Bewusstsein ist es noch nicht weit genug, bis sich Wesentliches ändern wird. Das liegt in unser aller Verantwortung, und es ist die menschliche Pflicht jedes Einzelnen, das eigene Bewusstsein zu prüfen. Das bedeutet zum Beispiel, sich selbst manchmal einige kritische Fragen zu stellen.

So frage ich mich: Muss ich jedem Atomstromer glauben, der mir erzählt, dass in Deutschland die Lichter ausgehen, wenn alle Atomkraftwerke sofort abgeschaltet werden? Nein, denn ich mache mein Licht selber aus! Muss ich es akzeptieren, dass für die abgeschalteten AKWs viele neue Kohlekraftwerke gebaut werden sollen? Nein, denn sie werden nicht gebraucht! Kann mich jemand dazu zwingen, zwischen einem Teufel und einem Satan wählen zu müssen? Nein, ich will beide nicht! Also: Atomdreck weg und Kohlendioxid stoppen, sofort, weltweit!

Helmut Minkus (parteilos)

Thyssen-Krupp drosselt die Stahlproduktion: Da faseln wir lieber schnell noch vom „Job-Paradies“ *(„Bild“-Zeitung)*

„Seien Sie doch froh, dass Sie untergekommen sind“: Bundesfreiwilligendienst entpuppt sich als Ein-Euro-am-Tag-Job *(„In Südthüringen“)*

Sollbruchstelle Stadtautobahn: SPD setzt megateure Infrastrukturprojekte lieber mit der CDU durch *(„Spiegel-Online“)*

„Occupy Steintor“: Bremer Schüler blockieren Kreuzungen aus Protest gegen Bildungskürzung *(„Radio Bremen“)*

Es lebe die Revolution: Besetzt Hamburg, Frankfurt und Köln! *(„Occupy Together“)*

Großbank spendet an die Polizei: In den USA steht das Klassenbewusstsein auf der Tagesordnung *(„Marx 21“)*

Staatstrojaner geknackt: Mittels Nachladefunktion können belastende Dateien auf Ihren Computer geschoben werden *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

MONTAGSDEMO
BREMEN
JEDEN MONTAG
17 30 UHR
MARKTPLATZ
BREMEN
WEG
MIT
HARTZ IV
WEG
MIT
HARTZ IV
kb

WEG
MIT
HARTZ IV

Delegierte der türkischen Lehrergewerkschaft auf Deutschlandreise sprechen auf der Bremer Montagsdemo über ihre politischen Kämpfe und werben für Unterstützung – der türkische Staat ist nicht gewerkschaftsfreundlich. Die Erklärung der französischen Gewerkschafter nehmen sie interessiert zur Kenntnis. Nächste Station ihrer Reise ist Frankfurt.

Am **3. Oktober 2011** findet wegen des Feiertags zur Deutschen Einheit **keine Montagsdemo** in Bremen statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

347. Bremer Montagsdemo am 10. 10. 2011

Deutschland, einig Armenhaus

Kürzlich veröffentlichte Sebastian Lucke, Landessprecher der „Linksjugend Baden-Württemberg“, bei „Scharf links“ einen Kommentar zum „Tag der Deutschen Einheit“, worin er zutreffend feststellt, dass die Lebensverhältnisse für viele Menschen besonders im Osten alles andere als rosig sind. Er führt dabei auch die Ungleichheit im Rentenniveau und die bundesweite Präkarisierung der Beschäftigungsverhältnisse an.

Dass der „Anschluss“ der DDR 1990 an den „Klassenfeind“ dies erst möglich machte und in der Folgezeit zu gravierend nachteiligen Folgen für den Frieden führte, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstörte und die Willkürherrschaft westdeutscher Konzerne erst ermöglichte, erwähnte er leider nicht! Er sprach auch nicht an, dass der Zwei-plus-Vier-Vertrag, der eine neue Friedensordnung in Europa und eine gesamtdeutsche Verfassung vorsah, damit krass missachtet wurde. Wie sieht denn dieses Deutschland heute aus? Statt der versprochenen „blühenden Landschaften“ im Osten gibt es nur die typisch kapitalistische Einöde wie im Westen, und es entstand republikweit ein riesiges Zwangsarmenhaus!

Zur Reflexion über den „Tag der Deutschen Einheit“ gehören zweifellos auch Fragen nach Deutschlands vertragswidrigem Großmachtgehabe in der EU, der Nato und der „Dritten Welt“. Daher sei hier noch angefügt, dass seitdem eine beispiellose Militarisierung aller Lebensbereiche um sich greift und ein in der Geschichte der Bundesrepublik nie dagewesener Sozial- und Demokratiekahlschlag stattfindet. So konnte sich dieses Deutschland – diesmal im europäischen Kontext – in zwei Jahrzehnten zu einer dominanten und hochnäsigen Kriegsmacht entwickeln, die nach außen wie nach innen mit äußerster Aggressivität ihre globalkapitalistischen Interessen durchsetzt. Und es droht noch mehr Krieg, denn Rüstungskonzerne wie Lürssen produzieren, was das Zeug hält, für die Bundeswehr(macht) und den Export.

Um entsprechende Regierungsbeschlüsse notfalls mit Brachialgewalt durchzupauken, könnte die „eiserne Merkel“ ihren Fäkalpöbler Pofalla von der Leine lassen, dann klappt das schon. Ideologisch unterstützt wurde dies alles noch von

den „öffentlich-rechtlichen“ Mainstream-Medien, die sich mit schier unerträglicher Deutschtümelei und Militärbeschönigung fast überschlagen hatten! Eine solche Stimmungsmache ist bekanntlich Wasser auf die Mühlen der Faschisten, die in diesem Staat längst heimlich mitregieren. Eigentlich müssten sich andere Länder von diesem neuen (Groß-)Deutschland voller Grausen abwenden, wenn sich nicht längst auch deren Rüstungs- und Großbanklobbyisten mit dem Berliner Schurkenstaat verbündet hätten.

Das Kapital kennt eben keine Schamgrenzen, daher ist für mich der „Tag der deutschen Einheit“ kein Grund zum Feiern. Mir wäre lieber, es gäbe die DDR noch, und zwar als wahrhaft sozialistisch-demokratisches Staatswesen. Dann wäre uns allen das oben Geschilderte erspart geblieben! Der französische Schriftsteller und Nobelpreisträger François Mauriac hat einmal gesagt: „Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich zufrieden bin, weil es zwei davon gibt“. Das war eine tolle Liebeserklärung!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Flugblätter an Erwerbslose verteilen: ein Grund, die Polizei zu rufen?

1. In Berlin liegen 46 Prozent der Warmmieten von Erwerbslosen über den geltenden Richtwerten der „Ausführungsvorschriften Wohnen“ des Landes Berlin. Wenn dort also beinahe jeder zweite Haushalt, in dem die Menschen von ALG-II-Leistungen vegetieren, einen Teil der **Wohnkosten** aus dem Regelsatz bezahlen muss, obwohl die Jobcenter den bedürftigen Arbeitsuchenden und ihren Angehörigen die Wohnkosten erstatten müssen, sofern sie „angemessen“ sind, dann zeigt sich wieder einmal, wie weit die „Berechnungen“ für die Kosten der Unterkunft an der Realität vorbeigeschliddert sind!

Bei einem Single-Haushalt wird eine Warmmiete von aktuell bis zu 378 Euro als angemessen angesehen. Für Zwei- und Drei-Personen-Haushalte liegen die Richtwerte bei 444 und 542 Euro. 619 Euro gelten als Grenze für eine vierköpfige Familie. Warmmieten, die über den in den Vorschriften festgelegten Grenzwerten liegen, werden nur in Härtefällen übernommen. Auch wenn jede vierte Bedarfsgemeinschaft schon einmal zur Kostensenkung aufgefordert wurde, sahen sich nur elf Prozent dazu in der Lage, die Wohnkosten durch Untervermietung, Verhandlungen mit dem Vermieter oder Drosselung der Heizkosten zu senken. In rund 15

Prozent der Fälle erfolgte ein „freiwilliger“ Umzug. Mehr als 40 Prozent gaben an, dass sie die Kosten nicht senken konnten, und bei 16 Prozent war das Verfahren noch im Gange.

Wenn die Jobcenter die tatsächliche Miete nicht vollständig übernehmen, müssen die Betroffenen die Differenz aus dem ohnehin schon viel zu geringen Regelsatz selbst bestreiten, oder es häufen sich Mietschulden an. Dagegen müssen sich mehr Menschen zur Wehr setzen! Diese Untätigkeit seitens der Politiker ist nicht verwunderlich, weil wie immer bei den Ärmsten der Armen Geld gespart werden soll, statt dafür zu sorgen, dass genügend in die Kassen der Kommunen fließt. Es liegt nun am neuen Senat, das Chaos zu beenden, um endlich Rechtssicherheit für die Betroffenen zu schaffen. Es ist zwingend erforderlich, die Richtwerte für angemessene Wohnkosten so an die Realität anzupassen, dass die Menschen, die angebliche Grundsicherungsleistungen erhalten, nicht hungern müssen, um ihre Miete bezahlen zu können!

2. Obwohl im Koalitionsvertrag zwischen Grünen und Spezialdemokraten eindeutig festgelegt wird, dass Familienplanung nicht an der finanziellen Situation der Familien scheitern dürfe, setzt Bremen die Ankündigung, zumindest bei Menschen „mit besonderen sozialen Schwierigkeiten“ wie Substituierten und Wohnungslosen die Kosten für Kontrazeptiva übernehmen zu wollen, nicht um: Nicht einmal dieser Personengruppe – nach Angaben der Sozialbehörde 3.000 bis 5.000 Frauen – wird derzeit geholfen. Der Sprecher der Sozialsenatorin, Bernd Schneider, kann auch nicht erklären, warum das so ist. Die Nordbremer Gynäkologin Barbara Dennis erlebt es in ihrer Praxis häufiger, dass Frauen die Pille absetzen oder für drei Monate unterbrechen, weil ihnen schlicht das Geld dafür fehlt. Damit meint sie nicht nur die im Koalitionsvertrag Genannten, sondern alle, die finanziell arm sind, also auch Bezieher von ALG II oder Geringverdiener.

Auch die Geschäftsführerin des Bremer Landesverbands von „Pro Familia“ sieht, wie sich die Leute bemühen, aber das knapp bemessene Geld reiche eben hinten und vorne nicht. Günstige Preise kommen nur beim Kauf einer Drei- oder Sechsmonatspackung der „Pille“ zustande, doch wie sollten bei kleinem Geldbeutel mal eben mindestens hundert Euro dafür übrig sein, wenn nur 364 Euro monatlich für den Lebensunterhalt zur Verfügung stehen? „Pro Familia“ setzt sich seit Jahren für die Kostenübernahme ein. Die sozialpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion in der bremischen Bürgerschaft, Susanne Wendland, findet die Kostenübernahme für Geringverdiener und Arbeitslose zwar wünschenswert, sie könne aber „die Finanzierung nicht sehen“.

Bernd Schneider erdreistet sich sogar zu der Aussage, die Kosten für Verhütungsmittel seien bereits in den 15 Euro für Gesundheitspflege im Regelsatz enthalten, den Arbeitslose vom Jobcenter bekommen. Spricht da jemand mit der Arroganz der Satten? Ob Herr Schneider mit 15 Euro für den monatlichen Gesundheitsbedarf an Zahnpasta, Schampoo, Seife, Deo, Haarspray, Pflegecreme, Rasierwasser, Zuzahlung zu Medikamenten und der Strafgebühr, um im Quartal

von Ärzten behandelt zu werden, auskommt? Wohl kaum! Von dem, was dafür schon nicht ausreichen kann, sollen auch noch **Verhütungsmittel** bezahlt werden? Ist denn eine Abtreibung oder die therapeutische Behandlung der psychischen Schäden, die ein ungewolltes und ungeliebtes Kind erleiden muss, nicht ganz erheblich teurer? Ja – aber nicht jetzt sofort und auf einmal! Außerdem ist vor der Wahl ja nicht nach der Wahl. Was nützt ein UN-Recht auf selbstbestimmte Sexualität und Reproduktion, wenn es so einfach ignoriert werden kann?

3. Der Zaun, der **Obdachlose** und Punks vom Übernachten unter einer Brücke in Sankt Pauli abhalten sollte, steht nicht mehr. Die zehntägigen Protestaktionen gegen den Zaun, den der Leiter des Bezirks Hamburg-Mitte, Markus Schreiber (SPD), für 18.000 Euro aufstellen ließ, haben sich also gelohnt! Der Abbau war für die Gegner Bedingung dafür, sich überhaupt mit an den runden Tisch zu setzen, um eine einvernehmlichen Lösung zu finden. Es müsse nach Möglichkeiten gesucht werden, wie den Menschen geholfen werden könne, die unter der Brücke schlafen wollten. Der Bezirksamtsleiter Schreiber ließ keinen Zweifel daran, dass er dort keine Obdachlosen dulden wird. Das Bündnis „Der Zaun muss weg“ wird sich einen neuen Namen suchen und auf jeden Fall weitermachen, um die mögliche Law-and-Order-Politik des Herrn Schreiber an anderer Stelle zu verhindern. Zaun weg, Zank bleibt!

4. Am 15. September 2011 begleiteten sich zwei Erwerbslose zu einem der sieben Flop-, Mobb- oder Job-Center in Köln gegenseitig als Beistand zu einem Termin. Während der üblichen Wartezeit wagten es beide, Druckexemplare des sogenannten Überlebenshandbuchs der „Kölner Erwerbslosen in Aktion“ mit wichtigen Tipps an andere Wartende weiterzugeben. Daraufhin erhielten sie **Hausverbot**. Als sie sich beim Standortleiter darüber beschwerten, wies dieser sie zum Warten an und rief die Polizei. Über deren „Service“ gelangte er zu den Adressen der Betroffenen. Eine Anzeige wurde nicht erstattet. Weshalb denn auch?

Als zwei Erwerbslose Anfang Oktober Security-Mitarbeiter des Jobcenters und interessierte Öffentlichkeit zum Gespräch über den Vorfall vom 15. September einladen wollten und dann etwa 30 Personen im Wartebereich damit begannen, rhythmisch in die Hände zu klatschen und abwechselnd die Strophen eines selbst gedichteten Protestliedes zu singen, konnte auch der Standortleiter das Anliegen der Betroffenen nicht mehr ignorieren. Das Verteilen von Flugblättern und „Überlebenshandbüchern“ und einen improvisierten Kaffee-Ausschank musste er dulden, das Gespräch aber verweigerte er beharrlich. „Sie kennen ja das übliche Prozedere“, war alles, was er dazu zu sagen hatte und verursachte fragende Blicke. Die herbei gerufene Streifenwagenbesatzung schien auch nicht zu wissen, was sie da sollte. Muss, wo kein Handlungsdruck ist, pflichtbewusst einer hergestellt werden?

Auf der Suche nach einem Verantwortlichen der vermeintlichen „Aktion“, wiesen die Security-Mitarbeiter willkürlich, aber eher wahllos auf eine Person, für die

sich die Polizei näher interessieren sollte. Nicht das System, nicht Hartz IV, nicht das Jobcenter Köln-Kalk soll verantwortlich sein, sondern der einzelne „Störenfried“? Da solidarisches Verhalten zu provozieren scheint, sammelten sich acht Polizeifahrzeuge. Weil es überhaupt keinen Anlass für ein polizeiliches Eingreifen gab, wurden keine Personalien erfasst. Die „Störung des betrieblichen Ablaufs“ kann faktisch nur darin bestehen, dass sich Erwerbslose gegenseitig über ihre Rechte informieren und fortan nicht mehr so einfach über den Tisch ziehen lassen werden. Wie kann es angehen, dass ein Jobcenter die Polizei ruft, wenn Wartende miteinander kommunizieren oder Literatur austauschen, während es bei einer entsprechend solidarischen Masse zwangsläufig geduldet wird?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Schwarzes Loch“ im Jobcenter: „Verschwundene“ Unterlagen finden sich immer in einer zweiten Mappe, die im Schrank nach hinten sortiert wird *(„Bild“)*

Hier werden Sie ausgespäht: Suchen Sie auf Ihrer Festplatte doch mal nach *C:\windows\system32\mfc42ul.dll* und *winsys32.sys („Computer Chaos Club“)*

Staatstrojaner taugt zur Beweisfälschung: Wer verklagt die Firma Digitask für ihren programmierten Rechtsbruch? *(„Frankfurter Allgemeine“)*

Eltern, kämpft für 180 Euro mehr Kindergeld!

1. Allen Kindern in Deutschland wird durch diese Regierung und durch alle Politiker(innen), die es stillschweigend in Kauf nehmen, ein um 180 Euro zu niedriges **Kindergeld** im Monat ausgezahlt! Dass die SPD hier jetzt Verbesserungen will, klingt ja schon mal ganz positiv. Gemäß unserem Grundgesetz gehören aber *alle* Kinder zu einer Gruppe. Somit sind auch alle gleich zu behandeln. Der steuerliche Freibetrag für die Punkte Erziehung, Betreuung und Bildung beläuft sich pro Kind und Jahr auf 2.160 Euro, zusätzlich zum steuerlichen Existenzminimum.

Wenn sich das *sächliche Existenzminimum* eines jeden Steuerpflichtigen aus dem Sozialgesetzbuch II ableitet, dann hat das im Umkehrschluss genauso für die Bereiche Erziehung, Betreuung und Bildung zu gelten. Dies bedeutet, dass

für jedes Kind in Deutschland sofort das Kindergeld um 180 Euro im Monat erhöht werden muss! Für Kinder, deren Eltern auf Sozialtransfers angewiesen sind, muss dieser monatliche Betrag ergänzend in die Regelsatzleistungen einfließen. Nur so kann der Gleichbehandlung aller Kinder in Deutschland entsprochen werden. Hierfür sollten möglichst alle Eltern kämpfen. Kein Kind in Deutschland braucht die Bildungsblendgranate einer Ursula von der Leyen!

2. Darf es Arbeitslose erster und zweiter Klasse geben? Ich finde die Argumentation von Gerolf völlig richtig, und mich enttäuscht die MLPD hierzu über alle Maßen. Wie viele Arbeitnehmer(innen) rutschen nach einer Zeitarbeit wieder direkt in Hartz IV, wie viele Familienväter und -mütter nur deshalb, weil sie Kinder zu unterhalten haben? Einer Aufteilung in Erwerbslose erster und zweiter Klasse muss doch zumindest eine sozialistische oder kommunistische Partei den Kampf ansagen!

Ich habe zwischenzeitlich aufgrund meiner nachstehenden, bisher unveröffentlichten Petition zu den tatsächlich bezahlten Lohnarbeitsstunden eines Jahres in Deutschland eine Antwort erhalten: Es sind genau 48 Milliarden Lohnarbeitsstunden, die im Jahr von den Arbeitnehmer(inne)n geleistet werden. Nach Auskunft des Bundesministeriums für Arbeit stehen diesen bezahlten Arbeitsstunden 54 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 16 und 65 Jahren gegenüber. Wie viele dieser Personen tatsächlich erwerbsfähig sind, sei dem Ministerium nicht bekannt.

Auf einer Internetseite fand ich Zahlen zur Vollbeschäftigung, genauer: zu sozialversicherungspflichtigen Vollzeitarbeitsplätzen mit mindestens einem Sechsstundentag in einer Fünftagewoche. Hiermit werden ungefähr 20 Millionen Arbeitnehmer(innen) beschäftigt. Rechnet man nun hierfür im Mittel mit einer täglichen Beschäftigung von sieben Stunden täglich, so würde das bedeuten, dass von 48 Milliarden Lohnarbeitstunden im Jahr ungefähr 36,5 Milliarden Stunden auf diese sozialversicherungspflichtigen Lohnarbeitsplätze entfallen. Demnach verbleiben 11,5 Milliarden Lohnarbeitsstunden für die übrigen 34 Millionen möglichen Arbeitnehmer(innen).

Allein hier heraus wird ersichtlich, dass das gesetzliche **Sozialversicherungssystem** hinsichtlich Rente und Arbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr greifen kann und durch ein neues, besseres System ersetzt werden muss. Wenn eine Partei wie die MLPD dies nicht erkennt und nichts dagegen unternimmt, verliert sie in meinen Augen ihre Daseinsberechtigung. Im Gegenteil, mit der Akzeptanz von Arbeitslosen erster und zweiter Klasse wird sie zum fünften Rad am Wagen dieser asozialen und neoliberalen Politik!

3. *Petition (ID 17356):* Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die amtierende Bundesregierung und speziell die Bundesministerin für Arbeit aufzufordern, genaue Auskunft über die derzeitige Arbeitsmarktsituation für alle in Deutschland lebenden erwerbsfähigen Menschen zu erteilen und darüber, ob infolge der tat-

sächlichen Daten überhaupt noch **Sanktionen** für Erwerbslose ausgesprochen werden dürfen oder ob sie für unzulässig und ungesetzlich erklärt werden müssen. Hierzu ist die Beantwortung meiner folgenden Fragen als Begründung meines Anliegens notwendig, und das beantrage ich mit dieser Petition:

1. Wie viele Arbeitsstunden (Erwerbs-/Lohnarbeitsstunden) werden insgesamt im Jahr von den erwerbsfähigen Arbeitnehmern im Jahr in Deutschland geleistet?
2. Entfallen von diesen jährlichen Gesamtstunden auch Arbeitszeiten auf sogenannte Ein-Euro-Jobber oder auf ehrenamtliche Tätigkeiten?
3. Wie viele in Deutschland lebende Menschen befinden sich im erwerbsfähigen Alter und werden somit als Erwerbsfähige eingestuft?
4. Wie verhält sich die Verteilung der jährlich zur Verfügung stehenden Gesamtarbeitszeit auf die Erwerbsfähigen?
5. Wie viele Arbeitsstunden müsste jeder in Deutschland lebende erwerbsfähige Arbeitnehmer in Deutschland durchschnittlich hiervon an einem Tag erbringen, wenn man alle Erwerbsfähigen mit der gleichen Stundenzahl belasten würde?
6. Müsste nicht die gesetzliche Arbeitszeit auf das tatsächlich notwendige Maß reduziert werden?

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

„Fachkräftemangel“: Schwache Gehaltsentwicklung bei Ingenieuren beweist hohe Arbeitslosigkeit und hohe Absolventenzahlen *(„Spiegel-Online“)*

Für die Banken ist immer Geld da: Man müsste den Arbeitszwang bekämpfen, der verhindert, dass die Leute zum Nachdenken kommen *(„Freitag“)*

Die AKW-Abriss-Kosten sollen die Betreiber tragen!

Die Atomkonzerne jammern, sie hätten kein Geld mehr, um in erneuerbare Energien zu investieren: Angeblich verschlingen die kommenden Milliardenkosten für den Abriss der stillgelegten Meiler ihr ganzes Kapital. Da kommen einem doch glatt die Tränen! Das „Handelsblatt“ hat letzte Woche über Pläne berichtet, dass die Finanzierung des Abrisses in eine staatliche Stiftung ausgelagert werden soll. Die Investmentbank Lazard hat im Auftrag der Atomkonzerne ein Konzept entwickelt, demzufolge die Steuerzahler 25 Milliarden für die Beseitigung des strahlenden Mülls bezahlen sollen. Das würde genau dem bisherigen Muster im lukrati-

ven Atomgeschäft entsprechen: Die Konzerne machen die Gewinne, und die Gesellschaft trägt die Risiken und finanziert sie auch noch!

Dazu muss man wissen, dass die Konzerne für den Rückbau der AKWs bereits 30 Milliarden Euro zurückgelegt haben, die sie aus ihren Kunden durch überhöhte Strompreise geschröpft haben. Die ach so „armen“ Stromkonzerne verdienen immer noch prächtig, beispielsweise hat RWE im ersten Halbjahr 2011 eine Kapitalrendite von rund 18 Prozent eingefahren. Befreit von den Kosten für den Abriss der AKWs könnten die deutschen Atomkonzerne ihre internationalen Pläne besser realisieren. Wir, die Steuerzahler, würden mit der staatlichen Stiftung indirekt Eon und RWE dabei unterstützen, für knapp 20 Milliarden Euro neue AKWs in Großbritannien zu bauen!

Was ist das für ein kapitalistischer Wahnsinn: Jene, die für ihre Höchstprofite die Menschheit mit atomarer Gefahr bedrohen und der Nachwelt ein gigantisches Arsenal an Strahlenmüll hinterlassen, stehlen sich aus der Verantwortung und bitten die Bürger zur Kasse. Die Bevölkerung soll für die Milliardenrisiken der Atomtechnologie geradestehen, obwohl sie seit Jahren mit wachsender Mehrheit die Atomkraft ablehnt. Aber daraus wird nichts! Wir lehnen eine staatliche Stiftung konsequent ab. Die sofortige Stilllegung aller AKWs weltweit ist notwendig, und sie muss auf Kosten der Betreiber finanziert werden!

Harald Braun

Staatstrojaner, Staatsterror, Staatsraubzüge

Die Widerstandsbewegung in Stuttgart zeigt sich selbstbewusst: 30.000 Menschen kamen zum einjährigen Gedenken des Schwarzen Donnerstags. Der damalige brutale Polizeieinsatz war nicht „unverhältnismäßig aus dem Ruder gelaufen“ seitens wild gewordener Beamten, sondern von der Regierung geplant und beschlossen worden! Ministerpräsident Mappus, der heute einen Chefposten in der Chemieindustrie hat, war mit Rückendeckung der Merkel-Regierung Urheber dieses Terroranschlags auf friedliche Demonstranten. Deswegen müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden!

Der jetzige SPD-Innenminister Gall rechtfertigt den Wasserwerfereinsatz: Die Demonstranten hätten halt aus dem Weg gehen sollen. Deswegen fordern die Demonstranten seinen sofortigen Rücktritt! Regisseur Volker Lösch sagt: „Der

Widerstand von „Stuttgart-21“-Gegnern und Parkschützern hat direkt in das Geflecht von Kapital und CDU hineingetroffen. Und was dieser Widerstand schon alles erreicht hat! Jedes Mal, wenn sie uns mit einem neuen Zauberkunststück wie Geißler-Schlichtung oder Stresstest kleinkriegen wollten, sind wir letztlich als Sieger nach Punkten daraus hervorgegangen.“ Dafür unseren herzlichen Glückwunsch! Nun wurde aber Nuran Cakmakli, die für die Montagsdemo Stuttgart Spenden sammelte, zu 100 Euro Geldbuße verurteilt. Banken, Konzerne und S21-Betreiber bekommen Milliarden, aber der Widerstand dagegen darf sich nicht finanzieren? Unsere Solidarität wird diese Schikanen brechen!

Am Wochenende hat der „Chaos-Computer-Club“ aufgedeckt, dass Rechner durch staatlich verwendete Schadsoftware, sogenannte Trojaner, manipuliert werden können. Nach Belieben lassen sich falsche „Beweise“ auf die Festplatte packen und sämtliche Daten herunterladen. Auch kann der PC zur Rundumüberwachung eingesetzt werden. Dies geht weit über das hinaus, was das Verfassungsgericht erlaubt hat. Es ist, als ob im Gehirn eines Menschen ein Parasit eingepflanzt wird, der die Steuerung übernimmt. Schluss mit Ausspähung der Privatsphäre und Faschisierung des Staatsapparats!

Ursache der Finanzkrise ist die Überakkumulation. Deshalb werden Billionen hochspekulativ verzockt. Gewinnt der Spekulant, hat er Glück gehabt. Verliert er, macht es nichts, denn dafür hat er den Staat. Der holt sich das Geld von den kleinen Leuten über immer brutalere Krisenprogramme. Weil „die da oben“ wissen, dass dies zu Widerstand, Infragestellung ihres ganzen Systems und schließlich Revolutionen führt, gehen sie unter dem Deckmantel der „Terrorbekämpfung“ gegen alles Fortschrittliche vor. Sie bespitzeln die Leute, installieren Staatstrojaner“ und rüsten Polizei und Bundeswehr zur „Aufstandsbekämpfung“ um – längst nicht nur im Mittleren Osten.

Seit 2004 gab es in Pakistan 2.300 Tote durch Drohnenangriffe, darunter 170 Kinder. Die Terroristen sitzen in den US-Zentralen von Regierung und CIA! Zehn Jahre dauert nun der Krieg in Afghanistan. Begonnen wurde er angeblich, um das Land zu befrieden, al-Qaida zu vertreiben, demokratische Strukturen aufzubauen und Schulen gerade auch für Frauen und Mädchen aufbauen. Wie ist die Bilanz? Es gibt 70.000 Tote und 61 Prozent chronisch Unterernährte. Die Lebenserwartung ist auf 43 Jahre, der Alphabetisierungsgrad von 27 auf 23 Prozent gesunken. Von wegen „Aufbauhilfe“: Es findet nur noch „Aufstandsbekämpfung“ statt. Auf 17 Milliarden Euro belaufen sich die bisherigen Kriegskosten für Deutschland. Der wahre Grund für den deutschen Kriegseinsatz lautet: Die deutschen Konzerne wollen nicht abseits stehen, wenn es um die Verteilung wichtiger Rohstoffquellen und strategisch wichtiger Gebiete geht. Die wollen sie nicht den US-Imperialisten

allein überlassen. Die Bundeswehr muss raus aus Afghanistan und allen anderen Ländern auf der Welt!

Wolfgang Lange (MLPD)

Das „Bremer Bündnis für Bildung“ fordert: „**Mehr Geld für gute Schule!**“ und ruft auf zur **Demonstration** von der Finanz- zur Bildungsbehörde am **Donnerstag**, dem **13. Oktober 2011**. Beginn ist um **14:30 Uhr** am Rudolf-Hilferding-Platz.

Die Bewegung „Echte Demokratie jetzt“ ruft im Zuge eines globalen Protesttags auch in Bremen für **Samstag**, den **15. Oktober 2011**, zu einer **Demonstration gegen die Krisenpolitik des Kapitals** auf. Sie beginnt um **15 Uhr** auf dem Investorengrundstück am **Bahnhofsvorplatz**.

Die „Bürgerinitiative für den Erhalt des Kleinen Stadtwerderwaldes“ lädt ein zum **Herbstfest** anlässlich der Einweihung eines „Mahnmals gegen Baumfrevel“ am **Sonntag**, dem **16. Oktober 2011** von **14 bis 17 Uhr** an der **Kleinen Weser** in Höhe der „Umgedrehten Kommode“.

Die MLPD lädt ein zur **Vorstellung** des Buches „**Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution**“ am **Samstag**, dem **22. Oktober 2011**, um 18:30 Uhr (Einlass: **18 Uhr**) in der Gaststätte „**Postillion**“ im Obergeschoss des Bremer Sport-Clubs in der Werderstraße 66 (nahe der „Umgedrehten Kommode“). Der Eintritt beträgt zwei, ermäßigt einen Euro. Referent ist Joachim Griesbaum, Landesvorsitzender der MLPD Nord-West. Zum vorgestellten Buch gibt es in Bremen auch eine **Studiengruppe**. Sie trifft sich am **Dienstag**, dem **25. Oktober 2011**, um **18:30 Uhr** im Jugendfreizeitheim Buntentor, Geschwornenweg 11a (Neustadt).

Soziales, Umwelt und Verkehr stehen weiterhin im Brennpunkt

Auf der 347. Montagsdemo haben wir, was unsere weiteren Veranstaltungen und den Schwabenstreich anbelangt, einvernehmlich ohne Gegenstimmen im Wesentlichen ein Konzept beschlossen, das am 26. September 2011 von den zwölf Teilnehmern einer Beratungsrunde im Seemannsheim vorbereitet worden ist. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass die im Lauf der letzten zwölf Monate entstandene Dreiteilung der Bremer Montagsdemo in die Schwerpunkte Soziales von 17:30 bis 18 Uhr, Anti-AKW-Mahnwache bis 18:30 Uhr am Marktplatz und

Schwabenstreich um 19 Uhr am Hauptbahnhof mittlerweile an Sinn verloren hat, denn wir sind uns bewusst, dass alle drei Fragen zusammengehören.

In der Praxis spielten schon in der Vergangenheit alle gesellschaftlich relevanten Fragen wie Krieg und Frieden oder die Schulpolitik neben dem Kampf gegen Hartz IV eine Rolle auf der Montagsdemo. Eine künstliche Trennung ist nicht sinnvoll, weil es dieselben Politiker und Konzernchefs sind, die hinter der menschenfeindlichen Atompolitik und der Abwälzung der Krisenlasten auf das Volk stehen. Deswegen wollen wir wieder zu einer einheitlichen Durchführung mit Offenem Mikrofon zurückkehren, an dem außer Faschisten jede(r) zu dem Thema reden kann, wie er oder sie will.

Es muss außerdem berücksichtigt werden, dass demnächst mit dem Aufbau des Freimarkts begonnen wird, der Marktplatz also nicht mehr zur Verfügung steht. Drei Wochen danach wird schon mit dem Aufbau des Weihnachtsmarkts begonnen. Wir haben uns daher überlegt, wie wir die Montagsdemo möglichst attraktiv gestalten können und auch zeitlich etwas straffen, denn Mini-Demonstrationen durch weitgehend leere Straßen oder auf Gehwegen sind nicht besonders attraktiv. Deshalb soll **ab dem 17. Oktober 2011** die **Montagsdemo** wie folgt stattfinden:

Um **17:30 Uhr Treffen** am **Bismarck-Denkmal** vor dem Dom, in der Weihnachtsmarktzeit vor dem **Konzerthaus „Glocke“** an der Domsheide. Nach kurzer Begrüßung (maximal zehn Minuten) beginnt unser Demozug durch die belebte Obernstraße, mit unserem neuen, auffallenden Transparent und Ansagen durchs Mikrofon. Ziel ist der **Hanseatenhof**, wo bis maximal 18:45 Uhr der Hauptteil der Montagsdemo mit Offenem Mikrofon stattfindet, nunmehr ohne zeitliche Unterteilung in verschiedene inhaltliche Blöcke zu Hartz IV und Atomkraft.

Zum Abschluss erfolgt hier der **Schwabenstreich**, also nicht mehr wie bisher nach einer Demo zum Bahnhof. Die Strecke dorthin durch die Knochenhauerstraße ist wenig belebt, und das Ganze wird uns zu spät. Auch in anderen Städten findet der Schwabenstreich nicht unbedingt am Bahnhof statt. Nur wenn es die Situation erfordert oder es einen konkreten Anlass gibt und auch genügend Leute da sind, machen wir vom Hanseatenhof aus eine Demo zum Bahnhof und führen dort den Schwabenstreich durch.

Außerdem haben wir uns auf einen Entwurf für ein neues Transparent geeinigt. Die Herstellung erfolgt auf Bannerfolie, Vorder- und Rückseite werden gleich gestaltet. Die Kosten von circa 120 Euro werden zur Hälfte von einem einzelnen Demoteilnehmer getragen, zur Hälfte aus den gesammelten Kleinspenden. Das Transparent bekommt Stangentaschen und Ösen und ist für langfristigen Einsatz geeignet. Text und Gestaltung sind so gehalten, dass es nicht innerhalb kürzerer Zeit seine Aktualität verliert. Im Mittelpunkt stehen die soziale Frage und die Umwelt. Der Schwabenstreich wird nicht genannt, sondern das Banner gegen „ Stuttgart 21“ an das Transparent gehängt, solange dieser Kampf, den wir unterstützen, weitergeht.

Initiative Bremer Montagsdemo

Liebe Mitstreiter für mehr freien Bürgerwillen und gegen Politikerwillkür! Auch zu Beginn des zweiten Jahres, in dem viele Gegner von „Stuttgart 21“ den Schlossgarten vor der Abholzung schützen, wollen wir vom Schwabenstreich in Bremen unsere **Sammelaktion für die Parkschützer** starten. Wir suchen Zelte, Schlafsäcke, warme Decken und Lebensmittel (Kaffee, Zucker, Kondensmilch, Schokolade, Knabbergebäck, Süßigkeiten, Lebensmittelkonserven). Gerne nehmen wir auch Geldspenden entgegen, um die entsprechenden Sachen zu kaufen. Wir freuen uns auf eure Unterstützung! Oben bleiben!

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Persischer Kíffer soll Mordanschlag geplant haben: Was im Rechtsstaat eine richterliche Untersuchung auslöst, gerät in den USA zum Kriegsgrund *(„Spiegel-Online“)*

Zug entschleunigt: Wie viel Terror steckt in einer brennenden Salatölflasche? *(„Indymedia“)*

Existenzminimum ausgehöhlt: Den Langzeitarbeitslosen bleibt überhaupt keine Möglichkeit der sozialen Teilhabe mehr *(„Die Zeit“)*

The seven biggest lies: Occupiers can’t become a national movement unless more Americans know the truth about the economy *(Robert Reich)*

„Zwingt die Banken in die Schranken“: Deutschland- und weltweit protestieren Hunderttausende gegen die Macht der Geldindustrie *(„Spiegel-Online“)*

Limerick zum Neoliberalismus

Es war einst ein Mann namens Denis,
Der hatte dicke Beschwerden – .
Er sprach zu seiner Frau, der Margrete:
Hol bei den Leuten etwas mehr Knete!
Wir feiern mit dem, was uns scheen is.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

348. Bremer Montagsdemo am 17. 10. 2011

Der Funke ist übergesprungen

1. Der „Occupy“-Bewegung gegen das Finanzkapital schlossen sich am Aktionstag, dem 15. Oktober 2011, auch in Deutschland Tausende Menschen an. In vielen Großstädten – auch Bremen – fanden **Demonstrationen** statt. Die größten Proteste gab es in Rom mit rund 200.000 Teilnehmern. Auf Transparenten waren Slogans zu lesen wie „Stoppt die Gier“, „Ihr spekuliert mit unserem Leben“, „Es geht gegen die Banken, gegen die finanziellen Machthaber im System, es geht darum, dass Profite vor den Menschen stehen“. In mehr als 80 Ländern und über 1.300 Städten weltweit gingen mehrere Hunderttausend Menschen auf die Straße. Einige von ihnen besetzten Plätze und protestierten gegen die Auswüchse des Kapitalismus und soziale Ungleichheit.

Der Funke ist also übergesprungen. Endlich gehen auch in Deutschland in vielen Städten Menschen gegen dieses Immer-mehr- höher-weiter des Raubtierkapitalismus auf die Straße, der über Leichen geht und die Demokratie aushöhlt. Egal, wie viele Menschen es sind, die ihren Protest in der Öffentlichkeit zeigen: Sie nehmen es nicht länger hin, dass mit ihrer Zukunft gespielt wird, dass die Rettung der Banken im Vordergrund steht, nicht aber das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger. Die Zeiten des nahezu paralysierten Ausharrens müssen endlich ein Ende haben! Ich wünsche mir endlich eine Demokratie, die diesen Namen wirklich verdient, in der Politiker ihr Wahlvolk und dessen Anliegen vertreten und nicht als Marionetten der Wirtschaft fungieren.

Was nützt den Politikern all ihr guter Veränderungswille, wenn doch die Zukunft längst durch langfristige Verträge festgelegt ist, die bestimmen, wohin das Geld geht? Wenn zu viele Politiker nur nach Macht streben und sich deshalb korrumpieren? Wir wollen uns dem Zocken der Bankster nicht unterordnen, die unsere Steuergelder für kriminelle Geschäfte verschwenden. Immer schon war ich eine Gegnerin von Gewalt, aber ich möchte Gewalt nicht nur als sichtbare körperliche Aggression definiert wissen, sondern Gewalt ist für mich auch Ausgrenzung von gesellschaftlicher, medizinischer und bildender Teilhabe. Ich wünsche mir eine Hinwendung zur wirklichen Demokratie, in der Menschen auch wieder mit ethi-

scher Verantwortung füreinander, im Sinne des früheren Sozialstaates, gesehen und nicht nur neoliberal als verwertbare Ware betrachtet werden!

2. Am 11. Oktober jährte sich zum fünften Male der Tag, an dem der bedauernswerte, zu Tode misshandelte kleine **Kevin** im Kühlschrank seines Ziehvaters aufgefunden wurde. Nach Ansicht von Rita Mohr-Lüllmann steht Kevins Tod in keinem Zusammenhang mit „Sparbemühungen“ der damaligen Koalition aus SPD und CDU. Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende wies damit die Äußerung von Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) zurück, auf dem damaligen Jugendhilfehaushalt habe ein „finanzieller Deckel“ gelegen. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss belegt angeblich eindeutig, dass es im Fall Kevin nicht an Geld für notwendige Maßnahmen gemangelt hat („Weser-Kurier“ vom 11. Oktober 2011: CDU zu Kevin: Es lag nicht am Geld).

Wenn die damalige Bagis dem Ziehvater die Leistungen vorübergehend einstellte, weil sie sich mit dem Sozialamt darüber stritt, wer für den Unterhalt von Kevins vermeintlichem Vater aufkommen müsse, dann hat das natürlich gar nichts mit Geld zu tun! Was kann wohl mit einem gewalttätigen Methadonabhängigen geschehen, wenn ihm das Geld gestrichen wird? Ob er seine Wut dann nicht wieder an diesem kleinen, leise in sich hineinwimmernden Kind austoben wird? Arbeitsunfähige kosten Geld. Wer will oder will es nicht für sie bezahlen? Wie konnte das Jugendamt überhaupt ein hilfe- und liebesbedürftiges kleines Menschlein einem bekanntermaßen gewaltbereiten Mann ausliefern?

Wenn ein Amtsvormund rund 180 Mündel zu „betreuen“ hat, was außer Verwaltung nichts mehr an wirklichem Kümmern bedeuten kann, dann hat auch das natürlich rein gar nichts mit Geld zu tun! Für mich ist nicht nachvollziehbar, wie zu solch einem Urteil gekommen werden kann. Sind die Kinder von Erwerbslosen und Arbeitsunfähigen genauso viel wert wie der Nachwuchs von Eltern, die mehr Geld zur Verfügung haben? Hauptverantwortlich für die zum Tode führenden grausamen Misshandlungen von Kevin ist natürlich der Ziehvater, und dann erst kommt der Staat. Aber die Frage muss erlaubt sein, was der Staat für Rahmenbedingungen schafft, die aus einem Ziehvater einen Mörder machen! Kevin starb nämlich etwa in der Zeitspanne, in der dem Ziehvater das Geld von der Bagis zu Unrecht vorenthalten wurde.

3. Deutschland und Österreich sind die einzigen Länder in Europa, in denen eine angehende **Erzieherin** kein Studium absolvieren muss. Hier reicht eine vierjährige Ausbildung mit Vorpraktikum und bezahltem Anerkennungsjahr. Überall werden Anstrengungen unternommen, die Ausbildung zur Erzieherin zu optimieren, nur nicht in Bremen, wo ausgerechnet der rot-grüne Senat die Kita-Kinder in Zukunft durch gering qualifizierte sozialpädagogische Assistentinnen betreuen lassen will. Statt wie die südlichen Bundesländer in die frühkindliche Bildung zu investieren und die Erzieherinnen-Ausbildung zu akademisieren, führt Bremen einen neuer Ausbildungsberuf ein, in dem die Erzieherin noch schlechter bezahlt wird als oh-

nehin schon. Die Hansestadt scheint sich für diese Billiglösung entschieden zu haben, um die Betreuungslücke zu schließen und ab 2013 den Rechtsanspruch der Eltern von Kindern unter drei Jahren gewährleisten zu können.

Meiner Meinung nach sollte nicht auf die bloße Erfüllung der Quantität gesetzt werden, wenn die Qualität darunter leiden muss. Mich empört auch, dass Erzieherinnen immer mehr leisten sollen, um den berechtigten Anforderungen des Rahmenbildungsplans nachzukommen, während gleichzeitig nur darüber nachgedacht wird, wie auch hier noch irgendwie Geld einzusparen sein könnte. Wie soll denn der angestrebte „Personalmix“ in den Kindergruppen praktisch aussehen? Für „pädagogisch wertvolle“ Arbeit ist dann die Erzieherin zuständig, für „weniger anspruchsvolle“ Tätigkeit die Sozialassistentin? Wer entscheidet, wie die Arbeitsabläufe zu bewerten sind, ob sie mit 2.200 bis 2.400 oder nur mit 1.400 bis 1.700 Euro brutto zu entlohnen sind? Eine wahrlich tolle Idee, Frauen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu drängen, von denen sie nicht leben können! Selten las ich solch unausgegorene Ideen, die vielleicht ein bisschen zu lange im Mixer verquirlt wurden, kaum als Bildungsausbau verkauft werden können, aber von den Kindern, Sozialassistentinnen und Erzieherinnen ausgehalten werden sollen.

4. Der Präsident des „Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte“, Wolfram Hartmann, bemängelt, dass in Deutschland wegen der „Höhe“ des Hartz-IV-Regelsatzes, aber auch der „Inkompetenz etlicher Familien“ Hunderttausende Kinder in Deutschland regelmäßig hungern müssen. Ein Skandal in diesem eigentlich reichen Land! Die Folgen einer unzureichenden **Ernährung** in jungen Jahren seien verheerend, weil fehl- oder unterernährte Kinder zeitlebens benachteiligt sind und sich die „Folgeschäden nie wieder korrigieren“ lassen. Hartmann kritisiert, es werde Geld für „überflüssige Lebensmittel“ wie Limonade ausgegeben, weshalb am Monatsende kein Geld für mehr als eine Mahlzeit täglich vorhanden sei.

Der Mediziner beanstandet das Scheitern einer „Ampel“-Kennzeichnung für Lebensmittel, die auch Kinder und „bildungsferne Familien“ verstünden. Natürlich wird wieder versucht, den Eltern die Schuld dafür zu geben, dass sie von dem viel zu wenigen Geld ihren Kindern keine ausgewogene Ernährung zukommen lassen! Dann wird ganz gewiss nach dem Billigsten gegriffen, was selten gesund ist. Es scheint erwünscht zu sein, dass die „Überflüssigen“, weil nicht mehr Verwertbaren, und ihre „Brut“ so früh wie möglich ableben, um die Steuerzahler nie auch nur im Ansatz so viel zu kosten, wie für „notleidende“ Bankster jederzeit sofort zur Verfügung steht!

5. Die wachsende **Armut** in Deutschland zeigt sich immer deutlicher anhand der Geldprobleme von Mietern. Das Statistische Bundesamt hält 16 Prozent der Bevölkerung für armutsgefährdet, weil sich jeder dritte von ihnen durch die Wohnkosten „finanziell schwer belastet“ sieht. Die Betroffenen sind nicht dazu in der Lage, „ihre Wohnung angemessen warm zu halten“ und wenigstens an jedem zwei-

ten Tag eine warme Mahlzeit einzunehmen. Bei derlei starker Beeinträchtigung nur von „Armutsgefährdung“ zu sprechen, betrachte ich mindestens als Verniedlichung des Problems, wenn nicht gar eher als Verhöhnung! Diese akute Armut verfestigt sich, weil es nur ganz wenigen gelingen kann, ihre finanzielle Situation zu verbessern. Die Akademiker dürfen unter sich bleiben, weil hierzulande der Bildungserfolg der Kinder noch immer wesentlich vom Ausbildungsstand der Eltern abhängt.

Natürlich gibt es auch eine Verbindung zwischen Bildung und Gesundheit: Die Lebenserwartung gut ausgebildeter Bürger ist um Jahre höher als die von Frauen und Männern mit niedrigem Schulabschluss. Männer, die nur über 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens verfügen, werden im Schnitt 70,1 Jahre alt; Männer, die über 150 Prozent bekommen, hingegen 80,9 Jahre. Frauen erreichen bei 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens 76,9 Lebensjahre, bei 150 Prozent 85,3 Lebensjahre. Bei der Altersgruppe ab 45 Jahren lässt sich bezüglich der Verbreitung chronischer Krankheiten und Beschwerden feststellen, dass viele Erkrankungen wie Herzinfarkt, Schlaganfall, Angina pectoris, Hypertonie, Diabetes, chronische Bronchitis, chronische Lebererkrankung, Osteoporose, Arthrose oder Depression in der Armutsrisikogruppe vermehrt auftreten.

Den Armen wird glatt ein ganzes Lebensjahrzehnt gestohlen, wenn sie nicht an die gleichen Bildungs-, Ess- und Gesundheitströge herankommen, wodurch sie gezwungen sind, sich wegen ihres geringen Einkommens mit unzumutbaren Unwägbarkeiten abzufinden! Es wird kein Politiker zugeben, doch viele frühe Tode der ökonomisch nicht Verwertbaren entlasten die Sozialkassen, mindern die Reproduktionskosten und erhöhen Gewinne, Dividenden und Vorstandsbezüge, müssen demnach also erwünscht sein. Zu allem Überfluss lassen sich arme Menschen so herzallerliebst widerstandslos manipulieren und missbrauchen, durch Dumpinglöhne bei prekären Tätigkeiten, Hartz IV, Armutsrente und angeblicher Grundsicherung.

6. Kommt jetzt bald die **Frauenquote**? Familienministerin Schröder will führenden Dax-Konzernen auf einem Spitzentreffen eine Selbstverpflichtung abringen, auf freiwilliger Basis den Frauenanteil in ihren Führungsetagen zu erhöhen. Unternehmen wie VW oder BASF kündigten an, ihn bis 2020 gerade mal auf elf beziehungsweise 15 Prozent erhöhen zu wollen. Klar, wir haben ja auch nur einen Frauenanteil von 11 bis 15 Prozent! Warten die sonoren Herren so lange, bis die Europäische Union Deutschland eine verbindliche Quote aufzwingen wird? Das kann ja so nichts werden!

Die 25.000 Euro Strafgebühr werden doch lächelnd aus der Portokasse beglichen – oder die Eigenverpflichtung wird so niedrig gehalten, dass sie leicht einzuhalten ist, nur leider den Frauen nicht hilft! Wie wäre es wohl, notorisch rücksichtslosen Rasern anzubieten, sich selbst zu verpflichten, freiwillig etwas langsamer zu fahren? Wie lange die sich wohl daran halten würden? Und wie erfolg-

reich wird letztlich Angela Merkels Forderung nach freiwilliger Beteiligung der privaten Gläubiger bei der Griechenland-Hilfe sein?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Das Weltbild der Fundamentalchristen

Sie haben ja Recht in der Darstellung unseres maroden Wertesystems, und den uns überlieferten Kerngedanken und Ideen des Jesus von Nazareth, mit denen Sie ein anderes, besseres und menschliches Wertesystem vorschlagen, kann ich nur zustimmen – aber ist es so schwierig, feststehende Tatsachen einfach nur zur Kenntnis zu nehmen, statt sie zu ignorieren?

Der Sündenfall in der Bibel ist nicht der Beginn des analytischen Denkens und auch nicht der Beginn der Möglichkeit des Menschen zu Reflexion und Selbsterkenntnis. Haben Sie schon mal vor 20.000 Jahre alten Höhlenmalereinen unserer Vorfahren gestanden? In diesen Höhlen sind Musikinstrumente gefunden worden. Die Evolution ist längst keine Theorie mehr, sondern eine Tatsache, die bereits am Menschen von einer zur übernächsten Generation nachgewiesen wurde.

Der Urknall ist keine Theorie mehr, sondern Tatsache, seit er als kosmisches Hintergrundrauschen gemessen wurde. Die Astronomen und Astrophysiker nennen dies ehrfürchtig „das Echo Gottes“, wobei sie garantiert nicht den Gott der Bibel meinen. Lassen Sie mich versuchen, es anhand eines Beispiels zu verdeutlichen. Die Schwerkraft ist keine wissenschaftliche Theorie, sondern eine Tatsache, die wohl niemand bestreiten und ignorieren kann. Die Schwerkraft wird mit wissenschaftlichen Theorien beschrieben, wie zum Beispiel den Fallgesetzen von Galilei, den Gravitationsgesetzen von Newton bis hin zur allgemeinen Relativitätstheorie von Albert Einstein.

Mittlerweile ist die Evolution längst keine Theorie mehr – wie zu Darwins Zeiten –, sondern eine Tatsache, die nahezu täglich von Biologen und Ärzten immer wieder neu belegt und angewandt wird. Das „Max-Planck-Institut für Evolutionäre Anthropologie“ wird sicherlich nicht wegen einer alten Schöpfungsgeschichte (und es gibt ja viele davon) den Laden dicht machen. Der strenggläubi-

ge Charles Darwin konnte sich den Tatsachen auch nicht verschließen, als er in den Anden, in einer Höhe von 4.000 Metern über dem Meeresspiegel, versteinerte Muscheln entdeckte, die viel älter sind als die Zeitalter, die die Bibel beschreibt.

Es verhält sich doch vielmehr umgekehrt: Religionen sind entstanden, weil der Mensch des analytischen Denkens und der Reflexion und Selbsterkenntnis fähig ist. Weil der Mensch ein intelligentes Lebewesen ist, das über Ursachen ihn umgebender Phänomene nachdenkt und nach Erklärungen sucht. Woher kommen Blitz und Donner? Die Antwort kennen wir heute: Entladungen elektrostatischer Wolken gegensätzlicher Polaritäten, wobei die Luftverdrängung aufgrund der Hitzeentwicklung, den Knall hervorruft. Kein Zeus und kein Thor lässt es donnern und blitzen. Das ist eine Tatsache.

Seit der Kopernikanischen Wende sind Tatsachen entdeckt worden, die doch nicht einfach mit „Glauben“ ignoriert werden können. „Das ist Quatsch und blasphemisch, was du mir da über Entladungen erzählst. Du willst nur meinen Glauben untergraben. Ich glaube an Thor. Egal, was du erzählst.“ Na schön. Dann entfernen wir doch alle die Blitzableiter von unseren Häusern und beten zu Thor oder zu Gott, dass er uns verschone. Wenn Sie konsequent sind, dann heizen Sie während des jetzt anstehenden Winters Ihre Wohnung nicht mit Erdgas. Denn Erdgas dürfte es nach Ihrem Weltbild gar nicht geben.

Ist es so schwierig, feststehende Tatsachen einfach nur zur Kenntnis zu nehmen und daraus Konsequenzen zu ziehen? Das sollte für einen analytisch denkenden Menschen doch möglich ein. Islamisten haben in gar nichts Recht. Religiöse Fundamentalisten, ganz gleich welcher Religion sie anzugehören meinen, haben in nichts Recht und sind rundweg abzulehnen, und ihnen ist wie Nationalisten und Rechtsradikalen entgegenzutreten. Hier wäre jedwede religiöse Toleranz unangebracht.

Natürlich ist Heuchelei am Werk, wenn von der „christlichen Hemisphäre“ als Gegensatz zur „islamischen Welt“ gesprochen wird, denn dieser Gegensatz ist ein seit Jahren von den Medien konstruiertes Feindbild, das sich im Alltag überhaupt nicht wiederfinden lässt, und jeder, der darauf anspringt, erzeugt damit nur neue Fundamentalisten, die wiederum als Vorwand für mehr Kontrolle, Überwachung und weitere Militäreinsätze dienen. Es kann nur ein Miteinander geben.

Wenn für Sie die Voraussetzung zur Realisierung eines anderen, besseren und menschlicheren Wertesystems der Glaube an eine bestimmte Religion oder Mystik sein sollte, denke ich, dass Sie hier schon im Ansatz scheitern werden und auch scheitern sollten, denn ich möchte in keinem Gottesstaat leben, in dem Tatsachen und Erkenntnisse mit „Glauben“ ignoriert werden.

Schließlich sind Ideen wie Demokratie und Gleichberechtigung, Meinungs- und Pressefreiheit, die Freiheit von Wissenschaft und Kunst, das Verbot von Folter und Todesstrafe, Minderheitenschutz und Toleranz gegenüber Andersdenkenden, in deren Genuss Sie kommen möchten und deren Rechte Sie in Anspruch nehmen, nicht von religiösem Dogmatismus herbeigeführt worden.

Letztlich kann ich mich nur fragen, was es für Menschen sein müssen, die strikte Befolgung von Geboten eines Kultes aus der späten Bronzezeit aus Furcht vor Bestrafung als Maßstab ihres ethisch- moralischen Handelns nehmen. Ich vermag in der Befolgung solch archaischer Maßstäbe nur Egoismus und engherzige Denkart erkennen, die lediglich der eigennützigen Gottgefälligkeit statt dem Respekt und Mitgefühl gegenüber den eigenen Mitmenschen dienen.

Auch nach Kant kann die Verpflichtung eines Menschen zur Moralität prinzipiell nicht dadurch begründet werden, dass man auf die „Idee eines andern Wesens über ihm“, also auf einen Gott verweist. Ein solcher Verweis mag als Enthebung der eigenen Verantwortung für das eigene Leben und das Leben anderer zweckmäßig erscheinen, zeugt aber nicht unbedingt von der Mündigkeit einer eigenständigen Persönlichkeit, ganz zu schweigen von der Fähigkeit zu analytischem Denken und der Reflexion und Selbsterkenntnis.

Ich weiß aber auch, dass Menschen eine Zuflucht, einen geschützten Ort brauchen, um sich zu versammeln, sich alltägliche Bedrängnisse einzugestehen und mit dem fertig zu werden, was unserer Macht entzogen ist oder unser Vorstellungsvermögen übersteigt – sowie die Hoffnung und das Streben nach einem besseren und menschlicheren Wertesystem nach den Kerngedanken und Ideen des Jesus von Nazareth, jedoch mit Eigenreflexion, ohne Selbstaufgabe und Verzicht auf den Kampf um eine bessere Gegenwart.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Im Gedenken an Galileo Galilei, dem die
Inquisition die Folterinstrumente zeigte

Wahrheit sind keine Geister

Ich war am Montag richtig glücklich, bei eurer Demo gewesen zu sein. Gedanklich ist sie immer ein Zuhause, trotz der wenigen Leute. Die kleine Demo ist so etwas wie Glauben an die Wahrheit, denn Wahrheit ist das Recht aller Menschen auf der Erde. Wahrheit sind für mich keine Geister oder himmelwärts fantasierende Vorstellungen wie bei den beiden großen Kirchenblöcken auf der Welt. Wahrheit kann man anfassen, Wahrheit ist denkbar, Wahrheit sind eben auch die Schmerzen von der Zerstörung auf dem Globus und von all den Kirchen und Kriegswahnsinnigen, wovon die Demo der echte Gegenpol ist. Ich freue mich auf die nächste große Tat! Wenn ich oder andere bei der Demo dabei sind, ist für mich die Versammlung trotz weniger Teilnehmer eine einmalige Riesenhaftigkeit der Wahrheit. Es ist ganz groß zu loben, dass ihr schon so lange dabei geblieben seid!

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem Australienhut“

Beschissenes Ende: Gaddafi stirbt wie eine Ratte
im Abwasserkanal *(„Spiegel-Online“)*

Misswirtschaft ohne Skrupel

In der letzten Woche haben wir viel gehört und gelesen von der Verschuldung Griechenlands und wie man das alles retten kann. Ich habe auch gelesen, dass Griechenland ein günstiges Geschäft mit den USA machen will: Das griechische Militär wird 400 Panzer für 500.000 Dollar pro Stück kaufen. Das ist sehr günstig, denn ein „vernünftiger“ Panzer kostet heute einige Millionen. Bei diesen Summen ist es fast egal, ob es Dollar oder Euro sind, doch ist zu beachten, dass ein Dollar heute nur noch etwa 70 Euro-Cent wert ist. Damit zahlt Griechenland nur etwa 140 Millionen Euro für so viele Panzer. Das ist wirklich günstig, wenn man es mit dem Beitrag vergleicht, den allein Deutschland zur Sicherung des Euro leistet: 210 Milliarden Euro. Das ist das 1500-Fache von dem, was die Panzer kosten. Für jeden Bundesbürger sind das rund 2.500 Euro Neuverschuldung, für die „Panzerspende“ hingegen nur 1,70 Euro. Um solch einen kleinen Betrag kann man doch mit gutem Gewissen sogar jeden deutschen Sozialhilfe- oder Hartz-IV-Bezieher bitten!

Dieser Deal ist außerdem ein „guter“ Beitrag ganz Europas, der notleidenden US-Wirtschaft ein kleines Geschäft zu ermöglichen, denn die Gläubiger Griechenlands bezahlen dann, mithin alle europäischen Steuerzahler. Da die Gläubiger zum großen Teil Banken sind, ist es unwahrscheinlich, dass sie Griechenland einen Teil der Schulden erlassen werden. Davon ist auch die Privatwirtschaft betroffen, die ihre Verluste dann an Arbeitsmarkt und abhängige Arbeitnehmer weitergibt. Doch das Panzergeschäft ist zu klein, um der hoch verschuldeten amerikanischen Wirtschaft wirklich zu helfen, denn jeder US Bürger ist mit 34.000 Dollar verschuldet, seine Regierung mit 14.000.000.000.000 Dollar. Das bekommt ein sehr großer Teil der Bürger direkt zu spüren, viel härter als in Deutschland. Deshalb kommt es von US-Bürgern jetzt zu Massenprotesten.

Ich wundere mich, warum das nicht schon viel früher geschehen ist. Am Wochenende haben diese Massenproteste mit der „Occupy“-Bewegung von New York auf ganz Europa übergegriffen. In den USA kostet ein Semester Studium zigtausend Dollar, und jeder Student ist am Ende seiner Ausbildung hoch verschuldet, aber ohne Garantie auf einen guten Arbeitsplatz. Einige deutschen Unis erheben keine Studiengebühren. Es wurde errechnet, wie groß der Schuldenanteil aller Studenten sein wird, wenn viele ihren Kredit nie mehr zurückzahlen können. Toll, was eine Rating-Agentur so alles errechnen und bewirken kann! Sie ist ein

weiteres fragwürdiges Instrument der skrupellosen Finanzindustrie, das auch wir Steuerzahler mitfinanzieren müssen.

Helmut Minkus (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

349. Bremer Montagsdemo am 24. 10. 2011

Kostenlose Pflegekräfte auf Kosten der Steuerzahler?

1. Letzte Woche zeigte der NDR in einer Dokumentation mit dem Titel „Verloren im Hartz-IV-Dschungel“ die Schicksale und Notlagen von ALG-II-Beziehern und informierte über die tägliche Arbeit einer auf Sozialrecht und Behindertenrecht spezialisierten Anwaltskanzlei in Oldenburg. Da ist zum Beispiel die 37-jährige Handwerksmeisterin Sylvia P., die über 13 Jahre eine chemische Reinigung besaß, nebenher zwei Kinder großzog und dann durch Krankheit, Schulden und Scheidung in die Arbeitslosigkeit abstürzte. Mit der Arbeitslosigkeit gehen leider nur allzu oft verniedlichte „Probleme“ mit der **Hartz-IV-Behörde** einher, die die Betroffenen zumeist in Form von falschen Bescheiden zu ihren Ungunsten als Schikane ertragen sollen.

Als Sylvia P. jahrelang ein ihr zustehender Heizkostenzuschuss verweigert wurde, begann ein aufreibender Kampf mit dem Sozialgericht. Ohne ihren Rechtsanwalt Alfred Kroll hätte P. diese schwere Zeit sicher nicht durchgehalten. Kroll vertritt jährlich etwa 1.000 Klienten wie Sylvia P., die sonst wohl kaum ihr Recht bekämen. Denn die Hartz-Gesetze wurden absichtlich mit so heißer Nadel gestrickt, dass sie oft nur sehr vage, selten konkret sagen, was Recht ist. Zuweilen wird dieses durch bewusste Falschbescheidung mancher Fallmanager, die eine heimliche Sparquote erfüllen wollen, noch verworrener.

Das Ziel, bei den Ärmsten der Armen, den leider ökonomisch nicht mehr Verwertbaren zu sparen, wird auf diese Weise ganz fein, aber gemein erreicht. Durch die Hartz-Gesetze haben nur die Richter mehr Arbeitsplätze bekommen, allerdings anders als die aufstockenden ALG-II-Bezieher nicht zu Dumpinglöhnen. Rechtsanwälte wie Alfred Kroll kann es gar nicht genug geben. Ich bedanke mich für seinen engagierten Einsatz! Da in zwei Dritteln der Fälle die Kläger Recht bekommen, zeigt sich, wie wichtig es für einen Rechtsstaat ist, der seinen Namen zu Recht tragen sollen darf, dass alle Bürger ein Recht darauf haben, sich ihr Recht einzuklagen.

2. Die sogenannten Hartz-Gesetze verändern sich permanent, eine Reform jagt die andere und macht dabei der neuen Definition von „Reform“ alle Ehre: Der Begriff bedeutet nun, dass es vielen viel schlechter geht! Nachdem das Bundesverfassungsgericht Verfassungswidrigkeit bei der „Berechnung“ des Hartz-IV-Regelsatzes festgestellt hatte, erdreistete sich das schwarz-gelbe Gruselkabinett nach zähen Endlossitzungen über unzählige Monate hinaus, mit einer „Erhöhung“ von fünf Euro als Neuregelung daherzukommen – nicht zu vergessen das undurchsichtige, viel zu bürokratische Diskriminierungspaket gegen, äh: *für* die kulturelle Teilhabe für Kinder von Hartz-IV-Beziehern, dessen Nichtanklang bei den Eltern selbigen als vermeintliche „Bildungsferne“ vorgeworfen wurde.

Neben der letztgenannten Frechheit gab es eine ganze Palette einschneidender Änderungen, die in der Öffentlichkeit kaum Beachtung fanden. Auch wenn es auf den ersten Blick so aussieht, als ob der **Hartz IV-Regelsatz** rückwirkend zum ersten Januar 2011 auf 364 Euro pro Person angestiegen wäre, zeigt sich bei genauerem Hinsehen, dass es in Wirklichkeit drastische Einsparungen von bis zu 30 Prozent gab! Die Bevormundung im Umgang mit Alkohol und Tabakwaren brachte beispielsweise eine Ersparnis von 4,37 Euro und bestrafte alle Abstinenzler gleich mit, die nun weniger Geld für Lebensmittel zur Verfügung haben. Im Bereich Kleidung und Schuhe wurden direkt 5,50 Euro weggekürzt, bei vielen unbegründeten Streichungen wie dem Geld für Zimmerpflanzen, Campingausrüstung, Übernachtungskosten und so weiter wurde gar nicht erst ein unglaubwürdiger Versuch einer Begründung unternommen.

Nahezu klammheimlich wird nun auch die komplette Leistung zur gesetzlichen Rentenversicherung gestrichen, wodurch der Altersarmut Türen und Tore sperrangelweit aufgerissen werden. Die Entrechtung Erwerbsloser als Menschen zweiter Klasse schreitet weiter voran, indem dieser Gruppe der Paragraf 44 des SGB X so geändert wurde, dass eine Überprüfung behördlicher Bescheide nicht mehr vier Jahre lang möglich ist: Dieser Zeitraum wurde nun auf nur noch ein Jahr begrenzt. Für eine Sanktion, die das fragwürdige Ziel hat, die angebliche Grundsicherung zu unterschreiten, muss dem Betroffenen keine schriftliche Rechtsfolgenbelehrung mehr zukommen: Es reicht die unüberprüfte Annahme, dass der Erwerbsfähige Kenntnis über die Rechtsfolgen besitze. Kaum jemand außer den direkt Betroffenen bekommt die fragwürdigen Änderungen bei den Unterkunftskosten mit: Jetzt dürfen plötzlich die durch sinkende Einnahmen klamm gemachten Kommunen über die „Angemessenheit“ der Mietobergrenze entscheiden, völlig unabhängig davon, ob derlei günstiger Wohnraum überhaupt in ausreichendem Maße vorhanden ist. Bei Hartz IV von einer „Erhöhung“ zu sprechen, ist nichts weiter als eine Farce!

3. Scheinbar wachsen schwachsinnige Ideen von selbst nach oder werden immer wieder neu aufgelegt. Arbeitsagentur-Vorstand Heinrich Alt möchte, dass Langzeitarbeitslose „freiwillig“ mittels eines vier- bis sechswöchigen, von der Arbeitsagentur „bezahlten“ Praktikums prüfen können, ob der Pflegeberuf „etwas für sie“

sei. Wenn einem Probanden durch ein Zertifikat bescheinigt wird, dass er für diesen Beruf „geeignet“ ist, wolle die Bundesagentur dem Praktikanten eine Ausbildung zur Pflegefachkraft bezahlen. Angeblich fehlen schon heute gut 41.600 Arbeitskräfte in der Pflege, bis 2025 sogar 150.000. Aus welchem Märchenbuch soll das denn stammen? Es gibt doch genügend Altenpfleger, die nur nicht eingestellt werden, weil sie trotz Hungerlöhnen angeblich noch immer zu teuer oder zu alt seien!

Ob dies wieder so ein „freiwilliges“ Zwangsangebot ist, nach dem Motto „friss oder stirb“? Kostenlose Arbeitskräfte auf Kosten der Steuerzahler? Sollen nur weitere Erwerbslose aus der Statistik verschwinden, indem sie wochenlang **Praktika** leisten, bis sie – natürlich notgedrungen untauglich für den Pflegeberuf – durch neue kostenlose Praktikanten ausgewechselt werden? Was für ein tolles Geschenk an die „Pflegeindustrie“, die sich bisher ja damit schwer tat, genügend Personal einzustellen, und die vorhandene Lücken mal eben mit Zivildienstleistenden auffüllte. Jetzt aber hat die Bundeswehrreform den sozialen Trägern personell ein Loch geschlagen. Nun wird gern auf die Reserve zurückgegriffen, mit der man meint, sowieso alles machen zu können!

Also wird flugs ein neues Instrument gestrickt und ganz fein verpackt, wobei den Langzeiterwerbslosen, völlig selbstlos seitens der Bundesagentur, eine „Chance“ gegeben werden soll, bei der sie sich „bewähren“ können! Wer das freiwillige Praktikum nicht absolvieren möchte, wird dann bestimmt zum Schneeschaufeln, Laubsaugen oder Rattenfangen abkommandiert. Meine Hochachtung, wenn jemand den Beruf von sich aus lernen möchte, aber dazu sollte niemand überredet, gar gezwungen werden! Warum sagt Heinrich Alt nicht einfach, worum es ihm wirklich geht? Wenn sich sein herzallerliebster Vorschlag durchsetzen sollte, können die Pflegedienstanbieter erneut ganz prima kostenlose Arbeitskräfte als „Praktikanten“ auf allen vakanten Stellen einsetzen. Weil die Agentur beständig Nachschub bieten wird, kommen auch fast keine neuen regulären Arbeitsplätze zustande. Praktikanten dienen als Nachschub für die „auslaufenden“ Ein-Euro-Jobber! Meiner Meinung nach gehören Praktika abgeschafft und durch eine anständig bezahlte Probezeit ersetzt.

4. Wie frech ist das denn? Die Katastrophe im **Atomkraftwerk** Fukushima hat die Welt erschüttert und den Ruf des Betreibers Tepco ruiniert, doch nun fordert die Firma 6,7 Milliarden Euro vom Staat, unter anderem für die Entschädigung der Opfer. Es wird erwartet, dass dies nur die erste von mehreren Finanzspritzen für Tepco sein wird. Ich fühle mich ganz stark an die unmäßigen Forderungen der Bankster nach Unsummen etwa für griechische Staatsschulden erinnert. Diese Gelder sind keineswegs für die griechische Bevölkerung bestimmt, die teilweise auf bis zu 40 Prozent ihres Lohnes verzichten soll! Es ist nicht nur frech, sondern in meinen Augen größenwahnsinnig und unverschämt, wenn die Verursacher nicht für die Konsequenzen geradestehen wollen.

Schließlich war Tepco nicht nur wegen der mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen gegen Tsunamis kritisiert worden, sondern auch das Krisenmanagement sorgte für große Empörung. Es wäre natürlich toll, wenn die Katastrophe ein Umdenken in der japanischen Politik bewirkt hätte und die Regierung einen kompletten Ausstieg aus der Atomenergie auch dauerhaft nicht mehr ausschließt. Aber ich lese immer so ein Hü und Hott – mal so, dann wieder das Gegenteil – aus den Zeilen heraus: Einerseits sei man „sicher“, den Anteil der Atomenergie verringern zu können, andererseits könne die Kernkraft noch über Jahrzehnte „wichtig“ für das Land sein. Sich bloß nicht festlegen, es scheinbar allen Recht machen, aber dann diese wahnsinnigen Geldforderungen stellen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Für ein völlig neues, durch die Menschen selbst kontrolliertes Wirtschafts- und Politiksystem!

Beim Bundestag ist eine Petition zum Kindergeld anhängig: Es möge beschlossen werden, dass beim Arbeitslosengeld II Kindergeld und Unterhaltsvorschuss nicht mit angerechnet werden. Eine Beschwerde hierzu beim Bundesverfassungsgericht wurde nicht zur Entscheidung zugelassen, denn das Grundgesetz verlange keine Sozialleistungen, die den Betreuungs- und Ausbildungsbedarf in gleichem Maße berücksichtigten wie das Steuerrecht. Dem Gleichbehandlungsgrundsatz entspricht diese Entscheidung jedenfalls nicht, und dem Bedarf von Kindern und Jugendlichen schon gar nicht.

Das sächliche Existenzminimum des Steuerrechtes von derzeit 364 Euro für einen Alleinlebenden leitet sich ja gerade aus dem SGB II ab. Dies muss im Umkehrschluss bedeuten, dass es auch für den Ausbildungs-, Erziehungs- und Betreuungsbedarf gilt, um der Gleichbehandlung aller Kinder zu entsprechen. Wenn Verfassungsrichter in Deutschland behaupten, Kinder von auf Transferleistungen angewiesener Eltern hätten nicht den gleichen Anspruch für diese drei Bereiche, wird damit den Anforderungen des Sozialgesetzbuches nach dem Prinzip des Forderns und Förderns widersprochen. Diese gelten zumindest für jeden jungen Erwachsenen ab 15 Jahren im SGB II.

Auf ihrem Erfurter Parteitag hat nun „Die Linke“ ein neues Programm beschlossen und laut Presseberichten die „Systemfrage“ gestellt. Britta Littke-Skiera aus Bremen-Nord kommentiert: „Hartz IV ‚überwinden‘? Was soll *das* denn bitte? *Wann* denn überwinden, am Sankt-Nimmerleins-Tag? ‚Die Linke‘ muss für eine *sofortige* Abschaffung der verbrecherischen Hartz-IV-Gesetze einstehen! Dass die Partei ‚eigentlich‘ für die Abschaffung von Hartz IV sei, ist mir zu wenig beziehungsweise nicht eindeutig genug! Von der Führungsspitze unserer Partei erwarte ich da eindeutige, klare Aussagen, auch im Sinne der im Niedriglohnsektor Beschäftigten und der Aufstocker(innen). Die Betroffenen leiden Höllenqualen! Die Erwerbslosenverbände geben reichlich Auskunft über die gesetzeswidrigen Auswüchse in den Jobcentern.“

Ich muss Britta hier klar unterstützen: Hartz IV muss weg, das dürfte für Millionen Betroffene eine ganz eindeutige Forderung sein! Man muss von der „Linken“ verlangen dürfen, dass sie als sozialistische Partei sofort eine genaue und gründliche Analyse der in Deutschland im Jahr bezahlten Arbeit unternimmt und feststellt, wie sich die Arbeitsstunden auf alle möglichen Erwerbsfähigen verteilt. Hier hat die Partei die Verpflichtung, eine gerechte Verteilung dieser Arbeit innerhalb dieses System zu fordern. Können die Arbeitnehmer(innen) insgesamt nicht mehr allein von ihrer Arbeit leben – und das dürfte zurzeit für die meisten der Fall sein –, dann ist dieses Erwerbseinkommen durch ein Grundeinkommen zu ergänzen, beziehungsweise dieses ist dem Erwerbseinkommen vorzuschalten. Nur so kann eine Partei wie „Die Linke“ überhaupt zu einer glaubwürdigen Strategie zur Abschaffung von Hartz IV kommen. Das ist das Mindeste, was alle Mitglieder von dieser Partei zur Arbeits- und Sozialpolitik fordern müssen, notfalls im Rahmen der geplanten Urabstimmung. Nur so kann das ein Weg zur Überwindung dieses Systems werden. In meinen Augen wäre das ein wirklicher guter Anfang!

Der MLPD möchte ich sagen: „Nieder mit dem Lohnsystem“ muss doch eigentlich die Forderung einer kommunistischen Partei sein, selbst wenn es heute viele Menschen vielleicht noch nicht so gerne hören wollen. Auch die Sofortforderung nach 500 Euro Regelsatz und zehn Euro Mindestlohn wird nicht ausreichen, weil man hiermit in diesem System verbleibt. Das gleiche gilt für die unterschiedlichen Forderungen bezüglich der Einführung von Grundeinkommen. Dies können höchstens Übergangsforderungen sein auf dem Weg in eine neue wirklich demokratische internationale Gesellschaft. Auch die Bewegung zur direkten Demokratie sollte nicht beginnen, den Eindruck zu erwecken, man könne den globalen Kapitalismus zähmen, denn dann würden alle Menschen, die sich jetzt dieser Bewegung anschließen, eines Tages maßlos enttäuscht sein.

Man muss nicht unbedingt die „Sozialismus- oder Kommunismuskeule“ schwingen, denn davor haben viele Menschen regelrecht Angst. Trotzdem muss man den Menschen ein völlig neues und durch die Menschen selbst kontrolliertes Wirtschafts- und Politiksystem anbieten. Es ist anscheinend wie ein Spagat, aber dieser muss eines Tages gelingen, sonst werden alle Bewegungen ohne Erfolg bleiben. Eine solidarische Forderung in diesem System darf doch erst einmal

nur lauten: einheitliches Grundeinkommen mit dem Tag der Geburt und gerechte Verteilung aller bezahlten Arbeit auf alle erwerbswilligen Menschen, und zwar ohne Androhung irgendwelcher Sanktionen gegen Menschen, die bestimmte Arbeiten ablehnen!

Viele Menschen behaupten: Wer arbeiten will, der bekommt auch Arbeit. Keine Partei sagt, dass ungefähr 20 Millionen Vollzeitbeschäftigte ungefähr 36 Milliarden bezahlter Arbeitstunden in Deutschland verrichten. Keine Partei sagt, dass für zusätzliche 36 Millionen mögliche Erwerbsfähige nur noch ungefähr zwölf Milliarden bezahlte Erwerbsarbeitstunden verbleiben. Keine Partei sagt, dass das nur noch 333 Stunden im Jahr für jeden möglichen Erwerbsfähigen sind, also rund 28 Stunden pro Monat. Aber alle Parteien dulden trotzdem die Drangsalierung von Erwerbslosen! Bis heute hat noch keine der im Bundestag vertretenen Parteien die Normenkontrollklage gegen die Änderungen der Hartz-Gesetze eingereicht. Muss nicht „Die Linke“ als Anti-Hartz-IV-Partei den entsprechenden Druck machen, zumindest dort, wo sie es könnte, nämlich in Brandenburg? Darf man Parteien wirklich noch wählen?

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Nichts gegen Merkels Kehrtwenden: Nun noch zwei bei Afghanistan-Einsatz und bei „Bildungspäckchen statt Kinderregelsatzerhöhung“! *(„Spiegel-Online“)*

Das macht Sinn: Mit dem „Hebel“ knacken die Bankster den 780-Milliarden-Euro-Rettungsjackpot *(„Focus“)*

Solidarität mit dem Kampf des griechischen Volkes!

1. Aus Protest gegen die massive Verschlechterung ihrer Lebenslage protestierten letzte Woche Hunderttausende Menschen in Griechenland. Viele leben schon in Armut. Die Regierung Papandreou will jetzt im Auftrag des internationalen Finanzkapitals die nächste Welle an Angriffen starten: Im öffentlichen Dienst sollen 30.000 Beschäftigte entlassen werden und alle anderen eine Lohnkürzung von 20 Prozent akzeptieren. Die „Troika“ aus IWF, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank reist wie ein König durchs Land und erpresst die Zusage zu neuen Krediten: „Was kann noch als Tafelsilber verkauft werden? Können nicht noch mehr Ar-

beitsplätze, Löhne und Renten abgebaut werden?“ Damit bringen sie immer breitere Bevölkerungsschichten gegen sich auf.

Letzte Woche fand der größte Generalstreik statt, den Griechenland je erlebt hat. Ministerpräsident Papandreou reagierte mit dem Aufmarsch des staatlichen Gewaltapparats und sprach von „Kriegszustand“. Bereits am Vormittag des 18. Oktober 2011 standen vor dem Athener Parlament große Polizeieinheiten für den Einsatz gegen Streikende und Demonstranten bereit. Den Angriff von vermummten Autonomen oder auch von Provokateuren auf Demonstranten nahm die Polizei zum Vorwand für einen massiven Knüppel- und Tränengaseinsatz. Ein 50 Jahre alter Maurer erlag einem Herzinfarkt, den er dabei erlitten hatte. Von diesem Terror ließen sich die Demonstranten aber nicht abhalten. Immer wieder gerufen wurden die Slogans „Die Regierung muss stürzen!“ und „Die Macht dem Volke!“

Hier in Deutschland erleben wir eine permanente Hetze, vor allem der „Bild“-Zeitung, gegen die „Pleite-Griechen“. Damit soll die kämpferische Solidarität in Europa verhindert werden. Wir sollen uns auf keinen Fall ein Beispiel am griechischen Volk nehmen, das sich mit großer Hartnäckigkeit weigert, die Lasten einer Krise zu tragen, die andere zu verantworten haben. Das internationale Finanzkapital hat durch teure Kredite den Staatsbankrott Griechenlands provoziert und dabei Milliardengewinne eingefahren. Auch die Bundesregierung ist an diesen dreckigen Geschäften beteiligt, indem Griechenland Kapital zu Zinsen von 5,9 Prozent geliehen wurde, das vorher auf dem Kapitalmarkt für 3,2 Prozent aufgenommen worden ist. Damit hat die Merkel-Regierung bis heute bereits 25 Milliarden Euro Gewinn abgeschöpft. Künftig soll durch eine „europäische Wirtschaftsregierung“ die Vorherrschaft von Frankreich und Deutschland in der EU weiter ausgebaut werden. Ihr Ziel ist es, die nationale Souveränität der kleineren EU-Länder zu beschneiden oder ganz abzuschaffen.

Nachdem ein Schuldenschnitt für Griechenland bisher am Widerstand der Banken gescheitert war, kommt er nun doch. Aber das internationale Finanzkapital will dafür natürlich einen lukrativen Ausgleich: Die EU- Regierungen werden das Eigenkapital ihrer Banken mit Steuergeldern in Höhe von 108 Milliarden Euro ausstatten. Außerdem wollen sie den Euro- Rettungsschirm EFSF mit einem „Finanzhebel“ aufblasen, sodass er ein bis zwei Billionen Euro ausleihen kann, um das Weltfinanzsystem zu retten. Die „Rettungsschirme“ dienen nicht der Bevölkerung, auch wenn Merkel und Sarkozy diesen Eindruck erwecken wollen. Kein Cent wird zum Beispiel an die griechischen Arbeiter gehen, die teilweise seit Monaten um die Bezahlung ihrer Löhne kämpfen. Das griechische Volk will nicht als neue Kolonie in Europa leben und rebelliert gegen den Ausverkauf seines Landes an die Banken und Konzerne!

Viele Menschen suchen nach einem Weg und nach einer Lösung über den Kapitalismus hinaus. Der Kapitalismus verstrickt sich immer mehr in seinem Krisenstrudel und findet keinen Ausweg. Ein Krisengipfel jagt den andern, doch alle Maßnahmen können der Weltfinanzkrise nur kurzfristig Luft verschaffen, verstärken aber gleichzeitig die unlösbaren Probleme. Dem internationalen Finanzkapi-

tal kann man keine Zügel anlegen! Die Finanztransaktionssteuer, die SPD, Grüne und auch „Attac“ fordern, verändert überhaupt nichts grundlegend. Sie wird von den Großbanken aus der Portokasse bezahlt. Die Zeit ist reif, das Übel der kapitalistischen Profitwirtschaft an der Wurzel zu packen und die internationale, sozialistische Revolution vorzubereiten. Es lebe die internationale Solidarität! Das Volk sind wir! Wir sind die „99 Prozent“!

2. „Bahnlärm macht krank“: Das war das Thema des 60. Schwabenstreichs Bremen-Oldenburg, der zum Abschluss der 349. Montagsdemo auf dem Hanseatenhof stattfand. Seit Jahren ist der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven im Bau, ohne dass das Bundesverkehrsministerium und die Deutsche Bahn Maßnahmen gegen den gesundheitsschädlichen Bahnlärm getroffen hätten. Ab 2012 sind die Anwohner an der Bahnstrecke Wilhelmshaven-Oldenburg-Bremen-Hannover massiv vom wachsenden Lärm der Güterzüge betroffen. Im Abschnitt Oldenburg verzehnfacht sich die Anzahl der Züge. Die 1.000 Anwohner der Roonstraße in Bremen leiden heute schon darunter, dass es keine Schallschutzwände gibt. In Zukunft werden ihnen jede Nacht alle drei Minuten donnernde Güterzüge den Schlaf rauben! Der Schwabenstreich unterstützt die Proteste gegen Bahnlärm, insbesondere die Überprüfung von Umgehungsstrecken um Oldenburg und Bremen und den sofortigen Bau von Schallschutzwänden auf Kosten der Bahn.

Harald Braun

Arm gerechnet: Hypo Real Estate lässt 50 Milliarden Euro verschwinden, um sich den Schutz eines „Rettungsschirms“ zu erschwindeln *(„Stern“)*

Schulden des Staates sind Vermögen der Reichen: Wie einst für Kaisers Kriegskredite stimmt die SPD heute für Ackermanns Rettungspakete *(„Spiegel-Online“)*

Ohne zivilen Ungehorsam ist Widerstand ein Kindergeburtstag

Zu einer gemeinsamen Demonstration mit anschließendem Schwabenstreich in Rüdesheim/Rhein, zu dem die Bürgerinitiative „Rheintal 21“ und der Schwabenstreich Bremen-Oldenburg eingeladen hatten, kamen Willi Pusch, Vorsitzender der Bürgerinitiative, und etwa 40 bis 50 Gegner des Bahnlärmes im Mittelrheintal gegen 16 Uhr an den Rüdesheimer Bahnhof. Im Verlauf der Veranstaltung passierten etwa zwölf schwere Güterzüge den Bahnübergang.

Ich freue mich, dass zu dieser unüblichen Zeit für eine solche Veranstaltung so viele Leute aus dem gesamten Mittelrheintal nach Rüdesheim gekommen sind! Es macht mich sehr zufrieden, dass diese Veranstaltung in Rüdesheim zustande gekommen ist und dass das Wort Solidarität zumindest hier noch bekannt ist. Ich mache mir nämlich wenig Hoffnung, dass die Bahnlärmgegner aus Bremen, Oldenburg und Bremerhaven sowie von der Y-Trasse sich der Veranstaltung anschließen werden, da es seitens der Bremer Gruppe eine starke Opposition gegen den Schwabenstreich gibt. Mir fehlt das Verständnis für diese Haltung, weil nur geeinter Widerstand und geeinte Solidarität zwischen den einzelnen Gruppen einen konstruktiven Widerstand ergibt. Deshalb lade ich Willi Pusch und seine Bürgerinitiative nach Bremen ein!

Wer glaubt, dass „Stuttgart 21“, die feste Fehmarnbelt-Querung, die Y-Trasse oder die Neubaustrecken Nürnberg-Erfurt und Wendlingen-Ulm nichts mit dem Problem Bahnlärm zu tun hätten, der irrt sich. Alle diese Irrsinnsprojekte dienen nicht der Verbesserung der Bahninfrastruktur, sondern verschwenden Geld, das beim sinnvollen Aus- und Neubau von Bahnstrecken fehlt. Die Betuwe-Linie Arnheim-Emmerich-Oberhausen, die Mittelrheintalstrecke und die neue Alpentransversale Karlsruhe-Basel sind wichtige Aus- und Neubaustrecken zur Entlastung der Bevölkerung gegen gesundheitsschädlichen Bahnlärm durch den Güterverkehr auf der Rheinachse in die Schweiz und nach Italien. Diese Projekte müssen vorrangig behandelt werden! Durch den Bau der jetzigen Neubaustrecke Köln-Frankfurt wurde die einmalige Chance vertan, das Mittelrheintal gänzlich von Güterverkehr zu befreien. Das Planungsbüro Visslegg & Rössler hatte entsprechende Varianten angeboten, die Deutsche Bahn aber die jetzige Streckenführung bevorzugt, um höhere Trassenpreise verlangen zu können.

Ein weiteres Thema unserer Veranstaltung ist die Frage, wie der Widerstand noch konstruktiver geführt werden kann, ohne bei den gesetzlichen Vorschriften über die Stränge zu schlagen. Der zivile Ungehorsam muss so weit, wie es geht, ausgenutzt werden, sonst ist Widerstand ein Kindergeburtstag! Über die Frage, ob ich Berufsdemonstrant sei, kann ich nur lächeln. Der Button „Berufsdemonstrant“ ist die kreative Antwort der Parkschützer in Stuttgart auf die Verhöhnung des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus, dass sich der Stuttgarter Widerstand gegen „S21“ ausschließlich aus „Berufsdemonstranten“ zusammensetze. Anhand meiner mitgeführten Buttons kann ich den Mitstreitern vom Mittelrhein meine Kontakte in Deutschland und dem europäischen Ausland zeigen. Das politische Kalkül der Verdummung der Menschen wirkt europaweit! Politikerwillkür und rein wirtschaftliche Interessen nehmen nicht nur in Deutschland überhand.

Ich fordere mehr freien Bürgerwillen und Demokratie anstelle der Wirtschaftsdiktatur durch Banken und Industrie!

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Bürgerinitiative „Rheintal 21“

Zwischen Freimarkt- und Weihnachtsmarktzeit beginnt die **Montagsdemo** ganz regulär um **17:30 Uhr** am **Marktplatz**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

350. Bremer Montagsdemo am 31. 10. 2011

Heute ist das Offene Mikrofon nicht mehr wegzudenken

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, einen herzlichen Glückwunsch an uns alle, dass wir seit über sieben Jahren unseren Kampf gegen die absolut unsozialen Hartz-Gesetze jeden Montag auf die Straße tragen! Einen Glückwunsch an unsere Ausdauer und unseren Zusammenhalt! Natürlich würde ich uns noch lieber dazu gratulieren, den Bundestag und die Regierung schon gezwungen zu haben, die Hartz-Gesetze zurückzunehmen. Das wäre natürlich noch ein ganz anderer Grund zu feiern! Dann könnten wir sagen: Das haben wir erreicht, jetzt erreichen wir noch viel mehr: Her mit dem schönen Leben!

Aber wir haben ja bewiesen: Wir haben Durchhaltevermögen. Zeigen nicht die hektischen, ja panischen Krisengipfel mit immer abenteuerlicheren Finanzaktionen – jetzt soll der berühmte „Hebel“ zwei Billionen Euro herbeizaubern –, dass die Probleme der Herrschenden immer größer und immer unlösbarer werden? Statt „Hebel“ würde ich lieber „Krücke“ sagen, und die wird ihnen auch nicht viel helfen – allenfalls schneller unterzugehen! Die Völker der Welt lernen immer besser zu kämpfen. Ob in Nordafrika, Griechenland oder Italien: Die Menschen wehren sich gegen die brutalen Krisenprogramme, welche die Banken auf ihre Kosten retten sollen.

Auch wir haben als Teil der bundesweiten Montagsdemo schon viel erreicht. Nehmen wir nur einmal das Offene Mikrofon: Früher gab es so etwas nicht. Wenn damals eine Demo war, sprachen ein oder zwei Redner, und das war es dann. Heute ist das Offene Mikrofon nicht mehr wegzudenken. Ob Arbeiterstreik, Studentendemo oder Kampf gegen Atomkraftwerke: Das offene Mikrofon gehört überall dazu. Es ist ein Bestandteil der Entschlossenheit, die Sache in die eigene Hand zu nehmen. Die Demonstrationskultur der Montagsdemobewegung prägt immer weitere Bereiche. Das hat große Bedeutung, weit über den Kampf gegen die Hartz-Gesetze hinaus.

Eine andere Gesellschaft, in der nicht das Finanzkapital, sondern die große Mehrheit der Menschen bestimmt, was auf welche Weise produziert und wie der gesellschaftliche Reichtum verteilt wird, eine solche Gesellschaft ist nicht denkbar ohne zu lernen, die Sache in die eigene Hand zu nehmen. Als in Japan drei Atommeiler in die Luft flogen, waren es die Montagsdemos, die sofort die Antiatomproteste in die Hand nahmen und mit dazu beitrugen, dass die Regierung so schnell von ihrer Laufzeitverlängerung abrückte und Zugeständnisse an die Bewegung der Kernkraftgegner machen musste. An uns kommt keiner vorbei! Wenn unser Kampf auch noch länger dauert: Die Zukunft gehört uns!

Wolfgang Lange (MLPD) ist Moderator der Bremer Montagsdemo

Statt Spitzbuben zu jagen, musste an diesem Montag ein von Ladenbesitzern herbeigerufener Polizist die Montagsdemo mitverfolgen, um sicherzustellen, dass am Hanseatenhof die „zumutbare Lautstärke“ nicht überschritten wurde.

Journaille geschockt: Soll über den in Brüssel erkämpften Deal zum Schuldenschnitt von den griechischen Bürgern entschieden werden, die von den Sparmaßnahmen zermürbt sind? *(„Spiegel-Online“)*

Am „Hebel“ drückt der Wucherer

Vom Hebelgesetz haben wir alle in der Schule im Physikunterricht gehört. Schon die alten Ägypter haben es gekannt und beim Pyramidenbau angewendet. Wir kennen den modernen Spruch: „Gewaltig ist des Schlossers Kraft, wenn er mit dem Hebel schafft“. Das Gesetz funktioniert immer noch, denn es ist ein Naturgesetz der Mechanik. Es ist sehr leicht anwendbar und vor allem leicht zu erklären. Nur aus diesem Grund – um in der wahnsinnigen Finanzindustrie überhaupt irgendetwas verständlich zu machen – wird versucht, dieses Naturgesetz heute auf Bankgeschäfte anzuwenden.

Es sagt beziehungsweise wirkt so: Wenn jemand am langen Ende einer Stange mit kleiner Kraft drückt, hebt sich am anderen, kurzen Ende der Stange ein schwerer Brocken. Die Stange – es kann auch ein Balken sein, genannt Hebel – muss nur auf einem Drehpunkt liegen, und es funktioniert. Nun das Hebelgesetz der Finanzwirtschaft: Würden Sie mir 100 Euro leihen? Ich mache Ihnen ein gutes Angebot: Wenn ich es nicht schaffen sollte, Ihnen das Geld in einem Jahr

zurückzuzahlen, dann bekommen Sie von meinem Kollegen garantiert nächstes Jahr zehn Euro wieder. Das ist schon ein starker „Hebel“: eins zu zehn!

Aber er könnte noch besser sein. Ein weiteres Angebot: Sie bekommen 50 Euro zurück oder gar 80 Euro. Das ist dann aber kein guter „Hebel“ mehr. Auch das Gegenteil ist der Fall: Sie wollen normalerweise von mir *mehr* Geld zurück, als ich Ihnen gegeben habe. Das nennen wir Zinsen und finden es richtig. Eine Bank verlangt sogar horrende Zinsen, zum Beispiel 17 Prozent für den Überziehungskredit von Ihrem Girokonto. Das ist kriminell. Aber was ist hier faul? Warum funktioniert das bisher so? Weil es ein von gewissenlosen Geschäftemachern definiertes Spiel ist, bei dem wir alle, Sie und ich, bis jetzt mehr oder weniger mitgespielt haben. Das muss jetzt vorbei sein! Ich kann zum Beispiel jedem nur raten, nie sein Konto zu überziehen. Sprechen Sie mal ernstlich mit Ihrem Hausbanker darüber, ob er Ihnen einen Überziehungskredit nach dem „Hebelgesetz“ genehmigt!

Es ist ja eine an sich gute Idee einiger unserer Finanzpolitiker, diese Spielregeln einmal umzudrehen. Doch ich habe wenig Hoffnung, dass viele Mitspieler gefunden werden. Warum sollten Banker, Spekulanten oder Investoren, die per Definition zulasten ihrer Mitmenschen Geld aus dem Nichts erschaffen, sich plötzlich auf solche „Hebelgeschäfte“ einlassen? Ich glaube nicht, dass diejenigen, die bisher immer am längeren Hebel gedrückt haben, so einfach und freiwillig ihre Wuchergeschäfte aufgeben. Leider kann auch in diesem Fall niemand ein Naturgesetz aushebeln. Das schafft weder ein guter Politiker noch der kriminellste Investment-Banker. Doch wir alle müssen daran mitwirken, letzterem das Handwerk zu legen.

Helmut Minkus (parteilos)

Statt Mindestlohn auf unterstem Leiharbeitsniveau: Zeitarbeit als sittenwidrig verbieten!

1. In Unna „vermittelt“ die Arbeitsagentur momentan sowohl ALG-I- als auch ALG-II-Bezieher an den Internetriesen Amazon. Weil das Unternehmen „saisonbedingt“ Hunderte, wenn nicht Tausende Aushilfskräfte für die Auslieferung der Waren in der Vorweihnachtszeit suchte, finden derzeit sogenannte „Informationsveranstaltungen für Versandmitarbeiter“ mit je 80 bis 90 Teilnehmern pro Veranstaltung direkt bei „Amazon Werne“ statt. Die „Vermittelten“ müssen zunächst ein unbezahltes **Praktikum** machen und bekommen währenddessen nur Hartz-IV-Leistungen und Fahrtkostenzuschüsse vom Jobcenter bezahlt. Wer es ablehnt, sich für blöd

verkaufen zu lassen und deswegen dieses Pseudo-Praktikum nicht machen will, muss mit massiven Sanktionen in Form von Leistungskürzungen zwischen 30 oder sogar 100 Prozent rechnen.

An den Veranstaltungen nehmen als „Vermittler“ auch die Mitarbeiter der Arbeitsagentur teil. Allein aus dem Kreis Unna müssen sich etwa 500 Delinquenten „vermitteln“ lassen. Aus den umliegenden Regionen kommen noch einmal 200 dazu, die für einen umsatzstarken Reibach von Amazon sorgen werden. Dies ist wieder mal eines der vielen Beispiele, wofür die Hartz-Gesetze geschaffen worden sind: Es geht ganz bestimmt nicht um Vermittlung in tatsächlich vorhandene und anständig entlohnte Arbeit, sondern um die Entrechtung der schließlich arbeitenden Menschen, die im Sinne der Unternehmer am besten nur noch als Praktikanten oder „ehrenamtlich“ tätig sein sollen!

Arbeiten ja – Bezahlung, wenn überhaupt, dann nur so grottenschlecht, dass davon niemand sich selbst, geschweige denn eine Familie ernähren kann und somit auch weiterhin als Aufstocker in den Klauen der Verfolgungsbetreuung bleiben muss. Hier wird auf dem Rücken der Betroffenen des Steuerzahlers Geld zum Vorteil von Amazon verschwendet! Angeblich werden dort „Beschäftigte“, die keine staatlichen Sozialleistungen erhalten, von der ersten Stunde an „normal“ bezahlt. Wieso wird hier ein Subventionssystem auf Staatskosten zugunsten des weltweit agierenden Internetunternehmens betrieben?

2. Die Bremer Gymnasiastin Lena war von Februar 2009 bis Juni 2011 als **400-Euro-Kraft** für 7,67 Euro die Stunde im Schlossparkbad beschäftigt. Sie erteilte Schwimmunterricht für Kinder und arbeitet an der Kasse. Nach anderthalb Jahren fragte sie bei der Personalabteilung nach, ob ihr nicht auch Urlaub und Weihnachtsgeld zustehe. Angeblich wusste dort niemand etwas darüber, weswegen sich Lena Unterstützung bei der Rechtsberatung der „Arbeitnehmerkammer“ holte. Sie erhielt zwar rückwirkend den ihr zustehenden Urlaub und die Sonderzahlungen, doch wurde zum Juni dieses Jahres von der „Bremer Bäder GmbH“ wegen des „gestörten Vertrauensverhältnisses“ gekündigt. Lena empfindet es als Skandal, dass diese Praxis dort offenbar immer noch vorherrscht, weil die anderen 400-Euro-Kräfte bislang keine Nachzahlungen erhalten hätten. Ich kann es mir auch nicht vorstellen, dass das freiwillig geschehen könnte!

Wieder bestätigt sich: Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt! Auf Nachfrage räumte die „Bremer Bäder GmbH“ ein, das 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz bei Aushilfen nicht angewendet zu haben. Lena habe wie etliche andere ohne Arbeitsvertrag für das Unternehmen gearbeitet. Jetzt schau mal einer kiek: Es sei niemandem bewusst gewesen, dass das Gleichberechtigungsgesetz auch einen direkten Einfluss für Aushilfen gehabt hätte! Nein,

natürlich nicht, wieso hätte dieses Gesetz denn alle gleich behandeln müssen? Das wäre sicherlich zu viel erwartet gewesen, mit dieser Praxis lässt sich doch so wunderbar Geld sparen! Dennoch gilt die Nachzahlung von Lenas ehemaligem Arbeitgeber für zwei Jahre als „großzügig“, wie er es nicht hätte machen müssen. Was haben wir bloß für bescheidene Arbeitsgesetze! Pennen die Gewerkschaften denn nur noch?

3. Das Thema **Mindestlohn** ist seit Jahren in der Union auf das Heftigste umstritten, doch nun vollzieht die Partei auf Wunsch von Kanzlerin Merkel die Kehrtwende: Die CDU wird sich auf ihrem Parteitag Mitte November für eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in Branchen aussprechen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Hat selbst die CDU jetzt etwas bemerkt? Aber wenn die Untergrenze durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt werden und sich „am Tarifabschluss für Zeitarbeitnehmer orientieren“ soll, dann sehe ich, dass hier gar nichts verstanden wurde, sondern sich weiterhin am Interesse des möglichst ungebremsten Profites der Unternehmer orientiert wird.

Wir brauchen keine Lohnuntergrenze, sondern Mindestlöhne, die sich selbstverständlich nicht nach den menschenverachtenden untersten „Löhnen“ für Zeitarbeiter richten, sondern daran, dass die Arbeitnehmer über genügend Gehalt verfügen können, von dem sie sich und ihre Familie ernähren können, ohne dabei jeden Cent umdrehen zu müssen, und ohne dass eine kaputte Waschmaschine einer finanziellen Katastrophe gleichkommt, einem Vegetieren auf Niveau von Hartz IV, das noch nicht mal an eine echte Grundsicherung herankommt! Statt sich nach „zeitarbeitsüblichen Löhnen“ zu richten, sollte Zeitarbeit als sittenwidrig verboten werden!

Dass diese Politiker sich überhaupt noch trauen, bei den unsäglich niedrigen Brutto-„Löhnen“ das Wort „Lohnhöhe“ in den Mund zu nehmen, wenn die „Höhe“ sich am Tarifniveau der Zeitarbeit orientieren soll, wobei der Mindestlohn dieser Branche bei 6,89 Euro im Osten und 7,79 Euro im Westen liegt! Das ewige Gejammer, dass ein Mindestlohn Arbeitsplätze vernichten könnte, scheint nicht mehr angestimmt zu werden, muss aber bei derart niedrigem „Lohn“ nicht wirklich kommen. Eine von Frau von der Leyen in Auftrag gegebene Studie beweist nun endlich, dass ein solcher Zusammenhang gar nicht bestehe. Ach nee! Es ist wirklich erschreckend, dass bereits jeder Fünfte unter der Niedriglohnschwelle arbeitet.

4. Offenbar ist die **Strahlung** in Fukushima viel höher als zuvor behauptet. Eine neue, detaillierte Studie schätzt, dass doppelt so viel Cäsium 137 in die Atmosphäre gelangt ist, wie die japanische Regierung „berechnet“ hat. Doch wie viel Strahlenmaterial seit dem Desaster insgesamt in die Umwelt gelangt ist, verschleiern, äh: erörtern Experten seit Beginn der atomaren Katastrophe, denn sie änderten und korrigierten ihre Schätzungen immer wieder. Die jetzt geschätzte Menge entspreche 40 Prozent jener Menge an Cäsium 137, die bei der Tschernobyl-Katastrophe freigesetzt worden war – und der zweitgrößten Freisetzung von Cä-

sium 137 in der Geschichte der Menschheit. Konkrete Folgen ließen sich nicht abschätzen, nur sei allgemein mit einer steigenden Krebsrate und missgebildeten Babys zu rechnen! Selbst wenn angeblich ein großer Teil der radioaktiven „Wolke“ aufs Meer hinaus gezogen sei, ist diese früher oder später, je nach Windrichtung, auch anderswo zu finden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Das Spiel mit dem atomaren Feuer geht weiter

Mit dem Entwurf seines „Energiefahrplans 2050“ präsentiert sich der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident und heutige EU-Energiekommissar Oettinger erneut als vehementer Verfechter der Atomkraft. In dem Papier spricht er von der Kernenergie als einem „wichtigen Faktor im zukünftigen Energiemix“. Zwar habe der „Unfall“ von Fukushima „die öffentliche Wahrnehmung der nuklearen Energie in einigen Mitgliedstaaten geändert“, gleichwohl werde die Atomkraft in Europa gebraucht.

In seinem „Energiefahrplan“ findet man alle Lügenargumente, die wir seit Jahren von den Atomkonzernen kennen, das Märchen von den „niedrigen Stromkosten“ ebenso wie das Märchen von der Atomkraft als „Option zum Schutz des Weltklimas“. Oettinger behauptet, „höchste Sicherheitsstandards“ seien nur zu erreichen, wenn die entsprechende „Kompetenz und Technologieführerschaft“ in Europa erhalten bleibe. Zwar betrachteten „wesentliche Teile der europäischen Öffentlichkeit die Risiken der Kernenergie als nicht akzeptabel und die Frage der Entsorgung nuklearer Abfälle als ungelöst“, doch diesen Vorbehalten werde man mit „neuen Kernkrafttechnologien“ entgegentreten.

Aus diesem Grund läuft die Forschung und Entwicklung der vierten Generation der AKWs auch in Deutschland weiter. In Karlsruhe läuft seit sechs Wochen ein „Mediationsverfahren“ zur Genehmigung eines Neubaus des „Europäischen Instituts für Transurane“. Hinter der Tarnung mit dem Titel „Sicherheitsforschung“ verbirgt sich die Wiederaufbereitungstechnologie für einen neuen Typ „schneller Brüter“. Auch nach der Stilllegung von acht AKWs in Deutschland wird massiv an einer Renaissance der Atomenergie gearbeitet!

Am Dienstag dieser Woche wird von der Landesregierung Niedersachsen der nächste Castor-Transport ins Atommüllzwischenlager Gorleben genehmigt. Ge-

plant ist, weitere elf Atommüllbehälter von der Plutoniumfabrik in La Hague ins Wendland zu verfrachten. Dieser Transport wird mit großem Polizeieinsatz durchgedrückt, obwohl der Salzstock in Gorleben völlig ungeeignet ist, die zugelassenen Strahlenwerte dort bereits überschritten sind und die große Mehrheit der Bevölkerung diesen Transport ablehnt. Das interessiert die herrschenden Politiker in Hannover und Berlin aber nicht: Um den Transport zu legitimieren, werden die Messergebnisse einfach „frisiert“.

„Eine weitere Einlagerung ist schlicht rechtswidrig“, zu dieser Einschätzung kommt Diplom-Physiker Heinz Smital von der Umweltorganisation „Greenpeace“. Die Genehmigung für das Transportbehälter-Zwischenlager, eine simple oberirdische Halle am Rande von Gorleben, ist daran geknüpft, dass ein Strahlenwert von 0,3 Millisievert pro Jahr am Zaun des Geländes nicht überschritten wird. Das Umweltministerium behauptet, es seine „lediglich“ 0,235 Millisievert gemessen worden. Die Experten von „Greenpeace“ haben jedoch drei Fehler in diesen „Messungen“ nachgewiesen:

Erstens wurde der „Neutronen-Hintergrundwert“ nachträglich ohne Begründung höher angesetzt. Dieser Wert beschreibt die natürliche Umgebungsstrahlung und muss von der Gesamtdosis abgezogen werden. Je höher er ist, desto geringer fällt der „Castor-Effekt“ aus. Zweitens wird die „Gamma-Dosis“ bei der Messung gar nicht berücksichtigt, obwohl die Strahlendosis zu einem Viertel aus Gammastrahlung und zu drei Vierteln aus Neutronenstrahlung besteht. Drittens wurden die Messungen nicht dort durchgeführt, wo die Strahlung am höchsten ist: Die strahlenden Castoren stehen am hinteren Ende der Halle, während der Messpunkt an der vorderen Hallenseite liegt.

„Greenpeace“ hat bei eigenen Messungen 0,305 Millisievert festgestellt – damit ist der zugelassene Grenzwert überschritten! Dies sind gute Gründe, viele Leute für die **Großdemonstration** am **26. November 2011** im **Wendland** zu gewinnen: Kein Castor-Transport nach und kein Endlager in Gorleben! Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit!

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

351. Bremer Montagsdemo am 07. 11. 2011

Montag ist Widerstandstag! – *Foto: Helmut Minkus*

Hier erfahren Sie, was andere Ihnen lieber nicht sagen wollen

Heute findet die Bremer Montagsdemo zum 351. Mal statt. Das Besondere heute ist ihr neues Banner. Zwei Themenschwerpunke sind darauf zu lesen: Die Forderung nach Abschaffung aller Atomkraftwerke weltweit und der Kampf gegen Sozialabbau. Nur die „Härtesten“ sind bei letzterem Thema von Anfang an dabei. Dazu gehöre ich zwar nicht, doch die Montagsdemo behandelt auch viele andere Themen und Probleme, und ich weiß, was mir die Montagsdemo bieten kann. Das gleiche Angebot gilt auch für Sie!

Hier erfahren Sie, was andere Ihnen lieber nicht sagen wollen. Sie erfahren hier Dinge, die nicht in jeder „Blöd“-Zeitung zu lesen sind. Wir gucken hinter die Kulissen. Wir sagen Ihnen die Wahrheit: Wer steckt hinter der Euro-Krise? Wie werden Atomkraftwerke abgeschaltet? Was machen die Atomstromer, Kriegsverbrecher und Volksverdummer? Wir gucken dem Bischof unter die Mitra und den Geheimdiensten auf die Schmutzfinger. Wir entlarven Lügner und Schönredner, Waffenhändler, und Militärdiktaturen.

Wir sagen unsere Meinung jedem, der sie hören will, und auch denen, die ihre Verbrechen lieber vertuschen würden. Wir beobachten gewissenlose Geschäfte zum Beispiel der Chemiekonzerne, der Pharmaindustrie, der Psychiatrie, der Konsumgüter- und Medienindustrie. Wir erklären Ihnen, wie Sie von korrupten Bankstern und „armen“ Millionären abgezockt wurden, ohne es gemerkt zu haben. Wir wecken schlafende Behörden und ölen eingerostete Politiker.

Es geht uns darum, dass Sie erfahren, von wem Sie belogen und betrogen werden, wie und warum. Jeder ist betroffen und kann deshalb bei der Aufklärung mitwirken. Auch Sie haben Ihre Erfahrungen gemacht. Sagen Sie, was Ihnen stinkt und wer Sie betrogen hat! Hier bei uns am Offenen Mikrofon haben Sie die Gelegenheit dazu. Wirken Sie mit an Ihrer eigenen Demokratie! Wenn Sie selbst nicht sagen, was Sie wollen, werden andere Ihnen aufzwingen, was Sie mit Sicherheit *nicht* wollen.

Helmut Minkus (parteilos)

Bremen verdient am Bürokratiemonster zur Bildung und Teilhabe

Ich war letzte Woche bei der Sitzung der Sozialdeputation. Die Plätze der Senatorin für Bildung und ihres Staatsrates blieben leer. Besprochen wurde Folgendes:

Eine junge Frau hat beim (No-)Job-Center kurz vor Feierabend ein Antragsformular für ALG II haben wollen. Der Mitarbeiter hat abgelehnt: „Kommen Sie morgen wieder!“ – „Morgen muss ich arbeiten, da kann ich nicht!“ – „Wenn Sie arbeiten, bekommen Sie sowieso kein Geld von uns!“ – So wurde es vorgetragen und Unverständnis dabei zum Ausdruck gebracht. Staatsrat Frehe

gab die bereits bekannte Antwort: „Als ich noch auf Sozialhilfe angewiesen war, ist mir das auch passiert. Es gibt immer wieder einmal Fehlverhalten. Geben Sie uns den Namen des Mitarbeiters, und wir kümmern uns darum.“ – „Nein, wir wollen dem Sachbearbeiter keine Probleme bereiten! Wir sehen dies auch nicht als Einzelfall.“ – Achselzucken. Warum hat der Staatsrat die Antwort nicht dem anwesenden Leiter der (No-)Job-Centers Bremen, Helmut Westkamp, überlassen? Was hätte er wohl geantwortet? Ich habe ihn auf dem Weg zum Fahrstuhl angesprochen: „Herr Westkamp, warum haben Sie nicht gesagt, dass dies Ihre Arbeitsanweisung ist, möglichst die Abgabe von Anträgen zu vermeiden?“ Seine Antwort: „Das müssen Sie mir erst einmal nachweisen!“ Ich glaube, diese Antwort ist der Nachweis.

Über das „Bildungs- und Teilhabepaket“ hat der Senat einen schriftlichen Bericht über die Umsetzung vorgelegt. Dieser wurde mündlich ergänzt, insbesondere hinsichtlich der 50 Sozialarbeiter, die über das Paket finanziert werden. Hier ist die Darstellung von „Radio Bremen“ unrichtig. Die Befristung wurde in der Sozialdeputation nicht erwähnt, die Finanzierung aber richtig dargestellt: Sie erfolgt über das „Bildungs- und Teilhabepaket“. Die Möglichkeiten wurden zum Beispiel in Nürnberg bereits zum Schuljahresanfang genutzt Der Pressemitheilung der Senatorin für Bildung ist zu entnehmen, dass Bremen die Einstellungen erst noch vornehmen wird. In Nürnberg arbeiten die Schulsozialarbeiter schon.

Das „Bildungs- und Teilhabepaket“ ist ein Bürokratiemonster! Darin waren sich alle einig. Und es war klar: Das Rad wird neu erfunden! Das Sozialdatengeheimnis wird mit Füßen getreten, teilweise durch die Rahmenbedingungen des Bundes, aber auch durch die Umsetzung in Bremen. Allein durch die Farbe Blau für die Berechtigungskarte ist der Leistungsbezug auch über große Entfernungen erkennbar. Die Sekretariate sind meist ebenerdig und von außen einsehbar. Die Schüler werden üblicherweise in den Pausen vorstellig. Jeder der Anwesenden sieht den Leistungsbezug. Weiß ist die unauffälligste Farbe, der Name kann ja bestehen bleiben: So der Vorschlag an die Sozialsenatorin. Geantwortet hat Dr. Karl Bronke: Es bestehe Kontakt zur Beauftragten für Datenschutz, auch hinsichtlich der Blauen Karte. Dies wird einbezogen.

Die Senatorin für Bildung ist mit der Antragsbearbeitung der Leistungen aus dem „Bildungs- und Teilhabepaket“ beauftragt. Das (No-)Job-Center und das Sozialamt entscheiden über die Ausstellung der Blauen Karte, die Schulbehörde nach Vorlage derselben über die konkreten Anträge „rund um die Bildung“. Allerdings bleibt das Schulpaket in der Zuständigkeit des (No-)Job-Centers. Die Regulierung wird durch die Genehmigungsbehörde vorgenommen. Auf Nachfrage wurde zugestanden, dass dies augenblicklich „nicht rund“ läuft. Besonders den Ablehnungen fehlt die richtige Form. Die Bearbeitung der Widersprüche ist noch „in der Erprobung“. Für Klagen ist trotzdem das Sozialgericht zuständig. Die Gültigkeit der Blauen Karte wird insofern ignoriert, als Gültigkeit für das Schulhalbjahr unterstellt wird.

In dem Bericht über die Umsetzung von Bildung und Teilhabe stehen wieder Obergrenzen etwa für Klassenfahrten. Es sollen „Richtwerte“ sein. Sie sollen mit den schulrechtlichen Bestimmungen übereinstimmen. Die Formulierung „diese unterliegen im Grundsatz einer Obergrenze“ bringt das zum Ausdruck. Die Begrenzung ist ohne gesetzliche Grundlage und nicht gerichtsfest, auch nicht die Beschränkung auf *eine* Klassenfahrt. Das Verwaltungsgericht Bremen hat bereits am 7. September 2006 festgestellt, dass die Gerichte nicht an die Obergrenzen einer Verwaltungsanweisung gebunden sind. Damals ging es um die Mietobergrenzen, aber die Feststellung gilt für *alle* Verwaltungsanweisungen. Die gesetzliche Grundlage steht in der Bundestagsdrucksache 17/3404 (Seite 19 § 28 Absatz 2): „Bei Schülerinnen und Schülern werden die tatsächlichen Aufwendungen anerkannt für 1. Schulausflüge und 2. mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen. Für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, gilt Satz 1 entsprechend.“ Die Erläuterungen stehen auf Seite 104 der Drucksache.

Die Lernförderung soll innerhalb der Schulen organisiert werden. Bei notwendiger externer Unterrichtung sollen Gruppen mit sechs Schüler(inne)n gebildet werden. Die externe Lernförderung für diese Gruppe soll 30 Euro für 90 Minuten. kosten. Die Kosten je Schüler(in) und Schuljahr sollen auf 200 Euro begrenzt werden. Auch hier steht die gesetzliche Grundlage in der Bundestagsdrucksache (Seite 19 § 28 Absatz 4): „Bei Schülerinnen und Schülern wird eine schulische Angebote ergänzende angemessene Lernförderung berücksichtigt, soweit diese geeignet und zusätzlich erforderlich ist, um die nach den schulrechtlichen Bestimmungen festgelegten wesentlichen Lernziele zu erreichen“ – eine Formulierung, die die Indikation für eine Nachhilfestunde in Deutsch erfüllt. Die Erläuterungen stehen auf Seite 105 der Drucksache. Dass die Entscheidung von einer Klassenkonferenz getroffen wird, ist neu. Auch bisher gab es die Lernförderung, ausschlaggebend war der Fachlehrer. Die Verlagerung auf eine Konferenz verlangsamt die Entscheidung und erschwert das Verfahren. Der Sozialdatenschutz wird zusätzlich beeinträchtigt, denn in der Klassenkonferenz sind auch die Elternsprecher und alle anderen Lehrer beteiligt! Die angestrebten Kostenbegrenzungen sind Luftschlösser. Ein örtlicher Nachhilfeanbieter berechnet zum Beispiel neun Euro für 45 Minuten. Nachhilfeanbieter stehen auch nicht in der Liste der „Anbieter für Bildung und Teilhabe“.

Die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung wird von der Senatorin für Bildung abgerechnet. Der Eigenanteil von einem Euro je Tag ist für alle Schüler(innen) ab Klasse 5 zu zahlen. Schüler(innen) in Ganztagsschulen zahlen keinen Eigenanteil. Eigentlich sollten diese Beträge im Bescheid der Leistungsberechtigten einbehalten werden. Die jetzige Regelung steht in dem Bericht des Senats nicht. Eine genaue Abrechnung des Eigenanteils„“ und nur diese wird dem schmalen Geldbeutel des Leistungsbeziehers gerecht„“ ist nicht zu erwarten, denn in der Bundestagsdrucksache heißt es auf Seite 106: „Die Bedarfsbemessung der Höhe nach erfolgt anhand der durchschnittlichen Anzahl der Tage, an denen Schülerin-

nen und Schüler an einer Schule mit angebotener Gemeinschaftsschule die Leistung in Anspruch nehmen können. Abweichungen aufgrund von beweglichen Ferientagen, Unterrichtsausfall, schulinterner Fortbildungen, vorübergehender Erkrankung und Klassenfahrten sind nicht zu berücksichtigen."

Schön wäre es, wenn die Anspruchsberechtigten für die Schülerbeförderung erhalten nach Vorlage der Blauen Karte „automatisch" die Fahrkarte für das Schulhalbjahr erhielten. In der Beförderungskostenrichtlinie vom 15. Juli 2011 ist das noch nicht vorgesehen. Für Einrichtungen der Kinderbetreuung wurden Vereinfachungen zugestanden, doch es wird händeringend nach Vereinfachungen gesucht. Es fehlen Einlassungen zur Teilhabe, insbesondere zu den Möglichkeiten der Ansparung der monatlichen zehn Euro. Es wurde nicht auf den Besuch kultureller Veranstaltungen eingegangen und nicht auf die Möglichkeit hingewiesen, Angebote zu nutzen, für die keine Rahmenvereinbarung abgeschlossen wurde. Das „Bildungs- und Teilhabepaket" fördert Insellösungen: Bereits in Bremerhaven wird eigentlich alles anders geregelt.

Über die Aufgabenteilung wurde ein Vertrag zwischen den beteiligten Senatorinnen und dem (No-)Job-Center geschlossen. Eingeflossen sind auch die vorstehenden Richtwerte, die dadurch aber nicht gerichtsfester werden. Auch dieser Vertrag regelt nur die Arbeit der Verwaltungen und hat keine Bindung für die Gerichte. Der Vertrag regelt auch, dass das (No-)Job- Center auf den Leistungsbescheiden über die Möglichkeiten des „Bildungs- und Teilhabepakets" informiert und dessen Verwaltungskosten trägt. Die Informationen im Netz entsprechen somit teilweise leider nicht den tatsächlichen Abläufen. Die Motivwahl der Kinder, insbesondere der Bekleidung, soll wohl das „Vorurteil" widerlegen, die Kinder von Leistungsbeziehern seien bereits an der Kleidung zu erkennen.

Wer Unterlagen dieser Deputationssitzung haben möchte, wende sich bitte an Birgit Mauersberg, An der Weide 50, 28195 Bremen, Telefon 0421-361 2078. Ich bin nicht auf alle Themen eingegangen. Die Senatorin hat nochmals angekündigt, dass die Deputationsunterlagen grundsätzlich und rechtzeitig vor der Sitzung veröffentlicht werden. Ihre Kollegin, die Senatorin für Bildung, hat die Unterlagen der Deputationssitzung für Bildung veröffentlicht. Die nächste Deputationssitzung ist am 8. Dezember 2011.

Einen Trost hat Bremen: Jeder Euro, der die Leistungsberechtigten nicht erreicht, verbleibt der Freien Hansestadt Bremen zur freien Verfügung. Bremen erhält diese Gelder vom Bund. Grundlage ist der Aufwand für die Kosten der Unterkunft. Diese Gelder müssen in den Jahren 2011 und 2012 nicht mit dem Bund abgerechnet werden. Selbst die Ausgabe muss nicht nachgewiesen werden. Nicht ausgegebene Gelder verbleiben im Haushalt Bremens. Nehmen wir die noch nicht eingestellten Sozialarbeiter für die Schulen: Jeder Monat der Nichtbeschäftigung bringt verfügbare Haushaltsmittel! Erst ab 2013 werden die Gelder des Bundes nur noch für den tatsächlichen Bedarf erstattet, so der bisherige Plan. Nehmen wir die schleppende Informationspolitik: Nur die Bezieher von Wohngeld und Kinderzuschlag wurden angeschrieben und auf das „Bildungs- und Teilhabepaket"

hingewiesen. Warum wurden nicht alle anderen Leistungsberechtigten mit Kindern einfach angeschrieben? Leistungsbescheide haben in der Regel eine Laufzeit von sechs Monaten. Insgesamt ersetzt dieses „Bildungs- und Teilhabepaket“ keine angemessene Regelsatzleistung. Letztlich werden die Verwaltungskosten die tatsächlichen Leistungen übersteigen. Weg mit diesem Bürokratiemonster!

Die genaue Erfassung ist für die Abrechnung mit dem Bund nicht erforderlich, weil keine Abrechnung erfolgen muss. Die bremischen Rahmenbedingungen sind sicherlich so auszugestalten, dass das Sozialgeheimnis gewahrt bleibt. Für einen Probelauf darf keine Verletzung der Menschenwürde erfolgen, und die Offenlegung des Bezugs von Sozialleistungen *ist* eine Verletzung der Menschenwürde! Die Sozialbehörde sollte die Zeit besser für die Änderung der Rahmenbedingungen nutzen. Die Haushaltsansätze sind umbuchbar, die Anteile pauschalierbar! Wenn Dr. Karl Bronke von einer „Abrechnungs- und Aufzeichnungspflicht“ redet, mag er die gesetzlichen Grundlagen im Detail dazu nennen! Diese zu ändern, muss die Aufgabe sein – und nicht ein Probelauf als Elefant durch den Porzellanladen!

Es muss auch ein Ende haben mit der Vorenthaltung von Leistungen! Der Kreis der Anspruchsberechtigten wurde 2011 rückwirkend zum Jahresbeginn erweitert. Für das „Schulpaket“ von 100 Euro ist ein Antrag nur erforderlich, wenn der Schulbesuch untypisch ist. Die Leistung wird somit ohne Antrag gezahlt. Es gibt 30 im Februar und 70 Euro im August. Bremen hat den neuerdings Leistungsberechtigten die im Februar fälligen Euro nicht ausgezahlt und auch nicht auf die Möglichkeit zur rückwirkenden Antragstellung durch den betroffenen Personenkreis für diese Leistung hingewiesen. Das ist Betrug! Wehrt euch! Allerdings haben Asylbewerber selten die Kenntnis der Möglichkeiten. Es hält auch niemand von unseren „Gästen“ für möglich, von einer deutschen Behörde betrogen zu werden. Helft den Asylbewerbern, Antrag zu stellen und bei einer Ablehnung Widerspruch und Klage zu erheben! Vorher gilt es jedoch, den Menschen von dieser Ungeheuerlichkeit zu überzeugen, ohne dauerhafte Angst zu erzeugen.

Eine Katastrophe im Gesundheitswesen hat mich erschüttert: Im Bremer Klinikum Mitte sind drei Säuglinge an Krankenhauskeimen gestorben. Mein Beileid gilt den Eltern und allen Angehörigen, meine Missachtung den Tricksern und Vertuschern! Die strafrechtliche Würdigung wird die ermittelnde Staatsanwaltschaft vornehmen, doch das mag lange dauern. Die politische Verantwortung kann sofort vollzogen werden! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Na bitte, geht doch: Statt parteiinterner Querelen vermeldet die Journaille zur Vermeidung inhaltlicher Berichterstattung über „Die Linke“ eine Liebesgeschichte *(„Spiegel-Online“)*

Wohin kämen wir, wenn Regierende nach unserer Meinung fragten?

1. Obwohl der ehemalige Bundesminister und Ex-Bundestagsabgeordnete Hans Eichel für seine Tätigkeit bereits eine üppige Pension von 8.200 Euro bekommt, zieht er vor das Bundesverwaltungsgericht, um von der Stadt Kassel für seine 16-jährige Amtszeit als Oberbürgermeister zusätzliche **Pensionsansprüche** von rund 6.350 Euro im Monat geltend zu machen, womit er auf insgesamt 14.550 Euro käme. Ein im Gegensatz zu ihm wirklich hart arbeitender Durchschnittsverdiener müsste dafür etwa 530 Jahre arbeiten gegangen sein. Daher fordert der „Steuerzahlerbund“ eine grundlegende Neuregelung der Pensionen.

Ich finde, es ist ein Skandal, dass Politiker nicht wie alle anderen Arbeitnehmer in die Rentenkasse einzahlen müssen, aber geradezu parasitär ihre völlig unverhältnismäßig hohen Pensionen beanspruchen können! Wasser predigen und selbst Wein trinken? Hat der gute Mann denn gar nicht so etwas wie ein Gefühl von Anstand und Gerechtigkeit im Leib? Warum scheinen Politiker mit zweierlei Maß messen zu dürfen – den unteren Einkommensgruppen den Gürtel immer enger schnallen und bei der eigenen Kaste sich grenzenlos gierig alles einverleiben zu wollen, was unsere ungerechten Gesetze für Recht erklären?

2. Die Reinigungskraft Stephanie Oliveira geht jeden Tag für 8,55 Euro die Stunde putzen. Obwohl sie damit mehr verdient als Verdi mit seiner Mogelpackung eines Mindestlohns von 8,50 Euro fordert oder die CDU neuerdings mit ihrer Augenwischerei einer Lohnuntergrenze von 6,90 Euro in Branchen, in denen keine tarifvertraglichen Regelungen gelten, kann Oliveira davon nicht unabhängig leben. Als sie vor ein paar Monaten täglich über acht Stunden Arbeit hatte, überlegte die 23-Jährige, ob sie es sich wohl leisten könnte, aus der Wohnung ihrer Eltern auszuziehen. Doch nachdem von ihren damals rund 1.000 Euro Gehalt alle laufenden Kosten wie Versicherungen, Mobiltelefon oder Monatskarte abgegangen waren, blieb kaum noch genug zum Leben übrig. Aus den knapp acht Stunden pro Tag machte ihr Arbeitgeber erst sechs, dann fünf und jetzt nur noch dreieinhalb Stunden Arbeit.

Oliveira klagt, dass ihr Gehalt sinke, aber die Arbeit die gleiche bleibe. Ihre Chefs geben ihr nicht mehr Stunden, auch wenn sie bereits neue Kollegen einarbeitet. Die junge Frau hat das Gefühl, keine Chance zu haben, mit ihren jetzt 600 Euro Gehalt für das Putzen zwischen 3 Uhr und 6:30 Uhr, den zwei Stunden An- und Abfahrtsweg und der vielen Freizeit. Oliveira sagt, wenn sie „**Mindestlohn**“

höre, dann denke sie, dass der zum Leben reichen müsste. Das klingt logisch, doch so denken unsere Politiker nicht, weil sie größtenteils nicht auf Seite der Arbeitenden, sondern der Unternehmer sind – zumindest von ihrem Verhalten und Abstimmen her. Sie schwafeln, labern, palavern das Blaue vom Himmel herunter und versprechen nur zu gerne vor einer Wahl, was sie später achtlos brechen!

Arbeit zahlt sich oft nicht mehr aus. Junge Menschen, Alleinerziehende und ganze Familien geraten in Not. Manche versuchen, mit einem Zweitjob über die Runden zu kommen, andere probieren den Weg in die Selbständigkeit. Sie alle verbindet, dass mit ihrem Einkommen kein Auskommen ist und sie deshalb trotz ehrlicher Arbeit auf zusätzliche Hartz-IV-Bezüge plus Verfolgungsbetreuung angewiesen sind. Vielleicht sollte der Begriff „Mindestlohn“ abgeschafft und stattdessen durch „Sittenwidrigkeitsgrenzlohn“ ersetzt werden? Es ist so klar wie immer, dass die Leiharbeit abgeschafft werden muss und sich daran nicht auch noch der unterste Tarif für den Stundenlohn richten darf! Die Forderung von zehn Euro Mindestlohn ist auch schon etwas älter. Heute müsste wohl eher von zwölf bis 13 Euro die Rede sein!

3. Denke ich an den Euro, an Europa in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht: So ungefähr müssen die europäischen Regierungen gedacht haben, als Griechenlands Staatschef Papandreou verkündete, er wolle sein Volk über die neue Schuldenvereinbarung abstimmen lassen. „Europa“ stand Kopf, war völlig perplex, denn schließlich hatte „Griechenland“ doch gerade dem EU-Rettungspaket zugestimmt, demzufolge die Banken dadurch gerettet werden sollen, dass die Griechen gerade im unteren Lohnbereich auf 20 Prozent ihres Lohns verzichten müssen. Es war keineswegs so, dass die Griechen in Saus und Braus gelebt hätten – nur ihre *Bankster*!

Wo kämen wir denn auch hin, wenn es plötzlich *en vogue* wäre, dass Regierungschefs die Bevölkerung nach ihrer Meinung fragen, sich gar nach dieser richten würden? Es wäre ja geradezu revolutionär und muss daher zwingend unterbunden werden, wenn plötzlich echte Demokratie gelebt werden würde! Schließlich äußerte die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel vor über sechs Jahren den bedenklichen Satz, es bestehe „kein Rechtsanspruch auf **Demokratie** auf alle Ewigkeit“. Aber den Banken sei Dank: Die griechische Führung knickte angesichts des massiven Drucks der internationalen Geldgeber ein, und Ministerpräsident Papandreou zog brav sein Vorhaben für eine Volksabstimmung zurück.

Bei „hochrangigen Quellen“ hieß es, die Übergangsregierung solle aus Experten und nicht aus Politikern bestehen. In den griechischen Medien wurden bereits Namen möglicher Nachfolger Papandreous gehandelt. Unter ihnen befindet sich der frühere Vizepräsident der Europäischen Zentralbank, Lucas Papademos. Wenn ich mir das richtig überlege, wäre eine Übergangsregierung aus Bankern endlich mal eine ehrliche Sache, weil offen gezeigt würde, wer hier wirklich das Sagen hat. So kann die Demokratiesimulation beendet werden und die Als-ob-Stimmung verschwinden.

4. Letzte Woche rief ein Bündnis aus Erwerbsloseninitiativen und Mitgliedern der Linkspartei am Bonner **Jobcenter** zu einem „Zahltag“ auf. Der „Zahltag“ hat sich mittlerweile als Aktionsform etabliert, um Erwerbslose im Amt solidarisch zu begleiten. Auf diese Weise können berechtigte Ansprüche durchgesetzt werden, was oftmals einem Betroffenen allein nicht gelingt. Weil die Bonner Hartz-IV-Behörde diese Art des Protests überhaupt nicht zu mögen scheint, sorgte sie für ein zusätzliches Aufgebot an Sicherheitsmitarbeitern. Außerdem mussten sich die Menschen in eine lange Schlange auf dem Bürgersteig einreihen, weil es selbst für Mütter mit Kleinkindern nur Einzeleinlass gab.

Trotz der verschärften Bedingungen nahmen viele der Betroffene das Angebot der solidarischen Begleitung und Beratung an und führten den „Zahltag“ zum Erfolg. Aber: „Bürgerfreundlichkeit ist anders!“ Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ wirft der Bonner Politik vor, trotz entgegengesetzter Lippenbekenntnisse Anträge auf die überlebenswichtigen Hartz-IV-Leistungen wochen- bis monatelang zu verschleppen. Der Umgang einiger Mitarbeiter mit Hartz-IV-Betroffenen sei schikanös und eine Zunahme von zum Teil sehr willkürlichen Sanktionen zu beklagen.

Auch das Jobcenter Köln-Kalk lässt wenig Gutes von sich hören. Wenn jemand einem Ablehnungsbescheid widerspricht, so ist das zwar erlaubt, aber eben nicht erwünscht, denn er könnte am Ende Recht bekommen, was manche Flop-, Mob- oder Jobcenter gar nicht ertragen wollen, weil sie dann eigene Fehlbarkeit eingestehen müssten. Der zu widersprechen wagende Delinquent wird dann einfach zu einem Gespräch über den Widerspruch vor-, äh: eingeladen, um ihn eventuell von dessen Aussichtslosigkeit zu überzeugen. Wenn der Widerspruch dann zurückgenommen wird, ist eine gerichtliche Überprüfung ausgeschlossen. Sollte jemand keine Lust haben vorbeizukommen, kann wieder versucht werden zu sanktionieren. Ob das Jobcenter damit vor Gericht durchkommen würde, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Somit dient ein solches Vorgehen der prophylaktischen Widerspruchsvermeidung! Das Jobcenter Köln-Kalk ist schon sehr kreativ, wenn es um Recht und Gesetz geht.

5. G. Karfeld schreibt treffend, dass der Abbau existentieller Grundrechte, die für eine breite Bevölkerung lange Zeit als Selbstverständlichkeit gegolten haben, normalerweise zu Destabilisierung in der Gesellschaft führt. Nicht jedoch in Deutschland, wo davon kaum jemand Kenntnis genommen hat, auch weil der zunehmende Abbau der Grundrechte gut organisiert ist und die kapitalistischen Medien die Bevölkerung langsam auf den Verzicht vorbereiten. Oft geschieht dies nach dem Schema, dass ein Stichwortgeber aus Politik oder Wirtschaft eine völlig überzogene Forderung in den Raum stellt, die von sogenannten sozialen Flügeln der kapitalistischen Parteien empört zurückgewiesen wird, um dennoch in einer „Expertenrunde“ den Eindruck zu vermitteln, es bestehe dringender Reformbedarf.

Aber wir haben ja dazugelernt und wissen, dass der Begriff Reform heutzutage eine Pseudo-Erneuerung meint, in der es ganz vielen immens viel schlechter

gehen wird! Kaum jemand bemerkt diesen Rückzug der **Gewerkschaften** in das eigene Milieu und die völlige Abwesenheit einer Debatte über die gesellschaftlichen Probleme. Die Erwartungshaltung an die Gewerkschaften, sich für ihre Klientel einzusetzen, ist gleich Null. Vielen Leuten ist ganz entfallen, dass es sie überhaupt noch gibt. Der mobilisierende Charakter scheint offensichtlich nicht erwünscht zu sein!

Statt mit Protestkundgebung und Streiks auf sich aufmerksam zu machen, feiern Spitzenfunktionäre der DGB-Gewerkschaften ihren 60. Geburtstag peinlicherweise im Kanzleramt, zusammen mit denen, die Angriffe auf den Lebensstandard jener, deren Interessen sie vertreten sollten, planen und durchführen. Sie treten in der Öffentlichkeit als Lobbyisten der Rüstungsindustrie auf, natürlich nur wegen der Arbeitsplätze, die sie ansonsten „sozialverträglich“ abzubauen helfen, oder begleiten die Kanzlerin auf Auslandsreisen nach China, im Tross fast des gesamten deutschen Kapitals. Da kommt leicht der Eindruck auf, dass die DGB-Gewerkschaften ein Teil des Regierungsapparats sind. Ihre Zurückhaltung ist Voraussetzung für den Erfolg des Kapitals, sein Vermögen zu retten und vielleicht auch das der Gewerkschaftseliten, während das Vermögen der Lohnabhängigen, das sind die sozialen Sicherungssysteme, enteignet wird.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Bataillonsabzug mit Pferdefuß

Bremer Friedensgruppen werden nicht unbedingt Trauermärsche blasen, wenn das Feldjägerbataillon in Bremen aufgelöst wird und die Bundeswehr aus Schwanewede abzieht. Es ist grundsätzlich erfreulich, wenn Standorte geschlossen werden! Doch da gibt es einen dicken Pferdefuß, und der hat viel mit der sogenannten Bundeswehrreform zu tun: Minister de Maizière will nur deshalb Heimatstandorte auflösen oder reduzieren, weil die Streitkräfte für noch mehr Auslandeseinsätze fit gemacht werden sollen!

Es geht bei der Bundeswehr vielmehr um die Erhöhung ihrer Fähigkeit, sich künftig noch aktiver an Kriegen um Einflusssphären und Wirtschaftsinteressen wie aktuell in Afghanistan beteiligen zu können. Dafür wird sie mit modernsten und sündhaft teuren Waffensystemen auch aus Bremen aufgerüstet und daran ausgebildet. Dies ist einer der Gründe, weshalb nicht mehr benötigte Heimatstandorte aufgegeben werden.

Mit Recht wird in diesem Zusammenhang der rot-grüne Senat kritisiert. Dieser lässt bekanntlich keine Gelegenheit ungenutzt, um Waffenschmieden wie die

Lürssen-Werft oder die OHB AG für die Ausrüstung der Bundeswehr in den höchsten Tönen zu loben. Damit wird der allgemeinen Militarisierung weiter Vorschub geleistet sehr zum Wohle der Rüstungshochburg Bremen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Legale illegale Papiere“: „Verfassungsschutz“
organisiert Nazi-Terror *(„Bild“-Zeitung)*

Gemeinsam kämpfen gegen die Herrschaft der Übermonopole!

Immer wieder wird die Frage gestellt: Warum wollen denn die Griechen – also die normale Bevölkerung, nicht Regierung und Großunternehmer – das „Rettungspaket“ nicht haben? Die Antwort ist einfach: Weil nicht das griechische Volk gerettet wird, sondern die großen französischen und deutschen Banken! Etwa 500 riesige Konzerne, wir nennen sie Übermonopole, beherrschen die Welt. Dafür haben sie sich geeignete Instrumente geschaffen: Weltbank, IWF, EZB und EU. Immer mehr wird die Souveränität hoch verschuldeter Staaten ausgehöhlt. Die Bevollmächtigten von IWF, EZB und EU wollen nach Griechenland jetzt auch Italien unter ihr Diktat stellen.

In Athen fordern die Massen: „Raus mit der ‚Troika‘! Rücktritt jeder Regierung, die sich ihr unterwirft!“ Die „Sparprogramme“ in Griechenland und Italien sind in Wirklichkeit nur gegen das einfache Volk gerichtet. Aus ihm wird der letzte Blutstropfen gesaugt, während die Banken ihre Milliarden nicht nur behalten, sondern auch noch aufstocken können. Auch in Deutschland nimmt die Entwicklung die gleiche Richtung: Schon mehr als 12,6 Millionen Menschen leben hierzulande unter der Armutsgrenze von 940 Euro im Monat einschließlich staatlicher Unterstützung.

Die Kommunistische Organisation Griechenlands erklärt: „Unser Volk hat klar gesprochen. Es kämpfte in den Straßen für den Sturz dieser Regierung, die inzwischen auseinanderbricht. Es kämpfte für die Überwindung dieses ganzen verrotteten politischen Systems sowie für ein Ende der Junta der Knebelverträge und der ‚Troika‘. Es beansprucht wirkliche Demokratie und Unabhängigkeit. Nein zur neuen Besatzung! Für einen radikalen Wandel im Interesse des Volkes!“ Es gilt, gemeinsam zu kämpfen, denn wir haben den gleichen Feind! Die Zerstörung der

Souveränität ganzer Staaten und ihre Unterjochung führt bis zum offenen Krieg gegen sie.

Am vergangenen Samstag wurde nur kurz in den Nachrichten gemeldet, dass Israel, natürlich in Absprache mit den USA, einen Militärschlag gegen den Iran plant – angeblich, um in letzter Minute dessen Atomwaffenproduktion zu stoppen. Die immer ungleichmäßigere Entwicklung der Staaten durch die Finanz- und Wirtschaftskrise führt zu verstärkter Kriegsgefahr, auch zwischen den großen imperialistischen Mächten. Als Weg aus der Krise gilt der Krieg. Schon der Waffengang gegen Afghanistan und den Irak wurde aus völlig eigennützigen Gründen der Beherrschung dieser Länder zwecks Ausplünderung ihrer Rohstoffe begonnen. Der „Kampf gegen den Terror“ war nur ein billiger Vorwand. So ist es jetzt auch mit dem Iran. Hände weg vom Iran!

Dass Übermonopole die Welt beherrschen, zeigt sich auch darin, dass RWE und Eon gemeinsam mehrere neue große Atomkraftwerke in Großbritannien planen. Sie haben dazu bereits Grundstück in Wales gekauft. Dabei beginnt in Fukushima gerade einen neue Kernschmelze, wie kurzlebige Isotope beweisen, während die bereits seit März stattfindenden Kernschmelzen weitergehen. Laut einer aktuellen Studie wurde dort bereits mehr Radiaktivität freigesetzt als in Tschernobyl.

In Fukushima werden fast nur Leiharbeiter beschäftigt. Wer die Gefahrenzulage von bis zu zehn Euro pro Stunde haben will, muss unterschreiben, den Auftraggeber nicht zu verklagen, wen er später krank wird. Bisher hat Tepco 18.000 Arbeiter im zerstörten Reaktor eingesetzt (ZDF am 4. Oktober 2011). Am 30. Oktober demonstrierten 10.000 Menschen in der von der Katastrophe heimgesuchten Stadt für die vollständige Entschädigung der Opfer. Es gab auch einen dreitägigen Sitzstreik von 200 Frauen vor dem Wirtschaftsministerium in Tokio. Der Kampf für die Abschaltung aller Atomanlagen muss weltweit geführt werden!

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

352. Bremer Montagsdemo am 14. 11. 2011

Beim Widerstand gegen „S21“ geht es nicht nur um einen Bahnhof

In Baden-Württemberg sind viele Menschen auf der Straße, um das Milliardengrab „Tiefbahnhof Stuttgart 21“ zu verhindern. Am letzten Wochenende gab es 90 Aktionen in über 50 Städten unter dem Motto „Ja zum Ausstieg – gegen S21“. Immer deutlicher wird, dass es um viel mehr geht als um den Stuttgarter Bahnhof. Mit einer millionenteuren Werbekampagne, teilweise finanziert aus Steuergeldern, überschwemmen jene, die den Tiefbahnhof betreiben wollen, das Land und manipulieren einen Großteil der Medien.

Bahnvorstand und CDU/SPD-Politiker behaupten, dass 4,5 Milliarden Euro das Limit der Kosten seien. Die Spatzen pfeifen schon von den Dächern, dass dies schöngerechnet und gelogen ist. Für soziale Belange, Bildung oder Kindergärten ist angeblich nie Geld da. Während die Lasten der Weltwirtschafts- und Finanzkrise auf die Bevölkerung abgewälzt werden, erhalten Konzerne und Banken für „S21“ Milliarden aus Steuergeldern, und das nicht nur in Stuttgart und Baden-Württemberg: Insgesamt 600 Milliarden Euro winken Baugiganten und Spekulanten in ganz Europa, wenn sie bei solchen – für die Bevölkerung völlig unnützen – Großprojekten einsteigen. Was könnte damit alles *Sinnvolles* entstehen!

Die bevorstehende Volksabstimmung am 27. November 2011 wurde durch den Widerstand von unten erkämpft: Es gab bisher 100 Montagsdemonstrationen am Stuttgarter Bahnhof, mehrere Großdemonstrationen mit bis zu 100.000 Teilnehmern, zahlreiche Blockaden, die Dauermahnwache am Nordflügel, mehr als 30.000 eingetragene Parkschützer und bundesweit durchgeführte „Schwabenstreiche“ wie hier in Bremen seit 63 Wochen. Die Volksabstimmung hat aber einen Doppelcharakter durch ihre undemokratischen und manipulativen Bestimmungen: Auf dem Stimmzettel darf nicht gleichberechtigt zwischen dem geplanten Tiefbahnhof und dem bestehenden Kopfbahnhof entschieden werden, sondern nur darüber, ob die Landesregierung Kündigungsrechte bei der Mitfinanzierung wahrnimmt.

Außerdem entscheidet nicht in erster Linie die betroffene Bevölkerung in Stuttgart und Umgebung, sondern es wird eine riesige Hürde auferlegt: Mindestens ein Drittel aller Wahlberechtigten in Baden- Württemberg – mehr als die Wähler der neuen und der alten Landesregierung – müssen für den Ausstieg stimmen. Sehr bedeutend ist, dass immer mehr „Stuttgart-21“-Gegner inzwischen erklären, am Widerstand festzuhalten, selbst wenn das undemokratische Quorum für den Ausstieg nicht erreicht würde, denn auch dann wird aus dem „dümmsten Großprojekt“ („Süddeutsche Zeitung“) noch lange keine „heilige Kuh“.

Auch die Stuttgarter Polizei bereitet sich auf die Zeit nach der Volksabstimmung vor: Unter dem Namen „D-Day“ – (so wird der Zeitpunkt für militärische Operationen genannt) wird der bürgerkriegsähnliche Einsatz gegen den weiteren Widerstand gegen „S21“ geplant. Insgesamt 9.000 Polizisten sollen dann rund um die Uhr das angebliche Baurecht der Bahn durchsetzen. Für die gesamte Dauer der Aktion ist ein Vierteljahr angesetzt. Ihr Ende wurde von der Bahn auf den 29. Februar 2012 terminiert. Das bedeutet, dass direkt nach der Volksabstimmung der Abriss des Südflügels des Hauptbahnhofs und das Fällen von rund 280 Bäumen für die Baugrube von „Stuttgart 21“ losgehen soll.

Wir werden weiter aktiv bleiben gegen „S21“ und andere wahnwitzige Großprojekte“! Wir hoffen, dass die Volksabstimmung zu einer politischen Niederlage für die Betreiber des Projekts „S21“ in den Konzernvorständen und in der Landes- und Bundesregierung wird. Das wäre die passende Antwort auf die Arroganz der Macht!

Harald Braun

Bremen verscharrt Obdachlose im Grünstreifen

Als Kind habe ich gelernt, dass ich nicht auf ein Grab treten darf. Ich habe mich daran gehalten. Auch heute mache ich einen Bogen um teilweise kaum zu erkennende Gräber. Ich halte mich an den Grünstreifen dazwischen. Doch in Bremen kommt es vor, dass genau in diesem Grünstreifen **Obdachlose** begraben werden. Was für ein Kulturverlust! Die Innere Mission will dies ändern und benötigt dafür Spenden. Warum ist Bremen selbst der Platz auf dem anonymen Gräberfeld zu teuer? Bremen ist Haushaltsnotlagenland, aber auch dies rechtfertigt nicht den respektlosen Umgang mit einem Toten. Amerika hat sogar diese Entgleisung

noch negativ überboten: Leichenteile wurden verbrannt und auf einer Mülldeponie „entsorgt“.

Nun zurück nach Bremen. Wo steht die Verwaltungsanweisung für die Bestattung von Armen? Wie soll die Sozialverwaltung der Hansestadt mit diesen Toten verfahren? Ist die Bestattung im Grünstreifen zulässig? In der Reform des Friedhofrechts steht: „(3) Die Asche jeder Leiche ist in ein amtlich zu verschließendes Behältnis (Urne) aufzunehmen. Urnen sind unverzüglich beizusetzen. Es muss jederzeit festzustellen sein, wo die Urne beigesetzt ist und um wessen Asche es sich handelt. Bei einer Ausbringung der Asche muss die Grabstelle vermerkt werden.“ Somit ist die Bestattung im Grünstreifen eigentlich unmöglich. Im Leichengesetz steht „§ 2 Ehrfurcht vor den Toten. Wer mit Leichen umgeht, hat dabei die gebotene Ehrfurcht vor dem toten Menschen zu wahren.“ Ist also alles in Ordnung auf den Friedhöfen in Bremen? Ich glaube, dass die Diakonie sich auskennt und die Rahmenbestimmungen zwar gut klingen, aber nicht eingehalten werden!

2. Ein Pfändungsschutzkonto braucht jeder, der eine **Pfändung** erwartet, sein Girokonto überzogen oder Schulden bei der Bank hat. Ab 1. Januar 2012 ist ein Zahlungseingang nur noch auf dem „P-Konto“ vor den Gläubigern geschützt. Der Basisschutz vor Pfändungen beträgt 1.028,99 Euro für einen alleinstehenden Menschen und kann bei Unterhaltspflichten erhöht werden. Die Obergrenze insbesondere für Erwerbseinkommen ergibt sich aus den Pfändungsfreibeträgen, für Sozialleistungen aus dem Leistungsbescheid, gegebenenfalls zuzüglich Kindergeld, eventuell plus Schulausstattung von 70 Euro im August. Falls Ihre Bank diese Obergrenze nicht vereinbaren will, können Sie dies mit Hilfe des Amtsgerichts durchsetzen.

Eine Zahlungsverschiebung des Leistungsträgers um einen Monat ist unerheblich, weil der nicht ausgenutzte Freibetrag für den Zahlungseingang auf den nächsten Monat übertragen wird. Falls Sie mit einer Nachzahlung oberhalb der Freigrenze liegen, sollten Sie vorher die Pfändungsfreigrenze für Ihr „P-Konto“ erhöhen oder Barauszahlung beantragen. Bei Gerichtsterminen sollte die notwendige Regelung in die Verhandlung einfließen, zum Beispiel als Barzahlung an den Berechtigten. Die „Solidarische Hilfe“ hat dazu ein gutes Informationsblatt erstellt. Rechtsgrundlage ist § 850k der Zivilprozessordnung. Falls Sie ein Privatinsolvenzverfahren haben, fragen Sie bitte Ihren Insolvenzverwalter. Eigentlich schützt das laufende Verfahren vor Pfändungen, aber eventuell hat sich auch da etwas geändert.

Wenn Sie Ihr Girokonto auf ein „P-Konto“ umstellen, lassen Sie sich nicht von Ihrer Bank sauerfahren. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf ein Girokonto, aber nur ein solches, jedoch kein Gemeinschaftskonto, kann in ein „P-Konto“ umgewandelt werden. Regen Sie sich nicht über eventuell höhere Gebühren auf. Ihre Bank fragt vor der Umwandlung bei der Schufa an, um sicherzustellen, dass Sie noch kein „P-Konto“ besitzen. Die Schufa soll diese Info bei Kreditbeurteilungen

et cetera *nicht* berücksichtigen. Die persönlichen Erfahrungen bitte auf der Bremer Montagsdemo schildern! Gemeinsam können wir manches Problem beseitigen. Das „P-Konto“ ist scheinbar zur längerfristigen Geldaufbewahrung ungeeignet. Der Pfändungsschutz bezieht sich auf den Geldeingang des Monats – egal, warum die Zahlung erfolgte!

3. Das Sozialgericht Hildesheim wurde verklagt. Ein Verfahren dauert dort vier Jahre und damit nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu lange. Eine Strafe oder Frist für die Erledigung darf das höchste Gericht jedoch nicht vorgeben. Eine Entschädigung für den Betroffenen wurde mangels entsprechender Regelungen abgelehnt. Dieses Urteil wurde am 27. September 2011 gefällt. Die gesetzliche Grundlage für eine Entschädigung bei solch einer **Verschleppung** wurde zwei Tage später im Bundestag verabschiedet. Beschränkt wird sie auf 1.200 Euro pro Jahr. Der Bundesrat muss noch zustimmen. Im Entwurf war vorgesehen, dass das Gericht gerügt werden muss. Dafür wird ein Extraverfahren eröffnet. Es unterliegt der Gebührenpflicht, auch wenn dem Kläger für das Sozialgerichtsverfahren keine Gebühren entstehen. Insofern bitte rechtzeitig Prozesskostenhilfe beantragen. Es gibt auch weitere Entscheidungen über Entschädigungen für überlange Verfahrensdauer. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kann angerufen werden, ohne dass vorher das Bundesverfassungsgericht angerufen wurde, weil letzteres dem Betroffenen nicht helfen kann.

4. Die Kliniken der Freien Hansestadt Bremen sind personell unterbesetzt. Im Rahmen der Strukturänderung wurden zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet und befristete Verträge nicht verlängert. Durch diese Kopfplanung waren die Mitarbeiter(innen) nicht unbedingt dort, wo sie gebraucht wurden – eine lange Geschichte. Zuletzt wurde mit Prämien für Anwerbungen versucht, die Lücken zu schließen. Die neuen Mitarbeiter(innen) erhielten aber trotzdem nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Dies machte die Aktion nicht sehr erfolgreich. Wie viele Überlastungsanzeigen sind auf den Schreibtischen der Verantwortlichen gelandet? Frau Pieper wird dies alles den Stuhl kosten! Nehmen Sie Ihren Hut! Sie sind zwar erst seit Kurzem für Gesundheit zuständig – es hätte aber gereicht, um Abhilfe zu schaffen. An diesem **Dienstag** steht die **Bildung** im Fokus, mit einer **Demonstration** ab **15 Uhr** am **Hauptbahnhof** und einer Kundgebung ab 15:30 Uhr auf dem Marktplatz Die Verweigerung von guter Bildung ist ein weiterer Grund, endlich den Hut zu nehmen! Die Schüler wurden von Ihnen vorsätzlich getäuscht und ausgetrickst! Einfach zurücktreten! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Am **18. November 2011** macht der **„Campact“-Castor-Transport** Station in Bremen. Vom **Bahnhofsvorplatz** aus wird sich der Transport

um **13 Uhr**, begleitet von „Strahlenschutzexperten“ und „Schutzpersonal“, auf den Weg nach Gorleben machen. Doch immer wieder wird er von vielen Aktionsteilnehmer(inne)n zum Abbiegen gezwungen. Enden wird die Aktion mit einer Kundgebung um 14:30 Uhr auf dem Marktplatz.

Millionenfach sanktionieren, als würde massenhaft Arbeit verweigert

1. Alle paar Tage kommen tröpfchenweise neue Fakten im Zusammenhang mit den toten Säuglingen im Klinikum Bremen-Mitte ans Tageslicht. Erst kürzlich wurde von Krankenhausleitung und SPD-Gesundheitssenatorin Renate Jürgens-Pieper zugegeben, dass der lebensgefährliche Keim, an dem drei Frühchen starben, schon vor einem halben Jahr festgestellt wurde.

Seit April wurde der Erreger bei 23 Kindern nachgewiesen, mindestens neun sind seitdem erkrankt. Selbstverständlich hätte die **Gesundheitsbehörde** früher informiert werden müssen, und es macht die toten Babys nicht wieder lebendig, wenn jetzt öffentlich bekannt gegeben wird, dass hier ein „Fehler“ gemacht wurde. Warum die Ärzte nicht bereits im April oder Mai Meldung über das Auftreten des Keims erstatteten, ob es menschliches Versagen oder ein Fehler in der Organisation war, sei „völlig unerklärlich“.

Privat kann ich mir schon vorstellen, warum nicht frühzeitig bekannt gegeben wurde, seit wann tatsächlich diese gefährlichen Keime auftraten. Das hätte ja bestimmt die Konsequenz haben müssen, dass teure Maßnahmen durchzuführen wären, die die zuvor festgelegte Pauschale jedoch überschreiten und daher neoliberal kostensparend zu ignorieren sind! Das ist meine persönliche Sicht der Dinge, die bestimmt so nirgendwo zu lesen sein wird. Dass nach Auftreten des Keims nicht sofort die entsprechenden Stellen informiert wurden, ist nur die eine Seite der Medaille, denn wir lesen ständig von den unerhörten personellen Einsparungen in den Kliniken.

Bei solcher Arbeitsverdichtung müssen einfach mehr Fehler gemacht werden, indem zum Beispiel aufwendige Hygienemaßnahmen nicht so effizient durchgeführt werden, wie sie nach den Kriterien des Robert- Koch-Instituts vorgeschrieben sind. In einem bundesweiten Vergleich von Krankenhäusern schneiden die Hygieneverhältnisse auf der Neugeborenenintensivstation in dem wegen des Todes dreier Frühchen in die Schlagzeilen geratenen Klinikum Bremen-Mitte äußerst schlecht ab.

Viele Zimmermädchen bekommen keinen echten Stundenlohn, sondern werden pauschal danach „bezahlt“, wie viele Zimmer sie gereinigt haben, und somit dermaßen gering entlohnt, dass sie hinterher nur auf 600 Euro im Monat kommen und davon nicht leben können, weil mit externen Dienstleistern der Mindestlohn kreativ umgangen werden soll.

Ich weiß es nicht, ob die Kliniken ebensolche Verträge mit „outgesourcten“ Hygiene-Mitarbeitern haben, aber ich weiß, dass Menschen keine Maschinen sind, die unbegrenzt immer mehr in immer kürzerer Zeit erledigen müssen, um auf ein Gehalt zu kommen, von dem sie ihre Lebenshaltungskosten bezahlen können. Klar ist nur, dass die Schwächsten am meisten unter den brachialen Kürzungen im Gesundheitsbereich zu leiden haben, und das sind nun mal die kleinen zarten Frühchen, deren Immunsystem noch völlig unreif ist. Mein Mitgefühl gilt den verwaisten Eltern!

2. Noch läuten keine Glöckchen die Vorweihnachtszeit ein, sondern es bläst der frische Herbstwind das bunte Laub von den Bäumen. In Bremen haben bestimmt die meisten Menschen einen (teuren) Rewe-Markt in ihrer Nähe. Seit etwa einer Woche werden die dort einkaufenden Kunden dazu aufgefordert, gemeinsam „Gutes“ zu tun. Wie das geht? Nun, alle sind eingeladen, sich als Gutmenschen zu fühlen, indem sie eine Plastiktüte für fünf Euro erwerben, die dann in eine Spendenbox des jeweiligen Marktes gelegt werden soll und direkt an die „**Tafeln**“ in der Umgebung weitergeleitet wird.

Die Tüte soll mit haltbaren Lebensmitteln zusammengestellt sein, die dringend benötigt, aber selten gespendet würden. Ich sah mir an, was darin enthalten ist und entdeckte lauter „Ja“-Produkte, die zu meinem Erstaunen bis 2013 haltbar sind: ein Päckchen mit Kartoffelknödel-Pulver, ein Tütchen mit Milchreis, eine Schachtel mit Pfefferminzteebeutelchen, ein Tütchen Weinsauerkraut, ein Päckchen Haferflocken, ein Beutel Gnocchi, ein Glas Rotkohl, eine Dose Maiskörner, eine Dose mit geschälten Tomaten, ein Päckchen Eiernudeln. Warum sind „Ja“-Produkte so günstig? Weil an bunter Werbung für die No-Name-Produkte gespart wird, oder weil Rewe den Erzeuger kaum etwas verdienen lässt?

Nie würde ich mich mit den vermeintlichen Gutmenschen zusammentun und dieses Projekt unterstützen, damit sich der Staat weiter aus seiner Pflicht ziehen kann, gefälligst wie ein *echter* Sozialstaat dafür zu sorgen, dass alle Menschen hier wirklich genügend Geld haben und nicht nur so eine Pseudo-Grundsicherung! Darf Rewe noch am Umsatz der „Tafel“-Spender unter den Kunden mitverdienen? Es ist doch ein Skandal, dass es bald 900 „Tafeln“ gibt, die regelmäßig rund eine Million bedürftige Personen mit Lebensmitteln versorgen, von denen beschämenderweise ein Drittel Kinder und Jugendliche sind.

Aber Rewe scheint stolz darauf zu sein, dass der Konzern der größte Spender von Lebensmitteln an die „Tafeln“ und einer der ältesten Förderer des „Bundesverbandes Deutsche Tafel“ ist. Wolfgang Wieland, Bundestagsabgeordneter der Grünen, bezeichnete die „Tafeln“ als Ausdruck wachsender Armut und Ver-

sagens des Staates. Werner Schulten, Bundesvorstandsmitglied der Linkspartei, forderte die Überwindung des „Tafel“-Systems, denn die Versorgung Bedürftiger gehört zu den Aufgaben des Staates und nicht eines Charity-Modells.

Der Soziologe Stefan Selke stellte fest, dass die „Tafeln“ eine Symbiose mit der Politik eingegangen seien, indem sie sich für einen Ausgleich der Folgen des Sozialabbaus instrumentalisieren ließen. „Tafeln“ machen Armut sichtbar und behandeln nur deren Symptome. Sie tragen ungewollt zur Normalisierung von Armut und einer Stärkung der Politik bei, die sich der Armutsbekämpfung verweigert.

Mit dem „Tafel“-System wird die Menschenwürde mit Füßen getreten und eine Voraussetzung geschaffen, dass der Staat meint, seiner Pflicht nicht nachkommen zu müssen, dafür zu sorgen, dass alle Menschen in diesem Land überall einkaufen können, was sie wollen und brauchen, und nicht bloß das, was andere ihnen zubilligen oder „spenden“, weil das Verfallsdatum abgelaufen ist und sie es so nicht entsorgen müssen. Wozu gibt es denn die Armen, die Müll schlucken sollen? Auf Dauer muss hier eine andere, wirklich soziale Lösung gefunden werden wie ein unabhängiges Grundeinkommen!

In einer Studie wurden Hartz-IV-Bezieher befragt, wie sie sich beim Besuch einer „Tafel“ fühlen: Bei ihnen kommt Scham auf, sie möchten dort nicht gesehen werden, ungern mit Verwandten darüber sprechen. Die „Tafel-Kunden“ leiden unter gesellschaftlicher Abwertung, fehlender Anerkennung und mangelndem Selbstwertgefühl. Eltern schämen sich vor den eigenen Kindern, weil sie eben nur Mangelware aus zweiter Hand erhalten und nicht wie alle anderen einkaufen können. Dennoch übernahmen die Ministerinnen Ursula von der Leyen und deren Nachfolgerin Kristina Schröder jeweils eine Schirmherrschaft.

Ich weiß nicht, ob sie selbst tatsächlich daran glauben können, „Gutes“ zu tun, wenn sich der Sozialstaat immer weiter zurückzieht und ein Mäzenatentum an seine Stelle tritt, das großzügige Mildtätigkeit nach Belieben verteilen oder auch einstellen kann, wodurch die Verantwortung für Mängel im Sozialsystem nicht an den Staat, sondern jeweils an den einzelnen zurückverwiesen wird. Nicht die finanziell Armen sollten sich schämen, sondern die Politiker, die sich aus der Verantwortung ziehen und in diesem reichen Land solche erbärmlichen Zustände wie die „Tafeln“ ermöglichen und begünstigen!

3. Letzte Woche meldete die Bundesagentur für Arbeit, dass es im ersten Halbjahr 2011 so viele **Sanktionen** gegen Hartz-IV-Bezieher gegeben habe wie noch nie. Jeden Monat wurden in diesem Zeitraum durchschnittlich 147.000 Personen mit Regelsatzkürzungen von durchschnittlich 89 Euro für vermeintliches Fehlverhalten bestraft – als ob Hartz-IV-Bezieher massenhaft Arbeitsangebote ablehnen würden. Wie das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom Februar 2010 bestätigte, ist diese Sanktionspraxis, die das angebliche Existenzminimum unterschreitet, natürlich nicht nur verfassungswidrig, sondern beschädigt auch die Würde des Menschen, insbesondere bei den Unterfünfundzwanzigjährigen, die noch drastischer sanktioniert werden. Leider ist „Die Linke“ die einzige Partei, die ei-

ne sanktionsfreie Mindestsicherung fordert, mit der endlich alle Sanktionen nach dem Sozialgesetzbuch II und alle Leistungseinschränkungen nach SGB XII abgeschafft würden.

Nur ein eigentlich gar nicht erwähnenswertes klitzekleines Grüppchen verweigert die Arbeit, sodass Sanktionen vorwiegend verhängt werden, wenn Betroffene gegen Auflagen verstoßen, die sie zum Teil nicht einmal kennen, stecken doch hinter den Sanktionen häufig Zielvorgaben der Jobcenter-Mitarbeiter(innen). Gegenwehr lohnt sich immer: 2010 waren 73 Prozent der Sanktionen rechtswidrig. In den Fällen, die vor Gericht landeten, erhielten 55 Prozent der Kläger Recht.

Der CDU-Unterhändler bei den Berliner Koalitionsverhandlungen, Stoffel, äh: Frank Steffel, strebt freilich eine „härtere Gangart“ gegen Hartz-IV-Bezieher an. Er fordert einen „Paradigmenwechsel“ in der Arbeitsmarktpolitik und postuliert auf Stammtischniveau, dass „wir“ es „nicht länger hinnehmen“ könnten, dass Berliner es sich „auf Kosten der Allgemeinheit“ ohne Arbeit „bequem“ machten. Um das Ziel des neuen rot- schwarzen Senats, eine Verringerung der Hilfsquote um zehn Prozent in den kommenden fünf Jahren, zu erreichen, müssten die Jobcenter „notfalls“ mehr Sanktionen verhängen.

Auch soll die Zahl der rund 300.000 Hartz-IV-Haushalte um 30.000 reduziert werden. Wollen sie halt bei den finanziell Schwächsten sparen? Da die Erwerbslosen nicht in nicht vorhandene Arbeitsplätze zu pressen sind, „müssen“ sie weggestraft werden, obwohl das bekanntermaßen verfassungswidrig ist! Sollte Steffel ein Scherzkeks sein, der, wenn er davon redet, es sei nicht mehr tolerierbar, dass Berliner es sich „auf Kosten der Allgemeinheit“ ohne Arbeit „bequem“ machten, eigentlich gar nicht die Erwerbslosen, sondern die „Bonzen“ meint?

4. Nach den Zahlen des jüngsten Gutachtens der „Wirtschaftsweisen“ wird in den kommenden Jahren der Hartz-IV-Regelsatz in schwindelerregende Höhen steigen und bereits ein Jahr später um weitere neun Euro in die Höhe katapultiert werden. Dieser Boom liege an der Koppelung der Hartz-Sätze an die Inflation und die Löhne, die in den nächsten Monaten kräftig steigen würden.

Mit dieser irreführenden Wortwahl, die den Anschein von unermesslich steigenden Regelsätzen vermitteln sollen – obwohl der **Regelsatz** ab 2011 faktisch um 30 Prozent gekürzt wurde, weil Hartz-IV-Bezieher seit Monaten durch die Verkürzung der Wirksamkeit des § 44 SGB X bei zu Unrecht nicht erbrachten Leistungen sowie durch Streichung des Elterngeldes, des Rentenbeitrages und vieles mehr geschröpft werden –, soll die Bevölkerung bewusst für dumm verkauft und manipuliert werden. Schwindelerregend sind hingegen die Milliardenbeträge, mit denen das Zocken der Bankster subventioniert wird. Oder würde Professor Wolfgang Franz, einer der „Wirtschaftsweisen“, auch selbst eine Arbeit aufnehmen, deren Entgelt so gering wäre, dass er auf Kosten der Steuerzahler „aufstocken“ müsste – des „Anreizes“ wegen?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Dom, Nep(p)tun,

Landesbank:

„Occupy“ Bremen am 11. November 2011 – *Fotos: Frank Kleinschmidt*

Die Macht der Bürger ist größer als die der Banken

In Deutschland hat nahezu jeder geschäftsmündige Bürger ein Girokonto bei irgendeiner Bank. Vor etwa 50 Jahren haben sich damit clevere Banker neue, unerschöpfliche, riesige Einnahmequellen geschaffen. Sie verdienen Geld damit, Einkünfte und Gehälter fremder Leute einzukassieren und in einem Konto zu führen. Dafür werden Gebühren verlangt. Früher bekamen Beschäftige ihre Verdienste als Geld direkt vom Arbeitgeber, und man verwaltete und „lagerte“ sein Geld selbst. Heute muss jeder seinem Geld hinterherlaufen und darauf hoffen, dass es nicht schon gepfändet ist, bevor man selbst etwas bekommen hat.

Die Banken lagern das Geld der Kunden bekanntlich nicht, sondern geben es sofort wieder aus. Sie kaufen Aktien oder versuchen gar, mit amerikanischen Pri-

vatbanken Geschäfte mit möglichst hohen Gewinnen zu machen. Banken haben in Wirklichkeit außer Zahlen wirklich nichts, doch lassen sie sich damit Finanzpaläste bauen oder zahlen ihren gewissenlosesten Spekulanten die höchsten Gehälter. Das funktioniert, weil tatsächlich die meisten Bundesbürger einen großen Teil ihres Geldes bei den Banken „gelagert“ haben müssen. Es würde nicht mehr so funktionieren und gäbe große Pleiten für die Banken, wenn alle Bürger ihre Gelder sofort abheben wollten. Das ist möglich, und damit wäre bewiesen, dass Banken tatsächlich mit nichts gute Geschäfte machen.

Am besten verdienen sie an Kunden, die ihr Konto möglichst hoch überziehen, nämlich 17 Prozent Überziehungszinsen. Das ist schlicht skrupellos, und ich kann nur jedem dringend raten, sich das nicht gefallen zu lassen. Überziehen Sie also niemals Ihr Konto! Weitere aktuelle Beispiele zeigen, wie krank das globale Bankensystem geworden ist und wie damit eine gesunde Wirtschaft verseucht wird: Die Hypo Real Estate Bank „verrechnet“ sich um 55 Milliarden Euro zugunsten des Bundeshaushaltes. Warum das gemacht wurde, ist mir nicht klar.

Die Ratingagentur Standard & Poor’s hat die französische Zahlungsfähigkeit beziehungsweise ihr Staatseigentum abgewertet. Auf einen solchen Unsinn reagiert die Börse sehr stark mit Kursschwankungen: Der Eurokurs fiel, und die europäische Wirtschaft wurde damit geschwächt. Das war kein Versehen, sondern ein Versuch, die marode US-amerikanische Wirtschaft etwas aufzubessern. Dazu muss die Konkurrenzwährung, hier der starke Euro, abgewertet werden. Die Macht hat die amerikanische Zentralbank: Alle Ratingaenturen werden von ihr finanziert und arbeiten somit in ihrem Auftrag. Sie ist nicht kontrollierbar und von außen nicht zu regulieren. Sie ist ein Zusammenschluss von Privatbanken, die keinerlei Gesetzen unterliegt.

Mit solchen amerikanischen Banken versuchten europäische Banken seit Jahren, „ehrliche Geschäfte“ zu machen. Sie haben dafür in ganz Europa ihre Sparkunden, Zwangs-Girokunden und Kreditschuldner abgezockt, sich selber und den Euro-Kurs aber fast in den Wirtschaftsruin getrieben. Sie haben wohl geglaubt, mit den größten Gaunern der Welt Gewinne machen zu können. Sie haben dabei allerhand abbekommen: Einige sind trotz staatlicher Finanzhilfen pleite gegangen. Das haben sie durch eigene Misswirtschaft selbst verschuldet.

Doch die Banken hätten viel weniger Chance auf große Gewinne, wenn es nicht so viele von uns Zwangskunden gäbe. Wir sitzen am längeren Hebel und müssen das auch für uns nutzen. Verlangen Sie von Ihrer Bank klare Auskünfte und ehrliche Geschäfte! Hinterfragen Sie die Selbstverständlichkeit der Kontoführungsgebühren! Schützen sie Ihr Konto vor Pfändung und überziehen Sie niemals Ihr Konto! Nehmen Sie keine Kredite auf. wenn Sie kein professioneller Unternehmer sind! Gehen Sie auf die Straße, wenn Sie sich betrogen fühlen! Occupy!

Helmut Minkus (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

353. Bremer Montagsdemo am 21. 11. 2011

Langzeiterwerbslose mit Saisonarbeit aus der Arbeitslosigkeit holen?

1. Letzte Woche stellte die NRW-Landtagsfraktion der FDP allen Ernstes einen Eilantrag, der Landtag möge beschließen, dass die Praktiken des Internetgiganten Amazon, Saisonkräfte zunächst zwei bis vier Wochen umsonst arbeiten zu lassen, eine „sinnvolle Maßnahme zur Vermittlung von Landzeitarbeitslosen“ darstellten. Der Landtag solle die Landesregierung auffordern, jegliche Initiative zu unterlassen, die das angeblich „erfolgreiche Instrument“ infrage stelle. Für das „Erwerbslosenforum Deutschland“ geriert sich damit die NRW-Landtagsfraktion der FDP zum „Speichellecker“ von Amazon. Gleichzeitig solle dem global agierenden Konzern offenbar ein „Persilschein für das Abzocken auf allen Ebenen“ ausgestellt werden.

Dass sich die FDP ausgerechnet für ein Unternehmen einsetzt, dessen weltweite Praktiken der Arbeitnehmerausbeutung uns inzwischen längst bekannt sind, zeigt, welcher Klientel sie sich anbiedert. Ich wünsche mir von ganzem Herzen, dass genau diese Schlagzeilen für alle offensichtlich macht, wes Geistes Kind sowohl Amazon als auch die FDP NRW sind, sodass ihnen daraus der gebührende Leumund erwächst. Hoffentlich geht der Eilantrag nach hinten los, und die skandalöse und möglicherweise rechtswidrige Praxis des Internetversandhauses Amazon bei der Beschäftigung von Aushilfen, die für das Weihnachtsgeschäft im Rahmen von „betrieblichen Trainingsmaßnahmen“ in einem Probearbeitsverhältnis zwei Wochen lang ohne Bezahlung eingesetzt werden, wird als sittenwidrig und keinesfalls arbeitsmarktfördernd ausgesetzt und verboten!

Wie, bitte schön, sollen denn auch Langzeiterwerbslose als „Saisonarbeiter“ aus ihrer Arbeitslosigkeit herausgeholt werden? Auch wenn der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Guntram Schneider das Verfahren für „nicht akzepta-

bel“ hielt und eine Untersuchung ankündigte, musste er sich doch vom „Erwerbslosenforum“ Scheinheiligkeit vorwerfen lassen, da diese Praxis mit seiner Duldung und seinem Wissen schon längst gängige Praxis sei. Laut Arbeitsagenturen sollen in Rheinberg 78 und in Werne 90 Prozent einen „Arbeitsplatz“ bekommen haben. Aber das ELO weiß es besser: Bei nur bis zum 31. Dezember 2011 befristeten Stellen kann von einer tatsächlichen „Eingliederung“ nicht auch nur annähernd die Rede sein!

2. Da in einer beispiellosen Mordserie zwischen 2000 und 2006 neun ausländische Kleinunternehmer mit derselben Pistole getötet wurden, und zwei der Opfer Döner verkauften, wurden die Verbrechen oft als „Döner-Morde“ bezeichnet. Diese in meinen Ohren rassistisch klingende Diskriminierung korreliert wunderbar damit, dass die Ermittlungen erfolglos blieben, bis die Tatwaffe in einer Gefängniszelle gefunden wurde. Diese Titulierung klingt auch verharmlosend, als ob nur bestimmte „Gerichte“ umgebracht worden seien und nicht etwa Menschen. Wären Italiener als Opfer zu beklagen gewesen, hätte doch wohl niemand von „Spaghetti-Morden“ geschrieben oder bei Deutschen von „Sauerkraut-Morden“? Es ging auch nicht um „rivalisierende Bandenkriminalität“, sondern um äußerst brutale Morde, die von rechtsextremen Tätern ausgeführt wurden. 138 Menschen starben, besser: wurden seit der Wiedervereinigung ermordet, nach Recherchen des „Tagesspiegels“ durch rechte Gewalt. Die Bundesregierung beharrt bis heute auf nur 48 Opfern.

Wie bei der Ermordung von drei Polizisten im Jahr 2000 durch den Mörder und Selbstmörder Michael Berger und einer Anwaltsfamilie im Jahr 2003 wurde der politische Hintergrund nicht gründlich ermittelt. Ich finde, dass ein bisschen zu oft angeblich gar nicht auf die Idee gekommen wurde, dass es sich um ein politisch motiviertes Tötungsverbrechen handeln könnte. Offenbar sollte die wahre Dimension tödlicher Gewalt von **Neonazis** und anderen Rechtsextremen der Öffentlichkeit verborgen bleiben. So verwundert nicht, dass es 2011 nach Ansicht der Regierung nicht mehr nötig sei, die Bundesländer zu den 90 Todesopfern zu fragen, die in der offiziellen Gesamtstatistik fehlen. Angeblich habe erst der Schock, den jetzt die Taten des Jenaer Neonazi-Trios auslösten, dazu geführt, auch ohne Auftrag der Bundesregierung den Fall Berger doch noch mal intensiv prüfen zu lassen.

Ein einzelnes Trio hätte sich kaum zu einer Art „Brauner Armee Fraktion“, zu einem „Nationalsozialistischen Untergrund“ auswachsen können! Allem Anschein nach konnte eine rechtsradikale Terrortruppe über 13 Jahre hinweg in Deutschland ungehindert beliebig Migranten ermorden, einen Anschlag auf Polizisten verüben und sich den Lebensunterhalt im Verborgenen durch Banküberfälle finanzieren. Täglich, nein: stündlich sickern neue Details ans Tageslicht, die jahrelang unaufgeklärte Taten wie den Nagelbombenanschlag in Köln 2004 oder den Anschlag auf jüdische Aussiedler an einer S-Bahn-Haltestelle in Düsseldorf im Jahr 2000 mit dem Neonazi-Trio in Verbindung stellen. Pikanterweise ist in Deutsch-

land die rechte Terrorszene ja mit dem Verfassungsschutz derart verwoben, dass sich manchmal bestimmt nicht mehr eindeutig klären lässt, wer jetzt eigentlich was ist! Es stinkt dermaßen zum Himmel, dass wahrscheinlich staatliche Stellen beim Untertauchen der Gruppe nicht nur geschlampt, sondern die Flucht erst ermöglicht haben. Es handelt sich wohl nicht nur um eine „Verschwörungstheorie“.

Der Schaden für eine Demokratie könnte kaum größer sein, wenn sich herausstellen sollte, dass in Deutschland – sechs Jahrzehnte nach dem Ende der Nazi-Diktatur – staatliche Stellen Nazi-Terror ermöglicht haben und dass dieser Verrat von vermeintlichen Staatsdienern begangen wurde. Unser Staat ist offensichtlich auf dem rechten Auge blind! Bremens SPD-Bürgermeister Jens Böhrnsen fordert nach den Anschlägen einer rechtsextremen Terrorzelle in Deutschland erneut ein NPD-Verbotsverfahren: Er ist davon überzeugt, dass ein neuer Antrag Erfolg haben kann, weil die NPD verfassungsfeindlich sei, offenkundig „die Prinzipien unseres demokratischen Gemeinwesen“ missachte und die Menschenrechte mit Füßen trete, um eigene totalitäre Gedankenspiele umzusetzen. Doch dass unsere Sicherheitsbehörden ahnungslos gewesen sein sollen, vermag ich nun wirklich nicht zu glauben!

Wenn nun will sogar die CDU die Chancen für ein neues NPD-Verbotsverfahren prüfen will, dann frage ich mich langsam, was wirklich dahinter steckt und wovon wir hier gerade abgelenkt werden sollen! War wirklich ein Verfassungsschützer zum Zeitpunkt eines Mordes am Tatort? „Es ist eigentlich undenkbar, dass der Verfassungsschutz in irgendeiner Weise an rechtsextremen Aktionen mitwirkt.“ Aber uneigentlich scheint das leicht möglich und wohl auch so gewesen zu sein, oder? Der Verfassungsschutz observiert mit Akribie kritische Demokraten – gewalttätige Neonazis lässt er in Ruhe oder beschäftigt sie als „V-Leute“. Bei solchen Fehlleistungen kann mensch sich verzweifelt fragen, ob nicht nur die NPD, sondern auch der Verfassungsschutz verboten gehört. Muss er bald vom Verfassungsschutz beobachtet werden, oder übernimmt diese Aufgabe der Einfachheit halber die NPD?

3. Daniel Colm arbeitet in einem Interview mit Guido Grüner von der „Arbeitslosenhilfe Oldenburg“ heraus, dass die Verarmung in Deutschland überhaupt nicht wahrgenommen wird. Natürlich spiegelt sich die wachsende soziale Ungleichheit auch in der Ernährungssituation wider: Menschen mit niedrigem Einkommen müssen sich schlechter als Reiche ernähren, was mit einer durchschnittlich niedrigeren Lebenserwartung korreliert. Armut führt in den Industriestaaten heute eher zu Über- als zu Unterernährung, auf jeden Fall aber zu einer Fehlernährung. Das Bewusstsein über gute **Ernährung** nützt leider nichts, wenn es nicht zu bezahlen ist.

Die Selbstversuche mancher Menschen, einen Monat „auf Hartz-IV-Niveau“ zu vegetieren, haben nichts mit der tatsächlichen Wirklichkeit der ALG-II-Bezieher zu tun, weil für diesen Zeitraum ruhig mal das Geld für Anschaffungen wie Möbel, Textilien, Zeitschriften und Bücher zurückstellen werden kann, um die real benö-

tigten 200 bis 250 Euro für Ernährung auszugeben. Aber für ALG-II-Bezieher sind nur 130 Euro monatlich vorgesehen. Dafür müsste vor jedem Einkauf der Reklameblätterwald genau studiert werden, um herauszufinden, wo etwas am günstigsten angeboten wird. ALG-II-Bezieher leben durch die Segregation oft keinesfalls freiwillig am Stadtrand und können es sich gar nicht leisten, derart durch die Stadt oder, noch schlimmer, auf dem Lande herum zu fahren.

Wer für sehr wenig Lohn, bei dem noch aufgestockt werden muss, regelmäßig die Verfolgungsbetreuung der Flop-, Mob- oder Job-Center auf sich nimmt, dazu weite Anfahrtswege zur Arbeit hat, die oft anstrengend und auslaugend, perspektivlos ist, hat vielleicht anschließend keine Energie mehr dafür übrig, die Familie mit frischem Gemüse zu ernähren, das vom Markt oder direkt vom Produzenten geholt wird, oder müsste auch noch das Abholen der Kinder aus der Kita zeitlich bewältigen können. Dann wird eben eher zu Fertigprodukten oder *Junkfood* gegriffen. Wenn ALG-II-Bezieher morgens früh rausmüssen, auf wechselnde Baustellen gekarrt werden und erst spät abends zurückkommen, dann nützt es gar nicht, moralisierend oder pädagogisierend zu argumentieren. Immer mehr Menschen stellen sich bei den entwürdigenden „Tafeln“ in die Warteschlange und gucken, was ihnen von dem in die Tüten geschoben wird, was die Supermärkte meist kostenlos entsorgen lassen, weil es dort nicht mehr zu verkaufen ist.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Wie man Banker dazu bringt, die Hosen herunter zu lassen

Eines Tages ging eine kleine, ältere, aber vornehme Dame mit einer großen Tasche voller Geld in die amerikanische Zentralbank. Sie wollte ein Konto eröffnen und bestand darauf, mit dem Direktor persönlich zu sprechen, weil es um eine Menge Geld ging. Nach einigen Diskussionen und weil der Kunde König ist, bat sie der Bankangestellte in das Büro des Direktors. Dieser fragte die Dame, wie viel Geld sie denn anlegen wolle. Sie sagte: „165.000 Dollar“ und leerte das Geld in bar aus ihrer Tasche auf den Schreibtisch des Direktors. Der war natürlich neugierig und fragte, wie sie zu so viel Geld gekommen sei.

„Ich mache Wetten“, sagte die Dame. – „Was für Wetten?“ fragte der Direktor. – „Ich nenne Ihnen ein Beispiel“, antwortet sie, „ich wette mit Ihnen darum, dass Sie würfelförmige Hoden haben“. – „Ha“, lachte der Direktor, „das ist ver-

rückt, Sie können niemals eine solche Wette gewinnen!“ – Die Dame fragte ihn herausfordernd: „Sie wollen also mit mir darum wetten“? – „Sicher“, sagte der Direktor, „ich wette mit Ihnen um 25.000 Dollar, dass meine Eier nicht eckig sind“. – „Gut“, sagte die alte Dame, „aber da es um viel Geld geht, bringe ich morgen um zehn Uhr einen Notar mit, der unsere Wette beglaubigt“ – „Einverstanden“, sagte der Direktor.

In der kommenden Nacht war er sehr aufgeregt von der Wette. Er verbrachte viel Zeit vor dem Spiegel und prüfte seine Eier. Er drehte sie von der einen Seite auf die andere und prüfte sie so lange durch, bis er absolut sicher war, dass sie nicht eckig waren. Er würde die Wette gewinnen. Am nächsten Morgen pünktlich um zehn Uhr erschien die nette alte Dame mit ihrem Notar im Büro des Bankdirektors. Sie stellte ihm den Notar vor und wiederholte die Wette: 25.000 Dollar, darauf, dass die Hoden des Direktors eckig sind! Der Direktor stimmte der Wette erneut zu, und die Dame bat ihn, seine Unterhose herunterzuziehen, damit sie nachsehen könne.

Der Direktor tat es, dann fragte die nette alte Dame, ob sie das auch fühlen dürfe. Er willigte wieder ein und sagte: „Gut, es geht um viel Geld, und Sie sollen absolut sicher sein.“ – In dem Moment schlug der Notar seinen Kopf an die Bürowand. Erschrocken und mit heruntergelassener Hose fragte der Direktor die Dame: „Was ist denn mit Ihrem Notar los?“ – Sie antwortete: „Ach, weiter nichts, außer dass ich mit ihm um 100.000 Dollar gewettet habe, dass ich heute um etwa zehn Uhr die Eier des Direktors der amerikanischen Zentralbank in meiner Hand halten werde“. Und sie packte zu.

Helmut Minkus (parteilos)

„Wir pflanzen die Sonne in den dunklen Wald“

Am **Freitag**, dem **25. November 2011**, ist „**Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen**“. Die „Stadtfrauenkonferenz Bremen“ lädt ein zu einer **Kundgebung** mit Informationen und Musik von **16 bis 17 Uhr** auf dem **Domshof** sowie am Samstag, dem 26. November, ab 11 Uhr zu einem „Frauenpolitischen Brunch“ zum Kennenlernen, Austauschen und Vernetzen im „Birati“, An der Weide 27.

Der 25. November ist ein internationaler Gedenk- und Protesttag gegen die vielfältigen Formen der Gewalt, denen Frauen ausgesetzt sind: körperliche oder psychische Gewalt durch Männer, Unterdrückung durch den Staat oder die Religion, durch Sexismus, Mobbing oder Ausbeutung der Arbeitskraft. Frauen, die getötet, verletzt und unterdrückt werden, gibt es überall auf der Welt. Auch in Deutschland suchen jedes Jahr 40.000 Frauen Schutz in Frauenhäusern. Nach einer Un-

tersuchung des Bundesfamilienministeriums haben 40 Prozent aller Frauen schon körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren. Überall auf der Welt zeigen mutige Frauen: Wir wollen nicht mehr schweigen, sondern uns wehren. Der 25. November gilt symbolisch für alle Tage im Jahr. Er macht Mut, um gemeinsam den Kreis der Gewalt zu durchbrechen und für eine lebenswerte Zukunft zu kämpfen.

Dieser Tag geht zurück auf die Ermordung der drei Schwestern Mirabal, die am 25. November 1960 in der Dominikanischen Republik vom Geheimdienst nach monatelanger Folter getötet wurden. Sie waren im Untergrund tätig und hatten sich mutig am Widerstand gegen den Diktator Trujillo beteiligt. Auf einem Treffen lateinamerikanischer und karibischer Frauenorganisationen 1981 in Kolumbien riefen die Teilnehmerinnen das Todesdatum der drei Frauen zum Gedenktag für die Opfer von Gewalt an Frauen und Mädchen aus. In den Vereinten Nationen ist der 25. November seit 1999 als offizieller internationaler Gedenktag anerkannt. An diesem Tag finden überall auf der Welt verschiedene Aktionen statt. Inzwischen beteiligen sich international über 800 Organisationen in rund 90 Ländern.

Die „1. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen“ hat am 8. März 2011 in Venezuela beschlossen, an diesem Tag ein internationales Band des Widerstands gegen Gewalt an Frauen zu spannen. In dieses Band wollen wir uns auch in Bremen einreihen. Die „Stadtfrauenkonferenzen“ haben sich gebildet, um die erste „Weltfrauenkonferenz“ bekannt zu machen und sie ideell, politisch und finanziell zu unterstützen. Unser Anliegen ist es, die kämpferische Frauenbewegung zu stärken. In Bremen sind Frauen und Männer, Gruppen und Organisationen an der „Stadtfrauenkonferenz“ beteiligt. Jede(r) ist herzlich willkommen!

Montag ist Widerstandstag!

Merkels Atompolitik: Nebelkerzen zünden, Widerstand kriminalisieren

Die Bundesregierung ist mit ihrer Atompolitik gescheitert. In einer neuen Umfrage lehnen mehr als zwei Drittel der Bevölkerung weitere Castor-Transporte nach Gorleben ab. Zehntausende werden sich in den nächsten Tagen in Frankreich und Deutschland dem Transport von La Hague ins Wendland entgegenstellen. Die Regierung ist in der Defensive und versucht jetzt, neue Nebelkerzen zu zünden. Pünktlich zum Karnevalsbeginn am 11. November 2011 verkündete CDU-Umweltminister Röttgen einen „Neustart“ bei der Endlagersuche. Das ist ein wei-

terer Erfolg des Widerstands – auch wenn der „Neustart“ bisher noch reine Augenwischerei ist!

Die Bauarbeiten im Salzstock Gorleben werden nicht sofort eingestellt. Umweltminister Röttgen lässt den Salzstock weiter im Drei-Schicht-Betrieb zum Endlager ausbauen – obwohl längst klar ist, dass er völlig ungeeignet ist, weil er direkten Kontakt zum Grundwasser hat und über einem riesigen Erdgasvorkommen liegt. Fast alles Geld für die angebliche „Endlagersuche“ fließt weiter in den Ausbau des maroden Salzstocks Gorleben. 76 Millionen Euro will die Regierung im nächsten Jahr für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Müll ausgeben. Davon sind 73 Millionen für Ausbau in Gorleben verplant, ganze drei Millionen für die Suche nach Alternativen.

Dubiose „Experten“ sollen den Gorlebener Salzstock für „sicher“ erklären. Eine „Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben“ im Auftrag des Bundesumweltministeriums soll bis Mitte 2012 darlegen, dass der marode Salzstock in Gorleben *doch* als Atommüll-Endlager geeignet ist. Beauftragt mit der „Sicherheitsanalyse“ hat Minister Röttgen just die Forschungsinstitute, die schon dem einstürzenden Atommülllager Morsleben und der absaufenden Atommüllkippe Asse „Sicherheit auf Jahrtausende“ attestiert hatten. Die Tricksereien zur Täuschung der Öffentlichkeit gehen munter weiter. Nur mit Tricks gelingt es seit Jahren, Gorleben als Endlager-Standort aufrechtzuerhalten.

Gutachten werden manipuliert, Sicherheitsanforderungen gesenkt und eine „Erkundung“ vorgetäuscht, obwohl das Endlager im Salzstock bereits gebaut wird. Zuletzt wurden die Messwerte der Strahlenbelastung einfach gefälscht, um den neuen Transport zu rechtfertigen. Die Atommüllproduktion läuft ungehindert weiter. Neun AKW produzieren täglich weiteren Atommüll – nach dem Willen der Regierung noch jahrelang. Wer so tut, als ob es demnächst ein Endlager für die strahlenden Abfälle gäbe, macht nur den Weg frei für die nächste Laufzeitverlängerungsdebatte in wenigen Jahren. Durch den Transport weiterer Castoren in den nächsten Tagen werden einfach Tatsachen geschaffen, um den Standort Gorleben als Endlager zementieren.

Die Lüge vom „Neustart“ der Endlagersuche wird von der Regierung damit verknüpft, den berechtigten Widerstand zu kriminalisieren. Der geplante Castor-Transport soll nach Angaben der Polizei von 19.000 Beamten „geschützt“ werden. Angesichts der zu erwartenden breiten Proteste aus der Bevölkerung hetzt Einsatzleiter Friedrich Niehörster gegen die „Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg“, sie habe sich „nicht von Gewaltaktionen distanziert“ und kündigt ein härteres Vorgehen der Polizei an. Die ganze Bahnstrecke wurde inzwischen mit einem Versammlungsverbot belegt. Heute wurde das erste Protest-Camp verboten.

Der Transport soll jetzt um einen Tag vorgezogen werden, weil in Frankreich mit größerem **Protest** gerechnet wird. Aber das alles wird ihnen nichts nützen! Ein breites Bündnis aus 185 Organisationen ruft dazu auf, ins Wendland zu kommen, um gegen die Atompolitik, den **Castor-Transport** und das geplante Endlager in **Gorleben** auf die Straße zu gehen. Abfahrt der **Busse** in Bremen ist am **Samstag**,

dem **26. November 2011**, um **8:30 Uhr** am **ZOB**. Gorleben soll leben – stoppt Castor! Sofortige Stilllegung aller AKW weltweit!

Harald Braun

Gefängnis-Container für die „S21“-Gegner werden schon aufgestellt

Mindestens zehn Menschen wurden von einem faschistischen Trio ermordet, das mindestens 20 Helfer hatte. Vor allem. hatte es den „Verfassungsschutz“ auf seiner Seite! „Schlapphüte“ waren bei den Morden dabei. Jetzt wird so getan, als ob das Pannen seien, dabei ist das der Kern! Die Herrschenden wollen diese braunen Banden, um in Krisenzeiten ohne jegliche Rücksichtnahme reinknüppeln zu können, wie in Ägypten. Die Verfassung, die der deutsche Geheimdienst schützt, ist jene, die dem Finanzkapital seine Alleinherrschaft sichert. Es ist kein Zufall, dass Naziaufmärsche – wie am 30. April 2011 in Bremen – von massivem Polizeiaufgebot geschützt werden und deutsche Neonaziorganisationen Säle anmieten können, ebenso wie die faschistischen türkischen „Grauen Wölfe“.

Während Linke, Umweltaktivisten oder Marxisten-Leninisten zu „Terroristen“ abgestempelt oder den Opfern faschistischer Morde Kontakte zur Drogenszene unterstellt werden, wodurch man sie und ihre Angehörigen auch noch verunglimpft, wird der Staatsapparat selbst immer mehr faschisiert. Der Kampf gegen die Hartz-Gesetze und für die Abschaltung aller AKWs muss deshalb immer verbunden sein mit dem antifaschistischen Kampf gegen die staatliche Unterdrückung. Dass der Volkswiderstand der Regierung empfindliche Niederlagen beibringen kann, hat die Vergangenheit gezeigt.

Nach der Abschaltung von acht Atomkraftwerken ist jetzt ein weiterer Erfolg, dass die Suche nach atomarem Endlager neu eröffnet wird. Jahrzehntelang galt es als unumstößlich, dass Gorleben das einzig Richtige sei. Wenn an diesem Donnerstag der nächste Castor rollt, wird der Widerstand erst recht groß sein. Die AKW-Gegner haben schon mehrfach gezeigt, dass sie sich nicht einlullen lassen. Auch hier kündigte die Polizei an, „robuster“ gegen Demonstranten „vorgehen“ zu wollen, also brutal reinzuknüppeln und den Bauern ihre Trecker wezugnehmen.

In Stuttgart war diese Woche die letzte Montagsdemo vor dem Volksentscheid am kommenden Sonntag. Bahnchef Grube hat bereits angekündigt, sofort weiter-

bauen zu lassen. Auf dem Gelände des Cannstatter Volksfestes sollen Gefängnis-Container aufgestellt werden, um „S21“-Gegner einsperren zu können. 9.000 Polizisten sollen den Bauzaun sichern. Und was tut der grüne Ministerpräsident Kretschmann dagegen? Nichts! Er hält den Mund. Der Widerstand ist ungebrochen, und er kommt von unten, nicht von der „grün-roten“ Regierung oder deren Parteien. Wie die Arbeiterklasse können auch die Völker nur frei sein, wenn sie sich selbst befreien. Auch in Kairo gab es wieder schwere bewaffnete Kämpfe auf dem Tahrir-Platz. Die Revolution ist noch nicht am Ziel!

Wolfgang Lange (MLPD)

Das polizeiliche „Täterprofil“ ist für mich eine Ehre

Am 20. Oktober 2011 stand bei mir zu Hause die Polizei vor der Tür und eröffnete mir eine Akte: Ich hätte am 19. Februar 2011 in Dresden bei einer Nazi-Demo zu der „Straftat“ aufgerufen, diese zu blockieren, und sei der Aufforderung der Polizei, den Weg für die Nazis freizumachen, nicht nachgekommen. Als sogenannten Beweis präsentierten sie ein Foto von der Dresdner Demo, wo ein Mann am Megafon mit IG- Metall-Aufkleber spricht. Dieser Mann sei ich; als linker Liedermacher und IG-Metall-Mitglied komme ich ja in Frage. Dazu zeigten sie mir ein Foto aus der „Heilbronner Stimme“, wo ich auf der Montagsdemo singe. Nun war ich am 19. Februar gar nicht in Dresden, aber für die Polizei scheint das eine untergeordnete Rolle zu spielen: Sie eröffnete „vorsorglich“ ein Ermittlungsverfahren gegen mich.

Seit sieben Jahren unterstütze ich in Heilbronn die Montagsdemo gegen Hartz IV mit Liedern und Beiträgen zur wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Seit 20 Jahren bin ich Vertrauensmann der IG Metall und will meinen Kollegen helfen, sich für ihre Rechte gegen die Unternehmer und für ihre Zukunft zusammenzuschließen. 2011 habe ich den Aufruf „Heilbronn stellt sich quer“ gegen die Nazi-Demo am 1. Mai unterschrieben, für das Versammlungsrecht aller Demokraten auf öffentlichen Straßen und Plätzen, um den Faschisten keine Fußbreit Raum zu geben. Linker, antifaschistischer Liedermacher in der IG Metall: für die Polizei ist das ein „Täterprofil“ für mich ist es eine Ehre und eine politische Selbstverständlichkeit. Lassen wir uns nicht einschüchtern und kriminalisieren! Bauen wir weiter gemeinsam an einer breiten Bewegung für demokratische Rechte! Und nehmen wir uns das Recht, für eine bessere Welt zu kämpfen!

Zuschrift von Pit Bäuml, Heilbronn

Ja und Nein vertauscht: Baden-Württemberger stimmen nicht für die Kündigung des Tiefbahnhofprojekts *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

354. Bremer Montagsdemo am 28. 11. 2011

Vernebeln, wenn Kinder sterben

Bremen hat eine Senatorin für Gesundheit, Bildung und Wissenschaft. Sie ist Aufsichtsratsvorsitzende der Bremer Dachgesellschaft der Krankenhäuser „Gesundheit Nord“. Ihr Mitarbeiter ist Herr Hansen. Im Februar 2009, als diese Veröffentlichung erfolgte, war Frau Rosenkötter die zuständige Senatorin: „Der Aufsichtsrat der ‚Gesundheit Nord‘ in Bremen hat sich nach einer Abwägung aller Argumente nicht für eine Interessensbekundung für den Kauf des Lilienthaler Martinskrankenhauses ausgesprochen. Das erklärten die Vorsitzende Ingelore Rosenkötter und der Sprecher der Geno, Priv. Doz. Dr. Diethelm Hansen, nach einer intensiven Diskussion im Aufsichtsrat.“ Irgendwie komisch: Chefin und kein Standvermögen?

Dem „Weser-Kurier“ vom 19. November 2011 habe ich ferner entnommen, dass jetzt eine Staatsanwältin für die Untersuchung zuständig ist. Der Grund stand dort nicht: Staatsrat Schuster hatte sich mit dem vorher zuständigen Staatsanwalt Picard gestritten. Wollte Herr Schuster jeweils vorab informiert werden? Warum wurde die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft geändert? War der bisher zuständige Staatsanwalt „nicht genehm“? Der „Weser-Kurier“ dazu: „Seit Montag hat die Abteilung 6 bei der Staatsanwaltschaft den Fall übernommen. Die Abteilung ist für Verfahren gegen Ärzte und Pflegepersonal, die heilberufliche Kunstfehler zum Gegenstand haben, zuständig.“ Der Ermittlungsbereich war doch bereits vorher bekannt! Das hatten wir alles schon. Ist hier wieder politischer Wille zum Vernebeln umgesetzt worden?

Ich hoffe, auch dies wird der Untersuchungsausschuss aufklären, obwohl auch dessen Prüfung bereits eingeschränkt wurde. Nach Meinung des Abgeordneten Peter Erlanson wurde Herr Hansen von Rot-Grün eingestellt, um einen „ wahnwitzigen Sanierungsplan“ umzusetzen. Ansonsten steht meine Meinung unter der 352. Bremer Montagsdemo. Frau Senatorin Renate Jürgens-Pieper, nehmen Sie die Herren Schuster und Hansen gleich mit! Auch dies hat Herr Hansen zu vertreten: Eine Feier zur falschen Zeit und offene Forderungen. Noch eine Tatsache, die immer untergeht: Die Frühchenstation ist eine Intensivstation!

Bei Überlastungsanzeigen von Mitarbeiter(inne)n einer Intensivstation nimmt der Verantwortliche eine Unterlage und stellt fest, sie sei überhaupt nicht relevant. Es geht weiter so!

2. Ein „ergiebiger“ V-Mann bei den Faschisten muss ein „guter Nazi“ und gnadenloser Rassist sein! Dies hat Rechtsanwalt Rolf Gössner treffend ausgeführt: „Die ‚Vertrauensmänner‘ des Verfassungsschutzes stammen aus der Neonazi-Szene oder entsprechenden Organisationen oder werden dort eingeschleust, um dem Geheimdienst unerkannt Informationen gegen Geld zu liefern. In diesem gewaltorientierten Milieu treiben die rekrutierten V-Leute weiterhin ihr Unwesen als Rechtsextremisten, Rassisten, Antisemiten, Verfassungsfeinde und rechte Gewalttäter.“ Herr Gössner war selbst jahrelang „Objekt“ des Verfassungsschutzes. V-Leute kennen V-Leute selbst der gleichen Behörde nicht, geschweige die der anderen Verfassungsschutzämter oder des Militärischen Abschirmdienstes.

Wozu regionale Regierungen im Frieden unstrittig fähig sind, steht im Museum in Celle: das „Celler Loch“. 1978 ließ Niedersachsens Regierungschef Ernst Albrecht den **Verfassungsschutz** in die Mauer der Justizvollzugsanstalt Celle ein Loch sprengen – siehe auch meinen Beitrag auf der 153. Bremer Montagsdemo. Die Morde der RAF wurden nie richtig aufgeklärt. Bedient der Verfassungsschutz die Nebelkanone? Wahrscheinlich wären Herr Schleyer und Herrhausen nicht gestorben, wenn die Verfassungsschützer ihre Tarnung hätten ablegen dürfen. Ich glaube, hier ging die „Rettung“ des Staates vor! War das Sterben dieser Menschen ein Nebeneffekt? Es sind die gleichen Fragen wie jetzt! Sind Informationen über selbst geschaffene Tatsachen mehr wert als das Leben von Menschen? Dies darf keine weitere Fortsetzung geben! Daher alle V-Männer raus aus allen Nazi-Gruppierungen!

3. Die „Verordnung zur Fortschreibung der Regelbedarfsstufen“ mit den Änderungen zum 1. Januar 2012 sieht harmlos aus, aber die **Regelsätze** für Kinder sind nicht erhöht worden, weil die Bundesregierung bei ihnen von einer „Überversorgung“ ausgeht. Wie es den Kindern im Leistungsbezug geht, ist aus neutraler Feder zu erfahren. Auch auf den Seiten der vorherigen Bremer Montagsdemos steht einiges zu diesem Thema. Wer Kinder hat, sollte die Regelsatzhöhe anfechten. Wie dies geht? Wir gehen mit!

4. Auf der 352. Bremer Montagsdemo habe ich darauf hingewiesen, dass bei drohender **Pfändung** oder Aufrechnung der Bank ein „P-Konto“ die einzige Möglichkeit zur Abwehr ist. Nun ging dieser Tage eine Meldung durch das Netz: Eine Inkassofirma hat versucht, den Anspruch auf ALG II beim (No-)Job-Center zu pfänden. Dies wurde abgewehrt, die Inkassofirma hatte keinen Erfolg. Die Sozialleistung ist auch 2012 gegen Pfändung geschützt – bis sie auf einem Konto gutgeschrieben wird. Nur wenn dieses Konto ein „P- Konto“ ist, ist der Betrag gegen Pfändung und Aufrechnung geschützt. Dabei kommt es auf die Höhe des Zah-

lungseingangs an und nicht auf den Zahlungsgrund. Daher bitte prüfen Sie, ob der Grundbetrag von etwas über 1.000 Euro ausreichend ist und lassen Sie diesen Betrag anpassen.

5. In meinem Beitrag auf der 321. Bremer Montagsdemo habe ich das Jobcenter mit dem Finanzamt verglichen. Jetzt habe ich eine „Empfehlung“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales an alle Jobcenter (vormals Argen) gefunden. Diese spezielle Weisung ist auf die anderen Problemfelder übertragbar. Die Umsetzung dieser „Empfehlung“ würde die Zahl der Widersprüche und **Klagen** auf circa zehn Prozent des jetzigen Volumens reduzieren. Zitat: „Das BMAS empfiehlt Argen zur Vermeidung von Widersprüchen und Klagen anlässlich des BVerfG Änderungen in den Bescheiden aufzunehmen, dass Änderungen von Amts wegen zugunsten der Betroffenen erfolgen.“ Wenn das Jobcenter den beklagten Sachverhalt auf allen Bescheiden des Klägers mit Vorbehalt vermerken würde, würden bereits bei circa vier Jahren Verfahrensdauer acht Widersprüche nicht erhoben und damit acht Widerspruchsbescheide und acht Klagen entfallen. Bei einem Vorbehaltsvermerk auf den Bescheiden anderer Leistungsberechtigter bei gleichem Sachverhalt würde sich diese Einsparung entsprechend vervielfachen! Wird der Sachverhalt sogar in anderen Jobcentern als Vorbehalt vermerkt, so wäre dies ein Beitrag zur Gleichbehandlung und Menschenwürde!

6. Nun steht der Jahreswechsel bevor. Dies hat viele rechtliche Folgen. Mir geht es besonders um die Möglichkeit, Fehler rückwirkend aufzuheben. Ein **Überprüfungsantrag** nach § 44 SGB X ist nur bis zum 1. Januar 2010 möglich, und das (No-)Job-Center kann dabei jetzt auch eigene Fehler nachträglich korrigieren. Diese Änderungen wurden im April für das SGB II und XII wirksam. Die Verjährung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch beträgt jedoch drei Jahre. Wer nur die Zeit ab 1. Januar 2010 wieder aufrollen muss, kann sich auf den § 44 SGB X beziehen, wer mit drei Jahren auskommt, auf das SGB X in Verbindung mit dem BGB. Die Nennung der Paragraphen ist entbehrlich. So hat die Behörde positiven Handlungsraum, während die Verpflichtung zur Rücknahme von offensichtlich unrichtigen Bescheiden gemäß SGB X durch die Behörde auch für den Rechtskreis des SGB II und SGB XII weiter besteht.

Daher könnte der Antrag lauten: „Hiermit bitte ich um Überprüfung aller Leistungsbescheide für den Leistungszeitraum ab 1. Januar 2007 gemäß SGB X in Verbindung mit dem BGB.“ Bei der Miete, den Nebenkosten und allem rund um die Wohnung hat die Senatorin für Soziales eben diese Unrechtmäßigkeit von Leistungsbescheiden erkannt. Auch wer im Jahr 2005 nicht die vollen Kosten der Unterkunft erhalten hat, kann dies nachfordern. Grundlage ist die Verwaltungsanweisung. Auf Seite 71 steht: „Zeitraum 01/2005 bis 10/2007: Die seinerzeit gültigen Richtwerte sind um bis zu zehn Prozent zu erhöhen, und bei Anträgen nach § 44 SGB X ist der Differenzbetrag nachträglich zu bewilligen (20 Prozent Stadtteilzuschläge waren bis 10/07 nicht vorgesehen und sind daher auch nicht berück-

sichtigt). Die zu bewilligenden Beträge sind in nachstehender Tabelle angeführt. Die Beträge stellen die maximalen Höchstbeträge dar.“ Somit ist das Rad bis 1. Januar 2005 zurückzudrehen, aber nur für die Miete et cetera. Die hier genannten Obergrenzen sind allerdings nicht entscheidend, weil auch sie nicht gerichtsfest sind. Eigentlich hätte Bremen *ohne* Antrag von Amts wegen diese Bescheide berichtigen müssen! Ansonsten bitte zur 322. sowie 307. und 308. Bremer Montagsdemo zurückblättern. Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Bei Amazon herrschen Bedingungen wie in einem Arbeitslager

1. Während seit Wochen die Schlagzeilen über „Ausbeutung“ der „kostenlosen Probearbeiter“ in den Logistikzentren des Internetgiganten Amazon über „skandalöse Praktiken bei Beschäftigung von **Aushilfen**“ nicht abreißen, erhebt nun das „Erwerbslosenforum Deutschland“ erneut schwere Vorwürfe gegen den Internetgiganten und wirft ihm vor, dass die Form des „Abzockens“ sogar noch schlimmer sei als bisher bekannt. Demnach hätten auch Saisonkräfte des vergangenen Jahres in diesem Jahr erneut ein zweiwöchiges „Praktikum“ machen müssen, obwohl sie die Betriebsabläufe nun bereits zum zweiten Mal kennen lernten. Amazon sorgte dafür, dass diese Maßnahme des Umsonstarbeitens nachträglich vom Jobcenter abgesegnet wurde.

Forumssprecher Martin Behrsing bezeichnete dies als „systematisches Abgreifen von Fördermitteln“, womit den Sozialversicherungen hohe Beiträge und den Mitarbeitern der Lohn vorenthalten werde. Amazon gehe es nicht um die Einarbeitung von Mitarbeitern, sondern ausschließlich um Gewinnmaximierung auf Kosten der Allgemeinheit und der Mitarbeiter. Obwohl nach anonymen Berichten derzeit im Lager Werne dermaßen viel Überkapazität bestehe, dass Leute schon mehrfach freigestellt worden seien, halte das die Firma nicht davon ab, unablässig weitere Bewerbungsrunden zu veranstalten und wahllos völlig ungeeignete Menschen anzunehmen. So sei es völlig

unwahrscheinlich, dass auch nur ein Bruchteil dieser Leute übernommen werden könne.

Unter den Amazon-Mitarbeitern sei die Angst vor Nichtübernahme nach dem Auslaufen des Vertrags so groß, dass die seit Jahren in wiederholt befristeten Arbeitsverträgen Ausharrenden sich trotz Krankheit zur Arbeit schleppten. Laut Berichten von Angestellten in Werne sei die Mitnahme persönlicher Sachen außer einer Flasche Wasser zum Arbeitsplatz nicht gestattet. Armbanduhren, Gürtel, Portemonnaie, Autoschlüssel oder Butterbrot müssten in einem Raum deponiert werden, ohne dass alle Mitarbeiter einen abschließbaren Spind hätten. Ein Toilettengang müsse genehmigt werden, es herrsche die totale Überwachung. Wer sich nicht genau an die Vorgaben von Amazon halte, riskierte Negativpunkte, die dann für jeden sichtbar an einer an der Kleidung zu befestigten Identitätskarte verzeichnet werden. Die Pause von 45 Minuten nach sechs Stunden Arbeit reduzieren sich wegen des weiten Weges zur Kantine auf eine Viertelstunde.

Um die Annehmlichkeiten bei der Arbeit bei Amazon noch zu erhöhen, werde ein privater Sicherungsdienst engagiert, dessen Löhne oftmals unter dem Hartz-IV-Niveau liege. Anstelle einer angemessenen Bezahlung dürfe die Security mit der Macht pokern, Amazon-Mitarbeitern mündlich fristlose Kündigungen aussprechen, ohne dass es irgendwelche Einspruchsmöglichkeiten gebe. Weil bei Amazon laut Arbeitsvertrag in den ersten drei Monaten der Vertrag mit einer Frist von einem Tag gekündigt werden kann und sich erst nach dem Ablauf dieser drei Monate die eigentliche sechsmonatige Probezeit anschließt, bedeutet das nichts anderes, als dass der Internetgigant über einen Zeitraum von neun Monaten Mitarbeiter unter erleichterten Bedingungen loswerden kann, ohne dass es einer Angabe von Gründen bedarf. Meiner Meinung nach sollten solche menschenunwürdigen, entrechteten Arbeitsbedingungen, die an Arbeitslager erinnern lassen und nur zur ausschließlichen Profitmaximierung des Unternehmens dienen, sofort unterbunden werden!

2. Christian Jakob interviewte nach dem Tod dreier Säuglinge im Klinikum-Mitte Bremer **Pflegekräfte** über den Hygiene-Notstand. Durch die Personallage in den hiesigen Krankenhäusern kämen jeden Tag Patienten in lebensbedrohliche Situationen, wodurch nicht nur Frühchen stürben, sondern auch Schwerstkranke und ältere Menschen, die keine Lobby haben. Aus Zeitmangel könne dementen Patienten das Essen oft nur hingestellt werden. Diese kämen dann im schlimmsten Fall dehydriert oder mangelernährt auf die Intensivstation. In der Notaufnahme komme es vor, dass jemand stundenlang vor sich hinbluten müsse, bis endlich ein Arzt erscheine. Gestandene Pflegekräfte, die seit Jahrzehnten im Beruf sind, „kippen um, weil sie schlicht nicht mehr können“. Es gebe es eine permanente Abwärtsspirale bei der Qualität.

Dass der Chefarzt der Kinderklinik, Hans-Iko Huppertz, wegen der Frühchen-Tode von der Geschäftsführung der kommunalen Bremer Klinik-Holding „Gesundheit Nord“ als Bauernopfer fristlos entlassen wurde, führte zu viel Unmut, denn

er war es doch, der in der Vergangenheit mehr Mitarbeiter verlangt hatte, dann aber doch die Personalsituation akzeptierte. Klar ist auf jeden Fall, dass eine völlige Überlastung des Pflegepersonals der Hygiene massiv schaden muss. Theoretisch müssten nach jedem Toilettengang und bei jedem Handschuhwechsel, wovon es 70 bis 100 pro Schicht gibt, die Hände desinfiziert werden. Laut Richtlinie müssten die Hände dabei 30 Sekunden mit Desinfektionsmittel eingerieben werden; dieses sei zwei Minuten lang einwirken zu lassen. Dafür allein schon müsste das Personal um etwa 50 Prozent aufgestockt werden! Wenn Gesundheit zur Ware gemacht wird, herrscht Unternehmenspolitik vor, die nicht zum Wohl der Patienten ist.

Es kann nicht angehen, dass die Geschäftsführung die Zahl der Operationen steigert und das Pflegepersonal dann die Nachsorge ohne die nötigen Kapazitäten sicherstellen soll! Vermutlich ist für diesen Fall genau die inzwischen eingebürgerte „blutige Entlassung“ eingeführt worden. Wenn in den letzten Jahren die Zahl der Vollzeitkräfte von 15 auf elf gesunken ist und jeder im Durchschnitt etwa 30 Tage Überstunden mitschleppt, dann könnte allein für diese Stunden mehr reguläres Personal eingestellt werden. Stattdessen behilft sich die Holding mit dem massenhaften Einsatz von hausfremden Zeitarbeitspflegekräften. So kann eben noch weiter an allem gespart werden. In der Intensivpflege in anderen Krankenhäusern sei ein Schlüssel von eins zu zwei üblich, wenigstens von eins zu drei. In anderen „Gesundheit-Nord“-Kliniken gehe es hoch bis zu eins zu sechs, was ganz schnell lebensgefährlich werden könne.

3. Die SPD möchte das **Kindergeld** für Ärmere erhöhen und den Freibetrag für Gutverdiener abschmelzen und fragt sich, ob das verfassungsfest sei. Das bisherige „duale System“ wird zu Recht als unfair kritisiert, da Hochverdiener mehr Geld übrig haben als Kindergeldbezieher. Es funktioniert nach dem schönen Prinzip, dass jenem, der genug verdient, noch dazu gegeben wird, indem er zwei Kinderfreibeträge abziehen kann: das sogenannte sächliche Existenzminimum, das die existenzsichernden Ausgaben für Kinder ausgleichen soll, und das „immaterielle Existenzminimum“, einen Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung der Kinder. Dadurch haben sie etwa 100 Euro mehr pro Monat als die Kindergeldbezieher. Wer hingegen das Pech hat, nicht so viel zu verdienen, dass er von Freibeträgen profitieren kann, bekommt lediglich das normale staatliche Kindergeld.

Nun wollen die *Spezialdemokraten* den Freibetrag für das „immaterielle Existenzminimum“, das heute 220 Euro beträgt, bis auf 30 Euro abschmelzen. Dafür sollen Ärmere mehr Kindergeld bekommen. Aber kann es verfassungsgemäß sein, wenn ausnahmsweise ein kleines bisschen von oben nach unten verteilt würde? Das darf bezweifelt werden. Was ist das denn für ein verschwurbelter Ansatz? Die Ärmsten der Armen und damit wirklich Bedürftigen, also die Kinder von Hartz-IV-Beziehern, gingen wie immer leer aus, weil ihnen die Erhöhung zu 100 Prozent angerechnet und damit abgezogen würde! Andernfalls würden ja die Re-

gelsätze für Kinder erhöht, was dann von den Eltern angeblich nur versoffen und verraucht werde. Das zöge auch noch einen ganzen Rattenschwanz nach sich: So könnte ja das Lohnabstandsgebot nicht eingehalten werden, weil sich das Familieneinkommen der ALG-II-Bezieher vergrößern würde. Dadurch erhöhte sich wiederum der Anspruch von noch mehr Geringverdienern und Rentnern auf ergänzendes ALG II. Dieses Steuergeld war doch eigentlich für den Rettungsschirm „notleidender“ Bankster vorgesehen!

4. Obwohl in Deutschland immer weniger Menschen keine Arbeit haben, steigt die Zahl der Älteren, die schon lange ohne Beschäftigung sind. Angeblich sind nun 273.000 **Hartz-IV-Bezieher** im Alter zwischen 55 und 65 Jahren als arbeitslos gemeldet, was einem Anstieg um 10,5 Prozent gleichkommt. Ja, die Hartz-Gesetze wirken: Immer mehr Menschen haben eine Arbeit, von der sie nicht leben können. Sie müssen „aufstocken“ und sich trotz Arbeit der Verfolgungsbetreuung durch die Flop-Mob-Job-Center aussetzen müssen. Bloß den „alten Ausschuss“ von vermeintlich nur 273.000 Hartz-IV-Beziehern im Alter zwischen 55 und 65 Jahren, scheint niemand mehr einstellen zu wollen, obwohl unter ihnen bestimmt viele von den Fachkräften zu finden sind, die Deutschland angeblich fehlen. Dennoch soll wahnwitzigerweise die Lebensarbeitszeit erhöht werden. Hinzu kommen selbstverständlich noch die wie immer durch schlichtes Nichtmitzählen bestimmter Gruppen – wie Kranker, in Maßnahmen Befindender, als Ein-Euro-Sklaven arbeiten Müssender – aus der Statistik „Gefallenen“.

5. Die niederländische Regierungspartei VVD will „Occupy“-Aktivisten die **Sozialhilfe** streichen. Beamte sollen im „Occupy“-Lager außerhalb von Den Haag prüfen, ob unter den Demonstranten Bezieher von staatlicher Hilfe seien. „Wenn Sie wirklich zeigen wollen, dass Sie eine bessere Wirtschaft wollen, dann gehen Sie arbeiten“ Hahaha, wenn es denn genügend Arbeit für alle gäbe, von der es sich auch noch selbständig und menschenwürdig leben ließe! Wollen können sie viel, aber einfach mal so Gesetze nach Gutsherrenmanier beliebig verändern, weil die „politische Nase“ nicht passt? Nein, mit diesen Drohgebärden soll nur die „Occupy“-Bewegung geschwächt werden. Darf etwa nur politisch aktiv sein, wer nicht regierungskritisch ist? Nur in einer Diktatur wird den Menschen vorgegeben, wofür und wogegen sie zu sein haben!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Ade Tobinsteuer: Notenbanken heizen Spekulation mit Tauschgeschäften zwischen Euro und Dollar an *(„Süddeutsche Zeitung“)*

„Der Widerstand geht weiter“: Es gibt keinen Frieden mit der Umweltzerstörung *(„Tageszeitung“)*

Kindergeld muss wieder Bestandteil der Löhne werden

Eigentlich dürfte es überhaupt kein Kindergeld geben, weil die Kindererziehung und alles, was darunter fällt, zur notwendigen Reproduktion des Menschen, aber auch der Gesellschaft gehören. Das Kindergeld wurde nur deshalb als erste Maßnahme von den Nazis eingeführt, um die Löhne, die in den Produktionskosten enthalten sind, umzuverteilen und abzusenken. Kindergeld kann somit in diesem System niemals immaterielle Leistung sein, im Gegenteil: Es müsste wieder Bestandteil der Löhne werden. In diesem System, in dem heute schon die Löhne ins Unerträgliche gesenkt werden, wäre solch eine Forderung wohl unmöglich durchzusetzen, die Gleichbehandlung aller Kinder vielleicht noch gerade.

Wenn Mitglieder oder die Führung der SPD anscheinend glauben, die Kosten der Punkte Erziehung, Bildung und Betreuung beschränkten sich auf die Vorschulzeit, dann kann diese Partei insgesamt noch immer nichts begriffen haben. Wenn SPD-nahe Organisationen jetzt aber, wie meist nur vor Wahlen, eine Kindergrundsicherung fordern, dann ist das lobenswert. Wieso wird aber nicht schon vorher zumindest die Gleichbehandlung aller Kinder beim Existenzminimum und hinsichtlich des steuerlichen Freibetrages von jährlich 2.160 Euro oder 180 Euro im Monat gefordert? Hier gäbe es die beste Möglichkeit, um politisch anzusetzen und die bisherige Praxis zum Kindergeld und Steuerrecht zu skandalisieren.

Aber in der SPD und bei ihren Sympathisant(inn)en scheint man lieber den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen. So lassen sich bekanntermaßen berechtigte Forderungen am besten und schnellsten verwässern. Fuck the SPD! Zu dem Hinweis, dass Sanktionen die Menschenwürde beschädigen, gehört eine Analyse des Arbeitsmarktes, um aufzuzeigen, wie sich die bezahlte Arbeit auf wie viele Erwerbstätige mit welchem genauen Stundenanteil und Einkommen verteilt. Nur so kann man beweisen, dass Sanktionen niemals gerechtfertigt sein dürfen, da die zum Leben notwendige bezahlte Arbeit fehlt. Diese Forderung habe ich in einer Petition an den Deutschen Bundestag gestellt, über die leider immer noch nicht entschieden worden ist.

Allerdings geht aus einer Nachricht des Bundesministeriums für Arbeit hervor, dass sich zwölf Milliarden bezahlte Erwerbsarbeitsstunden auf 36 Millionen mögliche Erwerbsfähige verteilen. Das sind noch nicht einmal 350 Erwerbsarbeitsstunden pro Jahr oder 30 Stunden im Monat für jeden möglichen Erwerbsfähigen. Wie dürfen Arbeitsagenturen und Jobcenter da noch Sanktionen aussprechen? Die-

se genaue Analyse erwarte ich von den Spezialisten der Linksfraktion des Deutschen Bundestages und auch die Veröffentlichung dieser genauen Zahlen.

Am 26. April 2011 habe ich an die Landesvorstände und Fraktionsvorstände der Partei „Die Linke“ in Berlin und Brandenburg geschrieben: „Leider scheint es im Deutschen Bundestag für die Fraktion Ihrer Partei unmöglich sein, das Normenkontrollverfahren gegen die neue Hartz-Gesetzgebung einzuleiten. Nun ist es aber auch möglich, dass in den von Ihnen mitregierten Bundesländern das Normenkontrollverfahren von Ihnen angestrebt werden kann. Laufen seitens Ihrer Partei bereits Verhandlungen hierzu mit der SPD? Wird Ihre Partei, sollte die SPD dieser notwendigen Klage nicht zustimmen, im Interesse von Millionen Hartz-IV-Empfängern dann in den jeweiligen Bundesländern vielleicht sogar die Koalition in Frage stellen oder sogar beenden?

Hartz IV muss weg, so lautet die bundesweite Forderung Ihrer Partei. Werden Sie alles versuchen, um dieses Ziel zu erreichen, um die zunehmende Verarmung beziehungsweise Verelendung in Deutschland zu beenden? Meiner Meinung nach sind Sie geradezu verpflichtet, die SPD aufzufordern, diese notwendige Normenkontrollklage einzureichen, notfalls auch unter Beiziehung aller politischen Konsequenzen. Dazu würde für mich auch gehören, falls die SPD dieser Klage nicht zustimmt, die Koalition sofort zu beenden. Ich möchte Sie darum bitten, diese Mail an alle Abgeordneten Ihrer Fraktion im Landtag beziehungsweise im Berliner Senat weiterzuleiten! Diese Mail werde ich öffentlich machen. Mit freundlichen Grüßen.“

Bis heute hat nicht eine Person der Partei „Die Linke“ auf diese Anfrage geantwortet. Immer wieder stelle ich mir in letzter Zeit die Frage, ob Transferempfänger – wie Hartz-IV-Betroffene oder Grundsicherungsrenter(innen) –, Arbeitnehmer(innen) aus der Zeitarbeit oder Niedriglohnbeschäftigungen, Alleinerziehende und anderweitig finanziell Benachteiligte – wie kranke oder behinderte Menschen – nicht vielleicht doch eine eigene Partei gründen sollten, die wirklich ihre Ängste, Sorgen und Nöte ernst nimmt. Mitglied sollten nur selbst Betroffene werden dürfen. Nur so ließen sich die Probleme dieser Menschen auch in den Parlamenten vorbringen.

Die Notwendigkeit ergibt sich schon allein aus dem bisherigen Umgang aller in den Parlamenten vertretenen Parteien zur notwendigen Normenkontrollklage gegen die Änderungen der Hartz-Gesetze nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar 2010. Keine der in den Länderparlamenten oder im Bundestag vertretenen Parteien zieht hierzu letztlich alle notwendigen Konsequenzen. Von Armut betroffene Menschen brauchen daher eigene Vertreter(innen), ausschließlich aus ihren eigenen Reihen. Sonst wird das nie etwas! Kein(e) Betroffene(r) kann es sich leisten, bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag auf Hilfe zu warten.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozioaler Politik)

Zehn alte AKW

17 alte AKW, die machten Deutschland Strom.
Fu'kushima ist bald geschehn, da waren’s nur noch zehn.

Zehn alte AKW erzeugten viel Dreckstrom.
In eines ging „Greenpeace“ hinein, da waren’s nur noch neun.

Neun alte AKW, die waren sehr marode.
Bald ist ein Kühlturm eingekracht, da waren’s nur noch acht.

Acht alte AKW, die waren sehr gestört.
Eins ist von selber ausgeblieben, da waren’s nur noch sieben.

Von sieben alten AKW, da hatte eines Lecks.
Es wurde sehr schnell dicht gemacht, da waren’s nur noch sechs.

Sechs alte AKW, die strahlten vor sich hin.
Eins versank im Elb-Gesümpf, da waren’s nur noch fünf.

Fünf alte AKW, die machten „Gelben Strom“.
Mit Demonstranten kamen wir, da waren’s nur noch vier.

Vier alte AKW, die waren viel zu teuer.
Bei Eon gab es groß Geschrei, da waren’s nur noch drei.

Drei Scheißatomkraftwerke hatten kein Uran.
Eins baut man um zu einem Klo, da waren’s nur noch zwo.

Zwei alte AKW, die brauchten zu viel Wasser.
Im heißen Sommer gab es keins, da war es nur noch eins.

Ein altes AKW macht Strom noch für die Bahn.
Bahnchef Grube kriegt ’nen Schreck, denn das war plötzlich auch noch weg.

Kein Scheißatomkraftwerk gibt es in Deutschland hier.
Auch weltweit ist der Spuk bald aus, da sorgen wir schon für!

Helmut Minkus

Wozu denn in die Nähe schweifen

Bewundernswert ist das Engagement der Teilnehmer und Initiatoren für den diesjährigen Solidaritätsbasar für Vietnam, Chile, Kuba, Nicaragua und Südafrika, der im Gemeindehaus von Sankt Stephani stattfand, und es erwärmt unser aller mildtätige Herzen, wenn zur Weihnachtszeit auf dem bunten Basar Bücher und Kalender, Kunstgewerbe, Handarbeiten, Marmelade, Brot und Kekse angeboten werden, die von unserer Solidarität zu den Menschen künden, denen, fern von uns, solch ein Weihnachtsglück nicht zuteil werden kann. Solch Ausdruck christlicher Nächstenliebe lässt dann auch mich vergessen, dass wir es bei uns ja lediglich mit „relativer“ (geistiger?) Armut zu tun haben.

Ich vergesse dann die Nöte eines vom Jobcenter zu 60 Prozent Sanktionierten, der gemäß über ihn verfügter Eingliederungsvereinbarung die ihm auferlegten 20 Bewerbungen pro Monat nicht erbringen konnte, weil ihm ohnehin die Geldmittel für seine Miete schon gekürzt waren und ihm das Geld zu Bewerbungsfahrten nicht gewährt wird, weil er zum Vorstellungsgespräch ja laufen kann. Solche wunderbaren Solidaritätsbasare lassen es mich auch vergessen, wenn eine alleinerziehende Mutter zweier Kleinkinder ihren Arbeitslosengeld-II-Antrag im September gestellt hat und dieser Ende November immer noch nicht bearbeitet ist. Ihr Kühlschrank ist mittlerweile leer und ihr Mietvertrag gekündigt.

Da reut es mich, dass ich in der Vergangenheit meine Solidarität für Vietnam, Chile, Kuba und Nicaragua so sehr vernachlässigt habe, und ich werde schon jetzt für den kommenden 47. Solidaritätsbasar im nächsten Jahr ein paar Eierwärmer für Vietnam stricken, damit die „frohe Botschaft“, wie auch immer sie lauten mag, auch diejenigen erreicht, die fern von uns sind, und ihnen durch unsere Nächstenliebe näher gebracht wird als dem Nächsten in der Nähe. Jene Botschaft, die, wenn ich mir das Gestoße und Gedränge auf dem Weihnachtsmarkt und das gierige Schlingen vor den Buden so ansehe, wohl lauten mag: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

355. Bremer Montagsdemo am 05. 12. 2011

Das (No-)Job-Center kann jedes Bankkonto einsehen

1. Das Jahresende naht und damit ein wichtiger Termin! Das (No-)Job-Center macht sehr viele Fehler. Das Rad lässt sich mit einem Antrag auf Überprüfung zurückdrehen. Wie dies geht? Wir gehen mit! Anmerkungen hierzu stehen auf der Seite zur 354. Bremer Montagsdemo. Bitte entsprechend auch zu den Anmerkungen von 2010 zurückblättern. Ansonsten wird das „P-Konto“ am 1. Januar 2012 zwingend notwendig, wenn eine **Pfändung** oder Aufrechnung droht, siehe 352. Bremer Montagsdemo. Die Sozialsenatorin hat dazu eine Pressemitteilung herausgegeben und darin ebenfalls die Notwendigkeit des „P-Kontos“ für von Pfändung Bedrohte herausgestellt. Der zutreffende Titel lautet: „Ab Januar 2012 können auch Sozialleistungen leichter gepfändet werden“.

Die Banken sind zur Umstellung verpflichtet, doch in allen Veröffentlichungen steht kein Hinweis, dass die Banken sich weigern. Wer sein Girokonto im Minus hat, zum Beispiel durch unerlaubte Überziehung, hört eventuell von seiner Bank: „Wir stellen erst um, wenn der Minusbetrag ausgeglichen ist“. Wer von seiner Bank eine solche Antwort erhält, sollte trotzdem sein Girokonto nicht kündigen, sondern den Antrag schriftlich stellen und mit der schriftlichen Ablehnung zur Rechtsberatung des Amtsgerichts gehen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Wer ein „P-Konto“ einrichtet, muss auch darauf achten, dass die Bank den richtigen Betrag für den Pfändungsschutz akzeptiert. Die richtigen Beträge stehen in der aktuellen Pressemitteilung. Die Bank kennt ja die persönlichen Verhältnisse und sollte diese Freibeträge so akzeptieren. Falls nicht, sind die Beträge mit einer Bescheinigung der Sozialleistungsträger nachzuweisen, also bei SGB II vom (No-)Job-Center oder bei Kindergeld von der Kindergeldkasse. Es kostet viel Zeit und Mühe. Schneller geht es sicher bei einer Schuldnerberatung, zum Beispiel durch die „Solidarische Hilfe“. Aber alle Bescheide und die Ausweise mitnehmen, vorher telefonisch nachfragen und auch die Kosten erfragen. Mit alledem bitte sofort beginnen, denn die Zeit eilt!

Wer von Pfändungen oder Aufrechnung bedroht ist, kann, wenn das Girokonto nicht auf ein „P-Konto“ umgestellt wurde oder der Pfändungsschutz nicht ausreicht, die Auszahlung per Scheck und die Direktzahlung des (No-)Job-Centers für Miete und Energie veranlassen. Den Scheck des (No-)Job-Centers in diesem Fall bei der Postbank einlösen, nicht über das eigene Girokonto. Wer sein Girokonto bei der Postbank hat, sollte sich vorher nach anderen Einlösungsmöglichkeiten erkundigen. Die Bearbeitung braucht Zeit, die Barauszahlung kostet Gebühren. Der „normale“ Zahlungstermin für den Zahlungsauftrag des (No-)Job-Centers ist der 20. des Monats, im Dezember eventuell sogar einige Tage früher.

Das „P-Konto“ mit dem normalen Pfändungsschutz reicht möglicherweise bereits für Neu-Antragsteller nicht aus. Die erste Zahlung erfolgt im Laufe des Monats, eventuell noch mit einer Nachzahlung für den Vormonat. Wer eine solche Wartezeit nicht überbrücken kann macht dies bereits bei der Antragsstellung klar und beantragt einstweiligen Rechtschutz beim Sozialgericht, wenn die Zahlung nicht prompt erfolgt. Bereits durch eine Nachzahlung ist der Pfändungsfreibetrag eventuell überschritten. Falls im Vormonat kein Zahlungseingang beziehungsweise ein geringerer Zahlungseingang erfolgte, wird dieser Freibetrag nur auf den Folgemonat übertragen. Wenn der Pfändungsfreibetrag nicht ausreicht, sollte die Auszahlung per Scheck beantragt werden, was extra kostet, daher eventuell durch Abzweigung für Miete oder Energie den Zahlbetrag senken.

Es ist zu bedenken, dass die Sozialleistung, wenn die regelmäßige Zahlung einsetzt, zum Monatsende überwiesen wird, somit auch im gleichen Monat wie die Erstzahlung. Die Zahlungseingänge werden zusammengerechnet. Der den Freibetrag für den laufenden Monat (plus Rest-Freibetrag aus dem Vormonat) übersteigende Zahlungseingang kann gepfändet oder aufgerechnet werden. Es ist daher den von Gläubigern Gejagten zu empfehlen, die Auszahlung per Scheck zu beantragen und erst, wenn der Zahlbetrag durch den Pfändungsschutz auf dem „P-Konto“ sicher gedeckt ist, die Überweisung auf das „P-Konto“. Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Ähnliche Überlegungen bitte im Sozialgerichtsverfahren nicht vergessen, also Barauszahlung beim Gericht festsetzen lassen, wenn der Pfändungsfreibetrag aus dem „P-Konto“ nicht ausreicht!

Die Bank hat drei Tage Zeit für die Prüfung der Pfändbarkeit des Zahlungseingangs. Wenn die Sozialleistung weiterhin am letzten Tag des Monats eingeht, muss die Bank eine Verfügung erst nach drei Tagen akzeptieren. Dann steht die Regelleistung nicht am Monatsanfang zur Verfügung. Unklar ist auch, wie ein Transferempfänger Rücklagen sicher ansparen kann. Dies muss für ein „P-Konto“ noch „erforscht“ werden. Den Bankern sei gesagt: Hier kann durch ein großzügiges Verhalten dem allgemeinen Misstrauen gegen die Banken praktisch entgegengewirkt werden. Gerne veröffentlichen wir positive Signale hinsichtlich der Umstellung und der Gebühren!

2. Das (No-)Job-Center will bei einem Erstantrag und Fortsetzungsanträgen **Kontoauszüge** sehen und eventuell als Fotokopie zur Akte nehmen. Um die privaten

Daten zu schützen, wurde geschwärzt. Über die Schwärzungen wurde gestritten. Dies ist Vergangenheit: Schwärzen hilft nicht mehr! Das (No-)Job-Center kann jedes Konto bei einer Bank in Deutschland einsehen. Die Einwilligung des Besitzers wird vorher nicht eingeholt, die kontoführende Bank nicht informiert. Die Bank merkt es auch gar nicht. Der Kontoinhaber wird nur bei einer Nachfrage zu einem Buchungsvorgang hellhörig. Auch mitbenutzte Konten werden nicht verschont! Eine Kontrolle über diese Zugriffe? Eine Absicherung der Konten von Bürgern, die keine Leistung beantragt haben? Fehlanzeige!

Das (No-)Job-Center hat hierdurch mehr Möglichkeiten als das Finanzamt! Diese Zugriffsmöglichkeit des (No-)Job-Center verstößt gegen das Grundgesetz! Auskünfte sind von den Leistungsberechtigten anzufordern und nicht von Dritten! Die Möglichkeit, einfach in die Datenbestände eindringen, ist ein Unding. Selbst die Steuerprüfung des Finanzamtes fordert den Steuerpflichtigen zur Vorlage der entsprechenden Unterlagen auf. Der Steuerprüfer im Betrieb befragt vor Ort nur den Steuerpflichtigen oder die von ihm ausdrücklich benannten Personen. Nur von diesen Personen lässt er sich die zu prüfenden Belege vorlegen, nur diese darf er bei Unklarheiten befragen. Dies entspricht der Abgabenordnung!

Diese widmet sich besonders dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit und der Gesetzmäßigkeit der Besteuerung. Geregelt werden hier die Mitwirkungspflichten (Auskunftspflicht, Pflicht zur Vorlage von Urkunden) der Beteiligten, aber auch die Voraussetzungen, unter denen Personen zur Auskunftsverweigerung berechtigt sind. Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Ansonsten beherrscht der Euro die Nachrichten, besser gesagt: die Unfähigkeit der Politiker zur Steuerung der Finanzen. Dazu werde ich nächsten Montag etwas anmerken. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Höhere Minijob-Grenze dient nicht der Allgemeinheit, sondern der Ausweitung des Niedriglohnsektors

1. „Erwerbslose Leute, kommt und lasst euch sagen: Ihr dürft mehr Geld nach Hause tragen!“ So schallt es aus dem Blätterwald, als ob für ALG-II-Bezieher mehr zu holen sei, es also „schon wieder“ eine „Erhöhung“ ihrer Bezüge gäbe. Nein, im kommenden Jahr soll die Verdienstgrenze für **Minijobs** auf 450 Euro angehoben werden. Die Hartz-IV-Bezieher können dann sage und schreibe 170 Euro, also zehn Euro mehr von ihrem Zusatzverdienst behalten. Dies ergibt sich automatisch aus dem Sozialgesetzbuch, weil von den ersten 100 Euro 100 Prozent

behalten werden dürfen, aber vom Rest 80 Prozent auf das ALG II angerechnet werden. Davon „profitieren“ angeblich 700.000 Menschen. Doch wer genauer hinschaut, wird bemerken, dass die Erhöhung der Verdienstgrenze für die meisten kaum Vorteile und für einige sogar Nachteile bringt.

Die Anhebung der Minijob-Grenze geschieht keineswegs zum Wohle der Allgemeinheit, sondern für eine weitere Ausweitung des Niedriglohnsektors. Zahlreiche Betroffene können durch ihre geleistete Arbeit nicht *mehr* behalten, sondern im Endeffekt sogar weniger. Das gilt für jene, die bereits jetzt sozialversicherungspflichtig 450 Euro brutto verdienen und dadurch wieder zu Minijobbern würden, für die dann keine vollen Rentenversicherungsbeiträge mehr gezahlt werden und die Krankenversicherung gänzlich entfällt. Falls die Pauschalgrenze für abzugsfähige arbeitsabhängige Kosten ebenfalls auf 450 Euro erhöht wird, könnte, wer bislang zwischen 400 und 450 Euro verdient hat, vielleicht keine Fahrtkosten mehr geltend machen. Unabhängige Arbeitsmarktexperten fordern schon lange die Abschaffung der vermaledeiten Minijobs, da durch die massenhafte Subventionierung von nicht existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen die Anzahl der regulären Arbeitsplätze reduziert wird.

2. Nicht zu fassen: Sieben Jahre nach Beginn der menschenverachtenden Hartz-Gesetze prüft das Arbeitsministerium schon Jobcenter wegen des Missbrauchs von **Ein-Euro-Jobs**! Eigentlich sollen Hartz-IV-Bezieher nur Aufgaben übernehmen, die sonst niemand macht, weil sie zusätzlich und gemeinnützig sein müssen. Doch zeigt sich, dass diese Jobs oftmals reguläre Arbeitsplätze verdrängen, denn es geht darum, Parks zu säubern, Erzieherinnen in Kindergärten zu unterstützen oder im Altenheim zu helfen. Knapp 158.000 Hartz-IV-Bezieher durchleiden als Ein-Euro-Sklavenarbeiter eine Beschäftigung, mit der sie durchschnittlich 1,50 Euro die Stunde verdienen. Nicht zu vergessen ist die Trägergesellschaft, für die sie unentgeltlich arbeiten, sodass sie konkurrenzlos günstig als Billig-Schreiner, -Gärtner, -Küchenhelfer und sogar -Lehrer dienen.

Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass diese Trägergesellschaften pro Nase und Monat 500 bis über 1.000 Euro bekommen und sich unter dem Dach der Arbeitsmarktpolitik eine regelrechte Armutswirtschaft gründen konnte: Unternehmen, die Geschäfte mit der Arbeitslosigkeit machen, schossen wie Pilze aus dem Boden, Endlich wird zugegeben, was Erwerbslosenverbände und die Montagsdemos seit sieben Jahren anprangern. Der Bundesrechnungshof rügte schon lange, dass Jobcenter den Hartz-IV-Beziehern „meist wahllos Arbeitsgelegenheiten“ zu-

wiesen, sodass Kommunen, Wohlfahrtsverbände oder Firmen „ungeförderte Tätigkeiten im ersten Arbeitsmarkt durch öffentliche geförderte Beschäftigung ersetzen und so ihre Personalkosten reduzieren“ können.

Anstatt die Ein-Euro-Jobs ersatzlos zu streichen, weil sie Gift für den Arbeitsmarkt sind, und sie durch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu ersetzen, die den Menschen nicht länger alle jahrzehntelang erkämpften Arbeitnehmerrechte vorenthalten, hat die Bundesagentur für Arbeit keine bessere Idee, als die Forderung zu erheben, die Kriterien „Zusätzlichkeit“ und „öffentliches Interesse“ *abzuschaffen*. Deutlicher können sie gar nicht zeigen, welch eine Show sie hier abziehen, wenn so getan wird, als ob ein Missbrauch geprüft würde! Schließlich war der Missbrauch von vornherein durch die Workfare-Empfehlungen der „Bertelsmann-Stiftung“ beabsichtigt, die in die Lissabon-Strategie mit aufgenommen wurden.

Die Hartz-Gesetze dienen der Entrechtung der Arbeitnehmer, indem immer mehr reguläre Arbeitsplätze mit regulären Arbeitnehmerrechten vernichtet werden. Schließlich müssen die in den Schlund von Hartz IV Gestürzten fast jede noch so schlecht bezahlte Arbeit annehmen, denn es wird ihnen bei Verweigerung das angebliche Existenzminimum entgegen dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes einfach teilweise oder ganz gestrichen. Entsprechend fallen die Renten immer geringer aus und werden die Grundrechte immer weiter ausgehöhlt.

3. Der gesundheits- oder besser krankheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jens Spahn, sagte, die Patienten müssten sich auf eine Änderung der **Praxisgebühr** einstellen. Was „Reform“ heute heißt, wissen wir zur Genüge: dass es vielen noch viel schlechter gehen soll und wird! Spahn behauptete, die vorgesehene „Steuerungsfunktion“ reiche offenkundig nicht aus, ein „Nachdenken“ darüber zu bewirken, ob der Arztbesuch wirklich notwendig sei. Seiner Meinung nach gingen die Deutschen mit 18 Malen im Jahr „sehr viel zum Arzt“. Spahn will wohl durchsetzen, dass sich noch mehr finanziell Schwache durch die Strafgebühr keine oder nur völlig unzureichende medizinische Versorgung mehr leisten können! Außerdem müssen in Deutschland immer mehr Arbeitnehmer unnötigerweise bereits ab dem ersten Krankheitstag ein Attest vom Arzt vorweisen. Mit weniger Misstrauen gegenüber den Arbeitnehmern ließe sich viel Geld einsparen, das so unsinnig für die Kontrolle ausgegeben wird. Menschen, die immer älter werden, erkranken zwangsläufig auch häufiger und müssen dementsprechend öfter den Arzt konsultieren. Wer sitzt denn gerne freiwillig über Stunden in einem überfüllten Wartezimmer?

4. Ein „Überraschungsei“-Sammler aus Detmold sorgte im Mai 2010 für ein großes mediales Interesse, als er seine Figurensammlung im Wert von 27 Euro verkaufen sollte, um weiter ALG II vom Jobcenter Lippe zu erhalten. Der 23-Jährige, der leichtsinnigerweise einem „Bedarfsermittlungsdienst“ die Tür aufgemacht hatte, erhielt Post, worin ihm vorgeworfen wurde, einen Verkauf und Ankauf auf seiner

privaten Homepage zu betreiben. Das Amt griff laut Aussage des Webanbieters sage und schreibe 180 Mal in sechs Wochen auf die Homepage zu, schrieb den Sammler erneut an und unterstellte ihm, zwar keinen Verkauf zu tätigen, wohl aber „professionell“ Informationen zu „Überraschungseiern“ zu sammeln. Na und? Ist das vielleicht verboten?

Mich würde interessieren, wie viel Geld da sowohl für unsinnige und unverhältnismäßige Überwachung als auch für den Gerichtsweg durch die Instanzen vergeudet wurde. Statt sich darüber zu freuen, wie bescheiden ein gesellschaftlich ausgegrenzter ALG-II-Bezieher seinen Alltag mit dem Sammeln von „Überraschungsei“-Figuren gestaltet, wird auch noch der Versuch unternommen, ihm dieses Hobby zu nehmen, damit er mit dem Gegenwert seiner Sammlung in Höhe von 27 Euro seinen Lebensunterhalt bestreitet. Einmal ganz davon abgesehen, dass der **Vermögensfreibetrag** nicht annähernd erreicht wurde, scheinen gewisse Menschen ALG-II-Beziehern nicht das Schwarze unter dem Fingernagel zu gönnen, sofern dies irgendwie mit persönlichem Vergnügen zu tun haben könnte. Wer sich wehrt, kann verlieren – aber wer sich *nicht* wehrt, der hat schon verloren!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Diskriminierung vor Gericht: Landessozialrichter wirft Beistand einer Klägerin gegen das Hartz-IV-„Bildungspaket“ aus dem Saal *(„Neue Rheinische“)*

Kampf gegen „S21“ geht weiter

Murks bleibt Murks, da hilft auch keine manipulierte Volksabstimmung, bei der Ja sagen muss, wer Nein meint. Wir werden es erleben, dass der ach so grüne Ministerpräsident Kretschmann, der seine Willfährigkeit gegenüber Bahn, Baukonzernen und Autolobby nun für demokratisch legitimiert hält, genausowenig vor dem Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern gegen friedliche Demonstranten zuschreckt wie sein Amtsvorgänger, selbst wenn seine Partei in der Wählergunst anschließend in Richtung FDP abstürzt.

Der Widerstand kommt jetzt in die zweite Runde. Uns geht die Luft nicht aus, Herr Grube! Schon am Tag nach dem Urnengang gab es wieder eine Baustellenblockade: Etwa 140 Protestierer versammelten sich am Montagmorgen ab 6 Uhr am Eingang zum „Grundwassermanagement“. Am Offenen Megafon sprachen sie über ihren klaren Wil-

len zum weiteren Widerstand, denn die Landesregierung weigert sich, die Frage der Verfassungswidrigkeit der Mischfinanzierung prüfen zu lassen; sie hat die Kosten von „Stuttgart 21“ klein- und den Nutzen großgerechet und alle Risiken verschwiegen, etwa die Vergiftung der Mineralwasserquellen. Wir fordern die Regierung des Landes Baden-Württemberg dazu auf, die entstehenden Mehrkosten für „Stuttgart 21“ nicht zu übernehmen! –

Vor Weihnachten möchte ich auf unseren „**Plüschjuchti**“ hinweisen. Er ist sicherlich eine hübsche kleine Zugabe auf dem Gabentisch für unsere Jüngsten. Im Schlossgarten ist der seltene Juchtenkäfer durch den Bahnhofsbau gefährdet. So können wir spielend auf das Wahnsinnsprojekt aufmerksam machen und unterstützen den Widerstand in Stuttgart. Der „Plüschjuchti“ ist für zehn Euro plus Spende zuzüglich Porto über mich zu beziehen (Moselstraße 91, 28199 Bremen, Telefon 0176-5334 5420).

Für den Frühstückstisch empfehle ich die „Bremer **Widerstandsmarmelade**“, die es in den Sorten Erdbeer, Rharbarber, Erdbeer-Rharbarber, Sauerkirsch, Sauerkirsch-Ingwer, Himbeer-Vanille, Aprikose-Galiamelone, Aprikose-Galiamelone-Chili und Bremer Apfelmus gibt. Die Marmeladen sind für eine Spende von 2,50 Euro, gegebenenfalls zuzüglich Porto, erhältlich. Mit dem Erwerb unterstützt ihr den Widerstand in Stuttgart und in Bremen! Konsequent und zielstrebig oben bleiben!

Gernot-Peter Schulz (parteilos)

Juchtenkäfer vorerst gerettet: Gericht stoppt Grundwasserabsenkung

für „Stuttgart 21“ *(„Spiegel-Online“)*

Mit Verfassungsbruch kennt Merkel sich aus: „Europäische Fiskalunion“ gibt staatliche Autonomie dem Finanzkapital preis *(„Spiegel-Online“)*

Lupenreine Kleptokratie: Ist ein Wahlbeobachter da, kriegt Putin bloß noch 20 Prozent *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

356. Bremer Montagsdemo am 12. 12. 2011

Wir laden ein zur **Jahresabschlussfeier** der Initiative Bremer Montagsdemo am **19. Dezember 2011** um **19 Uhr** im **Naturfreundejugendhaus** Buchtstraße. Als Gast zur letzten **Montagsdemo** in diesem Jahr begrüßen wir zuvor **Volker Lösch**, Theaterregisseur aus Stuttgart und Mitbegründer des Schwabenstreichs gegen „Stuttgart 21“ (**17:30 Uhr** an der **Domsheide**, **17:45 Uhr** am **Hanseatenhof**).

Peter Hartz wollte einen Regelsatz von 511 Euro, um eine menschenwürdige Existenz zu gewährleisten

1. Was uns selbst schon oft aufstieß, wird nun auch offiziell vom DGB in seinem jüngsten „Verteilungsbericht“ festgestellt: Die Beschäftigten sind die Verlierer des vergangenen Jahrzehnts, denn gemessen am Volkseinkommen sank 2007 der gesamtwirtschaftliche Anteil der **Löhne** auf den tiefsten Wert seit den 70er Jahren! Diametral entgegengesetzt dazu sind natürlich die Bezieher von Unternehmens- und Vermögenseinkommen die Gewinner.

Für die Verluste bei den Arbeitnehmern seien drei Trends im Verteilungskampf verantwortlich: Erstes seien in kürzeren Abständen und auch heftiger als sonst Krisen ausgebrochen, gegen die angeblich beschäftigungssichernde Tarifverträge und Kurzarbeit erfolgreich eingesetzt wurden. Zweitens stagnierte der private Konsum wegen der zurückhaltenden Lohnpolitik, die den Arbeitnehmern immer weniger in der Lohntüte ließ, weshalb die realen Gehälter jetzt zwingend zumindest wieder mit der Produktivität zusammenwachsen müssen. Weil drittens

inzwischen über sieben Millionen Menschen im Niedriglohnsektor arbeiten, sank der Anteil der tariflich regulierten Normalbeschäftigten rapide.

Dazu kommen die noch schlechter als normal bezahlten Leiharbeiter. Selbstredend war diese enorm gewachsene Billiglohn-Ausbeutung seit den menschenverachtenden Hartz-Gesetzen – als Triebkraft und Instrument des Niedriglohnsektors – politisch genau so gewollt. Wie kann das äußerst zynische Dogma, jede Arbeit sei besser als Arbeitslosigkeit, sich so durchsetzen, wenn doch als erste Prämisse gelten müsste, dass jeder von seiner Hände Arbeit auch auskömmlich leben können und sich nicht noch als Aufstocker der Verfolgungsbetreuung durch die Flop-, Mob-, Job- Center aussetzen muss! Aus Steuergeldern müssen ja nicht nur die Bezüge für Erwerbslose finanziert werden, sondern auch die durch zusätzliches ALG II aufgestockten Löhne, die zu viele Unternehmer nicht in angemessener Höhe auszuzahlen bereit sind.

So werden die Steuerzahler zur schamlosen Profitmaximierung zur Kasse gebeten. Das ewige Gejaule, dass durch einen Mindestlohn Arbeitsplätze geopfert würden, ist nicht zu halten, denn wenn die derzeit prekär Beschäftigten in ein normales Vollzeitarbeitsverhältnis übernommen würden, stiegen die Lohnsumme und die Zahlungen in die Sozialkassen stärker an. Eine gute Tarifpolitik wäre wichtig, reicht aber nicht: Wir brauchen eher gestern als heute endlich gesetzlich gesicherte Mindestlöhne, die Leiharbeit müsste mindestens drastisch reduziert und jeder Auszubildende übernommen werden.

2. In Bremen liegt der Anteil der **Rüstung** der Wirtschaftsleistung sieben Mal höher als im Bundesschnitt. Aus der neuesten Auflage der Broschüre „Rüstungsstandort an der Weser“ des „Bremer Friedensforums“ geht hervor, dass Bremen diese Position noch ausbaut. Pastor Martin Warneke schreibt, dass auch in Bremen der Krieg vorbereitet und das Töten perfektioniert würde. Unzählige Menschen hätten durch in Bremen hergestellte Produkte ihr Leben verloren. Die fünf großen Bremer Rüstungsfirmen – Atlas, EADS, Rheinmetall, Lürssen und OHB – produzierten 2010 Rüstungsgüter im Wert von 1,15 Milliarden Euro. Lühr Henken vom „Bundesausschuss Friedensratschlag“ nennt Bremen eine Rüstungshochburg.

Die Ankündigung der „Linken“-Fraktionsvorsitzenden Kristina Vogt, mit parlamentarischen Anfragen weiter aufklären zu wollen, in welchem Umfang bremische Steuergelder in Rüstungsprojekte fließen, gefällt mir sehr. Wenn die Bremer Uni die am stärksten drittmittelfinanzierte Hochschule Deutschlands ist, dann müssen militärische Kooperationsprojekte unbedingt umgewidmet werden, damit eben nicht mehr das Wirtschaftsressort beispielsweise den „Kompetenzcluster Marissa“ fördert, in dem Rheinmetall und die Hochschule zur „Ressourcensicherung“ forschen, oder Rheinmetall „Optimierungsmöglichkeiten“ für Drohnen erforscht!

3. In der Euro-Krise wird immer wieder der angeblich ausufernde, „unbezahlbare“ Sozialstaat für die hohen Schulden Deutschlands verantwortlich gemacht. Doch

drei Viertel der Schulden haben andere Ursachen, zum Beispiel die deutsche Einheit. Gegenwärtig macht die gesamte **Staatsverschuldung** der Bundesrepublik einen Betrag aus, der etwa achtzig Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht. Würden die Staatsschulden drastisch reduziert, wüssten viele Anleger gar nicht, wohin mit ihrem Geld. Schließlich profitieren von den Staatsschulden jene in den nachwachsenden Generationen, deren Eltern ein Vermögen haben, Zinsen aus Staatsanleihen bekommen und dies alles an ihre Nachkommen vererben. Deswegen werden bei Kürzungen nur die vermögenslosen Schichten der künftigen Generationen wirklich belastet.

Bei der Entwicklung der Staatsverschuldung startete die Bundesrepublik mit etwa 20 Prozent des Sozialprodukts. Das Krisenmanagement nach der Lehman-Pleite ließ die öffentliche Verschuldung um etwa 15 Punkte steigen, wohingegen der vielgescholtene Ausbau des Sozialstaats in den siebziger und achtziger Jahren ungefähr dieselbe Größenordnung an Verschuldung gebracht hat: etwa 20 Prozentpunkte. Durch die Wiedervereinigung kam eine Verschuldung in ähnlicher Größenordnung hinzu. Weil seit Mitte der 90er Jahre der Anteil der Sozialleistungen nicht mehr anstieg, ließ also keineswegs ein ausufernder Sozialstaat die Staatsschulden explodieren: Etwa drei Viertel unserer Schulden haben andere Ursachen.

Angesichts der Alterung der Bevölkerung stieg die Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen in Deutschland enorm an, wodurch Sozialausgaben gespart und Steuereinnahmen erhöht wurden. Auch im internationalen Vergleich fallen die deutschen Staatsausgaben nicht als besonders hoch auf. Angeblich erfordert es die vermaledeite Schuldenbremse, dass Ausgaben gekürzt werden. Dabei verlangt sie nur, dass nicht zu viele Ausgaben mit Schulden finanziert werden. Wer mehr Steuern einnimmt, kann auch mehr ausgeben. Demzufolge gibt es kein Problem durch zu hohe Ausgaben, sondern durch zu niedrige Einnahmen, um die Schuldenbremse einhalten zu können. Steuererhöhungen wie im Ausland würden die unglaublich hofierte Wirtschaft keineswegs abwürgen, obwohl sie uns dieses tanzende Scheckgespenst immer wieder gerne glauben machen will.

Es gibt hierzulande durchaus Spielraum für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer und auch für eine Vermögensteuer! Obwohl die Erwerbsquoten der Älteren sicher weiter steigen werden, sind künftig wegen der Alterung der Gesellschaft höhere Ausgaben für Gesundheit und insbesondere Pflege nötig, weshalb die Sozialleistungen stärker als die Wirtschaftsleistung steigen werden. Höhere Steuern müssen in die Infrastruktur fließen, in den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur, der Schulen und der Universitäten und in den Ausbau der vorschulischen Kinderbetreuung!

4. Das schwarzgelbe Gruselkabinett „steht voll hinter dem Entwurf“, die gängige Handhabung der **Praxisgebühr** zu verändern. Anstelle von zehn Euro pro Quartal sollen nun allen Ernstes fünf Euro pro Arztbesuch gezahlt werden. Das Bundesgesundheitsministerium betont aber, es habe noch keine konkreten Vorschlä-

ge vorgelegt, wie die im Koalitionsvertrag vereinbarte Überprüfung der Praxisgebühr aussehen könnte. Die Überlegung, die Praxisgebühr pro Arztbesuch zu erheben, stammt nicht aus dem Ministerium. Es ist unsozial und eine Frechheit, bloß um Kosten zu sparen, Menschen zu unterstellen, dass sie zu oft zum Arzt gingen! Den Betuchten macht es ja nichts, aber die finanziell Schwachen werden auf diese Weise von einer angemessenen medizinischen Versorgung ausgeschlossen. Die Behandlung aller Bedürftigen muss gesichert sein und keinesfalls nur jene derer, die, aus welchen asozialen Gründen auch immer, bloß vom Erbe leben.

Es ist ein Irrglaube, dass Menschen, die einen Arztbesuch brauchen, auch ohne ihn gesund werden, wenn er ihnen ökonomisch verweigert wird! Nur scheint es faktisch niemanden mehr wirklich zu interessieren, dass sie auch gesund werden, weil sie längst als ökonomisch nicht mehr verwertbar ausgemustert sind. Dabei hat die Krankenversicherung derzeit gar kein Geldproblem, sondern wies zuletzt Überschüsse aus. Es reicht doch wohl, dass Medikamente, Brille, Zahnersatz, Plomben, die meisten Medikamente – vor allem die weniger schädlichen pflanzlichen – selbst gezahlt werden müssen! Im sogenannten Regelsatz sind Kosten für Medikamente noch nicht einmal vorgesehen. Ein Problem besteht schon, nur eben nicht bei den Kassen, wohl aber beim Bund, der seit der Bankenrettung völlig pleite ist.

5. Ronald Blaschke wirft die interessante Frage auf, wie die Hartz-Kommission vor zehn Jahren auf einen **Regelsatz** von 511 Euro bei Hartz IV kam. Noch spannender wäre natürlich eine Stellungnahme von SPD und Grünen, warum sie diesen um ein Drittel gekürzt haben. Eigentlich sollte bei der Bestimmung der Regelsatzhöhe auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes die tatsächliche Höhe der als angemessen anerkannten Kosten der Unterkunft und Heizung als (herrschafts-)politisch festgelegtes Minimum zur Sicherung der Existenz und der gesellschaftlichen Mindestteilhabe gelten.

Uneigentlich ging hier ein „politisches“ Pokerspiel los, um bloß bei den Ärmsten der Armen so viel wie möglich einzusparen und von untern nach oben zu verteilen. Peter Hartz sagt in der Dokumentation der ARD „Auf der Suche nach Peter Hartz“ in der 28. Minute, in den Ausgangsvorschlägen der Hartz-Kommission sei ein Regelsatz von 511 Euro erwogen worden, denn im Jahr 2002 habe bei allen Kommissionsmitgliedern Einvernehmen darüber geherrscht, dass eine menschenwürdige Existenz gewährleistet werden muss. Heute beträgt der Regelsatz 364 Euro, ab 2012 sollen es 374 Euro sein, womit er also zehn Jahre später immer noch 137 Euro niedriger liegt, als es laut Peter Hartz damals erwogen wurde.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Alle Hartz-IV-Kritiker, die das mit mir und meiner Person in Verbindung bringen, wenn die sich einmal vor Augen führen, dass in unse-

ren Ausgangsvorschlägen die ALG-II-Grundvergütung, wo man jetzt immer so sich gezofft hat, von 359 auf 364 Euro, dass unser Ausgangsvorschlag 511 Euro war, weil wir hatten überhaupt keine Diskussion, dass es ein menschenwürdiges Einkommen sein muss.“ *(Peter Hartz)*

Hartz-IV-Regelsatz enthält ja auch keine Geschenke: Heidnische Unsitte der Weihnachtsbaumfällerei passt nicht in unser christliches Abendland *(„Spiegel“)*

Für die Sozialleistung Hartz IV ist in Bremen der Hafensenator zuständig

1. Das Konzept „P-Konto“ ist unausgegoren. Erreicht wird damit eines: Alle, die Kontenpfändungen befürchten, sind bei der Schufa registriert! Sie darf diese Information jetzt zwar nicht verwenden, doch Gesetze lassen sich ändern. Informationen können angezapft werden. Aber gegen eine **Pfändung** hilft nur noch das „P-Konto“! Auch bisherige schützende Urteile oder gerichtliche Verfügungen zur Abwehr von Pfändungen verlieren zum 31. Dezember 2011 ihre Wirksamkeit. Einer gerichtlichen Aufhebung bedarf es dazu nicht! Die Ungültigkeit ist per Gesetz verfügt. Die Titel der Gläubiger gelten unverändert *30 Jahre!* Die vielen Fragezeichen zum „P-Konto“ finden sich auch in einem Bericht der ARD wieder (Punkt 13). Dieser Text ist sehr zu empfehlen, siehe auch vorherige Bremer Montagsdemos. Die Banken können jetzt beweisen, dass sie humaner reagieren als die jeweilige Zentrale!

2. Erinnert sei auch an den Antrag auf **Überprüfung** für Leistungsberechtigte nach dem SGB II und Grundsicherungsbetroffene. Alles Wichtige dazu steht unter den vorherigen Bremer Montagsdemos. Beim letzten Jahreswechsel ist das „Bildungs- und Teilhabepaket“ dazugekommen. Diese Überprüfung ab 1. Januar 2011 ist auch noch im nächsten Jahr zu beantragen. Die Ansparung von zehn Euro monatlich und die Ausgrenzung der Asylleistungsberechtigten sind nur zwei zentrale Punkte, die mir einfallen. Alle anderen Anträge bitte bis zum 29. Dezember 2011 gegen Eingangsstempel abgeben, notfalls bis zum Silvestertag unter Zeugen in den Briefkasten werfen!

3. Soviel Wandel war nie – im SGB II und bei dessen Durchführung und Steuerung im **Jobcenter**. Sozialstaatsrat Horst Frehe hat jetzt Recht! Damals lag die

Verantwortung für die Umsetzung des SGB II noch bei der Senatorin für Soziales. Im „Lebenslagen“-Bericht von 2010 ist die bisherige Zuständigkeit nachlesbar. Bei der Senatorin für Soziales bestehen jetzt noch die Abteilungen 1 sowie 4 und 5. Die Zuständigkeiten für Gesundheit und Arbeit wurden verschoben. Für Gesundheit ist nun die Senatorin für Bildung (dort Abteilung 4) zuständig, für Arbeit und auch für die Umsetzung des Sozialgesetzbuches II hingegen der Senator für Häfen.

In dessen Abteilung 21 ist Dr. Anna Reiners für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende im SGB II und Fragen des aktiven Leistungsrechts zuständig; sie hat insbesondere die Federführung der kommunalen Trägerschaft des Jobcenters Bremen. Für Fragen des passiven Leistungsrechts und für die Aufsicht als oberste Landesbehörde ist Wolfgang Schäl-Helmers zuständig, für Eingaben, Petitionen und SGB-II-Statistik Monika Kurs, für Arbeitserlaubnis und Arbeitnehmerüberlassung Wilfried Helmbrecht. Daher kann Sozialstaatsrat Frehe jetzt richtig feststellen: „Wenn *die* nicht tun, was wir aufschreiben, so können wir nichts dafür! Diese Verantwortlichkeit wurde auf den Senator für Häfen verlagert.“

Die Verwaltungsanweisungen stehen aber weiterhin unter „Soziales“. Die Verantwortung für den Haushaltsposten 41 (unter anderem Ausgaben für SGB II) liegt auch 2012 bei „Soziales“. Die Statistiken und Auswertungen sind bei „Häfen“ zu finden; sie stehen augenblicklich bei „Soziales“ nicht mehr im Inhaltsverzeichnis und sind bei „Arbeit“ noch nicht angekommen. Die Änderungen wurden zum 1. Januar 2011 durchgeführt – rückwirkend? Dies war Thema in der Deputation für Wirtschaft am 30. November 2011. Der Deputation wird im Januar 2012 der Bericht über das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des (No-)Job-Centers für 2012 vorgelegt.

Im März 2012 werden hier auch die Zielvereinbarungen mit dem (No-)Job-Center Bremen vorgelegt und hoffentlich ausführlich erläutert. Frau Reiners Vorlage Nummer 18/074 S für die Deputationssitzung am 30. November 2011 nennt Zahlen und Verantwortungen, die Kostenträgerschaft, Kosten, Köpfe und anderes, bringt also sehr viele Informationen, auch Abweichungen zu Zahlen der Senatorin für Soziales. Gegründet wird beim (No-)Job-Center eine Abteilung Außendienst. Die Telefonanrufe sind ausgelagert – die Mitarbeiter(innen) des „Servicecenters Telefonie“ haben Aktenzugriff! Die Sachbearbeitung per Team wird überprüft.

Nicht nachzulesen ist beim Senator für Arbeit die teilweise Verlagerung der Entscheidungen zum „Bildungs- und Teilhabepaket“ auf die Senatorin für Bildung. Die Dienstaufsicht hierfür obliegt wohl auch dem Senator für Arbeit, zumindest die Umsetzung durch das (No-)Job-Center und auch die Übergänge. Ich wünsche dieser Dienstaufsicht viel Erfolg! Ich hoffe, dass die Mitarbeiter der Innenrevision ebenfalls gewechselt haben damit die bisherigen Erfahrungen mit den teilweise haarsträubenden Fehlern weiter genutzt werden können. Immerhin haben diese Fehler die Erreichung des vorgegebenen Ziels nicht behindert – eventuell sogar erst möglich gemacht?

Die Abteilung 2, verantwortet von Hildegard Jansen, ist zuständig für die Umsetzung des SGB II, zuständig damit für den Umgang miteinander, zuständig für die Sanktionspraxis! Wenn das (No-)Job-Center nicht tut, was Herr Frehe oder die Senatorin für Soziales aufgeschrieben hat, so ist der Senator für Häfen verantwortlich! Allerdings sind die Verwaltungsanweisungen nicht immer beziehungsweise wieder nicht gerichtsfest. Wie geht die Dienstaufsicht damit um? Werden diese Verwaltungsanweisungen künftig geändert, allein schon, um die Zahl der Widersprüche und Gerichtsverfahren zu reduzieren?

4. Über das „**Bildungspaket**“ war schon viel zu lesen. Eigentlich sollte dieses Geld den Kindern der Leistungsberechtigten ungeschmälert zukommen. Daher wurde eine sehr bürokratische Auszahlung erfunden, um die Eltern oder Erziehungsberechtigten auszugrenzen. In Bremen wurden von den zur Verfügung stehenden 16 Millionen Euro bis zum 30. Juni 2011 nur 740.000 Euro für die Kinder ausgezahlt! 3,8 Millionen Euro werden für den Mehrbedarf beim Ausbau der Tagesbetreuung verwendet. Diese Mittel sollen durch die für das unentgeltliche Mittagessen im Haushalt vorgesehenen Mittel ausgeglichen werden. Damit ist klar: Bremen erhält (zugegebene) 16 Millionen für „Bildung und Teilhabe“ vom Bund und spart das Geld für das bisherige unentgeltliche Mittagessen, also 3,8 Millionen Euro, das die Kinder nötig hätten!

Bremen hat auch Verwaltungsaufwand gespart. Es wäre so einfach gewesen, alle Anspruchberechtigten anzuschreiben. Bremen hat diesen Aufwand gespart und kann das nicht ausgezahlte Geld behalten. Auch die Senatorinnen in Bremen wissen um die Scheu der Leistungsberechtigten, als solche erkannt zu werden. Warum gibt Bremen den Anspruchsnachweis in blau aus? Die „Blaue Karte“ hat tatsächlich diese Farbe und ist meilenweit erkennbar. Dies wurde beanstandet. Es muss sehr schwer sein, „Blaue Karte“ auf weißes Papier zu drucken! Aber der Haushalt freut sich, denn für den Bundeszuschuss muss weder 2011 noch 2012 die Verwendung nachgewiesen werden. Erst ab 2013 erhält Bremen nur die tatsächlich ausgezahlten Beträge!

Der „Bremer Anzeiger“ hat es auf den Punkt gebracht: „Erst Bürokratie, dann Teilhabe“ heißt es in der Ausgabe vom 11. Dezember 2011. Alles, was dort steht, ist wahr! Nur die Antwort von Bernd Schneider hinsichtlich der Bewilligungszeiträume stimmt nicht mit meinem Kenntnisstand über ein. ALG II kann für längstens zwölf Monate bewilligt werden, somit auch die „Blaue Karte“. Die Senatorin für Bildung unterstellt mit Billigung der Senatorin für Soziales die Geltungsdauer der „Blaue Karte“ für das jeweilige Schuljahr. Der Kommentar „Paket grenzt aus“ von Matthias Koch trifft ebenfalls.

Wie sehr die Ausgrenzung der Kinder wirkt, stand am Samstag im „Weser-Kurier“: „Aussortiert von Anfang an“. Leider steht dieser Artikel nicht im Netz. Berichtet haben zwei Psychologinnen, die „häufig mit Alleinerziehenden oder Eltern, bei denen rechts und links nichts mehr zu holen ist“ arbeiten, und „bei denen auch die Oma nichts mehr besitzt, was sie geben könnte“. Die Fachfrauen stellen her-

aus: „Armut ist ein Tabuthema, auch in armen Familien. Kaum etwas ist mit mehr Scham verbunden.“ Arme Kinder, arme Eltern oder umgekehrt: Es muss gedreht werden! Das Bild zeigt ein Kind, das vor einem Hochhaus schaukelt, mit der Unterschrift „Hoffnungslosigkeit: Viele Kinder haben schon im Grundschulalter nicht mehr viel von ihrem Leben“.

Und der Bremer Senat sackt die zusätzlichen Gelder für arme Kinder ein. Es werden Haushaltslöcher mit diesem Geld gestopft. Wir werden die Verwendung öffentlich machen! Eltern hätten anders gehandelt: Das Geld wäre angekommen. Das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit hat den Umgang der Erziehungsberechtigten mit ihren Kindern untersucht. Das Ergebnis hätte eigentlich dazu führen müssen, dass eine solche Bevormundung der Eltern gar nicht erst in Erwägung gezogen wird. Durch diese Ausgrenzung verlieren die Erziehungsberechtigten die Möglichkeit, ihren Kindern in Geldfragen Ratschläge zu erteilen. Sie sind unglaubwürdig, vorgeführt durch den Gesetzgeber. Dies wird sich rächen! Die Jugend ist unsere Zukunft. Eine Jugend ohne Zukunft, wer will das, wer braucht das?

5. Der Entwurf des Haushalts 2012 wird beraten. Frau Senatorin Pieper, haben Sie die Mittel für die **Schulreform** im Haushaltsentwurf „vorgefunden“? Haben Sie die Mittel für die Wiedereinführung der gestrichenen Leistungskurse und die Ausdünnung derselben im Haushalt „gefunden“ – oder haben Sie die Schüler und Eltern nur um eine weitere Zeit vertröstet? Es ist ja schließlich nicht Ihre Zukunft! Doch, es wird Ihre Zukunft beeinflussen. Auf die Mittel aus den erwarteten zusätzlichen Steuereinnahmen können die Schüler nicht hoffen, denn diese Gelder gehen in die Verwaltung und in Investitionen in Beton und Ähnliches, aber nicht in die Bildung! Die Sanierung der Bürgerweide für 6,8 Millionen Euro wird aus diesem Topf bezahlt. Der Freimarkt, der dort stattfindet, ist eine gute Sache – aber erst, wenn die Bildung gesichert ist. Unter dieser Prämisse muss der Haushalt geplant werden! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Geldblase kann jederzeit platzen: Die Dollar-Menge hat sich verdreifacht, die Franken-Menge verfünffacht *(„Die Welt“)*

Guttenpest nimmt kein Ende: Die EU-Kommission braucht einen, der sich mit Fälschung und Manipulation auskennt *(„Stern“)*

Fast Drei Prozent: Die jungen Hoffnungsträger Schnupsi und Bambi haben versagt – und dem Fahnenflüchtigen folgt ein Fahrerflüchtiger *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Zweite Frau kostet viel Geld: Doppel-Äff verschweigt zinsgünstigen Halbmillionenkredit von der Gattin eines befreundeten Unternehmers, den er auf Auslandsreisen mitnahm *(„Bild“-Zeitung)*

Geldwäsche: An der Spitze des deutschen Staates steht ein Mann, der seine Anwälte für sich sprechen lassen muss *(„Bild“-Zeitung)*

Unternehmergattin hat „mit alledem nichts zu tun“: Welcher Hartz-IV-Bezieher, dem der Staat nicht mal den Weihnachtsbaum gönnt und der dem Jobcenter seine Kontoauszüge vorlegen muss, will von Wulff noch eine Weihnachtsansprache hören? *(„Bild“-Zeitung)*

Nachtschicht eingespart: Weil es keinen gesetzmäßigen Zugang zu Drogen gibt, müssen sich Altenheimbewohner ausrauben lassen *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

357. Bremer Montagsdemo am 19. 12. 2011

Welcher Hartz-IV-Bezieher will die Weihnachtsansprache eines Geldwäschers hören?

Vergangene Woche hieß es anfangs in vielen Medienberichten, die den Bundespräsidenten wohl schützen sollten, Christian „Doppel-Äff“ Wulff habe sich „juristisch korrekt“ verhalten in seiner Halbwahrheiten-Affäre um den für das Zusammenwohnen mit seiner zweiten Frau benötigten Halbmillionenkredit einer befreundeten Unternehmer-Gattin. Schließlich sei es „bloß“ eine Verwaltungsvorschrift, das „sogenannte“ Ministergesetz – gegen das Wulff allerdings offenkundig verstoßen hat, weil es darin ausdrücklich heißt, Angehörige der Landesregierung dürften keine Vorteile in Form zinsgünstiger Kredite annehmen.

Christian Wulff wollte nur vier statt damals banküblicher 5,4 Prozent Zinsen zuzüglich Gebühren zahlen und durch das private Darlehn mehrere Zehntausend Euro sparen, denn ohne Sicherheiten wie einem Grundbucheintrag hätte er sogar sechs bis zehn Prozent Zinsen für einen Bankkredit zahlen müssen, in dieser Höhe aber vermutlich gar keinen erhalten. Wie zum Dank hat Wulff daraufhin den Unternehmer-Gatten seiner vorgeblichen Retterin mehrfach in seiner Wirtschaftsdelegation auf Auslandsreisen mitgenommen. Nun aber sagte Edith Geerkens, selbst ohne Vermögen in die Ehe gegangen und nach der Heirat nicht mehr berufstätig gewesen, gegenüber Reportern, sie habe „mit alledem nichts zu tun“, nämlich mit dem Halbmillionenkredit, den angeblich *sie* gewährt hat – und strafte damit nicht nur den Bundespräsidenten Lügen, sondern ihren Gatten gleich mit.

Egon Geerkens sagte, woher seine Frau das viele Geld habe, gehe niemandem etwas an, und erläuterte, er „wollte nicht, dass irgendein Bank-Azubi sieht, dass so viel Geld *von mir* (!) an Wulff fließt“. Dem heutigen Staatsoberhaupt – das anschließend pünktlich einmal im Monat 1.666 Euro Zinsen aufs *Konto der Eheleute Geerkens* zahlte und das Darlehn nach zwei Jahren durch einen mittlerweile günstigeren Bankkredit ablöste – sei daher ein *anonymer Bundesbank-*

Scheck ausgestellt und zum Einlösen übermittelt worden. Auf diese Weise konnte Wulff die Herkunft des Geldes verschleiern.

Abgesehen davon, dass unsereins gar nicht über solcherlei Betrugstechnologie verfügen könnte, wenn wir uns den Bundespräsidenten zum „moralischen Vorbild“ nehmen wollten: Mit vergleichbarer Mauschelei gegenüber dem Jobcenter würden Hartz-IV-Bezieher schon bei weitaus geringeren Beträgen glatt eine Haftstrafe riskieren! Die den Hartz-IV-Beziehern abverlangte *totale Ehrlichkeit*: Das ist doch der Maßstab, an dem sich das Staatsoberhaupt messen lassen muss – und nicht etwa die allgemeine Verderbtheit der „bürgerlichen Mittelschicht“, mit der das Wulff’sche Geschäftsgebaren in so vielen peinlichen Pressekommentaren augenzwinkernd als „biedere Durchschnittlichkeit“ entschuldigt wird!

Wulff hatte dem niedersächsischen Landtag weismachen wollen, er unterhalte keine Geschäftsbeziehungen zu dem Osnabrücker Schrott- und Juwelenhändler und Immobilienhai Geerkens. Tatsächlich ist es nicht weniger als ein *Geldwäsche*-Geschäft, in das der Bundespräsident sich da verstrickt hat – zumal das Vermögen geheim gehaltener Herkunft zuvor auf einem *Schweizer Bankkonto der Frau Geerkens* geparkt worden ist. An der Spitze des deutschen Staates steht ein Mann, der seine Anwälte für sich sprechen lassen muss – und der mit einem dämlichen Grinsen über die Weihnachtsmärkte stapft, ohne ein Wort zur Sache zu verlieren. Welcher Hartz-IV-Bezieher, dem der Staat nicht mal den Weihnachtsbaum gönnt, der dem Jobcenter seine Kontoauszüge vorlegen muss und der mit den vom Bundespräsidenten unterzeichneten, jüngst verschärften Sanktionen schikaniert wird, will von diesem Mann noch eine Weihnachtsansprache hören? Als Ansprache zu Weihnachten sollte Christian Wulff seine Rücktrittserklärung verlesen!

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Später Dank: Wulff setzte sich als Oppositionsführer für die Ansiedlung des Versicherungsunternehmens des Managers Baumgartl in Hannover ein, in dessen Ferienvilla er kostenlose Flitterwochen verbrachte *(„Bild“-Zeitung)*

Freibetrag überschritten: Wegen der Vielzahl der spendierten Luxusurlaube hätte Wulff Schenkungssteuer zahlen müssen *(„Frankfurter Rundschau“)*

„Besser die Wahrheit“: Finanzjongleur Maschmeyer bezahlt 42.000 Euro teure Anzeigenkampagne für ein Buch mit Wulff-Interviews und tätigt damit eine illegale Parteispende *(„Bild“-Zeitung)*

„Verflechtung und Verfilzung“: „Ich leide physisch darunter, dass wir keinen unbefangenen Bundespräsidenten haben“ *(„Spiegel-Online“)*

Bei aller berechtigten Medienkritik an Wulff: Wo bleibt die Wollust zur Recherche auf viel wichtigeren politischen Feldern? *(„Nachdenkseiten“)*

Ein Fall für den Staatsgerichtshof: Niedersächsischer Ältestenrat will nicht über Christian Wulff urteilen *(„Spiegel-Online“)*

Staatsanwaltschaft lehnt Aufnahme von Ermittlungen ab: Wulff-Anwalt bestätigt Kreditverhandlungen mit Egon Geerkens *(„Stuttgarter Nachrichten“)*

„In vergleichbarer Lage müsste ich meinen Hirtenstab abgeben“: Kardinal Meisner hält Weihnachtsansprache durch Wulff für unangebracht *(„Focus“)*

Beredtes Schweigen: Zu Weihnachten wünscht sich Wulff eine Gesellschaft, die zusammenhält, indem sie Probleme unter den Teppich kehrt, statt sie aufzuklären und zu lösen *(„Bild“-Zeitung)*

Wulff bedauert „Irritationen“: Pressesprecher flüchtet vor drohenden Enthüllungen aus dem Privatleben *(„Spiegel-Online“)*

Kostenlose Werbung: RWE-Chef Jürgen Großmann kauft und verschenkt Teilauflage des Wulff-Buches *(„Die Zeit“)*

Kostenlose Siegesfeier: Partymacher Manfred Schmidt verdient Hunderttausende mit „Nord-Süd-Dialog“ unter Schirmherrschaft Wulffs *(„Spiegel-Online“)*

Schnäppchenkredit der BW-Bank: Um das Geerkens-Darlehn schnell ablösen zu können, brauchte Wulff nur halb so viel Zinsen zu zahlen wie normale Kunden und sparte auf diese Weise 150.000 Euro *(„Spiegel-Online“)*

Wulff verstrickt sich in Widersprüche: Weder alle Fragen umfassend beantwortet noch Kreditinstitut vom Bankgeheimnis entbunden *(„Die Welt“)*

Verfassungswidriges Stasiunterlagengesetz unterzeichnet: Wulff versagt anderen die Möglichkeit erfolgreicher Reue, die er selbst beansprucht *(„Freitag“)*

Treibstoff für den Absturz: Wulff benutzte als niedersächsischer Ministerpräsident für Auslandsreisen den Firmenjet des VW-Konzerns *(„Rote Fahne News“)*

Staatsrechtler rät zur Selbstanzeige: Aufsichtsrat der BW-Bank war über Schnäppchenkredit für Wulff nicht informiert *(„Focus“)*

Untreue-Verdacht: Staatsanwalt prüft Anzeigen gegen BW-Bank *(„Focus“)*

„Ich wickle gern“: Filmkaufmann David Groenewold managte Wulffs Wandlung vom Biedermann zum Liebling der Klatschpresse *(„Financial Times“)*

Darüber schweigt sogar „Bild“: *Tout Berlin* tratscht über das „wilde Vorleben“ von sexy „Tattoo Betty“ Wulff *(„Berliner Zeitung“)*

Vergangenheit und Zukunft verwechselt: Wulff behauptet Schnäppchenkredit-Umwandlung eine Woche vor Vertragsunterzeichnung *(„Süddeutsche Zeitung“)*

„Staatsanwaltliche Ermittlungen unausweichlich“: Mit Geerkens-Kredit nahm Wulff als Ministerpräsident geldwerten Vorteil von 20.000 Euro an *(„Die Welt“)*

„Krieg führen“ nach „Überschreitung des Rubikon“: Wulff drohte Springer-Verlag den „endgültigen Bruch“ an *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

„Blitzmädel im Afrika-Einsatz“: Bettina Wulff fehlt nur noch „das Schiffchen auf dem Kopf“ *(„Tageszeitung“)*

BW-Bank profitierte von Porsche-Rettung durch VW : Schnäppchenkredit war Dankeschön für Aufsichtsrat Wulff *(„Spiegel-Online“)*

Wie ein zorniger, tumber Dorfschultheiß: Ein Bundespräsident, der Medien zu erpressen versucht, ist nicht haltbar *(„Die Zeit“)*

Versuchte Nötigung: Wulff wollte durch Drohanrufe bei Chefredakteur Diekmann, Vorstandschef Döpfner und Springer-Witwe Friede die „Bild“-Enthüllungen verhindern *(„Berliner Morgenpost“)*

Moralisch gescheitert: Wulff bleibt nur der Rücktritt *(„Frankfurter Rundschau“)*

In was für einem Land leben wir eigentlich: Bundestagspräsident Lammert kritisiert Rolle der Medien in Wulffs Kredit-Affäre *(„Stern“)*

„Der Rubikon ist überschritten“: Wann gewährt „Bild“ uns den Bundespräsidenten als Handy-Klingelton? *(„Frankfurter Allgemeine“)*

Intervention an höchsten Verlagsstellen: Schon im Sommer 2011 wollte Wulff unliebsame Berichterstattung stoppen *(„Die Welt“)*

„Zurück ins Eigenheim“: Union will Wulff „seinem Schicksal überlassen“ *(„Tagesspiegel“)*

Amtsenthebung: Wissenschafts-Webzine ruft zu Montagsdemos gegen Wulff auf *(„Lifegen“)*

Zerwürfnis mit „Bild“: „Wir brauchen 2012 einen Bundespräsidenten, der glaubhaft den Bürgern schmerzliche Einschnitte erklären muss“ *(„Eigentümlich frei“)*

Talanx spendete 10.000, TUI 50.000 Euro: Wulff suchte Sponsoren für private Promipartys von Eventmanager Schmidt *(„Stern“)*

Auch peinlich: Niedersachsen-Sumpfblüte Sigmar Gabriel hält politische Moral für eine bloße „Stilfrage“ *(„Bild“-Zeitung)*

Baden-Württemberg untersucht Wulff-Darlehen: Ist es Aufgabe öffentlicher Banken, Politikern Sonderkonditionen zu erteilen? *(„Spiegel-Online“)*

Schweigen und Aussitzen, bis das „Stehvermögen“ gerühmt wird: Wenn Wulff bleibt, kommt die Staatskrise *(„Hannoversche Allgemeine“)*

Wulff ist Präsident, weil die Kanzlerin es wollte: Deshalb muss sie den Schaden begrenzen, den sie angerichtet hat *(„Süddeutsche Zeitung“)*

„Nach mir die Sintflut“: Ist Rettungsschirm-Kritik die Ursache des „Bild“-Wulff-„Kriegs“? *(„MM News“)*

„Ich werde keine persönlichen Vorteile mehr annehmen“: Das versprach Wulff am Tag, bevor er dem Landtag den Geerkens-Kredit verschwieg *(„Abendblatt“)*

Und dann soll alles wieder gut sein: Wulff muss nur einmal kurz vor die Kamera *(„Financial Times“)*

Das Gesicht verloren: Wulff spukt als Bundesschlossgespenst weiter durch Bellevue *(„Die Welt“)*

Raus damit: Deutschland wartet auf den Wulff-Anruf *(„Bild“-Zeitung)*

„Bild“ rettet die Pressefreiheit: Und die Kanzlerin kann wochenlang ungestört vor sich hinmerkeln *(„Nachdenkseiten“)*

Kreditvertrag bedarf der Schriftform: BW-Bank vertraut nicht auf den Handschlag vom Bundesschlossgespenst *(„Handelsblatt“)*

Unterstützer belohnt: Wulff ernennt Tochter eines CDU-Spendensammlers

zur Nord-LB-Aufsichtsrätin *(„Tageszeitung“)*

Ein Albtraum: Entwischt das Bundesschlossgespenst den Händen der „Bild“-Zeitung? *(„Nordwest-Zeitung“)*

Glamourös: Bettina Wulff lässt sich Luxus-Fummel sponsern *(„Die Welt“)*

Wulff verschenkt VW für ein Eigenheim: Investoren verlangen 1,8 Milliarden Euro Schadenersatz *(„T-Online“)*

Menschelei mit dem Schlossgespenst: Wulff spricht lieber über Gefühle als über Fakten *(„Junge Welt“)*

Noch nie hat sich ein Bundespräsident so blamiert: „Bild“ verteilt Abschriften des Wulff’schen Wutausbruchs an die Redaktionen *(„Stern“)*

Micky Maus tritt nach: Hundepräsident Wuff und Kai Quiekmann *(„Financial Times“)*

20 Jahre nachtragend: Wulff hat schon immer Journalisten zusammengeschissen *(„Spiegel-Online“)*

Aber der zeigt sich nicht: 400 Demonstranten zeigen Wulff ihre Schuhe *(„Stern“)*

Bindungskraft des bürgerlichen politischen Systems beeinträchtigt: Wulff-Affäre ist nicht geeignet, Schüler und Lehrer für engagiertes politisches Diskutieren zu gewinnen *(„Handelsblatt“)*

„In einem Jahr ist alles vergessen“: Schlossgespenst wähnt sich unbeschädigt vom „Stahlgewitter“ *(„Bild“-Zeitung)*

„Bundespräsident quatscht Mailbox voll“: „Er fleht, er droht wie ein junges Mädchen, das seine Liebe verloren hat“ *(„Bild“-Zeitung)*

Wulff-Anwalt erklärt Drohanruf-Veröffentlichung zum Tabu: Wohingegen Vorteilsannahme längst kein Tabu mehr ist *(„Spiegel-Online“)*

„Vorschlag, den Rot-Grün nicht ablehnen kann“: Koalition einigt sich auf Verfahren zur Nominierung eines Wulff-Nachfolgers *(„Rheinische Post“)*

Weihnachten fällt aus: Was unsere Eltern höchstens mal scherzhaft ange-

droht haben, wird dank Hartz IV traurige Wirklichkeit *(„Spiegel-Online“)*

Aufruf zum Widerspruch: Wird es bereits im Frühjahr ein Urteil zum Hartz-IV-Regelsatz geben? *(„Neues Deutschland“)*

Dem Jobcenter ist es egal, ob es mit Sanktionen vor Gericht scheitert

1. In ein paar Tagen steht Weihnachten vor der Tür, das Fest der Liebe. Seufz! Doch traten am 1. April dieses Jahres für Hartz-IV-Bezieher die neuen Regelsätze rückwirkend zum 1. Januar in Kraft. Mit dieser unsäglichen Reform wurden aus dem Regelsatz auch zahlreiche Positionen herausgestrichen, die angeblich „nicht existenzsichernd“ seien, zum Beispiel Genussmittel wie Tabak und Alkohol. Auch der Weihnachtsbaum fiel der Streichorgie bei den Ärmsten der Armen zum Opfer. Vor der Neu-„Berechnung“ 2010 gehörte der Weihnachtsbaum zur Position „Schnittblumen und Zimmerpflanzen“ der „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“. Seit 2011 jedoch gehören diese Positionen nicht mehr zum erforderlichen Grundbedarf, gelten als nicht existenzsichernd und werden deshalb auch nicht mehr für den Regelbedarf berücksichtigt (Bundestagsdrucksache 17/3404, Seite 62).

Der Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, Martin Behrsing, prangerte an, dass mit der Mehrheit von CDU, FDP und SPD der Weihnachtsbaum und damit letztendlich auch das Weihnachtsfest endgültig gestrichen wurde, weil es nicht zum erforderlichen Grundbedarf von Menschen in Armut gehörte. Habe ich da nicht mal läuten hören, dass es angeblich das vorrangige Ziel von *lovely* Zensursula – ihres Zeichens Arbeits- und Sozialministerin – sei, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen? Wie sich diese Heuchelei mit der „christlichen Grundhaltung“ unserer Arbeitsministerin verträgt, gibt nicht nur Martin Behrsing Rätsel auf!

Die Verweigerung des Weihnachtsbaums ist doch der schlagende Beweis dafür, dass den Kindern von Hartz-IV-Beziehern keine gesellschaftliche **Teilhabe** erlaubt ist: Weihnachten ist für sie gestrichen! Von dem viel zu geringen Regelsatz ist kein Geld übrig, um den Kindern Wünsche zu erfüllen. Sie dürfen sich noch weiter ausgegrenzt fühlen, wenn die anderen Kinder in der Schule erzählen, was

sie alles zu Weihnachten geschenkt bekommen haben. Das Sozialempfinden dieser Dame aus reichem Haus scheint sich nur auf Kinder von anderen besser verdienenden Eltern zu beziehen, denn sie sorgt mit der Nichterhöhung des Regelsatzes für Kinder und dem Bildung verhindernden Diskriminierungspaket schon länger dafür, dass diese Generation leer ausgeht! So zeigt sie, wie viel die Kinder von finanziell Armen dieser neoliberalen Regierung wert sind.

2. Es rauschte gerade durch den Blätterwald, dass nach einer Studie der Universität Bielefeld die **Lebenserwartung** ausgegrenzter Schichten innerhalb von zehn Jahren um zwei Jahre im Westen und um vier Jahre im Osten gesunken sei. Hierzu bedarf es nicht einmal des um das zwanzigfache größeren Suizidrisikos beim Vegetieren auf Hartz-IV-Niveau, schon die Verelendung durch den angeblich den Grundbedarf befriedigenden Regelsatz reicht vollkommen aus. Für dieses gesellschaftliche Problem werden allzu gern die Opfer wegen ihres angeblich zu geringen Bildungsstandes für mitschuldig erklärt, obwohl dieser sich kaum innerhalb von zehn Jahren wesentlich abgesenkt haben dürfte. Lediglich die Flop-, Mob- oder Job-Center sprechen den Erwerbslosen nach einer gewissen Zeit deren berufliche Qualifikation ab!

Wenn ab dem Ende des Geldes immer noch ein Drittel Monat übrig ist, wird es zunehmend schwieriger, das Lebensnotwendige irgendwie doch zu beschaffen, und das „Fördern und Fordern“ des vorgegebenen entwürdigenden Umgangsstils der Behörden bei ihrer Verfolgungsbetreuung kann sich nur destruktiv auf die Betroffenen auswirken! Hinzu kommt die menschenverachtende, grundgesetzwidrige und dem Bundesverfassungsgericht widersprechende Praxis bei der Kürzung der ohnehin zu niedrigen Bezüge, die mit neunhunderttausend Sanktionen so hoch ist wie nie zuvor, weil die Sparquote dies so vorschreibt. Nicht zu vergessen die vielen Hunderttausenden, die – meist widerrechtlich – einen Teil ihrer Kosten der Unterkunft aus dem Regelsatz begleichen sollen. Offenbar haben die Medien ganze Arbeit geleistet mit ihrer Manipulation und Hetze gegen Hartz-IV-Bezieher, wenn dieses Vorgehen einem großen Teil der Bevölkerung angenehm ist!

3. Ein 32-Jähriger arbeitete fast fünf Jahre als Kundenbetreuer in Callcentern, bevor er sich selbständig machte und nun seit einem Monat „Kunde“ beim Jobcenter Berlin-Spandau ist, von dem er sich schikaniert fühlt. Mit 30-prozentiger Sanktion wurde versucht, ihm die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben, dass ein Arbeitgeber abgesagt hat. Als er bei einem dieser herzallerliebsten Trainingsmaßnahmen äußerst persönliche Fragen nicht beantwortete, sondern sie an seinen Anwalt weiterleitete, und ihn die Firma dann nicht mehr haben wollte, kamen die nächsten 30 Prozent Kürzung hinzu. Weil sich der Erwerbslose verständlicherweise auf drei Vermittlungsvorschläge nicht bewarb, da er nicht über die geforderte Qualifikation verfügte, wurde er mit weiteren 30 Prozent sanktioniert.

Die Sachbearbeiterin und ihr Teamleiter zeigten ihre Kooperationsbereitschaft, indem sie mitteilten, dass es ihnen völlig egal sei, ob sie mit ihren **Sank-**

tionen vor Gericht scheitern würden. Da der so Schikanierte mit seiner erwerbstätigen Frau und dem zweijährigen Kind zusammenlebt, drohte das Jobcenter, bei einer Sanktion von 60 Prozent das Jugendamt einzuschalten, die „nicht zimperlich“ seien. Es wurde sogar verlangt, dass das Kind eine andere Kita besuchen solle, weil diese eine Stunde länger geöffnet habe. Glücklicherweise gibt es einen Anwalt, der es höchst bedenklich findet, wie ungeniert sich das Jobcenter in das Privatleben der „Kunden“ einmischt und dass es Daten ans Jugendamt übermitteln will. Deswegen wurde der Landesdatenschutzbeauftragte eingeschaltet. Wer sich wehrt, kann verlieren – wer sich *nicht* wehrt, hat schon verloren!

4. Das neoliberale Gruselkabinett schreckt nicht vor massiver Eigenwerbung zurück und plakatiert: „Danke Deutschland, danke Wirtschaft! So viele Menschen in **Arbeit** wie nie zuvor!“ Dass Deutschland heute so „robust“ dastehe, sei das „Verdienst“ der Wirtschaft und damit der vielen Unternehmer und Unternehmerinnen und ihren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die „jeden Tag aufs Neue Höchstleistungen“ vollbrächten.

Ja, das wirkt einfach ansteckend, in so viel Jubel muss ich einfach mit einstimmen: Danke Deutschland, danke Wirtschaft: Dank Hartz IV waren noch nie so viele Menschen in Arbeit, von der sie nicht leben können und sie mit ALG II „aufstocken“, sich dabei der entwürdigenden Verfolgungsbetreuung unterziehen müssen! Danke an alle Christen, Sozialen, Liberalen und Grünen in der CDU/CSU, FDP, SPD, Grünen! Danke, danke, so viele Arme wie nie zuvor! Nie zuvor sah man besser gekleidete Leergutsammler!

5. Der Thüringer Verfassungsschutz soll eine direkte Geldzahlung an das Zwickauer Neonazi-Trio eingeräumt haben, wonach der Geheimdienst der Zelle, der zehn Morde zur Last gelegt werden, über Mittelsmänner rund 2.000 Mark für gefälschte Pässe zukommen ließ. Damit sollten konkrete Hinweise auf den Aufenthaltsort sowie die Tarnnamen der Rechtsextremisten ermittelt werden. Ei der Daus, dann konnte das Trio dennoch unerkannt untertauchen, nachdem es sich neue Pässe besorgt hatte! Ob das wohl so gewollt war? Ein Spitzel soll dem Trio 1999 mit 500 Mark ausgeholfen haben. Der Geheimdienst finanzierte das Nazi-Trio indirekt auch durch den Ankauf des antisemitischen Brettspiels „Pogromly“ für jeweils 100 Mark. Mindestens drei Exemplare des Hetz-Spiels, dessen Verkaufserlös an die Nazi-Zelle floss, soll an Mitarbeiter des Verfassungsschutzes verkauft worden sein.

Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt sollen zehn Morde begangen haben. Die Rolle des Verfassungsschutzes muss unbedingt neu hinterfragt werden! Ich finde es ungeheuer bedrohlich, dass in meinen Augen oft gar nicht mehr genau unterschieden werden kann, wer hier der Verfassungsschutz und wer der braunen Pest wie weit zugehörig ist! Schließlich ist die NPD schon seit Jahren eine der bestbezahlten Parteien Deutschlands. Es klingt paradox, dass diese Partei von Deutschland bezahlt wird, obwohl sie als verfassungsfeindlich einzustufen ist. Trotz staat-

licher Unterstützung schlingert die NPD seit Jahren finanziell am Abgrund, doch konnte sie sich auch dank der regelmäßigen Überweisungen aus dem Finanzministerium in Berlin berappeln.

Obgleich die Piratenpartei in Umfragen zunehmend besser abschneidet als die NPD, erhalten die **Faschisten** das Doppelte an Steuergeldern. Zu den offiziellen Zahlungen an die NPD kommen noch die Gehälter der V-Leute. Bis zu 130 NPD-Mitglieder sollen sich als Spitzel des Verfassungsschutzes Geld dazu verdienen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Zahlungen der Länderbehörden regelmäßig auch für Parteizwecke verwendet werden. Ich finde es so dermaßen überfällig, eine eindeutig verfassungsfeindliche Partei endlich zu verbieten, doch scheint der Verfassungsschutz derart mit dieser braunen Soße verflochten zu sein, dass wegen dieser ominösen V-Männer schon wieder ein Verbot scheitern könnte. Oder warten sie darauf, dass „ihre Zeit“ bald wieder kommen möge? Das müssen wir verhindern!

6. Obwohl die **Atomruine** noch weit von der Normalität entfernt ist, sei das zerstörte Kernkraftwerk Fukushima laut der japanischen Regierung wieder unter Kontrolle. Für Ministerpräsident Yoshihiko Noda sei es ein großer Fortschritt, dass sich in den vergangenen Wochen die schwer beschädigten Reaktoren trotz zahlreicher Zwischenfälle endlich im Zustand der sogenannten Kaltabschaltung befänden, bei der das Kühlwasser konstant unter 100 Grad Celsius gehalten wird. Experten und Umweltschützer hegen an dieser Verlautbarung berechtigte Zweifel.

Schon der Begriff Kaltabschaltung sei falsch gewählt. Er werde normalerweise nur für intakte Anlagen benutzt, wenn sich der Reaktor abkühlt und das Brennelement gewechselt werden kann. Doch ist die Reaktorruine vom Normalzustand weit entfernt. Niemand weiß, wie es wirklich im Inneren der Anlage aussieht. Alles könnte sich durch weitere Beben erneut verschlimmern. Natürlich wird um die Reaktoren wie auch in Tschernobyl ein Schutzmantel gebaut werden müssen, der dann eine begrenzte Zeit hält. Oder wird jetzt mal wieder von verstärkter Kontrolle gesprochen, weil Tepco pleite sein soll?

7. Juchu, vorerst stoppt der Juchtenkäfer „**Stuttgart 21**“! Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim gab einer Klage des „Bundes für Umwelt und Naturschutz“ statt. Das Gericht urteilte, dass die vom Eisenbahn-Bundesamt zugelassene Änderung des Planfeststellungsbeschlusses rechtswidrig und nicht vollziehbar sei und forderte Nachbesserungen beim Artenschutz, bei denen der BUND einbezogen werden müsse. Was dabei letztlich rauskommt, inwieweit auch in Deutschland eine Art von Mafia – oder nennen wir es besser Interessenvertretung – bestimmter vermögender, einflussreicher Organisationen Einfluss auf letzte gerichtliche Entscheidungen hat, das sei dahingestellt!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Na bitte, geht doch: ICE hält stundenlang
vor Wolfsburg *(„Spiegel-Online“)*

„Mauern einreißen“: Antifaschisten machen eine „Ausnahme“
bei NPD-Ratsherrenmenschen *(„Oldenburger Lokalteil“)*

Zur Rettung der Umwelt brauchen wir eine starke internationale Umweltorganisation

Der Klimagipfel im südafrikanischen Durban endete in einem Desaster. 15 Tage lang haben die Regierungen der Welt „hart“ verhandelt, um zum Abschluss zu erklären, dass sie bis 2015 beraten wollen, ob sie sich ab 2020 zum Klimaschutz verpflichten können. Was für ein Irrsinn! Und es gibt tatsächlich noch Politiker wie den EU- Energiekommissar Oettinger (CDU), der verkündet: „Besser als gar nichts, wir haben jetzt einen Fahrplan“.

Das Klima interessiert sich aber nicht für Fahrpläne. 2011 erlebten wir den höchsten Kohlendioxidausstoß seit Menschengedenken: plus sechs Prozent gegenüber 2010. Wenn wir nicht sofort damit beginnen, den Kohlendioxidausstoß bis 2030 radikal zu reduzieren, also um 70 bis 80 Prozent, dann können wir eine unumkehrbare Zerstörung unsere Lebensgrundlagen nicht mehr aufhalten. Das bekannte Motto „weiter so“ wird die Erderwärmung bis Ende dieses Jahrhunderts um drei bis fünf Grad ansteigen lassen.

Es ist bei der Rettung der Natur wie bei allem im Leben: Wir dürfen uns nicht auf leere Versprechungen der hohen Politik verlassen. Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern! Das fängt schon damit an, soweit wie möglich aufs Rad und öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, „grünen“ Strom zu kaufen, sich durch gesunde, regionale Produkte zu ernähren, auf eine Flugreise zu verzichten oder an Weihnachten dem „Kaufrausch“ zu widerstehen und zum Beispiel Selbstgebasteltes oder Lieder zum Fest mitzubringen. Aber das allein ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die kapitalistische Profitwirtschaft zerstört permanent unsere natürlichen Lebensgrundlagen und treibt uns an den Rand einer globalen Klimakatastrophe: In den letzten 20 Jahren wurde der Regenwald, die grüne Lunge unseres Planeten, auf einer Fläche zerstört, die viermal so groß ist wie Deutschland. Durch die Erderwärmung befinden sich die Gletscher in massivem Rückzug, und Umweltka-

tastrophen nehmen in rasanter Geschwindigkeit zu. Dürre, Überschwemmungen, Wirbelstürme treffen vor allem die ärmsten Länder der Welt. Die Menschen auf den Philippinen erlebten zum Beispiel gerade den 19. Taifun in diesem Jahr, der wieder Tausenden das Leben gekostet hat.

Der Klimagipfel in Durban beweist eindringlich, dass ein Sofortprogramm zur weltweiten Durchsetzung regenerativer Energien und drastischen Minderung der Treibhausgase nur durch den weltweiten Widerstand der Bevölkerung erreicht werden kann. Das Jahr 2011 war geprägt von gewaltigen Naturkatastrophen, aber auch von einem wachsenden weltweiten Widerstand gegen die Zerstörung unserer „Mutter Erde".

Die Anti-AKW-Bewegung in Deutschland hat einen wichtigen Erfolg erzielt und die Rücknahme der Laufzeitverlängerung erzwungen. Das hatte weltweite Ausstrahlung. Am vergangenen Sonntag demonstrierten zum Beispiel 10.000 Menschen in Indien am AKW Kudankulam und verlangten, dass das Atomprogramm eingestellt wird. Die Bürgerinitiativen gegen Kohlendioxidverpressung aus Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein wenden sich aktuell gegen die Absicht der EU, die unterirdische Verpressung des klimaschädigenden Treibhausgases Kohlendioxid für legal zu erklären.

Der Aufschwung der Umweltbewegung ist ein wichtiger Fortschritt, aber sie hat auch noch Schwächen, weil sie oft zersplittert ist oder sich nur projektbezogen oder regional engagiert. Wir brauchen eine starke und internationale Umweltorganisation! Deshalb finde ich die Idee einer Umweltgewerkschaft sehr gut. Es war vor 150 Jahren für die Arbeiterinnen und Arbeiter existenziell notwendig, Gewerkschaften aufzubauen, um sich gegen die soziale Ausbeutung zu wehren. Genauso bedeutend ist heute eine Umweltgewerkschaft, um die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zu verteidigen. Lasst uns über ein solch zukunftsweisendes Projekt nachdenken und diskutieren! Es ist inzwischen nicht mehr fünf vor zwölf, sondern schon eine Minute vor zwölf. Es ist Zeit zu handeln!

Harald Braun

Mit Plüschjuchti und Widerstandsmarmelade: Der Kampf gegen „Stuttgart 21" lebt auch von Spenden *(Gernot-Peter Schulz)*

Der Widerstand in Stuttgart geht weiter

Durch den Volksentscheid Ende November hat sich an den vielfältigen Bedenken von Millionen von Baden-Württembergern nichts geändert, im Gegenteil, denn der Volksentscheid hat ja keineswegs eine klare Mehrheit für den Weiterbau er-

geben. Vielmehr hat sich landesweit fast die Hälfte, über 40 Prozent, der Abstimmenden *dagegen* ausgesprochen – und das, obwohl der Volksentscheid eben gerade *kein* Beispiel für gelungene Demokratie war. So etwas wie dieser sogenannte Volksentscheid darf in Deutschland nie wieder vorkommen!

Es war ein Volksentscheid, der mit Millionenbeträgen aus der Wirtschaft beeinflusst wurde. Ein Volksentscheid, bei dem in unglaublichem Umfang öffentliche Körperschaften – Rathäuser, Gemeinderäte, Landratsämter, Regionalparlamente – mit einseitigen und falschen Darstellungen Einfluss auf die Abstimmung genommen haben. Ein Volksentscheid, bei dem selbst von staatlicher Seite aus eine Lüge zum Hauptargument der Abstimmung erhoben wurde, nämlich die Behauptung, die Ausstiegskosten betrügen für den Steuerzahler 1,5 Milliarden Euro.

Wir Gegner von „S21“ nehmen also den Wahlausgang zur Kenntnis, der Widerstand aber geht weiter. Das Aktionsbündnis gegen „S21“ arbeitet ebenfalls weiter, allerdings in veränderter Form. Wir kämpfen derzeit in Stuttgart nicht langfristig und im Namen einer Mehrheit, sondern Schritt für Schritt um jedes Detail, jede sich neu ergebende Situation. Prioritär ist derzeit die Durchsetzung unserer Forderung, dass es keinen Polizeieinsatz für das Projekt „S21“ geben darf, bevor nicht alle entscheidenden Fragen geklärt sind.

Es stehen der Abriss des Südflügels und die Fällung der Schlossgartenbäume Mitte Januar an. Dieser Vorgang würde die demokratische Kultur im Lande nachhaltig beschädigen und unabsehbare Folgen für den Frieden in der Stadt und im Land haben, denn die rechtliche Zukunft von „S21“ ist völlig ungewiss. Das zentrale Interesse der Stadt Stuttgart an „S21“, dass die Gleisanlagen des Kopfbahnhofs abgebaut und das Gelände überbaut werden darf, ist gerichtlich noch völlig ungeklärt.

Ob die *Mischfinanzierung* von „S21“ durch Stadt, Land und Bahn verfassungsgemäß ist, muss noch gerichtlich überprüft werden. Für den Bau der *Grundwassermanagement*-Anlage besteht, nachdem die Wasserentnahmemenge mehr als verdoppelt werden soll, noch keine Genehmigung: Sie wurde dort illegal errichtet. Außerdem gilt seit Freitag dort ein Baustopp, weil die Deutsche Bahn die Interessen des BUND ignoriert hat, was den Schutz des Juchtenkäfers betrifft.

Für den Abstell- und Wartungsbahnhof *Untertürkheim* ist das Planfeststellungsverfahren noch nicht abgeschlossen, für die gesamten Anlagen auf der *Filder* ist ein Genehmigungsverfahren noch nicht einmal eingeleitet, und nicht zuletzt ist immer noch nicht geklärt, wer die unbestreitbar entstehenden, über 4,5 Milliarden Euro hinaus gehenden *Kosten* trägt.

In einer rechtlich derart offenen Situation – von den unverändert katastrophalen Mängeln des Projekts selbst ganz zu schweigen – ohne Not ein Baurecht der Bahn mit massivem Polizeieinsatz durchzusetzen, stellt eine unangemessene Verschärfung der ohnehin labilen Situation dar. Das Baurecht ist nicht das höchste Recht eines Landes, dem sich alle andern Rechte unterzuordnen haben – zumindest hat es zurückzustehen, wenn es nicht auf für einen demokratischen Rechtsstaat angemessene Weise durchzusetzen ist, und das ist in der aktuellen Situation nicht gegeben. Dafür kämpfen wir in Stuttgart weiter, und wir sind nach wie vor zuversichtlich, dass es kein „Stuttgart 21“ geben wird. Wir werden „oben bleiben“!

Redebeitrag von Regisseur Volker Lösch, zusammen mit Schauspieler Walter Sittler Erfinder des „Schwabenstreichs“ als Protestform gegen „Stuttgart 21“. Lösch inszeniert zurzeit am Bremer Theater das Stück „Alt, arm, arbeitslos“ (Premiere am 15. Januar 2012)

Rüstungsstandort an der Weser

„Erfolgsgeschichten aus Bremen? Rüstungsstandort an der Weser. Produktion, Forschung und Perspektiven“ lautet der Titel eines informativen und aufschlussreichen Buches, das von einem breiten Herausgeberkreis veröffentlicht wurde. Beleuchtet wird darin unter anderem, welch unheilvolle Rolle der Bremer Raumfahrt- und Rüstungskonzern OHB AG mit seinem Satellitenprogramm bei der europäischen Flüchtlingsabwehr „Frontex“ spielt. Daher sei dieses nicht nur für „Insider“ interessante Werk hier vorgestellt und sehr zum Lesen empfohlen.

Ursprünglich sollte es „nur“ eine Broschüre werden, aber nun hat sich der Sammelband zum Thema Rüstungsstandort Bremen zu einem 176-Seiten-Reader gemausert. Das Buch kommt gerade rechtzeitig, um für die zur Zeit heftig geführte bundesweite Diskussion um die Zivilklausel und die überaus problematische Einflussnahme von Bremer Rüstungsunternehmen (unter anderem OHB und Rheinmetall) auf Lehre und Forschung an der Bremer Universität und der Hochschule Bremen Informationen und Argumente zu liefern.

Bremen sei eine Rüstungshochburg und im bundesweiten Vergleich im Rüstungsbereich überproportional vertreten: Diese Ansicht vertreten die Autoren der neuen Veröffentlichung. Von bundesweit 80.000 Arbeitsplätzen in der Rüstungsproduktion fielen derzeit mindestens 4.000 auf Bremen; von insgesamt 16 Milliarden Euro Rüstungsproduktionswert im Jahr 2010 kämen mindestens 1,15 Milliarden aus Bremen. Das sind gute sieben Prozent der gesamten deutschen Rüstungsproduktion, obwohl in der Stadt Bremen nur 0,7 Prozent der Bevölkerung leben. Und während die Rüstungsproduktion bundesweit 0,64 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmacht, seien es hier 4,8 Prozent.

Die Rüstungsdichte sei hier sieben Mal höher als im Bundesschnitt, schreibt Lühr Henken vom „Bundesausschuss Friedensratschlag“ in seinem Beitrag und nimmt die Rüstungsbetriebe Atlas Elektronik, Rheinmetall Defence Electronics, EADS Airbus, die Friedrich-Lürssen-Werft und die OHB AG unter die Lupe. Henken ist einer von 16 Autoren, die in dem Buch Beiträge zu den Themen Rüstungsproduktion, Rüstungsforschung und Zivilklausel verfasst haben und sich mit der Rolle Bremens im internationalen Kriegswaffen-Geschäft beschäftigen.

Der verantwortliche Herausgeber Ekkehard Lentz erklärt, in Bremen würden Dinge produziert, die nicht dem Frieden dienen. Kristina Vogt, Fraktionsvorsitzende der „Linken“ in der Bremischen Bürgerschaft, kündigte eine weitere Vernetzung ihrer Partei mit den Friedensorganisationen an. Durch die Finanzierung der Forschung durch Rüstungsunternehmen mache sich der Senat politisch erpressbar. Vogt kündigte weitere parlamentarische Anfragen an, um aufzuklären, in welchem Umfang bremische Steuergelder in Rüstungsprojekte fließen.

Kritisch betrachten die Autoren die staatliche Förderung entsprechender Betriebe: Das Wirtschaftsressort fördert beispielsweise das „Cluster Maritime Sicherheit Marissa“, in dem der Kampfpanzerfeuerleitanlagen- und Drohnenhersteller Rheinmetall und die Hochschule zur „Ressourcensicherung“ forschen. So koordiniert und finanziert die „Wirtschaftsförderung Bremen“ aus Steuergeldern den Kompetenz- und Forschungsverbund „Competitive Aerial Robot Technologies“, an dem unter anderem Rheinmetall Defence beteiligt ist. Ziel der Forschung ist die Optimierung unbemannter Drohnen, die in den Kriegen der Neuzeit eine zunehmende Bedeutung erhalten.

Herausgeber sind das „Bremer Friedensforum“, die „Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung“, die Fraktion „Die Linke“ in der Bremischen Bürgerschaft, die „Deutsche Friedensgesellschaft“, die „Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden“ und der AStA der Universität Bremen. Unter anderem haben Rudolph Bauer, Sören Böhrnsen, Volker Eick, Rolf Gössner, Lühr Henken, Andrea Kolling, Ekkehard Lentz, Sofia Leonidakis und Torsten Schlusche Beiträge geschrieben. Dazu hat das „Bremer Friedensforum“ ein Interview mit Dr. Klaus Boehnke, Professor an der Jacobs University Bremen, geführt.

Das Buch ist in der Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, beim AStA der Uni Bremen und in den Büros der „Linken“, in einigen Buchhandlungen oder über Eva Böller und Ernst Busche, Telefon 0421/355 816, oder Hartmut Drewes, Telefon 0421/644 1470, zu beziehen. Bei Bestellung per E-Mail an info(at)bremerfriedensforum.de oder durch Einzahlung einer Schutzgebühr von sechs Euro (plus ein Euro Porto) auf das Konto Ekkehard Lentz, Postbank Hannover, Kontonummer 123 268 306, BLZ 250 100 30 (Stichwort Rüstungsbroschüre) wird das Buch direkt zugesandt.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Sternschnuppe zu Weihnachten: Müssen wir dem Wulff noch länger hinterherlaufen? *(„Bild“-Zeitung)*

Frieden ohne soziale Frage?

Bremen brummt wirtschaftlich auf dem Sektor der Rüstungsindustrie: So verstehe ich die Aussage einer neu herausgegebenen Broschüre des „Bremer Friedensforums“, auf die in einem Artikel der „Tageszeitung“ mit gleichlautender Deutung verwiesen wird. Daraus geht hervor, dass Bremens Rüstungsbetriebe als Jobmotor dienen und mit guten Wirtschaftszahlen aufwarten können. Ich werde dabei den Eindruck nicht los, dass das „Friedensforum“ ungewollt eine bessere Werbung für die Rüstungsbetriebe nicht machen und dieser Schuss nach hinten losgehen könnte. Werden die meisten braven Bürger(innen) nicht sagen: „Wie schön, dass wir auf diesem Wirtschaftssektor so stark sind und Arbeitsplätze sichern können“? Auch die von der Linksfraktionsvorsitzenden Kristina Vogt geplante parlamentarische Anfrage, in welchem Umfang bremische Steuergelder in Rüstungsprojekte fließen, kann nach hinten losgehen, wenn Bremens Einnahmen über die Gewerbesteuer höher sein sollten als die Subventionen aus Landesmitteln.

Schließlich wird kein Niedriglöhner, Aufstocker oder ALG-II-Bezieher die sechs Euro Selbstkostenpreis für die neue Broschüre des „Bremer Friedensforums“ lockermachen, sondern sich sehnlichst einen gut bezahlten Arbeitsplatz bei einem dieser Rüstungsbetriebe wünschen – was uns zu der Frage führt, ob Friedensprozesse überhaupt möglich sind, solange Existenznöte herrschen. Solange das Paradigma „Einkommen durch Arbeit“ in der Gesellschaft als Maßstab der Existenzberechtigung des Individuums gilt, werden Menschen genötigt sein, in Militärdienste einzutreten oder in Rüstungsbetrieben zu arbeiten. Von dieser Tatsache losgelöste Fingerzeige von Friedensaktivisten auf Waffenschmieden werden daran nichts ändern. Friedensaktivisten, die – wenn sie ihrer eigenen Konsequenz folgten – das Internet, das ursprünglich aus dem Arpanet-Rüstungsprojekt des Pentagon hervorgegangen ist, nicht nutzen würden.

Solche losgelösten Fingerzeige ändern nichts an der alltäglichen Aggression, Zerstörung und Gewalt der Finanz- und Marktmoral und an der kranken Einstellung des Machtmissbrauchs, die uns aufspaltet in Arbeitslose, Erwerbstätige, Generationen, Nationen und Religionen. Aber nehmen Sie mich nicht beim Wort.

Machen Sie ruhig die Probe aufs Exempel: Stellen Sie sich vor die Jobcenter und bieten den dort ein- und ausgehenden Betroffenen Ihre Broschüre zum Selbstkostenpreis für sechs Euro mit einer Büroklammer für den Frieden als Gratisdreingabe an, bis Sie endlich merken, dass ohne Berücksichtigung der sozialen Frage der Wunsch nach einer friedlichen Gesellschaft eine Farce bleibt. Sie werden merken, dass die Verfolgungsbetreuten selbst dann eine Arbeitsstelle in einem Rüstungsbetrieb annehmen, wenn Sie zehn Euro pro Broschüre draufzahlen.

So gibt es auf der Welt Bürgerkriege in Form zermürbender Kriminalität, die den völkerrechtlichen heißen Kriegsszenarien in nichts nachstehen. Rio de Janeiro hat jährlich 6.000 Tote an Gewaltverbrechen. Rund in der Hälfte der dortigen Armensiedlungen, den Favelas, als No-go-Areas deklariert, sind die Banden schwer bewaffnet. Polizeistreifen trauen sich nicht einmal mehr in gepanzerten Fahrzeugen hinein, weil die Banden mit modernsten Panzerabwehrwaffen, Minen und Flugabwehrgeschützen bewaffnet sind. Solche Zustände haben wir hier vor Ort noch nicht, weil es bei uns das bisschen Sozialstaat noch gibt, das wir im täglichen Ringen um die Existenz Einzelner noch zäh verteidigen. Es sollte uns aber klar sein, dass solche Zustände auf uns zukommen, wenn dem Verhungern als Perspektive nur noch Drogenhandel, Prostitution oder Militärdienst entgegenstehen und wir den Liberalisierungskräften nicht gemeinsam Einhalt gebieten.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Willkommen auf der Montagsdemo: Bremer Piraten wollen sich für Gerechtigkeit und soziale Sicherheit einsetzen *(„Tageszeitung“)*

Jahres-Horoskop 2012: Frühling kommt im Januar, Wulff geht im Februar, Rösler im Mai, Machtsicherungsgesetz im Juni *(„Die Welt“)*

Internationales Krisenmanagement gescheitert: Turbulenzen des imperialistischen Weltsystems bereiten Boden einer revolutionären Weltkrise *(„RF-News“)*

„FDP im Zustand der Zerrüttung“: Die Jamaika-Koalition im Saarland ist geplatzt *(„Spiegel-Online“)*

Die Initiative „**Echte Demokratie Jetzt**“ lädt ein zur **Jahresabschlussparty** am **22. Dezember 2011** ab **19 Uhr** auf dem Betonschiff „**Treue**“. Geboten wird ein unterhaltsames Kulturprogramm mit Kabarett, Offenem Mikrofon und Livemusik des Bremer Singer-Songwriter-Duos Dogs Run Free geboten. Anschließend wird DJ Björn Star auflegen. Das Ende der Veranstaltung ist offen. Der Eintritt ist frei.

MLPD und „**Rebell**“ laden ein zur **Silvesterfeier** ab **19:30 Uhr** im „**Nahbei**“, Findorffstraße 108. Der Eintritt inklusive Mitternachtssekt beträgt drei Euro,

ermäßigt die Hälfte, für Kinder ist er frei. Spenden fürs Büfett sind erwünscht.

Die erste **Montagsdemo** im neuen Jahr findet am **9. Januar 2012**
wie gewohnt um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz** statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: **Hans-Dieter Binder** („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de; **Wolfgang Lange** (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler), Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84, BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

Impressum: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen,
Info(at)Bremer-Montagsdemo.de
Für die Beiträge haften die Verfasser.
Zuschriften können veröffentlicht werden.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Sind Sie zufrieden mit dem Jobcenter?

Leider kann das nicht jede(r) von sich behaupten. Die meisten ALG-II-Empfänger sind vom Jobcenter maßlos enttäuscht: Statt eines tollen Arbeitsplatzes, einer interessanten Weiterbildung oder wenigstens einer ABM-Stelle gibt es „seit Hartz IV“ meist nur noch Ein-Euro-Jobs oder „Qualifizierungsmaßnahmen“, also unentgeltliches Arbeiten. Zusätzlich droht ein Zwangsumzug. Die Schwierigkeiten, die schon beim Beantragen von Arbeitslosengeld II auftreten, möchten wir an dieser Stelle nur kurz erwähnen: Ein Großteil der Anträge wird glatt abgelehnt!

Möchten Sie jobben für einen Euro?

Ein solch unmoralisches Angebot wird für immer mehr Hartz-IV-Betroffene bittere Realität. In Bremen gibt es bereits 5.000 Beschäftigungsmaßnahmen, das ist der höchste Anteil in Deutschland, und wer diesen Zwangsdienst ablehnt, wird sanktioniert. Jeder zweite Ein-Euro-Jobber verdrängt eine reguläre Arbeitskraft, so eine IAB-Studie, aber nur jeder 50. wird dauerhaft eingestellt. Dass ein fester Arbeitsvertrag unbezahlbar wird, wenn die kommunale Konkurrenz Ein-Euro-Kräfte einsetzen darf, beklagt der Handwerksverband schon lange. Jetzt bestätigen selbst die Geschäftsführer von „bras“ und „bag“, den beiden Großen beim Gewinnspiel mit Ein-Euro-Beschäftigten, dass sie damit echte Arbeitsplätze verdrängen!

Reichen Ihnen 364 Euro zum Leben?

Mit diesem Betrag wird auch der Sparsamste nicht auskommen. Obwohl die Sozialverbände in Deutschland der Meinung sind, dass 364 Euro völlig unzureichend sind, wollen die Politiker den Regelsatz nicht erhöhen. Aus Reihen von CDU, FDP oder SPD hört man sogar skurrile Forderungen nach pauschaler Absenkung um 100 Euro oder Ausgabe von Essensgutscheinen statt Bargeld wie bei Asylbewerbern. Schon heute können Hartz-IV-Betroffene kaum noch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, die Neuanschaffung beschädigter Haushaltsgegenstände ist praktisch nicht möglich, und wichtige Arztbesuche werden aufgeschoben!

Wohnen Sie billig genug? Nein?

In Bremen wird rechtswidrig versucht, Mietobergrenzen vorzuschreiben. Sollte Ihre Wohnung „zu teuer“ sein, wird man Ihnen eine der vielen Tausend Umzugsaufforderungen zustellen. Weil es nachweislich nicht genügend günstige Wohnungen gibt und viele Eigentümer nicht an „Hartz-IV-Leute“ vermieten, da Zahlungen des Jobcenters oft willkürlich eingestellt werden, ist es für die meisten Betroffenen unmöglich, eine entsprechende Unterkunft zu finden. Wer einer Obdachlosigkeit entgehen will, muss am Essen sparen; wer irgendwie Geld auftreibt, macht sich des „Sozialbetrugs“ schuldig. Doch der einzige Sozialbetrug besteht im Festlegen illusorisch niedriger Mietobergrenzen und Regelsätze!

Dann kommen Sie zur Montagsdemo!

Damit die Armutsfalle Hartz IV nicht so leicht zuschnappt, wollen wir Sie aufgrund unserer Erfahrung mit der erniedrigenden und rechtsbeugerischen Praxis der „Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales“ bereits per Flugblatt auf die Goldenen Regeln hinweisen:

1. Gehen Sie niemals allein zu Gesprächen mit dem Sachbearbeiter oder Fallmanager!
2. Geben Sie Schriftstücke am Empfangstresen ab und lassen Sie dort auch eine Kopie für die eigenen Akten mit Unterschrift und Eingangsstempel versehen!
3. Verlangen Sie Bedenkzeit vor dem Unterschreiben, nehmen Sie das Ihnen vorgelegte Schriftstück mit, schauen Sie es in Ruhe an und holen Sie Rat auf der Montagsdemo!

Natürlich ist noch weit mehr zu sagen zu Hartz IV und dem deutschen Unsozialstaat. Darüber reden wir mit Ihnen, zusammen auf der Montagsdemo, ganz persönlich – oder am Offenen Mikrofon, damit es jeder hören kann, auch die Verantwortlichen. Die Montagsdemo dient dem Protest gegen Hartz IV ebenso wie dem Austausch von Informationen und Erfahrungen der Betroffenen. Wir finden Wege aus der Isolation und machen Armut öffentlich! Wir sind keine Bittsteller, sondern fordern unsere Rechte ein! Wir wollen, dass die Diskriminierung der Betroffenen seitens der Politik endlich aufhört! Dies wird geschehen, wenn sich die Betroffenen gemeinschaftlich massiv und lautstark wehren: gegen Sanktionen, Mietobergrenzen, Umzugsaufforderungen, gedeckelte Heizkosten und das Ausspionieren eheähnlicher Gemeinschaften durch den Außendienst des Jobcenters! Sie haben mehr Reaktionsmöglichkeiten, als Sie glauben! Werden Sie mit uns aktiv: gegen Hartz IV!

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

überparteilich, unabhängig, öffentlich

17:30 Uhr auf dem Marktplatz

www.Bremer-Montagsdemo.de